Version 0.1

Franca
Schneider

Dossier einer Studentin

Band 002

2005 Franca Schneider Kunstverlag e.K., Erfurt
https://kunstverlag.shop
Alle Rechte vorbehalten
Satz und Layout: Franca Schneider
Druck und Bindung: Copy Team Erfurt
Printed in Germany 2026
ISBN 978-3-938787-04-5

Inhaltsverzeichnis

1. **Geschichte der CDU – 1945-1952, 1990**
2. **Reportage – Poträt einer Helferin**
3. **Interview - 27 Jahre Knast, zu Weihnachten Ausgang**
4. **Die Kunst der Zerstörung oder die Kunst des Krieges**
5. **Ausarbeitung - Religion im Mittelalter**
6. **Die Entdeckung des Fernsehens**
7. **Zwangsterilisation – heute noch möglich?**
8. **Das Kreuz mit der Geschichte**
9. **Ethik in der Schule**
10. **Superfood**
11. **Veganismus**
12. **Grundlagen der Psychologie**
13. **KW – Reportage – Ein Sieg über die innere Zerissenheit**
14. **KW – Bericht – Mitglieder der Rechten Szene**
15. **Reportage – Die Agentur für Arbeit in Tradition des NS-Reiches**
16. **Der ADA und der StDA – Apotheker im Nationalsozialismus**
17. **Der NSDÄB – Ärzte im Nationalsozialismus**
18. **Der Volkszorn gegen deutsche Juden hat einen Namen : NSV**
19. **Der Wirtschaftsdiktator des Dritten Reichs und rechte Hand von Adolf Hitler**
20. **Das Handy im Alltag in Deutschland - Wie funktioniert Mobiles telefonieren**
21. **Wie es sich zeigt: Spielkarten und ihre Geschichte - Eine kleine Abhandlung**
22. **Eine kleine Geschichte Japans - Von der Urzeit bis 1912**

Franca
Schneider

Geschichte der CDU

1945 – 1952, 1990

Geschichte der CDU

Archivalien Übersicht und Notizen – Geschichte der CDU in Thüringen 1945 – 1952, 1990

Kapitelübersicht

1. Landesvorstand und Geschäftsführender Ausschuss
1.1 Allgemeines
1.2 Gründung
1.3 Protokolle
1.4 Ausschüsse
2.Verfassung und Verwaltung
2.1 Enteignung und Entnazifizierung
2.2 Verfassung und Verwaltung
2.3 Versorgungslagen
2.4 Wirtschaft und Währung
2.5 Land- und Forstwirtschaft
2.6 Christliche Kirchen/Religionsgemeinschaften
2.7 Schul- und Kulturpolitik
2.8 Jugend
2.9 Kommunal- und Landespolitik allgemein
2.10 Presse, Rundfunk, Propaganda
3. Landesgeschäftsstelle
3.1 Informationsberichte und Rundschreiben
3.2 Sekretariate
3.3 Satzung und Geschäftsordnung/Organisation und Verwaltung
3.4 Personal
3.5 Mitglieder
3.6 Finanzen/Vermögensverwaltung
3.7 Veranstaltungen
3.8 Landesgeschäftsführerkonferenzen
3.9 Verschiedenes
4 Beratende Landesversammlung/Landtag
5. Landesregierung
6. 6 Behörden
6.1 Alliierte
6.2 Landes- und Kreisbehörden
6.3 Personalfragen
7. Kreisverbände und Ortsgruppen
7.1 Protokolle und Berichte
7.2 Einzelne Kreis- und Ortsverbände
7.3 Mandats- und Funktionsträger
7.4 Personalia
8 Parteitage
9 Blockparteien, Massenorganisationen
9.1 Antifa-Block/Parteien
9.2 Volkskongreß/Nationale Front
10 Wahlen
11 Andere CDU-Verbände
11.1 Reichsgeschäftsstelle
11.2 Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU
11.3 Landesverbände
12 Reden- und Artikelsammlung
13 Materialsammlungen

Gründung: 20.07.1945
in Weimar Sitz der Landesgeschäftsstelle
Weimar Auflösung: 01.08.1952

Organisationsstruktur
Am 13.06.1946 wurde der Landesverband nach einer Änderung der Satzung in 3 Bezirke aufgeteilt, die
sich mit der Verwaltungsgliederung der sowjetischen Militäradministration decken:
Erfurt mit den Kreisverbänden: Erfurt-Weissensee, Weimar, Sondershausen, Mühlhausen, Nordhausen,
Worbis
Gera mit den Kreisverbänden: Gera, Jena-Stadtroda, Altenburg (1952-1990 Bezirk Leipzig), Greiz,
Schleiz, Sonneberg, Saalfeld, Rudolstadt
Gotha mit den Kreisverbänden: Gotha, Eisenach, Arnstadt, Hildburghausen, Schmalkalden, Meiningen

Mitglieder

Landesvorstand:
1. Vorsitzender: Dr. Max Kolter, Stellvertreter: Georg Grosse
16.09.1945 Landeskonferenz in Weimar:
1. Vorsitzender: Dr. Max Kolter (1945 in sowjetischer Haft verstorben)
Stellvertreter: Georg Grosse
13.-14.04.1946 1. Parteitag in Erfurt:
1. Vorsitzender: Dr. Walter Körner
Stellvertreter: Georg Grosse, Hugo Dornhofer
01.10.1946 Landesversammlung in Weimar
18.-20.04.1947 2. Parteitag in Erfurt:
1. Vorsitzender: Otto Schneider (+1947), Nachfolger: Siegfried Tromsdorff
Stellvertreter: Hugo Dorndorfer (bis 1947), Siegfried Tromsdorff (bis 1947)
Nachfolger: Franz Bialek, Dr. Karl Fleckner
17.10.1947 Außerordentlicher Parteitag in Weimar
21.-24.05.1948 3. Parteitag in Erfurt:
1. Vorsitzender: Siegfried Tromsdorff (bis 1950)
Stellvertreter: Franz Bialek, Erich Quehl
17.-18.06.1950 4. Parteitag in Erfurt:
1. Vorsitzender: August Bach
Stellvertreter: Hermann Kalb
14.-15.06.1952 5. Parteitag in Weimar - Keine Veränderungen
Paul Riedel (1945-1946)
Georg Schneider (1946-1947) von Sowjets abgesetzt
Walter Rücker (1947-1950)
Hermann Kalb (1950-1952)

Geschichte

Gründung

Die CDU Thüringen wurde am 20. Juli 1945 in Weimar gegründet. Erster Landesvorsitzender wurde Max Kolter, vertreten von Georg Grosse. Max Kolter wurde im Juli 1945 durch die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) zum Vizepräsidenten der Landesregierung unter Ministerpräsident Rudolf Paul ernannt. Der erste Konflikt, den die CDU mit der Besatzungsmacht austrug, war der um die Bodenreform. Die CDU stand den Enteignungen kritisch gegenüber. Max Kolter musste den Widerstand gegen die Bodenreform mit seinem Leben bezahlen. Am 4. Dezember 1945 wurde er von der SMAD aus seinen Ämtern entlassen und verhaftet. Am 22. Dezember 1945 starb er in Haft. Ab dem 1. Mai 1946 konnte die CDU Thüringen mit dem Thüringer Tageblatt eine eigene Zeitung herausbringen. Durch geringe Zuweisungen von Papier und Druckkapazitäten wussten SED und SMAD jedoch Auflage und Wirkung gering zu halten. Bei der halbfreien Landtagswahl 1946 erreichte die CDU mit 18,9 % und 19 Mandaten nur den dritten Platz nach SED und LDP.

Gleichschaltung und Blockpartei

Mit der Absetzung Jakob Kaisers als Vorsitzender der CDU in der SBZ im Dezember 1947 wurden auch in Thüringen die Möglichkeiten der Parteiarbeit weiter eingeschränkt. Ab Februar 1948 durften in Thüringen nur noch CDU-Versammlungen durchgeführt werden, nachdem die SMAD die Reden und Erklärungen vorher genehmigt hatte. Hierdurch sollten Solidaritätsadressen zu Kaiser verhindert werden. Auch waren bei Vorstands- und Fraktionssitzungen der CDU Thüringen immer Offiziere der SMAD anwesend. Eine freie Meinungsbildung war hierdurch unmöglich geworden. So nahm der Landesvorstand am 23. Dezember 1947 in Anwesenheit von Sowjetmajor Popolowski in offener Abstimmung eine gegen Kaiser gerichtete Entschließung an. Eine "Säuberungswelle" führte zur Absetzung oder dem erzwungenen Rücktritt vieler CDU-Funktionäre. Nachdem bereits 1946 Hans Lukaschek zur Flucht in den Westen veranlasst wurde, forderte die SMAD am 14. Februar 1948 Versorgungsminister Georg Grosse zu Rücktritt auf. Bis zum 5. März 1948 waren 12 der 25 Kreisvorsitzenden der CDU abgesetzt oder zum Rücktritt gezwungen worden. Auf dem Landesparteitag vom 21.-24. Mai 1948 kam es zu einer Kampfabstimmung um den Landesvorsitz. Georg Grosse, der sich zu Kaiser bekannte, erhielt 149 Stimmen, Siegfried Trommsdorff nur 69. Die SMAD untersagte Grosse die Annahme des Amtes und Trommsdorff blieb Landesvorsitzender. Im Sommer 1948 kam es im Landtag zum letzten Versuch der demokratischen Parteien, parlamentarische Spielregeln einzufordern. Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Karl Magen, kritisierte die einseitige Besetzung der Polizei mit SED-Mitgliedern und kündigte eine Ablehnung eines Gesetzesentwurfs der SED an, mit dem die Verwaltungsgerichtsbarkeit faktisch abgeschafft werden sollte. Nachdem er durch tägliche Verhöre und Kontrollen der SMAD deutlich vor Augen geführt bekam, dass eine Oppositionsarbeit von den Machthabern nicht geduldet werden würde, floh er im Juni 1948 nach Westdeutschland. Sein Nachfolger als Fraktionsvorsitzender, Johannes Mebus, kritisierte gemeinsam mit dem Fraktionsvorsitzenden der LDPD, Hermann Becker, am 23. Juli 1948 erneut die totalitären Machtansprüche der SED und die einseitige Besetzung der Schulratsposten mit SED-Anhängern. Noch in der Landtagssitzung wurde Becker (ungeachtet seiner parlamentarischen Immunität) verhaftet und in ein Arbeitslager in der Sowjetunion deportiert. Mit dieser Maßnahme gelang es SED und SMAD, den Widerstand der demokratischen Parteien zu brechen. Am 4. März 1949 entschied der Landesvorstand der gleichgeschalteten CDU die Einführung des "Demokratischen Zentralismus", also der

Abschaffung der innerparteilichen Demokratie. Wahlen zu Parteiämtern bedurften nun der Zustimmung. Eine weitere "Säuberungswelle" lief durch die Partei. Der Chefredakteur des Thüringer Tageblattes, Heinz Baumann, wurde zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt und durch den linientreuen August Bach ersetzt wurde. Die Kreisvorstände Erfurt, Eisenach und Saalfeld wurden abgesetzt, die Kreisvorsitzenden Johann Panther und Peter Mölken zur Flucht in den freien Westen gezwungen. Auch Grosse musste im August 1949 in den Westen fliehen. In der Landesregierung stellte die CDU die Minister für
Vizepräsident (Juli 1945 - 4. Dezember 1945: Max Kolter)
Kultur und Volkserziehung (4. Dezember 1945 - 1. September 1947: Wilhelm Wolf)
Forstwirtschaft (1946: Hans Lukaschek; 25. Februar 1950 - 21. November 1950: Herbert Wetzstein) Handel und Versorgung (9. Oktober 1947 - 14. Februar 1948: Georg Grosse; 14. Februar 1948 - 6. Juli 1950: Heinrich Gillessen; 6. Juli 1950 - 21. November 1950: Walter Rücker; 21. November 1950-23. Juli 1952: Willy Rutsch)
Verkehr (9. Oktober 1947 - 25. Februar 1950: Wilhelm Bachem; 25. Februar 1950 - 15. Oktober 1950: Hellmut von Oertzen)
Mit der Abschaffung der Länder 1952 endete die Geschichte der CDU Thüringen zunächst.

Die Thüringer CDU als Opposition

Analog der Rechtsentwicklung in der DDR lassen sich vier verschiedene Typen von legaler Opposition benennen. Zunächst existierten, wenn auch schwer behindert, nach 1945 demokratische Parteien, die CDU und die LDPD, die ansatzweise noch eine parlamentarische Opposition darstellten.[1] Der Widerstand seit 1946 von Sozialdemokraten und Mitgliedern der bürgerlichen Parteien, LDPD und CDU, entwickelte sich in unterdrückten sozialen Milieus, zunächst auch aus politischen Parteien und Organisationen heraus, wenn diese keine legale Möglichkeit mehr besaßen, ihre Interessen zu vertreten.[2] Bürgerliche Politiker rangen in CDU und LDP gegen die Vereinnahmung in der „Einheitsfront“. Anfangs konnte diese Gegnerschaft noch Formen einer parlamentarischen Opposition annehmen.[3] Auch die Zulassung von bürgerlichen demokratischen Parteien war schon in Moskau für die politische Neuordnung in der SBZ vorgeplant worden. Tatsächlich kam es im Sommer 1945 zur Gründung der CDU und der LDP. Schon wenige Wochen danach wurde die Einheitsfront antifaschistischer – demokratischer Parteien, der Antifa-Block, gebildet, die alle vier bisher zugelassenen Parteien in einem für alle verbindlichen Planungs- und Vorentscheidungsorgan zusammenfasste. Von Beginn an hatte die KPD in der Einheitsfront das Übergewicht. Sie stützte sich auf die SMAD, die die Potsdamer Beschlüsse der Alliierten auf ihre Weise auslegte und durchsetzte. Die SMAD griff außerdem immer wieder direkt in die Angelegenheiten der bürgerlichen Parteien ein. Sie behinderten den Parteiaufbau, versagte oder verknappte die materielle Ausrüstung , verzögerte und erschwerte die Registrierung von Kandidaten bei Wahlen, förderte und korrumpierte ihr willfährige Politiker, setzte Kritiker ab und bestimmte an deren Stelle andere. Gleichzeitig wurden Tausende von Mitgliedern der CDU und LDPD verhaftet, oft zu langen Zuchthausstrafen oder zur Zwangsarbeit verurteilt und in die Sowjetunion verschleppt. Um die politische Wirkung von CDU und LDPD einzuschränken, wertete die SED von ihr gegründete und kontrollierte Massenorganisationen auf und erzwang deren Aufnahme in den Antifa-Block und in die Parlamente. Damit wurde die Mehrheit der bürgerlichen Parteien gebrochen. Trotz all dieser Übergriffe und der diffamierenden Kampagnen war der Rückhalt von CDU und LDPD in der Bevölkerung groß. Noch vor der Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 war das ansatzweise entstandene parlamentarische System in der SBZ vollständig zerschlagen und damit eine geregelte und

---

1 Neubert S. 29
2 Neubert S. 31f.
3 Neubert S. 35

demokratisch legitimierte Oppositionspolitik unmöglich geworden. CDU und LDPD versuchten bis 1949, die engen Spielräume demokratischer Opposition auszufüllen, mussten aber mehr und mehr zum Widerstand übergehen, der allerdings rücksichtslos unterdrückt wurde. Der erste große gesellschaftspolitische Einschnitt war die seit September 1945 durchgeführte Bodenreform, die zur Enteignung des Großgrundbesitzes und großbäuerlichen Hofwirtschaften mit über 100 Hektar Fläche – ausgenommen war kirchlicher Grundbesitz – führte. Die Bodenreform wurde auch von den bürgerlichen Parteien mitgetragen. Doch in der praktischen Durchführung kam es zu Auseinandersetzungen. Die CDU-Führung wehrte sich dagegen, dass Eigentümer, die nicht durch eine NS-Vergangenheit belastet waren, entschädigungslos enteignet wurden. Außerdem wurde vielerorts auch Landwirtschaftsbetriebe weit unter 100 Hektar und von unbelasteten Bauern enteignet. Als die CDU nicht nachgab, mussten die beiden Vorsitzenden der CDU, Andreas Hermes und Walther Schreiber auf Befehl der SMAD im Dezember 1945 ihre Ämter niederlegen und aus dem Zentralausschuss der CDU ausschieden. Wie in der Bodenreformfrage, war die CDU auch nicht grundsätzlich gegen eine Neuordnung der Besitzverhältnisse in der Industrie. Sie trug, wie auch die LDPD, vor allem die vereinbarte Enteignung der Betriebe von sogenannten Naziaktivisten und Kriegsverbrechern mit. Der Dissens zur SED ergab sich aus den oft unmenschlichen und willkürlichen Formen der Enteignung. In der CDU wurde auch kritisiert, dass die Sozialisierung der Wirtschaft nichts anderes als eine Verstaatlichung mit nachfolgender Bürokratisierung darstellte, also keine Vergesellschaftung und Demokratisierung der Wirtschaft erbrachte und jeglicher wirtschaftlichen Vernuft widersprach. Für sie war absehbar, dass mit einer starren Planwirtschaft in diesem Wirtschaftsraum eher Schwierigkeiten organisiert würden. Eine besondere Symbolfigur christdemokratischer Opposition und schließlich des Widerstandes in der SBZ war der letzte frei gewählte CDU-Vorsitzende **Jakob Kaiser**[4], der zusammen mit **Ernst Lemmer** ebenfalls von der SMAD durch Befehl im Dezember 1947 abgesetzt wurde. Als Anlass nutzte die SMAD seine Weigerung zur Teilnahme am Deutschen Volkskongress. Als nach der Amtsenthebung und der bald darauf erfolgten Flucht Kaisers alle CDU-Gremien von seinen Anhängern gesäubert, Hunderte von Funktionären und Mitgliedern verhaftet und Tausende zur Flucht getrieben wurden, für die die Grenzen der Gemeinsamkeit mit den Kommunisten noch nicht gekommen waren und die die offenen Positionen besetzten. Für viele war es nur der Aufschub späterer Konflikte oder gar brutaler Verfolgung. Andere blieben sich in der Anpassung ohne Ende treu wie **Otto Nuschke**, der seit 1948 den CDU-Vorsitz innehatte, oder der ehemalige Wehrmachtsoffizier **Luitpold Steidle**, der später als SED-Marionette, jahrelang CDU-Bürgermeister in Weimar war.[5]Aus dem Milieu der intakten mittelständischen ökonomischen Infrastrukturen rekrutierten sich vornehmlich die Klientel der demokratischen Parteien, der CDU und LDPD.[6] 1948 wurden die Hochschulgruppen der CDU und der LDPD verhaftet. In Berlin wurden mit anderen Georg Wrazidlo und Manfred Klein verhaftet. Klein war auch Mitbegründer der FDJ gewesen.

Nach der Wende

Das erste Kabinett des Landes Thüringen am 8. November 1990 (v.l.n.r.: Jentsch, Böck, Sieckmann, Fickel, Axthelm, Zeh, Lieberknecht, Sklenar, Schultz, Lengemann, Duchač) Nach der Wende wurde mit dem Ländereinführungsgesetz vom 22. Juli 1990 das Land Thüringen wiederhergestellt. Damit entstand auch wieder ein Landesverband der CDU. Josef Duchač wurde im August 1990 Landesbeauftragter für Thüringen. Bei den ersten freien, demokratischen Landtagswahlen am 14. Oktober 1990 trat die CDU mit Duchač als

4 Neubert, S. 45,
5 Neubert, S. 43ff.
6 Neubert S. 49

Spitzenkandidat an und ging aus der Wahl mit 45,5 % als die mit Abstand stärkste Partei (44 der 89 Sitze) hervor, ihr fehlte ein Sitz zur absoluten Mehrheit. Am 8. November 1990 wurde Duchač zum Ministerpräsidenten einer CDU-FDP-Koalitionsregierung gewählt (s. Kabinett Duchač). Nach Stasi-Vorwürfen trat Duchač am 23. Januar 1992 zurück und Bernhard Vogel wurde sein Nachfolger als Ministerpräsident. Bei der Landtagswahl 1994 wurde die CDU bei leichten Verlusten und einem Ergebnis von 42,6 % als mit Abstand stärkste Partei bestätigt. Da die FDP an der 5 %-Hürde gescheitert war, kam es zu einer großen Koalition mit der SPD unter der Führung von Vogel. Einen wahren Thriumph konnten Vogel und die CDU bei der Landtagswahl 1999 feiern. Mit 51,0 % der Stimmen hatte die CDU eine absolute Mehrheit erreicht und bildete eine Alleinregierung. Am 5. Juni 2003 wurde Dieter Althaus Nachfolger von Vogel als Ministerpräsident. Bei der Landtagswahl 2004 konnte die CDU zwar ihr Ergebnis der letzten Wahl nicht wiederholen, sondern kam nur noch auf 43,0 %. Auch dieses Ergebnis reichte für eine knappe absolute Mehrheit im Landtag. Die vorgesehene Nominierung von Althaus als Spitzenkandidat zur Landtagswahl 2009 wurde durch dessen Skiunfall am Neujahrstag 2009 überschattet. Am 14. März 2009 wurde er in Waltershausen in Abwesenheit zum Spitzenkandidaten gekürt. Die Wahl am 30. August 2009 brachte einen deutlichen Rückschlag für die CDU mit sich: Obwohl sie stärkste Partei im Land blieb, verlor sie mehr als elf Prozentpunkte, ein Drittel ihrer Mandate im Landtag und damit nach zehn Jahren ihre absolute Mehrheit. Vier Tage nach der Wahl gab Althaus seinen Rücktritt als Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzender bekannt. Daraufhin ernannte das Präsidium der CDU am 8. September 2009 Christine Lieberknecht einstimmig zur Kandidatin der Partei für das Ministerpräsidentenamt. Nach Sondierungsgesprächen traten CDU und SPD in Koalitionsverhandlungen ein. Am 20. Oktober 2009 stellten CDU und SPD den fertigen Koalitionsvertrag vor. Beide Koalitionsparteien segneten den Vertrag auf ihren Parteitagen am 25. Oktober 2009 ab. Auf dem Parteitag der CDU wurde Lieberknecht mit 83,3 % zugleich zur neuen CDU-Landesvorsitzenden gewählt. Am 30. Oktober 2009 wurde Lieberknecht im dritten Wahlgang zur Ministerpräsidentin gewählt. Für die Landtagswahl in Thüringen 2014 wurde sie am 14. Februar 2014 auf einer Landesvertreterversammlung der CDU Thüringen mit 93,16 Prozent zur Spitzenkandidatin gewählt. Unter ihrer Führung erreicht die CDU bei der Wahl 33,5 Prozent und blieb mit einem Plus von 2,3 Prozentpunkten deutlich stärkste Kraft. Dennoch entschied sich der Regierungspartner SPD gegen die Fortsetzung der Großen Koalition unter Lieberknecht und für die erstmalige Bildung einer Koalition mit den Linken und den Grünen. Diese knappe rot-rot-grüne Mehrheit wählte am 5. Dezember 2014 den Linken-Spitzenkandidaten Bodo Ramelow zum Ministerpräsidenten und somit zum Nachfolger von Christine Lieberknecht. Diese hatte bereits drei Tage zuvor angekündigt, auf dem kommenden Landesparteitag nicht mehr als CDU-Parteivorsitzende kandidieren zu wollen, ihr Landtagsmandat aber behalten zu wollen. Mit der Vereidigung des rot-rot-grünen Kabinetts im Erfurter Landtag endete die knapp 25-jährige Regierungszeit der CDU in Thüringen. Am 13. Dezember 2014 wurde Mike Mohring, der bereits seit 2008 den Vorsitz der CDU-Landtagsfraktion innehat, mit 89,8 Prozent der Stimmen auch zum Landesvorsitzenden der Partei gewählt.

Ab 1990

Neugründung: 20.1.1990 in Weimar

Organisationsstruktur

Mit der Gründung des Landesverbandes wurden die 1952 eingerichteten Bezirksverbände Gera, Erfurt
und Suhl aufgelöst. An ihre Stelle traten Geschäftsstellenbereiche. Hinter dem Namen des Kreisverbandes ist der Name des alten Bezirksverbandes in Klammern gesetzt: E = Erfurt, G = Gera, S
= Suhl

Kreisgeschäftstellenbereich Arnstadt/Rudolstadt/Ilmenau mit den Kreisverbänden
Arnstadt (E)/gegr. 1945
Rudolstadt (G)/gegr. 1945
Rudolstadt-Saalfeldt
Ilmenau (S)/bis 1962 OG des KV Arnstadt
Kreisgeschäftsstellenbereich Eichsfeld mit den Kreisverbänden
Worbis (E)
Heiligenstadt (E)
Aus dem 1945 gegründeten KV Eichsfeld gehen die späteren Kreisverbände Worbis (gegr. 1946) und
Heiligenstadt (bis 1952 OG von Worbis) hervor

Mitglieder

Landesvorstand:

1. Vorsitzender: Uwe Ehrich

Stellvertreter: Christine Lieberknecht,
Geschäftsführer: Hans Rosenstock
25.08.1990: Landesparteitag in Erfurt:
1. Vorsitzender: Willibald Böck
Stellvertreter: Hans-Hennig Axthelm, Josef Duchac, Reinhard Klein, Christine Lieberknecht, Klaus Zeh
Generalsekretär: Friedrich-Claudius Schlumberger (ab Dez. 1990)
Geschäftsführer: Hans Rosenstock
20.6.1992: Landesparteitag in Suhl
1. Vorsitzender: Willibald Böck

1 Landesvorstand und Geschäftsführender Ausschuß

1.1 Allgemeines

A289 - Allgemeine Angelegenheiten des Landesverbands 1945 - 1949
Enthält u.a.:
Merkblatt für die Gründung von Ortsgruppen und Stützpunkten.
Richtlinien für die Aufnahme in demokratische Parteien.
Abtrennung des Kreises Altenburg vom Land Thüringen und Anschluß an Sachsen.
Abschrift eines Schreibens des Chefs der SMATh Iwan Kolesnitschenko an den Landesverband über die Entfernung von ehemaligen Nazionalsozialisten aus der öffentlichen Verwaltung.

A183 - Arbeitsplan des Landesverbands für das 2. Halbjahr 1951
Enthält u.a.:
Zusammenarbeit mit den Blockparteien.
Mitarbeit an der Erfüllung des Fünfjahresplanes.
Mitarbeit in der Nationalen Front.

A284 - Landesvorstand und Geschäftsführender Ausschuß 1945 - 1950
Enthält u.a.:
Listen der Mitglieder des Landesvorstandes.
Geschäftsordnung.
Satzung.
Personalien der Vorstandsmitglieder.
Protokolle von Sitzungen.

A179 - Landesvorstand und Landtagsfraktion 1947 - 1949
Enthält u.a.:
Protokolle der Vorstandssitzungen vom 12.03. und 05.05.1949.
Protokolle von Fraktionssitzungen.
Personalangelegenheiten Walter Rücker, Arke und Siegfried Trommsdorff.
Darin: Entschließungen des Landesparteitages 1948.

A051 - Stellungnahmen, Resolutionen, Entschließungen und Aufrufe des Landesvorstandes 1946 - 1949
Enthält u.a.:
Stellungnahme zur Münchner Konferenz der Ministerpräsidenten der deutschen Länder (1947).
Entschließung zur Blockpolitik, 1949.

1.2 Gründung

A199 - Gründung der CDU in Thüringen und Zusammenarbeit mit der LDPD 1945 - 1946
Enthält u.a.:
Niederschrift über die Gründungsversammlung am 20.07.1945.
Aufruf der CDU Thüringens vom 16.07.1945.
Protokolle von Landesvorstandssitzungen (Stellungnahme zur Bodenreform).
Organisationspläne.
Geschäftsbericht zum Landesparteitag 1946.
Satzung.

A061 - Gründungskreis 1945
Enthält u.a.:
Personalien der Gründer.

Gründungsaufruf.
Richtlinien für die Arbeit.
Rede von Andreas Hermes am 22.07.1945 auf der Gründungskundgebung.
Politische Aufgliederung der Gründer.

1.3 Protokolle

A216 - Protokolle 1951
Enthält u.a.:
Jahreshauptversammlungen
Vorstands- und Fraktionssitzungen.
Mitgliederversammlung in der Landesleitung.

A204 - Protokolle der Sitzungen des Landesvorstandes 1945 - 1950
Enthält u.a.:
Bodenreform.
Bericht über die Jugend-Delegiertenkonferenz der SBZ, 01.-03.12.1945.
Krise der Parteileitung, Dezember 1945.
Entschließung zur Münchner Konferenz der Ministerpräsidenten.
Entschließung zur Gründung der DDR.
Darin: Rede Jakob Kaisers am 18.07.1947 auf einer Sitzung des erweiterten Vorstandes.

A161 - Protokolle der Sitzungen des Landesvorstandes 1946 - 1950

A195 - Protokolle der Sitzungen des Landesvorstandes 1949 - 1952

A196 - Protokolle der Sitzungen des Landesvorstandes 1950 - 1952

A197 - Protokolle der Sitzungen des Landesvorstandes 1951 - 1952

A140 - Protokolle der Tagungen der Minister und der Landesvorsitzenden der CDU 1947 - 1949
Enthält u.a.:
Stellungnahmen zur Zusammenarbeit zwischen den Landesregierungen und den Zentralverwaltungen in der SBZ und zum Gesetz über die Wirtschaftsplanung in Mecklenburg-Vorpommern.

A158 - Protokolle der Vorstands- bzw. Hauptvorstandssitzungen 1946 - 1950

A302 - Protokolle von Konferenzen und Tagungen 1950 - 1951
Enthält u.a.:
Sitzung der Staatsfunktionäre am 22.09.1951 in Weimar.
Sitzung des Kreis- und Ortsgruppen-Vorstandes Eisenach am 06.07.1951.
Tagung der stimmberechtigten und Gastdelegierten zum CDU-Parteitag 1950 in Berlin am 02.09.1950.

A159 - Protokolle von Sitzungen des Landesvorstandes, der Kreissekretäre und Situationsberichte aus den Kreisverbänden 1948 - 1952

A046 - Protokolle von Sitzungen und Tagungen 1947 - 1951
Enthält u.a.:
Protokoll der Sitzung der Staatsfunktionäre am 22.09.1951.
Protokoll der Sitzung des erweiterten Landesvorstandes Thüringen der CDU am 23.09.1951.
Protokoll der Funktionärsversammlung der CDU am 08.01.1949.
Niederschrift der Sitzung leitender Mitarbeiter der CDU in der

öffentliche Verwaltung am 12.10.1947.
A269 - Protokolle, Niederschriften, Sitzungsberichte 1950 - 1952
Enthält u.a.:
Sitzung der Staatsfunktionäre am 22.09.1951.
Sitzung des Vorstandes der Ortgruppe Eisenach am 06.07.1951.
Protokoll der Ärztetagung in Weimar am 18.03.1951.
Niederschrift über die Vorstandssitzung des Kreisverbands Jena
am 16.03.1951.

1.4 Ausschüsse
A021 - Agrarpolitischer Ausschuß 1946 - 1950
Enthält u.a.:
Protokolle von Sitzungen.
Vertretung der Interessen der Bauern.
Aspekte zu den Problemen Sequestrierung und Enteignung.
A024 - Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft 1946 - 1951
Enthält u.a.:
Bericht über die Sitzung des Ausschusses für Agrarpolitik bei der
Reichsgeschäftsstelle in Berlin am 09.04. und 07.05.1946.
Protokoll über die 1., 3. und 4. Sitzung des Landwirtschaftlichen
Ausschusses der Volksaktion 1947.
A001 - Schulfragen und Angelegenheiten des Kulturausschusses 1946 - 1952
Enthält u.a.:
Personalangelegenheiten von Lehrern.
Referat von Robert Tillmanns: Kulturpolitik der CDU.
Protokoll der Sitzung des Mitschurin-Landesausschusses am
15.11.1951 in Erfurt.
A235 - Kommunalpolitik und Kommunalpolitischer 1947 - 1950
Landesausschuß
Enthält u.a.:
Protokollauszug der 60. Landesblocksitzung am 05.07.1949.
Personalabbau in der Kommunalverwaltung.
Besetzung der Posten der Bürgermeister und Landräte.
Entschließung des Kommunalpolitischen Ausschusses vom
22.05.1948 über die Stärkung der Selbstverwaltung.
A236 - Protokolle von Sitzungen des Kommunalpolitischen 1948 - 1950
Ausschusses
A054 - Arbeit der Ausschüsse des Landesverbands und 1947 - 1950
Mitgliederlisten

2 Sachgebiete
2.1 Enteignung und Entnazifizierung
A073 - Ausstellung von politischen 1946 - 1949
Unbedenklichkeitsbescheinigungen durch den Antifa-Block
der Kreise und Gemeinden (Entnazifizierung)
A271 - Beschlagnahmen und Enteignungen 1945 - 1947
Enthält u.a.:
Befehle Nr. 124 und 126.
Bildung einer zentralen deutschen Kommission für Sequester
und Konfiskation.
Stellungnahme der CDU.

Richtlinien zur Industrieenteignung in Sachsen. Protokoll über die Zusammenkunft der CDU-Mitglieder in den Stadt- und Landkommissionen zur Durchführung der Befehle 124/126 am 19.06.1946.
Bericht über die Sequestrierungs- und Enteignungsmaßnahmen in Thüringen.

A004 - Beschwerden und Eingaben gegen Entlassungen von 1947 - 1951
Lehrern

A287 - Demontagen und Reparationsleistungen 1945 - 1948
Enthält u.a.:
Denkschrift über die Notwendigkeit und die Bedeutung der Bahnstrecke Bad Berka-Blankenhain im Zusammenhang mit deren beabsichtigter Demontage.
Zeitungsausschnitte über Demontage und Reparationen.
Rededispositionen (1945).
Darin: Berichte über die agrarpolitische Lage in Thüringen.

A248 - Enteignung der Familie Bäseler-Milwitz 1946 - 1947
(Erfurter Patriziergeschlecht)
Enthält u.a.:
Verhandlungen mit Bäseler-Milwitz und Rechtsanwälten.

A247 - Enteignung im Rahmen der Bodenreform 1948
Darin: Wirtschaftsplan 1948.
Zweijahresplan 1949/1950.
Wirtschaftsplan der CDU (Landwirtschaft) 1948.

A223 - Entnazifizierung 1947
Enthält u.a.:
Verfahrensordnung für die Entnazifizierungskommissionen.
Ausführungsbestimmung Nr. 3 zum Befehl des Obersten Chefs der SMAD vom 16.08.1947 über die Richtlinien zur Anwendung der Direktive Nr. 38 des Kontrollrates.
Direktive Nr. 24 des Kontrollrates über die Entfernung von Nationalsozialisten aus verantwortlichen Stellungen.

A296 - Entnazifizierung 1947 - 1948
Enthält u.a.:
Einzelfälle.
Berichte über Entnazifizierung.
Verhandlungen über den früheren stellvertretenden Gauleiter Thüringens, Heinrich Siekmeier.

A299 - Entnazifizierung 1947 - 1948
(Einzelfälle)

A198 - Liste des in Thüringen sequestrierten Einzelvermögens 1946

A066 - Mitarbeit der CDU bei der Entnazifizierung 1946 - 1949
Enthält u.a.:
Richtlinien für die Entnazifizierung.
Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialisten und Militaristen vom 05.03.1946.
Direktive Nr. 34 des Alliierten Kontrollrates.

A208 - Rehabilitierung von ehemaligen Mitgliedern der NSDAP 1946 - 1947
Enthält u.a.:
Bestimmungen über Sühnemaßnahmen gegen aktivistische Nazionalsozialisten und über Aufnahme von Mitgliedern der

früherer NSDAP in die vier antifaschistisch-demokratischen Parteien (21.11.1945).

A286 - Sequestrierung 1945 - 1948
Enthält u.a.:
Listen der Organisation, deren Vermögen gemäß Befehl Nr. 126 vom 31.10.1945 der Beschlagnahme unterlag.
Befehle Nr. 124 vom 30.10.1945 und Nr. 126 vom 31.10.1945 des Obersten Chefs der SMAD.

A206 - Sequestrierung der Firma Linn, Arnstadt 1946 - 1948
Enthält u.a.:
Protest des Firmenbesitzers.
Urteilsauszug.
Begründung "antifaschistischer Arbeit".

A266 - Sequestrierung kirchlichen Bodenbesitzes und 1948 - 1949
Beschlagnahme des Vermögens der Familie Kronbiegel-Collenbusch (Sömmerda)

A205 - Sequestrierung von Betrieben im Kreis Schmalkalden 1946 - 1948
Einzelfälle.
Schreiben an den Landesverband zwecks Einsatz für die Aufhebung der Beschlagnahme.

A295 - Zulassung von Rechtsanwälten und Säuberung der Justiz 1947 - 1948
von ehemaligen Nazionalsozialisten

2.2 Verfassung und Verwaltung

A309 - Auseinandersetzung um die Kreiseinteilung Thüringens 1946 - 1948

A237 - Deutscher Volksrat 1948 - 1949
Enthält u.a.:
Entwurf der Verfassung der DDR.
Entwurf des Beschlusses zum Memorandum des Wirtschaftsausschusses über die Folgen der Spaltung Deutschlands.

A038 - Entwurf und Ausarbeitung einer Gemeindeverfassung und 1946 - 1947
-ordnung
Enthält u.a.:
Die demokratische Gemeindeverfassung für die SBZ.

A254 - Informationsdienst des Deutschen Volksrates 1948 - 1949
Enthält u.a.:
Richtlinien für die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik.
Verfassungsfragen.
Bedeutung der Währungsreform.
Beschluß des Präsidiums des DVR am 07.06.1948 zu den Londoner Empfehlungen.
Aufruf des Präsidiums des DVR vom 19.06.1948 gegen Weststaat und Westwährung.
Durchführung eines Volksbegehrens für die Einheit Deutschlands.

A252 - Kreis- und Landräte 1950 - 1951
Enthält u.a.:
Beschlußprotokoll über die Sitzung des Ausschusses des Landesblocks am 08.12.1950.

Niederschrift der Kreisblocksitzung Eisenach am 26.11.1950.
Protokoll der Kreisblock-Sitzung am 28.11.1950 in Suhl.
A226 - Länder- und Volkskammer der DDR 1950
Enthält u.a.:
Erklärung Otto Grotewohls zu dem Beschluß der UdSSR über die Herabsetzung der deutschen Reparationszahlungen.
Gesetz über die Herabsetzung des Volljährigkeitsalters.
Friedensbotschaft der Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik vom 22.02.1950.
A152 - Mitarbeit der CDU an der Entwicklung einer Landesverfassung 1946 - 1947
Enthält u.a.:
CDU- und SED-Entwurf.
SED-Entwurf einer Verfassung für die DDR.
Gemeinsamer Aufruf der SED, CDU und LDP an das Thüringer Volk anläßlich der ersten Landtagswahlen.
Niederschrift der Sitzung des Verfassungsausschusses bei der Reichsgeschäftsstelle am 17.04.1946.
A121 - Mitwirkung bei der Entwicklung eines neuen Steuerrechts 1947 - 1950
A055 - Mitwirkung bei der Erarbeitung von Gesetzen und Verordnungen in den Ländern der SBZ 1946 - 1948
Enthält u.a.:
Mitteilung über einen Antrag der CDU-Fraktion im Mecklenburger Landtag über Kreis- bzw. Gemeindeentscheid bzw. -begehren.
Gesetz über die Sicherung der Rechte der VVdN.
Gesetz über Betriebsräte.
Übersicht der Gesetze, Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen der Landesverwaltung Thüringen, Gesetze und Befehle des Kontrollrates, Befehle der SMAD und der SMATh.
A083 - Oberbürgermeister der Stadt Weimar 1946 - 1950
Enthält u.a.:
Jahresbericht über die Tätigkeit der Stadtverwaltung 1949.
Bericht über die Kriegsschäden in Weimar.
A058 - Polizei 1946 - 1949
Enthält u.a.:
Mißbrauch polizeilicher Amtsgewalt.
Einflußnahme auf Leitung und personelle Zusammensetzung der Ortspolizei.
Benachteiligung von CDU-Mitgliedern.
A148 - Verfassungsangelegenheiten der Länder der SBZ 1946 - 1948
Enthält u.a.:
Johannes Dieckmann: Die gegenwärtige Länderverfassung in Deutschland.
Entwurf von Richtlinien für die Verfassung der Deutschen Demokratische Republik.
Bericht über die Beratungen des Verfassungsausschusses der CDU/CSU in Düsseldorf am 24./25.05.1948.
Bemerkungen über die Arbeit des Verfassungsausschusses in

Heppenheim vom 28.-30.04.1947.
Thesen zu einer neuen Reichsverfassung.
Verfassung des Landes Mecklenburg.
Darin: Verfassung des Landes Preußen vom 30.11.1920.
Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen.
A042 - Verwaltung der Kreise und Gemeinden 1947
Enthält u.a.:
Mustersatzung über das Orts- und Kreisrecht.
Geschäftsordnung für den Kreistag Weimar.

2.3 Versorgungslage
A028 - Lebensmittelversorgung 1946 - 1951
Enthält u.a.:
Beschlagnahme von Speisekartoffeln.
Entwurf einer Anordnung zur Regelung der Selbstversorgung.
Maßnahmen zur Sicherung der Erfassung und Verteilung der Nahrungsmittel.
A027 - Regelung der Ernährungsfrage sowie der Versorgung der 1946 - 1950
Bevölkerung mit Speisekartoffeln
Enthält u.a.:
Offener Brief des Vorsitzenden der Landeskommission zur Durchführung der Bodenreform.
Fragen der Sicherung der Kinderernährung.
A157 - Versorgungsangelegenheiten 1951 - 1952
Enthält u.a.:
Protokolle von Sitzungen, Tagungen und Besprechungen.
Kartoffelversorgung.
Vorlage für die 33. Regierungssitzung: Die Analyse der Arbeit des staatlichen und privaten Handels und der Konsumgenossenschaften.

2.4 Wirtschaft und Währung
A297 - Währungsfragen 1946 - 1950
Enthält u.a.:
Entschließung der Stadtverordnetenversammlung Mühlhausen zur Währungsreform.
Resolutionen von Kreisverbänden und Ortsgruppen gegen die separate Währungsreform.
Stellungnahme der CDU.
Zeitungsausschnitte.
A288 - Angelegenheiten der Landes- und Baugenossenschaften 1947 - 1949
Enthält u.a.:
Konsumgenossenschaften.
Darin: Außenhandelsfragen.
A229 - Angelegenheiten des Einzelhandels und Einleitung von 1946 - 1950
Wirtschaftsverfahren gegen Handelsbetriebe
A117 - Angelegenheiten des thüringischen Großhandels 1946 - 1949
Enthält u.a.:
Monopolistische Bestrebungen im Großhandel.
A101 - Angelegenheiten Volkseigener Betriebe 1948 - 1950
Enthält u.a.:

Denkschrift über die Carl-Zeiss-Stiftung, Jena.
Niederschrift über die Tagung leitender Unionsfreunde in Volkeigenen Betrieben.

A301 - Anträge auf Eröffnung von Handelsgeschäften 1946 - 1950

A290 - Arbeitsbeschaffung und Verkehr 1945 - 1948
Enthält u.a.:
Bericht über die Entwicklung des thüringischen Arbeitsmarktes (1948).
Transportplanung.
Zeitungsausschnitte.

A120 - Bau- und Siedlungswesen 1946 - 1948
Enthält u.a.:
Bericht über die 1. Sitzung des Ausschusses für Bau- und Siedlungswesen beim Kreisverband Weimar am 14.07.1946.

A110 - Die volkswirtschaftlichen Aufgaben des thüringischen 1946 - 1947
Handels. Denkschrift der Landesregierung
Enthält nur:
Stellungnahme der Industrie- und Handelskammer.

A122 - Handel 1946 - 1949
Enthält u.a.:
Betriebsschließungen einzelner Geschäfte.
Umstellung der Wirtschaft mit Auswirkungen auf den Handel durch den Befehl 55.

A113 - Industrie- und Handelskammer 1946 - 1949
Enthält u.a.:
Vorläufige Geschäftsordnung vom 20.08.1946.
Organisationsplan.
Gesetz über den Neuaufbau der Organisation der gewerblichen Wirtschaft im Lande Thüringen vom 02.05.1946.

A292 - Jahresbericht der Hauptgeschäftsstelle der Industrie- und 1951
Handelskammer Thüringen

A114 - Kammer der Technik 1946 - 1951
Enthält:
Mitarbeit der Landesverbände bei deren Schaffung und Zusammenarbeit mit der Kammer.

A300 - Landeseigene Betriebe 1947 - 1949
Enthält u.a.:
Verzeichnisse von Landeseigenen Betrieben und Sowjetischen Aktiengesellschaften.
Entschließung der Landeskonferenz der Betriebsleiter und Betriebsratsvorsitzenden, 01.09.1947.
Verstaatlichung der Firma Carl Zeiss, Jena.

A112 - Personelle und organisatorische Angelegenheiten der 1946 - 1948
thüringischer Wirtschaft

A057 - Raumforschung und Landes- und Industrieplanung 1946 - 1950
Enthält u.a.:
Landesplanung: Berichte aus der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Landesplanungsbehörden (Nr. 1, 1946).

A162 - Stellung der CDU zum Wirtschaftsplan für 1948 und zum 1948 - 1950
Zweijahresplan 1949/50

Darin: Wirtschaftsplan der alliierten Kontrollbehörde für
Deutschland vom 09.04.1946.
Wirtschaftsrecht.
A118 - Thüringische Konsumgenossenschaften 1946 - 1949
Enthält u.a.:
Bericht über den 2. Verbandstag 1947.
A116 - Verband der Handwerksgenossenschaften Thüringens e.V. 1948 - 1949
Enthält u.a.:
Protokoll der 2. Sitzung des Unterausschusses für
Handwerkerfragen am 23.02.1949.
A111 - Wiederaufbau der thüringischen Industrie 1946 - 1948
A059 - Wohnungsangelegenheiten und Neuregelung des Vereins- 1946 - 1949
und Genossenschaftswesens
Enthält u.a.:
Verbesserung der Wohnverhältnisse.
Tätigkeit der Landeswohnungsausschüsse.
Bericht über die Finanzlage des Landes.
A115 - Zusammenarbeit mit der Hauptverwaltung der 1946 - 1947
Handwerkskammer Thüringen

2.5 Land- und Forstwirtschaft
A022 - Agrarpolitik 1945 - 1950
Enthält u.a.:
Aufrufe des Land- und Forstwirtschaftlichen Ausschusses.
Entschließung über die Zusammenarbeit aller für
Ernährungsfragen zuständigen Stellen.
Protokolle von Sitzungen des Agrarpolitischen Ausschusses.
A130 - Aktionen und Aufrufe zur Ernte und Einsatz von 1946
Erntehelfern
A019 - Demokratische Bodenreform 1945 - 1947
Enthält u.a.:
Abschrift einer Erklärung der vier Block-Parteien zur
Bodenreform.
Aufruf an das Thüringer Volk.
Reden Wilhelm Pieck und Edwin Hoernle am 19.09.1945.
Stellungnahme der CDU.
Statistische Übersicht über die Ergebnisse.
Eingaben von Bürgern.
A020 - Demokratische Bodenreform 1945 - 1950
Enthält u.a.:
Abschrift einer Erklärung der vier Block-Parteien zur
Bodenreform.
Aufruf an das Thüringer Volk.
Reden Wilhelm Pieck und Edwin Hoernle am 19.09.1945.
Stellungnahme der CDU.
Statistische Übersicht über die Ergebnisse.
Eingaben von Bürgern.
A018 - Festsetzung der Bestimmungen über landwirtschaftliche 1946 - 1950
Betriebe, ihre Aufgaben, Rechte und Pflichten
Enthält u.a.:
Gesetzentwurf mit Begründung über die Bauernwirtschaften im

Lande Thüringen.
A025 - Förderung der obsterzeugenden Betriebe Thüringens, 1946 - 1950
insbesondere der Obstbaumschulen
A023 - Landwirtschaft 1946 - 1951
Enthält u.a.:
Tarifvertragsabschluß für die Landwirtschaft.
Vorschlag des Landesamtes zur Intensivierung der
Landwirtschaft mit Hilfe neuartiger Finanzierungsmethoden.
Saatgutsicherstellung.
Jahresbericht 1947 der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft
und Satzung.
A291 - Landwirtschaftliche Genossenschaften 1948 - 1950
Enthält u.a.:
Entschließung der Delegierten des
Landesbauerngenossenschaftstages 1950.
Geschäftsbericht der Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft
1948/1949.
Leitsätze für die Durchführung des Genossenschaftsprogramms
der CDU.
A131 - Landwirtschaftliche Schulen 1946 - 1951
A031 - Landwirtschaftliche und Fischereigenossenschaften 1946 - 1952
Enthält u.a.:
Bericht über die Genossenschaftstagung bei der
Zentralverwaltung für Land- und Forstwirtschaft am
25./26.11.1946.
Bericht über die landwirtschaftlichen Genossenschaften 1948.
Musterstatut für Fischwirtschaftsgenossenschaften.
A016 - Neubauern- und Siedlerangelgenheiten 1945 - 1951
Enthält u.a.:
Informationsblätter über den Stand des Aufbauplanes im Lande
Thüringen (Juli-November 1949).
Hilfeleistung an Neubauern bei Einrichtung von Höfen.
Gründung eines Landesausschusses für landwirtschaftliche
Siedlungen.
Abschrift eines Aufrufs der Landesvorsitzenden der
Blockparteien über die Sicherung der Ernährung der
Bevölkerung vom 17.12.1945.
A182 - Stellungnahmen zu Landwirtschaft und Bauernschaft sowie 1948
zum Genossenschaftswesen
Enthält u.a.:
Entwurf eines neuen Bauernhofgesetzes.
Entwurf eines wirtschaftlichen und sozialen Notprogramms der
CDU.
Stellungnahme zur Gründung der DBD, April 1948.
A029 - Viehzucht und Bekämpfung der Tierseuchen 1947 - 1951
A032 - Wald- und Forstwirtschaft 1946 - 1952
Enthält u.a.:
Bericht über die thüringische Forstwirtschaft nach dem Krieg.
Ungezieferbekämpfungsaktionen.
A128 - Zuteilung von Geräten und Vieh an geschädigte und 1947 - 1951
bedürftige Landwirte

2.6 Christliche Kirchen/Religionsgemeinschaften

A144 - Zeugen Jehovas 1949 - 1950
Enthält u.a.:
Petition der Sekte an die Regierung der DDR 1950.

A008 - Angelegenheiten der evangelischen und katholischen Kirche 1948 - 1951
Enthält u.a.:
Auseinandersetzung um die Stellung der Kirchen in der Gesellschaft.

A243 - Berichte über die kirchliche Situation in Thüringen 1945 - 1946

A006 - Herausgabe christlicher Literatur 1945 - 1946
Enthält u.a.:
Konzentration des protestantischen Schrifttums bei einem Verlag.

A102 - Kirchenfragen 1945 - 1946
Enthält u.a.:
Bemühungen um Aufnahme von Verbindungen zur katholischen Jugend.

A142 - Kirchliches Vermögen und Grundbesitz 1945 - 1948
Enthält u.a.:
Verhandlungen mit dem Bischöflichen Geistlichen Gericht Erfurt.

A010 - Teilnahme an kirchlichen Veranstaltungen sowie Beschwerden über das Verbot religiöser Versammlungen und Zusammenkünfte 1948 - 1949

A015 - Vorschläge des Landesvorstands zur Verleihung des Nationalpreises an christliche Künstler 1947 - 1951

2.7 Schul- und Kulturpolitik

A003 - Demokratische Schulreform 1946 - 1947
Enthält u.a.:
Stellungnahme des Landesverbands Sachsen-Anhalt.
Zeitungsausschnitte.

A005 - Hochschulen 1945 - 1951
Enthält u.a.:
Studentenwahlen.
Stipendienfragen.
Zulassungsbedingungen.
Rede des Landespräsidenten Rudolf Paul am 01.06.1946 vor Professoren und Studenten der Universität Jena.

A154 - Kultur- und Schulpolitik 1947 - 1950
Enthält u.a.:
Protokolle von Sitzungen des Kulturausschusses bei der Reichsgeschäftsstelle Berlin, der Landesgeschäftsstelle Weimar und in den Kreisverbänden.
Entschließung des Kulturpolitischen Ausschusses auf dem Landesparteitag 1947.
Kulturpolitik der CDU in den Gemeinden (Redeskizzen).
Geistige Voraussetzungen für unsere Kulturarbeit (Referat, 1947).
Stellungnahme der Ortsgruppe Erfurt zum CDU-Kulturprogramm.

Eisenacher Kulturtagung.
A007 - Religionsunterricht 1945 - 1950
Enthält:
Beschwerden über Behinderungen.
A002 - Schulen 1951
Enthält u.a.:
Lehrplangestaltung der Grundschulen.
Elternbeiratswahlen.
Personalangelegenheiten der Lehrer.
A014 - Theater 1946 - 1950
Enthält u.a.:
Eröffnung des Deutschen Nationaltheaters.
Personalfragen des Stadttheaters Sonneberg.

2.8 Jugend
A188 - Jugend 1947 - 1950
Enthält u.a.:
Jugendtreffen in Worbis.
Richtlinien für die Jugendarbeit in Thüringen.
Protokoll der Sitzung des Jugendausschusses am 14.02.1948.

2.9 Kommunal- und Landespolitik allgemein
A234 - Kommunal- und Landespolitik 1947 - 1949
Enthält u.a.:
Protokolle von Landesblocksitzungen.
Zusammenstellung der Reparationsleistungen (1947).
Vorschlag für den genossenschaftlichen Zusammenschluß des privaten Handels.
Protokolle von Sitzungen des Wirtschafts- und Sozialpolitischen Ausschusses.
Jahresbericht 1946 des Landesverbandes.
Protokoll der Vorstandssitzung am 15.02.1947 in der Reichsgeschäftsstelle.
Parteiamtliche Verlautbarung über die Tagung in Königstein.
Stellungnahme zur Gründung des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands.
A241 - Kommunalpolitik 1947 - 1950
Enthält u.a.:
Protokoll der Sitzung des Kommunalpolitischen Ausschusses auf dem Landesparteitag 1947.
Besetzung von Bürgermeisterstellen.
Protokoll der 62. Landesblocksitzung am 03.01.1950.
Vorbereitung des Wahlkampfes 1948.
A191 - Kommunalpolitik 1948 - 1951
Enthält u.a.:
Wohnraumbeschaffung.
Beschluß über Mandatsniederlegung.
Bericht über die Teilnahme an der Tagung der Kreistags- und Gemeindevertretungs-Abgeordneten in Gera am 18.01.1949.
A189 - Kommunalpolitik 1948 - 1951
Enthält u.a.:

Besetzung von Bürgermeisterstellen.
Kreisparteitag Nordhausen 1949.
Protokolle von Sitzungen der Antifa-Blöcke.

2.10 Presse, Rundfunk, Propaganda

A049 - Gewährung von Sendezeit durch den Sender Weimar und den Mitteldeutschen Rundfunk für den Landesverband 1945 - 1949

A050 - Parteipresse 1946 - 1952
Enthält u.a.:
Protokoll über die Konferenz der Chefredakteure und Verlagsleiter am 29.03.1949 in Berlin.

A048 - Presse und Propaganda 1946
Enthält u.a.:
Berichte über Sitzungen des Pressereferates.

3 Landesgeschäftsstellen

3.1 Informationsberichte und Rundschreiben

A233 - Agitationsmaterial 1945 - 1946
Enthält u.a.:
Kommunale Selbstverwaltung.
Wirtschaftsplan des Alliierten Kontrollrates.
Schulgesetz der SBZ.
Union und Mittelstand.
CDU und SED.
Die Union und der Bauer.
Die Agrarpolitik der CDU.
Der Standort der Union.
Die Einheit der Nation.
Rhein, Ruhr und Saar.
Linderung der finanziellen Not.
Währungsfrage.
Betriebsrätegesetz.
Stellungnahme zum Zusammenschluß KPD-SPD (SED).
Parteipolitische Aufgliederung der Gründer der CDU.
Bodenreform.
Judenfrage.
Entschließung der antifaschistisch-demokratischen Parteien zum Potsdamer Abkommen.
Die Union und die demokratische Staatsordnung.
Stellung zur Arbeiterklasse.

A178 - Entwürfe für Rundschreiben des Landesverbands 1946

A177 - Entwürfe für Rundschreiben des Landesverbands 1947

A035 - Jahresbericht des Landesverbands (1946) sowie Monatsberichte und Arbeitspläne 1946 - 1949

A138 - Jahresbericht über die Tätigkeit und die Entwicklung des Landesverbands 1946

A174 - Mitteilungen und Rundschreiben des Landesverbandes 1945 - 1949
Enthält u.a.:
Krise in der Reichsparteileitung.
Bericht über die Lage in der Partei (Dezember 1947).
Kommunale Selbstverwaltung und Block.

30. Jahrestag der Oktoberrevolution.
Abschluß eines Burgfriedens zwischen den Parteien im Wahlkampf.

A261 - Monatsberichte der Abteilung des Landesverbands 1951
A129 - Monatsberichte des Landesverbandes an die 1946 - 1949
Reichsgeschäftsstelle Berlin
A214 - Planberichte des Landesverbands für die Monate Januar - 1952
Juli
Enthält u.a.:
Friedensarbeit.
Mitarbeit in der Natinalen Front.
Durchsetzung des Fünfjahresplans.
Festigung der Partei.
Analyse über die soziale Zusammensetzung und die gesellschaftliche Mitarbeit.
A109 - Propagandamaterial 1946 - 1950
Darin: Sondernummer von: Der Weckruf. Monatszeitschrift für christliche Politik und Kultur, herausgegeben von Karl Grobbel (Nr. 3/1933).
A260 - Rechenschaftsbericht des Landesverbands und Analyse 1952
des Landesparteitages vom 14.-15. Juni 1952
A239 - Rundschreiben des Landesvorstands 1952
Protokolle von Sitzungen der Kreissekretäre und Verzeichnis der Gemeinden des Landes.
170 - Rundschreiben und Aktenvermerke 1947 - 1950
Darin: Protokolle von Sitzungen des Unterausschusses für Hochschulfragen 1949.

3.2 Sekretariate

A193 - Protokolle von Sekretariatssitzungen 1951 - 1952
Enthält u.a.:
Übernahme einer Patenschaft über den Kreis Angermünde.
Personal- und Organisationsangelegenheiten.
A212 - Übersichten über den Stand der Organisation des 1951
Landesverbandes
Darin: Berufsaufgliederung.
Angaben über Kreisverbände und Ortsgruppen.
Altersaufgliederung.
Konfessionelle Zusammensetzung.

3.3 Satzung und Geschäftsordnung/Organisation und Verwaltung

A076 - Ausarbeitung einer Geschäftsordnung für die 1947 - 1949
Landesgeschäftsstelle
A052 - Ausarbeitung, Entwurf und Fertigstellung einer 1949 - 1950
Wahlordnung für die CDU
A265 - Entwürfe für Satzungen 1948 - 1949
A063 - Entwürfe und Ausarbeitungen von Satzungen 1945 - 1949
A075 - Organisationspläne des inneren Dienstbetriebs 1945 - 1947
Enthält u.a.:
Stellenplan, Geschäftsverteilungs-, Aufgabengliederungs- und Strukturpläne.

A060 - Organisatorische, parteipolitische und personelle Fragen 1945 - 1951
Enthält u.a.:
Maßnahmen nach der Krise in der Führung der CDU im Dezember 1945.
A062 - Parteipolitische und organisatorische Angelegenheiten 1945 - 1951
Enthält u.a.:
Protokoll der Hauptvorstands-Sitzung am 15.10.1947.
Entwurf einer Geschäftsordnung für die Ausschüsse der Hauptgeschäftsstelle.
Richtlinien für die politische Arbeit in Land- und Forstwirtschaft.
Entschließung des Hauptvorstands zur Pariser Außenministerkonferenz.
A285 - Satzung und Geschäftsordnung des Landesverbandes 1946 - 1949
Enthält u.a.:
Entwürfe von Satzungen.
Richtlinien der Union.
Aktenvermerke über die Genehmigung der Satzung durch die SMATh.
Programm der CDU Thüringens vom 20.07.1945.
A244 - Übersicht über den Stand der Organisation des 1947 Landesverbandes
Enthält u.a.:
Angaben über die konfessionelle Zusammensetzung und Altersaufgliederung.
A211 - Übersicht über den Stand der Organisation des 1950 Landesverbandes
Darin: Berufsaufgliederung.
Angaben über Kreisverbände und Ortsgruppen.
Altersaufgliederung.
Konfessionelle Zusammensetzung.
A249 - Übersichten über den Stand der Organisation des 1946 Landesverbandes
A251 - Übersichten über den Stand der Organisation des 1948 Landesverbandes
A213 - Übersichten über den Stand der Organisation des 1948 - 1952 Landesverbandes
Darin: Berufsaufgliederung.
Angaben über Kreisverbände und Ortsgruppen.
Altersaufgliederung.
Konfessionelle Zusammensetzung.
A078 - Verwaltungstechnische und organisatorische 1945 - 1949 Angelegenheiten der Landesgeschäftsstelle

3.4 Personal
A068 - Einstellung von haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern 1946 - 1951
A304 - Personelle Verzeichnisse 1946
Enthält u.a.:
Verzeichnis der Geschäftsführenden Ausschußmitglieder, der Kreisvorsitzenden, der Landtagsabgeordneten, der Referenten bei den Kreisgeschäftsstellen, der Kreis- und Gemeindevertreter, der Ortsgruppenvorstandsmitglieder und der

CDU-Bürgermeister.
A065 - Protokolle der Sitzungen des zentralen 1947
Personal-Prüfungsausschusses des Landesvorstands
A077 - Regelung von Personalfragen in der Landesgeschäftsstelle 1945 - 1947
in den Kreisverbänden
A255 - Stellenplan für die Landesgeschäftsstelle und den 1946
Landesverband

3.5 Mitglieder
A305 - Angaben über CDU-Mitglieder in öffentlichen Ämtern 1946 - 1947
A093 - Angaben über die Mitgliederbewegung 1945 - 1947
Enthält u.a.:
Aufnahme von ehemaligen Mitgliedern der NSDAP.
A094 - Aufnahme einzelner ehemaliger Mitglieder der NSDAP in die 1945 - 1948
CDU
A221 - Schiedsgericht beim Landesvorstand 1946 - 1953
Enthält u.a.:
Liste der ergangenen Schiedsurteile und Protokolle der
Sitzungen des Spruchausschusses.
Darin: Übersicht über die CDU-Minister in der DDR und über den
Hauptvorstand.
Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes.
Verzeichnis der Kreisgeschäftsstellen, Kreisvorsitzenden und
Kreissekretäre.
A200 - Schiedsgericht des Landesverbandes 1950 - 1952
Enthält u.a.:
Protokolle von Sitzungen.
Ausschlußanträge.
Geschäftsordnung der Schiedsgerichte.
A250 - Statistik der Mitgliederbewegung und Übersichten über den 1945 - 1946
Stand der Organisation des Landesverbandes
A123 - Verhaftungen von CDU-Funktionären und Mitgliedern 1945 - 1947
A124 - Verhaftungen von CDU-Funktionären und Mitgliedern 1947 - 1950

3.6 Finanzen/Vermögensverwaltung
A097 - Verwaltung des Hotels Russischer Hof (Weimar) 1945 - 1947
A098 - Verwaltungsangelegenheiten des Hotels Russischer Hof 1947 - 1951
(Weimar) und der Wirtschaftlichen Betreuungsgesellschaft
m.b.H. (Weimar)

3.7 Veranstaltungen
A100 - Durchführung von politischen Versammlungen 1946 - 1950
Enthält u.a.:
Versammlungsordnung der CDU.
A012 - Mitarbeit an Veranstaltungen zum Goethe-Jahr 1949 1948 - 1951
Enthält u.a.:
Fragen der Regelung des Statuts des Goethe- und
Schiller-Archivs Weimar.
A308 - Vorbereitung der Maifeiern durch die Landesleitung 1946 - 1948
Enthält u.a.:
Rede Hugo Dornhofers (Heilgenstadt) auf der Maifeier der Kommandantur.

3.8 Landesgeschäftsführerkonferenzen
A139 - Protokolle der Sitzungen der Landesgeschäftsführer 1946 - 1950

3.9 Verschiedenes
A231 - Personal-, Organisations- und Schulungsangelegenheiten 1947 - 1949
Enthält u.a.:
Geschäftsordnung des Verwaltungsrates der Wirtschaftlichen Bertreuungsgesellschaft m.b.H. (Weimar) vom 25.05.1949.
Schreiben des Dompropstes Joseph Freusberg an den Landesverband zwecks Unterstützung in Schulangelegenheiten im Eichsfeld.
Übersicht über den Vorstand des Landesverbands (Stand: 06.05.1947).
A164 - Protokolle, Berichte und Aktenvermerke 1947 - 1952
Enthält u.a.:
Satzung der CDU (Thüringen).
Entwurf eines Statuts der deutschen Zentralverwaltung in der SBZ und ihrer gegenseitigen Beziehungen zu den Regierungen der Länder und Provinzen.
Rede des Bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard am 14.06.1947.
Erklärungen zur Münchner Konferenz der Ministerpräsidenten.
Richtlinen für die Zusammenarbeit der politischen Parteien (Entwurf).
A033 - Verhandlungen über Erteilung von Interzonenpässen 1946 – 1952

4 Beratende Landesversammlung/Landtag
A276 - Stenographische Berichte der Verhandlungen im Landtag, 1946 - 1947
Bd. 1 (1.-19. Sitzung)
A277 - Stenographische Berichte der Verhandlungen im Landtag, 1947
Bd. 2 (20.-31. Sitzung)
A278 - Stenographische Berichte der Verhandlungen im Landtag, 1948
Bd. 3 (32.-44. Sitzung)
A279 - Stenographische Berichte der Verhandlungen im Landtag, 1948
Bd. 4 (45.-53. Sitzung)
A280 - Stenographische Berichte der Verhandlungen im Landtag, 1949
Bd. 5 (54.-64. Sitzung)
A281 - Stenographische Berichte der Verhandlungen im Landtag, 1950
Bd. 6 (65.-73. Sitzung)
A149 - Einberufung einer beratenden Landesversammlung und 1945 - 1947
Tätigkeit der CDU-Fraktion
Darin: Niederschrift über die 6. Sitzung der Landeskommission für Neubürger am 23.09.1946.
A151 - Mandatsniederlegung von Landtagsabgeordneten der CDU 1946 - 1951
Darin: Mandatsverluste durch Austritt.
A037 - Mitarbeit im Landtag 1945 - 1950
Enthält u.a.:
Niederschriften über den Verlauf der Sitzungen der zivilen Verwaltung des Landes Thüringen am 11.10. und 16.11.1945.
Protokoll der Besprechung des Innenpolitischen Ausschusses der CDU vom 04.10.1945.

Geschäftsordnung für den Landtag vom 12.02.1945 und der
CDU-Fraktion.
Protokoll der 1.-4. Sitzung des Landtages.
A222 - Tagung der Landtagsabgeordneten vom 26.-27.10.1946 in 1946
Berlin
Enthält u.a.:
Material zur Verfassungsfrage und Wirtschaftspolitik.
Kultur- und Schulpolitik.
Unionspolitik in 130 Stichworten.
Flugschrift: Die Union und der Bauer.
Sammelheft: Die Entschließungen des Parteitages 1946.

5. Landesregierung
A084 - Kanzlei des Ministerpräsidenten 1946 - 1951
Enthält u.a.:
Niederschrift über die Sitzung der zivilen Verwaltung des Landes
Thüringen am 14.09.1945.
A081 - Ministerium für Finanzen 1947 - 1951
Geschäftsverteilungsplan des Ministeriums (1947).
A082 - Ministerium für Justiz 1946 - 1950
Enthält u.a.:
Regelung der Gefängnisseelsorge der katholischen Gefangenen
mit dem Erfurter Generalvikariat.
Entwurf eines Merkblattes für Schöffen und Geschworene.
A091 - Ministerium für Versorgung des Landes Thüringen 1946 - 1949
Enthält u.a.:
Geschäftsverteilungsplan des Landesamtes für Handel und
Versorgung, September 1946.
A145 - Niederschrift der Verhandlung über die Regierungsbildung 1946
in Thüringen am 2./3. Juni
A105 - Niederschriften über die Besprechungen der thüringischen 1948 - 1949
Minister
Enthält u.a.:
Landwirtschaftsfragen.
Versorgungsangelegenheiten.
A240 - Protokolle von Betriebsgruppenversammlungen und 1950 - 1951
Vorstandssitzungen im Ministerium für Versorgung
A166 - Protokolle von Konferenzen der CDU-Minister 1948 - 1949
Enthält u.a.:
Durchführung von Maßnahmen für die Erfüllung des
Zweijahresplans.
Tätigkeit der Zentralen sowie der Länderkontrollkommissionen.
Rechtsstatus der Angestellten im Öffentlichen Dienst.
Genossenschaftspolitik.
Das ländliche Genossenschaftsprogramm der CDU.
A104 - Protokolle von Konferenzen der CDU-Minister 1948 - 1949
Enthält u.a.:
Entwurf eines wirtschaftlichen und sozialen Notprogramms.
Vorschläge zur Steuerreform.
Das ländliche Genossenschatsprogramm der Union.
Darin: Protokoll der 3. Sitzung des Hauptvorstands der CDU am

07.04.1949.
A085 - Rundschreiben des Ministeriums für Arbeit und Sozialwesen 1948 - 1950
Enthält u.a.:
Bericht über die Entwicklung des thüringischen Arbeitsmarktes im 1. Quartal 1948.
A293 - Schriftwechsel des Ministers für Handel und Versorgung, Heinrich Gillesen 1948 - 1949
Enthält:
Einladungen, Mitteilungen privater Art, Glückwünsche, Dankschreiben.

6. Behörden
A282 - Amtsblatt der Alliierten Kommandantur Berlin Nr. 1-2 und 7-12 1947 - 1948
A283 - Amtsblatt des Alliierten Kontrollrates in Deutschland (Nr. 1-19) 1945 - 1948

6.1 Alliierte
A034 - Aktenvermerke über die Besprechungen zwischen Vertretern des Landesvorstands und der SMATh 01.1946 - 06.1947
A045 - Bemühungen des Landesverbands um eine Amnestie für inhaftierte CDU-Funktionäre und Jugendliche durch die SMATh 1946 - 1950
A232 - Berichte an die SMATh 1947 - 1950
Enthält u.a.:
Fall Hugo Hickmann.
Aufstellung der Mitglieder des Landesvorstandes.
Aufstellung der Kreisvorsitzenden.
Teilnahme an der Durchführung demokratischer Reformen.
Entwicklungsgeschichte der christlichen Gewerkschaften des Eichsfeldes.
A036 - Verhandlungen mit Vertretern der SMATh 1945 - 1951
Enthält u.a.:
Organisatorische Zusammenarbeit der antifaschistisch-demokratischen Parteien mit der SMA sowie Aktivierung der Arbeit der Parteien.

6.2 Landes- und Kreisbehörden
A274 - Bericht des Landesamtes für Wirtschaft über die wirtschaftliche Entwicklung Thüringens 1946
(Juli - August)
Darin: Beschluß der Deutschen Wirtschaftskommission für die SBZ über Maßnahmen zur Sicherung der Ernährung.
Bericht über die Finanzlage Thüringens.
A056 - Kommunalpolitik und Tätigkeit des Prüfungsverbandes thüringischer Kreise und Gemeinden 1945 - 1947
Enthält u.a.:
Finanzkontrolle.
Darin: Auszug aus einem Referat Otto Nuschkes: Wesen und Technik der parlamentarischen Arbeit.

A194 - Landesbodenkommission (Kommission zur Durchführung der Bodenreform) 1948 - 1949
Enthält u.a.:
Protokolle von Sitzungen der Kommission.
Einzelfälle von Sequestrierungen.

A017 - Mitarbeit im Aktionsausschuß zur Schaffung von Neubauernhöfen und in der Landeskommission zur Durchführung der Bodenreform 1947 - 1950
Enthält u.a.:
Berichte und Protokolle über Sitzungen des Presse- und Propagandaausschusses.
Bautechnische Durchführung der Bodenreform.

A026 - Mitarbeit im Ernährungsbeirat beim Landesamt für Handel und Versorgung 1946 - 1949
Enthält u.a.:
Protokoll der Sitzung vom 18.9.1946.

A270 - Protokolle der Sitzungen der Landeskommission zur Durchführung der Befehle 124 und 126 1946 - 1947

6.3 Personalfragen

A095 - Besetzung von Ämtern bei Behörden und Dienststellen 1945 - 1947

A096 - Besetzung von Ämtern und Behörden mit Mitgliedern der CDU 1948 - 1951

A192 - Personalangelegenheiten bei Behörden 1949 - 1950
Enthält u.a.:
Besprechungen mit der Leitung der Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) über Stellenbesetzungen.
Darin: Niederschrift einer Besprechung mit General Iwan Kolesnitschenko am 18.08.1949 über landwirtschaftliche Fragen.

7 Kreisverbände und Ortsgruppen

7.1 Protokolle und Berichte

A258 - Berichte über "reaktionäre" und "progressive" Kräfte in Kreisverbänden und Ortsgruppen 1948 - 1950
Darin: Bericht über die Vorgänge um den ehemaligen Minister für Versorgung, Georg Grosse (Republikflucht).

A186 - Monatliche Planberichte der Kreisverbände 1951
Juli - Dezember.

A184 - Monatliche Planberichte der Kreisverbände 1951 - 1952
Mai 1951 - Juli 1952.

A155 - Monatliche Planberichte der Kreisverbände 1951 - 1952

A185 - Monatliche Planberichte der Kreisverbände 1952
Januar bis Juni.

A310 - Protokolle der Kreissekretär-Besprechungen 1951 - 1952

A067 - Protokolle von Konferenzen und Sitzungen der Kreisvorsitzenden 1945 - 1949
Enthält u.a.:
Bestimmungen über Sühnemaßnahmen gegen aktivistische Nazis und über die Aufnahme von ehemaligen Mitgliedern der NSDAP in die antifaschistisch-demokratischen Parteien.
Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes am 16.09.1945.

A215 - Protokolle von Sitzungen der Kreisvorstände 1951 - 1952
Enthält u.a.:
Berichte über die politische Lage.
Stellungnahme zur Note der UdSSR an die Westmächte.
A053 - Protokolle von Tagungen der Kreisgeschäftsführer 1946 - 1948
A217 - Rundschreiben, Plakate und Werbeanzeigen der 1951 - 1952
Kreisverbände
A264 - Vertrauliche Mitteilungen an die Kreissekretäre 1951 - 1952
Enthält u.a.:
Innerparteiliche Wachsamkeit.
Richtlinien für die Aufnahme von Mitgliedern.
Redeskizzen: Die Bedeutung der Befreiung Deutschlands durch
die UdSSR.
A092 - Verwaltungsprüfungsberichte über Kreis- und Ortsverbände 1945 - 1951

7.2 Einzelne Kreis- und Ortsverbände
A210 - Beitrags-Soll-Statistiken des Kreisverbands Arnstadt 1946
A256 - Berichte der Kreissekretäre aus den Kreis- und Ortsgruppen 1951 - 1952
(Kreisverband Meiningen - Kreisverband Worbis)
Enthält u.a.:
Finanz-, Personal- und Organisationsangelegenheiten.
A275 - Berichte der Kreissekretäre aus den Kreisverbände und 1949 - 1950
Ortsgruppen (Altenburg - Jena)
Enthält u.a.:
Protokolle von Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung
Greiz.
Berichte über Überprüfungen der Kreisgeschäftsstellen.
A107 - Betriebsgewerkschaftsleitung bei der Landesgeschäftsstelle 1949 - 1950
Enthält u.a.:
Arbeitsplan der Sozialpolitischen Kommission.
Arbeitsprogramm des Ortsvorstandes Weimar der Gewerkschaft
Verwaltung-Banken-Versicherungen 1950.
A201 - Kreisverbände Altenburg - Greiz 1946 - 1950
Enthält u.a.:
Gründungs- und Wahlprotokolle von Ortsgruppen.
Protokolle der Wahlen.
A202 - Kreisverbände Hildburghausen - Weimar 1946 - 1950
Enthält u.a.:
Gründungs- und Wahlprotokolle von Ortsgruppen.
Protokolle der Wahlen.
A132 - Kreisverbände und Ortsgruppen 1946 - 1950
Enthält u.a.:
Entschließungen der Ortsgruppe Mühlhausen zur politischen
Lage, Juli 1947.
A224 - Kreisverband Altenburg 1945 - 1946
Statistik der Mitgliederbewegung.
A230 - Kreisverband Arnstadt 1946
Statistik der Mitgliederbewegung.
A207 - Kreisverband Arnstadt 1947
Mitgliederbewegung (Statistiken).
A268 - Kreisverband Arnstadt 1949 - 1951

Statistik der Mitgliederbewegung.
A187 - Kreisverband Eichsfeld (Heiligenstadt) 1946
Statistiken der Mitgliederbewegung.
A228 - Kreisverband Eichsfeld (Heiligenstadt) 1947
Statistik der Mitgliederbewegung.
A225 - Kreisverband Eisenach 1947
Statistik der Mitgliederbewegung.
A313 - Kreisverband Greiz und Ortsgruppe 1945 - 1957
Enthält u.a.:
Protokolle.
Manuskript: Geschichte des Kreisverband Greiz.
Austrittserklärungen.
A312 - Kreisverband Meiningen und Ortsgruppe 1945 - 1946
Enthält u.a.:
Protokolle.
Auseinandersetzungen um den Posten des Landrates.
A315 - Kreisverband Mühlhausen 1946 - 1950
Protokolle der Kreisparteitage.
A314 - Kreisverband Mühlhausen 1950
Ortsgruppen.
A262 - Kreisverband Rudolstadt 1949 - 1951
Statistik der Mitgliederbewegung.
A203 - Kreisverband Weimar 1949 - 1951
Statistik der Mitgliederbewegung.
A153 - Unterlagen der Betriebsgewerkschaftsleitung bei der 1947 - 1948
Landesgeschäftsstelle
Darin: Aus der Arbeit der Betriebsräte, herausgegeben vom
FDGB, Berlin 1946.
Jahresbericht des Landesverband Thüringen des FDGB zur
Landesdelegierten-Konferenz 1947 in Erfurt.
Aufruf des Bundesvorstandes des FDGB zu Maßnahmen zur
Steigerung der Arbeitsproduktivität.
A009 - Zusammenarbeit und Unterstützung der CDU-Studenten an 1948 - 1950
der Universität Jena
Enthält u.a.:
Wahlordnung für die Studentenratswahlen.

7.3 Mandats- und Funktionsträger
A108 - CDU-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung und im 1947
Kreistag Altenburg
A043 - CDU-Fraktionen in den Kreistagen 1946 - 1950
Enthält u.a.:
Arbeitsberichte.
A044 - Durchführung von Kreistagswahlen, Arbeit von 1946 - 1950
CDU-Mitgliedern in den Kreistagsausschüssen und
Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft für Kreistagsabgeordnete
und Gemeindevertreter
Enthält u.a.:
Fraktionsumbesetzungen.
Zurückziehung von Kreisräten.
Verhandlungen über die Aufstellung von Abgeordneten.

A040 - Mitarbeit der Ortsgruppen in den Gemeindevertretungen 1946 - 1948
Enthält u.a.:
Auseinandersetzungen mit der SED um Mandatsverteilung.
Abgrenzung der Zuständigkeit der Gemeindevertretungen und
-ausschüsse.
Entwurf einer Geschäftsordnung für Gemeindevertretungen.
A041 - Mitarbeit in den Stadträten 1945 - 1950
A127 - Vorsitzende der Kreisverbände 1946 - 1951
Enthält u.a.:
Protokolle der Kreisblock-Sitzungen Schmalkalden.

7.4 Personalia
A125 - Organisation der Dienstbesprechungen der Kreissekretäre 1948 - 1952
Enthält u.a.:
Protokolle.
A126 - Personalien und Besoldung der Kreissekretäre 1950 - 1952

8 Parteitage
A218 - 1. Landesparteitag in Erfurt 1946
Enthält u.a.:
Wahlprotokoll der Delegierten zum Zonenparteitag.
Stenographischer Bericht.
A190 - 1. Landesparteitag in Erfurt 1946
Enthält u.a.:
Rede Jakob Kaisers am 14.04.1946.
Diskussionsbeiträge.
Geschäftsbericht des Landesvorstands
Einladungen und Gästelisten.
A171 - 1. Landesparteitag in Erfurt 1946
Enthält u.a.:
Vorbereitung des Landesparteitages .
Liste der Mitglieder des Landesvorstandes.
Personalien der Kreisvorsitzenden.
A047 - 1. Landesparteitag in Erfurt 1946
Enthält u.a.:
Vorbereitung des Landesparteitages.
Liste der Mitglieder des Landesvorstandes und der
Kreisvorsitzenden.
A180 - 2. Landesparteitag 1947
Enthält u.a.:
Entschließungen einzelner Ausschüsse.
Arbeitsbericht.
Broschüren.
A167 - 2. Landesparteitag in Erfurt 1947
Presseberichte.
Reden.
Kulturpolitik in den Gemeinden.
Landwirtschaftsfragen.
Jugendangelegenheiten.
Entschließungen einzelner Ausschüsse.
Fotos.

A168 - 3. Landesparteitag in Erfurt 1948
Enthält u.a.:
Delegiertenliste.
Entschließungen.
Protokolle über Sitzungen einzelner Ausschüsse. Referate und Diskussionsbeiträge.
A219 - 4. Landesparteitag in Erfurt 1950
Enthält u.a.:
Reden auf dem 4. Landesparteitag.
Reden August Bach, Hermann Buchterkirchen, Georg Dertinger, Fröhlich, Otto Nuschke.
Bericht über die Großkundgebung der CDU am 19.06.1950 in Erfurt.
A311 - 4. Landesparteitag in Erfurt 1950
Protokoll des 4. Landesparteitages.
A253 - 5. Parteitag der CDU 1950
Enthält:
Zeitungsausschnitte.
Entschließungen einzelner Ausschüsse.
A160 - 5. Parteitag der CDU vom 15.-17. Sept. 1950 in Berlin 1950
Enthält u.a.:
Arbeitsbericht.
Entschließungen der einzelnen Ausschüsse.
Wirtschafts- und Sozialprogramm.
Plan für Landwirtschaft und Ernährung.
Vorschläge für Steuerreform.
A220 - Außerordentlicher Landesparteitag in Weimar 1947
Enthält u.a.:
Bericht über den außerordentlichen Landesparteitag am 17. Oktober 1947 in Weimar.
Protokoll der Reden und Diskussionsbeiträge.
A169 - Delegierte zum 2. Parteitag der CDU 1947
Enthält u.a.:
Rede Jakob Kaisers: Deutschland zwischen Ost und West.
Darin: Liste der Vertretungen der Landesverbände der SBZ in den Ausschüssen der Union.
A316 - Durchführung der Landesparteitage 1947 - 1952
Enthält u.a.:
Berichte über Ausschußsitzungen des Landesparteitags1947.
Protokoll des Landesparteitags 1948.
A259 - Teilnahme von Vertretern des Landesverbands am 1. 1946 Parteitag der CDU
Enthält u.a.:
Arbeitsbericht.
Entschließungen.
Reden Jakob Kaisers, Hugo Hickmanns, Georg Grosses und Kurt Landsbergs.

9 Blockparteien, Massenorganisationen
9.1 Antifa-Block/Parteien
A071 - Auseinandersetzungen zwischen CDU und SED 1946 - 1949
A086 - Beziehungen zur SED und DBD 1949 - 1951
Enthält u.a.:
Bericht über den 1. Parteitag der DBD, Juli 1949 in Mühlhausen.
A090 - Beziehungen zur SED und LDPD 1945 - 1949
Enthält u.a.:
Grundsätze und Ziele der SED und Parteistatut.
Satzung der LDP vom 16.06.1945.
Auseinandersetzungen zwischen SPD und KPD.
Grundsätze der Thüringer Volkspartei vom 15.07.1945.
A136 - Fragen der Mitarbeit im Landesblock der 1947 - 1950
antifaschistisch-demokratischen Parteien
A079 - Landesblock der antifaschistisch-demokratischen Parteien 1945 - 1947
Enthält u.a.:
Geschäftsordnung.
Bericht über die Wirtschaftskonferenz des Blocks in Jena am 14.07.1946.
Stellungnahme zu den ehemaligen nominellen Mitgliedern der NSDAP.
A069 - Mitarbeit in den Kreis- und Ortsantifa-Blöcken 1949 - 1951
Enthält u.a.:
Protokolle von Blocksitzungen.
A074 - Organisation des Landesblocks der 1950 - 1952
antifaschistisch-demokratischen Parteien
A103 - Protokoll über die Kreisblocksitzung Gera am 24.10.1949 1949
A106 - Protokolle der Sitzungen des Landesblocks der 1945 - 1946
antifaschistisch-demokratischen Parteien
Enthält u.a.:
Stellungnahme der CDU zur Bodenreform.
Flüchtlingsangelegenheiten.
Überführung sequestrierter Betriebe in die Landes- und Kommunalverwaltung.
A072 - Protokolle der Sitzungen des Landesblocks der 1946 - 1950
antifaschistisch-demokratischen Parteien und demokratischen Organisationen
A263 - Protokolle von Landesblocksitzungen 1949 - 1950
Enthält u.a.:
Besetzung der Posten der Bürgermeister und Landräte.
Stellungnahme zu reaktionären Kräften in demokratischen Parteien und Massenorganisationen.
Annahme einer Entschließung zum Freiheitskampf in Griechenland.
Entwicklung der HO in Thüringen.
A080 - Protokolle von Sitzungen der Kreisblocks 1948 - 1949
A070 - Protokolle von Sitzungen des Antifa-Blocks in Städten und Kreisen 1949 - 1950
A133 - Richtlinien für die Mitarbeit von CDU-Mitgliedern in Massenorganisationen 1949 - 1950

9.2 Volkskongreß/Nationale Front

A156 - Mitarbeit der CDU in der Volkskongreßbewegung und in der Nationale Front 1947 - 1952

Enthält u.a.:
Aufruf des Präsidiums des Deutschen Volksrates zur Vorbereitung des Volksbegehrens zur Einheit Deutschlands.
Arbeitsprogramm der Nationale Front Thüringen.
Resolution zu den Wahlen 1950.
Entschließung zur Unterzeichnung des Generalvertrages.
Die deutsche Situation nach London (Rede von Jakob Kaiser am 16.11.1947).

A267 - Mitarbeit im Deutschen Volkskongreß 1947 - 1949

Enthält u.a.:
Wahlergebnisse zu den Wahlen zum Volkskongreß.
Delegierte des Landesverbands.
Arbeit des Landesvolkskongresses.
Zeitungsausschnitte mit Berichten.

A209 - Mitarbeit im Deutschen Volkskongreß 1948 - 1949

Enthält u.a.:
Bericht über den 2. Volkskongreß vom 17.-18.04.1948 in Berlin.
Darin: Rededisposition zum Weltfriedenstag.

A119 - Mitarbeit von CDU-Mitgliedern in den Kreisausschüssen des Deutschen Volkskongresses 1947 - 1949

9.3 Sonstige

A011 - Mitarbeit im Kulturbund 1946 - 1951

Enthält u.a.:
Aufruf zum Weltfriedenstag 1949.

A013 - Mitarbeit in der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft 1948 - 1951

Enthält u.a.:
Entschließung zu den Wahlen 1950.

A030 - Mitarbeit in der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (BGH) 1946 - 1952

Enthält u.a.:
Statut der VdgB (BGH).
Bericht über die Mitwirkung bei den Kreistagungen.
Entwurf eines Aufrufs zur Bildung der VdgB.
Thesen: Die CDU und das Bauerntum.

A143 - Zusammenarbeit mit der Deutsch-Polnischen Gesellschaft in Thüringen 1950

A272 - Zusammenarbeit mit der VdgB 1950 - 1952

Enthält u.a.:
Protokolle von Sitzungen des Landesverbandes des VdgB.
Protokolle der Sitzungen des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft.

10 Wahlen

A172 - Entschließungen und Resolutionen von Ortsgruppen, Betriebsgruppen und Delegierten von Kreistagen gegen die Verlegung der Kommunalwahlen 1948

A039 - Gemeindewahlen 1945 - 1949

Enthält u.a.:
Wahlordnung.
Wahlreden
Wahlergebnisse.
Vorbereitung und Hinweise für den Wahlkampf und die
Auseinandersetzung mit anderen Parteien.
A150 - Landtags- und Kreistagswahlen 1946 - 1949
Enthält u.a.:
Wahlordnung für die Wahlen am 20.10.1946.
Erklärung des Vorstandes der CDU vom 17.09.1946 zu den
Wahlen.
Ferdinand Friedensburg: Die Stellung der CDU zu den Wahlen.
A306 - Vorbereitung der Gemeindewahlen 1946
Enthält u.a.:
Wahlkalender.
Erläuterungen der SMA zu den Bestimmungen über die
Gemeindewahlen.
Organisatorische und propagandistische Arbeit.
Georg Schneider: Die Bedeutung der Kommunalwahlen.
A307 - Wahlvorbereitung zu den Gemeindewahlen 1946
A245 - Zusammenstellung der bei den Gemeinde- und 1946
Landtagswahlen abgegebenen Stimmen nach
Kreisverbänden A-L
A246 - Zusammenstellung der bei den Gemeinde- und 1946
Landtagswahlen abgegebenen Stimmen nach
Kreisverbänden M-W

11 Andere CDU-Verbände
11.1 Reichsgeschäftsstelle
A298 - Arbeitstagung in Meißen 1951
A147 - Auseinandersetzung um die These "Sozialismus aus 1947 - 1950
christlicher Verwantwortung"
A146 - Monatliche Tätigkeitsberichte der Reichsgeschäftsstelle 1946 - 1950
Enthält u.a.:
Statistische Angaben über Berufsgliederung der Mitglieder,
Abgänge, Zugänge und zusammenfassende Berichte.
A137 - Organisation von Ausschußsitzungen bei der 1946 - 1950
Reichsgeschäftsstelle
Enthält u.a.:
Sitzungsprotokolle.
A165 - Protokolle von Hauptvorstands-Sitzungen 1950 - 1951
A238 - Protokolle von Ministerkonferenzen und 1949 - 1950
Hauptvorsands-Sitzungen
A064 - Protokolle, Berichte und Unterlagen von Sitzungen bei der 1946
Reichsgeschäftsstelle
Enthält u.a.:
Jugend- und Studentenfragen.
Protokoll der Sitzung der Geschäftsführer der Landesverbände
am 17.07.1946.
Vorschlag der CDU über eine Bitte der Einheitsfront an die
SMAD nach Entlassung deutscher Kriegsgefangener.

Hilfe für Umsiedler.
Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher.
Protokoll der Vorstandssitzung am 13.08.1946.
A257 - Rundschreiben der Reichsgeschäftsstelle 1946 - 1949
Enthält u.a.:
Satzung der Kreisverbände und Ortsgruppen.
Thesen zu einer neuen Reichsverfassung
(Verfassungsausschuß Berlin).
Werbung unter Landwirten.
Leitsätze für Unionsmitglieder.
Entwurf eines Gesetzes zur Einleitung des Lastenausgleichs und
über sofortige Hilfsmaßnahmen zur Linderung der dringendsten
Not.
Grundlagen einer nationalen Repräsentation.
Übersicht über die Landtagsfraktionen der CDU (1947).
Stellungnahme zur Gründung des DFD.
Stellungnahme zur beabsichtigten Abschaffung des § 218.
Kulturprogramm der CDU.
Stellungnahme zum Volkskongreß.
A303 - Stellungnahmen von Kreisverbände und Ortsgruppen zur 1947 - 1948
Krise in der CDU
Enthält u.a.:
Otto Nuschke: Die Politik der Union.
Hugo Hickmann: Unveränderter Kurs.
Die Neuordnung der Unions-Führung.

11.2 Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU
A141 - Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU 1947 - 1949
Enthält u.a.:
Protokolle der 1. und 3. Tagung.
Darin: Entschließung der 2. Tagung der Jungen Union am
31.05.1947.

11.3 Landesverbände
A088 - Beziehung zu den Landesverbänden in der SBZ (bzw. der 1945 - 1949
DDR)
Enthält u.a.:
Demokratische Kreisordnung.
Abschrift eines Berichts über die Verwaltungstätigkeit der Polen
und dem unter polnischer Verwaltung gestellten Gebieten.
A087 - Beziehungen zu den Landesverbänden der SBZ (bzw. DDR) 1949 - 1951
Enthält u.a.:
Bericht über den Landesparteitag des Landesverbands
Brandenburg 1950.
A089 - Landesverbände der Westzonen (bzw. der Bundesrepublik) 1946 - 1950
Enthält u.a.:
Grundsatzprogramm der CSU.
Richtlinien der CSU zur Überwindung der inneren und äusseren
Not unseres Volkes, München 1946.
Erklärung der Landesleitung Groß-Hessen zur staatlichen
Neugliederung Deutschlands.

12 Reden- und Artikelsammlung
A294 - Interviews und Presseartikel 1947
Enthält u.a.:
Stellungnahme zur Arbeit der VdgB.
A173 - Manuskripte von Reden und Referaten 1947
Enthält u.a.:
Georg Grosse: Der Weg der Union im Lichte der Einheit Deutschlands.
Die Union und die Agrarfrage.
Die politische Neuordnung Deutschlands.
Das deutsche Ernährungsproblem.
Resolution der Ärztekammertagung 1947 zur deutschen Ernährungsfrage.
A227 - Rededispositionen 1946
Enthält u.a.:
Christlicher Sozialismus.
Unionspolitik in 130 Stichworten.
Demokratie, Staatsverfassung, Reichseinheit.
Wirtschaftspolitik.
Kultur-, Sozial- und Agrarpolitik.
Stellung zum Bauerntum.
Staat und Kirche.
Schulpolitik.
Hochschulen und Universitäten.
Judenfrage.
Potsdamer Beschlüsse.
Flüchtlingsfrage.
Stellung zum Privateigentum.
Planwirtschaft in der Demokratie.
Gewerkschaften und Politik.
Gründungsaufruf.
Rede von Andreas Hermes auf der Gründungsversammlung am 22.07.1945.
Stellung zur Agrarreform.
A099 - Reden 1945 - 1947
Enthält u.a.:
Georg Schneider: Die Bedeutung der Landtagswahlen.
Walter Rücker: Die Kulturpolitik der Union.
A175 - Reden und Vorträge 1946
Enthält u.a.:
Hans Klings: Der Weg der christlichen Demokraten.
Georg Grosse: Auf neuen Wegen zu neuem Leben.
Georg Schneider: Politische Möglichkeiten und Notwendigkeiten in einer Demokratie.
Wolfgang Seibert: Diktatur und Demokratie.
Gerhard Vogt: Der Weg zum Frieden und zur Freiheit.
Margarethe Döhring: Die Frau in der neuen Demokratie.
Friemelt: Die sozialen Probleme der Gegenwart.
Jennings: Die Probleme der Demokratie.
Heinrich Krone, Fred Sagner und Albert Voss (Reden zu den Wahlen 1946).

A242 - Reden, Referate, Artikel 1947 - 1948
Enthält u.a.:
Der Wandel des Staates.
Die Union in den Parlamenten.
Rede Jakob Kaisers auf der Vorstandssitzung am 12.07.1947.
Wirtschaftsplanung.
Sozialdemokratie und Christentum.
Die Kulturpolitik der Union.
Neuaufbau der deutschen Wirtschaft.
Schulfragen.
Nationale Repräsentation.
A181 - Reden, Vorträge und Artikel des Landessekretärs der CDU, 1947 - 1949
Walter Rücker
Enthält u.a.:
Deutschland in der Entscheidung.
Die Kulturpolitik der Union.
Der Weg zum Volksstaat.
Auf christlichen Wegen zur Demokratie.
Stellungnahme zum § 218 StGB.
Der Volkskongreß.
Deutschlands Einheit - Deutschlands Schicksal.
A176 - Reden, Vorträge und Artikel des Ministers für Versorgung, 1947 - 1949
Heinrich Gillesen
Enthält u.a.:
Über die politische Lage im Oktober 1949.
Stellung der CDU zur Weiterentwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaften.
Darin: Bericht über die Sitzung der Deutschen Wirtschaftskommission am 12.05.1949.

13 Materialsammlungen
A163 - Broschüren, Pressemitteilungen, Nachrichtenblätter und Rededispositionen 1948 - 1950
Enthält u.a.:
Der Unionsfreund, Nachrichtenblatt des Landesverbands Sachsen-Anhalt, Nr. 2/49.
Christentum und Marxismus.
Der Kampf um den Frieden (Rededisposition).
Bericht über die politische Lage in Meiningen 1948.
Entwurf eines Aufrufs des Thüringer Landtags an die Bevölkerung anläßlich der Außenministerkonferenz 1947.
Überblick über die politische Situation im Februar 1949.
A273 - Materialsammlung 1948 - 1949
Enthält u.a.:
Spannungen in der Erfurter Stadtverordnetenversammlung.
Christentum und Sozialismus.
Beschluß des Landesvorstandes über den Ausschluß Georg Grosses aus der CDU.
Umsiedlerlage.
Übersicht über die Entwicklung im Lande Nordwürttemberg-Baden.

CDU und Nationale Front.
Gegenüberstellung: Kapitalismus - Sozialismus - Christentum.
Politischer Lagebericht (August 1948).
Protokoll über die Gründung des Hilfskomitees für das demokratisches Griechenland am 02.02.1949 in Weimar.
Aufruf des Komitees (02.02.1949).
Protokolle über Sitzungen der Kommission zur Durchführung der Befehle 124 und 126.
Die Union und der Bauer (Broschüre).
Rede Otto Nuschkes auf dem 3. Parteitag 1948 in Erfurt.

A134 - Zeitungsausschnitte über die Münchner Konferenz der 1947 Ministerpräsidenten der deutschen Länder
Darin: Stellungnahme der Stadtverordnetenversammlung Apolda und des Kreisverbands Gotha.

A135 - Zeitungsausschnitte zur Deutschen Einheit 1946 - 1948

Die CDU seit 1990

Die CDU Thüringen ist der größte Landesverband einer Partei in Thüringen und der Landesverband der CDU in Thüringen. Landesvorsitzender ist seit 2014 Mike Mohring. Sitz des Verbandes ist Erfurt.

Mitglieder 2016
Vorsitzender Mike Mohring
Ehrenvorsitzender Bernhard Vogel
Stellvertreter Birgit Diezel, Mario Voigt, Christian Hirte
Schatzmeister Jens Krautwurst

Organisation

Landesverband
Der Landesverband Thüringen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) ist der Zusammenschluss aller Mitglieder der CDU im Freistaat Thüringen. Der Landesverband hat die Aufgabe, durch seine Organe, durch seine Kreis- und Ortsverbände und Vereinigungen das Gedankengut der CDU zu verbreiten, die Ziele der CDU zu vertreten und für die Mitgliedschaft in der CDU zu werben, die Mitglieder über alle wichtigen politischen Entscheidungen zu unterrichten und sie zur Teilnahme an der Politik anzuregen, die politische Willensbildung in der CDU und im öffentlichen Leben zu fördern. Der Landesverband bestimmt die Richtlinien für die politische und organisatorische Führung der CDU Thüringen und fördert die Arbeit der Kreisverbände und der Vereinigungen. Der Landesverband ist in 23 Kreisverbände gegliedert, die wiederum in Ortsverbände untergliedert sind. Organe des Landesverbandes sind der Landesparteitag, der Landesausschuss und der Landesvorstand.

Landesparteitag
Der Landesparteitag ist das oberste politische Organ der CDU Thüringen. Er wird vom Landesvorstand einberufen und tritt mindestens einmal jährlich zusammen. Er ist insbesondere zuständig für alle die CDU Thüringen berührenden Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung.

Landesausschuss
Der Landesausschuss wird bei Bedarf vom Landesvorstand einberufen. Er ist für die Beschlussfassung über alle wichtigen Angelegenheiten des Landesverbandes zwischen den Landesparteitagen zuständig.

Landesvorstand
Der Landesvorstand leitet den Landesverband, vertritt ihn nach außen und führt die Geschäfte auf Landesebene. Er führt die Beschlüsse des Landesparteitages und Landesausschusses aus. Alle zwei Jahre konstituiert sich der Landesvorstand neu.

Landesgeschäftsstelle
Die Landesgeschäftsstelle ist für die politische, administrative und finanzielle Organisation der Partei auf Landesebene zuständig. Dazu gehört auch die strategische und konzeptionelle Vorbereitung von Wahlkämpfen und Kampagnen.

Landesfachausschüsse und Arbeitsgruppen
Die Landesfachausschüsse und Arbeitsgruppen beraten den Landesvorstand. Sie sollen politisch bedeutsame Vorgänge und Entwicklungen in ihren Fachbereichen beobachten, sie

diskutieren und den Landesvorstand darüber informieren. In Abstimmung mit dem Landesvorstand planen sie ihre Arbeitsvorhaben.

- Landesfachausschuss Bürgeranliegen
- Landesfachausschuss Landwirtschaft und Verbraucherschutz
- Landesfachausschuss Naturschutz und Umwelt
- Landesfachausschuss Bildung
- Landesfachausschuss Soziales, Familie und Gleichstellung
- Landesfachausschuss Wissenschaft, Kunst und Medien
- Landesfachausschuss Wirtschaft, Technologie und Arbeit
- Landesfachausschuss Bau und Verkehr
- Landesfachausschuss Europa

Kreisverbände

Der Kreisverband ist die Organisation der Mitglieder der CDU in den Grenzen eines Landkreises oder einer kreisfreien Stadt. Der Kreisverband ist zuständig für alle politischen und organisatorischen Fragen seines Bereiches.

- CDU Altenburger Land
- CDU Eichsfeld
- CDU Eisenach
- CDU Erfurt
- CDU Gera
- CDU Gotha
- CDU Greiz
- CDU Hildburghausen
- CDU Ilm-Kreis
- CDU Jena
- CDU Kyffhäuserkreis
- CDU Nordhausen
- CDU Saale-Holzland-Kreis
- CDU Saale-Orla-Kreis
- CDU Saalfeld-Rudolstadt
- CDU Schmalkalden-Meiningen
- CDU Sömmerda
- CDU Sonneberg
- CDU Suhl
- CDU Unstrut-Hainich-Kreis
- CDU Wartburgkreis
- CDU Weimar
- CDU Weimarer Land

Ortsverbände

Der Ortsverband ist die Organisation der CDU für die im Bereich einer Stadt oder einer Gemeinde, bei kreisfreien Städten im Bereich eines Stadtteils, wohnenden Mitglieder. Der Ortsverband ist zuständig für alle politischen und organisatorischen Fragen seines Bereiches.

Vereinigungen

Die Vereinigungen sind organisatorisch selbstständige Zusammenschlüsse. Sie haben das Ziel, das Gedankengut der CDU in ihren Wirkungskreisen (junge Generation, Frauen, Arbeitnehmer, Kommunalpolitiker, Mittelstand, Wirtschaft, Vertriebene, ältere Generation) zu vertreten und zu verbreiten sowie die besonderen Anliegen der von ihnen repräsentierten

Gruppe in der Politik zu wahren. Die Satzung der CDU Thüringen nennt folgende Vereinigungen:

- Junge Union Thüringen
- Frauen-Union der CDU Thüringen
- Senioren-Union der CDU Thüringen
- Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft Thüringen
- Kommunalpolitische Vereinigung der CDU Thüringen
- Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU Thüringen
- Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung in der CDU Thüringen - Union der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler

Sonderorganisationen
Neben den Vereinigungen gibt es in der CDU auch "Sonderorganisationen" wie den Evangelischen Arbeitskreis, den Ring Christlich-Demokratischer Studenten und die Schüler Union.

Programm
Grundsatzprogramm
Das aktuelle Programm der CDU Thüringen ist das Grundsatzprogramm "Was uns verbindet.", das auf dem 22. Landesparteitag vom 15.–16. Juni 2007 in Saalfeld beschlossen wurde.

Standpunkte in der Landespolitik
In der thüringischen Landespolitik bezieht die CDU Thüringen unter anderem folgende Standpunkte:

Bau und Verkehr
Verbesserung der Infrastruktur mit Hilfe des Landesstraßenerhaltungsprogramms
Abschluss des Ausbaus der großen Verkehrsadern und Vorantreiben des Baus von Ortsumgehungen
Abschluss des Ausbaus der ICE-Strecke Nürnberg-Erfurt-Halle/Leipzig
Sicherstellung eines bedarfsgerechten und servicefreundlichen Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)
Fortsetzung des Ausbaus der Radverkehrswege
Unterstützung der Modernisierung des Flughafens Erfurt und des Verkehrslandeplatzes Leipzig-Altenburg und Weiterentwicklung der Kooperation der Flughäfen zur attraktiveren Gestaltung des Angebots für Fluggäste

Bildung und Wissenschaft
Erhalt des dichten Thüringer Schulnetzes
Unterstützung des Modells der „Eigenverantwortlichen Schule“
Entwicklung eines Lehrerleitbildes, in dem Kompetenzen und Anforderungen an das pädagogische Personal festgeschrieben werden
Gewinn junger und engagierter Lehrer für den Freistaat
Förderung der Schulen in freier Trägerschaft
Stärkung und Förderung der Jugendverbandsarbeit und außerschulischen Jugendbildung
Stärkung und Förderung der Volkshochschulen und freien Träger der Erwachsenenbildung
Verzicht auf allgemeine Studiengebühren
Ausbau des Campus Thüringen zur Vereinfachung des übergreifenden Studierens an Thüringer Hochschulen
Unterstützung der Aktivitäten des Studentenwerks für attraktive Studienbedingungen

Sicherung größtmöglicher Autonomie und Planungssicherheit für die Hochschulen
Ausbau und Verstärkung der Forschungsinfrastruktur
Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Forschungsinstituten und Unternehmen
Einrichtung eines Förderprogramms, mit dem Spitzenforscher nach ihrem Ruhestand weiter als Senior-Professoren an Hochschulen arbeiten können
Familie und Soziales
Annahme und Entgegenwirken der Herausforderungen des demographischen Wandels
Entwicklung eines seniorenpolitischen Konzepts
Förderung von Mehrgenerationenhäusern und generationenübergreifenden Wohnprojekten
Unterstützung junger Familien bei der Eigentumsbildung
Sicherstellung einer flächendeckenden ärztlichen Versorgung, speziell im ländlichen Raum
Qualitätssicherung im Bereich der Pflege und Einsatz für angemessene Pflegesätze
Optimierung des Kinder- und Jugendschutzes
Bekämpfung von Kinderarmut in Zusammenarbeit mit anderen sozialen Akteuren
Senkung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz
Ausbau der Kindertagesstätten und Verbesserung des Betreuungsschlüssels in Kindertagesstätten
Ausdehnung der Auszahlung des Landeserziehungsgeldes
Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
Erleichterung des Starts ins Familienleben durch Familiendarlehen
Unterstützung der Arbeit von Familienhebammen
Ausbau des Kinderschutzsystems „Familie in Not“ und Verbesserung der Zusammenarbeit von Ärzten, Jugendämtern, Familiengerichten und Polizei

Finanzen
Verankerung eines Neuverschuldungsverbots in der Landesverfassung zur Sicherung einer nachhaltigen Finanzpolitik
Messung sämtlicher Ausgaben am Ziel, dass Thüringen im Jahr 2019 auf eigenen finanziellen Füßen steht
Festhalten am Ziel der Schuldentilgung
Abbau von Verwaltung und Bürokratie
Zuführung zusätzlicher Mittel zum Pensionsfonds, um die zukünftigen Pensionsverpflichtungen erfüllen zu können

Inneres
Ausbau der Sicherheitsstandards, insbesondere Erhöhung der Polizeipräsenz auf den Straßen
Sicherstellung der Ausbildung des Polizeinachwuchses
keine Verharmlosung von Rechtsverstößen und kein rechtsfreier Raum (auch nicht im Internet)
Bekämpfung jeglicher Form extremistischen Handelns
Vernetzung und intensivere Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden
Gewährleistung der modernen Ausstattung von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst
Zusatzversorgung für ehrenamtliche Feuerwehrleute
Unterstützung der Feuerwehr durch angemessene Unterbringung, Ausstattung und Ausrüstung
Verbesserung der finanziellen Unterstützung der Jugendfeuerwehren

Justiz
Ausbau des elektronischen Rechtsverkehrs
Priorität des Dienstleistungsauftrags der Justiz

Verstärkung der Sozialgerichtsbarkeit zur schnellen Verwirklichung von Recht
Errichtung von Jugendstationen in Erfurt und Jena nach dem Vorbild in Gera zur unmittelbaren Folge der Strafe auf die Tat
Verhinderung von Straftäterkarrieren durch enge Kooperation von Polizei, Justiz und Jugendgerichtshilfe
Förderung einvernehmlicher Streitschlichtung durch den Einsatz von Güterichten in den Gerichten

Kommunales
Erhaltung und Weiterentwicklung des Föderalismus und der kommunalen Selbstverwaltung
Sicherstellung leistungsfähiger und bürgernaher Gemeindestrukturen
Etablierung bürgernaher Verwaltungen, die mit modernen Kommunikations- und Informationstechniken arbeiten

Kultur und Medien
Entwicklung tragfähiger Konzepte für die Sanierung von Schlössern und Residenzen
Bewahrung und Pflege des reichen kulturellen Erbes und der vielfältigen, lebendigen Kunstszene
Schaffung von Planungssicherheit für die Theater- und Orchesterlandschaft
Beitrag zum Erfolg de Bewerbungen der Stadt Erfurt mit ihrem jüdischen Erbe und des Thüringer Nationalparks Hainich zur Aufnahme in die UNESCO-Welterbe-Listen
Stärkung der Museumslandschaft
Sicherung der Heimatpflege mit Hilfe einer Thüringer Heimatstiftung
Fortschreibung des Landeskulturkonzepts und Inblicknahme von Spitzen- und Breitenkultur gleichermaßen
Ausbau und Professionalisierung der Gedenkstätten zur Mahnung an die Diktaturen
Verbindung von Erinnerungsorten durch eine „Straße der Demokratiegeschichte“
Stärkung des Thüringer Landtags als Ort der parlamentarischen Demokratie
Einsatz dafür, dass der 18. März zum „Tag der Parlamentarischen Demokratie“ erklärt wird
Schärfung des Landesprofils als Medienstaat und Entwicklung eines „Mediencampus Thüringen“
Weiterentwicklung des „Grünen Bands“ als Schutzgebiet

Umwelt und Naturschutz
Partnerschaft mit Land- und Forstwirten in Bezug auf den Klimaschutz
Unterstützung der Land- und Forstwirtschaft bei Forschung und Entwicklung
Verbesserung der Rahmenbedingungen bezüglich Energiesteuer und Marktentwicklung fossiler Kraftstoffe
Unterstützung von Bioenergieprojekten
Fortschreibung des Nachhaltigkeitsabkommens mit der Wirtschaft
Einrichtung eines Lehrstuhls für erneuerbare Energien und Aktiv-Energiearchitektur zur Stärkung des Innovationspotenzials
Setzen auf Neubauten, die nicht nur wenig Energie verbrauchen, sondern auch selbst Energie produzieren sowie Setzen auf die Erhöhung der Energieeffizienz bei Altbauten
Förderung von Konzepten für schadstoffarmen Verkehr
Senkung der Energiekosten in allen Gebäuden der Landesregierung
Einsatz für die Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte, weil umweltfreundliche und zugleich bezahlbare Energieversorgung Priorität hat
Einsatz für eine Obergrenze des Staatsanteils an den Energiekosten und eine mittelfristige Absenkung der Energiebesteuerung

Begrenzung des Eintrags schädlicher Stoffe sowie schädlicher nicht-stofflicher Einwirkungen in und auf den Boden
Wieder in Wert setzen von Brachflächen (ehem. LPG-Anlagen, veraltete Infrastruktureinrichtungen, aufgegebene Militärobjekte)
Ausbau des Hochwasserschutzes an Gewässern

Wirtschaft und Arbeit
Verbreiterung der Wirtschaftsbasis durch Neuansiedlungen und Neugründungen sowie intensive Bestandspflege von Unternehmen
Stärkung wirtschaftlicher Potenziale durch den kombinierten, aufeinander abgestimmten Einsatz aller zur Verfügung stehenden Instrumente
Schaffung attraktiver Fördermöglichkeiten und Ausschöpfung der EU-Fördermittel bis 2013
Sicherstellung einer wirksamen Wirtschaftsförderung auch nach dem künftigen Rückgang von Fördermitteln der EU und des Bundes
Ausbau der Beratung für den Generationenwechsel in Unternehmen
Ausbau der Kooperation zwischen Wirtschaft, Schulen und Hochschulen
Entlastung von Familien und nahen Verwandten bei der Unternehmensnachfolge
Förderung des Unternehmergeists, damit die Zahl der Selbstständigen weiter wächst
Förderung der Kooperation von Unternehmen untereinander und mit Hochschulen, Forschungs- und Technologieeinrichtungen
Ausrichtung der wirtschaftsfreundlichen Verwaltung an den Eckpunkten: schnellere Entscheidungen, niedrigere Verwaltungskosten, weniger Vorschriften und Bürokratie
Novellierung und modernere Gestaltung des Mittelstandsförderungsgesetzes
Einrichtung einer zentralen Vergabeplattform im Internet für den schnelleren und unbürokratischeren Zugang der Unternehmen zu den landesweiten Ausschreibungen der staatlichen und kommunalen Vergabestellen
Unterstützung und Stärkung der Stiftung für Technologie, Innovation und Forschung Thüringen (STIFT)
Fachkräftesicherung und -gewinnung
Werbung für berufliche Perspektiven sowie familiäre und kulturelle Rahmenbedingungen im Rahmen eines groß angelegten Standortmarketings
Sicherung beruflicher Perspektiven für junge Leute, um die Abwanderung zu stoppen und Fachkräftebedarfe zu decken
Bündelung neuer und vorhandener Studienförderungsinstrumente in einem Landesausbildungsförderungsgesetz (LAföG), um jungen Leuten den Anreiz zu geben, auch nach dem Studium in Thüringen zu bleiben
Unterstützung junger Forscher bei der Familiengründungsphase bei der Fortführung ihrer Forschungstätigkeit durch Wiedereinstiegs- und Kontaktstipendien
Steigerung der Produktivität und Leistungskraft der Unternehmen, um die Voraussetzung für leistungsgerechte und wettbewerbsfähige Löhne zu schaffen
Einsatz für einen geringeren Abstand zwischen Brutto- und Nettolöhnen
Ausschöpfung der Möglichkeiten des Arbeitnehmerentsendegesetzes für einen branchenspezifischen Mindestlohn
Werbung für die Einführung eines Solidarischen Bürgergeldes
Einsatz für die Zusammenfassung des Arbeitsrechts in einem Arbeitsgesetzbuch
Ausrichtung der Arbeitsmarktförderinstrumente im Bereich der Grundsicherung für Langzeitarbeitslose noch besser auf regionale Besonderheiten und spezifische Zielgruppen
Intensivierung der Qualifizierung von Arbeitslosen
Unterstützung des Ausbaus einer Kapitalbeteiligungskultur zur stärkeren Beteiligung der Mitarbeiter am Erfolg ihrer Unternehmen

Einsatz für eine umfassende Steuerreform nach den Grundsätzen: einfacher, niedriger, gerechter

Thüringen 2020

Die CDU Thüringen hat im Jahr 2010 unter dem Titel „Thüringen 2020“ einen breit angelegten Diskussionsprozess zur Zukunft des Freistaats Thüringen gestartet. Den Auftakt bildete der ZukunftsDIALOG im Jenaer Zeiss-Planetarium am 8. Oktober 2010, zu dem rund 200 Neumitglieder, Abgeordnete, Mitglieder der Landesregierung und Kommunalpolitiker zusammenkamen. Zukünftig können sich alle Mitglieder im Rahmen von ZukunftsWERKSTÄTTEN zu verschiedenen Themen aktiv in die inhaltliche Arbeit einbringen. In den Werkstätten sollen Perspektiven, Ideen und Konzepte in einzelnen Politikfeldern für das Jahr 2020 entwickelt werden. Geplant ist auch ein ZukunftsKONGRESS für das Frühjahr 2011.

Parteivorsitzende

Jahre	**Vorsitzender**
1945–1945	Max Kolter
1946–1947	Walter Körner
1947–1947	Otto Schneider
1947–1950	Siegfried Trommsdorff
1950–1952	August Bach
1952 bis 1990 bestand kein Land Thüringen	
1990–1990	Uwe Ehrich
1990–1993	Willibald Böck
1993–2000	Bernhard Vogel
2000–2009	Dieter Althaus
2009–2014	Christine Lieberknecht
2014–	Mike Mohring

Fraktionsvorsitzende

Jahre	**Vorsitzender**
1946–1948	Karl Magen
1948–1950	Johannes Mebus
1950–1952	Werner Gast
1952 bis 1990 bestand kein Land Thüringen	
1990–1995	Jörg Schwäblein
1995–1999	Christian Köckert
1999–2003	Dieter Althaus
2003–2004	Frank-Michael Pietzsch
2004–2008	Christine Lieberknecht
2008–heute	Mike Mohring

Literaturverzeichnis

Kiefer, Markus, Gründung und Anfänge der CDU in Thüringen 1945-1952

Thiel, Victor, Christen Thüringens in der Bewährung

Wenzel, Rigobert, Die Anfangsjahre der CDU in Thüringen und auf dem Eichsfeld 1945-1950

Broszat, Martin, SBZ-Handbuch

Kaff, Brigitte, Gefährlich politische Gegner

Baus, Ralf Thomas, Die christlichdemokratische Union Deutschland in der sowjetisch besetzten Zone 1945-1948, in: FRancia, Band 30/3, 2003, S. 301-303

Richter, Michael, Die Ost-CDU 1948-1952

Salten, Oliver, CDU in der DDR – Im Licht der Forschung, in: historisch – politische Mitteilungen, 2015

Neubert, Ehrhart, Geschichte der Opposition in der DDR 1949 – 1989, Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Band 346, Bonn 2000.

Kachel, Steffen, Ein rot-roter Sonderweg? Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 – 1949, Böhlau Verlag, Köln, Weimar, Wien 2011. ISBN 978 – 3 – 412 – 20544 – 7

Satjukow, Silke, Besatzer, „Die Russen“ in Deutschland 1945 – 1994, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen. ISBN 978 – 3 – 525 – 36380 – 5

Satjukow, Silke, Gries, Rainer, Bankerte! Besatzungskinder in Deutschland nach 1945. Campus Verlag, Frankfurt, New York. ISBN 978 – 3 – 593 – 56286 – 1

Weber, Petra, Justiz und Diktatur, Justizverwaltung und politische Strafjustiz in Thüringen 1945 – 1961. R. Oldenbourg Verlag München 2000. ISBN 3 – 486 – 56463 – 3.

Günter Buchstab (Hrsg.): Verfolgt und entrechtet. Die Ausschaltung Christlicher Demokraten unter sowjetischer Besatzung und SED-Herrschaft 1945-1961. Eine biographische Dokumentation, Düsseldorf 1998.

Manfred Agethen, Die CDU in der SBZ/DDR 1945-1990, Neuere Literatur (1990-1996)

Autorengruppe: Rolf Badstübner (Leiter) ….. (Hrsg.), Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung, der Kampf gegen die Spaltung Deutschlands und die Entstehung der DDR von 1945 bis 1949, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1989, Deutsche Geschichte, Band 9. ISBN 3 – 7609 – 1009 – 2

Iwan Sosonowitsch Kolesnitschenko, Im gemeinsamen Kampf für das neue antifaschistisch-demokratische Deutschland entwickelte und festigte sich unsere unverbrüchliche Freundschaft, Erfurt 1985, in: Beiträge zur Geschichte Thüringens, SED (Hrsg).

Jürgen John, Reinhard Jonscher, Heinz Mestrup, Axel Stelzner (Hrsg.), Geschichte in Daten – Thüringen, Fourier Verlag gmbH, Wiesbaden 2003.

Junge Union

Literaturverzeichnis

http://www.junge-union.de/content/start/

Ziegler, Helmut (Hrsg.): Sechs Jahre Junge Union. Herausgegeben aus Anlaß des 6. Deutschlandtages, Hamburg 1953

Schwarz, Heinrich (Hrsg.): Zehn Jahre Junge Union Deutschlands. Festschrift zur Jubiläumstagung

Zehn Jahre Junge Union Deutschlands, Königstein im Taunus 19. bis 20. Januar 1957, Hamburg 1957

Dumann, Manfred (Hrsg.): 25 Jahre Junge Union Deutschlands. Werdegang, Grundlagen, Aufgaben, Bonn 1972

Böhr, Christoph (Hrsg.): Jugend bewegt Politik. Die Junge Union Deutschlands 1947 bis 1987, Krefeld 1988

Bundesvorstand der Jungen Union Deutschlands (Hrsg.): 50 Jahre Junge Union Deutschlands, Bonn 1997

Philipp Mißfelder (Hrsg.): 60 Jahre Junge Union Deutschlands, Berlin 2007

Grotz, Claus-Peter: Die Junge Union. Struktur - Funktion - Entwicklung der Jugendorganisation von

CDU und CSU seit 1969, Kehl am Rhein, Straßburg 1983

Hackel, Wolfgang: Die Auswahl des politischen Nachwuchses in der Bundesrepublik Deutschland. Die

Junge Union als Sprungbrett für politische Karrieren in der CDU, Stuttgart 1978

Heitzer, Horst W.: Junge Union (JU) in: Becker, Winfried; Buchstab, Günter; Doering-Manteuffel, Anselm; Morsey, Rudolf (Hrsg.): Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland, hrsg. im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Paderborn u.a. 2002, S. 568-570

Kaff, Brigitte (Hrsg.): Junge Union 1945-1950. Jugendpolitik in der sowjetisch besetzten Zone, Freiburg im Breisgau 2003

Kleinmann, Hans-Otto; Buchstab, Günter (Hrsg.): Geschichte der CDU 1945-1982, Stuttgart 1993, S.463-466

Krabbe, Wolfgang R.: Parteijugend in Deutschland. Junge Union, Jungsozialisten und Jungdemokraten 1945 - 1980, Wiesbaden 2002

Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Kleine Geschichte der CDU, Stuttgart 1995, S. 290-294

Pflüger, Friedbert: Die politischen Jugendorganisationen im Vergleich. Eine synoptische Darstellung der programmatischen Aussagen von Junge Union Deutschlands, Jungsozialisten in der SPD, Deutsche Jungdemokraten, Bonn 1979

Schönbohm, Wulf: CDU - Porträt einer Partei, München 1978

Wagner, Jochen: Die Junge Union Deutschlands: Geschichte, Struktur und Perspektiven, Saarbrücken 1998

Böhr, Christoph; Fuchs, Jürgen; Koch, Roland (Hrsg.): Pluralismus im Widerstreit. Wertwandel und Orientierungsprobleme in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Krefeld 1982

Wissmann, Matthias (Hrsg.): Marktwirtschaft 2000. Bausteine für eine humane Industriegesellschaft, Krefeld 1983 (Schriftenreihe Mitverantwortung, Band 2)

Böhr, Christoph (Hrsg.): Leben mit der Technik, Krefeld 1985 (Schriftenreihe Mitverantwortung, Band 3)

Koch, Roland (Hrsg.): Selbsthilfe, Krefeld 1986 (Schriftenreihe Mitverantwortung, Band 4)

Böhr, Christoph (Hrsg.): Jugend bewegt Politik. Die Junge Union Deutschlands 1947 bis 1987, Krefeld 1988 (Schriftenreihe Mitverantwortung, Band 5)

Schüler-Union

http://www.schueler-union.de/

25 Jahre Schüler Union Deutschlands. Bis hierhin und weiter!, Bonn 1997

Bülow, Christoph von (Hrsg.): Die Schüler-Union. Tendenzwende an den Schulen?, Bonn 1975

Gauger, Jörg-Dieter: Schüler-Union in: Becker, Winfried; Buchstab, Günter; Doering-Manteuffel,

Anselm; Morsey, Rudolf (Hrsg.): Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland, hrsg. im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Paderborn u.a. 2002, S. 634-635

Stenger, Joseph: La Schüler-Union. Etude d'un mouvement politique de jeunes lycéens en République Fédérale allemande de 1972 à 1980, Frankfurt am Main, Bern 1982

Franca
Schneider

Reportage
Porträt einer Helferin

Reportage zum Thema „Ohne Ehrenamtliche wäre der Andrang von Flüchtlingen in Deutschland derzeit nicht zu bewältigen. Portrait einer Helferin in einer Flüchtlingsunterkunft.“

Frau Angelika Dreier ist gerade umgezogen. Da sie ihre Tätigkeit als Steuerberaterin in Zukunft ihrem Mann überlassen will, hat sie nun Zeit. Im Gemeindeboten fand sie vor einem Jahr eine kleine Anzeige, dass ehrenamtliche Helfer für die Flüchtlingshilfe gesucht werden. Sie arbeitete erst auf der Messe im Congresscentrum in Erfurt in der Kleiderkammer in Eigeninitiative jeden Tag etwa 4-5 Stunden. Nun sind die Flüchtlinge aber auf Einzelwohnungen und WGs verteilt. Sie macht jetzt Einzelunterstützung und Begleitung zu Ämtern. Sie gibt Hilfe beim Ausfüllen von Formularen beim Jobcenter und beim Sozialamt. Besonders wichtig ist es die Flüchtlinge in Sprachkurse für Deutsch unterzubringen. Sie sagt immer: „Sprache, Sprache, Sprache ist das allerwichtigste!“ Doch hier gibt es Probleme, es gibt viel zu wenig Deutschlehrer. Frau Dreier kümmert sich mit ihren 62 Jahren um Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak, die im Alter von 25-30 Jahre sind. Ihr Mann und ihre Tochter unterstützen sie dabei und machen alles mit, z.B. wenn sie für die Flüchtlinge kocht. Dabei kochen die Flüchtlinge auch mal für sie. Es wird eigentlich alles gegessen, aber kaum Schweinefleisch. Soviel wie in der Kleiderkammer hat sie aber nicht mehr zu tun, meistens sind es 2-3 Tage in der Woche, an denen man besonders früh morgens gegen 7:30 Uhr zu den Ämtern muss. Frau Dreier ist selber nicht aus Erfurt, sie wohnt hier aber schon 25 Jahre. Als Hobby hat sie ein Projekt für sozial schwache Kinder und andere soziale Projekte sowie Sport mit ihrem Mann. Ein Haustier haben Dreier’s nicht. In den Urlaub fahren sie meistens an die See, z.B. die Ostsee. Im Weiteren liest sie in ihrer Freizeit Tageszeitungen und Bestseller. Das bringt ihr für die Flüchtlingshilfe nicht so viel. Es geht ihr eher um ihre Allgemeinbildung und die aktuellen Nachrichten. Im Besonderen findet sie die Berichterstattung von Flüchtlingen eher nicht zutreffend und teilweise sogar grob fehlerhaft. Es sind ausgesuchte Persönlichkeiten, die sich dramatisch darstellen. Das ist für sie kaum von Interesse. Deshalb sind die Nachrichten über Flüchtlinge auch weniger Thema zwischen Frau Dreier und ihren Betreuten. Gerne hört Frau Dreier Opern und Operetten und nimmt an den Kulturangeboten der Kleinen Synagoge in Erfurt für jüdische Kultur teil. Wie viele Flüchtlinge in Erfurt leben, weiß sie nicht. Auch nicht wo sie herkommen. Sie selber kümmert sich nur um Syrer und Iraker. In Erfurt leben sie im Rieth, am Binderslebener Knie in einem Hotel und am Wiesenhügel, sowie da wo eben Platz ist. In Erfurt bekommen die Flüchtlinge, wenn sie angekommen sind erstmal Sozialhilfe und wenn sie dann ihren Aufenthaltsstatus haben

ALGII, dabei hilft ihnen Frau Dreier. In den Unterkünften werden sie von einem Sozialarbeiter betreut. Kochen tuen sie aber meistens allein, in Kochnischen, die zu den 2x2x2m Wohnungstrakten gehören. Von den Flüchtlingen geht kein Gesundheitsrisiko aus, dass ist Quatsch. Frau Dreier hilft ihnen dabei sich einen Krankenschein zu besorgen, wenn sie krank sind, ansonsten sind sie Notfallpatienten.

Franca
Schneider

Interview
27 Jahre Knast, zu Weihnachten Ausgang

27 Jahre Knast, zu Weihnachten Ausgang

Ein Interview zum Leben in Verwahrung

Hallo Stephan (Name von der Redaktion geändert). Wir haben uns gerade kennengelernt und trinken einen Kaffe miteinander. Freimütig hat er mir von seinem Leben in Verwahrung erzählt. Das dauerte 27 Jahre 1 Monat 14 Tage im Knast. Als er wegen Mord nach § 211 Ab. 1 ins Gefängnis gekommen ist, war gerade die Gründung der BRD Thema in den Medien. Aufenthalt hatte er in Sachsen in Torgau, wo er seinen Hauptschulabschluss machte, in Bautzen, da hat er eine Ausbildung zum Tischler gemacht, dann Waldheim und Erfurt. Natürlich stelle ich ihm die Frage, ob er schuldig im Knast ist? Oder unschuldig, aufgrund eines Verfahrensfehler. Er sagt schuldig im Sinne der Anklage und beruhend auf Indizien. Woran wird ermessen, wer wie lange bleibt? Die Länge der Haft legt die Strafkammer fest oder das Therapeutenteam beziehungsweise der sachverständige Gutachter.

Außer den Ausbildungen, die er mit sehr gut abgeschlossen hat, kann man auch arbeiten, obwohl das von der Straftat abhängt, macht Aufarbeitung durch Therapien, Sport, Kochen und Kunsttherapie. Das alles ist auch Bestandteil der Resozialisierung, die aber mehr oder weniger aus eigner Verantwortung mit Eigeninitiative von statten geht. Das ist in Gruppe oder Einzeln. Es gibt ein Behandlungsprogramm für Sexual- und Gewaltstraftäter und Einzelgespräche und Gruppen bis zu 11 Gefangene. Ziel ist die Straftataufarbeitung. Die Unterbringung ist sowohl überwiegend einzeln als auch mehrfach, gelegentlich 2 oder 3 Mann Zellen. Die Anstaltsküche kocht gut, es ist alles Mal vertreten wie vegetarisch, Vollkost oder Magenschonkost. Die ärztliche Versorgung lässt zu wüschen übrig, aber ein Anstaltsarzt ist vor ort, ansonsten wird man behandelt wie bei jeder Krankenkasse auch. In der Freizeit gibt es auch alternative Möglichkeiten, auch um die Mitgefangenen besser kennenzulernen, Sport, Billard, Volleyball, Kunsttherapie. Als Hobbys kann man Schwimmen, Tennis, stricken, Volleyball, Musik hören. Welche Therapieformen kannst oder musst du besuchen? Arbeitstherapie, Beschäftigungstherapie, Hauswirtschaftsgruppe, Sport, Kultur, Welches Buch liest du, CD hörst du oder Film hast du letztens gesehen? Zurzeit macht er da nichts, beschäftigt sich aber digital mit Hörbüchern, Musik und Filmen.

Es gibt regelmäßige Besuche von der Familie, vorausgesetzt man hat Angehörige. Stephan erhält zweimal in der Woche Besuche von Ehrenamtliche und der Betreuung. Die Frage ob in seine Kinder besuchen, beantwortet er mit, dass er keine hat, da es keinen Kontakt gibt. Wie feiert ihr da Weihachten? In Gemeinschaft oder alleine, es gibt keinen Gruppenzwang. Nach meiner Frage, ob es Freundschaften im Knast gibt, musste er antworten, dass richtige Freundschaften und Beziehungen eher selten sind. Es gibt aber Zweckgemeinschaften, die einem helfen, wenn man sich in eine der Therapeutinnen verliebt hat. Kannst du auch Verantwortung für dein Leben übernehmen? Oder wirst du stark überwacht? Er schreibt dazu auf, „kann ich, aber man traut es mir nicht zu“. Kannst du Drogen oder Alkohol im Gefängnis zu dir nehmen? Alkohol nehme ich gar nicht, gelegentlich Haschisch hin und wieder, aber in den letzten Jahren nicht mehr.

Darfst du arbeiten gehen? Und wie ist da die Kontrolle und wie funktioniert das mit Geld?
Für seine Tätigkeiten erhält man einen geringen Gehaltsbezug unter Vorbehalt. Also Bargeld nein, aber Einkaufsgutscheine und in der Resozialisierung ja, aber nur 50€ in der Woche, welche einem ein Betreuer gibt.

Abschließend stellte ich noch die Frage, „Glaubst du an Gott?“. Nein, aber was nicht ist, kann noch werden

Author: FS

Franca
Schneider

Die Kunst der Zerstörung
oder
die Kunst des Krieges

Die Kunst der Zerstörung oder die Kunst des Krieges

Dadaismus, Expressionismus, Futurismus und Surrealismus in Erfurt

Dadaismus oder Dada ist eine künstlerische und literarische Bewegung, die 1916, während des Ersten Weltkrieges, durch Hugo Ball, Emmy Hennings, Tristan Tzara, Richard Huelsenbeck, Marcel Janco und Hans Arp in Zürich gegründet wurde. Es war eine Revolte gegen die Kunst von Seiten der Künstler, die die Gesellschaft ihrer Zeit und deren Wertesystem ablehnten. Der Begriff Dada(ismus) steht im Sinne der Künstler für totale Zweifel an allem, absoluten Individualismus und die Zerstörung von gefestigten Idealen und Normen. Im Laufe des Ersten Weltkrieges breitete sich der Dadaismus in ganz Europa aus. Überall protestierten Künstler durch gezielte Provokationen und vermeintliche Unlogik gegen den Krieg und das obrigkeitsstaatliche Bürger- und Künstlertum. Gegen den Nationalsozialismus und die Kriegsbegeisterung vertraten sie Positionen des Pazifismus und stellten sarkastisch die bisherigen absurd gewordenen Werte in Frage.[7]

Zürich – Cabaret Voltaire

Hintergrund der Entstehung des Dadaismus ist die Situation der Schweiz im Ersten Weltkrieg. In allen am Krieg teilnehmenden Staaten waren junge Künstler einerseits durch Schließung der Grenzen mit ihren ausländischen Kollegen und Freunden ausgeschlossen und andererseits wurden sie zum Militärdienst eingezogen. Kriegsgegner aus verschiedenen Staaten sammelten sich in der neutralen Schweiz, die zum einzigen Ort des internationalen Austauschs wurde. Am 5. Februar 1916 gründete Hugo Ball mit seiner Freundin Emmy Hennings in Zürich in der Spiegelgasse 1, das Cabaret Voltaire. Im Cabaret Voltaire fand durch die Gründer viele Aufführungen ihrer Gedichte mit Lautunterbrechungen und Geräuschkulisse statt. Das war den Nachbarn zu laut, und so wurde eine Galerie in der Bahnhofstrasse in Zürich mit dem Namen „Dada“ gegründet. Gleichzeitig wurde auch eine Zeitschrift mit dem Titel „Dada“ herausgebracht. Trotz vieler bekannter Künstler hatte die Galerie wegen Streitigkeiten keine Zukunft.[8]

Spanien – Ramon Gomez de la Serna

In Spanien rief Ramon Gomez de la Serna zu einem lebensphilosophischen-antibürgerlichen Programm einer permanenten Revolution auf. In dieser Hinsicht folgte er dem Futurismus. Er hatte jedoch kaum Erfolg mit seiner gewalttätigen Revolution, die die Ereignisse des spanischen Bürgerkrieges vorweg nahmen. Die Aggressivität manifestierte sich praktisch ausschließlich als Literaturpolitik, in Zeitschriften, Gedichten und Theaterstücken.[9]

London

Zwischen dem Tod König Edwards und dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges veränderte sich die Londoner Kulturszene dramatisch. Das lag nicht zuletzt an der lebhaften Rezeption der europäischen Entwicklungen, die in einigen Magazinen und einer ganzen Reihe von Kunstausstellungen geleistet wurde. Nach dem ersten noch relativ erfolglosen Auftreten hatte die italienische Avantgarde mit der Ausstellung der futuristischen Maler in der Sackville Gallery und den bekannten publizistischen Skandalstrategien später ihren Durchbruch auch in England erreicht. Institutionell konnten sich die Omegadissidenten mit dem Rebel Art Centre als direkte Konkurrenz zu den Omega-Workshops etablieren. Der neue Künstlertyp wurde als antihumanistisch und antiliberal charakterisiert.[10]

---

7 www.wikipedia.de/dadaismus, S. 1-3
8 www.wikipedia.de/dadaismus, S. 3-4
9 Ehrlicher, S. 313
10 Ehrlicher, S. 251

Paris-DADA

Der Dadaismus war in Paris durch Dichter wie Guillaume Apollinaire geprägt. Anders war hier auch die Tatsache, dass beim Paris-Dada fast ausschließlich Dichter und Literaten eine Rolle spielten. Man beschränkte sich dort fast nur auf das Gedichte-Schreiben und Rezitieren. Doch Paris sollte auch der Schauplatz sein, wo Dada sich selbst zerstörte. Die Dadaisten wurden zunehmend engstirniger und zerstritten sich untereinander.[11]

Berlin-DADA

In Berlin nahm Dada seine weltweit extremste Form an. Er war erst nach Ende des Ersten Weltkriegs möglich. Sie nahmen die Äußerungen über den Zürich-Dada, der sich bereits in voller Blüte befand, auf und schlossen sich ihm an, da sie von der gleichen Überzeugung und dem gleichen Willen geleitet waren. Man gründete den „Club DADA“, der sehr exklusiv war. Eines der Clubmitglieder war Johannes Baader[12], der sich den Namen „Oberdada“ zulegte, welchen er mit extremen Taten rechtfertigte. Im Jahr 1920 fand der Höhepunkt des Berlin-Dadas mit der Ersten Internationalen Dada-Messe statt. Auf ihr trafen sich Dadaisten aller gesellschaftlichen Schichten und politischen Gesinnungen. Thema dieser Messe war natürlich unter anderem der Hass gegen jede Autorität. Die innerhalb des Dadaismus entstandenen Zeitschriften, Handzettel, Plakate usw. wurden dort gezeigt und machten die Pluralität der Bewegung sehr deutlich.[13]

Halle – Franckesche Stiftungen

Die Franckeschen Stiftungen zu Halle (früher Glauchasche Anstalten) beherbergen eine Vielzahl kultureller, wissenschaftlicher, pädagogischer und sozialer Einrichtungen. Sie wurde 1698 durch den Theologen und Pädagogen August Hermann Francke gegründet. Franckes pietistisch geprägte Schulen und soziale Initiativen erlangten internationale Bedeutung. Mittlerweile haben sich über 50 verschiedene Einrichtungen auf dem Stiftungsgelände etabliert, so die Kulturstiftung des Bundes, das Deutsche Jugendinstitut, die Martin-Luther-Universität, die für Ausbildung von Lehrern, Theologen, Religionswissenschaftler, Philosophen und Judaistik, was zumeist in Erfurt stattfindet, zuständig ist, als auch das Staatliches Seminar für Lehrämter. Für den Dadaismus ist z.B. das Kinderkreativzentrum Krokoseum und der Spielehaus e.V. wichtig. Unter anderem war einer der Direktoren Hans Ahrbeck.[14] Eine Ausstellung zu August Hermann Franckestand unter dem Motto „Die Welt verändern“.[15]

New-York-DADA

Der New-York-DADA gilt als kurzlebiges Phänomen der amerikanischen Kunstgeschichte und wurde aufgrund seiner „europäischen Wurzeln“ nie als eigenständige amerikanische Kunstrichtung akzeptiert. Auch er ging von Künstlern aus, die vor dem Ersten Weltkrieg geflohen waren. [16]

Hannover-DADA

Zentrale Figur war hier Kurt Schwitters. Da er nicht in den Kreis der Berliner Dadaisten aufgenommen worden war, verzichtete er auf das Wort Dada und bezeichnete seine eigene Antikunst mit dem Wort „MERZ“.[17]

---

11 www.wikipedia.de/dadaismus
12 Siehe RAF
13 www.wikiepdia.de/dadaismus
14 Siehe Hans Arp
15 Www.wikipedia.de/frankeschestiftung
16 www.wikipedia.de/dadaismus, S. 5-6
17 www.wikipedia.de/dadaismus

Köln-Dada
In Köln war der führende Dadaist Max Ernst. Ernst lernte den Maler Johannes Theodor Baargeld[18] kennen und veröffentlichte mit ihm 1919 die dadaistische Zeitschrift „Der Ventilator“.[19]

Italienischer Faschismus
In der unmittelbaren Nachkriegszeit kam es zum folgenreichen Schulterschluss zwischen Futurismus und Faschismus. Gemeinsame Aktionen wurden zum entscheidenden Argument, mit dem der Futurismus nach der Errichtung des faschistischen Herrschaftssystems immer wieder seinen relativen künstlerischen Spielraum legitimieren konnte. Es war die Bereitschaft den gemeinsamen politischen Gegner gewaltsam auszuschalten. Die Zusammenarbeit zwischen den italienischen Anarchisten der Kunstszene und den Faschisten war jedoch politisch während der Wahlen nicht fruchtbar. Der Faschismus wand sich deshalb an das konservative Bürgertum, der Landbevölkerung und dem Papsttum. Die Kunstszene machte wiederum weiterhin ihren eigenen Protest über Manifeste und der Aufforderung zum Rausch der Feste in der Politik, um diese zu überwinden.[20]

Deutscher Nationalismus
Am Anfang gab es die Hoffung bei den deutschen Avantgardisten, dass das italienische Beispiel einer Kollaboration zwischen faschistischer Macht und ästhetischem Avantgardismus auch für den deutschen Fall modellhaft werden könnte. Die interne kulturpolitische Opposition gegen Alfred Rosenberg und dem völkischen „Kampfbund für deutsche Kultur“ hoffte einen „nordischen“ Expressionismus zum Paradigma der neuen deutschen Kunst zu erheben. Dabei hoffte man besonders auf die guten Kontakte und Sympathien zwischen Goebbels und dem expressionistischen Kunstmilieu. Auf Kunstausstellungen, die vom Rosenberg-Kreis abgelehnt wurden, wurde der Futurismus als Staatskunst des Faschismus profiliert. Der Widerspruch war deshalb, dass sich Staat ohne eine Anwesenheit eines natürlichen Körpers abstrahiert repräsentieren, Rasse nicht, wie das in der rassistischen Grundlegung der nationalsozialistischen Ideologie entgegensteht. Trotzdem bediente sich der Nationalsozialismus mit einer Kunstmilitanz, zu denen die Avantgarden ihren Teil beigetragen haben.[21]

Das Ende der Aventgarde
Die gesellschaftliche Relevanz, die man sich in den dreißiger Jahren gesichert hatte, konnte allerdings mit Ausbruch des II. Weltkrieges trotz aller Anstrengung nicht mehr zurück gewonnen werden. Obwohl es bis Ende der sechziger Jahre weiterhin kontinuierliche Publikationen und Manifestationen der Bewegung hatte die Bewegung ihren gesellschaftlichen Zenit erreicht. Wie zu Zeiten der Krise wurde sich ins pornographisch-extreme Private verlegt, und die Bewegung wurde als Sekte angesehen.[22]

Post-Dada
Später trafen sich noch einige Dadisten, wie Hans Arp, seine Frau Sophie Taeuber-Arp, Theo van Doesburg und andere in Weimar und Straßburg. Hans Arp hatte einen Auftrag bekommen, ein Restaurant dort zu gestalten, und er lud noch ein paar seiner Freunde dazu ein.[23]

---

18 Siehe Blixa Bargeld
19 www.wikipedia.de/dadaismus
20 Ehrlicher, S. 68
21 Ehrlicher, S. 76
22 Ehrlicher, S. 445
23 www.wikipedia.de/dadaismus

Der Dadaismus war in vielerlei Hinsicht ein sehr großer und radikaler Schritt in der Kunstgeschichte. Er brachte viele Neuerungen in der Technik der bildenden Kunst hervor, wie er auch dafür gesorgt hatte, dass zahlreiche Tabus in der Kunstszene gebrochen wurden und die Kunst nicht mehr nur Abbild der Wirklichkeit ist, sondern viel mehr. Der Dada betreibt eine materialistische Kunsttheorie. Kunst ist aber auch Theater und damit Theaterpädagogik, dabei hat besonders der Film Schockpotenzial. Der Dadaismus konnte sich trotz des Zerstörungsklischees eine Nische schaffen und hat bis heute überlebt.

In der Nachkriegsmoderne wurden aus normalen Schwärmern, den Kindern der Dadaisten, durch die autoritäre Bildung der DDR avantgardistische Kriegsversehrte, die wie die jüdischen Überlebenden aus den KZ's Buchenwald, Dachau und Auschwitz in der Gesellschaft der Postmoderne als Arbeiter weiterleben, einigen tut sie ihre amerikanische Friedensliebe. Sie sind immer noch große Könner darin rhetorisch-surrealistisch zu verwirren.

Die gegenwärtigen Produktionsbedingungen, also auch die Agentur für Arbeit, zeigen die katastrophale Aktualität des Weltzustandes. Die zivilisatorische Nachkriegsmoderne, der Bildungsstaat der DDR, Nachkriegsdeutschland und die Berliner Republik durchleben gerade das volle Ausmaß ihres katastropischen Destruktionspotenzials, besonders wenn bewusst chemisches beim Individuum mit Medikamenten eingestellt wird. Auch die Ausbeutung der Kinder über Stehlen und Anmelden ihrer Kunstwerke bei der bildkunst und gema, fallen in diese Kategorie. Die militanten Phantasien der kulturkritischen Avantgarden aus der Zeit vor dem Trauma der Shoah und des Krieges wurden Irrationalismus. Sie betreiben seitdem rhetorischen Terrorismus über „Kommunisten-Talk" und antizipieren damit die politische Barbarei des Faschismus und Nationalsozialismus. Alle Formen des antisozialen Verhaltens – Verbrechen, Rauschgiftsucht, Selbstmord, Wahnsinn – erscheinen ihnen preiswürdig als Ausdrucksformen des menschlichen Freiheitswillen und der Rebellion[24], selbst in hohem Alter. So ist der einfachste Surrealistische Satz, der von dem willkürlichen Schuß in die Menschenmenge. So ist auch hier freie Bahn für Franktireurs. Kommunistentalk ist nicht die soziale Revolution, wie das in Zeitungen und der Antifa gebildet wird, sondern die „reine" Revolution, die in ihrer Konsequenz Schwerbehinderung bewirken. Zur Verbesserung der Situation ist dabei die Säuberung der Organisationen wie Agentur für Arbeit, Sozialamt, Krankenkassen, Parteien, Gerichte, Universitäten und die Rente von Infizierten empfohlen. Die Revolution über Berentung muss wieder eingeleitet werden.

Literaturquellen

Peter Bürger (Hrsg.), Surrealismus, in: Wege der Forschung, Band CDLXXIII, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1982 Darmstadt.

Friederike Reents, Anika Meier (Hrsg.), Surrealismus in der deutschsprachigen Literatur, in: Angelika Corbineau-Hoffmann, Werner Frick (Hrsg.), spectrum Literaturwissenschaft, Komparatistische Studien, Walter de Gruyter Verlag, Berlin, New York 2009.

Hanno Ehrlicher, Die Kunst der Zerstörung, Gewaltphantasien und Manifestationspraktiken europäischer Avantgarden, in: Wolfgang Kemp, Gert Mattenklott, Monika Wagner, Martin Warnke (Hrsg.), Studien aus dem Warburg-Haus, Band 4, Akademie Verlag, Berlin 2001.

www.wikipedia.de/dadaismus
www.wikipedia.de/frankeschestiftung

[24] Short, S. 344

Franca
Schneider

Ausarbeitung

zu Religion im Mittelalter

Ausarbeitung zu Religion im Mittelalter

Wie man Predigten von Augustinus 500 Jhr. N. Chr. bis Nikolaus von Landau 1320 Jhr. N. Chr. gestaltet hat

A Augustinus 500 Jhr. N.Chr.
Auffassungsgabe der Hörer abgestimmt werden
1 Mit Sachverhalt vertraut machen
2 Zweifel beseitigen, Unsicheres festigen
3 Bekanntes anwenden, nicht in Trägheit versichern mit Beschwörungen, Drohungen, Scheltworte, strafende Worte

- 1. durch den Gegenstand der Predigt
- letzteres druch die Art des Vortrages
- III. Stilarten: einfache, gemäßigte, erhabene Redeweise

B Gregorius Magus 591 n. Chr.
Tugend und Fehler, als Gegensatzpaare

C Hrabanus Maurus 819 n.Chr.
Grammatisch verschiedene Formen eines Wortes
Mathematische Vorgänge
Dialektische Verfahrensweisen

D Othloh von St. Emmeran 1062 – 1068 n. Chr.
Trinität durch das Bild der Sonne darstellbar
Bedeutung der Schrift (Emmeran, Fulda)
Verbreitung in der Geistlichkeit

E Guibertus de Novigentum
Geschichten aus dem Alten Testament, Geschichten, Zeitgechichte, aus der Natur, Der Dichtung, vierfachen Schriftsinn erheben, Schaffung und Bedeutung zahlreicher Materialienbücher

F Honorius Augustdunensis
Antike Geschichten
Nonverbale Kommunikation beachten
Sowohl volkssprachlich als auch lateinisch

G Alanus de Insulis
Sprache der Predigten keine ungewöhnliche, kindliche oder rythmisch
Aber besonders gefügte Worte enthalten
Nicht abschweifen oder viele Worte, nicht zu knapp
Belehrung, Erbauung, Rührung

1 Vortrag des Textwortes
2 Hörer aufmerksam und vorbereiten
3 Auslegung des vorgenommenen Textes unter Heranziehung weitere Autoritäten
Heilige Schrift, Kirchenväter, Dichter, weltliche Philosophen
Publikum erregen und bewegen
Ende schnell ansteuern

4 Art der Stände beachten

H Caesarius von Heisterbach 1180 n. Chr.
Kern einer Predigt ist die Inspiration, erweitert durch Sammlung von Sentenzen
Ihre Deutung nach den verschiedenen Sensus, laute Stimme, muss überall zu hören sein, dem Zuhörer einen schrecken einjagen

I Guillaume d'Auvrgne
Prediger verhandelt mit Gott über die Dinge der Seele im Bildern und Vergleichen dargestellt
Nach Art der antiken Gerichtsrede, Etymologie, Sinn eines Wortes – nach Gregor dem Großen

J Bonaventura
Im Laufe der Scholastik entwickelt

1 unabhängig vom Text gewonnener Gedanken von außen herangetragen
aus sich selbst erklärend, ganz ausgeschöpft werden muss, alle in ihm enthaltenen Gedanken und Bedeutungen entfalten
bald am Wortlaut, bald an der Sache orientiert sein
2 nicht vom Thema ablenken, kurz und fesselnd, muss sich dem Thema unterordnen
3 Wirkung der Rede
Hörer belehrt, erfreut und bewegt werden
In maßvoller Weise ausschmücken
Worte sanft anheben
Beachtung aller Teile der mittelalterlichen Predigt
Besonders Verbindung zwischen Namen und ihren Deutungen
Hilfsmittel: Gregors Dialoge, Heiligenlegenden, Gegenmeinung nicht unterdrücken, keine Trugschlüsse, keine Disputation

- im Terminus Gleichheit, nicht aber im Sinn
- der Sinn stimmt, nicht aber der Terminus
- Aussagen der eine mehr, der andere weniger
- Wortwurzel Komposita gebildet
- Substantive aus Verben ableiten
- Steigerungsketten werden benutzt
- Eigenschaften der Dinge erklären, zur Erbauung
- 4fx Schriftsinn
- Eigenheiten der Dinge – notwendig, gelegentlich, häufig, auf die Wirkung eingehen
-besondere Würdigung: moralische Ding oder Wirkung die zur Tugend anhalten, Verdienst hinzurechnen, nicht die Dinge der Natur
- nicht nur die Wirkung, sondern auch die Gründe und Zeichen besonders wichtig, z.B. Sakramente

K Humbertus de Romanis 1250 n. Chr.
1. Teil der Schrift "de eruditione praedicatorum" an Predigt und Prediger gestellte Anfoderungen
2. Teil der Schrift, Predigten für alle Arten von Hörern zu machen, geistliche Orden, Städter, Dörfler, Burgbewohner, Arme, Reiche
- Erbauung
- Thema, Prothema, distintiones, rationes, argumentationes, auctoritates

L Johannes Gallensis 1290 n.Chr.

1 Anfang, Anrufung des göttlichen Beistandes für den predigenden Geistlichen und seine Zuhörer
2 Thema aus der heiligen Schrift
3 Exordium, Prothema für Hörer, Predigen oder Heilige Schrift, oder zur direkten Anrufung Gottes, Konkordierung des Prothemas und Zitat des Themas, Subdivisio der in der Divisio gewonnen Glieder (nach Bonaventura)
4 Tractatio, genau Ausführung, Darlegung, Erklärung und Begründung der einzelnen Glieder und der verwendeten Autoritäten mit allen Hilfsmitteln
5 Gebet

M Nikolaus von Landau 1320 n. Chr.

1 Erklärung von Begriffen und Dingen, die unbekannt sind
2 Auditorium zu Tugend anhalten
3 Vergleich einzelner Punkte, anderes in Beziehung setzen
4 Beispiele
5 Übersicht über die verschiedene Umstände
6 Betrachtung des Gegensätzlichen oder Ähnlichen
7 Eigenschaften eines Gegenstandes
8 4fx. Schriftsinn
9 Ursachen und Wirkungen aufführen
10 Ergänzungen
11 Verschiedenheit der Zeit
12 Betrachtungen des Wortes
13 Zahl der Dinge
14 Art und Weise ihres Seins
15 universale Bedeutung des Gesagten im Jetzt und Hier

Aufbauschema der Predigt

1 Anrufung Gottes

2 Lectio in lateinischer Sprache
Perikope aus den Evangelien, seltener Epistel
- Perikope als Ganzes zum Gegenstand der Predigt und Wort für Wort auslegen = Homilie
- aus Perikope bestimmter Gedanke oder Begriff herausgenommen = Themenpredigt
- Heiligenpredigt zwischen Homilie und Themenpredigt, wechselnd in der Gestalt

3 Divisio oder Expositio
Gliedert sich eng an Perikope an

4 Exordium
Verbindung zwischen Schriftwort Gottes –Prediger- Hörer
Prothema – Zitat des Predigttextes mit subdivisio der in der Divisio gewonnen Hauptpunkte
Gebet, z.B. Vater unser oder Ave Maria

5 Tractatio
Festigung des Glaubens, Erbauung und Stärkung im Handeln

A die argumenta des Predigers
B die Auctoritates
Mit consensus realiter et vocaliter
C exempla und narrationes
A Gedankengang des Predigers
B Fülle von Vergleichen
C Zerstreuung und Unterhaltung des Publikums
- Metaphern
- 4fx. Schtiftsinn
- Etymologie
- dialektische Methode (im Namen des Lebens und der Liebe)
- Gebete in den Fluss der Predigt einbauen, Gemeindelehre – Schluss der Tractatio, Hinwendung zu Gemeinde – zur Admonitio

6 Gebetsschluss

Franca
Schneider

Die Entdeckung des Fernsehens

Die Entdeckung des Fernsehens

Okkultismus und Technik entwickelten den Zauberspiegel

In der Nacht vom achten auf den neunten März 1929 präsentiert die Reichspost die erste drahtlose Fernsehsendung in Deutschland. Von dem Mittelwellensender Berlin Witzleben werden Aufnahmen eines rauchenden Mannes, einer auf- und zu klappenden Zange sowie von Buchstaben gesendet und in verschiedenen Stadtteilen Berlins empfangen. Die übertragenen Bilder bestehen lediglich aus 30 Bildzeilen, so dass nur Nahaufnahmen auf den 3,6 x 4,8 cm großen Bildschirmen zu erkennen sind. Zudem reicht die technische Kapazität lediglich für zwölfeinhalb Bilder in der Sekunde, was den Zuschauern ein relativ starkes Bildflimmern beschert. Dennoch erscheint die erste Fernsehsendung in Deutschland als erfolgversprechend. Im Juni 1929 gründen die Robert Bosch Gmbh, die britisch Baird Television Ltd., D.S. Loewe und Zeiss-Ikon die Fernseh-AG. Diese neue Aktiengesellschaft sowie das Konkurrenzunternehmen Telefunken und die Reichspost sind in den folgenden Jahren die treibenden Kräfte, die versuchen werden, Fernsehapparate wie den Volksempfänger von Denes von Mihaly oder den Televisor von John Logie Baird als in der Zukunft gewinnbringende Massenprodukte zu etablieren. Am 13. September 1929 findet die Gründungsversammlung des Allgemeinen Deutschen Fernseh-Vereins statt, und am 30. September beginnt die British Broadcast Corporation mit der regelmäßigen Ausstrahlung eines Fernsehversuchsprogramms, das erst im Zweiten Weltkrieg unterbrochen wird. Fünf Tage in der Woche wird von einem Mittelwellensender in London nach dem Baird-System für eine halbe Stunde gesendet. Da Ton und Bild auf der gleichen Frequenz gesendet werden, erfolgt ihre Ausstrahlung zunächst abwechselnd im Zwei-Minuten-Takt. Fernsehen 1929 wird als unheimliche Instanz des Übernatürlichen oder Wunderbaren im eignen Wohnzimmer betrachtet – eine These, die sich nicht nur auf die zeitgenössische Werbung berufen kann, wie der spätere Gründer Eduard Rhein der Zeitschrift Hör zu euphorisch sagt: „ Alles, was uns interessiert, wird man uns auf der kleinen Leinwand in unserem Haus sichtbar machen […] es wird zauberhafte Wirklichkeit. Der Prozeß der Erfindung, der sich zwischen 1890 und 1929 schrittweise vollzog, beruht keineswegs ausschließlich auf eher technikimmanenten Faktoren wie etwa Joseph Hoppe behauptet. Die langsame Akkumulation von technischen und physikalischem Wissen, die um 1890 einsetzte, sich in den zwanziger Jahren beschleunigte und 1929 die erste drahtlose Übertragung bewegter Bilder in Deutschland ermöglichte, vollzog sich nicht in einem Vakuum, das von seinem kontingenten kulturellen Kontexten abgelöst wurde. Vielmehr partizipieren die technologischen Erfindungen und Entwicklungen des elektrischen Fernsehens in konstitutiver Weise an jenen okkulten Forschungen, die Charles Richet, William Crookes sowie Carl du Prel zwischen 1890 und 1930 über das Hellsehen, die clairvoyance oder auch das Fernsehen von somnambulen Medien durchführten. Am 6. Januar 1884 meldete Paul Nipkow unter dem Namen „Elektrisches Teleskop“ einen Apparat am Kaiserlichen Patentamt an, dessen Zweck es war, „ein am Orte A befindliches Objekt an einem anderen Orte B sichtbar zu machen“. Nipkows Apparat beruht auf dem Prinzip der Zerlegung eines Bildes in einzelne Bildzeilen, das erstmals 1843 von Alexander Bain entworfen wurde. Dessen Modell für die Fernübertragung von Bildern mit Hilfe eines sogenannten „Kopiertelegraphen“ enthielt bereits den Vorschlag einer zeilenweisen Abtastung erhabener Vorlagen und eines synchron laufenden Senders und Empfängers. Da das Problem einer effizienten Synchronisierung von Sender und Empfänger von Bain nicht zufriedenstellend gelöst wurde, wurde sein Kopiertelegraph jedoch praktisch kaum eingesetzt. Vierzig Jahre später beschreibt Nipkow als wesentlichen Teil seines elektrischen Telekops eine Bildfeld- Zerlegerscheibe, bei der spiralförmig eingebrachte Öffnungen eine Vorlage punktförmig und zeilenweise abtasten und damit eine sequentielle Übertragung ermöglichen. Das räumliche Nebeneinander der einzelnen Bildpunkte wird demnach vom Sender in eine zeitliche Sequenz zu übertragender Signale transformiert, die dann auf der Empfängerseite

wieder in ein zusammenhängendes Bild zusammengesetzt werden. Nahezu alle teilmechanischen Fernsehsysteme des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts, die nach 1930 durch auf der Röhrentechnologie Zworykins und von Ardennes beruhende, vollelektronische und damit leistungsfähigere Systeme abgelöst wurden, greifen dabei auf das 1817 von Berzelius entdeckte chemische Element Selen zurück, welches „seine Bedeutung der wunderbaren Eigenschaften [….], dass sein Widerstand unter dem Einfluss des Lichtes beträchtlich sinkt." Diese Photosensitivität von Selen wird 1872 von dem britischen Ingenieur Willoughby Smith und seinem Assistenten Joseph May bei der Verlegung von Transatlantischen Unterseekabeln zufällig erkannt. Und 1875 konstruiert Walther von Siemens die erste Selenzelle, die eine „Umsetzung des optischen in ein elektrisches Bild" erlaubte. Innerhalb der Elektrotechnik beschreiben Texte von Liesgang, Benedict Schöfflers oder Fritz Lux verschiedene, teilweise aufeinander beruhende Apparate, die ein elektrisches Fernsehen ermöglichen sollen und auf Selen sowie auf mit der Nipkowschen Scheibe verwandte, mechanische Systeme zur Bildabtastung und Bildgenerierung zurückgreifen. Cesare Lombroso greift auf die 1896 von Becquerel und Marie Curie entdeckte Radioaktivität zurück. William Crookes hingegen betrachtet die 1895 entdeckten X- oder Röntgenstrahlen, die erst 1912 durch die Interferenzexperimente Max von Laues in das elektromagnetische Wellenspektrum eingeordnet werden. Hellenbach bezeichnet den „Äther" und Carl du Prel das „Od" als Träger der drahtlos übermittelten Botschaften. Heinrich Hertz' Entdeckung des elektromagnetischen Wellenspektrums in den Jahren 1887/1888 läßt nicht nur diesen zu einem überzeugten Anhänger der Äthertheorie werden. Aber die Formulierungen Einsteins spezieller Relativitätstheorie, die 1905 die Existenz des Äthers stringent widerlegt, stößt zunächst auf erheblichen Widerstand. Crookes entwickelte 1879 die sogenannte Crooksche Röhre – eine frühe Kathodenstrahlröhre, mit der er nachzuweisen suchte, „Strahlung" sei der „vierte Aggregatzustand der Materie". Diese Crooksche Röhre wird 1897 von Ferdinand Braun zum Messinstrument weiterentwickelt, bevor sich Brauns Assistenten Dieckmann und Glage 1906 erstmals eine Verwendung der Braunschen Röhre als Bildschreiber patentieren liesen. 1906 entwickelten von Lieben und Lee de Forest dann auch das erste, ebenfalls auf der Crooksschen Röhre beruhende Verstärkerbauelement, die Triode, welche es erlaubte, elektrische Signale vor und nach ihrer Übertragung über Draht oder elektromagnetische Wellen zu verstärken, und die zuerst in der Bildtelegraphie und im Rundfunk eingesetzt wurde. Die eigentliche Philosophie der Technik „Fernsehen" ist aber der Okkultismus. Es gibt eine grundlegende Verschränkung von okkulter und technischer Television, wie die Beiträge von Albert von Schrenck-Notzing und Amtsgerichtsrat i.R. Geheimrat Drießen beweisen. Die spiritistische Forschung über das okkulte Fernsehen somnambuler Medien war eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung für die Erfindung und Implementierung des technischen Fernsehens. Die Texte von Carl du Prels, Walter Bormanns, Körmann-Alzechs entwickeln eine Theorieokkulter über Sendungen oder Depeschen. Deren Signale werden – wie beim elektrischen Fernsehen – von der Endstation in anschauliche Bilder verwandelt. So beschreibt auch Walter Bormann subjektive Visionen in denen der telepathisch beeindruckte Empfänger einer Botschaft sie sich in ein anschauliches Bild übersetzt. Carl du Prels Studie definiert das Fernsehen als ein bildliches Schauen und unterscheidet zwischen Hellsehen und Fernsehen anhand der zu überwindenden Entfernung zwischen Sender und Empfänger. Bereits 1895 fand sich das Modell einer drahtlosen Übertragung elektrischer Signale in spiritistischen Texten von Carl du Prels. Du Prel bezieht sich damit auf physikalisches Wissen, bevor dieses erfolgreich technisch implementiert ist, und die spiritistischen Theorien der Gedankenübertragung scheinen auch ihrerseits als Modell für elektrische drahtlose Sendungen zu dienen. Die Wissenschaftler, der Spiritist und Physiker Oliver Lodge wie auch der Chemiker, Physiker und Okkultist William Crookes fungierten mehrere Jahre als Präsident der spiritistisch ausgerichteten Society for Psychical Research. Beide Wissenschaftler entwickelten ihre naturwissenschaftlichen Theorien in engem

Zusammenhang mit ihren okkulten Experimenten. Die Möglichkeit der Verstärkung elektrischer Signale, die für das technische Fernsehen unabdingbar ist, geht apparativ auf ein elektrisches Bauelement von Crookes zurück. Philosophisch geht die Forschung auf die Verweise von Crookes zwischen seinen spiritistischen Forschungen und seinen naturwissenschaftlichen Arbeiten zurück. Zudem findet sie sich auch auf der diskursiven Ebene wieder, innerhalb der Okkultismus vorweg genommen, durch Carl du Prel schon 1894 aufgeschrieben, „das Fernsehen muss naturgemäß erleichtert werden, wenn die Odstrahlung künstlich verstärkt werde“. Der magische Prozeß des psychischen Fernsehens wird von Carl du Prel jedoch nicht als übernatürlich betrachtet, sondern als ein gesetzmäßiger Vorgang, der sich lediglich dem derzeitigen Wissenstand der Physik entziehe. Die Interaktion zwischen Okkultismus, Naturwissenschaften und Technik verweist hier auf ein wechselseitiges Ermöglichungsverhältnis von okkulter und technischer Television.

Rechercheliste:

Andriopoulos, Stefan, Okkulte und technische Television, in: Stefan Andriopoulos, Bernhard J. Dotzler (Hrsg.), 1929 Beiträge zur Ärchöologie der Medien, suhrkamp Taschenbuch wissenschaft 1579, Frankfurt am Main 2002, S. 31 – 53.

Reisser, Walter, Bildfunk, Fernsehen und Tonfilm, in: Rundfunkjahrbuch 1930, S. 299 – 306.

Steffen, Ernst, Das Fernkino im Haus, in: Daheim. Ein deutsches Familienblatt 65/23 (1929), S. 3-5

Amtgerichtsrat i:R. Geheimrat Drießen, Privathäusliche Phänomenik, in: Zeitschrift für psychische Forschung 5/6 (1929), S. 178 – 182.

Hoppe, Joseph, Wie das Fernsehen in die Apparate kam, in: TVkultur. Das Fernsehen in der Kunst seit 1879, hrsg. Wulf Herzogenrath, Thomas W. Gaehtgens, Sven Thomas und Peter Hoenisch, Dresden 1997, S. 24-47.

Liesgang, R. Das Phototel, Beiträge zum Problem des electrischen Fernsehens, Düsseldorf 1891.

Abramson, Albert, The History of Television, 1880 to 1941, London 1987, S. 6.

Lux Fritz, Der elektrische Fernseher, Ludwigshafen 1903.

Du Prel, Carl, Die Etdeckung der Seele druch die Geheimwissenschaften, Zweiter Band, Fernsehen und Fernwirken, Leipzig 1895.

Du Prel, Carl, Magie als Naturwissenschaft, Erster Teil: Die magische Physik, Jena 1899, S. 13f.

Crookes, William, Der Spiritualismus und die Wissenschaft, Experimentelle Untersuchungen über die psychische Kraft, Leipzig 1898.

Franca
Schneider

Zwangssterilisation
heute noch möglich?

Zwangssterilisation heute noch möglich?

Die Erbgesundheitsgericht in Apolda und Jena sowie ihre Mitarbeiter aus NS-Zeit

Die Erbgesundheitsgerichte wurden im Deutschen Reich durch das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933 eingeführt und galten ab dem 1. Januar 1934. Sie entschieden in äußerlich rechtsförmig gestalteten Verfahren über Zwangssterilisationen geistig und körperlich behinderter Menschen, Patienten psychiatrischer Heil- und Pflegeanstalten sowie Alkoholkranker und waren damit Werkzeug zur Durchsetzung der nationalsozialistischen Rassenhygiene, die den Menschen zum bloßen Objekt staatlicher Verfügungsgewalt herabwürdigte. Bis Mai 1945 wurden aufgrund der Beschlüsse der Erbgesundheitsgerichte etwa 350.000 Menschen zwangssterilisiert. Nach dem Anschluss Österreichs wurden 1939 auch dort Erbgesundheitsgerichte eingerichtet.

Auf Antrag entschieden die Dienststellen über die Indikation von Sterilisationen und Abtreibungen insbesondere bei Vorliegen schwerer Erbkrankheiten. Das Erbgesundheitsgericht wurde auf Antrag des „Unfruchtbarzumachenden“, seines Pflegers oder – mit Genehmigung des Vormundschaftsgerichts – seines gesetzlichen Vertreters tätig. Zur Antragstellung waren – gesetzessystematisch nachrangig, in der Praxis allerdings in erster Linie – auch beamtete Ärzte sowie bei Insassen einer Kranken-, Heil-, Pflege- oder Strafanstalt auch der Anstaltsleiter berechtigt. Organisatorisch war das Erbgesundheitsgericht den Amtsgerichten angegliedert. Es musste mit einem Amtsrichter als Vorsitzenden, einem beamteten Arzt und einem weiteren für das Deutsche Reich approbierten Arzt besetzt sein, der mit der „Erbgesundheitslehre besonders vertraut“ zu sein hatte. Für die Zuständigkeit des Gerichts war der allgemeine Gerichtsstand des „Unfruchtbarzumachenden“ entscheidend. Die Öffentlichkeit war bei den Verfahren der Erbgesundheitsgerichte nicht zugelassen. Für das Verfahren vor den Erbgesundheitsgerichten galt der Amtsermittlungsgrundsatz. Das Gericht entschied nach freier Überzeugung mit Stimmenmehrheit aufgrund mündlicher Beratung. Rechtsmittelgericht für die Beschlüsse des Erbgesundheitsgerichts war das bei den Oberlandesgerichten zu bildende Erbgesundheitsobergericht. Es entschied verbindlich über die Beschwerden des Antragstellers, des beamteten Arztes oder des „Unfruchtbarzumachenden“. In dieser Hinsicht lag also niemals eine Zerstörung des damaligen rechtsstaatlichen Systems vor.

Auch die Sterilisation war in Thüringen in den Gerichten beheimatet. So gab es das Opfer Michalina Hager, geb. Cebula, geboren in Koski, Polen, die zur Familie von Magnus Poser gehörte. Ihre Anzeigen machte sie über den kommunistischer Amtsarzt Dr. Fuchs aus Apolda. Obwohl sie bereits 9 Kinder hatte, wurde sie mit der Begründung „Der Staat wollte keine Kinder mehr von ihr haben.“ Durch folgende Personen zwangssterilisiert. Die ärztlichen Beisitzer an den Erbgesundheitsgerichten in Apolda und Jena, seit dem 19.09.1935 waren Dr. Hans Müller-Mollberg, geb. 19.6. 1878 in Weimar, wohnhaft Apolda, verheiratet, NSDAP seit 1.6.1933, Dr. Wilhelm Schultze, geb. 3.8.1873 in Berlin, wohnhaft Apolda, verheiratet, NSDAP seit 1937, Dr. Werner Mittelhäuser, geb 23.06.1873 in Apolda, verheiratet, NSDAP seit 1933, Dr. Rolf Oellers, geb. 14.3. 1920 in Gütersloh, Westfalen, wohnhaft Apolda, verheiratet, NSDAP seit 1933, Dr. Hans Scheel, geb. 21.6. 1899 in Hamburg, wohnhaft Apolda, verheiratet mit Gerda Scheel, wohnhaft Bismarkstraße 15, Apolda, NSDAP seit April 1933, 2.8.1946 wegen Selbstmordversuch in Haft gestorben und Dr. Werner Schenk, geb. 8.9.1887 in Bad Sulza, wohnhaft Apolda, verheiratet, NSDAP seit 1933. Die zuständigen Richter und Staatsanwälte an den Erbgesundheitsgerichten Apolda und Jena waren Prof. Dr. Drechsler, Landesdirektor des Landesgesundheitsamt, Dr. Trebing, Oberamtsrichter, im Justizministerium gearbeitet, Amtsgerichtsdirektor a.D., Dr. jur. Braun, Dr. Ludwig Grobe, Weimar, Dr. Witzleb, Eisenach und Dr. Harrasin, Hamburg. Die Beschwerde von Frau Hager

über Dr. Fuchs nach dem Krieg wurde durch Dr. Bernhardt Landgerichtspräsident und Minister Baudert während eines informellen Essens abgelehnt, weil die Täter politisch unverdächtig und als Leumund das SED-Büro und das LDPD-Büro in Apolda sowie den Kommunisten Wesel hatten.

Die Aufhebung der Gerichtsbeschlüsse (1998), die Ächtung des Gesetzes (2006) und die durch das Gesetz zur Aufhebung von Sterilisationsentscheidungen der ehemaligen Erbgesundheitsgerichte vom 25. August 1998 bewirkten, dass sämtliche Beschlüsse der Erbgesundheitsgerichte, die eine Unfruchtbarmachung anordneten, aufgehoben wurden. Der Deutsche Bundestag hat in seiner Sitzung am 24. Mai 2007 das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933 geächtet und somit die zukünftigen Geburten von schwer geistig und schwer körperlich behinderten Menschen bejaht.

Literatur

1. Paul Nicolai Ehlers: Die Praxis der Sterilisierungsprozesse in den Jahren 1934-1945 im Regierungsbezirk Düsseldorf unter besonderer Berücksichtigung der Erbgesundheitsgerichte Duisburg und Wuppertal. München 1994. ISBN 3-89481-066-1.
2. Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Justiz und Erbgesundheit (= Juristische Zeitgeschichte, Band 17). Recklinghausen 2009, ISSN 1615-5718.
3. Franz-Werner Kersting: Anstaltsärzte zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik. Das Beispiel Westfalen. Schöningh, Paderborn 1996. ISBN 3-506-79589-9.
4. David Koser u.a.: Erbgesundheitsgericht Berlin. In: Hauptstadt des Holocaust. Orte nationalsozialistischer Rassenpolitik in Berlin. Stadtagentur, Berlin 2009, Ort 44, S. 163, ISBN 978-3-9813154-0-0.
5. Andreas Scheulen: „Der Zuchtgedanke ist Kerngehalt des Rassengedankens“. Das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses und die Ausgrenzung der Opfer. In: Betrifft JUSTIZ Nr. 94 (2008), S. 285–289.
6. Andreas Scheulen: Zur Rechtslage und Rechtsentwicklung des Erbgesundheitsgesetzes 1934, in: Margret Hamm: Lebensunwert zerstörte Leben - Zwangssterilisation und "Euthanasie", 2006. ISBN 978-3888643910
7. Jürgen Simon: Die Erbgesundheitsgerichtsbarkeit im OLG-Bezirk Hamm. In: Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Justiz und Nationalsozialismus (= Juristische Zeitgeschichte, Band 1). Düsseldorf 1993. S. 131–167.
8. Klaus Wiesenberg: Die Rechtsprechung der Erbgesundheitsgerichte Hanau und Gießen zu dem "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" vom 14. Juli 1933, ergänzt durch eine Darstellung der heutigen Rechtslage zur Unfruchtbarmachung Dissertation jur. (Universität Frankfurt am Main), 1986
9. Harry Seipolt: Kann der Gnadentod gewährt werden: Zwangssterilisation und NS-"Euthanasie" in der Region Aachen, Alano Herodot Verlag 1995, ISBN 3-893992-17-0

Franca
Schneider

Das Kreuz mit der Geschichte

Das Kreuz mit der Geschichte

Erste Verwendungen des Kreuzes finden sich schon auf Knochen, die ca. 400 000 Jahre alt sind. Es sind einfache Markierungen des Jägers, die ausdrücken, ihm alleine gehört das erbeutete Stück. Ich bin da, wo ich wirke. Es gibt noch andere Kreuze. Ein Beispiel ist der Sphäroid. Ein runder Stein, der wohl erst gefunden, später selber zugehauen, ein Symbol darstellt. Das Symbol des Ganzen, Vollkommenen, „Runden", in diesem Sinne als Universum. Weiteres Markierungszeichen war ein Schrägkreuz mit einer zusätzlichen durchschnittenen Gerade. Linie von oben nach unten, die Weltachse, legt den dreidimensionalen Raum fest, in dem sich der urzeitliche Sammler und Aasfresser, sowie die Frau, an den Orten von Geburt, Leben und Sterben ihrer Kinder bewegten. Durch Kreuze wurden Räume markiert, die sich von den uferlos-vielen, verschwimmenden und deshalb nichtssagenden Orten des Universums abheben, weil an ihnen der Mensch zu dem ihm eigenen Existenzgefühl gefunden hat. Der Mann als „Der Jäger" hingegen wurde durch die im Gewittersturm und im großen gewaltigen Tier erscheinende Zerstörungs- und Tötungsgewalt, in der ihm darin aufleuchtende Dimension zu einem räumlichen exessus bewegt und er begriff die übersteigende Dimension dieser Naturgewalten als das Heilig-Göttliche, das sein Universum schuf und begrenzte.

Im Rahmen der Wandlung vom Sammler zu Jäger, wandelte sich auch die Bedeutung des Kreuzes. Es war zwar immer noch Markierung, jedoch in der Bedeutung des Fadenkreuzes. Es bringt zum Ausdruck, wie sich die Konzentration des Jägers auf das betreffende Tier zentriert. Er fast alle Anstrengungen zusammen zu denen er fähig ist, und spielt im Geist die Jagd durch und imaginiert den Tötungsakt. Dabei spielen die Tiere des täglichen Verzehrs keine Rolle, sondern das kraftgeladenen große Tier – Mammut, Bison, Wildpferd, Riesenhirsch, Steinbock, Löwe, Panther. Ich bin da, wo ich wirke und töte, besonders Wirken als Töten. Da die mit großer Ausdruckskraft gemalten, die Wände der jungpaläolithischen Kulthöhlen bevölkernd, sind die Zeichen der frühen Menschen für Tiere nicht als Proteinspender, sondern Gottessymbole. Die faszinierende Gottesgewalt soll in diesem Rahmen in die eigene Verfügungsgewalt genommen und einverleibt werden. Besonders die Jagd als Exstase, als Imponiergehabe gegenüber einem nicht mittelbar sichtbaren Wesen: Gott. Der zentrale Bildgehalt ist das Vergießen des Blutes und die damit verbundene Erregung, die Darbringung des Opfers.

Die Hinrichtung ist so ebenfalls als ein Opfer, besonders als ein Menschenopfer zu sehen, mit dem durch das die ins Transzendente reichende Identität des Staates und sein Zusammenhalt je neu gestärkt und gefestigt wird. Das Opfer bedeutet im Sinne des antiken Wortgebrauches, die in religiösem Zusammenhang erfolgende und mit Gewaltanwendung verbundene Eliminierung eines Geschöpfes. Beim religiösen Opfer ist dieser Wegwerf- und Vernichtungsakt nicht in eine materielle Zweckbestimmung eingebunden, wie etwa das Töten von Tieren zum bloßen Nahrungserwerb. In der Opfertötung geht es vielmehr um eine Annäherung an die Gottheit. In ihr ist das Töten kein durch die Lebensumstände aufgezwungenes, sondern ein freies Tun, worin der Mensch den als imponierende Tötungsgewalt missverstandenen Gott nachahmt. Er stellt sich dadurch mit ihm auf eine Stufe, und indem er die in einem göttlichen Vernichtungssturm eliminierte Wirklichkeit zur Gabe an die Gottheit deklariert, sucht er in Verbindung mit ihr zu treten. Die Kraft zu töten, wie sie sich im Schrägkreuz dokumentiert, wurde, weitergeführt zum Herrscherkreuz oder Planquadrat, und damit ausgeformt zur Kraft, die Welt zu erobern und zu beherrschen. Mit dem Einzeichnen der Kreuzkoordinaten und Planquadrate in das gedanklich vorgestellte Universum machte sich der Mensch daran, dem Universum ein gedankliches Ordnungsschema aufzuprägen und es für sich verfügbar zu machen. Erst dadurch kann er

seinen, ihm durch die Evolution vorgegebenen Lebensraum durchbrechen und grundsätzlich unbegrenzt geradlinig in eine bestimmte Weltrichtung vordringen. Der Mensch warf das Koordinatennetz von einem Ort aus, an dem er stand, über seine Vorstellung vom Ganzen der Welt. So entstanden für ihn ein Weltbild und ein Lebensgefühl, wonach er notwendig im Zentrum dieses Universums stand. Der Ausdruck von Weltbeherrschung wird auch durch das Symbol des Baumes, was mit dem Kreuz-Baum einen engen Zusammenhang hat, vorgenommen. Im Mythos, z.B. die Weltenesche Yggdrasil, der „Ewige Feigenbaum" Acvatha, oder der Baum im Traum des Nebukadnezzar, durchdringt der Baum mit seinem Stamm Himmel und Unterwelt. Der Stamm ist also die Weltachse, das Zentrum des Universums. Mit dieser Vorstellung verbindet sich der Zwang, mit Gewalt eine Weltherrschaft aufzubauen. Alle alten Kulturen gehen von der Vorstellung aus, dass der Mensch im Zentrum des Universums steht. Überall, wo Kultur und Wissenschaft entstanden, ist dieses Mensch-Welt-Verhältnis fraglos in Geltung. Der Mensch nimmt in dieser Sicht die Welt nicht so wie sie ist, sondern sieht ein von ihm beherrschbares Konstrukt in diese Welt hinein. Durch diesen gewaltsamen Zugriff wurden die Wirklichkeit und ihre Wahrnehmung durch den Menschen geändert.

Mit dem Bewusstwerden des Ganzen seiner Welt ging dem zum Geist erwachenden Lebewesen gleichzeitig auf, dass nicht nur sein Lebensraum, sondern auch sein Lebensprozess, wie alles Leben in seiner Umwelt, eine Einheit und ein Ganzes, begrenzt durch Leben und Tod sind. So wie der Raum und seine Festlegung, die Ortung des Tieres und der Wanderrichtung, die Domäne des Jägers waren, so war das Erleben der Zeit in besonderer Weise der Erfahrungsraum der Frau und Mutter. Sie erlebte das Anschwellen des Leibes in der Schwangerschaft bis zum Zeitpunkt der Geburt und den Rhythmus der monatlichen Periode, der parallel zu den Mondphasen verlief. In all diesen Ordnungen sucht der Mensch Sinn, in der ursprünglichen Bedeutung des Wortes „Richtung" und damit Identität und Selbstbewusstsein. Die weitverbreitete These, Intelligenz und Sozialverhalten habe sich einlinig aus dem Jägerdasein des frühen Menschen entwickelt, ist einseitig, da sie geschichtlich zu spät ansetzt. Denn lange bevor der Mensch vom Sammler und Aasfresser zum Sammler und Jäger wurde, hatte sich schon Spezifikationen herausgebildet, und zwar wesentlich aus der Mutter-Kind-Beziehung heraus. So ist es selbstverständlich, dass sich von Anfang an neben den Symbolen der Gewalt und Kraft auch die Symbole mütterlicher Lebensfülle und geschlechtlicher Liebe in den eiszeitlichen Höhlen finden. Aus der Mutter-Kind-Beziehung sind Gedanken über den Tod und die Fürsorge für das anvertraute Leben, die Erfahrung der Sterblichkeit, die beunruhigende Angstzustände erzeugte und die Erfahrungen einer Göttlichkeit entstanden.

Über diese Wahrnehmung von Beziehungen ist wohl auch das rudimentäre Mutterkreuz als antropomorphes Kreuz, ein arm- und schenkliges Kreuz, entstanden. Dabei symbolisiert der untere Querbalken, analog zu den ausgebreiteten Armen die gespreizten Beine der stilisierten menschlichen Gestalt. Das antropomorphe Kreuz als Mutterkreuz, mit dem Sinn, die Mutter und ihr Kind, dass sie nicht nur in dem einmaligen Akt der Empfängnis aufnimmt, dem sie vielmehr als Mutter bleibend offen ist, dem gegenüber sie stets die Arme ausbreitet, wenn es bei ihr Trost und Schutz sucht, diese Mutter-Kind-Bezieung ist der Ursprung des Universums der menschlichen Beziehung und Gefühle, jenes andere Universum, das dem Menschen eine stärker bergende Heimat gibt als das räumlich vorgestellt Weltall. Das Kreuz erhielt mit Seßhaftwerdung einen antropomorphen Charakter. Zuvor sind jedoch die mesolithischen Kreuze entstanden. Auch die schon aus dem Mesolithikum stammenden Kreuzfiguren haben einen antropomorphen Charakter, wobei neolithische unmittelbar als Weiterbildung der mesolithischen zu erkennen sind. Das entfaltete Mutterkreuz, dass als Mutterkreuz die Stilisierung der Nahrung und der Fruchtbarkeit gewährenden Muttergottheit mit

ausgebreiteten Armen darstellt, gibt eine neue, von der des Jägerkreuzes verschiedene Antwort auf die Urfrage des Menschen „Wo bin ich?“ Sie lautet: Du bist da, wo du geliebt wirst und liebst. Das Mutterkreuz als Stilisierung der Nahrung und Fruchtbarkeit gewährenden Muttergottheit, verdeutlicht von der des Jägerkreuzes verschiedene Antworten auf die Urfrage des Seins ‚Wo bin ich?’ besonders den Ort, wo er in ein tragendes Beziehungsgefüge eingebettet wird, und Halt gewinnt. Er weiß sich in einem anderen und tieferen Sinn verwurzelt, als die imaginären Orte und Welten des räumlichen Universums darstellen. Er fühlt sich auch nicht dazu gedrängt, andere als Todfeinde, die das eigene Sein in der Räumlichkeit in Frage stellen, zu bekämpfen. In einem Beziehungsgeschehen verankert, ist sein Ort nicht ein Punkt auf der imaginären Landkarte des Universums, sondern jenes Stück Geschichte, dass er mit dem ihm verbundenen Menschen lebt. Verflechtungen des antropomorphen Kreuzes und das den Kosmos zerteilende Koordinatenkreuz durch die Lebenskraft „KA“ kommen ebenso vor. Die Darstellung erfolgt meist nur durch erhobene Arme. Das Wort bedeutet kosmische Lebenskraft, ein allumfassenden kosmisches Fluidum, das sich in allen Lebewesen ausdrücken kann. Wo die Frau ihre Arme ausbreitet, verdichtet sich diese schöpferische Kraft des Universums. Das ganze Universum ist deshalb an diesem Ort ursprunghaft im Kern versammelt. Hingegen bedeutet das Henkelkreuz auf altägyptischen Bildern, die mütterlich-kosmische Lebenskraft, das sogenannte Ankh-Zeichen. Es wird durch Umkehrung die Venus-Signette, als Zeichen für weiblich, gebildet. Es gleicht aber noch stärker dem umgekehrten mesolitischen Mutterkreuz, wo durch den Kreis der schwangere Leib und durch das Kreuz die ausgebreiteten Arme stilisiert werden und verschmilzt mit dem noch älteren Muttersymbol des Baumes.

Hingegen bedeutet das Lothringerkreuz oder Patriarchenkreuz, welches ein doppelgliedriges Kreuz, d.h. Arme und Beine umfassend, ist, wahrscheinlich den Ursprung der griechisch-anatolischen Kirche, aus der sich später die griechisch-orthodoxe bzw. die russische Kirche entwickelte. Dies ist für die Deutung des doppelgliedrigen Kreuzes wichtig, weil sich in Anatolien wahrscheinlich die ältesten matrifokal strukturierten größeren Ansiedlungen gebildet haben, z.B. in Catal Hüyük. In den Kulträumen dieser neben Jericho vielleicht ältesten Stadt der Menschheitsgeschichte finden sich an den Wänden mehrere aus Gips geformte Reliefs einer stilisierten Frauengestalt, die Arme und Beine weit ausgebreitet. Anfänglich wurde diese Stellung als Gebärhaltung interpretiert, doch neue Betrachtungsweisen aufgrund des Zusammenhangs mit bestimmten männlich geprägten Symbolen, wie eines Skorpions oder eines Stieres, lassen eher vermuten, dass das Bild zum Ausdruck bringt, wie die Frau mit ihrer erotischen und Leben gebärenden Kraft die den Menschen bedrohende Naturgewalt, das männlich-wilde und zerstörerische, besiegt und niederhält. Von dieser Urform des doppelgliedrigen antropomorphen Kreuzes führen vielfältige Zwischenformen bis zu jener Abstraktion, wie sie im Patriarchenkreuz vorliegt.

Das Krötenkreuz ist bei vielen Naturvölkern die entbindende Frau in der Hockerstellung und erinnert in dieser Haltung an eine Kröte oder Eidechse. Die Gestaltungen gehen bis ins Neolithikum. Andere Variationen sind die Kreuzblume, also der als Leib schräggestelltes Viereck in der Mitte mit Nabel, Arme, Beine und Kopf zu Blütenblätter umgeformt. Weiter gibt es das Dreieckkreuz, den Schoß der Frau darstellend und das Kreuz mit drei Fingern. Die Dreizahl als frühester Zeitbegriff aus den drei Mondphasen (zunehmender Mond, abnehmender Mond, Vollmond) abgeleitet und in vielfältigen Ideogrammen (drei Punkte, Striche, Dreiecke, Gruppen von Personen, Tieren, usw.) bewirkte so sehr früh die Entstehung einer Dreiheit von Göttinnen. Das Radkreuz, besser das Ring- oder Radkreuz wird meistens auf die Sonne bezogen, die sich über das Firmament hin bewegt. Die Deutung des Kreises als Sonnenscheibe (vorindogermanische Industalkultur) muß dabei aber keineswegs die ältere Deutung des Kreises als Symbol des Universums ausschließen. Neu ist, dass dieses

Universum, die Welt, in der der Mensch lebt, jetzt als sich in Bewegung befindend, empfunden wird. Im Radkreuz, Hakenkreuz und Wirbelkreuz wird das gleichschenklige Kreuz als Mutterkreuz (antropomorphes Kreuz) wieder vom Jägerkreuz eingeholt und überformt. Wahrscheinlich war das Mutterkreuz schon von Anfang an immer gleichzeitig auch Opferkreuz und als solches der Ausdruck faszinierender menschlicher Tötungsmacht. Die aus der Altsteinzeit überkommene Faszination der Tötungsmacht, war zu groß, als dass sie durch mütterliche Liebe hätte kompensiert werden können. Die, in den sesshaften Siedlungen wirksame Faszination der wild-gewaltsamen Macht, untergrub genau diese Sesshaftigkeit. Die im Mutterkreuz symbolisierte Liebes- und Lebensmacht wurde jetzt auch als Kraft zum Erobern und Töten, als Schutz- und Kraftspender interpretiert (syrische Göttin Ischtar). Das neue, von Frau, Mutter, Wachstum und Sesshaftigkeit geprägte Universum löste sich aus seiner Verankerung und begann in eine wirbelnde, vorwärts stürmende Bewegung zu geraten. Der Mensch war wieder dort zu Hause, wo er wie der Jäger der Altsteinzeit seine Kraft im Unterwerfen und Töten ausagierte.

Das Hakenkreuz ist Ausdruck dieses Lebensgefühls, einer unruhig-wilden Bewegtheit, einer Art kosmischen Vorwärtstürmen. Zur Zeit des alten Sumer symbolisierte es den „Vierwind“ (dargestellt durch nackte Frauengestalten), als auch als Symbol des Wettergottes „und wohl des Himmelsgottes selbst, der als Helfer des Königs dessen Feinde vernichten sollte“. Der altsumerische Himmels- oder Wettergott An oder Enlil ist jedoch männlich. Das neolithische Kreuz verweist aber auf weibliche Gottheiten. Diese Göttin bekommt offenbar nach der Eroberung der matrifokalen UreinwohnerInnen durch kriegerische Hirtenstämme, die schon beschriebenen kriegerischen Züge. In Griechenland erscheint die Göttin Athene wild kämpfend als Kriegerin und in den Mythen Ugarits watet die Liebesgöttin Anat mit Wonne bis an die Knie im Blut der von ihr erschlagenen Helden. Ähnlich wie in Indien bzw. Griechenland wurde die Muttergottheit zur menschenfressenden Kali und Gorgo, wird hier die Liebesgöttin zur blutlechzenden Kriegerin. Dabei behält sie jedoch ihren fruchtbarkeitsspendenden Aspekt durchaus bei. Ihre Kraft im Kampf und im Töten wird sogar als Ausdruck der Kraft und Intensität, der von ihr gespendeten Fruchtbarkeit gedeutet. Das Wirbelkreuz ist eng mit dem Hakenkreuz verwandt. Schon auf ägyptischen Sigeln aus frühdynastischer Zeit taucht es auf. Es steigert gegenüber dem Hakenkreuz noch den Ausdruck der wilden Bewegtheit.

Franca
Schneider

Ethik in der Schule

Ethik in der Schule

Erziehung zu Liebe und Hass im deutschen Bildungssystem

Jeder Mensch ist von Natur aus ein geschlechtliches Wesen und gehört von Geburt an zu einem der beiden Geschlechter. Der Hermaphroditismus ist da keine Ausnahme. Nachgewiesen ist hier die Erziehung zum Mädchen oder Jungen, die eine Liebe mit dem Gegenpart eingehen müssen. Sie besitzen aber dieselbe Natur und sind deshalb ein Mensch. Die Entwicklung, die leichter beim Organismus als bei der Psyche zu beobachten ist. Die normale Form ist dabei, dass der sexuelle Trieb beim Menschen entsprechend dem natürlichen Lauf der Dinge stets unvermeidlich auf einen anderen Menschen gerichtet ist. Das ist die Grundlage für die Liebe. Die Sexualität befindet sich beim Menschen in einer völlig anderen Lage als beim Tier, wo er die Quelle instinktiver Handlungen ist, die von der Natur allein gelenkt werden. Eben aus diesem Grund müssen Erscheinungen des sexuellen Triebs beim Menschen auf der Ebene der Liebe bewertet werden. Sie gehen in den Zyklus der Verantwortlichkeit, im Sinne der Liebe, ein. Da der Trieb als solcher eine allgemeine menschliche Eigenschaft ist, müssen wir mit seinen Auswirkungen auf Schritt und Tritt, bei allen Beziehungen zwischen den Geschlechtern rechnen. Und natürlich überall dort, wo diesen zusammenleben. Der Mensch ist zugleich ein soziales Wesen und ein sexuelles, da er einem bestimmten Geschlecht angehört. Aus diesem Grund muss die Ethik jenes Phänomen zum zusammenleben sowohl auf die Ebene der Würde der Person als auch auf die Ebene des Gemeinwohls der Gesellschaft erheben. Das menschliche Wesen ist von Natur aus koedukativ. Die Bildung findet dabei in starkem Maß bei den protestantischen Handwerkgesellen als bei den katholischen statt. Dabei ist die Erziehung in ökonomischen Fachkreisen der Polen in Russland, im östlichen Preußen, in Galizien, Hugenotten in Frankreich, den Nonkonformisten und Quäkern in England und von den Juden seit 2000 Jahren. Kapitalismus hat es in China, Indien, Babylon, in der Antike und im Mittelalter gegeben. Aber eben jenes eigentümliche Ethos zur diversen Geschlechtlichkeit fehlt. Der Erwerb von Geld und immer mehr Geld, unter strengster Vermeidung alles unbefangenen Genießens so erzogen, so gänzlich aller eudämonistischen oder gar hedonistischen Gesichtspunkte entkleidet, rein als Selbstzweck zum Glück um eine gleiche Geschlechterbildung zu erreichen. Dabei sind diese Personen im „Überbau“ des naiven Geschichtsmaterialismus als ökonomische Situation ebenso vertreten. Als Illusion von modernen Romantikern treten die diversen Geschlechtlichkeiten aber überall auf. Gleichzeitig hat sich mit diesen diversen Geschlechtlichkeiten auch ein starker Trieb nach Geld ausgebildet. Ein Bild rückständiger, traditionalisierte Form der Arbeit bietet heute besonders oft die Form der Arbeiterinnen. Eine Gruppe in der auch das Profil der diversen Geschlechtlichkeiten gibt, allerdings gilt man da als unverheiratet. Im Gegensatz zum koedukativen Verständnis des ethischen Unterrichts, soll der Schüler den Geschichtsunterricht als ein dramatisches Erleben erfahren. Der wohl wichtigste Unterschied zwischen der bürgerlichen und der faschistischen Schule ist der Umstand, dass real- und nationalsozialistische Verlautbarungen in der Schule vorschreiben, emotionalisierend auf die Schüler einwirken und zu Hass zu erziehen, während aus bürgerlicher Perspektive das Entstehen von Hassgefühlen abgelehnt wird und verhindert werden soll. Die Faschisten gehen in ihren Überlegungen zur pädagogischen Psychologie davon aus, dass die emotionalen Phänomene Liebe und Hass in einem untrennbaren Wirkungszusammenhang stehen. Eine Aussage vom SA-Führer Ernst Röhm besagt: „Die Deutschen haben den Hass verlernt […] Wer aber nicht hassen kann, kann auch nicht mehr lieben.“ Als Gegenstände des Hasses, der Abscheu, des Zorns und der Verachtung werden u.a. der Militarismus, Imperialismus, Kriege, Niederträchtige, Spießbürger und Philister genannt, folgende Personengruppen gelten ebenfalls als hassenswert: Feinde des Volkes, Feinde des Fortschrittes, Feinde des friedlichen Aufbaus, Verräter der Heimat, die Spalter Deutschlands, die Vertreter der Bonner Regierung,

Rechte SPD-Führer, Kriegstreiber, imperialistische Urheber des Krieges, Militaristen, feindliche Hasser, reaktionäre Kräfte, antinationale Kräfte, Unterdrücker, Ausbeuter, Feudalherren, Kapitalisten, Klassenfeinde, Gegner der Arbeiter- und Bauernmacht, Feinde oder Urheber der Menschheit und Todfeinde. Kommunismus, Faschismus, Sozialismus und Nationalsozialismus hat besonders die Frankfurter Schule mit der Kritischen Theorie kritisiert und bekämpft. Die Sozialwissenschaftler wie Horkheimer, Adorno und Franz Borkenau veröffentlichten dazu Theoreme, und während der Weltkriege auch aus dem Ausland. Denn alle Verliebtheit wurzelt im Geschlechtstrieb, ein individualisierbarer. Eine wichtige Rolle, welche die Geschlechtsliebe in allen ihren Abstufungen und Nuancen, in der wirklichen Welt, wo sie, nächst der Liebe zum Leben, sich als die stärkste aller Triebfedern erweist. Dabei gibt es den Endzweck alles Liebeshändels, im Gegensatz zu der Menge an Objekten, wie vorherbeschrieben. Dabei kommt es einem vor, dass man die Liebe und den Liebeshändel einzeln praktiziert und das des Hasses in Gruppen ohne dergleichen zu benennen, begeht. Hoch ist, wenn mit Gier und Heftigkeit die Leidenschaft der beiden künftigen Eltern zu einander ist, so kann der der nachfolgenden Generationen eher die Liebe als den Hass annehmen. Gewalt und Lüge ist ebenfalls eine Frage der Erziehung und nicht der Natur. Zusammengefasst ist Liebe etwas von der Natur des Menschen und Hass etwas was rigoros erzogen wird. Letzteres kann man ab einem bestimmten Maß an Eigenentscheidungen verweigern. Obwohl es schwer ist die Natur der Erziehung von Schule, Eltern, Universität, Ausbildendes und anderen ändern lässt. Hier zählten der Wille und die Erkenntnis. Schlussendlich kann man sagen, dient die Sozialwissenschaft, die Kritische Theorie, die Politikwissenschaften, die Medizin, die Biochemie dazu die Liebe zwischen den Menschen als Humane Wissenschaften zu beweisen.

Literaturliste

Karol Wojtyla (Papst Johannes Paul II), Liebe und Verantwortung – Eine ethische Studie, Verlag St. Josef, 2010
Hermann Ottensmeier, Faschistisches Bildungssystem in Deutschland zwischen 1933 – 1989, Kontinuität zwischen Dritten Reich und DDR, Verlag Dr. Kovac, Hamburg 1982.
Friedrich Schopenhauer, Die Welt als Wille und Vorstellung II, Zweiter Band, Verlag Könemann, Weimar.
Max Weber, Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, Anaconda Verlag GmbH, 2009 Köln.

Franca
Schneider

Superfood

Superfood

1**. Was ist Superfood?**

Superfood ist ein Marketingbegriff, der Lebensmittel mit angeblichen Gesundheitsvorteilen beschreibt. Teilweise beruhen die mit bestimmten Lebensmitteln in Verbindung gebrachten positiven gesundheitlichen Wirkungen auf wissenschaftlich erwiesenen Zusammenhängen. Allerdings ist es fraglich, wie sich solche wissenschaftlichen Erkenntnisse, die etwa unter Laborbedingungen, mit Tierversuchen oder unter Verabreichung sehr hoher Dosen erlangt wurden, auf echte Ernährungsweisen übertragen lassen. Das Europäische Informationszentrum für Lebensmittel schreibt zum Thema Superfoods: „[…] und obwohl wissenschaftliche Studien oft positive gesundheitliche Wirkungen ergeben, lassen sich die Resultate nicht unbedingt auf die reale Ernährung übertragen.“ Das Werben mit Superfood und ähnlichen Begriffen, die den Verzehr von Produkten mit gesundheitsfördernden Effekten in Verbindung bringen, ist gemäß Health-Claims-Verordnung der Europäischen Union verboten, solange eine Wirksamkeit nicht durch ein strenges Zulassungsverfahren bestätigt wurde. Der Begriff Superfood wird bereits seit Beginn des 20. Jahrhunderts verwendet, ist allerdings erst in den letzten Jahren allgemein bekannt geworden. Es findet sich keine offizielle oder rechtlich bindende Begriffsdefinition. Laut dem Wörterbuch Oxford English Dictionary wird mit dem Begriff ein „nährstoffreiches Lebensmittel, das als besonders förderlich für Gesundheit und Wohlbefinden erachtet wird“, bezeichnet. Das Europäische Informationszentrum für Lebensmittel bezeichnet „Lebensmittel, insbesondere Obst und Gemüse, die aufgrund ihres Nährstoffgehaltes einen höheren gesundheitlichen Nutzen als andere Nahrungsmittel haben“, als Superfood. Superfoods zeichnen sich meist durch einen hohen Gehalt an wertvollen Inhaltsstoffen aus. Ein gesundheitlicher Mehrwert im Vergleich mit der Vielzahl heimischer Gemüse und Früchte ist nicht gegeben. Häufig sind Superfoods mit Schadstoffen belastet und im Vergleich zu heimischen Gemüse und Früchten sehr teuer. "Exotische" Lebensmittel bergen immer ein gewisses Risiko Überempfindlichkeitsreaktionen bzw. Allergien auszulösen, auch Wechselwirkungen mit Medikamenten sind möglich. Bei "Superfoods" in Kapselform ist Vorsicht geboten. Durch die Aufkonzentrierung bestimmter reizender oder toxischer Stoffe kann es zu gesundheitlichen Problemen kommen. Superfoods werden allerlei gesundheitsfördernde Eigenschaften zugeschrieben. Meist sollen sie verschiedenen Krankheiten vorbeugen und zudem satt und schlank machen. Besonders herausgestellt wird ihr antioxidatives Potential. Für diese gesundheitsfördernden Eigenschaften fehlen weitgehend wissenschaftliche Nachweise. Die meisten Aussagen zu Superfoods stammen von gewerblichen Anbietern, einzelnen Beratern oder Interessengruppen. Dabei überwiegen Anekdoten und Erfahrungsberichte. Scharlatanerie ist weit verbreitet. Gesicherte Daten zu Enzym-Gehalten oder den Mengen einzelner sekundärer Pflanzenstoffe fehlen in der Regel. Auch bei Superfood-haltigen Nahrungsergänzungsmitteln ist der ausgelobte Gesundheitsnutzen meist nicht wissenschaftlich nachgewiesen und die genaue Zusammensetzung oft nicht bekannt. Die in den Produkten hervorgehobenen Vitamine und Mineralstoffe sind oft künstlich hinzugefügt. Superfoods können sofern sie nicht gerade in Kapselform verzehrt werden den Speiseplan durchaus bereichern und ganz neue Geschmackserlebnisse vermitteln. Ein gesundheitlicher Mehrwert im Vergleich mit der Vielzahl heimischer Gemüse und Früchte ist aber nicht zu erwarten. Gegen Superfoods in Form von Früchten und Samen frisch, getrocknet oder als Püree ist ernährungsphysiologisch gesehen nichts einzuwenden. Allerdings bergen exotische Lebensmittel (egal ob pur oder als Extrakt) immer ein gewisses Risiko Überempfindlichkeitsreaktionen bzw. Allergien auszulösen. Zudem sind Wechselwirkungen von Superfood mit Arzneimitteln möglich. So sollte, ähnlich wie bei der Grapefruit, auch zwischen dem Verzehr von Granatapfelprodukten und der Einnahme von Arzneien ein zeitlicher Mindestabstand eingehalten werden, um

veränderte Wirkungen auszuschließen. Gojibeeren sind selbst in Form von Konfitüre gefährlich für Personen, die bestimmte die Gerinnung hemmende Arzneimittel einnehmen. Vor allem bei Anreicherungen ist Vorsicht geboten. Für Extrakte und Zubereitungen im Lebensmittelbereich gibt es keine Standardisierungen wie bei Arzneimitteln. Mangostane-Extrakt A und Mangostane-Extrakt B sind also nicht mit einander vergleichbar. Und was als Lebensmittel in normalen Mengen kein Problem ist (etwa Zimt), kann durch die Aufkonzentrierung bestimmter reizender oder toxischer Stoffe (Zimtaldehyd, Cumarin) gesundheitlich problematisch werden. Dazu hat das Bundesinstitut für Risikobewertung schon vereinzelt Untersuchungen und Einschätzungen des Risikos vorgelegt. Bei der Entscheidung für ein Superfood sollte man neben Aspekten der Gesundheit unbedingt auch den Einfluss von Superfood auf die Umwelt und Gesellschaft in den Anbauregionen bedenken. Superfoods sind schon seit einiger Zeit auf dem Markt. Dennoch gibt es bisher keine offizielle Definition oder gesetzliche Regelung. Als "Superfoods" werden meist natürliche und exotische Lebensmittel mit größeren Mengen an Vitaminen und/oder Mineralstoffen sowie sekundären Pflanzenstoffen angeboten. Sie werden selten frisch, sondern meist getrocknet, als Püree oder Extrakt angeboten. Auch als Anreicherung in funktionellen Lebensmitteln (etwa Brötchen mit Chiasamen) oder in Kapsel- und Pulverform als Nahrungsergänzungsmittel sind sie auf dem Markt. Superfoods finden des weiteren Einsatz als Zutat für besonders "gesunde" Rezepte (zum Beispiel Müslis, Smoothies, Smoothie-Riegel). Wer Superfoods ausprobieren möchte, sollte sich vorab vergewissern, ob es beim angepriesenen Produkt um die "echten" Früchte bzw. Samen geht, oder ob es sich lediglich um eine (meist nur in Kleinstmengen vorhandene) Zutat in einem Lebensmittel handelt. Oft waren zahlreiche Verarbeitungsschritte nötig, um das Superfood genießbar zu machen, etwa Extraktion, Trocknung, Zugabe von reichlich Zucker oder Aromen. Meist sind Superfoods pflanzliche Lebensmittel, die von Natur aus hohe Gehalte an einzelnen Mikronährstoffen, Enzymen und sekundären Pflanzenstoffen aufweisen. Die frischen Super-Beeren, -Körner oder -Blätter sind anfänglich meist reich an wertvollen Inhaltsstoffen, doch der Transportweg von den Anbaugebieten in exotischen Ländern bis in den deutschen Supermarkt ist lang. Die Produkte werden oft zu früh geerntet, teilweise stark verarbeitet oder liegen wochenlang in Schiffscontainern. Es ist daher fraglich, wie viel von den beworbenen Inhaltsstoffen tatsächlich noch beim Verbraucher ankommt. Eine ausgewogene Nährstoffaufnahme lässt sich durch eine pflanzenbetonte vielfältige Ernährung sicherstellen. Es reicht nicht aus, sich in der Ernährung auf einige wenige Superfoods zu konzentrieren. Es kommt immer wieder vor, dass als Superfood verkaufte Beeren, Samen, Algen oder getrocknete Pflanzen mit Pestiziden, Schwermetallen (z.B. Arsen, Cadmium), mit polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffen (PAK) oder Mineralöl belastet sind. Bei Untersuchungen des Chemischen und Veterinäruntersuchungsamts Stuttgart wurden Pestizidrückstände vor allem in konventionell angebauten Goji-Beeren gefunden. Aber auch bei Produkten mit Moringablattpulver wurden Rückstände (Pestizide, Nikotin, Salmonellen) und irreführende Bewerbung bemängelt. Angaben wie "Wildwuchs" bedeuten nicht zwangsläufig, dass es keine Schadstoffbelastung gibt - können die Früchte doch direkt neben einer stark befahrenen Autobahn, einer Eisenbahnstrecke oder im Einzugsbereich einer Chemiefabrik geerntet worden sein.

2. Keine rechtlich bindende Definition

Eine rechtlich bindende Definition, welche Lebensmittel so genannt werden dürfen, gibt es nicht, wie Antje Gahl von der Deutschen Gesellschaft für Ernährung in Bonn erklärt. "Im Allgemeinen werden unter Superfood besonders nährstoffreiche Lebensmittel zusammengefasst, vor allem aus dem Bereich Obst und Gemüse." Dass vor allem Nahrungsmittel aus weit entfernten Ländern als Superfood gelten, ist aus Sicht der Bremer Verbraucherzentrale kein Zufall. Die Verbindung aus Exotik und Gesundheitswert reize viele

Menschen, sagt Regina Aschmann, die Interessierte bei Ernährungsfragen berät. Nötig seien solche Früchte für die Gesundheit allerdings nicht. "Wer sich abwechslungsreich mit gesunden, heimischen Lebensmitteln ernährt, braucht kein exotisches Superfood." Es gibt keine zuverlässigen wissenschaftlichen Daten, dass Superfood-Produkte einen besonderen Effekt auf die Gesundheit haben, der über eine übliche gesunde Ernährung hinausgeht. Auch für eine schlankmachende Wirkung fehlen Belege. Zu exotischen Superfood-Produkten gibt es gute heimische Alternativen: statt Chia etwa Leinsamen, statt Goji schwarze Johannisbeeren oder statt Acai-Beeren heimische Heidelbeeren. Vorteil: geringere Kosten, weniger Risiko durch eventuelle (unbekannte) chemische Belastungen durch den Import aus dem Ausland. Produkte aus anderen Kontinenten bergen Aschmann zufolge einige Gefahren. "Bei exotischen Lebensmitteln ist das Risiko viel größer, dass trotz Bio-Siegel die Vorgaben nicht eingehalten werden", erklärt sie. Werbebotschaften über den gesundheitlichen Nutzen – etwa, dass Granatäpfel bei Wechseljahrbeschwerden und Prostatakrebs helfen, seien mit Vorsicht zu genießen. "Es wird das Blaue vom Himmel versprochen und vieles ist nicht bewiesen." Gahl zufolge kann exotisches Superfood den Speiseplan bereichern, einen gesundheitlichen Mehrwert habe es im Vergleich zu deutschem Obst und Gemüse aber nicht. Die Ernährungswissenschaftlerin verweist zudem darauf, dass sich die langen Transportwege von exotischen Nahrungsmitteln negativ auf den Nährstoffgehalt und die Klimabilanz auswirken können.

2. Welches Obst und Gemüse ist Superfood?

Der Heidelbeere werden die Eigenschaften eines Superfood zugeschrieben. Dies lässt sich zum einen darauf zurückführen, dass Heidelbeeren reich an Anthocyanen sind. Diese sollen das Wachstum krebsartiger Zellen im Dickdarm verlangsamen und diese sogar abtöten können. Des Weiteren enthalten Heidelbeeren weitere Antioxidantien, die in Tierversuchen dem altersbedingten Gedächtnisschwund vorbeugen und ihn zum Teil umkehren konnten.

Die Açai-Beere wird ebenfalls oft als Superfood bezeichnet. Das Fruchtfleisch des Obstes enthält antioxidativ wirksame Substanzen. Allerdings ist ein Nachweis dadurch hervorgerufenen gesundheitlichen Nutzens beim Menschen noch nicht erbracht worden. Die Açaí-Beere (wird „Ass-a-i“ ausgesprochen) stammt aus dem Amazonas-Regenwald und wächst an der Kohlpalme. Bekannt wurde die leicht säuerlich und erdig schmeckende Açaí-Beere vor allem, weil sie beim Abnehmen helfen soll, was aber wissenschaftlich nicht nachgewiesen ist. Fest steht jedoch, dass die Beere sehr gesund ist und viele Antioxidantien, Vitamine und Mineralstoffe enthält. Da die Beere schnell verdirbt, ist sie bei uns unter anderem als tiefgekühltes Fruchtpüree und getrocknet und pulverisiert erhältlich. Durch das schonende Trocknen bei unter 42°C sollen 95 % der Nährstoffe erhalten bleiben. Acai-Beeren sind die Früchte der brasilianischen Kohlpalme. Sie enthalten viele Anthocyane, Omega-Fettsäuren sowie Magnesium und gelten als Schlankmacher. Sie lassen sich durch Leinsamen, Sonnenblumenkerne oder Rapsöl ersetzen. Das Magnesium bekommst du durch Haferflocken, Heidelbeeren oder Bärlauch.

Kakao soll durch einen hohen Flavonoidgehalt dazu beitragen können, den Blutdruck zu senken und dadurch das Risiko von Herzerkrankungen zu reduzieren. Allerdings werden die Mengen, die einen signifikanten Effekt mit sich bringen könnten, beim regelmäßigen Konsum von Kakao, etwa in Form von Schokolade, kaum erreicht. Gleichzeitig würde bei entsprechendem Konsum nicht nur die Aufnahme der Flavonoide gesteigert, sondern auch die anderer Nährstoffe, bezüglich derer zum Teil empfohlen wird, weniger zu sich zu nehmen. Mit Kakao verbindet man typischerweise ein sehr süßes, ungesundes Getränk. Kakao in Rohkost-Qualität ist hingegen sehr gesund und ein richtiges Superfood! Er wurde nicht über

42°C erhitzt und enthält deshalb noch alle wertvollen Inhaltsstoffe wie Magnesium, Kalzium, Ballaststoffe und Antioxidantien wie Polyphenole und Flavonoide. Zudem enthält er die „Glückshormone“ Serotonin und Dopamin. Roher Kakao wird als ganze Bohne, als Kakaonibs (2-3 mm große, gebrochene Kakaobohnen) und als Kakaopulver angeboten. Hier habe ich ausführlicher über rohen Kakao berichtet. Roher Kakao kann bei uns nicht angebaut werden. Er stammt vom Äquator und birgt in sich reichlich Flavonoide und Magnesium. Diese Wunderwaffen bringen Grünkohl, Birnen, Äpfel, Haferflocken oder Heidelbeeren jedoch ebenso gut mit.

Die Chiasamen aus Mexiko werden immer wieder mit verschiedenen Gesundheitsversprechen beworben. Sie sind zwar eine gute Quelle für mehrfach ungesättigte Fettsäuren und Proteine; ihr Nährstoffgehalt und ihre Wirkung auf die Verdauung sind allerdings vergleichbar mit den in Europa heimischen Leinsamen. Chia-Samen lassen sich ganz vielfältig verwenden, beispielsweise als veganer Ei-Ersatz oder zum Andicken von Saucen und Suppen. Mit Chia-Samen lässt sich außerdem eine zuckerfreie, gesunde Chia-Marmelade herstellen. Chia-Samen aus der gleichnamigen Pflanze aus Lateinamerika sind ballaststoffreich, enthalten wertvolle Omega-3-Fettsäuren und Antioxidantien wie zum Beispiel Vitamin C und E. Leinsamen, Äpfel, Tomaten, Hagebutten und Sanddorn haben vergleichbare Nährstoffdichten zu bieten.

Die Yacon, die auch Inkawurzel genannt wird, hat Wurzelknollen mit dem unverdaulichen Kohlenhydrat Inulin; dies trägt zur gezielten Förderung erwünschter Darmbakterien bei, die den Stoffwechsel anregen. Die Stängel werden als Gemüse gegessen. Die Knollen werden als diätetisches, energiearmes Lebensmittel besonders in Japan stärker gefördert.

Moringa-Pulver wird unter anderem auch als Nahrungsergänzungsmittel vertrieben. Der wissenschaftliche Kenntnisstand deutet nicht auf einen besonderen ernährungsphysiologischen Nutzen hin. Stattdessen beanstandet die behördliche Lebensmittelüberwachung verstärkt unlautere Werbung in dem Segment. Die Produkte weisen häufig Pestizidrückstände auf oder sind mikrobiologisch kontaminiert. Moringa ist ein Baum, der in Afrika oder Indien wächst. Sein Kraftpaket an Nährstoffen Vitamin E und C, Folsäure und Zink ist beachtlich. Bei uns wachsende Alternativen sind Haselnüsse und Wirsing (Vitamin E), Petersilie und Meerrettich (Vitamin C), Grünkohl und Kirschen (Folsäure) sowie Nüsse, Linsen und Haferflocken (Zink).

Aroniabeeren besitzen sehr viele Antioxidantien und sind damit ein wertvolles Superfood. Erhältlich sind sie meist getrocknet oder getrocknet und pulverisiert, aber auch Aroniasaft ist immer öfter im Handel erhältlich. Es ist die getrocknete Variante zu empfehlen, beispielsweise im Frühstück oder zur Herstellung von gesunden Pralinen. Anstelle der Acai-Beere können heimische dunkle Beeren (Brom-, Holunder- Heidel- und Apfelbeere (Aronia) sowie Kirsche, rote Weintraube und Rotkohl gegessen werden, die ebenfalls mit hohen Gehalten an antioxidativ wirkenden Stoffen punkten.

Carob – das sind die Schoten des Johannisbrotbaumes. Aus den Samen, die sich in den Schoten befinden, wird Johannisbrotkernmehl hergestellt, das insbesondere in der veganen Küche als Binde-, Verdickungs- und Backtriebmittel bekannt ist. Hierzulande ist Carob als Pulver erhältlich, wobei die komplette Schote getrocknet und gemahlen wird. Es hat einen fruchtigen, karamellähnlichen Geschmack und kann wie Kakao verwendet werden. Carob enthält viele antioxidativ wirksame Polyphenole, Ballaststoffe, Proteine und Vitamine.

Die Cranberry stammt aus Nordamerika und wird hauptsächlich in den USA angebaut. Frische Cranberries sind im Winter ab und an in unseren Supermärkten erhältlich (meist in Kühltheken der Obst- und Gemüseabteilung zu finden). Viel häufiger werden Cranberries aber getrocknet verkauft. Frische Cranberries schmecken sehr sauer, weshalb auch die Trockenfrüchte meist mit Zucker versetzt sind. Diese Cranberries hingegen* wurden mit Ananassaft gesüßt. Cranberrysaft wird als traditionelles Hausmittel zur Vorbeugung und Behandlung von Harnwegsinfektionen genutzt.

Datteln sind ein tolles natürliches Süßungsmittel – übertreiben sollte man es damit aber natürlich auch nicht, denn sie enthalten 60-70% Fruchtzucker. Somit stellen Datteln eine gesunde Alternative zu Haushaltszucker dar und sind zudem schnelle Energiespender und ein leckerer Snack. Aus Datteln können zum Beispiel gesunde Clean-Eating-Snacks hergestellt werden.

Die Goji-Beere (oder Gojibeere, auch Gemeiner Bocksdorn oder Chinesische Wolfsbeere genannt) ist in China, ihrem Hauptanbaugebiet, seit Jahrtausenden eine beliebte Zutat und zudem fest in der traditionellen chinesischen Medizin (TCM) verankert. In China ist der Bio-Anbau noch nicht allzu weit verbreitet, weshalb beim Kauf von Goji-Beeren auf vertrauenswürdige Qualität geachtet werden sollte. Goji-Beeren, gelten aufgrund ihres hohen Vitamin-C-Gehaltes und der Fülle an Proteinen als Anti-Aging-Mittel. Der Strauch wächst übrigens auch bei uns und nennt sich Bocksdorn. Ersetzt werden können die Beeren durch Esskastanien, heimischen Beerensorten und Sanddorn. Dem Gemeinen Bocksdorn wird nachgesagt, sehr nährstoffreich zu sein. Die auch Goji-Beeren genannten Früchte liefern Vitamine und Mineralstoffe, wie anderes Obst auch. Laut Werbung sollen sie durch die große Menge von enthaltenen Antioxidantien vor freien Radikalen schützen. Sie werden als „natürliche Anti-Aging-Quelle“ vermarktet.

Nutzhanf, der in der EU wächst und legal verkauft wird, hat keine berauschende Wirkung – dafür liefern die Hanfsamen aber viel pflanzliches Eiweiß, Eisen, Omega-3- und Omega-6-Fettsäuren sowie alle neun essenziellen Aminosäuren. Die Heimat der Hanfpflanze liegt in den gemäßigten Breiten Zentralasiens. Man weiß, dass die Fasern ihres langen Stängels bereits 2000 v.Chr. in China zu einer Art Papier verarbeitet wurde. Hanffasern sind lang, reißfest und außerordentlich haltbar. Kein Wunder also, dass sie später als Rohstoff für Segeltuch, Zwirn und Textilien an Bedeutung gewann. Auch die ölhaltigen Samen waren wertvoll und beispielweise in China ein wichtiges Grundnahrungsmittel. Doch bis Anfang des 19.Jahrhunderts war Hanf die weltweit wichtigste Nutzpflanze und prägte auch in unseren Breiten Landstriche und Äcker.

Kokosöl ist trotz seines hohen Anteils an gesättigten Fettsäuren sehr gesund und zählt ebenfalls zu den Superfoods. Es enthält ca. 45% Laurinsäure, die den HDL-Cholesterinwert („das gute Cholesterin“) erhöht.

Kürbis zählt auch zum Superfood. Er kann zum Kochen und Backen verwendet werden.

Maca hat einen leicht süßlichen Geschmack. Die Pflanze stammt aus den Anden und ist dort seit über 2.000 Jahren als Heilpflanze bekannt. Neben allen essenziellen Aminosäuren, Kohlenhydraten, Fettsäuren und Proteinen enthalten sie auch zahlreiche Vitamine, Mineralstoffe und Antioxidantien. Getrocknetes Maca-Pulver schmeckt beispielsweise in Smoothies sehr lecker, kann aber auch zum Backen und Kochen verwendet werden.

Matcha kann wie Grüner Tee verwendet werden. Das Grünteepulver verleiht dem Gebäck neben der grünen Farbe auch einen leckeren, leicht-grasigen Geschmack. Matcha-Tee wird aus den Blättern der Tencha-Teepflanze gewonnen und soll den Blutdruck senken, die Cholesterinwerte und den Stoffwechsel verbessern, Stress reduzieren und die Leistungsfähigkeit steigern. Kamillen-, Fenchel- und Melissentee haben dieselbe beruhigende und stressmindernde Wirkung auf den Organismus.

Frische Maulbeeren sind sehr druckempfindlich, weshalb sie gleich nach der Ernte weiterverarbeitet werden müssen – daher sind sie meist als Trockenfrüchte erhältlich. Neben den Vitaminen B und C enthalten Maulbeeren Eisen, Zink, Kalium, Kalzium und Magnesium sowie das Antioxidans Resveratrol, das auch in roten Trauben bzw. Rotwein enthalten ist. In getrockneten Maulbeeren, die schonend bei unter 42°C getrocknet wurden, sind die Nährstoffe weiterhin enthalten.

2013 war das internationale Jahr der Quinoa. Quinoa wird übrigens genau genommen „kinwa“ ausgesprochen – in Deutschland hat sich aber „ki-noa“ weitestgehend durchgesetzt. Dass Quinoa super-gesund ist, muss ich nicht extra betonen. Quinoa ist eine Pseudogetreideart und wird auch Inkareis oder Perureis genannt. Er ist proteinreich und enthält Magnesium und Eisen. Hirse kann zusammen mit einer Portion Gemüse locker mit dem exotischen Pendant mithalten.

Sprossen passen perfekt zum Superfood-Konzept! Sprossen können mit Hilfe eines Sprossenglasses mit wenig Aufwand und kostengünstig in der heimischen Küche gezogen werden, sodass man die kleinen Nährstoffbomben das ganze Jahr über vorrätig haben kann. Sprossen können aus nahezu jeder Saat gezogen werden: Aus Getreide (z.B. Weizen, Dinkel, Kamut), aber auch aus Pseudogetreiden wie Quinoa und Amaranth, aus Hülsenfrüchten (Alfalfa, Mungobohnen), Knollengemüse (Rote Bete, Rettich), Kohlgewächsen (Brokkoli) oder aus Gewürzen (Fenchel, Anis, Kümmel). Die Keimdauer variiert je nach Sorte.

Weizengras lässt sich zuhause anbauen, ab und an ist es aber auch in Bio-Supermärkten erhältlich oder aber online. Zudem wird Weizengras auch pulverisiert verkauft. An den herben Geschmack muss man sich gewöhnen – oder aber man gibt das Weizengras in Grüne Smoothies.

Ingwer - Die Gewürzknolle aus Ostasien wird schon seit Jahrhunderten als Heilpflanze genutzt. Ihr wird nachgesagt, dass sie unter anderem gegen Erbrechen, Übelkeit, chronischen Husten und Magen-Darm-Beschwerden helfen kann. Ingwer hat eine entzündungshemmende Wirkung, wovon besonders Sportler profitieren können. Schon täglich 2 Gramm Ingwer können dafür sorgen, dass nach einem anstrengenden Workout weniger Muskelkater auftritt. Weist entzündungshemmende und schmerzstillende Eigenschaften auf. Kann Muskelschmerzen verringern. Er beruhight den Magen.

Der Granatapfel bringt viel Vitamin C und K mit sich. Zudem ist er reich an Folsäure und Kalium und hat somit positive Auswirkungen auf die Muskeltätigkeit. Dank seiner Vielzahl an Vitaminen und wichtigen Mineralstoffen wird dem Granatapfel ein hohes Maß positiver Effekte auf den Körper nachgesagt.Granatäpfel können helfen, Insulinpeaks zu vermeiden. Enthaltene Bitterstoffe helfen bei Verdauungsproblemen. Sie beeinflussen den Blutfluss positiv und können so deine Trainingsintensität erhöhen. Der Granatapfel ist zwar kein ausgesprochener Exot mehr, denn er hat in deutschsprachigen Supermärkten längst Einzug gehalten. Dennoch gilt auch er durch seinen signifikanten Gehalt an Kalzium, Kalium und

Eisen als Superfood. Gute Alternativen sind Himbeeren, Brokkoli, Pilze, Kresse, Rucola oder Linsen sowie weiße Bohnen.

Schisandra ist eine rankende Pflanze mit roten Beeren. Die in ihr steckenden Flavonoide findet man auch in roten Weintrauben, Auberginen, Äpfeln und Grünkohl. Zudem gibt es auch bei uns viele Vertreter, die Vitamin A, C, B6 (z.B. grüne Bohne und Feldsalat) und E, Kalzium und Magnesium enthalten.

Das Nachtschattengewächs Physalis aus Südamerika hat einen intensiven süß-säuerlichen Geschmack. Physalis sind für ihren Eisen und Phosphorgehalt und als einer der wichtigsten Provitamin A-Lieferanten bekannt. Sie sind vielseitig einsetzbar: Ihre Blätter werden beispielsweise in Afrika als Wundpflaster verwendet. Physalis wird in der Naturheilkunde bei Harnwegserkrankungen und Gicht eingesetzt. Sie unterstützt das menschliche Immunsystem und die körpereigenen Abwehrkräfte. Enthaltenes Melantonin kann gegen Stress und Schlafstörungen helfen.

Das finale Superfood unserer Liste ist die Acerola-Kirsche. Ein intensiv säuerlicher Geschmack zeichnet sie aus. Großer Pluspunkt der Acerola-Kirsche ist ihr sehr hoher Vitamin C-Gehalt, wobei selbst Zitrusfrüchte nicht mithalten können. Neben dem Vitamingehalt ist sie auch reich an Eiweißen, Magnesium und Kalzium. Enthaltene Antioxidantien bieten dem Körper einen effektiven Zellschutz und unterstützen die antioxidative Wirkung des Vitamin C. Besonders in stressigen Zeiten braucht der Körper mehr Vitamin C, hier kann Acerola-Saft helfen. Wer gegen Zitrusfrüchte allergisch ist, kann seinen Vitamin C-Gehalt mit dem Superfood decken.

Besonders reich an sekundären Pflanzenstoffen sind auch Zwiebelgewächse (Zwiebel, Porree, Schnittlauch, Knoblauch), alle Kohlarten, Rettiche, Hülsenfrüchte und Zitrusfrüchte, native Pflanzenöle, Kerne und Nüsse, aber auch Kartoffeln und (Vollkorn-)Getreide. Das meiste davon gibt es aus heimischem Anbau.

Die Umsätze mit Leinsamen wuchsen in diesem Zeitraum um etwa 23 Prozent. "Es gibt immer neue Trends", sagt Ulrike Brückner-Christoph, die bei Nielsen eine Analytik-Abteilung leitet. Besonders beliebt sind ihr zufolge derzeit Produkte, in denen Stücke, Aroma, Saft oder Pulver der exotischen Superfood-Frucht Granatapfel enthalten sind. Alternativen zu exotischem Superfood gibt es viele. Statt Gojibeeren empfehlen Fachleute Schwarze Johannisbeeren, statt Acai-Beeren heimische Heidelbeeren oder Sauerkirschen. Bundesländer mit viel Landwirtschaft wie Niedersachsen werben mit "Superfood" wie Äpfeln, Grünkohl und Spinat. In der langen Liste, welche die TourismusMarketing Niedersachsen GmbH im Internet veröffentlicht hat, finden sich auch kostenlose Nahrungsmittel. "Blanchiert oder gegart, als Suppe oder im Smoothie – dieses Superfood sollte beim nächsten Ausflug in die Natur nicht außer Acht gelassen werden", heißt es zum Beispiel über die Brennnessel. Über deren möglichen Schadstoffgehalt steht dort nichts.

„Eure Nahrung soll eure Medizin und eure Medizin soll eure Nahrung sein.“ (Hippokrates)

Neue wissenschaftliche Studien bestätigen die unglaublichen Wirkungen der Superfoods aus aller Welt. Wenn wir gut gegessen haben, fühlen wir uns satt. Aber hat der Körper auch bekommen, was er braucht? Wir verhungern an vollen Töpfen oder werden krank, weil unsere Nahrungsmittel nicht mehr die Vitalstoffe enthalten, die wir zu einem gesunden Leben benötigen. Superfoods sind natürliche Nahrungsmittel, die mit Superlativen an Nähr- und Wirkstoffen ausgestattet sind. Sie haben eine besonders intensive Wirkung auf unsere

Gesundheit und Vitalität. Sie können heilen, Krankheiten vorbeugen und unser Wohlbefinden deutlich steigern. Die Medizin der Zukunft steckt in diesen außergewöhnlichen Nahrungsmitteln mit ihren besonderen und häufig auch hoch konzentrierten natürlichen Vitalstoffen. Das Wissen um die Heilkraft der Nahrung ist alt. Die moderne Wissenschaft ist im Begriff dieses Wissen neu zu entdecken.

3. *»Der Weg zur Gesundheit führt durch die Küche, nicht durch die Apotheke.«* Sebastian Kneipp

Superfoods was kann man sich darunter vorstellen?

Superfoods sind Lebensmittel, die über einen besonders hohen und konzentrierten Anteil an wertvollen Inhaltsstoffen verfügen. In jeder Kultur hat es eine ganz bestimmte Pflanze gegeben, die über einen besonders hohen Gehalt an wertvollen Inhaltsstoffen verfügt. Die Inkas hatten ihre Kakaobohnen & Maca, die Chinesen Maitake, Schisandra, Ginseng & Goji-Beere, die Azteken Chia-Samen, Aphrodite den Granatapfel und die Japaner ihren Matcha-Tee & Shiitake. Die Amerikaner haben schon seit längerer zeit die Superfoods für sich entdeckt und ihr Leben danach angepasst, in Europa schwappt die Welle gerade über und div. Bioläden und Internetshops haben das Thema schon aufgegriffen . Doch beim Kauf gibt es da schon einige Kriterien die bedacht werden sollten, man sollte nur Bioprodukte aus Bioanbau und Wildsammlungen kaufen, nur Sie verfügen über einen hohen Anteil an Vitaminen, Mineralstoffen und Spurenelemente, weil sie schonend getrocknet wurden. Superfoods sollen unser Wohlbefinden steigern und eine ausgewogene Nährstoffaufnahme sicherzustellen. Aber dass ist nicht ein Allheilmittel, hierbei müssen noch einige andere Kriterien beachtet werden, wir müssen uns vielfältiger ernähren. Das heißte mehr Obst & Gemüse essen und zusätzlich noch ein paar dieser tollen Superfoods zusätzlich einnehmen. Eine Handvoll Superfoods vollbringt keine Wunder, es muss alles drumherum stimmen. Darüber muss man sich im Klaren sein. Wussten Sie, dass der Begriff Superfoods keiner klaren Definition unterliegt und gesetzlich nicht abgestützt ist? Die Auswahl an sogenanntem Superfood ist entsprechend gross und nimmt stetig zu. Dabei handelt es sich um ganz verschiedene Lebensmittel wie Samen (zum Beispiel Chia), Beeren (zum Beispiel Açai) oder alte Gemüsesorten (zum Beispiel Kale, auch als Feder- oder Grünkohl bekannt), um nur einige Gruppen zu nennen. Ihnen allen werden beinahe sagenhafte Wunderwirkungen zugeschrieben. Superfoods sollen unseren Körper mit einem Extra an lebenswichtigen Nährstoffen versorgen, gegen Müdigkeit, Abgeschlagenheit, das Altern und sogar allerlei Krankheiten wirken. Die meisten dieser Behauptungen haben keinen wissenschaftlichen Hintergrund. Es gibt bisher keine Anhaltspunkte, dass der gezielte Verzehr von Superfoods konkrete Vorteile bringt. Der gesamte Lebensstil – dazu zählen neben Ernährung auch Bewegung und Entspannung – ist für die Gesundheit des Menschen entscheidend, nicht einzelne Produkte. So sollen sie bei chronischen Entzündungen wie Arthritis helfen, vor Schlaganfall schützen, den Körper entgiften und uns resistenter gegen Stress machen. Das klingt zwar vielversprechend, doch letztlich nutzt vor allem die Lebensmittelindustrie den Begriff geschickt als Marketinginstrument. Inzwischen geben rund 25 Prozent der deutschsprachigen Verbraucher an, ihr Essen mit Superfood anzureichern. Kritisch betrachtet werden sollten auch die häufig langen Transportwege, die einige Superfoods hinter sich haben. So stammen Goji-Beeren oft aus China, Chia-Samen aus Südamerika und Açai-Beeren aus dem Amazonasgebiet. Diese Transportwege sind vor allem dann fraglich, wenn es einheimische Lebensmittel gibt, die ähnliche Nährstoffe wie das exotische Pendant liefern. So stehen beispielsweise hiesige Leinsamen den Chia-Samen beim Gehalt von Omega-3-Fettsäuren in nichts nach. Heidelbeeren sind vergleichbar mit weit gereisten Aroniabeeren, und auch Quinoa weist kaum Vorteile gegenüber Hirse auf. Ein

weiterer Nachteil der "Superfrüchte" liegt in den langen Transportwegen. Nur wenige Superfoods kommen mit unserem Klima zurecht und müssen daher von weither transportiert werden. Deshalb bekommt man die Früchte auch selten frisch, sondern meist stark verarbeitet als Pulver oder in Kapselform. Der Nährstoffgehalt ist dann allerdings fraglich. Dazu weiß man oft auch nur sehr wenig über die Anbaubedingungen vor Ort. Die Wunderpflanzen müssen nicht aus aller Welt importiert werden. Denn auch bei uns gibt es Superfoods und wir kennen sie alle schon seit Jahrzehnten. Wahrscheinlich hatte sie jeder sogar schon mehr als einmal auf dem Teller. Sie bieten, ebenso wie die teuren und angepriesenen Migranten, ein Füllhorn an Nährstoffen. Bei der Betrachtung gesunder Lebensmittel sind in Hinblick auf Klimawandel, Arbeitsbedingungen und Co. auch die Aspekte der Nachhaltigkeit zu betrachten. Der Anbau gliedert sich hier in die Art des Anbaus, die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln, Gentechnik oder ähnlichem, die ökologischen Risiken und die Arbeitsbedingungen der Bauern. Darüber hinaus ist der Transport exotischer Superfoods unter umweltbelastenden Gesichtspunkten nicht unbedeutend. Zum einen handelt es sich häufig um Flugware, zum anderen benötigen sie teilweise Transportbedingungen, die zusätzlich Energie verbrauchen. Zudem zeigt sich am Beispiel der Quinoa-Pflanzen aus Peru, dass die erhöhte Nachfrage der Industrieländer mit steigenden Weltmarktpreisen einhergeht und sich die Einheimischen diese Pflanze kaum noch leisten können. Superfoods sind meist pflanzliche Lebensmittel, die von Natur aus einen hohen Gehalt an Nährstoffen, Enzymen und sekundären Pflanzenstoffen aufweisen. Eine wissenschaftlich anerkannte Definition gibt es nicht. Schon der Name suggeriert, dass diese Lebensmittel besser und gesünder sind als andere. Wissenschaftlich fundierte Belege für die heilenden Kräfte von Superfood sind rar. Es gibt zwar einige wenige Studien, bei denen Wissenschaftler einzelne Inhaltsstoffe untersucht und positive gesundheitliche Wirkungen nachweisen konnten. Leider handelt es sich dabei oft um Tier- oder Zellversuche. Das Problem ist jedoch, wir essen das ganze Lebensmittel und nicht nur eine extrahierte Substanz daraus. Daher kann von Einzelergebnissen nicht automatisch auf das Gesamtprodukt geschlossen werden. Auch bei Studien mit Menschen lassen die wenigen Teilnehmer meist keine verifizierbaren Rückschlüsse zu. Zweifellos enthalten viele Superfoods reichlich Vitamine und Mineralstoffe, wertvolle Omega-3-Fettsäuren und sekundäre Pflanzenstoffe. Diese beispielsweise schützen den Körper vor schädlichen freien Radikalen. Natürlich freut sich unser Organismus über die Fülle an positiven Inhaltsstoffen. Gegen natürliche Früchte oder Samen mit hohem Nährstoffgehalt ist aus Sicht der Ernährungswissenschaft nichts einzuwenden. Den Gaumen hin und wieder mit einem neuen Geschmackserlebnis zu kitzeln, ist eine wunderbare Sache. In einer Untersuchung der Zeitschrift “Ökotest” erhielten zwei Drittel der 22 getesteten Produkte lediglich die Noten ungenügend oder mangelhaft. Sie sind dabei teils massiv mit Pestiziden, Mineralöl, Cadmium, Blei oder anderen Schadstoffen belastet. Ebenso sind auch unzulässig bestrahlte Produkte (Ginkgo, Goji, Tees, Kräuter) ein Thema, wie Meldungen des Europäischen Schnellwarnsystems zeigen. Der ORAC-Wert (Oxygen Radical Absorbance Capacity-Wert) beschreibt die Fähigkeit, Sauerstoffradikale zu fangen und soll die antioxidative Wirkung von Lebensmitteln bewerten. Der Wert gibt an, wie viele freie Radikale pro Gramm Gemüse, Obst oder Saft neutralisiert werden können. Der ORAC-Wert wird gerne zur Vermarktung von Superfoods verwendet. Das Problem liegt hier bei den Untersuchungsbedingungen, unter welchen die Werte bestimmt wurden. Die im Labor ermittelten Werte lassen sich auf den menschlichen Organismus nicht übertragen, denn die im Versuch ablaufenden Reaktionen finden im Organismus so nicht statt. Desweiteren fehlen Daten zur Bioverfügbarkeit der beworbenen Stoffe, also Angaben, ob überhaupt und wenn, wie viel des Stoffes vom Körper resorbiert wird. Lebensmittel aus fernen Ländern sind prinzipiell nicht gefahrenfrei und können überempfindliche Reaktionen im Organismus auslösen. Auch allergische oder Kreuzreaktionen können nicht völlig ausgeschlossen werden. Obst, Gemüse, Kräuter, Nüsse und Samen sind hierbei bevorzugt zu nennen. Auch

Wechselwirkungen mit Medikamenten sind nicht auszuschließen. So zeigen beispielsweise Goji-Beeren Wechselwirkungen mit gerinnungshemmenden Medikamenten und können für Betroffene gefährlich sein. Besprechen Sie demnach immer mit einem Arzt, inwieweit eine solche Gefahr bei Ihnen besteht, bevor Sie zu Superfoods greifen. Lebensmittel in ihrer ursprünglichen Form sind Extrakten und Zubereitungen vorzuziehen, denn was in normalen Mengen kein Problem darstellt, kann in konzentrierter Form gesundheitlich problematisch werden.

Franca
Schneider

Veganismus

Veganismus

Lebensmittel ohne Tierprodukte spielen eine zentrale Rolle im Veganismus. Veganismus ist eine aus dem Vegetarismus hervorgegangene Einstellung sowie Lebens- und Ernährungsweise. Vegan lebende Menschen meiden entweder alle Nahrungsmittel tierischen Ursprungs, und sie lehnen generell die Verwertung tierischer Produkte und Ausbeutung der Tiere ab. Ethisch motivierte Veganer achten zumeist auch bei Kleidung und anderen Waren darauf, dass diese frei von Tierprodukten sind und ohne Tierversuche hergestellt wurden. Vegan lebende Menschen nennen als mögliche Motive für ihre Lebensweise Argumente aus den Bereichen Tierethik, Tierrechte, Tierschutz, Klimaschutz, Umweltschutz, Gesundheit, Verteilungsgerechtigkeit, Welternährungsproblematik oder Religion.

Das Wort vegan geht auf den Engländer Donald Watson zurück, der 1944 die Vegan Society gründete, eine Abspaltung der englischen Vegetarian Society. Watson leitete – im Gegensatz zu anderen Mitgliedern der Vegetarian Society – den Begriff des Vegetariers (engl.: vegetarian) nicht vom lateinischen vegetus („lebendig, frisch, kraftvoll“), sondern vom englischen vegetable („Gemüse, pflanzlich“) ab. Der Verzehr von Milchprodukten und Eiern, wie von vielen Vegetariern praktiziert, entsprach nicht seinem Verständnis von Vegetarismus. Um jene Vegetarier zu bezeichnen, die auch Milchprodukte mieden, benutzte Watson zunächst den Terminus total vegetarian (in etwa: konsequenter, strenger Vegetarier). Als Abkürzung dafür prägte er dann aus dem Anfang und Ende von vegetarian die Wortneuschöpfung vegan, weil „Veganismus mit Vegetarismus beginnt und ihn zu seinem logischen Ende führt“. Im Oxford Illustrated Dictionary erschien der Begriff vegan zum ersten Mal 1962 und wurde dort als „vegetarian who eats no butter, cheese, or milk“ (Vegetarier, der keine Butter, keinen Käse und keine Milch verzehrt) erläutert. 1995 erweiterte die 9. Auflage des Concise Oxford Dictionary diese Definition wesentlich. Veganer ist demnach „a person who does not eat or use animal products“ (Eine Person, die keine tierischen Produkte isst oder verwendet). Merriam-Webster’s Collegiate Dictionary bezeichnet aktuell mit vegan sowohl jenen Vegetarier, der weder tierische Nahrung noch Milchprodukte konsumiert, als auch jemanden, der die Nutzung tierischer Produkte insgesamt vermeidet.

Das Adjektiv zum deutschen Wort Veganismus lautet vegan. In den deutschsprachigen Ländern wird vereinzelt auch das Adjektiv veganisch (als Ableitung aus Veganismus) gebildet. Der Duden – Die deutsche Rechtschreibung kennt sowohl das Adjektiv vegan als auch die Nomina Veganer und Veganerin. Aktuelle Bedeutungswörterbücher der deutschen Sprache definieren den Veganer als „Vegetarier, der vollständig auf tierische Produkte verzichtet“ oder als „Anhänger des Veganismus“. Nach der Nationalen Verzehrsstudie II 2008 benannten in Deutschland ca. 0,1 % der weiblichen Teilnehmer ihre bevorzugte Ernährungsweise als "vegane Kost". Eine Studie der Universitäten Göttingen und Hohenheim zum Fleischkonsum in Deutschland kam 2013 zu dem Ergebnis, dass der Anteil vegan lebender Menschen in Deutschland unter 0,5 % und damit unter 400.000 liege. Der Vegetarierbund Deutschland schätzte im Januar 2015 die Zahl der in Deutschland lebenden Veganer auf etwa 900.000. Im Auftrag der Veganen Gesellschaft Deutschland e.V. ermittelte das Marktforschungsinstitut SKOPOS durch repräsentative Befragung, dass im Jahr 2016 1,3 Millionen (1,6 %) Menschen in Deutschland vegan lebten. Die Allensbacher Markt- und Werbeträgeranalyse fand im Jahr 2017 rund 840.000 Personen in der deutschsprachigen Bevölkerung ab 14 Jahre, die sich selbst als Veganer bezeichnen würden oder als jemand, der weitgehend auf tierische Produkte verzichtet.

Das Institut für empirische Sozialforschung ging 2013 für Österreich von 80.000 Veganern aus. In einem Bericht der Kronen Zeitung wird ebenfalls die Zahl von 80.000 Veganern genannt. Laut einer repräsentativen Umfrage des Marktforschungsunternehmens DemoSCOPE im Auftrag von Swissveg im Jahr 2017 sind 1,5 % der Schweizer Bevölkerung Veganer. Israel gilt als das Land mit dem höchsten Veganer-Anteil von 5 %. Omri Paz, Leiter der NGO Vegan Friendly, bezeichnet die Youtube-Vorträge des US-amerikanischen Tierrechtssaktivisten und Dozenten Gary Yourofsky als einen Grund dafür. Nach einer Gallup-Umfrage lebten 1995 etwa 170.000 Menschen im Vereinigten Königreich vegan, nach jüngsten Aussagen der Vegan Society mindestens 542.000. Das Memorandum der Vegan Society von 1979 bezeichnet Veganismus als eine „Philosophie und Lebensart“, die versucht, „so weit wie möglich und praktisch durchführbar, alle Formen der Ausbeutung und Grausamkeiten an Tieren für Essen, Kleidung oder andere Zwecke zu vermeiden und darüber hinaus die Entwicklung tierfreier Alternativen zu fördern“, was Menschen, Tieren und der Umwelt zum Vorteil gereichen soll.

Der Veganismus ging aus dem Vegetarismus hervor. Im deutschsprachigen Raum waren entsprechende Haltungen und Lebensweisen in der Gründerzeit (ca. 1870–1914) innerhalb der Lebensreformbewegung und im Zusammenhang mit biozentrischen Ideen zu finden. Speziell in Deutschland war der frühe Vegetarismus mit der damaligen Freikörperkultur-Bewegung und mit unterschiedlichen politischen Ansätzen verbunden. Im anglophonen Raum hingegen waren pathozentrisch-utilitaristische Ansätze führend und entsprechende Strukturen unter elitären Strömungen der Linken wie in den Frauenbewegungen verwurzelt.

Tierethische Überlegungen sind heute ein fester Bestandteil der philosophischen Debatte zum Veganismus. Klassischerweise wird Peter Singers Buch *Animal Liberation* „Die Befreiung der Tiere“ aus dem Jahr 1975 als eine Zäsur gesehen, nach der die Diskussion um den Veganismus eine neue Qualität gewann. Singer argumentiert dort, es gebe keine moralische Rechtfertigung, das Leid eines Wesens, gleich welcher Natur es sei, nicht in Betracht zu ziehen. Spezielle „nichtmenschliche Tiere“ von diesem Gleichheitsprinzip auszuschließen sei so willkürlich, wie Menschen anderer Hautfarbe, Kultur, Religion oder Geschlecht auszunehmen. Mittlerweile existieren diverse weitere Argumentationen, die mitunter einen von Singer grundverschiedenen Ansatz wählen. Die Veröffentlichungen bzw. Auseinandersetzungen zu Tierrechten bzw. Tierethik sind nach wie vor in hohem Maße kontrovers. Einige Veganer verweisen auf die geistigen Fähigkeiten mancher Tierarten, die mit nicht unerheblicher Intelligenz und Leidensfähigkeit ausgestattet sind und ein komplexes Sozialverhalten zeigen. Ein pathozentrischer Ansatz, nach dem alle empfindungsfähigen Wesen ethische Berücksichtigung verdienen, wird hauptsächlich von Tierschützern vertreten. Ein weiteres ethisches Motiv bildet das Bestreben, vermeidbares Leid, das mit der Tierhaltung verbunden ist, durch Verzicht auf deren Produkte zu vermeiden.Der Philosoph Tom Regan schreibt gewissen Tieren aufgrund ihres Bewusstseins einen inhärenten Wert als Subjekte eines Lebens zu. Martin Balluch argumentiert für eine naturwissenschaftliche Kontinuität von Bewusstsein. Ausgehend von einer Kritik am Ansatz Singers fordert er gewisse Grundrechte, deren zugrunde liegenden Interessen Voraussetzung für alle weitergehenden Interessen seien. Gemeinsam ist den meisten Argumentationen ein naturalistisches Moment, das aus gewissen, für einen Rechtsbegriff als relevant betrachteten, homologen (d. h. evolutionär kontinuierlichen) Eigenschaften eine Widerspiegelung im Moral- beziehungsweise Rechtsverständnis fordert. Oft konstituieren Tierrechtsargumente so auch gleichzeitig eine moralphilosophische Herleitung für Menschenrechte. Aufgrund der angeblichen naturwissenschaftlichen Unschärfe des Artbegriffs auf der Subjektebene könne allein aufgrund der Zugehörigkeit zu einer Art niemandem ein subjektives Recht zugeschrieben oder aberkannt werden. Der Begriff Speziesismus versucht diese Schlussfolgerung in eine

Analogie zu anderen Formen der Diskriminierung zu stellen und zu kritisieren. Dem wird die auf Aristoteles zurückgehende philosophische Tradition entgegengehalten, dass der Mensch über den Tieren stehe. Viele Veganer waren zuerst Vegetarier. Bei ethisch motivierten Veganern waren beispielsweise Medienberichte über Tiertransporte oder Erlebnisse mit Massentierhaltung oder mit Schlachtungen wichtige Faktoren für den Entschluss, Vegetarier zu werden. Als Veganer lehnen sie dann nicht nur den Fleischkonsum, sondern auch den Konsum von Milchprodukten, Honig und Eiern ab. Dafür nennen sie unterschiedliche Gründe, etwa die frühe Trennung der Kälber von ihren Müttern, die Schlachtung von Milchkühen und Legehennen, deren Leistung nachlässt, die Tötung männlicher Küken, die Verwendung männlicher Kälber für die Fleischmast, die Haltungsbedingungen für Milchkühe und Legehennen oder die Sorge, mit dem eigenen Milch- und Eierkonsum die Fleischwirtschaft rentabler zu machen.

Ethisch motivierte Veganer verzichten aus Mitgefühl mit den Tieren außer auf tierische Nahrungsmittel zum Teil auch auf andere Produkte wie Leder, Pelze, Tierborsten, Daunenjacken und -kissen oder Kosmetika, die tierische Stoffe beinhalten oder mit Tierversuchen getestet wurden. Wollprodukte werden als Ursache für den frühen Tod und das Leid der Tiere beim Scheren angesehen. Auch die Tötung von Seidenspinnerraupen und Perlmuscheln sowie die Haltung von Honigbienen werden oft abgelehnt. Des Weiteren sind bestimmte Tiersportarten, Zoos, Vivarien, insbesondere Delphinarien, und Zirkusse Gegenstand der Kritik. Ein populäres Ideal ist eine Welt ohne Ausbeutung von Tieren durch den Menschen.

Laut eines Berichts des Umweltprogramms der Vereinten Nationen aus dem Jahre 2010 über die Umweltfolgen von Konsum und Produktion hat die Nahrungsmittelproduktion den größten Einfluss auf die Landnutzung. Die landwirtschaftliche Produktion von Biomasse, insbesondere die von tierischen Produkten, ist verglichen mit den meisten industriellen Prozessen ein ineffizienter Transformationsprozess. Tierische Produkte wie Fleisch und Milch erfordern im Allgemeinen mehr Ressourcen und verursachen höhere Emissionen als pflanzenbasierte Alternativen. Der UNEP-Bericht erwartet, dass sich die Auswirkungen der Landwirtschaft auf die Umwelt wegen Bevölkerungswachstum und dem damit verbundenen steigenden Konsum von Tierprodukten in Zukunft noch erhöhen werden. Eine substanzielle Verringerung der Folgen der Umweltschädigung ist nur mit einer weltweiten Umstellung der Ernährung möglich, weg von tierischen Produkten.

Laut der Landwirtschafts- und Welternährungsorganisation FAO trägt die Viehhaltung mit rund 18 % Anteil zum menschlich verursachten Treibhauseffekt bei, wofür in erster Linie Verdauungsprodukte verantwortlich sind (Exkremente sowie bei Wiederkäuern Methan). Dabei ist die extensive Tierhaltung Ursache für rund 12 % der weltweiten Entwaldung.

Veganer und vegane Organisationen weisen darauf hin, dass bei einer veganen Ernährung die Umwelt weniger mit Schadstoffen belastet werde und weniger Ressourcen (Wasser, Land, Luft, Energie, Naturfläche) benötigt würden als bei einer Ernährung mit Fleisch- und Milchprodukten. Im Vergleich zur Standardernährung in Deutschland (auf Basis der Nationalen Verzehrsstudie II des Max Rubner-Instituts) können mit einer veganen Ernährung im Durchschnitt rund 1,1 Tonnen Treibhausgasemissionen pro Person und Jahr eingespart werden. Hochgerechnet auf die gesamte Bevölkerung ließen sich mit einer veganen Ernährung somit 77 Millionen Tonnen Treibhausgasemissionen pro Jahr einsparen. Hierbei müssten jedoch die größten Veränderungen von Männern ausgehen (minus 46 Millionen Tonnen). Frauen würden durch eine im Durchschnitt weniger fleischbetonte Ernährungsweise Einsparungen in Höhe von 31 Millionen Tonnen erzielen. Zur Lösung des Dilemmas der

Überfischung der Weltmeere wird von veganen Organisationen empfohlen, sich hierzulande ohne den Konsum von Fischen und Fischprodukten zu ernähren.

Insbesondere Veganer und vegane Organisationen nehmen an, dass eine vegane Ernährung positive Folgen für die Welternährung habe. Auf Grund der niedrigen Futterkonversionsraten der Tierproduktion wird angenommen, dass eine vegane oder vegetarische Ernährungsweise in den Industrieländern die Ernährungssituation in den Entwicklungsländern signifikant verbessern könnte. Laut Edward O. Wilson ergibt die aktuell landwirtschaftlich nutzbare Fläche bei ausschließlich vegetarischer Ernährung eine Kapazität der Lebensmittelversorgung für ca. 10 Milliarden Menschen. Prognosen zufolge wird die globale Nachfrage nach tierischen Produkten insbesondere in Entwicklungs- und Schwellenländern in Zukunft noch weiter ansteigen.

Einige Veganer vertreten zudem die Ansicht, dass es nicht natürlich sei, die Muttermilch anderer Spezies zu trinken. Sie begründen das unter anderem damit, dass 66 % bis 80 % der erwachsenen Weltbevölkerung aufgrund einer Laktoseintoleranz Milch nicht ohne Beschwerden verdauen können. Die Laktosetoleranz ist darüber hinaus altersabhängig. Im Säuglingsalter können fast alle Menschen – gleich welcher Herkunft – Laktose im Darm durch das Enzym Laktase spalten. Für die Mehrheit geht diese Fähigkeit im späteren Alter verloren. Des Weiteren variiert die Prävalenz der Laktoseintoleranz im Erwachsenenalter von Region zu Region sehr stark: In Deutschland sind nur etwa 15 % betroffen. Wissenschaftler fanden eine enge Bindung der Laktase-Persistenz bzw. Laktosetoleranz im Erwachsenenalter an die Ausbreitung der Milchwirtschaft im Europa der Jungsteinzeit. Die entsprechende evolutionäre Anpassung, eine bestimmte Punktmutation im MCM6-Gen, wird als Entwicklungsvorteil für die betroffenen Menschen gedeutet. Ob Argumente der „menschlichen Biologie“ grundsätzlich von Relevanz bei einer Bewertung des Konsums tierischer Produkte sind, stellen Verfechter eines Veganismus aus ethischen, herrschaftskritischen oder ökologischen Gründen in Frage. Zur Risikominimierung im Zusammenhang mit Antibiotikaresistenzen, die auch durch den Einsatz in der Tiermast verursacht werden, empfehlen Pro-Vegan-Organisationen eine vegan orientierte Lebensweise. Eine Forschergruppe empfiehlt in einem Artikel in der Zeitschrift Science zum gleichen Zweck unter anderen Ernährungsrichtlinien, die zu einem reduzierten Fleischkonsum führen.

Bio-vegane Ernährung beschränkt sich zusätzlich auf Lebensmittel, die unter ökologischen Gesichtspunkten produziert wurden. Biologisch-vegane Landwirtschaft schließt Tierhaltung aus, so dass beispielsweise nicht mit Gülle gedüngt wird.

Frugane Ernährung beschränkt sich auf die Früchte von Nahrungspflanzen, da deren Verzehr nicht die Zerstörung der Pflanze zur Folge hat. Dazu gehören etwa Obst, Nüsse und Samen.

Vegane Rohkost beschränkt sich auf die veganen Teile einer Rohkosternährung (während Rohkost allgemein ebenso rohes Fleisch, Fisch, Eier, Rohmilch usw. enthalten kann). Ballaststoffe: Die Ballaststoffzufuhr liegt bei Veganern deutlich über der teilweise zu geringen Zufuhr der Durchschnittsbevölkerung. Die Aufnahme an Ballaststoffen übersteigt die Mindestaufnahmemenge hierbei sehr deutlich.

Ovo-Lacto-Vegetarier
Die ovo-lacto-vegetarische Ernährung beschreibt den „klassischen“ Vegetarismus. Es werden also kein Fleisch und Fisch, jedoch Milch- und Ei-Produkte verzehrt.

Ovo-Vegetarier
Ovo-Vegetarier essen kein Fleisch und keine Milchprodukte. Eier und Eiprodukte hingegen stehen auf ihrem Speiseplan.

Lacto-Vegetarier
Lacto-Vegetarier meiden zusätzlich zum Fleisch auch Ei, verzehren aber Milch und Milchprodukte.

Cholesterin: Der Körper bildet Cholesterin in ausreichender Menge selbst und ist somit nicht auf die Zufuhr von außen angewiesen. Cholesterine kommen nur in tierischer Nahrung vor, daher weist die vegane Ernährung eine vernachlässigbare Cholesterinaufnahme und durchweg günstige Werte in diesem Bereich auf. Im Vergleich hierzu nehmen Mischköstler eine vielfache Menge an Cholesterin auf und liegen teilweise über der von der DGE empfohlenen Höchstmenge.

Fettsäuren: Bei der Aufnahme der gesättigten, einfach-ungesättigten sowie mehrfach-ungesättigten Fettsäuren entsprechen in Untersuchungen Veganer am häufigsten den Empfehlungen der DGE, wohingegen Mischköstler im Gegensatz hierzu teils einen zu hohen Anteil gesättigter Fette sowie eine zu geringe Aufnahme mehrfach ungesättigter Fette aufweisen. Die insgesamte Zufuhr ernährungsphysiologisch eher unerwünschter gesättigter Fettsäuren liegt bei veganer Ernährung in der Regel nur halb so hoch wie in der Durchschnittsbevölkerung.

Magnesium: Die Zufuhr an Magnesium liegt bei Veganern deutlich über der teilweise zu geringen Zufuhr der Durchschnittsbevölkerung.

Sekundäre Pflanzenstoffe / Antioxidantien: Die Carotinoidaufnahme korrelierte in Studien mit dem erhöhten Gemüse- und Obstverzehr. Die hohen Zufuhrmengen an Carotinoide bei veganer Ernährung führte bei den untersuchten Studienteilnehmern in der Deutschen Vegan Studie zu entsprechend hohen Carotinoidkonzentrationen im Blutplasma. Veganer wiesen in der EPIC-Studie 5- bis 50-mal höhere Blutkonzentrationen an Isoflavonen auf als Mischköstler. Bei Prostatakrebspatienten führte eine fettarme vegane Kost zu einer signifikant höheren Zufuhr von protektiven sekundären Pflanzenstoffen, insbesondere Lycopin.

Vitamin E: Veganer nahmen in Studien wesentlich mehr Vitamin E auf als Mischköstler. Die sich vegan ernährenden Studienteilnehmer übertrafen hierbei die Mindestaufnahmemenge an Vitamin E, wohingegen die Mischköstler im Durchschnitt darunter lagen.

Calcium: Nachteile durch den Verzicht auf tierische Nahrungsquellen wie Milch und Käse können bei unausgewogener veganer Kost hinsichtlich der Calciumzufuhr auftreten. In Studien fiel die durchschnittliche Calciumzufuhr der untersuchten Veganer hierbei sehr deutlich unter die empfohlenen Richtwerte. Neben dem Calciumgehalt von Nahrungspflanzen ist auch dessen Bioverfügbarkeit zu beachten. Oxalate (Rhabarber) und Phytate (Getreide, Hülsenfrüchte, Erdnüsse), welche ebenfalls als Bestandteile von Nahrungspflanzen zugeführt werden, können die Calciumresorption behindern. Andererseits muss sich – abhängig vom Protein- und Salzgehalt der veganen Ernährung – der calciuretische (die Calciumausscheidung über die Niere fördernde) Effekt nicht signifikant von dem bei einer omnivoren Ernährungsweise unterscheiden. Um Mangelerscheinungen auszuschließen, wird der Verzehr von calciumreichem Mineralwasser, Grünkohl (ca. 220 mg Calcium pro 100 g), Brokkoli (ca. 110 mg pro 100 g), Sesamsamen (ca. 1540 mg pro 100 g), Haselnüssen, Sojabohnen sowie Tofu oder die Calciumsupplementierung empfohlen.

Eisen: Die durchschnittliche Eisenaufnahme sowohl der weiblichen, als auch der männlichen Veganer liegt in Studien regelmäßig über denen der Mischköstler. Hierbei überschreiten männliche Veganer im Durchschnitt die DGE-Mindestaufnahmemenge deutlich, wohingegen die weiblichen Veganer leicht unterhalb der empfohlenen Mindestaufnahme der DGE liegen. Allerdings liegt der Eisenbedarf bei einer rein veganen Ernährung aufgrund niedrigerer Bioverfügbarkeit des pflanzlichen Eisens etwa 1,8-fach höher, womit ein für pflanzliche Kost entsprechend erhöhter Referenzwert vor allem von den weiblichen Veganern nach diesen Studien im Durchschnitt nicht erreicht wird. Ob sich der Eisenstatus von vegan ernährten Kleinkindern mit einer abwechslungsreichen Lebensmittelauswahl und dem Verzehr von Vollkornbrot als Grundnahrungsmittel sowie von Vitamin-C-reichem Obst und Gemüse von dem von omnivor ernährten Kleinkindern unterscheidet, ist aufgrund der unzureichenden Datenlage unklar. In veganen Gruppen mit religiös bedingter eingeschränkter Lebensmittelauswahl wurde neben anderen Nährstoffdefiziten allerdings auch Eisenmangel bei Säuglingen und Kleinkindern beschrieben.

Langkettige n-3-Fettsäuren: Die Zufuhr dieser Fettsäuren ist bei veganer Ernährung sehr gering. Besonders Veganer tendieren zu niedrigeren Eicosapentaensäure- und Docosahexaensäure-Blutwerten im Vergleich zu Nichtvegetariern. Eine Studie kommt jedoch zu dem Schluss, dass eine α-Linolensäure-reiche und Linolsäure-arme Ernährung (z.B. mit Leinöl) die Eicosapentaensäure-Werte im Gewebe vergleichbar ansteigen lässt wie die Supplementierung mit Fischöl. Weiterhin kann der Körper ausreichend Docosahexaensäure bilden, wenn genug α-Linolensäure (>1200 mg) pro Tag aufgenommen wird. Für die Umwandlung der pflanzlichen α-Linolensäure benötigt der Körper die Enzyme Delta-6-Desaturase und Delta-5-Desaturase. Diese verarbeiten aber gleichzeitig die Omega-6-Fettsäure Linolsäure zu DGLA und Arachidonsäure. Vitamin- und Mineralienmangel, Stress und Alter können die Bildung verlangsamen. Hingegen können Vitamin B und C, Magnesium und Zink diese Enzyme aktivieren.

Proteine: Während die Durchschnittsbevölkerung bei einer ausgewogenen Ernährung vor einer Protein-Unterversorgung geschützt ist, kann die Eiweiß-Aufnahme bei Veganern je nach Auswahl der Lebensmittel signifikant geringer ausfallen. Der bei einer erwachsenen Person täglich erforderliche Proteinhaushalt von etwa 0,8–1 Gramm pro Kilogramm Körpergewicht (g/kg KG) kann aber auch ohne Nahrungsergänzungsmittel durch pflanzliche Produkte aufgenommen werden. Dazu zählen vor allem Reis, Quinoa, Linsen, Bohnen, diverse Nüsse und Nussmus sowie verschiedene Sojaprodukte.

Vitamin D: Vitamin D kann bei ausreichender Sonnenexposition vollständig von der Haut gebildet werden. Reicht die Sonnenexposition nicht aus, so ist eine Aufnahme über die Nahrung erforderlich. Vitamin D ist außer in Avocado (3,43 µg Vitamin D/100g), Pfifferlingen (2,1 µg Vitamin D/100 g) und Champignons (1,9 µg/100 g) fast ausschließlich in tierischen Lebensmitteln enthalten. In einer Studie der Universitätsklinik Freiburg konnte demonstriert werden, dass Zuchtchampignons, die mit UV-B-Strahlung behandelt wurden, signifikante Mengen an Vitamin D2 bildeten (491 µg oder 19.640 IE pro 100 g Zuchtchampignons). Die Verabreichung der so angereicherten Zuchtchampignons waren Vitamin D2-Supplementen ebenbürtig. Ähnliche Ergebnisse können auch mit Shiitake, Maitake, Shimeji oder anderen Pilzen erzielt werden. Im Falle von Shiitake konnten Werte von bis zu 267.000 IE pro 100 g Shiitakepilze bei 14 Stunden Sonnenlichtexposition erreicht werden. Aus Untersuchungen mit Kindern liegen Hinweise vor, dass letztlich ein Vitamin-D-Mangel bei makrobiotischer Ernährung im Vergleich zu anderen vegetarischen Ernährungsformen häufiger auftritt. Eine Studie über die Auswirkung einer fettreduzierten, veganen Ernährung ergab ebenfalls eine zu geringe Aufnahme an Vitamin D. Veganer liegen

in Untersuchungen über die ausschließlich via Nahrung zugeführte Vitamin-D-Menge nochmals erheblich unter der bereits deutlich zu geringen Vitamin-D-Aufnahme der Mischköstler. Der tatsächliche Vitamin-D-Status im Blutplasma untersuchter nordeuropäischer Veganer liegt durchschnittlich noch über den empfohlenen Referenzwerten der DGE, aber signifikant unter dem Status der Mischköstler.

Zink: Die Zink-Aufnahme untersuchter Veganer liegt in Studien unterhalb der von Mischköstlern. Die gemessene Zink-Aufnahme lag hierbei für die Frauen durchschnittlich aber immer noch oberhalb der DGE-Referenzwerte. Bei den Männern stellte eine Studie eine gemäß den DGE-Referenzwerten durchschnittlich ausreichende Zink-Aufnahme fest, während in einer anderen Studie die Zink-Aufnahme der Männer im Schnitt zu gering war. Die Bioverfügbarkeit von Zink in pflanzlicher Nahrung liegt hierbei allerdings noch unterhalb der Bioverfügbarkeit nicht-pflanzlicher Nahrung. In einer Untersuchung einer Gruppe vegan ernährter Säuglinge einer religiösen Gemeinschaft (Schwarze Hebräer) wurde neben weiteren Nährstoffdefiziten auch ein Zinkmangel beobachtet.

Jod: Veganer weisen in verschiedenen Untersuchungen häufiger eine zu geringe Jodzufuhr auf. Die Jodzufuhr ist hierbei noch geringer als die ohne Supplementierung häufig ebenfalls zu geringe Jod-Aufnahme der Mischköstler. Infolge eines schweren Jodmangels besteht die Gefahr des Kretinismus.

Kreatin: Vegetarier weisen, im Gegensatz zu Fleischessern, im Blutplasma sowie in der Körpermasse einen signifikant niedrigeren Kreatin-Gehalt auf. Kreatin wird vom menschlichen Körper in Mengen von 1 bis 2 g pro Tag gebildet und zusätzlich über Fleisch und Fisch aufgenommen. Es wird vor allem für die Muskelkontraktion, aber auch für Hirn- und Nervenfunktion in Form von Kreatinphosphat benötigt. Kreatin ist hauptsächlich in Fleisch und Fisch in Mengen von etwa 2 bis 7 g pro kg Nahrung enthalten; Milchprodukte, Obst und Gemüse enthalten nur Spuren davon. Eine Placebo-kontrollierte, doppelblinde Studie stellte fest, dass eine Gruppe von 45 Vegetariern und Veganern, die 5 Gramm Kreatin pro Tag für sechs Wochen supplementierten, eine signifikante Verbesserung der kognitiven Fähigkeiten zeigten. Die Behandlungsgruppe konnte längere Sequenzen von Zahlen aus dem Gedächtnis wiederholen und hatte höhere Gesamt-IQ-Werte als die Kontrollgruppe. Signifikante Leistungssteigerungen bei zusätzlicher Aufnahme von Kreatin wurden in zahlreichen Studien jedoch ebenfalls bei Nicht-Vegetariern nachgewiesen (die nicht bereits extrem große Mengen Fleisch zu sich nehmen), sowohl kognitiv als auch körperlich. Andererseits wird festgestellt, dass bei Aufnahme einer ausreichenden Menge an essenziellen Aminosäuren, Vitamin B12 und Folsäure die eigene Kreatinsynthese des Körpers meist zur Deckung des Bedarfs ausreicht. Bedenken bestehen lediglich bei älteren Personen.

Vitamin B12: Vitamin-B12, das nur von Mikroorganismen – insbesondere Bakterien – produziert wird, ist fast ausschließlich in tierischen Lebensmitteln enthalten; bei Wiederkäuern bildet es sich im Vormagen, Geflügelarten und Schweinen wird es mangels ausreichender Resorption im Darm exogen über ihre Nahrung zugeführt. Während Erwachsene wegen der relativ großen Leberspeicher und der hohen Wiederverwendungsrate von Vitamin-B12 im enterohepatischen Kreislauf frühestens nach 5- bis 10-jähriger Vitamin-B12-freier Ernährung Mangelerscheinungen entwickeln, verfügen Neugeborene nur über erheblich kleinere Speicher. Für den Transfer des Vitamins zum Fötus wie auch in die Muttermilch scheint zudem mehr die gegenwärtige Zufuhr als der Speicherbestand der Mutter ausschlaggebend zu sein. Bereits im Alter von vier bis sechs Monaten entwickelten Kinder von Veganerinnen, die sich lediglich 3 Jahre vegan ernährt hatten, einen Vitamin-B12-Mangel. Ein 2009 veröffentlichtes Review von Studien zeigt geringere Vitamin-B12-Level

und erhöhte Homocysteinwerte bei Vegetariern und insbesondere Veganern. Ein Vitamin-B12-Mangel kann die Verfügbarkeit von Cobalamin verringern und seine Funktion stören. Während Symptome eines Mangels zunächst unspezifisch sind (Müdigkeit, Verdauungsprobleme, häufige Atemwegserkrankungen), treten sie später hämatologisch und neurologisch auf. Bei Kleinkindern stillender Mütter, die sich vegan ernähren und deren Muttermilch arm an Vitamin B12 ist, kommt es ohne Zufütterung tierischer Lebensmittel oder Vitamin-B12-Supplementierung bereits im zweiten Lebenshalbjahr zu gefährlichen Mangelsymptomen, die bis zu bleibenden neurologischen Schäden, verzögerter neurologischer Entwicklung sowie Apathie, Koma sowie hochgradiger Hirnatrophie reichen können. Fälle neurologischer Schädigungen bei voll gestillten Säuglingen, deren Mütter sich vegan ernährten, sind in der medizinischen Literatur dokumentiert. Ärzte raten schwangeren und stillenden Veganerinnen sowie deren Kindern dringend zur Nahrungsergänzungsmitteln. Um diese Risiken zu verringern, wird Vegetariern und insbesondere Veganern empfohlen, ihre Ernährung bzgl. Vitamin B12 entsprechend zu planen, ihre Vitamin-B12-Level regelmäßig kontrollieren zu lassen und, falls notwendig, Vitamin B12 nahrungsergänzend aufzunehmen. Der höhere Folsäuregehalt pflanzlicher Kost kann hämatologische Symptome einer Vitamin-B12-Unterversorgung maskieren, so dass der Mangel bis zum Auftreten neurologischer Symptome unentdeckt bleibt.

Adipositas: Newby u. a. fanden 2005, dass Veganerinnen ein geringeres Risiko für Adipositas im Vergleich zu Mischköstlerinnen aufweisen. Eine Querschnittsstudie mit 37.875 Erwachsenen ergab für Veganer den niedrigsten durchschnittlichen Body-Mass-Index. Als mögliche Ursache hierfür wird die geringere Energiedichte der aufgenommenen Nahrung diskutiert.

Bluthochdruck: Studien zeigten die niedrigsten Raten an Hypertonie unter den Veganern im Vergleich zu allen anderen untersuchten Gruppen. Als mögliche Ursachen werden die Effekte verschiedener vorteilhafter Komponenten in pflanzlicher Nahrung gesehen, hierzu werden der hohe Anteil an Kalium, Magnesium, Ballaststoffen sowie ein günstiges Fettsäureprofil gezählt.

Diabetes mellitus: Neal D. Barnard et al. fanden 2006, dass unter der von ihnen für den Studienzweck entworfenen, fettarm-veganen Diät bei 43 % der 50 Probanden mit Diabetes mellitus Typ 2 die Verabreichung von Medikamenten reduziert werden konnte. In der fast ebensogroßen Vergleichsgruppe, die sich individuell nach den Empfehlungen der American Diabetes Association ernährte, war dies bei 23 % der Probanden möglich. Die Studie lief über 22 Wochen. Die ADA kam 2012 in der Aktualisierung ihrer Leitlinie unter Verweis auf diese und weitere Studien zu dem Ergebnis, dass in der Behandlung des Diabetes mellitus wahrscheinlich eine Vielzahl von Diäten effektiv sind, einschließlich der mediterranen, der Pflanzen-basierten (veganen oder vegetarischen), der fettarmen und der Low-Carb-Ernährung. Die Leitlinien-Autoren halten es für unwahrscheinlich, dass die eine, für alle Diabetiker optimale Kombination von Makronährstoffen existiert.

Herzerkrankungen: In einer Metaanalyse, welche Daten von 76.172 Teilnehmern aus 5 Studien auswertete, zeigte sich hinsichtlich des Sterberisikos wegen koronarer Herzkrankheit gegenüber regelmäßigen Fleischessern für Veganer ein um 26 %, für Ovo-Lacto-Vegetarier ein um 34 %, für Pescetarier ein um 34 % und bei den gelegentlichen Fleischessern (<1-mal/Woche) ein um 20 % reduziertes Risiko. Ein möglicher Grund für den Nachteil gegenüber den anderen vegetarischen Ernährungsformen und gegenüber den fleischlosen Fischessern wird in einer häufig beobachteten unzureichenden Vitamin-B12- sowie n-3-Versorgung gesehen.

Osteoporose: In der EPIC-Studie hatten Veganer ein 30 % höheres Risiko für Knochenbrüche. Dieses erhöhte Risiko verschwand allerdings ab einer Mindestaufnahmemenge von mind. 525 mg Calcium pro Tag (entspricht 53 % der nach DGE empfohlenen Aufnahmemenge für Erwachsene). Der errechnete Durchschnitt an Calcium-Aufnahme bei veganer Ernährung liegt nach vorliegenden Untersuchungen zwar meist leicht oberhalb von 525 mg, aber eine erhebliche Anzahl von Veganern nimmt dennoch weniger als 525 mg Calcium auf: in der EPIC-Studie wiesen 44,5 % der Veganer eine Calcium-Aufnahme von weniger als 525 mg auf. Das zum Großteil über Sonnenexposition gebildete Vitamin D spielt eine wesentliche Rolle bei der Regulierung des Calcium-Spiegels im Blut und beim Knochenaufbau, hier weisen Veganer eine deutlich geringere Nahrungszufuhr auf als Mischköstler. In Untersuchungen über den tatsächlichen Vitamin-D-Status im Blutplasma wiesen nordeuropäische Veganer in der EPIC-Oxford-Studie durchschnittlich zwar die niedrigsten, aber immer noch ausreichende Werte auf (55,9 nmol/l).

Thrombose und Arteriosklerose: Der chinesische Ernährungswissenschaftler Duo Li sieht in den niedrigen Omega-3-Fettsäure-Leveln, die in den Phospholipiden der Gewebemembranen von Vegetariern und insbesondere Veganern gefunden wurden, die Ursache für ein möglicherweise erhöhendes Risiko für Thrombose und Arteriosklerose. Seine Schlussfolgerung lautet, dass Veganer durch eine erhöhte Einnahme von Vitamin B12 sowie n-3-Fettsäuren ihr im Verhältnis zur fleischhaltigen Ernährung bereits generell niedrigeres Risiko für Thrombose und Arteriosklerose noch weiter reduzieren könnten.

Der Expertenbericht der Eidgenössischen Ernährungskommission aus dem Jahr 2007 sah aufgrund der sehr großen und kritischen Risiken einer Mangelernährung „in verschiedenen Lebensphasen“ (konkret: Schwangerschaft, Stillzeit, Wachstum und Alter) von einer generellen Empfehlung der veganen Ernährung für breite Bevölkerungskreise ab. Eine „vegane Ernährungsweise mit einer genügenden Zufuhr aller Nährstoffe (Ausnahme Vitamin B12, welches mit angereicherten Nahrungsmitteln oder Supplementen zugeführt werden sollte)“ sei möglich, setze aber ein „entsprechendes Ernährungswissen“ voraus. Im Jahr 2018 gelangte die EEK zu dem Fazit, dass eine „gut geplante und supplementierte vegane Ernährung“ theoretisch den Nährstoffbedarf decken könnte. Die Ergebnisse würden jedoch zeigen, dass in Wirklichkeit ein Mangel an gewissen Nährstoffen verbreitet sei. Wenn „hoch motivierte Personen“ zu einer veganen Ernährung übergehen oder diese weiterführen möchten, sollten sie auf „die Ernährungsrichtlinien, die erforderliche Supplementation und allfällige Überwachungsmassnahmen“ hingewiesen werden. Bei einer rein pflanzlichen Ernährung ist nach Einschätzung der Deutschen Gesellschaft für Ernährung die ausreichende Versorgung mit bestimmten Nährstoffen nicht oder nur schwer möglich. Der kritischste Nährstoff sei Vitamin B12. Zu den potenziell kritischen Nährstoffen bei veganer Ernährung gehörten außerdem Protein bzw. essentielle Aminosäuren und langkettige n3-Fettsäuren sowie die Vitamine Riboflavin und D und die Mineralstoffe Calcium, Eisen, Jod, Zink und Selen. Die DGE empfiehlt vegane Ernährung für Schwangere, Stillende, Säuglinge, Kinder und Jugendliche ausdrücklich nicht. Diese speziellen Bevölkerungsgruppen hätten ein höheres Risiko für Nährstoffdefizite. Wer sich dennoch vegan ernähren möchte, sollte dauerhaft ein Vitamin-B12-Präparat einnehmen, auf eine ausreichende Zufuhr vor allem der kritischen Nährstoffe achten und gegebenenfalls angereicherte Lebensmittel und Supplemente verwenden. Dazu sollte eine Beratung durch eine qualifizierte Ernährungsfachkraft erfolgen und die Versorgung mit kritischen Nährstoffen regelmäßig ärztlich überprüft werden. Die DGE verweist darauf, dass Lebensmittel, die bei veganer Ernährung konsumiert werden, nicht zwingend ernährungsphysiologisch günstig und gesundheitsfördernd seien. Gemüse, Hülsenfrüchte, Obst, Nüsse, Samen, wertvolle Pflanzenöle und Vollkornprodukte bewertet die DGE als vorteilhaft. Vegane Gerichte oder Lebensmittel, denen hohe Mengen an Zucker,

Fetten und Speisesalz zugesetzt wurden, seien hingegen „ernährungsphysiologisch nicht günstig“. Die Ernährungskommission der Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin lehnt eine vegane Säuglingsernährung ohne Nährstoffsupplementierung ab, da sie zu schwerwiegenden Nährstoffdefiziten führe. Die sorgfältige Überwachung von Wachstum und Gedeihen sei notwendig, gegebenenfalls ergänzt durch Labordiagnostik. Für die Beurteilung des Eisenhaushaltes kann das Ferritin zusammen mit CRP genutzt werden. Zudem hat sich die Bestimmung des löslichen Transferrin-rezeptors als sehr hilfreich erwiesen. Die Analytik des Holotranscobalamins sowie des “aktiven Vitamin B12” kann einen Mangel sicher ausschließen oder nachweisen. Als weitere Parameter bei dem Laborarzt können Calcium, Jod, Selen, Vitamin D, Zink sowie Aminosäuren (insbesondere Lysin, Methionin, Tyrosin und Tryptophan) angefordert werden. Die Academy of Nutrition and Dietetics und die Dietitians of Canada vertreten den Standpunkt, dass „gut geplante“ vegetarische Kostformen, vegane eingeschlossen, für jede Lebensphase „einschließlich Schwangerschaft, Stillzeit, Säuglingsalter, Kindheit, Jugendalter sowie für Leistungssportler“ geeignet, gesund und ernährungsphysiologisch angemessen sind. Die Ergebnisse eines evidenzbasierten Reviews hätten gezeigt, dass vegetarische Ernährung mit einem geringeren Sterberisiko durch koronare Herzerkrankung assoziiert ist. Vegetarier schienen zudem niedrigere Blut-Cholesterinwerte, niedrigere Blutdruckwerte und ein geringeres Risiko für Bluthochdruck sowie Diabetes Typ 2 zu haben. Des Weiteren tendierten Vegetarier zu einem niedrigeren Body-Mass-Index und geringeren Krebsraten. Vegetarische Ernährungsformen würden tendenziell einen niedrigeren Anteil gesättigter Fette und Cholesterin und höhere Gehalte an Ballaststoffen, Magnesium, Kalium, Vitamin C und E, Folsäure, Carotinoide sowie andere sekundäre Pflanzenstoffe aufweisen; dies könne das Risiko für chronische Erkrankungen reduzieren. Bei Veganern bestünde allerdings die Möglichkeit einer zu niedrigen Zufuhr an Vitamin B12, Calcium, Vitamin D, Zink und langkettigen n-3-Fettsäuren. Gegebenenfalls könnten Supplemente oder angereicherte Lebensmittel zur ausreichenden Nährstoffversorgung beitragen. Zur Deckung des Bedarfs an Vitamin B12 müssten Veganer regelmäßig angereicherte Nahrungsmittel oder Supplemente konsumieren. Der australische National Health and Medical Research Council verweist auf die A.N.D.-Bewertung und betrachtet wie diese ausgewogene vegetarische, einschließlich veganer Ernährungsweisen als gesund und ernährungsphysiologisch adäquat. Jene, die einer strikt vegetarischen bzw. veganen Ernährungsweise folgen, könnten die Ernährungserfordernisse erfüllen, solange die energetischen Bedürfnisse befriedigt und eine geeignete Vielfalt pflanzlicher Nahrungsmittel über den Tag verzehrt werden. Veganer sollten bei ihrer Lebensmittelauswahl auf eine adäquate Zufuhr von Eisen und Zink und die optimierte Resorption und Bioverfügbarkeit von Eisen, Zink und Calcium achten. Außerdem könne für Veganer die Supplementierung von Vitamin B12 erforderlich sein. Der Fachverband kanadischer Kinderärzte schreibt zusammenfassend zur veganen Ernährung: Eine gut geplante vegetarische und vegane Ernährung kann bei entsprechender Aufmerksamkeit auf bestimmte Nährstoffkomponenten einen gesunden, alternativen Lebensstil für alle Phasen des fetalen, Säuglings-, Kinder- und jugendlichen Wachstums bieten. Angemessene Anleitung der Familie und Follow-up im Laufe der Zeit seien hierbei wesentlich. Der Fachverband gibt genaue Empfehlungen zur Einhaltung aller Ernährungsanforderungen, u. a. wird hingewiesen auf eine sorgfältige Überwachung des Wachstums und der Entwicklung bei ggf. notwendiger Supplementierung kritischer Nährstoffe sowie auf eine ausreichende Zufuhr von Nahrungsenergie. Zu den Nährstoffen, welche im Hinblick auf vegane Ernährung Heranwachsender besonderer Aufmerksamkeit bedürfen, zählt der Fachverband hierbei Protein, essentielle Fettsäuren, Eisen, Zink, Kalzium, Vitamin B12 und Vitamin D. Die Begriffe „vegan“ und „vegetarisch“ definierte bislang weder der nationale noch der europäische Gesetzgeber rechtsverbindlich. Ersatzweise verabschiedete am 22. April 2016 die Verbraucherschutzministerkonferenz der deutschen Bundesländer eine rechtsverbindliche Definition. „Vegan“ sind danach

Lebensmittel, „die keine Erzeugnisse tierischen Ursprungs sind und bei denen auf allen Produktions- und Verarbeitungsstufen keine Zutaten (einschließlich Zusatzstoffe, Trägerstoffe, Aromen und Enzyme) oder Verarbeitungshilfsstoffe oder Nicht-Lebensmittelzusatzstoffe, die auf dieselbe Weise und zu demselben Zweck wie Verarbeitungshilfsstoffe verwendet werden, die tierischen Ursprungs sind, in verarbeiteter oder unverarbeiteter Form zugesetzt oder verwendet worden sind.“ Eine strenge Unterscheidung nicht-veganer Produkte von rein veganen ist daher aufgrund der vielfältigen Verwendung von Stoffen tierischer Herkunft aufwändig und muss die gesamte Verarbeitungskette einbeziehen. So ist es für den Endverbraucher z. B. schwer ersichtlich weil nicht deklarationspflichtig, ob Gelatine zur Filtration von Weinen und Fruchtsäften eingesetzt wird oder Bäckereien tierische Fette verwenden. Auch Lebensmittelzusatzstoffe können tierischen Ursprungs sein. Daher werden Datenbanken und Listen von Produkten mit nicht veganen Inhaltsstoffen veröffentlicht. Auf europäischer Ebene definiert das Europäische Parlament in einem Entwurf: „Der Begriff ‚vegan‘ ist nicht auf Lebensmittel anzuwenden, bei denen es sich um Tiere oder tierische Erzeugnisse handelt oder die aus oder mithilfe von Tieren oder tierischen Erzeugnissen (einschließlich Erzeugnissen von lebenden Tieren) hergestellt wurden.“ Im November 2011 forderte das Parlament die Kommission auf, per Verordnung zu regeln, welche Voraussetzungen gelten müssen, wenn Hersteller freiwillig angeben, dass ihr Produkt für Veganer geeignet sei. Dieser Aufforderung ist die Kommission noch nicht nachgekommen. Um erkennbar zu machen, ob Fertigprodukte und verarbeitete Nahrungsmittel für die vegane Ernährung geeignet sind, vergeben nicht-staatliche Organisationen Siegel. Hersteller können Produkte gegen Gebühr zertifizieren lassen und diese Siegel lizenzieren. Die Kriterien zur Siegelvergabe werden veröffentlicht. Daneben loben Hersteller Produkte auch selbst als vegan aus. Eingetragene Marke der Vegan Society zur Kennzeichnung veganer Produkte. Es gibt auch Siegel anderer Institutionen und Hersteller. Das V-Label mit dem Zusatz vegan ist eine international geschützte Marke zur Kennzeichnung veganer Produkte und Dienstleistungen. Transparente staatliche Kontrollen finden weder für die Siegel noch für die herstellerspezifische Kennzeichnung statt. Am 7. November 2018 hat die EU-Kommission entschieden, die Bürgerinitiative „Verpflichtende Kennzeichnung von Lebensmitteln als nicht-vegetarisch/vegetarisch/vegan“ zu registrieren. Ab dem 12. November 2018 haben die Organisatoren der Initiative ein Jahr Zeit, um die erforderlichen Unterschriften zu sammeln. Sie fordern die EU-Kommission auf verpflichtende Piktogramme für alle Lebensmittel vorzuschlagen, durch die diese als „nicht-vegetarisch“, „vegetarisch“ oder „vegan“ gekennzeichnet werden. Nach einer Marktanalyse im Auftrag von Plusminus stieg der Umsatz von rund 50 ausgewählten veganen Lebensmitteln zwischen 2012 und 2014 um fast 40 Prozent auf über 22 Millionen Euro. Darunter waren auch viele Fleischersatzprodukte wie „vegane Schnitzel“ und „vegane Entenbrust“. 2014 testete die Verbraucherzentrale Hamburg 20 für Veganer ausgelobte Lebensmittel. Es handelte sich um vorgefertigte Lebensmittel, überwiegend als Ersatz für entsprechende Produkte tierischer Herkunft konzipiert. Im Vergleich wiesen die untersuchten Tierproduktalternativen auf pflanzlicher Basis bezüglich des Fett- und Speisesalzgehaltes zwar meist bessere Werte auf als die tierischen Pendants, aber zehn Produkte enthielten aus Sicht der Verbraucherzentrale immer noch einen zu hohen Anteil an Fetten, Salz und/oder gesättigten Fettsäuren. Außerdem wurden für viele der getesteten Fleisch-, Wurst- und Käsealternativen Aromen und Zusatzstoffe verwendet. Nach Einschätzung der Verbraucherzentrale wären die Herstellung oder ein „annehmbarer Geschmack“ in den meisten Fällen ohne einen größeren Einsatz von Zusatzstoffen nicht möglich.

Als Teil von Jugendkultur tritt Veganismus unter anderem im Rahmen der Straight-Edge-Szene in Erscheinung. Der gemeinsame Besuch von spezifischen Musikkonzerten sowie das gemeinsame Kochen spielen dabei eine Rolle. Insbesondere der Hardcore-Szene wird ein

verhältnismäßig hoher Veganeranteil zugeschrieben. Seit 1993 gibt es in Deutschland die Tierschutzpartei. Sie setzt sich in ihrem Programm für die Hinwendung zum Veganismus ein. Seit 1994 tritt sie regelmäßig zu Bundestags- und seit 1999 zu Europawahlen an. Bei der Bundestagswahl 2017 trat sie in zehn Bundesländern an und erzielte 374.179 Stimmen, was 0,8 % entsprach. Bei der Europawahl 2014 erhielt sie 1,2 % und einen Abgeordneten im EU-Parlament. Bei Landtagswahlen erreichte sie Ergebnisse von bis zu 2,1 %. Die V-Partei³ - Partei für Veränderung, Vegetarier und Veganer existiert seit 2016 und versucht durch die Forderungen nach einer bioveganen Landwirtschaft, Tierrechten und weitere sozialen Aspekten den Veganismus politisch zu verankern und nahm an der Bundestagswahl 2017 in Deutschland in 12 Bundesländern teil. Sie erreichte auf Bundesebene 64.073 Zweitstimmen und damit 0,1 %. Größtenteils nutzt die V-Partei dafür das Internet und soziale Netze, wie Youtube, Facebook oder Instagram.

Veganer sind Menschen, die keine tierischen Produkte wie Fleisch, Fisch, Milch und Eier konsumieren. Auch tragen sie keine Kleidung oder Schuhe, die aus tierischen Materialien wie Leder, Pelz, Daunen oder Wolle bestehen. Sie verwenden nur Kosmetikprodukte und Reinigungsmittel, die keine tierischen Inhaltsstoffe enthalten und nicht in Tierversuchen getestet wurden. Darüber hinaus gehen Veganer nicht in Zoos, besuchen keine Zirkusse mit Tieren und reiten in ihrer Freizeit nicht auf Pferden. Kurz gesagt: Vegane Menschen meiden die Nutzung von Tieren oder tierischen Produkten in allen Lebensbereichen. Sie tun dies meist aus ethischen Gründen, weil sie nicht wollen, dass Tiere für sie gequält und getötet werden. Auch der Umweltschutz und die eigene Gesundheit sind oftmals Gründe für eine vegane Lebensweise. Die meisten rein pflanzlichen Lebensmittel sind vegan. Dazu gehören zum Beispiel Kartoffeln und Getreide, Obst und Gemüse sowie Nüsse und Samen. Das heißt jedoch nicht, dass sich vegan lebende Menschen nur von Salat und Tofu ernähren. Eine vegane Ernährung umfasst eine Fülle an köstlichen Gerichten – auch Burger, Pizza oder Torte lassen sich hervorragend ohne tierische Produkte zaubern. Inzwischen gibt es viele leckere Alternativprodukte für tierische Lebensmittel, und fast jeder Supermarkt führt beispielsweise Pflanzendrinks wie Soja- oder Reismilch, vegane Aufschnitte und Aufstriche, Sojajoghurt, pflanzlichen Käsealternativen, vegane Schnitzel, Würstchen, Nuggets und vieles mehr. Auch Süßes und Salziges finden Veganer in nahezu jedem Supermarkt – vegane Schokolade und Fruchtgummis gibt es überall zu kaufen, und auch viele Chipssorten sind vegan. Auch bei Getränken gibt es Säfte, Schorle und Weine, die vegan sind. Dies ist wichtig, denn diese Getränke werden leider oftmals mit Gelatine geklärt, die aus den Knochen toter Tiere besteht. Während Veganer gar keine tierischen Produkte zu sich nehmen, essen Vegetarier lediglich kein Fleisch und keinen Fisch. Einige meiden auch Gelatine und tierisches Lab, da diese Produkte von toten Tieren stammen. Für Vegetarier stehen weiterhin Milch, Käse, Eier und Honig auf dem Speiseplan. Vielen Vegetariern ist unter Umständen jedoch nicht bewusst, dass auch in der Milch- und Eierindustrie zahlreiche Tiere getötet werden. So werden den Mutterkühen die Kälber direkt nach der Geburt weggenommen und die männlichen Kälber bereits nach wenigen Wochen getötet. Auch in der Eierindustrie werden die männlichen Küken getötet, da sie für die Eierproduktion „nutzlos“ sind. Die frisch geschlüpften Hähne werden vergast. Durch eine vegane Lebensweise wird dieses Leid nicht mehr unterstützt.

Wie bereits erwähnt, stehen Fleisch, Fisch, Eier, Milch und Honig nicht auf dem Speiseplan eines Veganers und lassen sich meist auch gut meiden. Doch leider enthalten viele Lebensmittel und Speisen tierische Inhaltsstoffe, die erst durch einen Blick auf die Zutatenliste erkennbar sind. Beispielsweise enthalten Chips manchmal Milchzucker. Brezeln vom Bäcker werden oftmals mit Schweineschmalz glänzend gemacht, und Pflanzenmargarine wird bisweilen Milch in Form von Joghurt zugesetzt. Besonders für Menschen, die gerade erst auf eine vegane Ernährung umgestellt haben, kann die Auswahl der Lebensmittel am Anfang

etwas schwieriger sein. Meist dauert es ein wenig, bis man sich beim Einkaufen und Kochen gut auskennt. Hilfreich sind dabei Apps wie der vegane Einkaufsguide von PETA ZWEI. Auch beim Essengehen muss man sich erst daran gewöhnen, dass nicht alle Restaurants außer Pommes und Salat weitere vegane Optionen bieten. Auch unterwegs einen veganen Snack zu finden, kann manchmal durchaus eine Herausforderung sein. Glücklicherweise erleichtern Apps wie Vanilla Bean und Happy Cow die Suche. Auch der Besuch bei der Familie oder bei Freunden kann zuerst eine Umstellung bedeuten – nicht nur, was das gemeinsame Essen angeht, sondern auch im Hinblick auf die Konfrontation mit Vorurteilen, die viele Menschen gegenüber veganer Ernährung leider immer noch haben. Mit etwas Feingefühl kann man jedoch für jedes vermeintliche „Argument“ gegen eine vegane Lebensweise eine passende Antwort parat haben. Gelegentlich steht der Veganismus in der Kritik, da eine rein pflanzliche Ernährung angeblich zu Mangelerscheinungen führen kann. Tatsache ist jedoch, dass eine gut geplante und somit ausgewogene vegane Ernährung den Körper mit allen benötigten Nährstoffen versorgt. Der einzige Nährstoff, der ergänzt werden muss, ist Vitamin B12. Wie bei jeder Ernährungsform sollte man auch bei einer veganen Ernährung auf bestimmte Nährstoffe achten. Gleichwohl gibt es auch Nährstoffe, mit denen man bei der veganen Ernährung sehr gut versorgt ist. Kritiker behaupten zudem, eine vegane Ernährung würde den Regenwald zerstören, da dieser für den Anbau von Soja gerodet würde. Tatsache ist jedoch, dass über 90 Prozent des im Regenwald angebauten Sojas als Futtermittel für die Tiere in der Fleischindustrie verwendet wird. Tofuprodukte hingegen werden aus Sojabohnen hergestellt, die vorwiegend aus Europa und Kanada stammen. Angaben zur Herkunft finden sich auf den Verpackungen oder bei den Unternehmen direkt. Ebenfalls wird kritisiert, dass Alternativprodukte aus Soja, Seitan & Co. viele ungesunde Zusatzstoffe enthalten würden. Tatsache ist jedoch, dass Zusatzstoffe in vielen verarbeiteten Lebensmitteln enthalten sind – mit vegan an sich hat das erstmal nichts zu tun. Grundsätzlich ist es bei jeder Ernährungsform sinnvoll, möglichst unverarbeitete Lebensmittel zu konsumieren. Bei einer vollwertigen veganen Ernährung können es aber ab und zu auch stärker verarbeitete Fleischalternativen sein.

Der Veganismus ist, wie jede Religion, der Glaube einer Gemeinschaft an etwas Höheres, das ans Heilige mindestens grenzt. "Leben und leben lassen", wie der Jain sagt - der übrigens keinen Gott kennt und sich allein auf sein persönliches spirituelles Fortkommen konzentriert. Nun ist Religion ohne Lehre nicht zu haben. Im Veganismus ist das ein überschauberer und ganz konkreter Katalog von Geboten und Verboten. Diese kanonische Sammlung von Regeln betrifft zwar primär die Ernährung, strahlt allerdings von dieser dann doch elementaren Angelegenheit ab in alle anderen Lebensbereiche. Weshalb Veganismus nicht einfach eine "Gewohnheit" oder gar "Macke" ist, sondern ein Lifestyle. Wer Tier vermeidet, sieht Tier überall. Wer nach Mandelmilch für den Kaffee sucht, muss oft durch die Servicewüste gehen. Am Ende wartet ein höheres Bewusstsein. Darin sind sich die fundamentalistischen und die gemäßigten Anhänger dieser sehr jungen Religion einig. Hier die Gesamtheit der Werte, die uns die Gesellschaft als alternativlos und wunderbar verkauft. Dort deren dunkle Seite, beispielsweise die Ausbeutung von Tieren, Ackerflächen, Menschen. Der Veganer erkennt das kapitalistische Trugbild, verzichtet in einem utopischen Akt auf Nutella, Streichkäse, Frühstücksei - und gelangt so zur "Jouissance", dem wahren Genießen. Nichts anderes meint beispielsweise Bernd Ulrich, wenn er im aktuellen "Zeit Magazin" schwärmt: "Mittlerweile ist das Frühstück für mich ein Fest: geschrotetes Getreide, nachts eingeweicht, köstlicher Joghurt aus Kokosmilch, frische Früchte, gehackte Nüsse, vielleicht zwei getrocknete Datteln, ein Schluck Leinöl", und da möchte man sich doch sofort mit an den Tisch setzen und tüchtig reinlangen, pardon, genießen - jedenfalls nicht fragen, was das kostet. Wobei auch dieser Aspekt sich erledigt haben wird, wenn die wachsende Nachfrage erst die Angebote für Kokosmilch in den Keller getrieben hat. Und als wäre das nicht schon schlimm genug, fordert

er Rücksicht und Entgegenkommen. Wer's am Grillabend gerne halal, koscher oder vegan hätte, der nervt. Und nervt umso mehr, als er sich dabei auch noch weigert, einen freudlosen und abgehärmten Eindruck zu machen. Als Fleischesser bekommt man allmählich eine Ahnung davon, warum Anhänger der antiken Götter diese Urchristen so gerne ans Kreuz genagelt haben. Dieses aufreizende Grinsen, diese Seligkeit! Zumal, und hier kippt's, auch Veganer gerne in den Urlaub fliegen, SUV fahren, aus Versehen doch mal Schuhe aus Leder tragen - kurzum: ihre eigenen Gebote nicht immer mit der mönchischen Strenge befolgen, die wir ihnen insgeheim neiden. Mein Bruder betreibt den Veganismus als eine spirituelle Variante der Selbstoptimierung, wird von Jahr zu Jahr jünger und trug bei seinem letzten Besuch ein T-Shirt mit dem Aufdruck "Post Milk Generation". Dennoch erlaubt er sich "hin und wieder" ein Snickers oder ein Kinder Bueno. An einem Satz wie "Ich bin Veganer!" erkennt man den Extremisten, der seine schrulligen Ernährungsgewohnheiten zur Identität hochgejazzt hat und dafür Applaus erwartet, Applaus oder das Kreuz. Den Gemäßigten erkennt man an Sätzen wie "Ich ernähre mich möglichst vegan!", weil er sein Hadern mit den Umständen und die Möglichkeiten seines Scheiterns bereits reflektiert hat. Wer mit sich und seiner Religion wirklich im Reinen ist, der missioniert nicht. Leben und leben lassen, mit Betonung auf lassen. Jain müsste man sein. Je älter die Religion, desto entspannter ist sie auch. Die Begriffe vegan, Veganismus, veganer Lebensstil oder die Bezeichnung Veganer/Veganerin mögen verdecken, dass es die eine vegane Lebensweise gar nicht gibt, sondern dass auch unter Veganern durchaus unterschiedliche Vorstellungen und Praktiken vertreten werden, die teilweise sehr kontrovers - und manchmal bis hin zu persönlichen Beleidigungen gehend - diskutiert werden. Solche Auseinandersetzungen, wenn sie verbissen geführt werden, mögen Interessierte erschrecken, sind aber nicht zu überschätzen. Unterschiedliche Meinungen wird es immer geben, wo Menschen aufeinander treffen. Bei Meinungsunterschieden bleiben, gerade wenn beide Seiten engagiert dabei sind, Übergänge zur persönlichen Ebene nicht immer aus. Die Auseinandersetzungen zwischen Veganern sollten nicht den Blick dafür trüben, dass die meisten Veganer bezüglich ihrer veganen Lebensstile gut miteinander auskommen und auftretende Differenzen im Regelfall sachlich ausgetragen und gegebenenfalls stehen gelassen werden, ohne zu Zerwürfnissen zu führen. Gerade in Anbetracht des geringen Anteils von Veganer an der Allgemeinbevölkerung erscheint es wenig sinnvoll, eine weitere Zersplitterung zu betreiben. Die Auflistung der folgenden Kontroversen erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, soll aber einen Eindruck von Diskussionen und Meinungsverschiedenheiten innerhalb der veganen Community geben: Veganer lehnen den Konsum aus Tieren stammender Nahrungsmittel und grundsätzlich auch sämtlicher Nahrungsmittel, die tierische Produkte enthalten, ab. Trotz dieser scheinbar eindeutigen Grundhaltung gibt es aber diesbezügliche Divergenzen innerhalb der veganen Community, die sich auf Honig, mögliche Verunreinigungen von Nahrungsmitteln durch tierische Produkte, sowie auf die Frage beziehen, welches Ausmaß an Ausschluss tierischer Stoffe in Nahrungsmitteln im Hinblick auf den damit verbundenen Aufwand gefordert werden kann und sollte. Honig ist ein zweifelsohne tierisches Produkt, welches von Bienen produziert wird. Dennoch essen einige Veganer Honig oder achten nicht streng auf einen Honigausschluss. Dies mag einerseits damit begründet werden, dass es sich bei Bienen um Insekten handele, von deren Leidensfähigkeit auch manche Veganer nicht überzeugt sind, andererseits mag argumentiert werden, dass Bienen für die Honigproduktion nicht getötet werden. Allerdings ist die Annahme, dass Insekten nicht leiden können, rein hypothetisch und beinhaltet das Risiko eines Irrtums, zumal vermehrt Untersuchungen auch auf darauf hindeuten, dass Leidensfähigkeit selbst bei Insekten gegeben ist. Außerdem ist es falsch, dass Bienen bei der Honigproduktion nicht getötet werden. So sterben Bienen, wenn sie stechen, was bei der Imkerei gar nicht zu vermeiden ist. Ebenfalls werden nicht genug Honigertrag bringende Völker typischerweise vernichtet. Ein Schwärmen der Königin wird durch das Stutzen von deren Flügeln verhindert und die Königinnen werden typischerweise in relativ

kurzen Abständen getötet und durch neue Königinnen ersetzt. Vor diesem Hintergrund erscheint die Argumentation für eine Vereinbarkeit von Honigkonsum mit einer veganen Lebensweise für doch fragwürdig. Ebenso wenig überzeugend sind Argumente, dass die Imker für die Landwirtschaft benötigt würden, da eine Bestäubung von Pflanzen auch ohne künstliche Bienenhaltung zur Honigproduktion hinreichend möglich ist. Auch die Bereitstellung günstiger Bedingungen für Bienenvölker wäre in keiner Weise kritikwürdig. Beim Honig erscheint es insofern letztlich als die beste Lösung, auf seinen Konsum zu verzichten. Wer bis auf Honig auf tierische Produkte bereits verzichtet, dem wird dieser Schritt ohnehin leicht fallen. In vielen Nahrungsmitteln sind tierische Produkte als essentieller Teil des Produktes bzw. notwendige Voraussetzung der Produktherstellung enthalten. Dies betrifft z.B. Gelatine in Süßwaren oder auch Lab aus Kälbermägen in Wein. Unter Veganern besteht im wesentlichen Einigkeit, dass derartige Produkte zu vermeiden sind, da sie nicht nur verunreinigt sind, sondern in ihrer Essenz als nicht vegan zu bezeichnen sind. Entsprechend sind die Zutatenlisten bei Nahrungsmitteln bei einer veganen Lebensweise zu studieren, wobei für alles, was man kaufen möchte, hinreichende Alternativen zur Verfügung stehen, gegebenenfalls auch ein Rückgriff auf den veganen Versand sinnvoll ist. Dennoch unterscheiden sich Veganer im Ausmaß, in dem sie bei jedem Produkt auf die Abwesenheit tierischer Zusatzprodukte achten, gerade auch, wenn sie auswärts unterwegs sind. Grundsätzlich erscheint aber aus veganer Perspektive die Prüfung auf Zusatzstoffe beim Kauf für notwendig und auswärts sollten möglichst Nahrungsmitteln, bei denen man weiß, dass Verunreinigungen zu erwarten sind, vermieden werden. Selbst bei großer Vorsicht wird es aber dennoch wohl nicht immer möglich sein, bei jedem jemals konsumierten Nahrungsmittel (einschließlich von Gerichten in Restaurants) alle möglichen Zusatzstoffe geprüft zu haben. Obst gehört zu den Kernprodukten einer veganen Ernährung. Obst als nicht vegan zu klassifizieren, ist insofern hochgradig kontraintuitiv und unerwartet. Leider führt die komplette Ausrichtung unserer Gesellschaft und ihrer Produktion jedoch zu der Situation, dass selbst alles Obst nicht mehr als eindeutig vegan betrachtet werden kann. So mag Obst mit Wachsen behandelt werden, die tierische Produkte enthalten. Obstsaft mag unter Einsatz von Gelatine geklärt werden. Es handelt sich hier nicht um eine ungewollte Verunreinigung, sondern um den intentionalen Einsatz tierischer Produkte durch die Hersteller. Einige Veganer erheben die Forderung, den Konsum derartiger eigentlich zum Kern einer veganen Ernährung gehörender Produkte zu vermeiden, wenn sie entsprechende tierische Verunreinigungen aufweisen, andere halten ein solches Vorgehen nicht für praktikabel. Insbesondere dann, wenn man nicht immer zu Hause ist und auch manchmal auswärts etwas essen muss, würde tatsächlich bei strenger Auslegung selbst der Konsum von Obst und sämtlichen Obstprodukten nicht mehr statthaft sein, da wohl kaum ausgeschlossen werden kann, dass tierische Produkte, z.B. Wachse, zu irgendeinem Zeitpunkt bei der Verarbeitung des Obstes hinzugezogen wurden. Vor diesem Hintergrund erscheint eine Kompromissposition als die Sinnvollste, die beinhaltet, mit tierischen Produkten behandeltes Obst und analog dazu andere pflanzliche Produkte dann zu vermeiden, wenn die Verunreinigung feststellbar ist und Alternativen zur Verfügung stehen. So können bei Säften trübe Säfte gewählt werden, Produktanfragen gestellt und möglichst diejenigen Säfte gewählt werden, bei denen eine Gelatineklärung nicht vorgenommen wurde. Auch beim Obst ist es sinnvoll, auf nicht gewachstes Obst zu achten, wobei die Aussichten für Tierproduktfreiheit grundsätzlich im Biohandel höher sind als im konventionellen Handel, der auch aus ökologischen und sozialen Gründen möglichst gemieden werden sollte. Die Situation, dass wir selbst bei Obst um seinen veganen Charakter fürchten müssen, verdeutlicht erneut das Ausmaß der gesellschaftlich praktizierten Nutzung von Tierprodukten, die selbst originär pflanzliche Produkte umfasst. Dieses Fehlverhalten der Gesellschaft sollte aber keinen Anlass für Streit zwischen Veganern geben und nach hiesiger Sichtweise sollten keine Forderungen als bindend erhoben werden, die im realen Leben für die übergroße Mehrheit der

Betreffenden einfach nicht mehr umsetzbar sind. Des Öfteren steht auf Packungsbeilagen, dass Spuren von Milch etc. enthalten sein können. Dies begründet sich damit, dass auf den entsprechenden Förderbändern auch andere Produkte verarbeitet werden und eine 100% wirksame Reinigung nicht garantiert werden kann. Während manche Veganer den Verzicht auch auf diese Produkte vorschlagen, dürfte die Mehrheit vegan lebender Menschen hier die Grenze der Umsetzbarkeit einer veganen Lebensweise erreicht sehen, zumal Verunreinigungen tatsächlich nirgendwo, wo auch andere Produkte verarbeitet werden, z.B. in keinem nicht veganen Restaurant, ausschließbar sind. Selbst in veganen Restaurants werden aber gegebenenfalls Produkte verwandt, die entsprechende Spuren an tierischen Substanzen enthalten können. Grundsätzlich ist es sicherlich aus veganer Perspektive sinnvoll, Betriebe zu unterstützen, die ausschließlich vegane Produkte verarbeiten, auch wenn selbst diese nicht unbedingt für eine lückenlos jedwede mögliche Verunreinigung ausschließende Verarbeitungs- und Transportkette garantieren können. Aufgrund dieser Situation erscheint die Forderung, verunreinigte Produkte zu 100% auszuschließen als überzogen und kaum umsetzbar. Aufgrund der Ausrichtung unserer gesamten Gesellschaft auf die Tiernutzung werden leider auch Veganer immer wieder gezwungen sein, eigentlich vegane Nahrungsmittel zu konsumieren, die Spuren von tierischen Produkten enthalten. In Diskussionen unter Veganern wird immer wieder die Frage gestellt, wie man mit nicht veganen Freunden umgeht, für die man kocht oder die man in Restaurants zum Essen einlädt. Dabei werden durchaus unterschiedliche Positionen vertreten. Während Konsens darüber besteht, dass eine vegan lebende Person selber keine nicht veganen Lebensmittel gemeinsam mit ihren Freunden konsumieren wird, wird andererseits durchaus argumentiert, dass ein Kochen nicht veganer Lebensmittel für Freunde aus Gründen von Toleranz und Anerkennung statthaft sei. Ebenfalls wird auch von Veganern die Meinung vertreten, dass der Einkauf nicht veganer Produkte (einschließlich Mahlzeiten in Restaurants) zwar für Veganer selbst nicht, wohl aber von Veganern für deren Freunde und Bekannte legitimiert sei. Ebenso wird aber auch die umgekehrte Position vertreten, dass der Einkauf nicht veganer Produkte die Tiernutzung unterstütze und durch dieses Verhalten gegenüber Freunden zudem der Eindruck vermittelt werden, dass es sich beim veganen Lebensstil lediglich um einen alternativen Lebensstil unter mehreren und nicht um die moralisch gebotene Lebensweise handele. Die Mehrheit wird wohl nicht direkt Fleisch oder andere nicht vegane Produkte kaufen oder selber kochen, auch nicht für Freunde und Bekannte. Demgegenüber dürften aber Einladungen zum Essen und Trinken doch auch von Veganer recht oft ausgesprochen und dann ebenfalls eine Bezahlung nicht veganer Produkte erfolgen, was bei strenger Auslegung ebenso als Unterstützung für eine nicht vegane Lebensweise betrachtet werden kann und dies im Grunde - wie eine sachliche Analyse zeigt - auch ist. Oftmals besteht die Befürchtung, dass Freunde oder Bekannte es einem übel nehmen würden, wenn man für sie nicht vegan kocht oder sie nicht zu nicht veganem Essen einlädt. Dadurch komme es zu einer Isolation und nicht vegan lebende Menschen würden letztlich von einer veganen Lebensweise abgeschreckt. Andererseits berichten wiederum Veganer, die sich hier für einen stringenteren Maßstab entscheiden, dass bei transparenter Erklärung und Offenlegung nahezu alle Bekannte und Freunde dies nachvollziehen können und dadurch nahezu nie eine echte Beeinträchtigung von Freundschaften zu befürchten ist. Sollte dies anders sein (was demnach aber nur höchst selten der Fall ist), stellt sich tatsächlich die Frage, ob diese Art von Freunde und Bekannten, die den eigenen veganen Lebenswandel und seine Implikationen nicht akzeptieren wollen, die Richtigen sind. Unterschiedlich gehandhabt wird von Veganer aber auch die Fragestellung, inwiefern in der eigenen Küche bzw. Wohnung nicht vegane Freunde und Bekannte nicht vegan kochen können und inwiefern ebenfalls, inwiefern man mit ihnen gemeinsam essen wird, wenn sie Tierprodukte konsumieren. Während das Verbot nicht veganer Lebensmittel in den eigenen vier Wänden vielen als unmittelbar legitim und einleuchtend erscheint, sehen andere dies anders, zumal auch viele Veganer gemeinsam mit nicht vegan lebenden

Familienangehörigen oder anderen Personen leben, wo eine entsprechende Praxis nicht durchsetzbar sein dürfte. Die Mehrheit der Veganer wird letztlich ebenfalls auswärts auch dann zusammen mit Freunden und Bekannten essen, wenn diese Fleisch oder andere Tierprodukte verzehren, auch wenn es ebenfalls die Tendenz gibt, nur oder wenigstens möglichst vegane oder mindestens vegetarische Restaurants gemeinsam zu besuchen. Manche Veganer - wobei dies eine Minderheit sein dürfte – finden den Anblick ihre fleischessenden Freunde und Bekannten unerträglich und verzichten lieber auf ein gemeinsames Essen, wenn diese ihrerseits auf den Konsum von Tierprodukten nicht verzichten möchten, was im Übrigen von sich aus mehr Fleischesser beim gemeinsamen Essen mit veganen Freunden tun als wohl gemeinhin vermutet wird. Es handelt sich hier um individuelle Entscheidungen, für die allseits Argumente vorgebracht werden können und die von daher Anlass zur Diskussion, nicht aber zu Streit zwischen Veganern führen sollten und schon gar nicht dazu, den anderen den Veganer-Status abzusprechen oder - umgekehrt – den Opponenten als einen intoleranten Fanatiker zu beschimpfen. Veganer haben zu viel gemeinsam im Interesse der ausgebeuteten Tiere zu erkämpfen, als dass sie sich über Themen veganen Grenzverhaltens auseinanderdividieren sollten. Ein Gericht in einem nicht veganen Restaurant wird immer Gefährdungen der Verunreinigung durch tierische Produkte ausgesetzt sein. Hinzu kommt, dass in vielen Restaurants als Würzmittel tierische Produkte zum Einsatz kommen, ob als Grundsuppe oder Fischsoße, wie z.B. in Thai Restaurants. In vielen türkischen Restaurants wird außerdem z.B. das Brot mit Ei bestrichen. Es besteht weitgehende Einigkeit unter Veganern, dass in Restaurants auf die eigene vegane Ernährung hinzuweisen ist, diese erklärt werden sollte und auch explizit auf die Notwendigkeit des Ausschluss von Fleischbrühe, Fischsoße, Bestreichung mit Ei, Verwendung von Butter, Sahne etc. hingewiesen werden sollte. Ebenfalls ist es aber bekannt, dass manche Restaurants sich trotz Zusagen nicht strikt an solche Vorgaben halten oder sich bei Verwendung von Fertigprodukten im Hinblick auf deren veganen Charakter irren. Während manche Veganer vor diesem Hintergrund argumentieren mögen, Veganer sollten ausschließlich in veganen Restaurants essen, dürfte dies für die Mehrheit der Veganer kaum praktikabel sein, zumal es keineswegs in jeder Stadt und schon gar nicht in jedem Ort ein veganes Restaurant gibt. Zudem kann die offensive Einforderung veganer Gerichte in nicht veganen Restaurants durchaus auch im positiven Sinne zur Bekanntmachung der veganen Lebensweise beitragen, wobei andererseits zu erwägen ist, dass der Besuch vegane Restaurants diejenigen wirtschaftlich fördert, die ein ethisch verantwortbares Essen anbieten. Es besteht unter Veganern Einigkeit, dass Lederprodukte in einem veganen Lebensstil nichts zu suchen haben, ebenso wenig wie Pelze. Die meisten Veganer wenden sich ebenfalls gegen die Ausbeutung und Tötung von Insekten, wie den Seidenraupen, die für die Herstellung von Seide ausgekocht werden, wenden. Gelegentlich wird die Notwendigkeit, auch auf Wolle zu verzichten, auch von Veganern angezweifelt, da sich die Wollschafe oft scheinbar frei bewegen und ein glückliches Leben führen können. Eine nähere Analyse zeigt aber, dass das Scheren oft zu schmerzhaften Verletzungen und Infektionen führt und auch die meisten Wollschafe beim Schlachter enden, so dass die Mehrheit der Veganer die Verwendung von Wolle ablehnt, was auch als angemessen zu bewerten ist. Uneinigkeit besteht allerdings darüber, wie mit bereits im Besitz befindlichen Leder- oder Wollwaren zu verfahren ist, wobei die Vorschläge von Tragen bis sie verbraucht sind, Verschenken bis hin zum Wegwerfen reichen. Schon aus finanziellen, aber wohl auch aus grundsätzlichen Gründen dürfte die Mehrheit der Veganer sich für das Tragen der Produkte bis sie verschlissen sind und weggeworfen werden können, entscheiden.
Ein reines Verschenken dient lediglich der Gewissensberuhigung, da dadurch letztlich nicht vegane Kleidungsstücke weiter verbreitet werden. Wegwerfen ist nicht nur aus finanziellen, sondern auch aus ökologischen Gründen oftmals bedenklich. Dennoch sind ebenfalls mit dem Tragen bis zum Verschleiß ethische Probleme verbunden, da mit der Modellwirkung des Tragens tierischer Produkte deren weitere Verbreitung mit gefördert werden könnte. Deutlich

wird, dass immer Ambivalenzen und Unklarheiten bestehen bleiben und nicht alle Dilemmata lösbar sind. Diskussionen sind jederzeit erlaubt, aber Veganer sollten sich über diese individuell unterschiedlich beantwortbaren Fragestellungen sicherlich nicht verstreiten und dadurch der Ausbreitung der veganen Idee und Lebensweise Schaden zufügen. Grundsätzlich ist von einem veganen Konsens auszugehen, dass das Leben von Tieren weder für die Ernährung noch für Kleidung oder die Hautpflege verbraucht werden darf. Insofern werden Veganer beim Reinigungsmittel- und Kosmetikkauf auf Freiheit von Tierprodukten achten, was über den veganen Handel, die Selbstherstellung oder auch im Öko-Handel mit minimalem Aufwand ohne weiteres möglich ist. Dennoch unterscheiden sich Veganer in dem Ausmaß, in dem sie den Kontakt zu Kosmetika oder Reinigungsmitteln vermeiden, die gegebenenfalls auch Tierprodukte enthalten. Während einige die Seife oder die Zahnpasta im Hotel oder bei Freunde ungebraucht liegen lassen, handhaben dies andere nicht ganz so streng und beschränken sich auf den Nicht-Erwerb entsprechender Produkte. Ganz den Kontakt mit tierischen Produkten enthaltenen Reinigungsmitteln und Kosmetika kann dabei niemand vermeiden, denn die Reinigung des Hotelzimmers oder des Bürobodens in der Firma wird wohl kaum vegan kontrollierbar sein. Erneut werden Grenzen des Versuchs, auf Tierprodukte zu verzichten, erkennbar, die sich aus der Eigenart der nicht veganen Gesellschaft ergeben, für nahezu alle möglichen Produkte gegebenenfalls auch Stoffe tierischen Ursprunges zu verwenden. Zahlreiche Medikamente enthalten Stoffe tierischen Ursprunges, ob als Hauptsubstanz oder als Hilfsstoff, oder ab Medikamente enthalten keine tierischen Substanzen mehr, wurden aber unter Einsatz tierischer Stoffe hergestellt. Veganer unterscheiden sich im Ausmaß, in dem sie ihren veganen Ansatz auch auf die Inanspruchnahme medizinischer Behandlungsmaßnahmen übertragen. Auf der Extremseite stehen diejenigen wenigen Veganer, die mindestens verbal nahezu alle schulmedizinischen Behandlungsmaßnahme ablehnen und bei sämtlichen doch durchgeführten Behandlungen auf die Nicht-Verwendung tierischer Substanzen achten. In Wirklichkeit dürfte ein solcher Ansatz weder möglich noch wünschenswert sein, da am Ende durch die Nicht-Inanspruchnahme erforderlicher medizinischer Behandlungsmaßnahmen Veganer ihr Leben verkürzen würden und zudem mit so einer Argumentation die Ausbreitung der veganen Lebensweise sicherlich nicht gefördert werden würde. Insofern ist die Extremposition der Sicherstellung einer gänzlich veganen medizinischen Versorgung zum gegenwärtigen Zeitpunkt in unserer Gesellschaft kaum durchhaltbar, zumal man dann ja selbst bei stationären Krankenhausaufenthalten oder Operationen zunächst für jedes verwandte Produkt, einschließlich der Desinfektionsmittel etc., seinen veganen Status vorab überprüfen müsste. Andere Veganer sparen daher den Bereich der Medizin gänzlich aus und konzentrieren sich stattdessen auf die Bereiche Ernährung, Kleidung und Kosmetik wie auch weitere Alltagsbereiche, um die Nutzung von Tierprodukten so weit als möglich, wenn auch nicht vollständig zu vermeiden. Ein solches gänzliches Aussparen des medizinischen Bereiches erscheint allerdings aus veganer Sichtweise letztlich doch schwer begründbar. Als eine besser begründbare und gleichzeitig aber auch umsetzbare Praktik ist es demgegenüber zu betrachten, medizinische Behandlungen auf das Ausmaß des wirklich Notwendigen zu beschränken und immer dann, wenn es möglich ist, auf tierproduktfreie Alternativen zu wechseln (z.B. Tablette anstatt Kapsel mit Gelatine). Deutlich wird auch bezüglich des medizinischen Bereiches, dass Veganer in unserer Gesellschaft immer wieder auf Grenzen und moralische Dilemmas stoßen, zu deren Lösung keine einfache und allein wahren Strategien zur Verfügung stehen. Dies betrifft auch den Umgang mit Tierversuchen. Während Veganer im Regelfall mindestens Tieren Leid zufügende und sie tötende Tierversuche, was die große Mehrheit sein dürfte, aus ethischen Gründen ablehnen und von der Gesellschaft fordern, auf sie zu verzichten, werden sie trotzdem Medikamente nehmen, für die auch Tierversuche durchgeführt wurden, weil dies für nahezu alle existierenden medizinischen Wirkstoffe der Fall ist, so dass eine Vermeidung entsprechende Stoffe ohne Verzicht auf eine

medizinische Behandlung nicht möglich ist. Eine 100% vegane Lebensweise ist nicht umsetzbar, eine so weit als mögliche Annäherung hieran ist es aber, was diejenigen Menschen anstreben, die sich dennoch die Bezeichnung Veganer geben. Überall im Alltag lauern Tierprodukte. Unter Veganer besteht sicherlich weitgehende Einigkeit, dass Möbel etc. aus Tierprodukten zu vermeiden sind, dass überhaupt alle Gegenstände, die eindeutig als Tierprodukte zu identifizieren sind von Veganern nicht erworben und soweit möglich auch nicht genutzt werden sollten. Dennoch werden Veganer nicht ausschließen können, im Alltag gegebenenfalls auf Ledersesseln zu sitzen etc., wobei es zum Ausmaß der diesbezüglichen Kontrollanstrengungen unterschiedliche Positionen zwischen Veganern gibt. In Wirklichkeit sind die meisten Tierprodukte aber gar nicht offensichtlich erkennen, sondern sie können sich in nahezu jedem Alltagsprodukt verwenden, welches wir nutzen, ob in Farben, Tapeten, Klebern oder in Plastikflaschen und Kugelschreibern. Das Ausmaß der Durchdringung unserer gesamten Gebrauchsgegenstände mit aus tierischer Quelle stammenden Zusatzstoffen ist so enorm, dass eine völlige Vermeidung entsprechender Produkte selbst bei vollständigem nicht Wissen nicht möglich sein dürfte. Dennoch gibt es Veganer, die sich einzelne Produktgruppen heraussuchen (z.B. Klebstoffe oder Wachse) und dann anderen Veganer vorwerfen, keine Veganer zu sein, weil sie nicht hinreichend konsequent diese Stoffe vermeiden würden. In Wirklichkeit würden wir aber bei jedem Veganer den Besitz oder den Gebrauch nicht gänzlich veganer Alltagsprodukte nachweisen können, wenn wir intensiv genug seinen/ihren Alltag untersuchen würden. Veganer können sich nicht aus dieser Welt verabschieden, wenn sie in ihr leben und sich in ihr für eine Ausbreitung der veganen Lebensweise einsetzen wollen. Insofern dürfte es die Mehrheitsposition unter Veganer sein, sich zu informieren und möglichst auch außerhalb der Ernährung, Kleidung und Kosmetik auf vegane Produkte zurückzugreifen, auch wenn dies in der Gesellschaft, in der wir leben, niemals zu 100% gelingen kann. Die Sachlage, dass Veganer in dieser Gesellschaft nicht zu 100% vegan leben können, ist dabei aus dieser Sichtweise nicht den Veganern, sondern der Gesellschaft mit ihrem Fokus auf die Tiernutzung anzulasten. Die vegane Ernährung an sich steht nicht unbedingt gegen Haustierhaltung. Allerdings lehnen Veganer die Tötung von Tieren durch den Menschen für seine menschliche Ernährung und seinen Konsum ab. Damit tritt aber auch im Hinblick auf diese Kerncharakteristik der veganen Lebensweise eine Problematik auf, soweit es Haustiere betrifft, die Fleisch und andere tierische Produkte konsumieren. Kann es illegitim sein für den Menschen, Tiere für seine eigene Ernährung und seinen Konsum zu töten, aber legitim sein, das Gleiche für andere Tiere zu tun? Wohl alle Veganer sehen das Dilemma, aber die Antworten sind nicht immer gleich. Ein Teil der vegan lebenden Menschen löst dies Problem dadurch, dass auch fleischessende Tiere, wie Hunde oder Katzen, mit spezieller Nahrung vegan ernährt werden. Die Gegner dieses Ansatzes verurteilen dieses jedoch als Tierquälerei, da dies der natürlichen Nahrung nicht entspreche oder gar die Gesundheit der Tiere schädige. Demgegenüber zeigen allerdings Untersuchungen, dass bei Hunden relativ einfach und bei Katzen bei guter Planung eine fleischfreie und auch vegane Ernährung möglich ist, ohne dass es zu Gesundheitsschäden kommt, wobei sogar lebensverlängernde Auswirkungen diskutiert werden. Aber selbst wenn der Verzicht auf Fleisch und Tierprodukte für die betreffenden Tiere ein Übel wäre, argumentieren andere Veganer, dass dies Übel mindestens noch kleiner ist als das Übel, was Tieren zugefügt wird, die für andere Tiere durch Menschenhand sterben müssen. Unstrittig ist die Sachlage, dass Hunde und Katzen natürlicherweise Fleisch essen. Dennoch können aus Naturargumente nicht direkt ethische Schlussfolgerungen gezogen werden, da ein Schluss von Ist auf ein Soll unzulässig ist. Schließlich nutzen wir auch Errungenschaften von Wissenschaft und Medizin, anstatt beispielsweise auf natürliche Art und Weise an z.B. mit Antibiotikum behandelbaren Erkrankungen zu versterben. Auch nutzen wir künstliche Gelenke und Gliedmaßen, um uns natürliches Leid zu ersparen. Aber selbst wenn Natürlichkeitsargumente akzeptiert würden, bliebe die Sachlage, dass und Katzen in der Natur

eben keine Rinder und Schweine essen und das außerdem ebenfalls Hundehalsbänder, Katzentoiletten, geschlossene Türe etc. nicht zum natürlichen Lebensspektrum von Hunden oder Katzen gehören. Selbst wenn das Ernährungsproblem hinreichend lösbar wäre, wie es z.B. bei pflanzenessenden Tieren, wie Kaninchen, zweifelsohne der Fall ist, stellt sich dennoch die Frage der Leidzufügung durch die Haltung. Das Ausmaß von Lebenszufriedenheit und Leid von Haustieren hängt sicher stark von ihren Lebensbedingungen ab, aber von vielen vegan lebenden Menschen wird bezweifelt, dass Haustierhaltung möglich ist, ohne die Lebensbedingungen von Tieren letztlich doch leidvoll zu beschneiden. Dies ist aber nicht allgemeiner Konsens, da es umgekehrt ebenfalls viele Veganer mit Haustieren gibt, die die Meinung vertreten, dass es Haustieren sehr wohl gehen und sie zufrieden zusammen mit Menschen leben können. Über die Frage der Tötung und Leidzufügung hinausgehend, lehnen sich eine Reihe von Veganern an die tierrechtliche Argumentation einer notwendigen Tierbefreiung an, wobei sie der Haustierhaltung vorwerfen, in Wirklichkeit ausschließlich den Interessen des Menschen zu dienen und die Tiere einer totalen Fremdbestimmung zu unterwerfen, die von der Einschränkung der Bewegungsfreiheit bis hin zur Restriktion sozialer und sexueller Beziehungen oder der Durchführung operativer Eingriffe zum Zwecke von Kastration und Sterilisation geht. Bereits der Begriff der Haustierhaltung wird dabei kritisch reflektiv, immerhin würde man in einer partnerschaftlichen Beziehung beispielsweise kaum von einer Partnerhaltung sprechen. Aus dieser Perspektive wird für eine völlige Aufgabe der Haustierhaltung plädiert, wobei diese allerdings von der „Opferversorgung“ unterscheiden wird, wo verletzte, kranke oder von Menschen besonders schlechten Bedingungen unterworfene Tiere aufgenommen werden, um ihr Leid zu mindern und ihnen ein so weit als möglich glückliches Leben zu ermöglichen. Die Kritik an der Haustierhaltung bezieht sich ebenfalls auf die Kritik an Züchtung und Verkauf von Tieren im Rahmen einer regelrechten Industrie, die das Leben der Tiere rein monetären Bedürfnissen des Menschen unterwirft, einzelne Tiere ständig aus ihren sozialen Bezügen herausreißt und tierisches Leben dabei als Käufliches und Verkäufliches präsentiert, ganz abgesehen von den unzähligen darüber hinausgehende Missständen, die es im Tierhaltungs- wie im Tierzuchtbereich gibt. Veganer werden daher, wenn sie mit Tieren leben wollen oder Tiere aufnehmen, sich im Regelfall nicht an der Nutzung dieser Tierindustrie beteiligen, sondern werden Tiere aus Tierheimen oder von anders wo aufnehmen, die einer anderen menschlichen Obhut bedürfen, um so zufrieden wie möglich zu leben. Es gibt innerhalb der veganen Community bezüglich der Thematik der Haustierhaltung letztlich keinen Konsens. Wenigstens ist aber eine hohe Sensibilisierung für Fragen der Lebenszufriedenheit der betreffenden Tiere in der veganen Community zweifelsohne nahezu universal vorhanden. Auch wird letztlich wohl auch weitgehend die Problematik der Bereitstellung einer nicht veganen Ernährung für Tiere gesehen, da dadurch die Ernährung von Tieren auf Kosten anderer Tiere erfolgt, denen durch den Menschen Leid und Tötung zugefügt wird. In der Gesamtbilanz neigen Veganer vermutlich doch eher zu der Forderung nach einer langfristigen Abschaffung der Haustierhaltung bei beizubehaltender Versorgung aller bereits lebenden Haustiere wie auch dauerhafter Beibehaltung von Hilfeleistung für verletze oder kranke Tiere. Alle Bedenken, die aus veganer Perspektive gegen die Haustierhaltung vorgebracht werden, gelten auch für Zirkusse und Zoos, zumal dort in oft noch deutlicherer Art und Weise das Leben Tiere rein ökonomischen Überlegungen unterworfen wird, was ebenso Tötungen wie auch Tierverkäufe begründen kann, die die Tiere aus ihren Settings herausreißen und mit vielfältigem Stress verbunden sind. Ebenfalls entstehen die Problematiken der Ernährung fleischessender Tiere sowie die Problematiken der Einschränkungen von Bewegungsfreiheit und Lebensstil. Auch in Zoos und Zirkussen sind Tiere einer totalen Fremdkontrolle unterworfen, dienen letztlich ausschließlich der Unterhaltung und Belustigung von Menschen. Auch aus pädagogischer Sichtweise mag dabei bezweifelt werden, ob die Betrachtung eingesperrter Tiere durch Kinder tatsächlich einem Respekt vor dem Leben der

Tier dient. Die Mehrheit der Veganer dürfte für eine Abschaffung von Zoos und Zirkussen plädieren, wobei die weitere Versorgung bereits dort lebender Tiere unter maximal die Lebenszufriedenheit förderlichen Bedingungen aber dennoch als Notwendigkeit zu betrachten ist. Allerdings gibt es auch Veganer, die unter strengen Auflagen Zoohaltungen, z.B. auch aus Gründen des Artenschutzes, für vertretbar halten, die aber dennoch die Notwendigkeit zu einer weitreichenden Verbesserung der Lebensbedingungen der dortigen Tiere betonen. Zielstellung der veganen Lebensweise ist eine Gesellschaft, in der Menschen Tieren kein Leid und keine Tötung zwecks Konsums von Tierprodukten oder zwecks anderwärtiger Nutzung von Tieren zufügen. Weitreichende gesellschaftliche Veränderungen werden notwendig sein, um eine derartige Gesellschaft zu erreichen. Als unmittelbarer Schritt wird aber die individuelle vegane Lebensweise propagiert, die sofort beginnen kann. Während über das Langzeitziel und wie auch über die Notwendigkeit der individuellen veganen Lebensweise Einigkeit besteht, unterscheiden sich Veganer aber ansonsten deutlich bei ihren tierrechtbezogenen Prioritäten. So wird einerseits der Vorschlag unterbreitet, sich auf die den größten Teil der ausgebeuteten und getöteten Tiere beziehenden Ernährungs- und Bekleidungsbereich zunächst zu fokussieren, während andere Veganer alle Bereiche gleichzeitig angehen wollen und auch so schnell als möglich z.B. eine Beendigung von Haustier- und Zootierhaltung fordern, was allerdings nicht einmal als Forderung von allen Veganern geteilt wird. Bei der Auseinandersetzung über die Ziele und deren Priorisierung kommt es zwischen Veganern nicht selten zu Auseinandersetzungen, die gelegentlich, z.B. auch in Internetforen auch aggressiv und persönlich geführt werden, die aber nicht von dem in Wirklichkeit bestehenden Konsens über die Notwendigkeit einer veganen Lebensweise ablenken sollten. Eine vollständige Übereinstimmung ist nicht erzielbar und Veganer sollten es vermeiden, sich über inhaltliche, aber in Wirklichkeit großenteils strategische Frage so stark auseinander zu dividieren, dass ihre gesellschaftlichen Einflussmöglichkeiten sinken. Naturschutz und Umweltschutz wenden sich gegen die Zerstörung und Vergiftung der natürlichen Lebensgrundlagen auf unseren Planeten. Ob gegen die Rodung der noch verbleibenden Urwälder, den Schutz der Ozeane, die Reduktion von Industrie-Emissionen oder die Förderung der regenerativen Energien. Der Artenschutz kämpft für den Schutz bedrohter Pflanzen- und Tierarten, setzt sich für Schutzgebiete und Wiederansiedlungen ein. Der Veganismus ist in wesentlichen Punkten der natürliche Verbündete von Umwelt- und Artenschutz. Denn der Schutz des einzelnen Tieres setzt voraus, dass seine Lebensräume erhalten bleiben. Die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen unseres Planeten wendet sich gegen alle Lebensformen, ob pflanzlicher oder tierischer Art und schließt dabei natürlich auch den Menschen ein. Veganer werden sich daher gemeinsam mit Umwelt- und Artenschützern hiergegen wenden und für die Erhaltung der Natur als unserer aller Lebensvoraussetzung eintreten. Aber der Veganismus geht über reinen Umweltschutz und Artenschutz hinaus und mag daher in besonderen Fällen mit ihnen Konflikt geraten. Indem der Veganismus nicht nur das abstrakte Ganze oder Kollektive in den Mittelpunkt stellt, sondern das Leben des einzelnen Tieres, möchte er einerseits die allgemeinen Lebensgrundlagen erhalten, andererseits aber auch das Leben des einzelnen Tieres. Dort, wo im Namen von Umweltschutz einzelne Tiere gequält oder getötet werden, sei es bei der Ausmerzung ganzer Populationen, wie Ratten oder anderer eingewanderter Tierarten, tritt der Veganismus für das Primat des Schutzes des einzelnen Wesens und gegen alle Maßnahmen ein, die im Namen des Ganzen den Einzelnen vernichten wollen. Glücklicherweise besteht dennoch kein wirklich unauflösbarer Widerspruch zwischen Naturschutz, Artenschutz und Veganismus. Denn wenn Maßnahmen zum Schutze unserer Natur ergriffen werden, die sich auf die Beendigung der massenhaften Naturzerstörung durch den Menschen beziehen, konsequent angegangen werden, werden diese Maßnahmen bei Weitem mehr an Naturschutz erreichen als die begrenzten oder sogar scheinbaren Fortschritte, die durch gegen einzelne Tiere gerichtete Maßnahmen erreichbar sein werden. Der Kampf gegen einzelne Tieren, wie

eingewanderte Kröten oder Raten, dient tatsächlich vorwiegend der Ablenkung von den eigentlichen Problemen und steht damit einem tragfähigen Naturschutz und Artenschutz mehr entgegen als er ihn fördert. Der Veganismus ermöglicht so mit seiner humanen Grundhaltung im Sinne des Schutzes des Einzelnen Lebens einen maximalen Schutz vor Grausamkeit ebenso wie einen maximalen Natur- und Artenschutz. Grundsätzlich ist zunächst die mit der veganen Lebensweise verbundene Forderung an den Menschen, zu seinem Konsum keinen Tieren Leid zuzufügen und keine Tiere zu töten, nicht eindeutig im politischen links-rechts Spektrum zu verorten. Veganer und Veganerinnen mögen insofern Unterstützer und Mitglieder verschiedener Parteien und gesellschaftliche Positionen sein. Allerdings ist eine entsprechend unpolitische Sichtweise des Veganismus, die durchaus von einigen Veganern vertreten wird, doch letztlich zu allgemein und zu oberflächlich, weil zum einen die Zielstellung einer veganen Welt eine politische Forderung ist und zum anderen mit dem Veganismus ebenfalls in engem Zusammenhang auch die Zielstellung der Errichtung einer Gesellschaftsordnung steht, in der nicht nur Menschen keine Tiere mehr ausbeuten und töten, sondern natürlich auch Menschen kein intentionales Leid mehr zufügen und sie nicht mehr ausbeuten. Der Veganismus strebt daher ebenso die Befreiung der Menschen wie die Befreiung der Tiere an und ist insofern in seiner Gesamttendenz im linken emanzipatorischen Spektrum verortet, ohne dass aber eine spezifische parteipolitische Bindung vorliegt. Trotzdem ist es eine Sachlage, dass es Veganer gibt, die sich ansonsten eher als konservativ oder wirtschaftsliberal verstehen, so dass die Grundtendenz des Veganismus zwar links lokalisiert ist, aber es ebenfalls eine Minderheit von Veganern gibt, die sich ausschließlich auf die Tiere bezogene Aspekte beziehen, ansonsten aber mit einer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung übereinstimmen, die mit vielfältigem menschlichen Leid verbunden ist. Allerdings tun sie dies vermutlich nicht, weil dieses Leid durch sie gewollt ist, sondern weil es von ihnen als unvermeidbar oder durch andere gesellschaftliche Ansätze sogar zunehmend betrachtet wird. Vor diesem Hintergrund ergibt sich im Interesse der veganen Lebensweise die Schlussfolgerung, dass Menschen unterschiedlicher politischer Positionen miteinander zusammen arbeiten können, um den Veganismus zu fördern. Eine klare Abgrenzung ergibt sich allerdings gegenüber rechtsradikalen, rechtsextremistischen, aber ebenfalls bereits gegenüber nationalistischen Positionen, da diese mit der Universalität des veganen Strebens nach Tier- und Menschenrechte unvereinbar sind. Denn Veganer wollen die Menschenrechte nicht auf spezifische Gruppen eingrenzen und somit beschneiden, sondern wollen sie sogar auf die Tiere ausdehnen. Jedes Postulat, was Menschen aufgrund ethnischer, sprachlicher oder kultureller Aspekte diskriminiert, ist von daher mit dem ethisch motivierten Veganismus unvereinbar. Wer Hetze und Hass gegen Menschen anderer Herkunft vertritt oder bestimmten Völkern mehr Rechte als anderen zuweisen möchte, vertritt eine Position, die im diametralem und unauflösbaren Gegensatz zur ethischen Motivation der veganen Lebensweise steht. Vegan zu sein, bedeutet nicht einer bestimmten Religion anzugehören oder spezifische religiöse Positionen zu vertreten. Vegan sein können Mitglieder aller Religionen, ebenso wie Agnostiker und Atheisten. Allerdings werden Veganer Aspekte einer Religion, auch wenn sie ihr angehören, dann ablehnen und für ihre Abschaffung eintreten, wenn sie die Leidzufügung oder die Tötung von Tieren zum Inhalt haben. Bezüglich religiöser Themen werden unter Veganern insofern ebenso unterschiedliche und kontroverse Positionen vertreten wie unter Nicht-Veganern. Während ein Teil der Veganer beispielsweise ausdrücklich religionskritische Positionen vertritt, gibt es ebenfalls sehr viele Veganer, die sich religiösen Glaubenssystemen zugehörig fühlen. Betonen einige Veganer eine Orientierung an Rationalismus und Naturwissenschaftlichkeit, treten andere für Spiritualität und Esoterik ein. Wenn es darum gehen soll, für eine Welt mit weniger Leid von Menschen und Tieren durch die Verbreitung der veganen Lebensweise einzutreten, macht es keinen Sinn, sich über religiöse Vorstellungen zu verstreiten oder gar nicht mehr miteinander kooperationsfähig zu werden.

Literatur

- Wilfried Breyvogel (Hrsg.): Eine Einführung in Jugendkulturen. Veganismus und Tattoos. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005, ISBN 3-8100-3540-8.
- Florentine Fritzen: Gemüseheilige. Eine Geschichte des veganen Lebens. Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2016, ISBN 978-3-515-11429-5.
- Angela Grube: Vegane Lebensstile. Diskutiert im Rahmen einer qualitativen/quantitativen Studie. ibidem, Stuttgart 2009, ISBN 978-3-89821-538-1.
- Angela Grube: Vegane Biografien. Narrative Interviews und biografische Berichte von Veganern. ibidem, Stuttgart 2010, ISBN 978-3-89821-988-4.
- Bernd-Udo Rinas: Veganismus. Ein postmoderner Anarchismus bei Jugendlichen? Archiv der Jugendkulturen, Berlin 2012, ISBN 978-3-940213-71-6 (Dissertation Universität Gießen [2012], 311 Seiten).
- Beate Schmitt: Ohne Milch und ohne Ei – Allergien und Laktose-Intoleranz. Rezepte und Praxistipps für den Familienalltag. 5. Auflage. Pala, Darmstadt 2007, ISBN 978-3-89566-179-2.
- Thomas Schwarz: Veganer. In: Ronald Hitzler, Arne Niederbacher (Hrsg.): Leben in Szenen – Formen juveniler Vergemeinschaftung heute. 3., vollständig überarbeitete Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2010, ISBN 978-3-531-15743-6.
- Annika Waldmann, Jochen W. Koschizke, Claus Leitzmann, Andreas Hahn: German vegan study: Diet, life-style factors, and cardiovascular risk profile. In: Annals of nutrition & metabolism. Nov.–Dez. 2005, Band 49, Heft 6, S. 366–372.
- D. Rogerson: Vegan diets: practical advice for athletes and exercisers. In: Journal of the International Society of Sports Nutrition. Band 14, 2017, S. 36, doi: 10.1186/s12970-017-0192-9, PMID 28924423, PMC 5598028 (freier Volltext) (Review).
- Emilia Quinn, Benjamin Westwood (Hrsg.): Thinking Veganism in Literature and Culture. Towards a Vegan Theory. Palgrave Macmillan, London 2018, ISBN 978-3-319-73379-1, DOI: 10.1007/978-3-319-73380-7

Franca
Schneider

Grundlagen der Psychologie

Grundlagen der Psychologie

Grundlagen der Psychologie - Motivationsthesen

Übermorgen selbstbewusst, glücklich und erfolgreich, das wäre super. So funktioniert Persönlichkeitsentwicklung jedoch nicht. Du wirst in kleinen Schritten und auf verschlungenen Wegen vorwärtskommen. Verlange deshalb nicht zu viel von dir, sondern freue dich über kleine Fortschritte. Sie summieren sich im Lauf der Zeit und bringen dann die großen Ergebnisse.

Sei aufgeschlossen

Um dich weiterzuentwickeln, wirst du neue Erfahrungen machen, andere Denkweisen kennenlernen und fremden Menschen begegnen. Je aufgeschlossener du neuen Erfahrungen gegenüber bist, umso leichter wird es dir fallen, vorwärtszukommen.

Übernimm Verantwortung für dein Leben

Für deine Persönlichkeitsentwicklung bist nur du selbst verantwortlich. Nicht deine Eltern, deine Freunde, dein Partner, der Chef oder sonst jemand. Solange du anderen Personen die Verantwortung über dein Leben überlässt, bremst du dich selbst aus. Nimm das Steuer selbst in die Hand und bestimme den Kurs!

Arbeite mehr an Stärken als an Schwächen

Viele Menschen interessieren sich für persönliches Wachstum, weil sie einen vermeintlichen Makel loswerden wollen. Dieses Vorgehen führt jedoch häufig zu Frust. Wenn du sehr schüchtern bist, wirst du dich wahrscheinlich nie zum Partylöwen entwickeln. Wenn du sehr chaotisch bist, sieht es bei dir vielleicht niemals aus wie aus dem Möbelkatalog. Arbeite ruhig daran, deine Schwächen abzumildern und auf ein Maß zu bringen, mit dem du dich wohlfühlst. Aber dann konzentriere dich lieber auf deine Stärken. Dort macht die Entwicklung nämlich viel mehr Spaß, bringt bessere Ergebnisse und hilft dir, deine Fähigkeiten voll auszubilden.

Lass Veränderung zu

Wenn du dich mit Persönlichkeitsentwicklung beschäftigst, wird das nicht ohne Veränderungen abgehen. Du wirst dein Denken, deine Ziele und deine Weltsicht nach und nach verändern, und das ist gut so. Manchmal wirst du auch erkennen, dass du an den Rahmenbedingungen deines Lebens oder an deinen Gewohnheiten etwas ändern musst. Keine Sorge: Dein Leben wird sich nicht plötzlich von Grund auf ändern und alles umkippen. Du entscheidest selbst, welche Veränderung du annimmst. Aber ganz ohne wird es nicht abgehen.

Bleib dran

Persönlichkeitsentwicklung ist ein dauerhafter Prozess, der dich mehr oder weniger stark auf Dauer beschäftigen wird. Schaffe deshalb regelmäßig ein bisschen Zeit, um dich mit deinem persönlichen Wachstum zu befassen. Schon zehn oder 15 Minuten am Tag oder ein bis zwei Stunden pro Woche können viel bewirken.

Suche dir Hilfe

Falls du bei deiner Arbeit auf Themen stößt, die du nicht alleine bewältigen kannst, dann suche dir rechtzeitig Hilfe. Wende dich an einen Coach oder Psychotherapeuten, um dein Thema zu besprechen. Manchmal genügen schon wenige Sitzungen, um wieder klarer zu sehen.

Verlasse deine Komfortzone

Deine Komfortzone ist der Bereich, in dem dir das Handeln leichtfällt und keine besondere Mühe erfordert. Du weißt, was zu tun ist, und fühlst dich sicher. Super Sache und für das Wohlbefinden im Alltag absolut notwendig. Das Problem ist nur: Innerhalb der Komfortzone ist Lernen kaum möglich, denn du kennst hier ja alles schon. Für die Persönlichkeitsentwicklung solltest du dir angewöhnen, ganz regelmäßig Dinge zu tun, die ein Stückchen außerhalb deiner Komfortzone liegen. Besuche Orte, an denen du noch nie warst. Unterhalte dich mit Menschen, die dir eher fremd sind. Überwinde dich zu etwas, das dir ein wenig Angst macht. Probiere eine Sportart aus, die du noch nie gemacht hast. Beschäftige dich mit einem Thema, von dem du keine Ahnung hast. Mache neue Erfahrungen außerhalb des Gewohnten. Achte dabei jedoch darauf, dich nicht zu weit aus deiner Komfortzone herauszubewegen. Wenn dir etwas sehr großes Unbehagen bereitet, dann bist du vielleicht noch nicht so weit und brauchst noch etwas mehr Komfortzonen-Training.

Achtsamkeit lernen

Achtsamkeit bedeutet, im Hier und Jetzt zu sein und die Dinge in dir und um dich herum genauer wahrzunehmen. Für die Persönlichkeitsentwicklung ist das aus unterschiedlichen Gründen wichtig: Achtsamkeit hilft dir, dich selbst besser kennenzulernen und zu spüren, was dir guttut. Und sie hilft dir, zu entspannen. Diese einfache Übung kannst du jederzeit durchführen, am besten mehrmals täglich: Unterbreche das, was du gerade tust, um das Hier und Jetzt wahrzunehmen. Achte auf deinen Atem. Spüre nach, wie dein Körper sich gerade anfühlt. Tut etwas weh? Bist du angespannt oder entspannt? Wie fühlst du dich gerade, welche Emotionen sind da? Schaue dich um. Was nimmst du um dich herum wahr? Versuche nicht, etwas zu verändern, sondern öffne einfach deine Sinne für das, was da ist.

Positives wahrnehmen

Falls du zu den Menschen gehörst, die eher negativ denken, ist diese Übung vielleicht nützlich für dich. Sie ist auch ganz einfach: Mache es dir zur Aufgabe, jeden Tag ein Foto von etwas zu schießen, das dir gefällt oder wichtig ist. Das kann ein Gegenstand, eine Person, eine Blume, der Sonnenuntergang oder etwas ganz anderes sein. Wenn du magst, stellst du dir nach einem Monat eine Collage aus deinen Bildern zusammen.

Dich selbst kennenlernen

Um dich täglich noch besser kennenzulernen, kannst du Ausfüllbücher benutzen. Es gibt sie in den unterschiedlichsten Formen zu kaufen, wähle einfach eines aus, das dich anspricht. Ein Ausfüllbuch konfrontiert dich regelmäßig mit einer Frage, die du dir selbst beantworten sollst. Auf diese Weise lernst du dich spielerisch genauer kennen.

Andere Perspektiven kennenlernen

Wenn dich ein bestimmtes Thema gerade sehr beschäftigt, frage dich: „Wie könnte man das noch betrachten?“ Versuche, möglichst viele unterschiedliche Einschätzungen zur gleichen Lage zu finden. Sammle Informationen: Sprich mit Menschen, die dir wichtig sind. Suche nach Erfahrungsberichten und Gedanken zum Thema im Internet oder in Büchern. Öffne dich dabei auch für Perspektiven, die dir eher fremd sind, ohne sie zu bewerten. Frage dich: Wie würde über dieses Thema ein Punk denken? Oder eine Nonne? Ein Mensch aus einer anderen Kultur? Deine erste Liebe? Deine Urgroßmutter? Ein Kind? Auf diese Weise öffnest du deine Wahrnehmung und schaffst auf Dauer immer leichter einen Perspektivenwechsel. Übrigens: Persönlichkeitsentwicklung ist für jeden Menschen gut, allerdings gibt es auch falsche Motive. Wenn du meinst, dass du dich ändern musst, weil du nicht gut genug bist, dann steuerst du auf eine Falle zu. Du brauchst keinen perfekten Körper, keine durchgestylte Wohnung und keinen Reichtum, um glücklich zu sein. Du bist gut, so wie du bist.

Der Begriff der Seele – Fachgebiete der Psychologie

Das Denken sucht nach Erklärungen. Als Erklärung bot sich an: Menschen sind Doppelwesen. Zu einem bestehen sie aus einem leblosen Körper. Zum anderen eignet ihnen etwas Lebendiges, Bewegendes. Das zweite Wesen ist die Seele. Seele ist somit der Inbegriff des Lebens. Lebende atmen, nehmen Nahrung auf, ihr Blut kreist, sie bringen Kinder zur Welt. Lebende hören, sehen, riechen, schmecken, sie leiden Schmerz, sie erkennen Gesichter. Das sind Leistungen des Sinnesempfindung und der Wahrnehmung. Lebende erinnern sich an Vergangenes und stellen sich Zukünftiges vor, sogar Unwirkliches könne sie sich vorstellen. Das sind Leistungen des Gedächtnisses und der Vorstellung. Lebende haben Gefühle wie Liebe und Trauer und Bedürfnisse wie Ehrgeiz und Wissendurst. Lebende können ihren Körper geschickt und kraftvoll bewegen. Lebende können sich mit ihren Mitmenschen verständigen, durch Sprache, Schrift und Gesten. Das alles sind Leistungen der Seele.

Die Gliederung der Psychologie

Folgende Spezialisierungen gibt es in der Psychologie.

1. Theoretische Spezialisierungen (Tiefenpsychologie, Gestaltpsychologie)
2. Methodische Spezialisierungen (Mathematische Psychologie, Experimentelle Psychologie)
3. Spezialisierungen nach Funktionsbereichen (Gedächtnispsychologie, Psychologie der Gefühle)
4. Spezialisierungen nach Untersuchungsaspekten (Entwicklungspsychologie, Sozialpsychologie)
5. Spezialisierungen nach Praxisfeldern (Arbeitspsychologie, Schulpsychologie)
6. Regionale Spezialisierungen (Spanische Psychologie, Amerikanische Psychologie)

Nach diesen Analyseaspekten unterscheidet man die Allgemeine Psychologie. Die Differentielle und Persönichkeitspsychologie, die Entwicklungpsychologie und die Sozialpsychologie.

Theoretische Richtungen der Psychologie

Kognitivismus
Bewusstsein, Erkenntnisstrukturen, Der Mensch besitzt Einsicht und Voraussicht und daher auch Verantwortung und Entscheidungsfreiheit, offene Befragung, Beratung, hilfe zur Selbstreflexion und Selbstregulation

Tiefenpsychologie
Triebe und unbewusste Inhalte, Komplexe, Triebfixierungen, Der Mensch ist Gefangener seiner Triebe, Suche nach Symbolen in Sprache und nichtsprachlichem Audruck

Behaviorismus
Äußeres Verhalten, Reaktionen, Reflexe, Milieubedingungen, Reize, Verstärker, Freiheit und Vernunft sind vorwissenschaftliche Begriffe. Das Verhalten des Menschen ist voll durch seine Umgebung und seine Triebreize bestimmt. Messung von Reizen und Reaktionen, Verhaltensmodifikation durch Reizkontrolle, Verstärkungspläne, Verhaltenspläne.

Persönlichkeitspsychologie

1. Ist Bewusstsein nicht grundsätzlich subjektiv und individuell? Dass Wissen und kognitive Leistungen bei den Individuen variieren, gehört zu den am meisten gebildeten Annahmen. Personen unterscheiden sich in ihren kognitiven Stil. Die am häufigsten kognitive Stile sind
- Kategorienweite
- kognitive Komplexität
- Abtastbreite

Kategorienweite bezeichnet die Neigung Gegenstände im großen oder kleinen Gruppen zu präsentieren. Kognitive Komplexität nennt man die Differenziertheit der Beschreibungen und Erklärungen. Abtastbreite bezieht sich auf die Streuung der Informationsaufnahme von der eigenen Fokussierung bis zur weitschweifenden Aufmerksamkeit.

2. Ebenso wie Kognitivismus und Tiefenpsychologie den intraindividuelle Unterschied im Verlaufe des menschlichen Lebens große Aufmerksamkeit schenken, beachten sie auch interindividuelle Unterschiede, d.h. Unterschiede zwischen Individuen gleichen Entwicklungstandes. Mit besonderer Konsequenz wird dieser Ansatz von tiefenpsychologischen Autoren verfolgt, welche der frühen Kindheit einen maßgeblichen Einfluß auf die Persönlichkeit zuschreiben.

3. Menschen unterscheiden sich erheblich in ihren Wahrnehmungen. Funktionstüchtigkeit der Sinne (z.B. Hören, Farbsehen, Sehschärfe), Anfälligkeit für Sinnestäuschungen, Geschwindigkeit und Genauigkeit des Erkennens von Gegenständen, Feldabhängigkeit (d.h. die Fähigkeit, einen Gegenstand unabhängig von seiner Umgebung einzuschätzen) Unterschiedliche Bedürfnisse schlagen sich auch in unterschiedlichen Wahrnehmungen nieder. Sofern sich Motive wie Angst und Erfolgsstreben bei Individuen verfestigen, entstehen überdauernde persönliche Besonderheiten der Wahrnehmung und der Aufmerksamkeit. Es hat immer wieder Vorschläge gegeben, Personen nach ihren überdauernden Wahrnehmungsweisen zu zuordnen. Probanden werden nach ihren bevorzugten Sinnesgebieten in optische, akustische und motorischen Typen einzuteilen.

4. Es gibt erhebliche interindividuelle Unterschiede in der Art und Menge des Wissens sowie im Umfang und in der Beschaffenheit der Vorstellung und des Begriffsrepertoire. Grundlegende Unterschiede im Wissen ergeben sich regelmäßig durch verschiedenes weit

fortgeschrittenes Lernen. Lernen vermehrt Wissen nicht nur, sondern gestaltet es um. Deshalb ist oft das Wissen von Anfängern oder Novizen und das Wissen von Experten verglichen worden. Experten, benutzen abstraktere Begriffe, stellen mehr Zusammenhänge zwischen ihren Wissensbeständen her, haben ihr Wissen besser nach Anwendungen geordnet, haben deklaratives Wissen besser mit prozeduralen Wissen verknüpft. Darüber hinaus gibt es die Auffassung individuelle Begriffe seinen die Grundlage der Persönlichkeit. Jeder Mensch schafft sich ein Selbstbild und ein Weltbild. Er konstruiere sein Verständnis von Personen, Gegenständen und Ereignissen wie ein Wissenschaftler durch Beobachtung, Schlussfolgerung und Deutung. Die selbstkonstruierten persönlichen Begriffe bestimmen die Eigenart der Persönlichkeit vom Menschen. Die Theorie dahinter sagt, dass Persönlichkeit ein Gefüge von Begriffen ist. Solche Begriffe wähle der Betroffene selbst aus. Er können sie aber auch aufgeben und durch neue Begriffe ersetzen. Ein Wandel in der Begrifflichkeit ziehe einen Persönlichkeit nach sich.

5. Die Wahrnehmung liefert oft lückenhafte und widersprüchliche Erfahrungen. Das Denken führt über die Wahrnehmung hinaus und sucht deren Lücken auszufüllen sowie deren Widersprüche aufzulösen. Das Denken bringt Annahmen hervor. Diese Annahmen können sich zu Gefügen zusammenschließen. Die Glaubwürdigkeit sowohl von Hypothesen als auch von Theorien hängt von ihrer Übereinstimmung mit Beobachtungen, von ihrer Folgerichtigkeit und ihrer Widerspruchsfreiheit ab. Das Denken macht auch Erkenntnislücken und – Widersprüche genauer erkenntlich. Dadurch wird das Sammeln neuer Beobachtungen angeregt, die ihrerseits neue Überlegungen stützen. Denken kann sich auf die Klärung vergangener und gegenwärtiger Sachverhalte oder auf die Vorhersage zukünftiger Zustände und Ereignisse erstrecken. Es dient darüber hinaus dem Abschätzen von zukünftigen Handlungsmöglichkeiten und deren Folgen. Deduktive Schlüsse leiten aus vorgegebenen Aussagen eine neue Aussage ab; die Konklusion umfasst die Gemeinsamkeit in den Prämissen. Schlussfolgerungen können sowohl die Zuordnung von Subjekten und Prädikaten betreffen als auch die Beziehung in Reihen. Psychologische Theorien der Deduktion nehmen teilweise an, dass zum logischen Schließen räumliche Vorstellungen gebildet werden; teilweise nehmen sie eine sprachliche Repräsentation an. In der psychologischen Analyse von Deduktionsvorgängen wird vor allem die Phasen der Informationsselektion, der Konstruktion von Zusammenhängen zwischen den ausgewählten Informationen und der Verknüpfung des organisierten Wissens unterscheiden. Typische Fehler in diesen drei Phasen beruhen auf Vernachlässigung von vorgegebenen Aussageinhalten, auf Vertauschung von Inhalten und auf schematischer Übernahme von Prämissenformen in der Konklusion. Bei Schlussfolgerungen aus Sätzen, die für die eigene Einstellung bedeutsam sind, ist einen Neigung zu beobachten, die Stimmigkeit einer Schlussfolgerung danach zu beurteilen, ob sich die Konklusion mit der eigenen Einstellung deckt. Induktion ist eine Verallgemeinerung von einem Fall auf sämtliche Fälle derselben Klasse; die Induktion beruht zumeist auf Beobachtung. Im Wahrscheinlichkeitsschluss erfolgt ein Urteil über die relative Häufigkeit eines Ergebnisses, Wahrscheinlichkeitsschlüsse zählen zu den Induktionsschlüssen. Durch fortschreitende Induktion werden teilweise neue Merkmale eines Gegenstandes entdeckt, ohne dass sich dadurch die Auffassung über früher entdeckte Merkmale zu ändern braucht. Zum Teil wird jedoch durch das Entdecken neuer Merkmale das Wissen über früher entdeckte Merkmale überholt. Analogien bringen Gemeinsamkeiten in der Beziehung von Begriffen zum Ausdruck. Die betroffenen Beziehungen können dabei innerhalb gleicher Begriffsklassen angesiedelt sein oder Begriffe verschiedener Klassen miteinander verbinden. Beziehungen zwischen Begriffen gleicher Klasse lassen sich als Gemeinsamkeit in den die Begriffe charakterisierenden Merkmalsätze deuten. Unterschiede in der Geschwindigkeit des Erkennens von Analogien sind dann zurückzuführen auf ein unterschiedlich schnelles Durchmustern von Merkmalsätzen. Zwischen Begriffen verschiedener Klassen lassen sich

semantische Beziehungen bestimmen. Unterschiede in der Geschwindigkeit des Erkennens von Analogien sind dann aufgrund der verschiedenen Komplexität der semantischen Beziehungen zu erklären. Aus konkreten Operationen entwickeln sich im Laufe der Kindheit und Jugend mit zunehmender Abstraktion die formalen Operationen. Die Fähigkeit zum logischen Denken gilt als Komponente der Intelligenz. Somit charakterisiert sie einzelne Menschen und dient zur Unterscheidung von Individuen. Intelligenztheorien suchen Dimensionen der Intelligenz zu ermitteln, hinsichtlich derer sich Individuen unterscheiden. Logische Regeln sind geeignet, die Meinungsbildung in Gruppen zu vereinheitlichen. Vereinbarungen über logische Regeln gehören daher zu den wichtigen sozialen Errungenschaften. Kulturkritische Autoren warnen vor dem Verlust an Logik in großen und emotionalen Gruppen. Die konsequente Anwendung logischer Regeln erscheint gefährdet, wenn Schlussfolgerungen sozialen Stereotypen zuwiderlaufen.

6. Gedächtnisleistungen zeigen beträchtliche individuelle Unterschiede in der Quantität und Qualität der Erinnerung. Vor allem sind die folgenden Variationen untersucht worden: die Geschwindigkeit des Einprägens und des Vergessens, der Umfang des Behaltens, die Bevorzugung verschiedener Arten von Lernstoff. Es gibt wahrscheinlich eine Fülle von Persönlichkeitsvariablen, die einen Einfluss auf das Gedächtnis nehmen. Umgekehrt dient die Erinnerung der Festigung der Persönlichkeit. So stehen individuellen Erfahrungen und dauerhafte Stimmungen in Wechselwirkung mit Lernaufgaben, Lernbedingungen sowie dem Lernstoff. In der Persönlichkeitstheorie findet das Gedächtnis nicht nur wegen der individuellen Variation von Gedächtnisleistungen Beachtung. Das Gedächtnis erscheint einigen Autoren auch unentbehrlich für die Entstehung des Selbstbildes einer Person, ihrer Identität. Jeder Mensch erlebt sich zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Situationen; dabei erlebt er aber auch, dass er unbeschadet seiner körperlichen und geistigen Entwicklung stets er selbst bleibt. Unter dem Begriff Mnemotechnik fasst man Methoden zur Verbesserung des Gedächtnisses zusammen. Veranschaulichung trägt zur Steigerung der Gedächtnisleistung bei. Differenzierendes Lernen ordnet neue Inhalte in bekannte Makrostrukturen ein. Integrierendes Lernen erzeugt Makrostrukturen zur Ordnung von Einzelheiten. Der Abruf aus dem Gedächtnis ist ein Rekonstruktionsprozess, in den auch aktuelle Einfälle, Wahrnehmungen u.ä. eingehen. Die Stimmung beim Lernen, die Stimmung beim Erinnern sowie die Emotionalität des Lernstoffes können die Gedächtnisleistung beeinflussen. Man kann das Gedächtnis als eine einzige Speichereinheit auffassen und die Güte des Behaltens auf die Tiefe der Bearbeitung zurückführen. Angenommen wird auch die Trennung von Kurzzeitgedächtnis und Langzeitgedächtnis. Sie unterscheiden sich in ihrer Kapazität, Haltezeit und Organisation. Weiterhin gibt es Beobachtungen, welche die Annahme eines Ultrakurzzeitspeichers (sensorisches Register) für Behaltenszeiten bis rund 0,2 sec nahelegen. Eine neuere Konzeption stellt ein Arbeitsgedächtnis in den Mittelpunkt der Betrachtung. Das Arbeitsgedächtnis besteht aus einer kontrollierenden und koordinierenden Zentralinstanz sowie aus einem phonologischen Speicher, einem Bildspeicher sowie Wiederhol- und Rückkopplungsschleifen. Netzwerkmodelle des Gedächtnisses fußen auf Annahmen der Neuropsychologie. Die Tätigkeit des Kurzzeitspeichers wird als Aktivierung kognitiver Einheiten (Knoten) beschrieben. Auf einer höheren Ebene können Gruppen aktivierter Knoten in einen Zusammenhang gebracht werden.

7. Es ist unerheblich, dass die Auseinandersetzung, zu einem ob man eine einheitliche Fähigkeit des Problemlösens annehmen darf, die sich bei den verschiedensartigsten Problemen bewährt, oder ob verschiedene Fähigkeiten zu unterscheiden sind, die sich ungleich über Individuen verteilen. Auf jeden Fall sind die Fähigkeiten zur Überwindung von Schwierigkeiten, auch Kompetenzen genannt, eine wichtige Persönlichkeitseigenschaft. Die Kompetenzen bestimmen den Lebensweg und die Sozialisation eines Menschen, ihr Besitz

vermittelt das Gefühl der Selbstsicherheit, ihr Mangel führt zu Angst und Versagen. Kreativität kennzeichnet den autonomen Menschen. Sie helfen ihm, seinen Bedürfnissen gerecht zu werden und dienen damit der Selbstverwirklichung. Jeder Mensch könne auf seinem Weg zur Selbstverwirklichung seine individuelle Form der Kreativität entwickeln.

8. Individuelle Unterschiede im reaktiven Verhalten und zielgerichteten Handeln werden – bei gleicher äußerer Situation – von verschiedenen Autoren zurückgeführt auf: nervöse und konstitutionelle Unterschiede, Unterschiede in der Lernerfahrung, unterschiedliche Handlungsstrategien. Menschen bilden weiterhin feste Meinungen über das Entstehen von Erfolgen und Misserfolgen. So schwört der eine unverdrossen auf sein Glück, während ein anderer glaubt, vom Pech verfolgt zu sein. Mancher baut auf seine Fähigkeiten, andere glauben, mit Energie alle Schwierigkeiten überwinden zu können. Die Planungs- und Handlungsfähigkeit variiert ebenfalls zwischen Personen. Menschen zeigen unterschiedlich starke Neigungen, langfristige oder detaillierte Pläne zu machen, sich um Erfolgsrückmeldungen und Informationen über die Aufgabe zu kümmern. Solche Personen, die mehr Hilfsoperationen ausführten, werden Hochreaktive genannt. Die erhöhte Reaktivität wird als Ausdruck des Temperaments gedeutet. Unter Temperament wird eine biologische Ausstattung, die Geschwindigkeit, Ausdauer und Leistungsbereitschaft verstanden.

9. Zwischen der Persönlichkeitspsychologie und der Lerntheorie bestehen zwei Arten von Beziehungen: Verschiedene Personen zeigen ein unterschiedliches Lernverhalten, unterschiedliche Persönlichkeiten lassen sich auf verschiedenen Lerngeschichten zurückzuführen. Ein Beispiel zur differentiellen Psychologie des Lernverhaltens: Trainiert man mehrere Personen nach der Technik des klassischen Konditionierens, so stellt man fest, dass die Zahl der bis zur Auslösung einer bedingten Reaktion benötigten Versuche individuell stark variiert. Zum Bereich der lerntheoretisch orientierten Persönlichkeitspsychologie nur so viel: Von einer Persönlichkeitstheorie erwartet man nicht nur die Beschreibung von Persönlichkeitseigenschaften und deren Zusammenhang innerhalb einer übergreifenden Persönlichkeitsstruktur. Man erwartet auch von ihr eine Erklärung der Herkunft dieser Eigenschaften, ja der Persönlichkeitsstruktur überhaupt. Es gibt kaum eine moderne Persönlichkeitspsychologie, die nicht in irgendeiner Weise die Formung der Persönlichkeit durch Erfahrung der Umwelt in Rechnung stellen würde. Manche Theoretiker meinen, die menschliche Persönlichkeit und ihre Eigenschaften seien vollkommen durch die Lernerfahrung bestimmt.

10. Zur Klassifikation von Personen kann man Trieb- und Gefühlsinventare zugrunde legen. So sind etwa Messinstrumente für einige Bedürfnisse entwickelt worden. Auf Motivorientierungen greifen auch Typologien zurück. Manche Autoren sehen die menschliche Motivation vor allem durch die Werte der Kultur bestimmt. Gewinnt einer der Werte die Oberhand, bildet sich ein hervorstechender Typ. Insgesamt unterscheidet man sechs Arten von kulturellen Werten und im Anschluß daran ebenso viele Grundtypen: den theoretischen Menschen, er strebt vor allem nach kognitiver Ordnung; den ökonomischen Menschen mit vorrangigem Streben nach wirtschaftlichen Gewinn; den sozialen Menschen, den vor allem das Wohl seiner Mitmenschen und der Allgemeinheit bewegt; den politischen Menschen mit seinem streben nach Macht, den religiösen Menschen, den ästhetischen Menschen, der am liebsten „dem Bilderspiel des Lebens“ zusieht und „freilich nicht theoretisch reflektierend, sondern einfühlend und genießend- beschauend“.

11. Die Erwartung, dass sich die Persönlichkeit in Sprache und Ausdruck manifestiert, hat zu Versuchen geführt, Sprache und Ausdruck diagnostisch zu verwerten. So hat man vor allem versucht, aus Gesichtsausdruck, Schrift, Schreib- und Redestil Persönlichkeitseigenschaften

zu erschließen. Das Problem ist freilich: Zwar lassen sich Individuen anhand ihrer Schrift, ihrer Stimme und anderer Ausdrucksweisen oft recht gut identifizieren, aber es fällt schwer, einzelne ihrer psychologischen bedeutsamen Eigenschaften abgrenzbare Merkmale ihres Ausdrucks zuzuordnen.

Persönlichkeitsentwicklung

Die meisten Menschen nutzen bei Weitem nicht ihr volles Potenzial aus. Erst nach und nach – und oft durch bewusste Anstrengung – entwickeln wir uns weiter, unser Leben lang. Persönlichkeitsentwicklung ist anstrengend, ja. Aber sie macht auch zufrieden und glücklich.

Was Persönlichkeitsentwicklung eigentlich ist

Persönliches Wachstum ist ein dauernder Prozess, der in ganz unterschiedliche Richtungen gehen kann. Ziele sind unter anderem diese:

- Durch Persönlichkeitsentwicklung lernst du dich selbst besser kennen und verstehst, auf welche Weise du handelst und warum.
- Du findest heraus, welche Ziele du erreichen willst und nach welchen Prinzipien du lebst. Und du erkennst auch, wie du diese Ziele erreichen kannst.
- Du wirst entspannter und glücklicher, stehst stabiler im Leben.
- Du kannst flexibler mit schweren Zeiten, Problemen und Krisen umgehen.
- Du lebst ein selbstbestimmteres Leben und wirst unabhängiger von anderen.

Eines nach dem Anderen: Setze einen Schwerpunkt

Wie du schon an der oberen Liste sehen kannst, sind die möglichen Ziele der Persönlichkeitsentwicklung sehr weit gefasst. Es ist unmöglich und auch gar nicht notwendig, an allen Themen gleichzeitig zu arbeiten. Du solltest also zunächst einmal festlegen, in welche Richtung deine Reise gehen soll. Willst du mehr Selbstbewusstsein entwickeln? Entspannter werden? Lebensfreude gewinnen? Besser mit Kritik umgehen? Deine Lebensziele erkennen? Oder etwas ganz anderes? Entscheide dich zunächst für eine Richtung. Keine Sorge: Der Schwerpunkt wird sich je nach deiner Lebenssituation und deinen Interessen immer wieder ändern und die anderen Themen kommen früher oder später schon noch an die Reihe.

Finde deinen eigenen Weg

Nichts ist so individuell wie persönliches Wachstum. Nur du selbst kannst herausfinden, was du brauchst und was für dich hilfreich ist. Achte deshalb darauf, dich nicht auf einen einzigen Weg zu beschränken und keinen „Gurus“ oder Spezialisten uneingeschränkt zu glauben. Den einen richtigen Weg für dich findest nur du selbst.

Experimentiere, probiere Neues aus

Wenn du liest oder dich mit anderen austauschst, wirst du viele unterschiedliche Übungen, Tipps und Strategien erfahren. Um herauszufinden, welche davon für dich geeignet sind, experimentiere einfach ein bisschen herum. Probiere Übungen aus und sieh, wie es dir damit geht. Wenn sie dir wenig bringen oder sich nicht gut anfühlen, lässt du sie einfach weg und probierst etwas anderes aus. Sei aufmerksam mit dir selbst und teste, was dir guttut.

Führe Tagebuch

Es kann sehr hilfreich sein, zu notieren, was du ausprobierst und wie es dir damit geht. Zum einen ist es im Nachhinein sehr spannend, was dich vor einigen Monaten oder Jahren beschäftigt hat. Zum anderen kannst du auf diese Weise deine Fortschritte besser wahrnehmen und nützliche von sinnlosen Wegen unterscheiden. Mache dir deshalb Notizen zu wichtigen Erkenntnissen, Übungen, Gedanken und Ergebnissen.

Gehe kleine Schritte

Übermorgen selbstbewusst, glücklich und erfolgreich, das wäre super. So funktioniert Persönlichkeitsentwicklung jedoch nicht. Du wirst in kleinen Schritten und auf verschlungenen Wegen vorwärtskommen. Verlange deshalb nicht zu viel von dir, sondern freue dich über kleine Fortschritte. Sie summieren sich im Lauf der Zeit und bringen dann die großen Ergebnisse.

Bewusstsein – Kognition – Geist

Kognitive Leistungen und kognitive Prozesse verändern sich über die gesamte Lebensspanne. Dabei vermehrt und verbessert sich nicht nur das Wissen über die Welt. Es bildet sich auch Metabewusstsein, d.h. Wissen über die eigene Erkenntnisbildung. Der These, das Bewusstsein grundsätzlich subjektiv individuell ist, steht die Auffassung gegenüber das individuelle Unterschiede in der Kognition auftreten, im übrigen aber Kognitionen verschiedener Personen vergleichbar sind. Gruppen teilen ihren Lebensstil, Denkweisen und Werte. Gruppen und Kulturen bestimmen sich geradezu über ihre sozialen Kognitionen. Wichtig ist dann die Übermittlung sozialer Kognitionen

Wahrnehmung
Die Fähigkeit der Wahrnehmung und das Erkennen wachsen in den ersten Lebensjahren beträchtlich. Anfangs beruht das Erkennen vorwiegend auf den Nahsinn (Berühren). Es schreitet über ein bildhaftes Stadium, in dem der Fernsinne(Gesicht und Gehör) die Oberhand gewinnen, zur symbolischen Repräsentation fort. Es gibt Hinweise auf angeborenen Fähigkeiten der Wahrnehmung. In der Wahrnehmung gibt es eine Fülle individueller Unterschiede. Neben Unterschieden in der Tüchtigkeit der Sinne (z.b. Hörvermögen) ist u.a. eine Variation der Feldabhängigkeit, der Sensibilität für Objekte und Aspekte (z.B. Gefahr) sowie des Orientierungsverhaltens zu beobachten. Die soziale Interaktion baut auf gemeinsamen Wahrnehmungen (z.B. von Mitgliedern anderer Gruppen)auf. Indem die Wahrnehmung in Abhängigkeit von Bedürfnissen steht, diese jedoch sozial bestimmt sind, ergibt sich ein Einfluß der sozialen Situation auf die Wahrnehmung. Gruppe und Kultur nehmen auf das Wahrnehmungslernen.

Vorstellung, Begriff, Wissen
Wissen und begriffliche Ordnung bauen sich während der lebenslangen Entwicklung in Stufen auf. Bereits Säuglinge besitzen eine Repräsentation von Objekten und erwerben sensu-motorische Schemata. Darauf fußen räumlich-bildhafte Vorstellungen und sprachlich-symbolische Repräsentationen. Wissen und Vorstellungen, Begriffe und mentale Modelle weisen beträchtlich individuelle Unterschiede auf. Man findet grundlegende Unterschiede zwischen dem Wissen von Anfängern und Experten, insbesondere haben Experten ihre Wissensbestände zweckmäßiger und reichhaltiger verknüpft. Die Theorie der persönlichen Begriffe deutet die Persönlichkeit eines Menschen als das Gefüge seiner Kognition. Menschen konstruieren ihr eigenes Selbst- und Weltbild und gäben dabei Begriffen ihre

individuelle Bedeutung. Denk- und Vorstellungsinhalte werden zur sozialen Kognition wenn sie soziale Sachverhalte betreffen, zum Bestand und zur Auflösung von Gruppen beitragen und soziales Handeln leiten. Soziale Kognition können zu sozialen Stereotypen (z.B. Feindbildern) werden. Voraussetzung für den Austausch von Kognitionen in Gruppen wird die Übernahme der Perspektiven anderer.

Schlussfolgerndes Denken

Besitz und Einsatz geistiger Fähigkeiten charakterisieren einen Menschen. Die Fähigkeit zum logischen Denken gehen ein in die Summe aller Kognitiven Fähigkeiten, die man versucht unter dem Begriff der Intelligenz zusammenzufassen versucht. Die Persönlichkeitsforschung steht somit vor der Aufgabe

- den Beitrag logischer Fähigkeiten zur Gesamtpersönlichkeit zu beurteilen
- Unterschiede in den logischen Fähigkeiten verschiedener Individuen festzustellen.

Diese Hoffnung ist freilich bisher enttäuscht worden. Eine umfassende Intelligenz scheint es nicht zu geben, dafür aber mehrere voneinander unabhängige Intelligenzfaktoren. Das sind

- anschauungsgebundenes Denken
- Einfallsreichtum und Produktivität
- Formlogischen Denken und Urteilsfähigkeit
- Zahlengebundenes Denken
- Sprachgebundenes Denken
- Anspannung
- Variabilität
- Strukturiertheit

Gedächtnis

Einprägen, Behalten, Erinnern bilden die Grundlagen für Kognition und Handeln. Als Gedächtnisspuren, d.h. als im Gehirn gespeicherte Darstellungen von Wissen kommen in Frage: Molekülstrukturen, neu gebildete Nervennetze und Veränderungen der Erregungsleitung in bestehenden Netzen. Vergessen kommt möglicherweise durch Verfall von Gedächtnisspuren zustande. Aber auch falsche Abrufstrategien mögen Erinnerungsmängel begründen. Neues Wissen wird umso leichter erworben, je besser es auf vorhandenem Vorwissen aufbauen kann. Das episodische Gedächtnis enthält situative Information wie Ort und Zeit (wie beim autobiographischen Gedächtnis). Intentionales, kontrolliertes, explizites Gedächtnis ist stärker durch Begriffe gesteuert, inzidentelles, automatisches, implizites Gedächtnis durch Sinneseindrücke. Ersteres weist höhere Bewusstheit auf. Die Steuerung- und damit Verbesserung – des eigenen Gedächtnisses ist möglich. Dies setzt Wissen über das eigene Gedächtnis (Metagedächtnis) voraus. Im Verlauf der menschlichen Entwicklung verändert sich die Gedächtnisleistung. Verbesserung der Gedächtnisleistungen beruhen auch auf einer Vervollkommnung des Metagedächtnisses. Implizites Lernen in den ersten Lebensjahren wird zunehmend durch explizites Lernen ersetzt. Es gibt individuelle Unterschiede in der Geschwindigkeit des Lernens und Vergessens, des Behaltensumfangs und der Veränderung von Erinnerungen nach längerem Behalten. Das Gedächtnis trägt zur Ausbildung eines Selbst-Konzepts bei. Erinnerungsleistungen von Gruppen sind dem individuellen Erinnern oft überlegen. Wie beim individuellen Gedächtnis kommt es auch beim kollektiven Gedächtnis Verdrängungen vor. Erinnerungen dienen oft der Durchsetzung eigener Interessen in einer Gruppe oder drücken soziale Wünsche und Vorstellungen aus.

Problemlösen

Probleme unterscheiden sich u.a. in ihrer Komplexität, Vernetztheit und Dynamik. Erfolgreiches Problemlösen überführt mit Hilfe zulässiger Operationen einen Ausgangszustand in einen Zielzustand. Problemlösen besitzt einen inneren Anteil und einen äußeren. Problemlösendes Denken lässt sich als Probehandeln deuten, das Ziel und Lösungen vorwegnimmt. Das Gelingen einer Lösung führen behavioristische orientierte Autoren auf Erfahrung zurück. Kognitivistisch orientierte Autoren betonen die Unmittelbarkeit, mit der sich im Augenblick der Lösung einen neue Sicht alter Sachverhalte einstellt; es handle sich dabei um einen der Wahrnehmung vergleichbarer Erkenntnisprozeße. Zur Lösung eines Problems kann man gelangen durch eine systematische Variation der Zustände im Problemraum, durch Anwendung von Algorithmen und durch den Einsatz von Heuristiken. Beim schrittweisen Problemlösen wird durch zunehmende Konkretisierung aus einem allgemeinen Lösungsprinzip die ausführbare Lösung gewonnen. Das Fortschreiten von abstrakten Lösungsprinzipien zu konkreten Lösungen lässt sich in Form eines Lösungsstammbaumes darstellen. Das Problemlösen erfolgt oft fraktioniert, d.h. nach Teilproblemen gegliedert. Diese Teilprobleme sind mitunter zeitlich parallel zu bewältigen, mitunter erscheinen sie in zeitlicher Staffelung. Die Schwierigkeiten des Problemlösens erwachsen aus der Unklarheit der Ausgangslage, des Zielzustandes oder des Weges vom Ausgang zum Ziel. Die Beseitigung dieser Unklarheiten erfordert eine Problemanalyse, eine Zielanalyse und eine Suche nach Transformation. Die Suche nach Transformationen schließt das Durchmustern von Eigenschafträumen ein. Eine Lösung nennt man kreativ oder originell, wenn sie ohne Vorbild zustande kommt oder von bestehenden Vorbildern abweicht. Indem Kreativität und Originalität Konventionen überwinden, beseitigen sie auch emotionale Widerstände. Kreative Lösungen erscheinen oft plötzlich und unerwartet; ihnen geht jedoch nicht selten eine stille Phase voraus, die manche Autoren als Inkubationszeit deuten. Das Problemlösen wird durch die Kenntnis von heuristischen Lösungsstrategien sowie von Gebrauchswerten der Gegenstände erleichtert. Routine kann in neuen Situationen jedoch den Übergang zu nicht vertrauten Lösungsprinzipien, Strategie und Funktionalwerte erschweren und damit die Lösung behindern. In der Persönlichkeitspsychologie wird Kreativität als überdauernde Persönlichkeitseigenschaft betrachtet. Kreativität bestimmt den Lebensweg und formt die Persönlichkeit. Für manche Persönlichkeitstheoretiker gehört sie unabdingbar zum autonomen, sich selbst verwirklichenden Menschen, für tiefenpsychologische Theoretiker wurzelt sie in frühkindlichen Konfliktsituationen.

Zielgerichtetes Verhalten

Bei der psychologischen Verhaltensanalyse werden berücksichtigt: Der äußere Hergang der Tätigkeit, die dafür massgebenden Motive, Eigenempfindungen und Gefühle, psychophysiologische Begleiterscheinungen, Kognitionen bei der Tätigkeit. Behavioristische und reflexologische Autoren betrachten die Abhängigkeit des Verhaltens von äußeren und inneren Reizen. Kognitivistische Autoren betonen dagegen die Bewusstheit und Zweckbestimmtheit von Handlungen sowie rationale Planung und Entscheidungen, die Tätigkeiten zugrunde liegen. Tiefenpsychologische Theorien behandeln vor allem das Wirken unbewußter Antriebe; das Wirken unbewusster Triebe versuchen sie u.a. im Fehlverhalten nachzuweisen. Wichtige Klassen von Tätigkeiten sind die Produktions- und Lokomotionstätigkeiten sowie die Orientierungs-, Rekreations- und Regenerationstätigkeiten. Verhaltenseinheiten können verschieden umfangreich definiert werden; so sind Analysen auf verschiedenen Ebenen der Komplexität möglich. Verhaltenseinheiten schließen sich zu längeren Ketten zusammen, dadurch ergeben sich Handlungen mit unterschiedlicher Zeitperspektive. Die Ethologie beschreibt artspezifisches Verhalten. Es wird durch äußere Schlüsselreize ausgelöst und setzt eine innere Bereitschaft voraus. Verknüpfungen von Reizen und Reaktionen zu Reflexen bzw. Gewohnheiten bilden die Grundlage des Verhaltens aus

reflexologischer und behavioristischer Sicht. Das Auftreten von Reaktionen sei dabei eine Funktion der vorherigen Übung. Einige behavioristische Theorien enthalten Annahmen über das Wirken von Trieben. Triebe werden dabei verstanden als innere Reize sowie als Energiezustände. Mit dem Produkt aus Gewohnheit und Triebstärke wachse die Wahrscheinlichkeit von Reaktionen. Die kognitivistisch orientierte Handlungstheorie sieht die zielgerichtete Tätigkeit als einen planmäßig gesteuerten Ablauf. Er beruhe auf der Kenntnis des Handlungsraums und seiner Hilfsmittel sowie auf der Einsicht in Ziele und Wege zu Zielen. Handlungsvollzüge lassen sich auf drei Ebenen analysieren: Auf der intellektuellen, der perzeptiv-begrifflichen und der sensumotorischen Ebene. Die Ebenen überlagern sich hierarisch, wobei die intellektuelle Ebene stets im Bewusstsein repräsentiert ist. Handlungsvollzüge lassen sich in Teiloperationen wie Orientierung, Sicherung, Korrektur oder Kontrolle zerlegen. Solche Teiloperationen können in Handlungen dominieren. Bei Mehrfachtätigkeiten werden mehrere Operationen gleichzeitig ausgeführt. Die Mehrfachtätigkeit bedarf insbesondere auf der intellektuellen Ebene einer besonderen Koordination. Bei gleichzeitiger Ausführung mehrerer Tätigkeiten können Prioritäten gesetzt werden. Aus kognitivistischer Sicht fußt der Vollzug einer Handlung auf einer Zielsetzung und endet mit der Erreichung des gesetzten Ziels. Handlung lässt sich somit als Regulationsvorgang darstellen, durch den die Abweichung eines Ist-Zustandes von einem Soll-Zustand beseitigt wird. Individuen tendieren dazu, nach Ursachen für die Folgen ihrer Handlungen zu suchen. Insbesondere unterscheiden sie Ursachen, die in ihrer Person begründet sind, z.B. von Ursachen in ihrer Umgebung. Je mehr sie sich selbst für die Folgen ihrer Handlungen verantwortlich fühlen und je weniger sie ihre Umgebung hierfür verantwortlich machen, desto mehr sind sie zu der jeweiligen Handlung motiviert. Zur Motivation trägt weiterhin die erwartete Instrumentalität der Handlungsfolgen bei, d.h. ihr Nutzen zur Erreichung weiterer Ziele wie soziale Anerkennung, finanzielle Honorierung. Die Gewährung weitergehenden Nutzens kann jedoch mit sozialer Abhängigkeit verknüpft sein; so mag ein Konflikt zwischen innerer und von außen eingeführter Motivation entstehen. Individuen bevorzugen Tätigkeiten, bei denen geschätzter Nutzen und angenommene Erfolgswahrscheinlichkeit in einem vorteilhaften Verhältnis stehen. Dies ist in der Regel bei mittlerer Aufgabenschwierigkeit der Fall. Das gesetzte Ziel wird nicht erreicht bei vorzeitigem Abbruch einer Tätigkeit und bei fehlerhafter Tätigkeit. Nach Verfehlen eines Ziels neigen Personen zur Wiederaufnahme der unerledigten Handlung. In der Entwicklungspsychologie wird der Entwicklung von motorischen Handlungsvollzügen, aber auch von Attribuierungen und Zielsetzungen untersucht. In der Entwicklung motorischer Abläufe gibt es Regelmäßigkeiten bezüglich der Zeit des ersten Auftretens und der Reihenfolge des Auftretens. Dies gilt auch für die Entwicklung von Attribuierungen, Zielsetzungen und Handlungsplänen. Individuelle Unterschiede im reaktiven Verhalten und zielgerichteten Handeln, wie sie die Persönlichkeitspsychologie untersucht, werden zurückgeführt auf nervöse und konstitutionelle Veranlagungen, auf unterschiedliche Lernerfahrung, auf unterschiedliche Zielsetzungen sowie auf unterschiedliche Handlungsstrategien. Unter sozialem Handeln versteht man einerseits individuelles Handeln mit Auswirkungen auf eine oder mehrer andere Personen, andererseits gemeinschaftliches Handeln mehrer Personen, das im Verlauf und Ergebnis zwischen den Beteiligten abgestimmt ist. Im gemeinschaftlichen Handeln werden Individuen soziale Rollen zugewiesen. Im kulturellen Kontext erhält Handeln seine eigene Form und Bedeutung.

Lernen von Verhalten

Beim Lernen von Verhaltensweisen ist vor allem zu unterscheiden zwischen dem Aufbau neuer Gewohnheiten und Fertigkeiten sowie der Einstellung auf neue Auslösebedingungen. Lernen erfordert eine Anpassung der Betroffenen an seine Lebensbedingungen, steigert aber gleichzeitig seine Fähigkeiten zur Anpassung der Umwelt an die eigenen Bedürfnisse.

Behavioristische orientierte Autoren erheben den Anspruch, auf der Grundlage allgemeiner Lernprinzipien eine umfassende Verhaltenstheorie begründen zu können. Behavioristische Autoren bezeichnen Koppelungen des Verhaltens an Umgebungsreize als die wesentliche Lernprozesse, einige von ihnen – aber nicht alle – halten die Belohnung für eine notwendige Voraussetzung der Koppelung von Reizen und Reaktionen. Kognitivistische Autoren halten den Erwerb von Einsichten über Situationen, Tätigkeiten und Tätigkeitsfolgen für die wesentliche Grundlage der Verhaltensänderung. Unter klassischer Konditionierung versteht man eine nervöse Umschaltung, durch welche die Fähigkeit zur Auslösung eines Reflexes von einem vorgegebenen Reiz A auf einen neutralen Reiz B übergeht. Geht die Auslösewirkung von einem bedingten Reiz B auf einen weiteren neutralen Reiz C über, spricht man von Konditionieren höherer Ordnung. Durch Konditionieren höherer Ordnung werden auch sprachliche Reize zu Auslösern. Konditionierungen können auch auf Reizkombinationen erfolgen. Dann erfolgt eine Reaktion nur, wenn mehrere Auslöser gleichzeitig gegeben sind. Man nennt dies eine Schaltung bedingter Reflexe. Im Behaviorismus entwickelt sich die Lehre von der Verknüpfung räumlich und zeitlich naher Reize und Reaktionen (Kontiguitätstheorie). Die Häufigkeit des gemeinsamen Auftretens von Reizen und Reaktionen gilt als Maß ihrer Assoziationsfestigkeit bzw. ihres Ranges in der Hierarchie der Gewohnheiten. Kognitivistische Autoren deuten den Übergang einer Auslösewirkung von einem natürlich vorgegebenen auf einen neutralen Reiz als Ergebnis einer Erwartungsbildung: durch Paarung werde der neutrale Reiz zu einem Signal für den natürlich vorgegebenen Reiz und rufe mit der Vorstellung des natürlichen Reizes sinnvolle Vorausreaktionen auf den natürlichen Reiz hervor. Aus kognitivistischer Sicht gibt es gar keine zwingenden Auslöser für Verhaltensweisen. Es gebe nur das Bestreben nach zweckmäßiger Nutzung der vorhandenen Situation. Deshalb könne eine Vermehrung des Wissens über den Handlungsraum Aufschluss über Ziele, Hindernisse und Wege zu Zielen geben und dadurch zur erhöhten Wirksamkeit des Verhaltens beitragen. Aus behavioristischer Sicht ist Verhalten durch Versuch und Irrtum gelernt; erfolgreiches Verhalten wird jeweils beibehalten. Nach der Theorie des operanten Konditionierens richtet sich das Auftreten von Verhalten nach seiner Kontingenz zu nachfolgenden Bedingungen. Nach behavioristischen Auffassung werden längere Verhaltensketten Stück für Stück gelernt; auch ein Lernen durch langsame Annäherung ist möglich. Aus kognitivistischer Sicht stehen die Akte einer gelernten Verhaltenskette in einem sinnvollen Zusammenhang; Lernen richtet sich auf die Erfassung dieses Zusammenhangs. Wirksamer werden Tätigkeiten durch Verbesserung von Handlungsplänen. Fortschritte beim Verhaltenslernen lassen sich auch durch Vorstellung und Beobachtung von Tätigkeiten erzielen. Dies wird als Beweis für die Richtigkeit der kognitivistischen Lerntheorie gewertet. Einige Autoren halten eine Belohnung für eine unverzichtbare Voraussetzung des Lernens. Andere Autoren nehmen an, das Lernen schreite auch ohne Belohnung fort; Belohnungen würden nur die Ausführung des gelernten Verhaltens fördern und dadurch eine weitere Vervollkommnung begünstigen. In der lernpsychologischen Forschung ist nicht nur die Auswirkung der Menge von Belohnungen und Bestrafungen auf das Lernen untersucht worden, sondern auch dessen Abhängigkeit von der Verteilung der Belohnung und Bestrafung. Die Wirkung von Lohn und Strafe dürfte von Kognitionen, insbesondere der Zuschreibung auf interne und externe Faktoren, abhängig sein. Dem Lernen neuer Verhaltensweisen scheinen Grenzen gesetzt zu sein, die sich aus dem arteigenen Verhaltensrepertoire ergeben. Lohn und Strafe wirken nicht nur, wenn sie dem Lernenden selbst verabreicht werden. Auch die Beobachtung der Belohnung und Bestrafung einer Modellperson kommen dem Lernen zugute. Die Entwicklung der Menschen ist wohl weitgehend von Lernvorgängen bestimmt. Bereits vor der Geburt lassen sich Konditionierungsvorgänge beobachten. Es wird diskutiert, ob sich innere, gedankliche Abläufe nach dem Vorbild äußerer, motorischer Tätigkeiten entwickeln. Individuen zeigen unterschiedliches Lernverhalten; unterschiedliche Persönlichkeiten lassen sich auf

verschiedene Lerngeschichten zurückführen. Lernen spielt sich oft im sozialen Umfeld und mit verteilten Rollen ab. Ziel des Lernens ist häufig der Aufbau sozialer Verhaltensweisen. Die Gesamtheit sozialen Lernens, denen Menschen in einer Kultur unterworfen ist, nennt man Sozialisation.

Motivation und Emotion

Motiviertheit und Emotionalität schließen psychophysische Erregtheit, auch Aktiviertheit genannt ein. Der Motiviertheit sprechen einige Autoren einen konstruktiv zu nennenden Anteil an Aktiviertheit zu, der zielgerichteten Handlungen zufließt und in Phänomenen wie der Konzentration zum Ausdruck kommt. Die Emotionalität stellt nach Meinung dieser Autoren einen destruktiven Anteil an Aktiviertheit dar, der sich in ungeordneten Tätigkeiten entlädt und zielgerichtete Handlungen stört. Gegner der Theorie von der Desorganisiertheit der Emotionen haben auf den regelmäßigen Ablauf emotionalen Verhaltens hingewiesen sowie auf die Notfallfunktion der Emotionen. Ob Emotionalität der Leistung schadet, hängt u.a. von ihrer Stärke ab. Starke Emotionalität beeinträchtigt in der Regel die Leistung, während schwache Emotionen der Leistung durchaus förderlich sein kann. Bedürfnisse, Triebe und Motive sind als Mangelzustände zu beschreiben. Die Befriedigung von Bedürfnissen erfolgt teilweise nach dem Prinzip der Triebreduktion, teilweise nach dem Homöostaseprinzip, antagonistische Regelung ist möglich. Je nach ihren Eigenschaften können Objekte und Zustände zur Befriedigung von Bedürfnissen dienen; dadurch erhalten sie einen zu Handlungen motivierenden Anreiz. Die Zieldienlichkeit und Wünschbarkeit eines Objektes schlägt sich in der gefühlsmäßigen Einstellung zu diesem Objekt nieder. Kontroversen in der Geschichte der Motivations- und Emotionspsychologie betrafen die objektive Erfassbarkeit von Motiven und Emotionen, ihre Ganzheitlichkeit sowie die Frage ihrer Verdrängung ins Unbewußte. Nach der Zahl unterschiedener Gefühls- bzw. Bedürfnisqualitäten lassen sich polymathematische, bithematische und monothematische Emotions- und Motivationstheorien unterscheiden. Zu den am häufigsten genannten Trieben gehören Selbsterhaltung, Aggression und Sexualtrieb. Athematische Motivationstheorien nehmen das Vorhandensein eines Potentials an ursprünglich ungerichteter Energie an; diese Energie können wahlweise verschiedenen Tätigkeiten oder Zielen zugeführt werden. Die Mobilisierung des Energiepotentials lässt sich auch als unspezifische psychophysiologische Aktivierung deuten. Die Wandelbarkeit von Motiven und Gefühlen steht im Mittelpunkt von Wachstums- und Lerntheorien. Wachstumstheorien beschreiben einen den Motiven innewohnende Entfaltungslogik. Lerntheorien wenden Lerngesetze auf Motivation und Emotion an. Gefühle und Bedürfnisse sind Gegenstände der Wahrnehmung. In die Wahrnehmung gehen nicht nur Organtätigkeiten wie Muskelzittern und Herzschlag ein, sondern wohl bereits die nervösen Impulse, welche solche Organtätigkeiten steuern. Aus kognitivistischer Sicht vermittelt die Wahrnehmung eigener körperlicher Tätigkeit und Erregung kein ausreichendes Bild eigener Bedürfnisse und Gefühle. Einbezogen würden auch mögliche situative und soziale Ursachen wahrgenommener körperlicher Zustände. Je nach Einschätzung des eigenen Zustandes und seiner Ursachen werde eine Zuordnung zu vorgegeben Gefühls- und Motivkategorien vorgenommen. Zu verändern sind Motive und Gefühle durch Eingriffe in die sie auslösenden realen Situationen. Aber auch die Vorstellung geeigneter Situationen sowie die Verleugnung und Verkennung in der Wahrnehmung sind Mittel zur Regulation von Motiv- und Emotionszuständen. Weiterhin scheint es Möglichkeiten der unmittelbaren Regulation von Bedürfnissen und Gefühlen zu geben. Nachweisbar ist bei vielen Personen die Selbstkontrolle eigener Körperfunktionen, wie sie Gefühls- und Antriebserlebnisse begleiten. Menschen unterscheiden sich in ihren Gefühlen und Bedürfnissen. Manche bevorzugen Ruhe, Sicherheit und Befriedigung, andere Abenteuer und Risiken. Der Bezug auf das eigene Ich spielt bei der Entstehung von Gefühlen eine wesentliche Rolle. Die Emotionalität und Motiviertheit gewinnt durch Partner oder Gruppen

eine neue Qualität. Die Anwesenheit von Partnern verstärkt bestehende und weckt neue Emotionen und Motive. Soziale Partner und Organisationen werden zu Gegenständen von Gefühlen und Zielen von Handlungen. Sozial konstruktive Motivation ist auf Austausch und Gerechtigkeit gerichtet. Altruistische Motive dürfen als Ergebnisse einer kulturspezifischen Sozialisation kognitiv verankert sein.

Sprache, Kommunikation, Ausdruck
Sprache ist nach der in Linguistik und Psychologie vorherrschenden Auffassung biologisch programmiert. Das biologische Programm schafft zunächst kognitiven Voraussetzungen für den Spracherwerb. Einzelne Sprachfunktionen sind in bestimmten Hirnarealen lokalisierbar. Denkkategorien sind sprachabhängig: Sprachkategorien bestimmen Denkkategorien. Da Sprache Kulturträger ist, sind sprachabhängige Denkkategorien auch kulturabhängig.

Manipulationstechniken

Nachfolgende Manipulationstechniken, die auch in Präsentationen & Verhandlungen häufig Anwendung finden, werden im Anschluss näher beschrieben:

1. Manipulation durch Wiederholung
2. Manipulation durch Erzeugen von Angst
3. Manipulation des Denkens
4. Manipulation des Verhaltens durch Sprache
5. Manipulation von Informationen
6. Manipulation von Bedürfnissen

1. Manipulation durch Wiederholung

Die täglichen Werbesendungen im Fernsehen und Radio sind ein gutes Beispiel für diese Form der Manipulationstechnik: Keine Firma käme auf die Idee, einen Werbespot nur ein einziges Mal zu senden. Je öfter wir also Begriffe verwenden, umso eingängiger und selbstverständlicher werden sie für andere Menschen.

Für viele Menschen ist es ein Problem, die Fakten bzw. Interpretationen eines Sachverhalts im Gesamtzusammenhang zu betrachten und zu bewerten. Deshalb sind solche Personen besonders dankbar, wenn man ihnen sagt, dass etwas „so oder so“ ist. Dies gilt insbesondere für Menschen ohne starken Selbständigkeitsdrang und wird gerne von Personen mit „Autorität“ angewandt.

2. Manipulation durch Erzeugen von Angst

Menschen sind selten objektiv und lassen sich sehr stark von Gefühlen leiten. Gelingt es einem Präsentierenden, die Gefühle der Teilnehmer richtig „anzu-heizen“, verlieren die meisten Menschen ihre Vernunft und der Manipulation sind Tür und Tor geöffnet (ein gutes Beispiel hierzu sind die Massenveranstaltungen von „Motivationstrainern“, bei denen dann Tausende von Teilnehmer schreien und grölen …).

Angst lähmt das logische Denken und verstärkt sich psychologisch selbst. Je intensiver ein Präsentator diese Manipulationstechnik nutzt und die schrecklichen Folgen eines Verhaltens ausmalt, umso größer wird unsere Angst davor (wiewohl wir uns objektiv überhaupt nicht in Gefahr befinden!). Nahezu alle Manipulatoren schüren die Angst und verstärken ihr Verhalten

oftmals noch mit Zeitdruck („Jede Sekunde kann es zu spät sein, stellen Sie sich doch einmal vor …).

Den Gefahren einer Manipulation von Gefühlen ist jeder umso stärker ausgesetzt, wenn andere daran beteiligt werden („Massenhysterie“).

3. Manipulation des Denken

Denken ist zum größten Teil ein unbewusster Vorgang. Nur ein kleiner Teil des Prozesses läuft bewusst ab. Besonders auf das unbewusst ablaufende Denken sind die gebräuchlichsten Manipulationstechniken ausgerichtet: Mit Schlagwörtern wird aus einer Sache mehr gemacht, als eigentlich dahinter steckt („Superweiß“, obwohl es doch weißer als weiß nicht geht!). Mit Fremdwörtern oder Begriffen, die nur unzureichend definiert bzw. völlig unzutreffend angewandt werden, wird die Person zum Opfer seiner eigenen Wertvorstellungen und Begrifflichkeiten gemacht. Durch eine „intellektuelle“ Präsentation über dem Niveau der Zuhörer wird diesen – obwohl sie nur die Hälfte verstehen – suggeriert, dass sie zumindest so intelligent wären, dies oder jenes zu verstehen; das Unverständnis wird also genutzt, um das Denken in eine bestimmte Richtung zu manipulieren. Wichtige Tatsachen werden bewusst verschwiegen oder es wird mit Allgemeinplätzen gearbeitet. Mit unfairen Techniken der Dialektik (Übertreibung, Fangfragen, Syllogismen, Verdrehung von Meinungen usw.) werden einzelne Teilnehmer verunsichert und in die Irre geführt. Bestätigung der Meinung „eitler“ Teilnehmer, die dadurch offen für eine Manipulation werden. Visualisieren der Elemente, die dem Referenten bedeutsam sind und nicht die, die den Gesamtzusammenhang aufzeigen. Der Einsatz von auditiven oder visuellen Ankern.

4. Manipulation des Verhaltens durch Sprache

Klassisches Beispiel hierfür ist das Übernehmen von Begrifflichkeiten, die nicht hinterfragt werden: „Man“ tut dieses oder jenes am besten oder etwas ist „un“-möglich, „un“-fair usw.

Bedeutsam ist in diesem Zusammenhang, dass wir uns als Gemeinschaftswesen vielfältigen Normen unterwerfen. Diese Normen schränken dann unseren Verhaltensspielraum ein. Normengläubigkeit wird häufig in Sätzen wie „Unser Vorstandsvorsitzender sagte letzthin zu mir …“ oder „Als ich letzthin mit Angela Merkel über … sprach, sagte sie mir, dass sie es für das Beste hält, dass…“

5. Manipulation von Informationen

Das Grundproblem bei dieser Form der Manipulationstechnik von Informationen besteht weniger darin, dass jemand bewusst oder absichtlich falsche Informationen gibt, sondern darin, dass Informationen je nach Interesse in einem „besonderen Licht“ dastehen: Bewusst oder unbewusst werden nur Informationen bestimmter Art bereitgestellt (z. B. Berichterstattung der ehem. DDR über Westdeutschland). Mit Überinformationen werden die Zuhörer solange zugeschüttet, bis sie nicht mehr wissen, worum es eigentlich geht. Wichtige Informationen werden zur Nebensache gemacht und dadurch abgewertet; eher unwichtige Informationen werden breit ausgetreten. Informationen werden vorenthalten, um bestimmte Ziele zu erreichen. Der Information wird gleichzeitig eine Bewertung zugeordnet.

6. Manipulation unserer Bedürfnisse

Jeder von uns strebt permanent nach der Befriedigung irgendwelcher Bedürfnisse. Manipulatoren könnten dies nutzen, indem sie dem Manipulierten das, wozu er beeinflusst werden soll, als Schritt zur Befriedigung dieser Bedürfnisse vorgestellt wird. Das Bedürfnis der Person in kleine Einzelbedürfnisse aufspalten und dann für die entsprechenden Einzelbedürfnisse Befriedigungschancen offerieren. Das Bedürfnis erst wecken (klassisch in der Werbung, die uns suggeriert, dass wir das unbedingt haben müssen, ansonsten können wir ja keinen weiteren Tag mehr leben). In Verbindung mit Angst ist diese Manipulationstechnik fast immer wirkungsvoll.

Als gute Führungskraft ist Manipulation auf beiderseitigem Nutzen ausgerichtet! Nutzen Sie diese Techniken, um gemeinsame Ziele zu erreichen.

Konditionierung

Menschen können durch einen Reiz konditioniert werden, der zuvor keinerlei Wirkung auf sie ausübte. Es werden Schwerpunkte auf körperliche Vorgänge, die normalerweise automatisch geschehen. Es wird aufgezeigt, wie diese Reaktionen erlernt werden. Dies ist nicht zu verwechseln mit Handlungen, die durch Belohnung erlernt werden. Das Lernen, das als Reaktion auf eine Art von Belohnung stattfindet, wird als operantes Konditionieren bezeichnet. So wird z.B. der Anblick, die Geräusche und Gerüche von Krankenhäuern mit Angst assoziiert

Wie man dazu manipuliert wird, mehr Geld auszugeben als gewollt

Was man für teuer oder günstig hält, ist kein objektiver Standard im eignen Kopf, sondern hängt häufig davon ab, wie viel Produkte kosten, von denen man soeben gehört hat und die man gerade angesehen hat. Dafür wird die Ankermanipulation benutzt. Von der „Manipulation mit dem Ankereffekt“ wird in vielen Lebensbereichen Gebrauch gemacht, um sie davon zu überzeugen, mehr für ein Produkt auszugeben, als sie ursprünglich wollten.

Distanzen einschätzen

Viele Menschen leiden unter Höhenangst. Es ist entscheidend, dass die Wahrnehmung über die Entfernung von Gegenständen davon abhängt, wo sie zum Zeitpunkt stehen. Diese Idee heißt evolved navigation. Angenommen, man steht am Fuss eines Gebäudes und schaut zum Dach hoch. Dann wiederum steht man auf dem Dach des gleichen Gebäudes und blickt auf den Boden herunter. Glauben sie, dass man die Höhe eines Gebäudes von diesen beiden Positionen aus unterschiedlich einschätzen würde? Tatsächlich ist dem so.

Das Gedächtnis ist besser, als man glaubt

Die Tendenz, sich an wahrgenommene Dinge zu erinnern, wird der Primacy-Recency-Effekt genannt. Wir können daraus lernen, dass man sich mit größerer Wahrscheinlichkeit an scheinbar beliebige Informationen erinnert, wenn man ein Muster darin findet oder darauf anwenden kann.

Wie Augenzeugen, in die Irre geführt werden können

Wir wissen, dass wir uns nicht an alles erinnern, was uns im Leben passiert ist, aber wenn wir eine lebhafte Erinnerung haben, glauben wir, dass unser Gehirn das Geschehene so gespeichert, wie es passiert ist. Das ist keineswegs zutreffend. Forscher haben herausgefunden, dass unsere Erinnerungen oft aus Bruchstücken dessen bestehen, was sich tatsächlich zugetragen hat – zusammen mit Bruchstücken dessen, was sich wahrscheinlich

zugetragen hat. Mit anderen Worten: Man stellt eine „Erinnerungsgeschichte“ aus Bruchstücken zusammen und nicht alle Bruchstücke haben sich tatsächlich ereignet.

Ja, das Durchschreiten einer Tür macht vergesslich

Sie sitzen in einem Raum bei der Arbeit oder putzen einfach ihre Zähne und denken, dass sie irgendwohin gehen und etwas holen müssen. Daher beenden sie das, was sie gerade tun und gehen in einen anderen Raum, doch plötzlich wissen sie nicht mehr, warum sie dort sind. Womit wir es hier zu tun haben, wird von Gedächtnisforschern Encodierung und gemeinhin „Vergessen“ genannt. Encodierung bezeichnet den Prozess der Einspeicherung von Informationen in unserem Kopf.

Die Loci-Methode - einer der wirkungsvollsten Erinnerungstechniken

Die wenigsten Menschen sind sich darüber bewusst, wie viele Dinge wir tatsächlich behalten können. Es gibt viele Erinnerungstechniken, von denen die meistens Personen jedoch keinen Gebrauch machen. Wendet man sie an, wird man nicht wenig überrascht sein, wie schnell man sich sogar eine lange Liste von Dingen merken kann. Ursprünglich von den Griechen berühmt gemacht, ist die loci-methode eine visuelle Tecnik, bei der man sich vor dem geistigen Auge ein Haus oder eine Wohnung und die darin enthaltenden Gegenstände vorstellt. Diese Gegenstände oder „Orte“ im Inneren des Hauses sind die „Plätze“ (loci). Die Assoziationen, die man mit jedem Gegenstand geknüpft hat, werden das Gedächtnis anregen.

Wie man die Produktivität von Angestellten steigert

Sich selbst und andere zu motivieren ist eine der schwierigsten Herausforderungen, vor der Psychologen stehen. Welche von Psychologen entwickelte Strategie gehört also zu den effizientesten? Die Antwort lautet Zielsetzung. Es wurden unzählige Studien in unterschiedlichsten Umgebungen durchgeführt und die Ergebnisse sind fast immer dieselben. Menschen mit einem Ziel erreichen nicht unbedingt ihr Ziel, aber sie erden immer diejenigen übertreffen, die sich keine Ziele setzen.

Wie man seine kreativen Fähigkeiten verbessern kann

De Facto ist Kreativität die Fähigkeit, quer zu denken – anders denken als die meisten. Kreativität oder das Vermögen, nicht in funktionaler Fixierung steckenzubleiben, ist eine Fähigkeit, die man entwickeln kann und die am Arbeitsplatz sehr gefragt ist. Häufig denken Arbeitnehmer auf kreative Art und Weise, ohne sich dessen gewahr zu sein. Neue Produkte, die in Geschäften verkauft werden sollen, können nur entwickelt werden, wenn man sich das, was es bereits gibt, anschaut und aus einer anderen Perspektive beleuchtet.

Mentale Sets können das Denken beschränken

Selbst wenn sie noch nie im Leben die Erfahrung gemacht haben, festgefahren zu sein – verbunden mit dem Gefühl, vor einem unlösbaren Problem zu stehen -, wird es Ihnen früher oder später passieren. Da hilft z.B. ein Spaziergang, oder eine Nacht drüber Schlafen. So lässt sich das mentale Set durchbrechen. Wenn man sich eine Zeitlang vom Problem entfernt, lockert sich das Denken, und man kann zurückkommen und es aus einer anderen Perspektive betrachten.

Franca
Schneider

KW-Reportage:
Ein Sieg über die innere Zerissenheit

Reportage

Ein Sieg über die innere Zerrissenheit

Die Landesdeligiertenkonferenz der Grünen als Beispiel für Konsens und Mitbestimmung

Auf der Landesdelegiertenkonferenz (LDK) am 29. und 30. November 2013 in Erfurt haben die Delegierten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen einen neuen Landesvorstand, die Landesliste zur Landtagswahl 2014 sowie weitere Gremien gewählt. Es herrschte frische Luft in einem großen Saal, neben dem Haupteingang der Messe in Erfurt. Das angeregte Du-Stimmengewirr wurde schnell durch Redner unterbrochen. Einzelne Personen wie Steffen Dittes von der Linken wurden persönlich vorgestellt. Auf einer großen Leinwand wurde mit dem Spruch Grün: Gut für Thüringen geworben. Auf der rechten Seite war ein kleines Rednerpult welches stark frequentiert wurde. Auf der linken Seite saß das Präsidium, welches am Beginn der Sitzung gewählt wurde und sich später abwechselte. Das Präsidium apellierte an alle, in dem um einen größtmöglichen Konsens gebeten wurde. Für alle fühlte sich das recht mühselig an. Bereits im Vorfeld war ein Machtkampf befürchtet worden. Vertreter beider Parteiflügel hatten sich mehrere Male getroffen. Die sich in inniger Abneigung gegenüber stehenden Flügel konnten ihre Differenzen nicht ausräumen. Kandidaten des realpolitischen Lagers um Anja Siegesmund standen dem linken Flügel der Landtagsvizepräsidentin Astrid Rothe-Beinlich gegenüber. Es sollte versucht werden sich nicht gegenseitig zu blockieren. Die realos setzten sich gegen den linken Flügel durch. Dass der Realo-Flügel noch stärker wird, kann der Partei neue Koalitionsoptionen für 2014 eröffnen. Für Dieter Lauinger (Parteichef der Grünen) zeigen die Wahlergebnisse, dass die Realos die Linken mittragen, anders herum aber nicht. Ein Anspruch der neuen Co-Sprecherin Stephanie Erben ist es, die innere Zerrissenheit der Thüringer Grünen zu überwinden. Ein Hauptprogrammpunkt auf der Konferenz war die Wahl der KandidatInnen und Kandidaten, die für Bündnis 90/Die Grünen zur Landtagswahl im Herbst 2014 antreten. Die Wahl begann am Freitagabend mit der Bestimmung der Plätze 1 bis 8 und wurde am Samstagmittag nach der Neuwahl des Landesvorstandes fortgesetzt. Anja Siegesmund (KV Jena), Fraktionsvorsitzende der Landtagsfraktion, führt die Liste an, gefolgt von Dirk Adams (KV Erfurt) auf Platz 2. Wie bei den Grünen üblich durften auf den ungeraden Plätzen nur Frauen antreten, auf den geraden sowohl Männer als auch Frauen. Um ein Landtagsmandat zu erreichen gelten nur die ersten Plätze der Listen bis fünf oder sechs als aussichtsreich. Am Samstag, dem zweiten Tag der Landesdelegiertenkonferenz, wählten die rund 110 Delegierten turnusgemäß einen neuen Landesvorstand. Zur neuen Landessprecherin wurde Stephanie Erben gewählt, die Sprecherin des Kreisvorstande Saalfeld-Rudolstadt ist und in den vergangenen zwei Jahren als Beisitzerin im Landesvorstand bereits Erfahrungen sammeln konnte. Stephanie Erben betont: „Besonders freut mich, dass im neuen Landesvorstand so viele junge Grüne dabei sind und sich engagiert einbringen wollen“. Die bisherige Sprecherin Babette Pfefferlein trat für das Amt nicht wieder an, weil sie für einen Listenplatz zur Landtagswahl kandidierte und dafür auch das Vertrauen der Delegierten erhielt. Der männliche Landessprecher ist weiterhin Dieter Lauinger aus dem KV Erfurt, der das Amt bereits seit 2009 innehat. Dieter Lauinger kommentiert: „Auf unserer Liste finden sich alte wie neue Gesichter, die mit ihrer Kompetenz viele Themenbereiche abdecken. Ich bin mir sicher, dass wir im nächsten Jahr gemeinsam einen guten Wahlkampf führen und stärker als

bisher in den Landtag einziehen werden“. Anja Siegesmund fügt hinzu: „Ich freue mich auf einen starken grünen und frechen, spritzigen Wahlkampf mit dem gewählten Team. 2014 ist unser Jahr der großen Chance“. Zum Schatzmeister wurde wieder Olaf Müller aus dem KV Jena gewählt, der schon in den vergangenen zwei Jahren für die Finanzen des Landesverbandes zuständig war. Zudem wurden die VertreterInnen Thüringens in den Länderrat, den Bundesfinanzrat und den Bundesfrauenrat sowie die neuen Rechnungsprüferinnen gewählt. Schließlich wurden mehrere Anträge beschlossen, darunter der Leitantrag „Eigenständig. Konzeptstark. Grün – Thüringen 2014 sozial-ökologisch erneuern“. Ohne Ausnahme stimmten alle Delegierten diesem Antrag zu, in dem es heißt: „Grundsätzlich sind wir zu Gesprächen mit allen demokratischen Parteien im Land bereit“. Schließlich seien „allein die Summe politischer Gemeinsamkeiten, der Wille zu echten ökologischen und sozialen Reformen und die gemeinsame Durchsetzungskraft“ entscheidend. Mit diesen Menschen auf der Liste, die die richtige Mischung aus Landtagserfahrung und neuem Schwung mit sich bringen, soll im kommenden Jahr für starke Grüne im Thüringer Landtag gekämpft werden. Das Ziel ist es, den Wiedereinzug in den Landtag zu sichern und mit noch mehr Abgeordneten als bisher vertreten zu sein, damit Thüringen mit mehr grünen Ideen und Konzepten gestaltet werden kann. 2009 waren die Grünen nach jahrelanger Parlamentsabstinenz mit 6,2% in den Landtag eingezogen. Sie sind dort mit sechs Abgeordneten vertreten. Bei der Bundestagswahl im September 2013 erhielten sie mit 4,9% einen Dämpfer.

Franca
Schneider

KW-Bericht:
Mitglieder der Rechten Szene

Bericht
Sturmgewehre, Maschinenpistolen, Springmesser und Schlagstöcke in Thüringen beschlagnahmt

Mitglieder der rechten Szene sind in Thüringen durchsucht worden und Waffen wurden bei ihnen gefunden.

Erfurt: Nach den Aussagen eines Mitglieds der rechten Szene, der seit Juni 2013 in Haft sitzt, da er gegen seine Bewährungsauflagen verstoßen hatte, konnten am 29.08.2013 Wohnungsdurchsuchungen im Landkreis Gotha und in Erfurt durchgeführt werden. Seit Juli 2013 wird das Ermittlungsverfahren gegen vier Verdächtige vom Landeskriminalamt Thüringen und der Staatsanwaltschaft Erfurt durchgeführt. Während den gefährlichen Wohnungsdurchsuchungen wurden mehrere Schieß-, Hieb- und Stoßwaffen beschlagnahmt. Darunter befand sich auch eine Deko-Waffe. Die Eigentümer der Waffen können der Rechten Szene zugeordnet werden, da ihr Treff- und Sammelpunkt in Crawinkel einschlägig bekannt ist. Die Immobilie wurde Ende 2011 durch Angehörige der Rechten Szene erworben. Die Beschuldigten unterhielten im weiteren Kontakte zum bekannten Szenetreff „Objekt 21“ in Windern, Österreich, welcher inzwischen aufgelöst ist. In diesem Zusammenhang befindet sich ein 27jähriger noch in Haft. Gegen ihn liegt ein EU-Haftbefehl aus den Ermittlungen österreichischer Sicherheitsbehörden vor.

Franca
Schneider

Reportage
Die Agentur für Arbeit in Tradition des NS-Reiches

Die Agentur für Arbeit in Tradition des NS-Reiches

Die Dienstvilla des Thüringer NSDAP-Gauleiters Ernst Friedrich Christoph Sauckel ist seit 1995 eine Schulungsstätte der Bundesagentur für Arbeit.[25]

Der Hausherr Fritz Sauckel bewohnte die Villa 1938 bis 1945 mit seiner Frau und seinen zehn Kindern, wobei zwei KZ-Häftlinge zu Hausarbeiten beschäftigt wurden. Von der Straßenseite aus kann man auf das Konzentrationslager Buchenwald sehen. 1937/1938 vom Architekten Hermann Giesler errichtet, ist es ein großzügig angelegter Dreiflügelbau im Stile eines Stadtpalais, angelehnt an eine alte Windmühle, in der Windmühlstraße 19/21. Giesler erhielt dafür die Ehrenbürgerwürde der Stadt Weimar durch Fritz Sauckel.[26] Geboren wurde Fritz Sauckel am 27. Oktober 1894 in Haßfurt, Unterfranken. Mit 15 Jahren verließ er das Gymnasium ohne Abschluss und ging dann als Matrose zur kaiserlichen Marine. Als solcher wurde sein Schiff 1914 bei Kriegsausbruch gekapert und er erlebte den Ersten Weltkrieg in einem französischen Internierungslager, wo er begann sich politisch und insbesondere antisemitisch zu orientieren.[27] In der Weimarer Republik lebte er zunächst ärmlich als Hilfsarbeiter in der Metallindustrie.[28] Er übernahm die NS-Ideologie, wonach die Juden an seiner Lage schuld seinen und glaubte an die Notwendigkeit der Bekämpfung des „Weltjudentum“. In den frühen 1920er Jahren war Sauckel Kreisleiter von Unterfranken im Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund. 1923 wurde er Mitglied der NSDAP, wenig später wurde er zum Ortsgruppenleiter in Ilmenau sowie zum Bezirksleiter der Partei in Thüringen gewählt. Er zieht nach Ilmenau um und studiert am Ilmenauer Technikum.[29] 1924 gründete der die völkische Kampfzeitung „Der Deutsche Aar“. In diesem Jahr heiratete er auch seine Jugendliebe Elisabeth Wetzel. 1925 wurde er Geschäftsführer im Landesverband Thüringen der NSDAP und 1927 nach dem vom ihm organisierten Sturz des bisherigen Amtsinhabers Artur Dinter, Gauleiter des NSDAP-Gaues Thüringen. Er wandelte Thüringen zum Trutzgau des Reiches. Mit den Wahlerfolgen der NSDAP 1929 zog Sauckel in den Thüringer Landtag ein und wurde Fraktionsvorsitzender unter der Baum-Frick-Regierung, in der die NSDAP zum ersten Mal an einer deutschen Landesregierung beteiligt war. Der VI. Thüringer Landtag wählte Sauckel am 26. August 1932 zum Staatsminister des Inneren. Er übernahm auch den Vorsitz der Landesregierung. Am 5. Mai, nach der Reichtagswahl März 1933 und der Machtergreifung Hitlers, wurde er Reichsstatthalter in Thüringen, am 12. November 1933 Mitglied des Reichstages und 1934 zum SS-Gruppenführer ehrenhalber ernannt. Am 27.Mai 1936 gründete er die Wilhelm-Gustloff-Stiftung in Weimar und wurde durch Adolf Hitler zum Stiftungsführer dieses Rüstungskonzerns ernannt. Am 1. September 1939 wurde er Reichsverteidigungskommissar für den Wehrkreis IX in Kassel. Am 21. März 1942 wurde Sauckel Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz (GBA). Als solcher war er für die Deportation und Organisation von etwa fünf Millionen ausländischer Arbeitskräfte nach Deutschland verantwortlich, die für die deutsche Industrie und Landwirtschaft Zwangsarbeit verrichten mussten. Ab 1942 setzte Sauckel gegen den Widerstand von General Alexander von Falkenhausen durch, dass Zwangsarbeiter zwangsrekrutiert und nicht mehr freiwillig angeworben wurden. Falkenhausen war ab diesem Zeitpunkt Sauckels persönlicher Feind. Der Erlass Hitlers vom 21.März 1942 über die Ernennung eines Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz leitet die massenhafte Zwangsdeportation von Millionen europäischer Arbeitskräfte zum Einsatz in der deutschen Rüstungswirtschaft ein. Nur wenige ließen sich mit Versprechen ködern, Ex-Seemann Sauckel „shanghaite“ die große Mehrheit mit brutaler

[25] www.welt.de
[26] www.wikipedia.de/villa_sauckel
[27] www.mdr.de/lexi_tv
[28] www.mdr.de/lexi_tv
[29] www.mdr.de/lexi_tv

Gewalt, ganze Dörfer im Osten ließ der GBA niederbrennen, Städte wurden durchkämmt und Wälder. Die Reise der Verschleppten endete in Lagern, bei härtester Arbeit und wenig Nahrung. Tausende starben in den Stollen unterirdischer Rüstungsfabriken, wie dem KZ Mittelbau Dora, der Rest vegetierte elend dahin.

„*Die Sicherstellung der für die gesamte Kriegswirtschaft, besonders für die Rüstung erforderlichen Arbeitskräfte bedingt eine einheitliche ausgerichtete, den Erfordernissen der Kriegswirtschaft entsprechende Steuerung des Einsatzes sämtlicher verfügbarer Arbeitskräfte einschließlich der angeworbenen Ausländer und der Kriegsgefangenen sowie die Mobilisierung aller noch ungenutzten Arbeitskräfte im Großdeutschen Reich einschließlich des Protektorats sowie im Generalgouvernement und in den besetzten Gebieten. Diese Aufgabe wird Reichsstatthalter und Gauleiter Fritz Sauckel als Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz im Rahmen des Vierjahresplanes durchführen. In dieser Eigenschaft untersteht er dem Beauftragten für den Vierjahresplan unmittelbar. Dem Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz stehen zur Durchführung seiner Aufgaben die zuständigen Abteilungen III (Lohn) und V (Arbeitseinsatz) des Reichsarbeitsministerium und dessen nachgeordnete Dienststellen zur Verfügung.“*[30]

Sauckel wurde am 16. Oktober 1946 in Nürnberg am Galgen hingerichtet. Sein Rechtsanwalt behauptete in der Gerichtsverhandlung, dass die zwangsweise Überführung von mehr als fünf Millionen Fremdarbeitern in das Reich unter häufig entsetzlichen Bedingungen weder illegal noch unmenschlich gewesen sei. Es wurde behauptet, Sauckel habe keine absolute Vollmacht bei der Abwicklung dieses Programms gehabt, er sei von Natur aus keineswegs grausam und habe „nur seine Pflicht getan“. Doch bereits zu Lebzeiten galt Sauckel als banal, ungebildet und unbeholfen.[31] Sauckel wirkte in dem Prozess kläglich und hässlich, ganz anders der gutaussehende, redegewandte Managertyp Albert Speer.[32] In der Verhandlung wurde er für schuldlos nach den Punkten Gemeinsamer Plan oder Verschwörung und Verbrechen gegen den Frieden befunden, einstimmig hingegen für schuldig nach den Punkten III und IV Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit wegen der Verschleppung von Millionen Menschen und deshalb zum Tode durch den Strang verurteilt. Immerhin: Sauckel sei „der größte und grausamste Sklavenhalter“ gewesen, „seit den ägyptischen Pharaonen“, meinte US-Ankläger Robert H. Jackson. Sauckel hatte ein Todesurteil nicht erwartet, brach in Tränen aus und hielt Übersetzungsfehler seiner Aussage für ursächlich. Er sei selbst nie ein grausamer Mensch gewesen. Sauckel konnte nicht fassen, dass der Mitangeklagte Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion Albert Speer, auf dessen Anforderung Sauckel immer neue Schübe von Zwangsarbeitern geliefert hatte, lediglich mit einer 20jährigen Gefängnisstrafe davonkam.[33] Ist Sauckel, glatzköpfiger Schrumpf- Pharao mit Hitlerbärtchen, die treffende Illustration zu Hannah Arendts Wort von der Banalität des Bösen? Wenn Pflichterfüllung um jeden Preis eben banal ist – und böse – mag das stimmen. In den Jahren 1996 bis 2000 wurde das Gebäude die Villa Sauckel saniert, wobei es aus Denkmalschutzgründen baulich unverändert blieb. Seitdem ist das Haus Sitz der Verwaltungsschule der Bundesagentur für Arbeit. Außerdem wird die Villa für kulturelle Veranstaltungen genutzt. Auch diese Tradition gab es schon bei Sauckel, dieser sagte „Neben wirtschaftlichen und sozialen Fragen widmete ich viel Zeit und Anstrengung der Förderung der kulturellen Tradition meines Gaues, den ich sehr liebte.“ Die Arbeitsverwaltungsbehörde übernahm 1933 ohne großes Zögern zentrale Funktionen in der Arbeitsmarktpolitik der NS-Regierung. Obwohl erst 1927 gegründet und verwaltet durch Friedrich Syrup als Präsident,

[30] www.wikipedia.de/fritz_sauckel
[31] www.mdr.de/lexi_tv
[32] www.mdr.de/lexi_tv
[33] www.wikipedia.de/fritz_sauckel

galt die Behörde als DIE sozialpolitische Errungenschaft der Weimarer Republik. Er übte die Tätigkeit ununterbrochen bis 1939 aus. Sie verfügte über einen bürokratischen Apparat und über breite Erfahrungen im Umgang mit Arbeitslosigkeit und Erwerbslosen und war nicht die Gewerkschaft, auf die das NS-Regime in der für die erste Stabilität entscheidenden „Arbeitsschlacht“ der Jahre 1933/34 angewiesen war. 1935 erhielt die Behörde das staatliche Monopol auf Arbeitsvermittlung, Arbeitskräfteverteilung und Berufsberatung, das 1936 mit der Arbeitsbuchpflicht die Kontrolle aller Beschäftigten-Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt ausübte. Die Reichsanstalt war längst nicht mehr nur für die Vermittlung der erfassten Erwerbslosen und notfalls für deren materielle Unterstützung zuständig, sondern zur „Arbeitseinsatzbehörde“, zur zentralen Instanz zunächst der systematischen Lenkung der vorhandenen arbeitsuchenden Arbeitskräfte und dann der Mobilisierung, Beschaffung, Aushebung und Verpflichtung zusätzlicher Arbeitskräfte geworden, die „die volle Nutzung der menschlichen Arbeitskraft zu Produktionszwecken“ im Rahmen von Rüstungsproduktion und Kriegsplanung sicherzustellen hatte. Mit dem steigenden Mangel an Arbeitskräften und den zunehmenden Einberufungen zur Wehrmacht einerseits und den verschärften Kompetenzstreitigkeiten andererseits zwischen staatlichen, militärischen und parteilichen Stellen wurde die Arbeitsverwaltung durch die Ernennung des Gauleiters von Thüringen, Fritz Sauckel, zum „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“ reorganisiert. Sauckel war Hitler direkt unterstellt und konnte direkt über den bürokratischen Apparat der Abteilungen Lohnpolitik und Arbeitseinsatz, so vor allem über die Arbeitsämter, verfügen. Gleichzeitig ernannte er die Gauleiter zu seinen Bevollmächtigten. In nur wenigen Jahren war die Arbeitsverwaltung zu einer wichtigen Machtzentrale geworden, die in der Arbeitskräfte-Lenkung für die Rüstungsproduktion und schließlich die Arbeitskräfte-Beschaffung aus dem Besetzten Europa, als Veraltungsapparat, „über Leben und Tod mitentscheiden konnte.“1957 erschien ein Nachdruck einer Schrift von Syrup mit dem Titel „Hundert Jahre Sozialpolitik 1839-1939“ mit einem Geleitwort des damaligen Präsidenten Julius Scheuble. Er würdigte nachdrücklich die Doppelaufgabe des Ministeriums und belegt damit offen die aktive Beteiligung der Behörde an der NS-Politik. Ihr tatsächliches Wirken, ihre Methoden und Arbeitstechniken provozieren weder Verdacht noch Nachfragen, sondern konnten in der Verpackung preußischer Pflichterfüllung noch positiv für das eigene Selbstverständnis gewertet werden. Inzwischen ist durch die moderne Geschichtsschreibung der Zusammenhang von Arbeitsämtern und „Vernichtung durch Arbeit“ nachgewiesen. Auch in den Dokumentationen aus der NS-Zeit wird nie die Willfährigkeit der Amtsangestellten der Agentur für Arbeit begründet oder entschuldigt. Vielmehr wird in seiner Darstellung der Jahre 1933-1939 durchgehend von der „fachlichen Notwendigkeit“ gesprochen, die die Arbeitsämter, zuweilen auch gegen andere Machtzentren des Dritten Reiches, durchgesetzt und exekutiert hatten. Die Nationalsozialisten benötigten eine erfahrene und funktionstüchtige moderne Arbeitsverwaltung und verhalfen umgekehrt dort bereits entwickelten modernen sozialtechnischen Konzepten zum politischen Durchbruch. Auch Veröffentlichungen anderer führender Personen der Arbeitsverwaltung bestätigen den Eindruck, dass das Jahr 1933 keinen entscheidenden Bruch in der deutschen Arbeitsverwaltung darstellt. Im Jahr 1927 wurde durchgesetzt: die sozialstaatliche Bewirtschaftung der Arbeitskräfte, eine Auslese des zur Verfügung stehenden Menschenmaterials, die Schaffung eines richtigen Anreizes zur Leistungssteigerung des Menschen durch Anwendung der wirkungsvollsten Lohnsysteme, Aufbau einer zentralen Behörde, Versicherungsprinzip statt staatliche Fürsorge, Arbeitsvermittlung auch als planmäßige Auswahl und Lenkung der Arbeitskräfte nach wirtschaftspolitischen Erfordernissen. Diese Schlagworte sind auch noch heute Politik in jeder Agentur für Arbeit, kombiniert werden sie mit Begriffen wie Zwangsmassnahmen, Arbeitsfähigkeit und Bewerbungszwang. Auch sind die Beträge, die gezahlt werden nicht geeignet, Personen auf Dauer zu versorgen, wie das auch geplant ist. Der Widerstand gegen ALGII formiert sich kaum, da es Abhängigkeiten gibt, auf das Geld angewiesen zu sein.

Obwohl es immer wieder Gerüchte gibt, dass es Personen zusätzlich bekommen. Auch sind die sozialpolitischen Praktiken der Agenturen für Arbeit eher fragwürdig. Bekommt der Eine ständig eine Weiterbildung finanziert, erhält die Andere den Anfang einer Weiterbildung und dann „würde es ihr angeblich nicht liegen“ und „kein Geld wäre mehr da“, weshalb sie ihre Ausbildung nicht abschließen kann. Ein Anderer erhält schließlich ein Einzelcoaching, wo im Detail alle Probleme besprochen werden, da er Druck über seinen ehemaligen Job als Kameramann machen kann. Bemerkenswert ist auch immer wieder, wie das Kollektivleben in der Agentur für Arbeit ist: Blecheweise wird Kuchen geliefert, es finden täglich Treffen in den Büros für Mittagessen, Zwischenmahlzeiten und Frühstück statt. Glück kann man haben, wenn man ganz früh einen Termin hat. Druck, dass dort jemand an den Anträgen arbeitet, muss man ständig machen. Es kamen schon Mehrere auf die Idee an Gerichten zu beantragen, dass sie ihre Anträge selber eingeben. Und tatsächlich ist dem ein oder anderen der Begriff der „Sklavenhalterei“ in Zusammenhang mit der Agentur für Arbeit schon mehrfach rausgerutscht. Und wie zu sehen ist, ist auch klar das die Tradition dieser Art der Sozialpolitik in der Villa Sauckel mit kulturellen Veranstaltungen und Bildungsseminaren immer noch sozialisiert wird. Die Villa jedenfalls fand auf Dauer ihren neuen Zweck.

Literatur

1. Steffen Raßloff, Fritz Sauckel. Hitlers „Muster-Gauleiter“ und „Skalvenhalter“. Schriften der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Band 29, 4. Auflage, Erfurt 2012. ISBN 978-3-937967-18-9 www.db-thueringen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-25450/sauckelbiographie.pdf
2. Adam Tooze, Ökonomie der Zerstörung, Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus, Siedler, München 007. ISBN 978-3-88680-857-1, ISBN 978-3-89331-822-3, ISBN 3-570-55056-7
3. Lebensläufe. Fritz Sauckel – Gauleiter der NSDAP in Thüringen. Der größte Sklavenhalter seit den Pharaonen, www.mdr.de/doku/1081186.html

Franca
Schneider

Der ADA und der StDA

Apotheker im Nationalsozialismus
Ein kurzes Kapitel in der Pharmaziegeschichte Deutschlands

Der ADA und der StDA – Apotheker im Nationalsozialismus

Ein kurzes Kapitel in der Pharmaziegeschichte Deutschlands

Unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise übersprang die Protestbewegung des Nationalsozialismus endgültig die Grenzen von Stadt und Land. Wie bei den Ärzten so war auch bei den Apothekerverbänden die Annäherung an den Nationalsozialismus nicht mehr zu verkennen. Überall begann eine antizipierte Gleichschaltung um sich zu greifen, dass heißt die bestehenden pharmazeutischen Organisationen wurden vom Nationalsozialismus unterwandert und ihre Führungsschicht nazifiziert. Das betraf auch den „Deutschen Apothekerverein“ und die Fachgewerkschaft VdA. Es waren seit dem Dezember 1930 satzungsgemäß auch Apotheker im Ärztebund integriert. So waren neben Burger, Fiek und Stibbe, z.B. auch die Apotheker Schmierer, Kaufmann und Zaumer Mitglied in dieser Organisation. Die Apotheker im NS-Ärztebund wurden als besondere „Fachschaft der Apotheker im NS-Ärztebund“ in loser Form organisatorisch zusammengefasst. Ihr Obmann war Max Burger, Hamburg. Mitte 1932 übernahm Fiek die Leitung der Gesamtfachschaft Apotheker im NS-Ärztebund und wurde dadurch Mitglied der Reichsleitung dieser angeschlossenen Organisation. In Personalunion übernahm er gleichzeitig auch die Betreuung der Fachgruppe Apotheker im Amt für Volksgesundheit der NSDAP. Damit hatte er nun auch eine parteiamtliche Funktion. Es gelang Fiek schon Anfang 1932 unter Führung der Apothekenbesitzer W. Schänker und H. Ludwig die „Gemeinschaft Deutscher Apothekenbesitzer e.V.“ ins Leben zu rufen. Beide Organisationen fügte Fiek zu einer „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Apotheker“ (ADA) zusammen. Fiek sprach einige Forderungen aus: zum einem eine einzige fachliche Zeitung des Apothekerstandes mit Hakenkreuz auf dem Titelblatt, durch beständige Aktivität, schrankenlose Agitation und Ausnutzung aller Möglichkeiten, erreichte er eine parteiamtliche Billigung. Er forderte außerdem eine bestimmte Standesgesinnung und Standeskultur, die Abkehr vom hemmungslosen Wirtschaftsliberalismus und von jüdisch-merkantilen Händlergeist müssen den Missbrauch von der „Ware“ Arzneimittel beseitigen. Arzneimittel dürften in Zukunft nicht mehr billige Industriekonserve sein, die mit Preisdumping, Rabatte und über Versandgeschäfte an die Verbraucher vertrieben würden, sondern die Grundlage der zukünftigen Pharmazie müsse wieder in enger Zusammenarbeit mit der NS-Ärzteschaft die Rezeptur werden. Dazu benutzte Fiek eine griffige Formulierung: Hatte der Liberalimus gesagt, Besitz berechtigt, und der Marxismus-Leninismus Besitz ist Unrecht, so sagen die ADA-Leute dagegen, Besitz verpflichtet. Dabei sollte der Primat des Politischen, das heißt die NS-Weltanschauung unter allen Umständen, Vorrang vor allem anderen haben. So kam in langen Auseinandersetzungen innerhalb der ADA eine Reihe von konkreten Forderungen zusammen, und Fiek war es vorbehalten, diese zu einem Programm zusammenzufassen. Vom 15.09.-19.09.1932 fand die dritte Reichstagung des NSDÄB in Braunschweig statt. Auch die 89 Apotheker, die stellvertretend für die ca. 200 in der ADA organisierten Kollegen nach Braunschweig gekommen waren, schlossen ihre Auseinandersetzungen und Diskussionen mit der Vorlage eines gemeinsamen wirtschafts- und standespolitischen Programms ab. 1932 gelang es erstmals bei den Berliner Kammerwahlen ADA-Leute unter der Rubrik „Nationale Apotheker“ in die Kammerversammlung zu wählen. So sorgten die fünf Nationalsozialisten in der Berliner Apothekenkammer für turbulente Auftritte und Schwierigkeiten für das bestehende Regime. Auch sonst wurden durch laufende Aktivitäten, Vorträge und dergleichen durch die Berliner ADA, die ja hier führend war, neue Zuhörerkreise erschlossen.

Weitere Ortsgruppen waren, so in Danzig (Leitung: Puzel und Lietsch), Magdeburg(Schlichting, Dr.Heber, Dr. Peters), Dresden(Schöttler, Fiek), Berlin (Schlipp, Skibbe, Ebel, Schänker), Hamburg (Burger, Heilhäcker), Chemnitz (Baumgärtner, Stock), Woltersdorf (Ludwig, Kassenwart der ADA), Merseburg (Nawroth), Rhein-Ruhr-Gau (Kienast-Essen,

Schneider-Herne), Hannover (Dr. Meyer, Cordes), Hessen-Nassau (Köhler-Kassel, Zeiße-Felsberg, Geiß-Gelnhausen), Leipzig (Schmelz)

Der Kommissar für den Deutschen Apotheker-Verein Dr. Heber, hat zu seiner Unterstützung und zur Überwachung der Durchführung der von ihm getroffenen Anordnungen folgende Kommissare in den Gauen eingesetzt:

Gau	Kommissare
Aachen, Düsseldorf-Bergisch Land, Köln und Niederrhein	Ziesche
Baden, Württemberg	Schmierer
Bayern, Südbayern, Pfalz	Julius Lang
Nordbayern	Brocke
Berlin	Schänker
Ringgau Berlin, Brandenburg, Ostmark	Windemuth, Dr. Steinhorst
Braunschweig, Magdeburg-Anhalt	Reinsch
Groß-Hamburg	Peemöller
Hessen, Rhein-Main-Gau	Geis
Hessen-Waldeck	Zeiße
Liegnitz, Mittelschlesien, Oberschlesien	Bauer
Mecklenburg	Funke
Mitteldeutschland	Nawroth
Niedersachsen - Nordteil, Oldenburg	Firsching
Niedersachsen – Südteil	Faaß
Ostpreußen	Peterenz
Pommern	Duncker
Rhein-Mosel-Saar	Ernst Holler
Rhein-Ruhr	Günther Kienast
Freistaat Sachsen	Baumgärtel
Schleswig – Holstein- Lübeck	Ritter
Thüringen	Koch
Westfalen – Lippe	Schneider

Ende 1932 hatte die ADA erreicht, dass sie durch ihre heftige Agitation eine nicht mehr zu übersehende Potenz in der Pharmazie darstellte. Die Nazifizierung des Mittelstandes hatte auch die Heilberufe mit einbezogen. Vertreter der ADA-Gruppe gingen mit Anklagen, gerichtlichen Auseinandersetzungen, Versammlungen usw. gegen Personen und Einrichtungen der bestehenden Apothekerorganisationen vor. Dabei nutzten sie geschickt soziale Spannungen, Ungerechtigkeiten und Neid, wie die zahlreichen überlieferten Polemiken beweisen. Auch sonst häufte sich im Frühjahr 1933 die Ernennung von Kommissaren im beispiellosen Maße. Die Kommissare sind außerordentliche Beauftragte und Bevollmächtigte der Zentralgewalt und ein spezifisches Instrument der nationalsozialistischen Machtergreifung. Kommissar Conti entfernte daraufhin die belastete Ministerialräte Schopohl (Zentrum) und Lustig (SPD). Dank seiner SS-Zugehörigkeit hatte Conti unmittelbaren Zutritt zum Polizei bzw. GESTAPO-Apparat, und es gelang ihm, Schmierers Aktionen zu durchkreuzen. Der pharmazeutische Referent Rothe in der preußischen Gesundheitsverwaltung des Innenministeriums geriet besonders unter ADA-Beschuss. Die schon so frühzeitig erfolgte Berufung Contis zum Kommissar in die Gesundheitsverwaltung, lässt darauf schließen, dass Conti und seine Gefolgsleute bei Göring großen Einfluss besaßen. So beantragte der DAV bei Göring eine neue Hauptversammlung über die Fachpolitische Lage zu beraten. Um die Absicht der neuen Regierung etwas besser zu erkunden, er wirkte

der DAV bei Göring die Zusage im Februar eine Abordnung von Apothekern zur Schilderung ihrer Notlage zu empfangen. Göring empfing die Abordnung der Apotheker im Februar. So war unter der nominellen Oberleitung Papens Hermann Göring im Verlaufe der zweiten Notverordnung als „Kommissar des Reichs“ (K.d.R.) für das Preußische Innenministerium eingesetzt worden und hatte hier eine unmittelbare Möglichkeit, im NS-Sinne tätig zu werden. Auch sonst häufte sich im Frühjahr 1933 die Ernennung von Kommissaren im beispiellosen Maße. Die Preußische Gesundheitsverwaltung ressortierte im Innenministerium und der dortige K.d.R. Göring setzte den bisherigen Leiter des NS-Ärztebundes in Berlin Leonardo Conti als Kommissar z.b.V. ein. Weiniger im Blickfeld der Öffentlichkeit, dafür aber den Bereich des Medizinalwesens und damit auch den der Pharmazie stärker betreffend, war Kommissar Conti in der Lage, binnen kurzem als belastete Ministerialräte wie Schopohl (Zentrum) und Lustig (SPD) zu entfernen. Am meisten stand der pharmazeutische Referent Rothe in der preußischen Gesundheitsverwaltung des Innenministeriums unter ADA-Beschuß. Indes blieb Rothe jedoch zunächst im Amt. Die schon so frühzeitig erfolgte Berufung Contis als Kommissar z.b.V. in die Gesundheitsverwaltung lässt darauf schließen, dass sich Conti und seine Gefolgsleute sorgfältig für diese Stunde vorbereitet hatten und damals bei Göring großen Einfluss besaßen. Göring empfing die Abordnung von Apothekern am 21.Februar. Conti wies daraufhin, dass alle Wünsche hinsichtlich pharmazeutischer Berufsfragen über den zuständigen Obmann der NSDAP, Hanns-Reinhard Fiek, zu leiten seien. Es war klar, dass der medizinische und pharmazeutische Sektor von den im NS-Ärztebund organisierte Kräften daraufhin kritisch überprüft wurde, wo hier durch entsprechende Eingriffe eine Gleichschaltung durchgeführt werden könnte. In enger Zusammenarbeit zwischen Fiek und Conti provozierte man den „Deutschen Apothekerverein“, um Möglichkeiten für ein Eingreifen zu schaffen. Noch vor der Reichtagswahl, nämlich am 03.März 1933, hatten Fiek und Conti den Vertreter des DAV, Büsch, weitgehend von der weiteren Mitarbeit ausgeschaltet. Am 07.März 1933 hielt Conti einen Vortrag über „Bonzen- und Judenwirtschaft im Berliner Gesundheitswesen“, in dem er die starke „Verjudung“ gerade auch der pharmazeutischen Organisation kritisierte. Als nächstes wurde die Apothekergewerkschaft brüskiert. Fiek forderte im „Schweizerhof“, dem Hauptquartier des VdA, telefonisch Material zur Helferinnenfrage an und geriet dabei an den VdA-Führer Peiser. Fiek belehrte ihn sodann, dass er mit Juden keinerlei Verhandlungen führe, sondern arische Gesprächspartner wünsche. Prinzipiell und formaljuristisch wurde die Arisierung des Apothekenwesens erst seit 1935 in mehreren kleinen Schritten durchgeführt. Natürlich waren nach der Machtübernahme jüdische Apotheker in den Krankenkassen und Revisionsverbänden ausgeschaltet worden, ebenso wie sozialdemokratische oder kommunistische Apotheker. Auf der anderen Seite aber hatte eine ganze Reihe jüdischer Apothekenbesitzer ihre Apotheken nach außen hin dadurch „getarnt“, dass sie die Leitung formal einem „arischen“ Apotheker übertrugen. 1936 wurden die Bestimmungen des Pachtgesetzes so interpretiert, dass auch offiziell nun Juden keine Pächter mehr werden konnten und jüdische Apotheker ihre Apotheken an Arier zu verpachten hätten. Erst mit Beginn des Jahres 1939, das heißt im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges, wurde die endgültige „Entjudung von Apothekenbetriebsrechten“ durch Verwaltungsbestimmungen durchgeführt, indem die jüdischen Apothekenbetriebsrechteinhaber dieses zu verkaufen bzw. abzugeben hatten. Zu Beginn des Krieges setzten dann die antijüdischen Deportations- und Verfolgungsmaßnahmen sowieso einen anderen Rahmen. Ebenso forcierte Fiek seinen Kampf gegen den bisherigen Referenten für Arzneimittelwesen, Dr. Rothe. Trotz der heftigen Agitation der ADA-Leute und der beschwörenden Haltung der opportunistischen Kräfte, doch sich möglichst schnell mit dem neuen Regime zu arrangieren, begann der Vorstand des DAV unter Salzmann und Meyer, eine neue Abwehrposition aufzubauen. So formulierte der Vorstand des DAV am 22. März einen Aufruf, in dem noch einmal die Einigkeit im DAV beschworen wurde. Aber damit waren die Unruhen und die drängenden Kräfte unter den NS-

Apothekern nicht mehr zu stoppen. Mahnend wurde auf andere Berufsstände hingewiesen, wie zum Beispiel auf die Ärzte und Zahnärzte, die sich bereits mit dem neuen Regime „gleichgeschaltet“ und einem NS-Kommissar unterstellt hatten. Das gäbe der ADA Zeit zur Entwicklung, und wenn diese so weiter verliefe wie bisher, dann zerfiel der „Deutsche Apothekerverein“, und die „Gemeinschaft Deutscher Apothekenbesitzer“ in der ADA werde immer mächtiger. Auch der „Reichsverband der deutschen Zahnärzte“ wurde durch einen neuen NS-Vorstand geleitet. Der Vorstand des DAV – jetzt aus den Herren Salzmann, Sparrer, Büsch, Gebler, Schwarz, Wachsmuth-Melm bestehend – verkündete in einem Aufruf, dass er sich ab 30. März 1933 dem Herrn Apothekenbesitzer Dr. Karl Heber, Magdeburg, Mitglied des „Deutschen Apothekervereins“ und des „NS-Deutschen Ärztebundes“ als Kommissar für den „Deutschen Apothekerverein“ unterstelle. Der Kommissar übernahm sofort zügig seine Arbeit. Gestützt auf die Vorarbeiten seiner engsten Mitarbeiter wie Fiek, Ebel, Skibbe usw. begann er, die Vorbereitungen für die endgültige Neugestaltung der pharmazeutischen Organisationen zu schaffen und so berief Heber die außerordentliche Hauptversammlung des DAV für Sonnabend, dem 22.April 1933, ins „Landwehr-Kasino“ in Berlin ein. Außerdem setzte der Kommissar Dr. Heber für die einzelnen Bezirke und Untergruppen vorläufige Kommissare ein, die die Gleichschaltung des „Deutschen Apothekervereins“ in seinem Sinne durchführen sollten. Karl Heber, Dr. phil, geb. 1891, war von Hause aus Chemiker und hatte sich im Krieg 1914/18 besonders mit Gaskriegs- und Gasschutzfragen beschäftigt. Nach dem Krieg hatte er das Pharmaziestudium aufgenommen und die Approbation als Apotheker erworben. 1930 übernahm er von seinem Schwiegervater die Leitung der „Sternapotheke“ in Magdeburg. Heber war seit 1931 Mitglied des „Deutschen Apothekervereins“ und seit frühen Zeiten Mitglied der NSDAP. Er gehörte zu den ursprünglichen Gründungsmitgliedern der ADA. Nach seinem Ausscheiden – Ende 1933 – aus der Leitung der Standesgemeinschaft übte Heber keine politischen Funktionen mehr aus. Als Reserveoffizier nahm er am Polenfeldzug teil und fiel 1939. War bisher der Schwerpunkt der ADA-Tätigkeit im norddeutschen Raum und vor allem in Berlin gewesen, so begann nun auch im süddeutschen Raum die Nazifizierung der Apothekerorganisationen rasch voranzuschreiten. Neben diesen Gleichschaltungs- und Umbesetzungstätigkeiten begann unter der Leitung Hebers auch ein standespolitischer Kampf. Die ersten politischen Verfolgungen gegenüber Medizinalpersonen bzw. Pharmazeuten setzten im April ein. Inspiriert durch entsprechende Aktionen im NS-Ärztebund begannen die ADA-Apotheker, die Parole auszugeben: „Deutsche Ärzte verordnen nur deutsche Mittel“. Daraufhin wurden sogenannte „Schwarze Listen“ veröffentlicht, in denen man Präparate aus jüdischen Firmen brandmarkte. Immerhin verkündete am 10.April eine Pressenotiz, dass sich der Kommissar Dr. Heber genötigt sah, den bisherigen der „Apothekergemeinschaft“, Max Burger, wegen „gemeinschaftsschädigenden Verhaltens“ aus der ADA auszuschließen. Neben diesen Aktionen zur Gleichschaltung bzw. zur personellen Durchdringung des „Deutschen Apothekervereins“ und zur Ausschaltung oppositioneller Kräfte war die ADA-Führung unter Fiek, Heber und Skibbe in diesen Wochen und Monaten vollauf damit beschäftigt, ein Grundmodell für die Neuordnung des Apothekerstandes zu entwickeln. Schon vor der Machtübernahme hatte die ADA immer wieder betont, dass als Bausteine der zukünftigen Standesgemeinschaft nur die ADA und bestimmte Teile des „Deutschen Apothekervereins“ für die Neuordnung in Frage kämen. Die Grundsätze dieser neu zu schaffenden Standesgemeinschaft deutscher Apotheker legte Dr. Heber in einer Denkschrift nieder, die allen Apothekern zugeschickt wurde. Gemäß der Heberschen Denkschrift sollten sich die ADA und der DAV zur „Standesgemeinschaft Deutscher Apotheker“ vereinigen. Jeder Apotheker und Besitzer einer deutschen Approbation könne Mitglied in der Organisation werden. Unterteilt wurde die zukünftige Standesgemeinschaft in die Hauptabteilung A, die ehemalige ADA und die Hauptabteilung B, den ehemaligen DAV. Für die Hauptabteilung A kamen als wichtige Aufgaben in Betracht: 1. Arbeitspolitik, 2. Kammerarbeit und

Standesarbeit. Unter Standesarbeit verstand man das Bestreben um berufliche „Sauberkeit“ , den Kampf für Innehaltung der gesetzlichen Vorschriften und zwar sowohl innerhalb wie vor allem auch außerhalb des Standes. Hier sollte die berufliche „Sauberkeit“ der Mitglieder, aber auch der Ärzte, Tierärzte, Drogisten, Heilpraktiker, Krankenkassen beobachtet werden und gegebenenfalls die entsprechenden Standesgerichte veranlasst werden, gegen Verstöße einzuschreiten. Die Hauptabteilung B, also die ehemaligen Mitglieder des „Deutschen Apothekervereins“ umfassend, hatte sich folgender Abteilung anzunehmen: der Abteilung 5 – Vereinstarif, Abteilung 6 – die Vereinskasse mit der Unterabteilung ZUTADA und den übrigen Unterstützungskassen und in Abteilung 7 war die Vereinsfabrikation untergebracht. Abteilung 8 war für die Werbung zuständig. Der Vereinsverlag für die Spezialitätentaxe, Ergänzungstaxe usw. in Abteilung 10 untergebracht, rundete die Hauptabteilung B ab. Schmierer beschrieb in diesem Zusammenhang nach der nationalsozialistischen Umgestaltung, dass es viel leichter geworden sei, mit diesen zusammen zu arbeiten. Dies galt besonders für den sogenannten „Burgfrieden“ mit den Drogisten bzw. die Zusammenarbeit mit der Ärzteschaft, wo man einfach den Status quo festschrieb. Besonders die Tätigkeit des NS-Ärztebundes hätte dazu beigetragen, dass die früheren in Gesundheitswesen vorhanden gewesene abschätzige wechselseitige Beobachtung überwunden sei. außerordentliche Hauptversammlung im April 1933 des „Deutschen Apothekervereins“ mit der Gründung des Standesgemeinschaft und der Auflösung von DAV und ADA dauerte nur eine Stunde. In der Ansprache Fieks wurde die „Wiedergeburt“ der Pharmazie betont. Für ihn lag der ethische Sinn der Standesgemeinschaft vor allem in einer Umkehr der bisherigen materialistischen Weltanschauung. So erschienen die Gleichschaltungsaktionen während der ersten Hälfte des Jahres 1933 als notwendige Voraussetzung für die geplante Führungswirtschaft. So entsprach die Gründung der „Standesgemeinschaft Deutscher Apotheker“ der ersten Prämisse von Hitlers Führungswirtschaft. Die vom 21.-23.April 1933 durchgeführte Gleichschaltung des „Deutschen Apotheker Vereins“ und die Gründung der „Standesgemeinschaft Deutscher Apotheker“ waren die vorläufigen Höhepunkte in der Entwicklung der „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Apotheker“ (ADA), die hier ihr erstes Ziel erreicht sah. Die von ihr konzipierte und maßgeblich von Fiek beeinflusste „Standesgemeinschaft Deutscher Apotheker“ (StDA) stellte sich mit dem Anspruch dar, es gebe in Zukunft nur noch einen einheitlichen organisierten Apothekerstand. Wir müssen aber die Entwicklung der Standesgemeinschaft mit Recht zunächst nur als Fiktion der Einheit ansehen, denn eine sehr wesentliche pharmazeutische Gruppierung aus der Weimarer Zeit war zwar durch die Gründung der Standesgemeinschaft in Frage gestellt, sie war herausgefordert, aber formal nicht tangiert, nämlich der „Verband Deutscher Apotheker“, das heißt die „Reichs-Fachgruppe Apotheker“ im Gewerkschaftsbund GDA. Daher blieb auch der VdA unter der nationalsozialistischen Leitung Aumüllers zunächst in seiner alten Form weiter bestehen. Julius Aumüller, geb. 1892, Neiße/Oberschlesien, pharmazeutisches Studium in Breslau, nach Approbation vier Jahre wissenschaftlicher Leiter einer Spezialitäten- und Drogenhandlung in Süddeutschland, danach sechs Jahre Apothekenverwalter, seit 1930 angestellter Apotheker der Apotheke in Winsen/Luhe. Im Ersten Weltkrieg Offizier und Regimentsadjutant in einem Feldartillerieregiment. Seit 1929 Mitglied der NSDAP, seit 1930 Gaupropagandaredner. Wohl hatten sich die meisten gewerkschaftlichen Verbände und Organisationen der Angestelltenschaft nach dem Beispiel des „Deutsch-Nationalen Handlungsgehilfenverbandes“ (DNHV) – Gleichschaltung am 29.April 1933 – „gleichgeschaltet“. Nach der Gründung des NSA war für Aumüller und den von ihm geführten VdA klar, dass eine spezielle Apothekergewerkschaft in dieser Form nicht weiter bestehen konnte. Die Gewerkschaft VdA wurde am 24. Mai, 10.16 Uhr, im Vereinsregister gelöscht. Der VdA wurde, wie gesagt, aufgelöst und die Einrichtungen und das Vermögen, Mitgliederbestand und die Verpflichtungen des früheren VdA gingen auf den genannten „Verband angestellter Ärzte und Apotheker“ – Väba – in der NSA über. Mit der Auflösung hatten sämtliche Organe des

„Verbandes Deutscher Apotheker“ zu bestehen aufgehört. Ein Problem ergab sich noch aus den jüdischen Angestellten, die Mitglieder des VdA waren. Hier kam es zu einer Kontroverse mit der „Standesgemeinschaft Deutscher Apotheker“. Denn Mitglieder der „Deutschen Arbeitsfront“ konnten nur Arier werden, das heißt jüdische Gewerkschaftsmitglieder hatten aus den jetzt in die Arbeitsfront übernommenen Nachfolgeverbänden der früheren Gewerkschaft, das heißt als auch aus dem Väba als Nachfolgeorganisation des VdA, auszuscheiden. Dagegen war die StDA ein „nicht ganz rassereines Kind“, denn die jüdischen Mitglieder des „Deutschen Apothekervereins“ konnten zunächst ohne weiteres auch Mitglieder der Hauptabteilung B der StDA werden. Zu einem späteren Zeitpunkt hat der bayerische Gaustandesführer Kaufmann bedauert, dass man bei der Gründung der „Standesgemeinschaft Deutscher Apotheker“ den VdA nicht mit „gleichgeschaltet“ und übernommen habe, sondern ihn so als Väba eine weitere Existenz hätte führen lassen. Dies sei der Vereinheitlichung des Standes außerordentlichhinderlich gewesen. Man muss aber bedenken, dass für die damals tonangebenden ADA-Kreise ein Verschwinden des VdA absolute Voraussetzung eines Neubeginn sein musste, und die ADA-Kreise konnten nicht vorhersehen, dass der Gewerkschaft VdA zunächst in Form einer Unterorganisation der „Deutschen Arbeitsfront“ ein Weiterleben beschert wurde. Weiter hielt Kaufmann es für einen großen Fehler, dass so schwierige Problem der Apothekenreform, also die Frage für oder gegen die Personalkonzession, an den Anfang der Vereinigungsbestrebungen zu stellen. So finden wir denn um die Mitte des Jahres 1933 neben der „Standesgemeinschaft Deutscher Apotheker“ als Nachfolgeorganisation des „Deutschen Apothekervereins“ eine Organisation der pharmazeutischen Angestellten – Väba -, wenn auch unter nationalsozialistischer Leitung. Und es blieb nun abzuwarten, wie die Entwicklung weiterging. Würde es zu einer Vereinheitlichung des Apothekerstandes in der Form kommen, dass es nur noch eine einzige Standesorganisation gäbe? Für die Nationalsozialisten und damit auch die Standesgemeinschaft gelte ein ganz anderes Prinzip: Der Apotheker dienst erstens dem Staat, zweitens dem Stand, und erst drittens er sich selbst. Ebenso wurden nun die letzten „unberührten“ pharmazeutischen Fachorganisationen in die StDA mit angegliedert. Es waren dies die „Deutsche Pharmazeutische Gesellschaft“ und die „Gesellschaft für Geschichte der Pharmazie“. Auch der Zusammenschluss der Industrieapotheker wurde innerhalb der Standesgemeinschaft weiter forciert. Zum einen ging es um die Auseinandersetzung, die sich zwischen der „Standesgemeinschaft Deutscher Apotheker“ und der „Arbeitsfront“ bzw. dem Väba ergaben. Der neue Führer der Gruppe „Apotheker“ im Väba, Aumüller, entfaltete eine lebhafte Agitationstätigkeit, und da die allgemeine Unklarheit über die endgültige Organisation des Angestelltenwesens zu einem totalen Wirrwarr führte, gab es hierfür zahlreiche Möglichkeiten. Gegen diese Auffassung setzte sich wieder die StDA zur Wehr, und Dr. Heber wies in einem Aufruf darauf hin, dass frühere „Drathzieher des VdA immer noch am Werke seien, um die Standesgemeinschaft zu torpedieren und sich selbst in eine neue Organisation in der neuen Zeit hinüberzuretten“. Daraus schloß Skibbe, dass sich für die Apotheker im Dritten Reich eine Doppelmitgliedschaft ergeben werde, einmal in der unter einem Standesleiter stehenden Standesgemeinschaft und sodann in der Unternehmer- bzw. Angestelltensäule der Arbeitsfront. Dr. Heber und Fiek hielten, gestützt auf das Braunschweiger ADA-Programm konsequent an den formulierten Leitsätzen der Standesgemeinschaft fest und entwickelten sie in laufenden Schulungskursen, Reden, Ansprachen, Aufsätzen und dergleichen. In einer Rede vor der Pharamzeutenschaft in Halle fasste Fiek noch einmal zusammen, dass die zukünftige Standesgemeinschaft alles zu umfassen habe, eine eigene Standesversicherung, eigene Standesbank, eigene Standesaltersversorgung, so dass eine eigene Angestelltenorganisation überflüssig sei. Auf der anderen Seite war die Organisation der „Deutschen Arbeitsfront nur eine vorläufige. Die Abteilung ressortierte von jetzt an bei der Reichsleitung des NSDAP, dass heißt bei Heß selbst bzw. geriet immer stärker unter den Einfluß des Heßschen Stellvertreters Martin

Bormann. Die Leitung dieses Beirates übertrug Heß dem Reichsärzteführer Dr. Wagner. Der baute seine doppelte Funktion, einmal als Reichsärzteführer, darüber hinaus als Leiter des „Sachverständigenbeirats für Volksgesundheit“, sehr bald zu einer bedeutenden Machtposition aus. Am 30.Juni 1933 kam es zu einem förmlichen Abkommen zwischen Wagner und Ley bzw. dem Gauleiter Forster, als dem Führer der NSA. Für den Bereich des Väba waren hier Heber und Fiek erfolgreich tätig. Die ausgeschiedenen ehemaligen VdA-Kräfte machten Platz für NS-Apotheker, die nun zum größten Teil – da es sich ja um Angestellte handelte – aus der alten ADA kamen. So kam es am 26.Juli 1933 – analog dem Wagner-/Ley-Abkommen vom 30.Juni – zu einer vorläufigen Einigung zwischen der „Standesgemeinschaft Deutscher Apotheker“ (Dr. Heber) und dem „Verband angestellter Ärzte und Apotheker“ im GdDA (Dr. Strauß). Neben einigen aus dem alten VdA mit gewisser Gewerkschaftstradition traten nun auch – durch Strauß und Schlipp veranlasst – höhere ADA-Persönlichkeiten in den Dienst des Väba. Ebenso kam es zu einer Neubesetzung der Ämter in der ZUTADA und der Tarifgemeinschaft. In den genannten Gremien waren für die Arbeitgeberseite jetzt Dr. Heber, Schänker und Schmierer tätig, für die Arbeitnehmerseite Menzel, Zanner und Dr. Strauß. Fiek fungierte in dieser Organisation als sogenannter „Unparteiischer“. Zur Beseitigung dieser Unruhen und Unsicherheiten wurde wieder ein bewährtes Mittel nationalsozialistischer Einigungspolitik angewandt: Man appellierte einfach an den SA-Geist der betreffenden Persönlichkeiten und verlangte eine umgehende Einigung durch Befehl von oben. Hier war es vor allem Aumüller und sein Anhang, der weiterhin bestrebt war, auch nach seiner Ausschaltung als Führer des Väba eine dominierende Rolle in einer Angestelltenorganisation des Dritten Reichs zu spielen.

Verband angestellter Ärzte und Apotheker im Gesamtverband der deutschen Angestellten (GdDA). Der Führer der Gruppe 6 des Gesamtverbandes der Deutschen Angestellten, Herr Oberarzt Dr. Strauß, hat zu Bezirksleitern des Verbandes angestellte Ärzte und Apotheker die nachstehenden angeführten Herren ernannt:

Bezirk	Apotheker
Bayern	Zanner, München 23, Moltkestr. 13
Brandenburg	Schlipp, Berlin NO55, Greifswalderstr. 10
Hessen	Keller, Darmstadt, Rheinstraße 9
Mitteldeutschland	Ubrig, Gera, Stadt-Apothke
Niedersachsen	Cordes, Hannover, Klopstockstr. 10
Nordmark	Weißkopf, Altona-Ottensen, Moltkestr. 20
Ostpreußen	Seydel, Elbing, Holländer Chausee 47
Pommern	Dr. Vath – Stolp, Hitlerstr. 38
Rheinland	Dorsch, Wuppertal – Elberfeld, Steinbeckerstr. 96
Sachsen	Beutel, Chemnitz, Germania – Apotheke, Annabergerstr. 32
Schlesien	Georg Menzel, Breslau, Goethe – Apotheke, Am Weißenburger Platz
Südwestdeutschland	Oesterwitz – Stuttgart, Adler – Apotheke, Gymnasiumstr. 18
Westfalen	Wolfering, Dortmund, Dresdenerstr. 48

Die in dem Verzeichnis genannten Apotheker entstammen fast alle der früheren Arbeitsgemeinschaft deutscher Apotheker und sind im Einverständnis mit der Standesgemeinschaft Deutscher Apotheker ernannt worden. Die bisherigen, dem V.d.A. entstammenden Bezirksleiter sind demnach sämtlich ihrer Ämter enthoben worden. Heber schuf ein Standeszeichen für alle Mitglieder der StDA. Dieses Abzeichen bestand aus einer runden Plakette, die die Worte StDA mit dem bekannten Bechersymbol vereinte. Dieses Abzeichen sollte von allen StDA-Apothekern getragen werden, und wir finden es teilweise

heute noch auf den Flaschen der jetzigen STA-DA-AG vor. Hier ergab sich wieder eine Schwierigkeit aus der Gründungssituation der StDA. Bei der hastigen und übereilten Schaffung der „Standesgemeinschaft Deutscher Apotheker“ waren bekanntlich auch jüdische Apotheker Mitglied geworden. Es musste daher bei der Schaffung des Standesabzeichens eine Bestimmung aufgenommen werden, dass die jüdischen Mitglieder dieses Standesabzeichen nicht tragen durften. Dies forderte auch das Bundesapothekengesetz, dass zur Zeit in der Bundesrepublik gültig ist. Auch räumlich war die stark vergrößerte Standesführung mit den bisherigen Räumen in der Levetzowstrasse in Berlin nicht mehr ausreichend versorgt. So verlegte die StDA ihr Hauptquartier in die Carmerstrasse, in ein Gebäude, in dem bis dahin der „Berliner Apothekerverein“ residiert hatte. Reuter und Zimmermann waren Krankenhausapotheker und als enge Gefolgsleute Schmierers an wichtiger Stelle in der Standesführung tätig. Eine formelle Änderung war in den Angestelltenorganisationen durchgeführt worden. Die SA hatte gegen die Bezeichnung „NSA“ Einspruch erhoben, weil sie Verwechslungen befürchtete. Die NSA wurde am 14.07.1933 in GdDA – „Gesamtverband der Deutschen Angestellten“ – umgetauft. Heber ernannte den Apotheker Horst König in Berlin zum „Obmann der Apotheker im Drogenfach“. Auch bei den Drogisten gab es Gleichschaltungstendenzen. Innerhalb der Drogistenschaft hatte sich eine „Arbeitsgemeinschaft Nationalsozialistischer Drogisten“ gebildet. Zur Klärung der Lage wurde deshalb eine außerordentliche Delegiertentagung zum 17.April 1933 nach Magdeburg einberufen. Die von 300 Teilnehmern beschickte Delegiertenversammlung beseitigte den bisherigen Vorstand und wählte „einstimmig“ des SA-Führer Franz Ziegler aus München, als ersten Vorsitzenden des „Deutschen Drogistenverbandes“ und Führer der „Fachzeitschrift Nationalsozialistischer Drogisten“. Die bisherigen Führer des „Deutschen Drogistenverbandes“ hatten gehofft, dass wenigstens die regionalen Drogistenverbände von der Gleichschaltung verschont blieben. Aber ebenso wie bei den Apothekern und bei zahlreichen anderen Organisationen war dies nicht der Fall. So konnte Ziegler die statusvermehrende Anerkennung der Drogisten nicht nur als fachlich vorgebildete Verkäufer freigegebener Arzneimittel, sondern auch als Abgeber für Gifte und für Schädlingsbekämpfungsmittel fordern. Weiter wurden die Wohnungshygiene, Desinfektion, Körperhygiene, Kinderpflege, Kosmetik, Krankenpflege, der sanitäre Bedarf und die Tierpflege in den drogistischen Aufgabenkatalog aufgenommen. So fanden sich denn Apotheker und Drogisten zwangsläufig in einer Einheitsfront gegen die Kräfte wieder, die auch den illegalen Arzneimittelhandel unter NS-Führung zu legalisieren suchten. Allerdings erklärte Heber kurzerhand die Mitgliedschaft im „Verein approbierter Apotheker zur Erlangung der beschränkten Niederlassungsfreiheit“ für unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur StDA. So fand der SA-Führer Ziegler als Reichsdrogistenführer nunmehr bei den höheren Parteidienststellen ein geneigtes Ohr, wenn er um Abhilfe gegen die übermäßigen Apothekerangriffe bat. Albert Schmierer war kein alter ADA-Mann und konnte im Wesentlichen nur die pharmazeutischen Verhältnisse in seiner süddeutschen Heimat bzw. aus Thüringen. So reifte ein grundsätzlicher Konflikt innerhalb der Standesgemeinschaft zwischen den Kreisen um Heber, Fiek, Skippe und den Anhängern Schmierers heran. Schmierer dagegen – der „politische Soldat“ Adolf Hitlers – übertrug die Gewohnheiten, die Gesetzmäßigkeiten, aber auch die Allüren seines SA-Führertums auf die Leitung des Apothekerstandes. In einer späteren Laudatio auf Schmierer hat der Geschäftsführer der „Deutschen Apothekerschaft“, Genecke, dann auch einmal gesagt, dass Schmierer den Apothekerstand führe „wie eine SA-Standart“. Schmierer war schon 1933 Obersturmbannführer der SA und mit der Führung einer Standarte beauftragt. Der Reichsdrogistenführer Ziegler war ebenfalls SA-Führer und so begann nun Schmierer und sein Kreis zunehmend darauf zu drängen, dass die Verhandlungen mit den Drogisten besser ihm überlassen würden. Die Verdrängung Hebers durch Schmierer führte bis in die Jahre 1938/1939 zu endlosen Prozessen vor dem „Obersten Parteigericht“, aber auch viele

öffentliche Gerichte mussten sich mit den Auseinandersetzungen der einzelnen Protagonisten befassen. Diesen Augenblick nutzte Fiek, um Heber abzulösen. Und Fiek muss in Schmierer eine geeignete Persönlichkeit erblickt haben, die nach seiner Meinung Heber besser ersetzen konnte. In seiner Eigenschaft als Beauftragter des Reichsärzteführers mit einem entsprechenden Briefvordruck schrieb Fiek am 21.09.1933 an Dr. Heber einen Brief des Inhaltes, dass die Verhältnisse in der „Standesgemeinschaft Deutscher Apotheker“ endgültig unhaltbar geworden seien, und es Heber trotz eifrigster Geschäftigkeit nicht gelungen sei, auch nur eine der vielen Versprechungen wahrzumachen, die er dem Stand vor fünf Monaten versprochen hätte. Daraufhin erschien Schmierer in Berlin und übernahm die Geschäftsführung nach einer Absprache mit Fiek. Die Äußerungen Schmierers sowie die ersten, von ihm getroffenen Maßnahmen müssen außerordentlich schockierend auf Fiek und seinen Kreis gewirkt haben, denn unmittelbar danach begann Fiek, Bundesgenossen und Gesinnungsfreunde zu suchen, um die Einsetzung Schmierers wieder rückgängig zu machen. An der Spitze des Vorstandes stand der Handelsgerichtsrat Walter Neumann bzw. als Geschäftsführer der Verbandsdirektor Dr. Johannes Thiessen. Zur Biographie von Albert Schmierer: geb. 28.11.1899 in Esslingen am Neckar, gest. 14.07.1974 in Freudenstadt. Nach der Schulzeit Teilnahme am Ersten Weltkrieg. 1919-1921 Apothekerpraktikant in Schwaiger. In der anschließenden Studienzeit kam Schmierer in Berührung mit deutsch-völkischen Kreisen sowie antisemitischen Zirkel. Mitgliedschaft in der OFJ („Organisation Freie Jäger“ einer Terrororganisation ähnlich der „Organisation Consul“) 1923 Staatsexamen in Tübingen, 1926 Pachtübernahme einer thüringischen Apotheke in Hildburghausen. Neben dem Apothekendienst Tätigkeit durch Vermittlung des Herzogs von Coburg in Schützenverbänden, Wehrorganisationen und Mithilfe beim Aufbau der OFJ in Thüringen. Zusammenarbeit mit der „Schwarzen Reichswehr“. Eintritt in die NSDAP 1929 unter der Mitgliedsnummer 177972. 1930 Kauf der „Löwen – Apotheke“ in Freudenstadt. Übernahme der Freudenstädter SA als Sturmführer (Ursprungsbestand: 27 arbeitslose SA-Männer). Aufstieg zum Führer der Standarte 126. Keine besondere fachpolitische Aktivität vor 1933, aber bei der Gründung der Standesgemeinschaft Wahl zum stellvertretenden Standesleiter. Nach einer Privatmitteilung Schmierers soll sich Adolf Hitler zu ihm über die Art und Weise seiner Führung des Apothekerstandes anerkennend und wohlwollend geäußert haben. Sehr schnell avancierte Schmierer dann auch zum Standartenführer bzw. zum Gruppenführer. Am Ende seiner Laufbahn war er SA-Obergruppenführer und gehörte damit zur obersten Führungsschicht dieses Wehrverbandes. Schmierer wusste um die Schwierigkeiten, die der Führung des Dritten Reichs durch die Queleren innerhalb einzelner Berufsstände erwuchsen und glaubte, dass er in bewährter SA-Manier durch Hackenzusammenschlagen und Appell an den Korpsgeist den Ausgleich mit den Drogisten schneller und mit weniger Aufsehen erreichen könnte als durch die heftigen Polemiken der letzten Monate, die lediglich Unmut bei allen Instanzen aufkommen ließen. Aus dieser Behauptung sind später zahlreiche Prozesse erwachsen, die damit endeten, dass Fiek aus der NSDAP ausgestoßen wurde und später auch seine Approbation als Apotheker verlor. Skippe wurde zunächst mit einer Verwarnung bestraft, und es wurde ihm die Fähigkeit aberkannt, Parteiämter zu bekleiden. Dies jedoch spielte sich erst in den Jahren 1937/1938 ab. Die Ära der ADA war unwiderruflich zu Ende gegangen. Mit Schmierer hatte nun ein neuer Typus des NS-Apothekers die fachpolitische Bühne betreten. Schon im Juli 1933 war die erste Phase der Machtergreifung abgeschlossen und die Mittelstandsideologen mussten in das zweite Glied treten. Da dies nicht im Sinne der neuen Machthaber lag, erkannte auch Fiek, dass das neue ADA-Programm so nicht durchgeführt werden konnte, und viele der Braunschweiger Forderungen allzu zeitbedingt oder gar utopisch waren. Die Aufhebung des Privaten und die Regie des Öffentlichen war die Tendenz des totalitären Staates. Auch das Apothekerwesen konnte hier keine Ausnahme machen. Im Apothekenbereich war der „politische Soldat“, Albert Schmierer, zweifellos eher derjenige Mann, dem man die Eingliederung des Apothekerstandes in das

nationalsozialistische Wirtschaftsgeschehen im Sinne einer straffen Befehlswirtschaft übertragen konnte. Der süddeutsche Pragmatiker Schmierer löste die Träumer und Idealisten ab.

Verzeichnis der Gaustandesführer

Gau	Gaustandesführer
Aachen	Schnütgen
Baden-Württemberg	Schmierer
Bayern	Kaufmann
Berlin	Schänker / Kuhr
Brandenburg	Windemuth
Braunschweig / Magdeburg – Anhalt	Reinsch
Hamburg	Hörmann
Hessen	Zeiße
Schlesien	Melcher
Mecklenburg	Dellien
Niedersachsen	Einwald (Beims)
Ostpreußen	Gehrmann
Pommern	Dr. Luckenbach
Rhein / Mosel Saar	Kirchmayr (Jahncke)
Rhein / Ruhr	Kienast
Sachsen	Dr. Schneider
Schleswig Holstein / Lübeck	Ritter
Thüringen	Koch
Westfalen – Lippe	Frey

Als Arbeitsgemeinschaftsleiter setzte Schmierer Rudolf Boer ein. Der bisherige Amtsinhaber Conrad Skibbe wurde auf den Stellvertreterposten abgeschoben. Als Leiter der Wirtschaftsgemeinschaft fungierte jetzt Heinz Müller; Bartsch aus Berlin wurde sein Stellvertreter. Der bisherige Geschäftsführer, Scheer, wurde am 14.10.1933 entlassen. Am 3. Oktober 1933 hatten die Zahnärzte und Dentisten, die ebenfalls in heftige Streitigkeiten verwickelt waren, einen „Burgfrieden“ geschlossen, der modellhaften Charakter für die übrigen Heilberufe haben sollte. Den theoretisch-reformerischen Ansatz der NS-Pharmazie überließ Schmierer jetzt weitgehend Fiek, der neben Schmierer immer noch ein führender Mann der Standesgemeinschaft war. Die Auseinandersetzungen mit dem Führer des Chemikerverbandes. Dr. Stadlinger, begannen Schmierer gleich zu Beginn des Jahres 1934 erheblich in Anspruch zu nehmen. Im Januar 1934 kam es zu einem vorläufigen Abkommen zwischen der Standesgemeinschaft Deutscher Apotheker und der REIPHA (Reichsfachschaft der Pharmazeutischen Industrie). Immer mehr kam es in den letzten Monaten des Jahres 1933 zu Spannungen zwischen den früheren ADA-Kreisen, namentlich der Berliner Zentrale um Skibbe, Bartsch und andere. Um seinen Machtanspruch abzusichern, begann Schmierer mit einer Reihe von weiteren Personalwechseln. Der bisherige Standesjugendleiter, Bohnstedt, ein alter ADA-Mann, der sich mehr und mehr den Kreisen der Anti-Schmierer-Opposition angeschlossen hatte, wurde durch den Schmierer ergebenen Gefolgsmann Ernst Mutschler aus Aalen, ersetzt. Auch löste der Schmierer-Anhänger Reuter des bisherigen Obmanns der Krankenhausapotheker, Fischer, ab. Das Volksgesundheitsamt der NSDAP und der NSD-Ärztebund hatten in besonderer Weise die Möglichkeit, die Rasseideologie in die Ärzteschaft hineinzutragen. Mit dem Amt für Sozialversicherung war es auch möglich, auf die Regelung von Berufsinteressen dieser Berufsgruppe einzuwirken. Besonders wichtig wurde das Eindringen des SS in das Volksgesundheitsamt. Vor allem durch die spätere Personalunion

unter Conti kontrollierte die SS wichtige Bereiche. Bei den Apothekern ließ dies noch lange auf sich warten. Es liegt nahe, dass Schmierer durch seinen SA-Kameraden Wagner in der Planung seiner eigenen Berufsorganisation erheblich beeinflusst wurde. Die personellen Umbesetzungen sind vor allem von Conrad Skibbe in seinen späteren Prozessen und Eingaben an verschiedene Dienststellen der NSDAP bzw. des „Obersten Parteigerichts“ dahingehend kommentiert worden, dass Schmierer die Uralt-Parteigenossen zugunsten von Personen auswechselte, die entweder zu dem damaligen Zeitpunkt noch gar keine Parteigenossen waren, oder über eine „Belastung“ aus der „Systemzeit“ verfügten. So war der spätere Geschäftsführer Genecke früher Mitglied der Zentrumspartei gewesen. Wirtschaftsleiter Müller war kein Alt-PG, sondern erst im März 1933 in die Partei eingetreten und dann zur Fachpolitik gestoßen. Vorher war er nur – wie Skibbe in einem Nachruf zum Tode Müllers 1936 schrieb -, ein „treuer Sohn der katholischen Kirche“ gewesen. Auch Skibbes Nachfolger, Boer, war nicht Parteigenosse. Ebenso beschuldigte Fiek den Nachfolger Hans Meyers, Dr. Diepenbrock, ein ausgesprochener Anti-Nazi gewesen zu sein und erst jetzt als Opportunist aufzutreten. Auch der Redakteur des Gewerkschaftsblattes, Strauß, soll ein starker Gegner des Nationalsozialismus im Stande gewesen sein. Das gleiche gelte für Dr. Hösel. An der Einrichtung des Gaustandesführers zeigt sich klar die Methodik Schmierers, der als SA-Führer gewohnt war, nicht zu kooperieren, sondern nur mit nach geordneten Kommandostellen in Verbindung zu treten. Für ihn war ein doppeltes Führertum in den einzelnen Gauen Relikt eines überwundenen Parlamentarismus. So konnte des nur die auf strikten Befehlsempfang eingestellten Gaustandesführer als Erfüllungsgehilfen der Standesleitung in den Gauen geben. Die Streitigkeiten und Auseinandersetzungen in den Heilberufen auf der einen Seite zwischen Zahnärzten und Dentisten, zwischen schulmäßig praktizierenden Ärzten, Homöopathen und Heilpraktikern usw., auf der anderen Seite die Auseinadersetzungen um das Dispensierrecht der Tierärzte und die Querelen zwischen Apothekern und Drogisten wurde parteiseitig Rudolf Heß in seiner Eigenschaft als Stellvertreter des Führers vorgetragen. Heß und sein Sachverständigenbeirat für Gesundheitsfragen sahen es als wichtige Aufgabe an, unter Wahrung des Status Quo einen Interessenausgleich unter den rivalisierenden Gruppen herbeizuführen. Die Standesführung der Zahnärzte hatte mit Zustimmung des Reichsärzteführers beschlossen, dass sich Zahnärzte und Dentisten zu einem gemeinsamen Berufsstand vereinigten. Dieses Ersuchen wurde über den Leiter der „Privatkanzlei des Führers“, Philipp Bouhler, an Hitler herangetragen und von diesem ablehnend beantwortet. Nach Hitlers Auffassung sollten diese gewachsenen Berufsstände nicht vereinigt werden, sondern durch die Beibehaltung des Dentistenstandes sei es auch dem Volksschüler möglich, die Laufbahn des Zahnarztes zu ergreifen. Prinzipiell wünschte Hitler keine zusätzlichen und in seinen Augen überflüssige Akademisierung bestehender Berufe. Der Reichsärzteführer Wagner übermittelte diesen Führerentscheid der Zahnarztführung mit der wörtlichen Begleitbemerkung: „Ich persönlich bin zwar anderer Meinung, aber als politischer Soldat muss ich den Willen des Führers respektieren.“ Neben dieser prinzipiellen Auffassung Hitlers spielten bei der Beibehaltung der bisher gewachsenen Berufstände auch die starken Sympathien mit, die höheren Parteiführer wie Rudolf Heß und Heinrich Himmler gegenüber der Naturmedizin hegten. So ließ sich Himmler von einem umstrittenen „Medizinalrat“, Felix Kersten, behandeln. Hitler zeigte gerne kritische Distanz zur professionellen Medizin. Schmierer selber entstammte zwar nicht der ADA, war aber von Anfang an im „Nationalsozialistischen Ärztebund“ tätig gewesen, und in allen seinen Verlautbarungen dieser Zeit ist durchaus eine gewisse Industriefeindlichkeit dokumentiert. In Rundschreiben wies Schmierer ausdrücklich darauf hin, dass in den Apotheken selber defektiert und rezeptiert werden müsse. Insofern war – mindestens in diesem Punkte – Schmierer ganz auf dem Boden der Fiekschen Forderungen. Reichsärzteführer war Dr. Weber, früher Führer des „Bund Oberland“ und Mithäftling von Hitler in Landsberg. Ernst Mutschler war seit 1925 für die Firma E.Tosse, Hamburg, als Ärztewerber tätig. Als

überzeugter Nationalsozialist betätigte er sich vor allen Dingen als Partei- und Standeslyriker, vor allem im süddeutschen Raum, wo er sich einen gewissen Namen als Festredner erworben hatte. So auch Reuter, der von Skibbe darauf hinwies, dass die Parteizugehörigkeit Reuters vor dem 30. Januar 1933 weitgehend unbekannt gewesen war. Erst nach der Machtübernahme trat Reuter als Sprecher der NS-Krankenhausapotheker hervor. Der Apotheker Gregor Strasser wurde im Zusammenhang mit den Ereignissen des „Röhm-Putsches“ am 30.Juni ermordet. Die Bedeutung des Ärztestandes für Hitler ergibt sich zum Beispiel daraus, dass Hitler am 5.April 1933 Wagner zur Berichterstattung über die Gleichschaltung der Ärzteschaft empfing. Der Wandsbeker Amtsarzt Dr. Gütt war als SS-Mitglied durch die Protektion anderer NS-Führer wie Conti in die Gesundheitsabteilung des preußischen Innenministeriums als Ministerialrat gelangt. Dort übernahm er sehr bald die Abteilung „Volkgesundheit“, und hier entwickelte sich ein gewisser Gegensatz zur Münchener Gesundheitszentrale unter Wagner. In fachlicher Hinsicht unterstellte sich Gütt Dr. Wagner in seiner Eigenschaft als Reichsärzteführer. Wagner war jetzt einmal als Reichsärzteführer Leiter der verschiedenen ärztlichen Berufsorganisation und gleichzeitig als Leiter der „Gesundheitsfront“ innerhalb der „Deutschen Arbeitsfront“ ein nicht zu übersehender Machtfaktor. Die Gegensätze zwischen Wagner und seinem Kreis auf der einen Seite und Conti, verbunden mit seiner Berliner Ärzteführer, auf der anderen Seite – waren der Öffentlichkeit gegenüber noch nicht zu erkennen, spielten aber bis in den Bereich der Pharmazie hinein. So sind die Nachwirkungen dieser personellen Auseinandersetzungen noch bis in die letzten Friedensjahre 1938/1939 hinein zu verfolgen. Die auf der Tagung des „Sachverständigenbeirats“ in München beschlossene Organisation, die im wesentlichen für die Heilberufe spezielle Kammern zugrunde legte, die korporativ der Arbeitsfront angegliedert werden sollte, wurde nicht nur von den alten ADA-Kreisen abgelehnt, sondern auch die ehemaligen Gewerkschafter, die nun in der Arbeitsfront gleichgeschaltet waren, erwarteten die endgültige Einigung des Apothekerstandes nicht mehr auf dem Weg über die StDA, sondern als „Fachschaft Apotheker“ im Rahmen der „Deutschen Arbeitsfront“. Der Konflikt mit der Berliner Standesleitung verschärfte sich, als am Ostermontag 1934 in Essen eine Protestveranstaltung stattfand. Die starke Zustimmung zu den Ausführungen zeigte, dass fast alle Apotheker des Industriebezirks und des Sauerlandes hinter der DAF-Auffassung standen, das heißt, dass sie den Weg der Eingliederung als Fachschaft in die Arbeitsfront wünschten. Als Antwort auf diesen „Aufstand“ im Rhein-Ruhr-Gau berief Schmierer die Gaustandesführer am 10.April 1934 zu einer Tagung nach Berlin. Doch auch die Väba-Kreise wurden aktiv, und so wurde bereits einen Tag später, in Berlin unter Leitung des Väba-Leiters, Dr. Strauß, eine Arbeitstagung abgehalten. Dabei teilte Strauß im Auftrag Leys mit, dass der Väba in die „Berufsgemeinschaft angestellter Ärzte und Apotheker“ umgewandelt worden sei. In Durchführung der Neuordnung der „Deutschen Arbeitsfront“ gliedere sich diese Berufsgemeinschaft in die Abteilung „Freie Berufe“ ein. Strauß wurde die Abteilungsleitung übertragen. Innerhalb der Fachgruppen würden die Angehörigen aller entsprechenden Berufen, also auch die Apotheker, der „Deutschen Arbeitsfront“ in Zukunft als Einzelmitglieder angehören. Alle Apotheker, besitzende wie angestellte, würden innerhalb der Arbeitsfront ständisch zusammengefasst, wenn der Aufbau abgeschlossen sei. Außer in Berlin tagte auch in Köln eine außerordentliche Kreisvorstehertagung der „Berufsgemeinschaft angestellter Ärzte und Apotheker“ unter der Leitung von Dorsch, Elberfeld. Nach einem kurzen Lagebericht erklärte Dorsch, dass die Standesgemeinschaft die in sie gestellten Erwartungen nicht erfüllt habe. Hier müsse eine Änderung eintreten. Und wenn der Grundsatz gültig sei, dass alle schaffenden deutschen Menschen in die Arbeitsfront gehörten, so müssten auch die Apotheker als „Fachgruppe Apotheker“ in der „Deutschen Arbeitsfront“ mitwirken. Weiter konnte Dorsch mitteilen, dass 36 Bezirksleiter ihren Posten in der Standesgemeinschaft aufgegeben hätten und Mitglied der „Deutschen Arbeitsfront“ geworden wären. Auch der stellvertretende Leiter der Wirtschaftsgemeinschaft, Bartsch, trat

aus der StDA aus und schloss sich der Arbeitsfront an. So ging der Kampf zwischen der Standesführung unter Schmierer und den oppositionellen Väba-Kreisen in heftiger Form weiter. Schmierer selbst reiste viel in Deutschland herum, veranstaltete Tagungen, hielt Treueapelle ab und stilisierte sich selbst dabei immer mehr zum charismatischen Standesführer. Am 20.April 1934 hatten in der Reichskanzlei unter der Leitung von Hitlers Wirtschaftsberater, Keppler, Besprechungen stattgefunden. An ihnen hatten außer Wagner, Groth, Schmierer, Hösel und für die REIPHA Heyl und Stahlschmidt teilgenommen. Mitte des Jahres 1934 waren die konträren Positionen endgültig klar. Die gesundheitspolitischen Leiter, die SA-Führer Wagner und Schmierer, waren sich darüber einig, dass die Heilberufe in Form geschlossener Kammern in korporativer Form der Arbeitsfront anzuschließen seien. Auf einer Tagung in Lübeck im Mai 1934 erwähnte der bayerische Gaustandesführer Kaufmann, ein enger Freund Schmierers, in einem Referat erstmalig, dass im Juli ein erster deutscher Apothekertag in Weimar geplant sei, der die Krönung der Einheit des deutschen Apothekerstandes darstellen sollte. Um eine ergebene und zuverlässige „Kerntruppe“ zu schaffen, hatte Schmierer im thüringischen Egendorf ein Schulungslager für Pharmazeuten eingerichtet. Der erste Lehrgang fand zu dem Zeitpunkt statt, als in Weimar der deutsche Apothekertag einberufen wurde. Der Bezirksleiter der Väba, der frühere Gaustandesführer Kienast, hatte für den 13.Mai 1934 eine Versammlung nach Essen einberufen. Mittlerweile begann auch die „Deutsche Arbeitsfront“, ihre endgültige Umorganisation weiter voranzutreiben. Am 16. Mai 1934 verfügte Ley die Auflösung des „Gesamtverbandes der Arbeiter“ und der „Deutschen Angestelltenschaft“ sowie des „Gesamtverbandes Handel, Handwerk und Gewerbe“. Da sich gerade auf dem Gesundheitssektor zahllose Schwierigkeiten entwickelt hatten, übernahm Ley die Leitung der Reichsbetriebsgemeinschaft „Freie Berufe“ selbst. Der bisherige Leiter, Strauß, wurde auf den Stellvertreterposten abgeschoben und die entscheidende Gruppe „Gesundheit“ innerhalb der Reichsbetriebsgemeinschaft „Freie Berufe“ wurde Wagner übertragen. Schmierer musste taktische Zugeständnisse an die Berufsgemeinschaft machen. Um äußerlich den Frieden mit den Väba-(BG)Kräften zu dokumentieren, bestätigte Schmierer am 22.Juni Kienast und Zumbusch stillschweigend ich ihren früheren Ämtern. Wie stark mindestens die verbale Präsenz der Arbeitsfrontorganisation war, zeigt schon die Namensgebung für die neue Apothekervereinigung. Eine abschließende Besprechung fand am 6.Juli zwischen dem stellvertretenden Reichsärzteführer Bartels, dem stellvertretenden Führer der Gruppe Gesundheit der „Deutschen Arbeitsfront“, Walter, sowie den Vertretern der Standesgemeinschaft (Kaufmann, Müller und Kuhr) und der „Berufsgemeinschaft angestellter Ärzte und Apotheker“ (Strauß und Hadrich) statt. Man wählte den Namen Reichsverband Deutscher Apotheker“ in der Gruppe Gesundheit, die wieder in der „Reichsbetriebsgemeinschaft Freie Berufe“ der „Deutschen Arbeitsfront“ ressortierte. Folgendes Ergebnis wurde erzielt:

Standesführer	Apotheker Schmierer (StDA)
1.Stellverteter	Apotheker Kaufmann (StDA)
2.Sellvertreter	Apotheker Wolfering (BG)
Verwaltung	Dr. Hösel (StDA)
Steuerwesen und Wirtschaft	Dr. Pfrenger (StDA), Dr. Kucklentz (StDA)
Amt für Presse und Propaganda	Dr. Diepenbrock (StDA), Strauß (BG)
Reichsschulungsamt	Dr. Vath (BG)
Rechtsabteilung	Dr. Garbe (StDA)
Arbeitsrecht und Angelegenheiten der angestellten Apotheker	Häring (BG)
Unterstützungswesen	Knothe (StDA)
Arbeitslosenunterstützung	Willrich (BG)

Finanzwesen	Stephan (BG)
Standesjugend	Mutschler (StDA)

Als neues Organ neben Standesleitung und Hauptgeschäftsstelle wurde ein Führerring geschaffen, dem von Seiten der Arbeitnehmer Zanner (BG), Aumüller (BG) und Keller (BG) angehörten, von der Besitzerseite die Herren Müller, Zumbusch und Keil (alle StDA). In räumlicher Hinsicht wurde eine neue Einteilung vereinbart. Die alte DAV-Gliederung, das heißt die überkommenen 22 Gaue, wurde aufgelöst. Entsprechend der Einteilung, die für die „Deutsche Arbeitsfront" gültig war, wurde jetzt das Reichsgebiet in 13 Bezirke gegliedert. Es waren die Bezirke

Bezirk	Bezirksleiter	Stellvert. Bezirksleiter
Bayern	Kaufmann (StDA), München	Zanner (BG), München
Süd-West	Schmierer (StDA), Freudenstadt	Osterwitz (BG), Leipzig
Sachsen	Dr. Schneider (StDA), Dresden	Sauer (BG), Leipzig
Unterbezirk Magdeburg	Häusler (BG), Magdeburg	Runge (StDA), Blankenburg
Unterbezirk Weimar	Koch (BG), Darmstadt	Selzner (StDA), Darmstadt
Hessen	Keller (BG), Darmstadt	Selzner (StDA), Darmstadt
Rheinland	Dorsch (BG), Wuppertal	Dr. Weber (StDA), Köln
Unterbezirk Industrie	Kienast (BG), Essen	Maurer (StDA), Düsseldorf
Unterbezirk Westfalen	Frey (StDA), Münster	Horste (BG), Bielefeld
Unterbezirk Hannover	Reck (BG), Hannover	Einwald (StDA), Hannover
Unterbezirk Bremen	Brauns (StDA), Bremen	
Nordmark	Heyn (BG), Schwerin	Dellien (StDA), Lübz
Pommern	Dr. Luckbach (StDA), Stettin	Westphal (BG), Stettin
Unterbezirk Berlin	Kuhr (StDA), Berlin	Bohnstedt (BG), Berlin
Unterbezirk Brandenburg	Graebner (BG), Neuruppin	Windemuth(StDA),Unruhstadt
Ostpreußen	Toussaint (BG), Königsberg	Gehrmann (StDA),Heinrichswalde
Schlesien	Melcher (StDA), Beuthen	Menzel (BG), Breslau
Danzig	Liedtke (StDA), Danzig	Purtzel (BG), Danzig

Man wies darauf hin, dass die Apotheker immer drängender die Neuorganisation ihres Standes erwarteten und man den guten Willen der bisherigen StDA vermisste, mit den Bezirksleitern der Arbeitsfront sich schnell an einen Tisch zu setzen. Auch sei an sich für die von Schmierer geplante glanzvolle Tagung in Weimar weder Neigung noch Geld vorhanden. Die Standesjugend wurde zwar von Mutschler (StDA) geführt, jedoch war das neu geschaffene Amt für Schulungen Dr. Vath von der BG übertragen. In der „pharmazeutischen Zeitschrift" erschienen Artikel von einem „Hermann Auffrecht". Diese Artikel führten zu einem Eklat zwischen Fiek, Skibbe, Purtzel – auf der einen Seite – und Schmierer, Zimmermann, Mutschler – auf der anderen Seite – der offenkundig und überbrückbar geworden war. In zunehmenden Maß wurden die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Gruppen vor die Disziplinargerichtshöfe des NS-Ärztebundes getragen und später auch vor das „Oberste Parteigericht" der NSDAP. Hatten die ADA-Führer 1932 von einer Reform des pharmazeutischen Wesens geträumt, so blieb unter den Realitäten der Jahre 1934/35 nur die Beseitigung der früheren Organisationen der Weimarer Zeit. So blieb für das Schmierer – Regiment in erster Linie die Aufgabe, den Autarkiebestrebungen des Regimes auch auf dem Arzneimittelsektor zu genügen und für die neue Wehrmacht qualifizierte Militärapotheker zur Verfügung zu stellen. Die Person Schmierers garantierte den reibungslosen Einbau des Apothekenwesens in die beginnende Aufrüstung und den „Vierjahresplan". Die „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Apotheker", ebenso die „Standesgemeinschaft Deutscher

Apotheker“, hatten keine dauernde Wirkung oder Zukunft. Sie blieben Durchgangsstationen in der Entwicklung hin zur „Reichsapothekerkammer“. ADA und StDA wurden schon nach wenigen Jahren bzw. Monaten ihres Bestehens ein abgeschlossenes Kapitel der Pharmaziegeschichte. Erst 1937 wurde die „Reichsapothekerkammer“ als Zwangsorganisation aller Apotheker in Deutschland etabliert. So gründete Schmierer die „Akademie für pharmazeutische Fortbildung“ am 16. März 1936. Natürlich war mit der Gründung der „Deutschen Apothekerschaft“ nicht die gesamt Entwicklung des Apothekenwesens im Dritten Reich abgeschlossen. Ungeachtet der geschilderten, ungelösten und letztlich unter den gegebenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umständen auch nicht zu lösenden Probleme versuchte Schmierer doch, die Grundzüge einer von ihm gewünschten nationalsozialistischen Pharmazie weiter zu entwickeln und legte ihren Strukturen so an, dass sie für die restlichen Jahre des Dritten Reichs maßgeblich blieben. Große Teile überlebten auch die Nachkriegszeit und beeinflussten die pharmazeutischen Gegebenheiten der sich formierenden Bundesrepublik Deutschland. So endete auch das Schmierer-Regime und letzten Endes die ganze NS-Pharmazie mit ungelösten Problemen und fortdauernden Antinomien als Hypothek für das Apothekenwesen in der Zeit nach 1945.

Literatur:

Apotheker Dr. Gerald Schröder; NS-Pharmazie, Gleichschaltung des deutschen Apothekenwesens im Dritten Reich; Ursachen, Voraussetzungen. Theorien und Entwicklungen, Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft mbH, 1988 Stuttgart.

Franca
Schneider

Der NSDÄB

Ärzte im Nationalsozialismus
Eine kleine Geschichte

Der NSDÄB – Ärzte im Nationalsozialismus
Eine kleine Geschichte

Der NSDÄB wurde 1929 auf dem Parteitag der NSDAP in Nürnberg gegründet. Die Gründung des NSDÄB fand am 03.08.1929 im „Deutschen Hof" in Nürnberg statt. Etwa 50 anwesende NS-Ärzte waren die Gründungsmitglieder. So entwickelte sich wie bei dem „Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen" und dem „NS-Lehrerbund" jeweils eine fachliche „Spezialideologie". Diesen angeschlossenen Verbänden wurde weitgehenden Freiheiten in fachlichen Forderungen, Grundsätzen und Zielen gelassen, sofern sie nur die bedingungslose Autorität Adolf Hitlers anerkannten und weiter als wesentliches NS-Essential in ihren Organisationen das Führer-Prinzip und den Arier-Paragraphen übernahmen. Der NSDÄB wurde zunächst auf rechtlichen Grundlagen konzipiert. So war der erste Vorsitzende Dr. Ludwig Liebl aus Ingolstadt und ein Dr. W. Lang zweiter Vorsitzender. Dritter Vorsitzender und Kassierer wurde der spätere Reichsärzteführer Dr. Gerhard Wagner. Zu den NS-Ärzten der „ersten Stunde" gehörte auch Dr. Hörmann, der zum ersten ehrenamtlichen Geschäftsführer des NS-Ärztebundes avancierte. Weiterhin war auch Dr. Conti Teilnehmer an der Gründungsversammlung und Gründungsmitglied des NSDÄB. Nach dem von Liebl aufgestellten Grundsätzen sollte der NSDÄB keine ärztliche Wirtschafts- und Standesorganisation, sondern Teil der Kampforganisation der NSDAP sein. Oberstes Ziel des NS-Ärztebundes war die Politisierung der deutschen Ärzte, die im Rahmen der bestehenden Standesorganisation so nicht möglich war. Gleich nach der Gründung wurde überall in Deutschland Ortsgruppen und Zellen gebildet, die zur personellen Vergrößerung des NS-Ärztebundes beitragen sollten. Am 7./8.12.1930 konnte in Leipzig die erste Reichstagung des NSDÄB durchgeführt werden. Es erschienen 113 Mitglieder. Die bisher nur lose formulierten Grundsätze und Ziele des NSDÄB wurden mit anderen organisatorischen Regelungen jetzt in einer Satzung niedergelegt. Dabei beschloss man neben den Ärzten auch die nationalsozialistischen Zahn- und Tierärzte[34] sowie die Apotheker im NSDÄB zu erfassen. Bis 1931 stagnierten aber die Mitgliederzahlen. Führend und maßgeblich im NSDÄB war der von Conti geleitete Gau Berlin des NSDÄB, der zahlenmäßig so stark war, dass er 1931 zur Reichstagung des NSDÄB über 100 Ärzte als Teilnehmer schicken konnte. In Berlin war auch die Zusammenarbeit mit Zahnärzten und Apothekern weit vorangetrieben. Am 5./6.12. 1931 fand die zweite Reichstagung des NSDÄB in Leipzig statt. Mittlerweile hatte Reuschl den bisherigen Geschäftsführer Hörmann verdrängt und organisierte diese Tagung. Um die vier Heilberufe auch optisch in Erscheinung treten zu lassen, kam bei den Referaten ein Apotheker zu Wort. Max Burger aus Hamburg sprach über die Neugestaltung des Apothekenwesens. Auch der Apotheker Gregor Strasser vom linken Flügel der NSDAP sprach zu der Versammlung. Der erste Vorsitzende des NSDÄB aus Ingolstadt Liebl hatte seine Rolle als Gallionsfigur der „alten Garde" ausgespielt und die Leitung übernahm ein robuster und durchsetzungsfähiger SA-Mann, Gerhard Wagner. Während dieser Zeit stieg die Mitgliederzahl des NSDÄB bis zum 30.01.1933 auf 2786 ordentliche Mitglieder. Die

[34] Die Gründung des „Reichsverbandes der Nationalen Gastwirte" und die Gründung des „Kampfbundes Deutscher Architekten und Ingenieure (KDAI)" und die Einrichtung der ITAC (Ingenieurtechnischen Abteilung in der Reichsleitung des NSDAP) waren Unterorganisationen wie der NSDÄB und die ADA. Es gab auch den „NS-Kampfbund für gewerblichen Mittelstand" sowie den Referenten für Handwerk und Gewerbe im „Braunen Haus". Diese wurde seit März 1933 gegen die Warenhauskonzerne und Genossenschaften aktiv. Sie schufen sich unter der Leitung von Theodor Adrian von Renteln am 4. Mai eines „Reichsstand des deutschen Handels", und damit eine eigene Organisation. Die „Biernathschen Verbände" waren: VEDEBUA – Verband der Besitzer unverkäuflicher Apotheken, WIVEDA – Wirtschaftsvereinigung deutscher Apotheker, VNA – Verband nationaler Apotheker. Die NSA war in neun Untergruppen gegliedert: 1. Deutscher Handlungsgehilfenverband, 2. Verband deutscher Techniker, 3. Verband Deutscher Werkmeister, 4. Verband Deutscher Büro- und Behördenangestellter, 5. Verband Deutscher Landangestellter, 6. Verband angestellter Ärzte und Apotheker, 7. Seemännischer Verband, 8. Verband der Deutschen Theaterangestellten, 9. Verband weiblicher Angestellten

„Machtübernahme“ durch Wagner wurde auf der dritten Reichtstagung des NSDÄB, diesmal in Braunschweig am 15.-19.09.1932, beschlossen. Anlässlich dieser Tagung, bei der schon über 1000 Teilnehmer erschienen waren, fand eine gesonderte Versammlung der Fachgruppe Apotheker unter der Leitung von Hanns-Reinhard Fiek statt. Der NSDÄB war mittlerweile zu einer in Fachkreisen nicht mehr zu übersehenden Organisation geworden. Neben dem Personalwechsel im Vorstand (Wagner übernahm jetzt an Stelle von Liebl den Vorsitz im NSDÄB) beschränkte sich diese dritte Reichstagung nicht mehr auf unverbindliche Referate und Propagierungen von Schlagworten, sondern versuchte durch Schulungskurse, die im NSDÄB zusammengefasste Ärzteschaft auf ihre Aufgaben im zukünftigen Dritten Reich vorzubereiten. Der sich selbst „Spezialarzt“ nennende Dr. Gutberlet war Gesellschafter des „Völkischen Beobachters“. Ebenso war der Zahnarzt Dr. Fr. Krohn eich wichtiges Mitglied der frühen NSDAP. Der Müchener Arzt Dr. Dingfelder hielt 1920 die Eröffnungsrede der Versammlung, auf der Hitler erstmalig sein Programm vortrug, und Dr. Behrens und Dr. Holzmann gehörten ebenfalls schon in der Frühzeit zur NSDAP. 1924 traten Sanitätsrat Dr. Ludwig Liebl und Sanitätsrat Dr. Hummel der NSDAP bei. Von den jüngeren Ärzten sind vor allem Dr. Leonardo Conti zu erwähnen, der schon 1927 der NSDAP beitrat, ebenso wie der spätere Spezialarzt Dr. W. Groß, der Rostocker Hygieniker Dr. H. Reiter und der Würzburger Gerichtsmediziner Dr. A. Fischer. Hörmann avancierte auch noch in der politischen Organisation und war von 1932-1933 Leiter der Abteilung Volksgesundheit in der Reichsleitung der NSDAP und damit ein Vorgesetzter von Hanns-Reinhard Fiek. Dieser wurde geb. 14.02.1895 in Dresden, gest. 25.01.1944 in Berlin. Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigter. Mit Hanns-Reinhards Bruder, Wolfgang Fiek, der Mitglied in der SPD war, kam es zu einer Kontroverse über die Kriegsverletzungen. Es ist heute nicht mehr festzustellen, ob Fiek durch aktiven Fronteinsatz oder durch andere Einflüsse eine Lungentuberkulose bekam. Auf jeden Fall trug er in späteren Zeiten einen Pneumothorax und kränkelte lebenslang. Studium in Leipzig, 1915 – 1917 und Approbation als Apotheker. 1930 arbeitslos. Das ihm von vielen Zeitgenossen bescheinigte Übermass an Ressentiment und Aggression scheint an der Depression dieser Zeit, verbunden mit den gesundheitlichen Belastungen, seine Wurzeln zu finden. Jedenfalls stieß Fiek schon sehr frühzeitig zu dem Kreis der „unzufriedenen“ Apotheker um Lehmann, Tückert, Fahr und Burger. Am 01.10.1930 trat er in die NSDAP ein (Mitglieds-Nr. 329354). Fiek war ein glänzender und mitreißender Redner, auch literarisch war er äußerst gewandt. Besonders Spottlieder, Spottgedichte, Angriffe und Polemiken konnte er in großer Zahl hervor bringen, so dass er als Propagandist immer größere Bedeutung erlangte. Ludwig Liebl, geb. 03.11.1874, gest. 12.02.1940 (Mitglied der NSDAP seit 1924) hatte die Mitgliedsnummer 1 im NSDÄB und war in Ingolstadt als praktischer Arzt, Chirurg und Frauenarzt tätig. Schon frühzeitig trug er dazu bei, dass Ingolstadt im gewissen Sinne zu einer Hochburg des bayrischen Nationalsozialismus wurde. Dr. Gerhard Wagner, geb. 1888, gest. 25.04.1939. Als gebürtiger Oberschlesier war Wagner durch den Versailler Friedensschluss schnell zu den Nationalsozialisten gestoßen und als praktischer Arzt in München tätig. Dazwischen lagen Tätigkeiten in Freicorps zur Befreiung Oberschlesiens. 1929 Eintritt in die NSDAP. Dr. med. Leonardo Conti, geb. 24.08.1900 in Lugano, 1946 Selbstmord in Nürnberg, Begründer des antisemitischen Vereins „Deutscher Volksbund“ (1918), 1920 technischer Nothelfer beim Kapp-Putsch, 1921 – 1923 Mitglied im „Wikinger Bund“ Erlangen, sowie Mitbegründer der Erlanger SA. Eintritt in die NSDAP 20.12.1927 (Mitgliedernummer 72225), in Berlin als erster SA-Arzt tätig, seit 1929 Mitbegründer des NSDÄB. Nach dem Steum-Putsch 1930 wechselte Conti von der SA zur SS. Seit 1930 leitete er in Berlin die Berliner Sektion des NSDÄB. In die Zeit von 1932 fällt ein Zerwürfnis zwischen Conti in Berlin und der Münchner Führung des NSDÄB um Wagner. Der Geschäftsführer Deuschl musste ein Ehrengericht einberufen. Es ging zum Teil um die Tätigkeit von Frau Conti, die formell als Bürokraft für ihren Ehemann tätig war, kraft ihrer Persönlichkeit aber einem von der

Reichsleitung als zu stark angesehenen Einfluss auf den NSDÄB, Sektion Berlin, nahm. Mögleicherweise hat auch der Gegensatz zwischen SA und SS hier schon unterschwellig mitgewirkt. Auf jeden Fall war es in Berlin zu schweren Auseinandersetzungen zwischen dem Berliner SA-Arzt Dr. Villain, einem Vertrauensmann Wagners, und dem SS-Mann Conti gekommen, die zu einer tätlichen Auseinandersetzung zwischen Villain und Conti anlässlich einer Münchner Besprechung führten. Es kam zu gegenseitigen Duellforderungen, die allerdings durch Göhring verboten wurden. Infolge der starken Rückendeckung Villains durch den Berliner SA-Führer Ernst und Stabchef Röhm, gelang des Conti zunächst nicht, Villain aus seiner Position zu vertreiben. Auch staatsanwaltliche und gerichtliche Versuche, gegen Villain vorzugehen, schlugen fehl. Erst nach dem 30. Juni 1934 wurde im Zusammenhang mit der Beseitigung der Rohm-Gruppe auch Villain erschossen. Gewissermaßen als „unparteiischer“ figurierte Fick als Obmann des NS-Ärztebundes über den beiden Untergruppen, die von Burger bzw. Schänker geleitet wurden. Die preußische Gesundheitsverwaltung renovierte im Innenministerium und der dortigen Kommissar des Reiches Göring setzte den bisherigen Leiter des NS-Ärztebundes in Berlin, Leonardo Conti, als Kommissar z.b.V. ein. Im Gegensatz zu den Verhältnissen im ärztlichen Beruf, wo sehr frühzeitig jüdischen Ärzten die Behandlung mindestens von arischen Patienten unmöglich gemacht wurde, und die auch sonst unter erheblichen Einschränkungen zu leiden hatten, war die rechtliche Behinderung der Juden und der jüdischen Apotheker im Apothekenwesen zunächst nur in sehr mittelbarer Form zu beobachten. Er, Heber, hätte sich mit Dr. Wagner, dem Führer des deutschen Ärztestandes und dem maßgeblichen Gesundheitsexperten der NSDAP, abgesprochen und von dort aus hätte er Rückendeckung bekommen für die Standesgemeinschaft, gegen die aus der Gewerkschaft hervorgegangenen Väba. So war es nicht nur für den Bereich der Technik unsicher, ob man für die technische Intelligenz eine organisatorische Sonderstellung neben der „Deutschen Arbeitsfront“ finden müsse, sondern und gerade die Medizinalberufe, vor allem aber die Ärzteschaft, wehrten sich gegen den Leyschen Totalitätsanspruch. Selbst innerhalb des Medizinalbereiches war es zu unerquicklichen Auseinandersetzungen zwischen dem Reichsärzteführer Wagner und dem Leiter der Abteilung für Volksgesundheit, Hörmann, gekommen. So wurde jetzt der Oberarzt Dr. Strauß Führer der angestellten Ärzte im Väba, und der aus der Gewerkschaft übernommenen Verbandführer, Dr. Julius Hadrich, wurde abgelöst. Entsprechend der Regelung in den Ärzteorganisationen wurde Heber beauftragt, Strauß einen neuen Führer für die Assistenzapotheker vorzuschlagen. Der Verband angestellter Ärzte und Apotheker im Gesamtverband der deutschen Angestellten (GdDA). Der Führer der Gruppe 6 des Gesamtverbandes der Deutschen Angestellten, Herr Oberarzt Dr. Strauß, hat zu Bezirksleitern des Verbandes angestellte Ärzte und Apotheker die nachstehenden angeführten Herren ernannt:

Bezirk	Apotheker
Bayern	Zanner, München 23, Moltkestr. 13
Brandenburg	Schlipp, Berlin NO55, Greifswalderstr. 10
Hessen	Keller, Darmstadt, Rheinstraße 9
Mitteldeutschland	Ubrig, Gera, Stadt-Apothke
Niedersachsen	Cordes, Hannover, Klopstockstr. 10
Nordmark	Weißkopf, Altona-Ottensen, Moltkestr. 20
Ostpreußen	Seydel, Elbing, Holländer Chausee 47
Pommern	Dr. Vath – Stolp, Hitlerstr. 38
Rheinland	Dorsch, Wuppertal – Elberfeld, Steinbeckerstr. 96
Sachsen	Beutel, Chemnitz, Germania – Apotheke, Annabergerstr. 32
Schlesien	Georg Menzel, Breslau, Goethe – Apotheke, Am Weißenburger Platz

Südwestdeutschland	Oesterwitz – Stuttgart, Adler – Apotheke, Gymnasiumstr. 18
Westfalen	Wolfering, Dortmund, Dresdenerstr. 48

Verband angestellter Ärzte und Apotheker im Gesamtverband der deutschen Angestellten (GdDA). Der Führer der Gruppe 6 des Gesamtverbandes der Deutschen Angestellten, Herr Oberarzt Dr. Strauß, hat zu Bezirksleitern des Verbandes angestellte Ärzte und Apotheker die nachstehenden angeführten Herren ernannt:

Bezirk	Ärzte
Bayern	Dr. Winkle - München
Brandenburg	Dr. Spiller - Berlin
Hessen	Dr. Schütz - Wiesbaden
Mitteldeutschland	Dr. Volkmann - Magdeburg
Niedersachsen	Dr. Nicolaus - Hannover
Nordmark	Dr. Rüder - Hamburg
Ostpreußen	Dr. Riediger - Königsberg
Pommern	Dr. Deutsch - Stettin
Rheinland	Prof. Dr. Ewig - Köln
Sachsen	Stadtmedizinalrat Dr. Wilhelm - Leipzig
Schlesien	Dr. Herbst - Breslau
Südwestdeutschland	Dr. Höppner - Mannheim
Westfalen	Dr. Gies - Hamm

Außerdem war langsam zu erkennen, wie sich der zukünftige Aufbau des Gesundheitswesens vollziehen sollte. Nach dem Ausfall Hörmanns und anderer Gegner steuerte der „Nationalsozialistische Deutsche Ärztebund“ unter der energischen Leitung Wagners die Gründung einer Reichsärztekammer als ständische Organisation mit Leitungs- und Monopolfunktion an. Diese Ärztekammer sollte dann in irgendeiner losen Form der Arbeitsfront angeschlossen werden. Die Formulierung „Reichsärzteführer“ auf die sich hier im Urteil gegen Hanns-Reinhard Fiek vor dem „Obersten Parteigericht“ bezogen wird, muß zum damaligen Zeitpunkt auf Dr. Wagner abheben, der diesen Rang innehatte. Daneben erwartete man geradezu eine grundsätzliche Umgestaltung der Therapie im nationalsozialistischen Sinne und damit auch eine Erneuerung des Verhältnisses zwischen Arzt und Apotheker. Diese Thesen wurden besonders im NSD-Ärztebund vertreten. Am 7. Juni 1933 hatte Wagner die Gesamtleitung aller ärztlichen Verbände übernommen. So hatte die Ärzteschaft bereits im Sommer 1933 einen Entwurf für eine Reichsärzteordnung und die Schaffung einer Reichsärztekammer in Vorbereitung. Mutschler und Theiler waren auch als Ärztewerber für die pharmazeutische Industrie tätig.

Literatur:

Apotheker Dr. Gerald Schröder; NS-Pharmazie, Gleichschaltung des deutschen Apothekenwesens im Dritten Reich; Ursachen, Voraussetzungen. Theorien und Entwicklungen, Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft mbH, 1988 Stuttgart.

Franca
Schneider

Der Volkszorn gegen deutsche Juden hat einen Namen: NSV

Wie sich der Antisemitismus im Deutschen Volk festigen konnte

Der Volkszorn gegen deutsche Juden hat einen Namen: NSV

Wie sich der Antisemitismus im Deutschen Volk festigen konnte

Die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) wurde am 18.April 1932 durch die Nationalsozialisten als eingetragener Verein und ein Jahr vor der Wahl der NSDAP zur Regierungspartei gegründet. Die Gründung war am 18.April 1932 durch den Dresdner Bürgermeister Dr. Lehnge. Am Mai 1933, nur zwei Monate nach der Machtergreifung, wurde sie zur Parteiorganisation der NSDAP erhoben. Der Hauptsitz befand sich in Berlin-Wilmersdorf, dessen Gebäudekomplex von dem Architekten Hugo Constantin Bartels stammt.

Im Zuge der Gleichschaltung mit dem Verbot der Arbeiterwohlfahrt trat der NSV als Staatsorganisation und Verein neben die sieben verbliebenen Wohlfahrtsorganisationen. Zwar gelang der NSV trotz des Verbotes der Arbeiterwohlfahrt nicht die Monopolisierung der gesamten Wohlfahrt, jedoch wurden ursprünglich führende Verbände wie DRK, Diakonie und Caritas zurückgedrängt.

Die Struktur glich dem Aufbau der NSDAP mit Orts-, Kreis- und Gruppenverwaltung. Sie untergliederte sich in sechs Ämter:
Organisation
Finanzverwaltung
Wohlfahrtspflege und Jugendhilfe
Volksgesundheit
Propaganda
Schulung

Die NSV erhielt ihre Richtlinien vom „Hauptamt für Volkswohlfahrt“. Im Jahr 1939 bestand die NSV aus 40 Gau-, 813 Kreis-, 26138 Ortsverwaltungen, 97161 Zellen und 511689 Blocks. Ende 1938 gab es etwa 1 Million ehrenamtliche Mitglieder der NSV. Zu Kriegsbeginn zählte die NSV elf Millionen Mitglieder. Solange die Massenarbeitslosigkeit noch bestand, half die NSV bedürftigen Familien auch finanziell, danach (etwa ab 1938) verlagerte sie sich auf reine Dienstleistungen. In diesem Zusammenhang betrieb die NSV Kindergärten, die in Konkurrenz zu vergleichbaren kirchlichen Einrichtungen traten. Parteimitglieder brachten ihre Kinder in die neuen NSV-Kindergärten mit ihrem Hitlerkult-Motto „Händchen falten, Köpfchen senken – immer an den Führer denken. Er gibt euch euer täglich Brot und rettet euch aus aller Not.“ Finanziert wurde der Verein aus Spenden und den Beiträgen ihrer zahlenden Mitglieder. Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges übernahm die NSV immer mehr staatliche Aufgaben, vor allem im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit. Sie organisierte ab 1940 die Kinderlandverschickungen für Kinder unter 10 Jahre. Eines der bekannteren NSV-Hilfswerke wurde „Mutter und Kind“ genannt. Dieses betreute die „arischen“ Frauen während der gesamten Schwangerschaft wie auch nach der Geburt des Kindes. Mütter wurden auch weiterhin in Notfällen finanziell unterstützt. In den Jungbornen, Kindergärten und Mütterheimen der NSV und SS fand die Betreuung ihre Fortsetzung. Dem NSV wurde aus Massenerschießungen 1941 in Babyn Jar und Schtomyr 137 Lastwagen mit Kleidern von Erschossenen übergeben, die größenteils nach Desinfektion an Volksdeutsche gingen. Folgende Hilfswerke und Institutionen unterstanden der NSV: Hauptamt für Volkswohlfahrt. Obere Ämter der Reichsleitung, Direkt vom Führer berufen, Maybachufer 48-51, Berlin SO36. Der Leiter des Hauptamtes des NSV war Erich Hilgenfeldt und auch der Leiter des Gauamtes für Volkswohlfahrt des Gaues München-Oberbayern. Er war auch die Verbindungsstelle zur Reichsparteileitung in München. Hilgenfeldt war der ehemalige Leiter

der Berliner Propagandistenschule von Dr. Goebbels. Er wurde am 2.Juli 1887 als Sohn des Bergmeisters Max Hilgenfeldt auf der preußischen Staatsgupe in Heinitz, Saargebiet geboren. Er wurde schon früh, 1928, in Berlin NSDAP-Mitglied. Er war Straßenzellenleiter, Bezirkspropagandawart, Leiter der Berliner Propagandistenschule von Dr. Goebbels und Gauinspekteur und Mitglied der Berliner Gauleitung. Er hatte ein Zimmer im Reichtagsgebäude, die Münchener Dienststelle im Zimmer 47 des „Reichsadler". Der Reichsorganisationsleiter war Robert Ley. Der NSV war ab 3.Mai 1933 für die gesamte freie Wohlfahrtspflege zuständig. Als einzige Organisation innerhalb der NSDAP war der NSV für alle Fragen der Volkswohlfahrt und Fürsorge, ausgenommen der Hilfskasse der NSDAP, zuständig. Durch Erpressung, Terror, Raub, Mord gegen Juden und Kommunisten kam die vielen Millionenwerte an Häusern, Einrichtungen, Liegenschaften usw. in den Besitz des NSV. Es erfolgte nur die Vermittlung von arischen, erbgesunden Kindern und nicht für jüdische Kinder durch das DRK. Sie waren Schuld an deren Transporte in KZ's.

Kriminelle Jugendliche mussten Arbeiten für den NSV machen. So waren z.B. jüdische Jugendliche nur durch die Tatsache jüdisch zu sein, kriminell.

1) Reinemachen in den Kindertagesstätten
2) Arbeit in der Schweinemästerei des NSV
3) Mitarbeit in landwirtschaftlichen usw. NSV-Betrieben, nach 1945 enteignet durch die CDU-Regierung, das war damals ein langwieriger Prozess mit zuwenig Personal, und kann am Beispiel der Landesregierung ab 1945 in Thüringen gesehen wurden
4) 1942 mussten 100.000 Flickbeutel ehrenamtlich ausgebessert werden.

Es gab keine privaten Rückreisen von Evakuierten, nur mit Genehmigung des NSV. Alle SS-Mitglieder erhielten alle 14 Tage ein Brathuhn, bezahlt von der NSV als Spende. Der NSV entschied über die Heranziehung der Krüppel zur Kriegsarbeit auch beim NSV.

Von der Zivilbevölkerung wurde erwartet, die folgenden Abteilungen finanziell zu unterstützen

Reichsschatzmeister Schwarz siehe NSDAP-Landesgruppe Palästina
Propagandaministerium, Staatssekretär Gutterer
WHW, von Propagandaministerium geführt und beaufsichtigt
Hannoversche Gauamtsleiter Meier
Produktionsministerium
Ostpreußen Gauleiter Koch
SA-Oberführer König
Reichsoberin Frau Moser, Vertreterin Himmlers
Erich Hilgenfeldt Vorsitzender des „Nachrichtendienst" Zeitschrift als wissenschaftliches Organ
Wirtschaftsgruppe Eierhandel der NSV
Selbsthilfeverbände

Mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 2 vom 10.Oktober 1945 wurde die Organisation durch den Alliierten Kontrollrat verboten und Ihr Eigentum beschlagnahmt

Recherchematerial

Fritz Heine, Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V., Marie – Juckacz – Haus, Oppelnerstr. 130, 5300 Bonn 1, Druck: Vidi-Druck, 1988 Bonn.
http://de.wikipedia.org/wiki/Nationalsozialistische_Volkswohlfahrt

Franca
Schneider

Der Wirtschaftsdiktator des Dritten Reichs und die rechte Hand von Adolf Hitler

Der deutsch-amerikanische Auswanderer orace Greeley
Hjalmar Schacht

Der Wirtschaftsdiktator des Dritten Reichs und rechte Hand von Adolf Hitler

Der deutsch-amerikanische Auswanderer Horace Greeley Hjalmar Schacht

Vom Sozialdemokraten Friedrich Ebert 1923 gegen den Widerstand der Rechten in das Amt des Reichsbankpräsidenten gehievt, dank der Unterstützung der SPD fast sieben Jahre im Amt verblieben. Bestimmte mithin als „Wirtschaftsdiktator“ und „Führer No. 2“ in den Jahren der Wende von der Depression in die Expansion maßgeblich die ökonomische Geschichte Deutschland. 1933 von Hitler aus dem Vorruhestand an die Spitze der Zentralbank zurückberufen. Leitung bis 1939, diente dem Führer vom 1934-1939 als Reichswirtschaftsminister. Mit Verabschiedung der Nürnberger Gesetze eine der Größen des nationalsozialistischen Deutschlands und bis 1943 amtierender Reichsminister. Nach Ende des II. Weltkriegs pflegte sich Schacht als bedeutender Helfer der deutschen Juden darzustellen. In Nürnberger Prozessen für die antijüdische Politik des Dritten Reichs in keiner Weise verantwortlich gemacht und frei gesprochen, Urteil des Internationalen Militärgerichtshof 30.09.1946. 22. Januar 1877 in Tingleff in Nordschleswig geboren. Die Eltern waren Wilhelm und Constanze Schacht. Er hat seine Jugendliebe, eine geborene Freiin von Eggers geheiratet und sie sind vor Ausbruch des Deutsch-Französischen Kriegs in die USA ausgewandert. 1872 amerikanische Staatsbürgerschaft erworben. Sie stammten aus dem Alten Land, einem Marschland am linken Elbufer gleich unterhalb Hamburgs und waren lange Zeit in Dithmarschen ansässig. Die Tochter hatte sich weit unter ihrem Stand verheiratet, von Eggers schnitten Schachts Eltern, Das Kind war sehr stolz auf seine Vorfahren. Der Vater war Buchhalter, Lehrer, Journalist, Seifensieder und wuchs in einer von Arbeitslosigkeit, Unsicherheit und Armut geprägten Atmosphäre auf, mit kränkenden Schulerlebnissen im Hamburger Johanneum. Beide Söhne wurden im renommierten Johanneum, die Schule der „reichen Hamburger Patriziersöhnen“ eingeschrieben. Das Streben nach oben, erhielt permanent neue Nahrung, da er unter der Tatsache litt, nicht standesgemäß zu leben. Auch der Bankier Max Warburg, lange Jahre Mitglied des Zentralbankrates der Reichsbank, konstatierte „Schacht …. litt an grenzenloser Überschätzung der eigenen Person. Die Tragweite seiner eigenen Handlungen überschätzte er.“ Der frühere Ministerkollege aus Schwerin waren Kosigk und der Bankier Hermann Josef Abs gaben Einschätzungen ab:“ Das war Hjalmar Schacht; begabt mit einem selektiven Gedächtnis. Er erinnerte sich nur an das, was ihm und seiner Vorstellung entsprach.“ Schacht macht aus seinem Charakter nie einen Hehl. Im Alter von 76 Jahren rühmte er sich „heute noch ehrgeizig zu sein.“ Zweifel an seiner moralischen Integrität brachten ihm 1923 sogar um ein Haar um die Position des Reichsbankpräsidenten. Sie beruhte auf der „Brüsseler Affäre“ von 1915. Schacht hatte damals, so der freilich bis zuletzt umstrittene Vorwurf, als Mitarbeiter der deutschen Militärverwaltung in Belgien und der Dresdener Bank, deren stellvertretender Direktor er seit 1908 gewesen war, unerlaubt begünstigt und anschließend versucht, alles zu vertuschen und zu leugnen. Er pflegte verklärende Sicht des Kaiserreichs, sein Denken war kein geschlossenes System, vielmehr ein widersprüchliches Nebeneinander von autoritären, demokratischen, liberalen und sozialen Schlagworten. Er war eher der geniale Praktiker, aber auch glühender Nationalist. 1895-1899 in Kiel, Berlin, München, Leipzig, Paris erst Medizin, Germanistik, Literaturgeschichte und Journalistik schließlich Volkswirtschaftslehre studiert. Schacht verfachte kompromisslos das Primat der Wirtschaft vor der Politik. In der Sache bedeutete dies, dass der Staat in Zielkonflikten ökonomischen Forderungen unbedingt Vorrang einzuräumen habe. Seine Innere Überzeugung war: den Parlamentarismus ab 1938 muss abqualifiziert werden. Er gehörte von 1918-1926 der DDP an. Im Jahr 1937 erhielt er das Goldene Parteiabzeichen des NSDAP. Er Taktierte Parteipolitisch skrupellos und reklamierte für sich eine moralisch höherwertige Position, moralische Grundsätze, Pflichtgefühl und die Wahrung von Recht und Sitte wie im kaiserlichen Deutschland. Er verkehrte in nationalliberalen Kreisen und gehörte jahrelang dem Vorstand des jungliberalen Vereins an. Von 1918 bis 1929 stand er im Vordergrund der politischen Szenerie und war Politiker der linken Mitte. Er gehörte zum Vorstand des jungliberalen Vereins, eines Zusammenschluss junger Nationalliberaler, traten erst Kriegsende 1918 in den Vordergrund mit Theodor Wolff vom Berliner Tagblatt und anderen

ehemaligen Nationalliberalen und Freisinnigen, gründete er die neue linksbürgerliche Deutsche Demokratische Partei (DDP), obwohl er ursprünglich bekennender Monarchist war. Er hatte immer die Vorstandsmehrheit, und trug republikanischen Gründungsaufruf zur Weimarer Republik mit, 1. öffentlicher Wahlaufruf, Formulierung des Parteiprogramms, bis 1923 im Hauptvorstand der DDP. Seine Forderungen zu dieser Zeit war die Teilenteignung der Kriegsgewinnler, Vermögensabgabe der Besitzenden, hohe Besteuerung großer Einkommen, führender Politiker in der Partei Rathenau, beste Finanzierungsquellen, Unterstützung in der liberalen Presse, besaß exzellente Führung. 1923 war er auf dem Höhepunkt seiner Karriere, vom Verbandsmitglied zum Mitinhaber der Darmstädter- und Nationalbank Danat-Bank und zum führenden Bankier Deutschland. Er stand aber trotzdem im Schatten seines Compagnons Jakob Goldschmidt. Im August 1923 bot sich Schacht dem Reichskanzler Gustav Stresemann für den Staatsdienst an. Am 12. November war seine Ernennung zum Währungskommisar. Acht tage später starb Havenstein, Reichsbankpräsident, worauf der Sturz des II. Kabinetts Stresemann war. Daraufhin war der Wechsel der SPD in die Opposition. Die Regierung Marx favorisierte Deutschnationale. Helferich erhielt das Votum von der Reichbank, Reichsrat und Reichspräsident. Die Reichsbank lehnte Schacht entschieden ab, auch die Ruhrindustie und die Bankenwelt. Der Reichsbankpräsident Friedrich Ebert setzte Schacht durch. Im Jahr 1926 war sein Austritt aus der DDP wegen der Fürstenabfindungen. Das entsprach nicht seinen Vorstellungen von entschädigungsloser Enteignung wegen führen des I. WK. Im Verborgenen intensivierte Schacht seine Beziehungen zu den Rechten. Der Bruch mit politisch Gleichgesinnten durch den Young-Plan, so war er in Paris der führende und unterzeichnete Deligierte, wofür er erpresst wurde. Am 06.12.1929 schlug er sich auf Seite der Rechtsopposition. Der Young Plan war eine wichtige Mobilisierungsetappe auf dem Weg immer breiterer Wählerschichten zum NS. Der Konflikt zwischen Reichsbankpräsident Schacht und Regierung Müller eskalierte rapide. Schacht intervenierte im Ausland gegen die Reichsregierung. Mit der „Bombe“ von Den Haag war Schmerzgrenze überschritten. Finanzminister Moldenhauer legte ihm Rücktritt nahe, fast 4 Monate hat er den Feldzug gegen die Regierung geführt und zu ihrem Ende am 27.März beigetragen. Das schwelende Feuer der Regierungs- und Staatskrise zu hellen Flammen entfacht zu haben. Er nahm mit sicherem Instinkt den politischen Trend im deutschen Volk wahr. Persönliche Interessen führten zu Rechtsruck. Seine Aussicht als Wirtschaftspolitiker eines autoritären Regimes war wirkungsvoller und erfolgreicher agieren zu können, als in einem demokratischen System. Im Frühjahr 1930 beendete er als Politiker der Linken seine Laufbahn. Er wurde danach vom Abgeordneten Gottfried Feder, Sprecher der NSDAP, vereidigt. Die Anschauung Schachts zur Judenfrage war, dass Judentum und Deutschtum ungleiche Rasse sind. Begründung mit dem Sprichwort, dass Juden „abstrakt begabter als die Deutschen“ .Daher kam auch die Überrepräsentanz in den freien Berufen. Er erlag gängigen Klischeevorstellungen. Die Zeugen im Nürnberger Prozess hatten trotzdem ein positives Bild von ihm, da er eher den Antisemitismus der breiten Schichten verbreitete. Die Rassische Ungleichheit zwischen Deutschen und Juden, beruht nicht auf unterschiedlicher Sozialisation, sondern auf differierenden Erbanlagen. Er lehnte extreme, rassistische Ideologie des NS ab, verabscheute Judenhass der Streicherischen Prägung. Die Prozesse bei der Stuttgarter Spruchkammer, dem Berufsverfahren der Ludwigsburger Kammer und der Nürnberger Spruchkammer mit Camille Sachs entsprachen eher dem gemäßigter Antisemitismus, aber in der Studienzeit Judenfeindschaft eines Heinrich von Treitschke verbreitet. Das Verhalten als Politiker war von einem Philosemitismus geprägt. Er war in der schlagende Verbindung für Journalisten dem „Akademischen Literarischen Verein“ und hatte viele jüdische Freunde, da auch sehr viele Juden in der DDP waren. So erregte der den Unwillen der politischen Rechten. So kamen 1925 die NS-Enthüllungen zustande, Schacht heiße Hajun Schachtel aus Ungarn und wäre Jude. 1931 als NS-Reichstagsabgeordneter urde ber ihn noch mal gesagt, er sei „dänischer Jude“. Seine politische Haltung und Engagement in DDP war, dass er beständig und mutig für die Rechte jüdischer Minderheiten und gegen antisemitische Tendenzen kämpfte. Damit äußerte er mit dieser eigentlichen Motivation, seine wohlkalkulierten Karriereinteressen. Seine Rückkehr zur Macht plante er mit der DNVP oder NSDAP und festigte so seine Abkehr vom projüdischen Standpunkt. Trotzdem war das kein vorrangiges Thema nach 1930. Er trat als Antisemit in der Öffentlichkeit nicht in Erscheinung. Das NSDAP-

Parteiprogramm hatte er nicht befürwortet, deshalb er der Partei anfänglich nicht beitrat. Wusste vor der Regierungsübernahme der NSDAP, die anfänglich Entrechtung, nicht die Vernichtung der Jude im Sinne für die Reichsregierung Brüning und wurde Fürsprecher der „Bewegung“. Er reihte sich in die Harzburger Front ein, machte Partei für „unpolitische“ wählbar, erfüllte seine Funktion. Schacht machte mit seinen Verbindungen und seinem politischen Auftreten Hitler in der Chefetage der NSDAP salonfähig. Mit den Intrigen gegen Regierungschef Hindenburg und Schleicher, kam Hitler an die Macht Schacht leistete wichtige Dienste für die hochverschuldete Partei NSDAP. Am 20.02.1933 trafen führende Industrielle gemeinsam mit Göring zu einem Treffen mit dem neuen Kanzler. Sie erhielten einen Wahlfond in Höhe von 3 Millionen Reichsmark, der unter NSDAP, DNVP, und DVP aufgeteilt werden sollte. Sammlung und Verwaltung der Gelder übernahm der Reichsbankpräsident a.D. Schacht. So wurde am 17.03.1933 Schacht wieder Reichsbankpräsident. Hitler und Otto Wagener, der damalige Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung der NSDAP- Reichsleitung war, wollten Schacht für die neue Arbeitsbeschaffungspolitik wegen seines Renomees. Hans Luther, Reichsbankpräsident seit 1930, der Hitler einen Aufrüstungskredit von 100 Millionen Reichsmark angeboten hatte, wurde zum Rücktritt gedrängt und als Botschafter nach Washington abgeschoben. Nachfolger war der Reichswirtschaftsminister Hagenberg, aber damals war der frühere Generaldirektor der Allianzversicherungsgesellschaft Kurt Schmitt als Nachfolger vorgesehen. Ausschlaggebend für die Beurlaubung Schmitts am 30.07.1934 war Schachts Bereitschaft, die expansive Aufrüstung zu finanzieren und mit seinem neuen Plan ein Außenwirtschftskonzept zu realisieren, das den Vorstellungen der NSDAP entsprach. Vorgesehen war eine keynesianische Kreditschöpfung- und Beschäftigungspolitik. Die Geldmengenerweiterung mit einem Finanzierungssystem a la Mefo-Wechsel bis 1936 durch die „Metallurgische Forschungsgesellschaft“. Es wurden Mefo-Wechsel in Höhe von 9,5 Milliarden Reichsmark ausgegeben und erhöhte die Geldmenge sofort und unmittelbar, da keine Warengeschäfte zu Grunde lagen und konnte jederzeit bei der Reichsbank rediskontiert werden. Auch mit Finanzierungsmethode mittels fingierter Handelswechsel, die schon die Regierung Schleicher in Form von OEFFA- Wechsel angewendet hat, klappte die Wirtschaft auf Dauer nicht. Ab 1935 wurde Schacht auf unbefristete Zeit verlängert. Er war der „Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft“ und so einem Kriegsminister gleichgestellt. Als Erfolg konnte ihm gutgeschrieben werden, die gelungene Realisierung der Arbeitsbeschaffungspolitik und der Wirtschaftsaufschwung. Die Bereitwilligkeit Rüstungsmilliarden zur Verfügung zu stellen, war ein Neuer Plan. So wurde Schacht zum Wirtschaftsdiktator. Im Frühjahr 1936 spitzte sich Devisen und Rohstoffmangel zu, der expansiver Aufrüstung wurde ein Riegel vorschoben. Im Gegensatz zu Hitler war Schacht für die Drosselung der Rüstungsausgaben und Förderung der Exportwirtschaft. Das versteht man als Primat der Wirtschaft versus dem Primat der Politik. Er machte gegenüber Hitler den Vorschlag ein neues Gremium mit Schacht, Reichswehrminister Werner von Blomberg und Hermann Göring zu gründen und ihnen so die Oberaufsicht über die Rohstoff- und Devisentransaktionen anzuvertrauen. Der Kanzler erfüllte Wunsch, aber nur um Göring mit entsprechenden Kompetenzen auszustatten. Sxhacht hatte so keine Möglichkeiten mehr zu handeln. Bat am 11.08.1937 als Geschäftsführender Reichs- und Preußischer Wirtschaftsminister um Entlassung und Entbindung vom Amt als Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft. Er blieb aber Reichsbankchef, der auch mit Mefo-Wechseln nichts mehr erreichen konnte. Deshalb legte sich nicht definitiv auf eine Partei fest. Er offenbarte sein Vertrauen und innere Opposition zum Führer, knüpfte aber auch Kontakte zu Widerstandskreisen. Mit führenden Generälen im Vorfeld des Münchener Abkommens arbeitet er an einem Coup dètat gegen Hitler. Gleichzeitig dankte General Beck, wodurch er eine größere Regierungskrise bewirkte. Am 07.01.1939 forderte Hitler Schacht auf Noten zu pressen, dieser warnte vor einer Inflation, danach setzte Hitler Schacht ab. Noch bis 22.01.1943 in der Position eines Reichsministers ohne Geschäftsbereich, hatte so auch keinen politischen Einfluss mehr. Er versuchte in dieser Folge sich der amerikanischen Regierung als Mitarbeiter anzudienen und auf diese Weise in die USA zu emigrieren. Am 23.07.1944, drei Tage nach dem Attentat auf Hitler, wurde Schacht verhaftet und 10 Monate in Prominentenhaft eingewiesen. Er war nach dem Krieg angeklagt im Nürnberger Prozess, wurde freigesprochen. Von deutschen Behörden wurde er erneut interniert und kam ins Entnazifizierungsverfahren. 1950

wurden die Spruchkammerakten geschlossen. Bis zu seinem Tode 03.06. 1970 arbeitet er als Privatbankier, Publizist und Berater verschiedener ausländischer Regierungen weiter. In den Jahren 1930 bis 1945 war er Politiker der Rechten. Ideologie, Partei und Person Adolf Hitler war für ihn rein instrumentell, um mit Hilfe Hitler wieder an die Schalthebel der Macht zu gelangen, dadurch die deutsche Wirtschaft zu bestimmen. Er hatte zu keiner Zeit keine moralischen Bedenken. Er wusste, dass die höhere Beamtenschaft, das Direktorium der Reichsbank und die NSDAP ihn nahezu geschlossen ablehnten, er konterte mit Misstrauen. Am 31.01.1937 mit Verleihung des Goldenen Parteiabzeichen in die NSDAP eingetreten Parteiausschluss 1943, NSDAP-Mitgliedsnummer: 3805230. Die Reichsbank wurde jetzt von Reichsministers Freiherr von Neurath geleitet. Der Verkehrsminister Eltz-Reibenbach lehnte das System ab, so dass Hitler seine Haltung gegenüber der Kirche nicht ändere. Kontakt von Schacht war der Mitarbeiter der Reichsbank Justus Piper. Dieser schützte konsequent die Beamten der Reichsbank vor dem Einfluss der Partei. Das war seine nationalsozialistische Beamtenpolitik, die allein auf den Zweckmässigkeitsaspekt beruhte. Mit Äußerungen zur Judenfrage wurde die Reichsbank immer schweigsamer. Für „antijüdische“ Massnahmen der ersten Jahre nach der Machtergreifung ist Schacht mitverantwortlich, da er akzeptierte dass deutsche Juden entrechtet wurden. Bis 1935 war dass auch seine Judenpolitik. Er schützte aber auch die Wirtschaft vor der Inflation. Er mit mäßigem Erfolg. Er verhinderte und unterband auch Übergriffe der Partei auf die Firmenwelt und gewerbliche Wirtschaft, nicht aber ihre Arisierung. Deshalb war auch seine Aufgabe, die Bedenken gegen das Regime zerstreut. Er bewirkte die Verdrängung der Juden aus „Kultureller“ Sphäre und freien Berufe mit, da er sonst einen Karrierenachteil sah. In der Öffentlichkeit moderater Antisemitismus. Als Bankier sollte er dazu beitragen, den wahren Charakter des Regimes im Hinblick auf ihre Judenpolitik zu verschleiern. Hitler verstand darunter, das internationale Finanzjudentum zu „bescheissen“. Auf der Ernennungsurkunde der Reichsbank standen: acht Mitglieder des Generalrates der Reichsbank Hindenburg, Hitler, Hjalmar Schacht, Franz von Mendelsohn, Oscar Wassermann, Max M. Warburg. Sein Verhalten nach der Machtergreifung am 30.01.1933 als Reichsbankpräsident war, dass er Jüdische Freunde und deshalb den Antijüdischen Terror nur am Anfang befürwortet. Juden in der Reichsbank versuchte er aus Karrieredünkel zu kündigen. In diesem Zusammenhang waren auch seine rassistisch und antisemitisch Reden. Da er den Krieg nicht finanzieren wollte. Wurde er als Reichswirtschaftsminister abgesetzt. An einer Chefbesprechung zur Judenfrage nahm er teil. Ebenso an der Staatssekretärkonferenz zur „Judenfrage“. Die Bilanz als Wirtschaftsminister war, die Inflation nicht richtig berechnen zu können. Er versuchte sie aber mit seinen Bankinstrumenten zu mildern.

Rechercheliste

Albert Fischer, Hjalmar Schacht und Deutschlands „Judenfrage“, der „Wirtschaftsdiktator“ und die Vertreibung der Juden aus der deutschen Wirtschaft, Köln, Weimar, Wien, Böhlau 1995, Wirtschafts- und sozialhistorische Studien, Bd.2

Franca
Schneider

Das Handy im Alltag in Deutschland

Wie funktioniert Mobiles telefonieren

Das Handy im Alltag in Deutschland

Wie funktioniert Mobiles telefonieren

Fast alle Menschen in Deutschland nutzen ein Mobiltelefon. Es ist selbstverständlich geworden, unterwegs erreichbar zu sein oder mobil im Internet zu surfen. Durch technische Unterstützung kann man Mobiltelefone an vielen Orten nutzen, zum Beispiel im Zug oder in der U-Bahn.

Der Begriff Mobilfunknetz bezeichnet die technische Infrastruktur, auf der die Übertragung von Signalen für den Mobilfunk stattfindet. Das Mobilfunknetz umfasst im Wesentlichen das Mobilvermittlungsnetz, in dem die Übertragung und Vermittlung der Signale zwischen den ortsfesten Einrichtungen und Plattformen des Mobilfunknetzes stattfinden, sowie das Zugangsnetz, in dem die Übertragung der Signale zwischen einer Mobilfunkantenne und dem Mobiltelefon (umgangssprachlich Handy) stattfindet; das Zugangsnetz wird auch als Luftschnittstelle bezeichnet.

Entwicklung

Weltweit wurden im Jahr 2013 1,8 Milliarden GSM-Telefone ausgeliefert, 1 Milliarde davon waren Smartphones. Der generierte Smartphone-Umsatz lag bei $181 Milliarden. Marktführer der Hersteller ist Samsung, mit einem Marktanteil von 31 %. Von sämtlichen weltweit in Betrieb befindlichen GSM-Telefonen laufen 1,336 Milliarden mit dem Betriebssystem Google Android, 360 Millionen mit Apple iOS. Android ist mit beinahe 80 % Marktanteil Marktführer.

Die Mobiltelefonindustrie ist sowohl einem starken Wachstum als auch einer schnellen Zielproduktveränderung unterlegen. Gegen 1999 wurde für die Mobiltelefonindustrie ein starkes Wachstum prognostiziert. Im ersten Halbjahr 1999 stieg der Umsatz mit privat genutzten Mobiltelefonen in Deutschland um 7 % auf 1,35 Milliarden DM. 2013 waren es für das Gesamtjahr 8,3 Milliarden €. Bei der Einführung des kommerziellen volldigitalen 900 MHz GSM-Mobilfunks im Jahr 1992 in Deutschland gab es bundesweit 1 Millionen Mobiltelefonbesitzer. Bis zum Jahr 1998 stieg die Zahl auf 13,9 Millionen. 1998 prognostizierte man für das Jahr 2005 46,3 Millionen Mobiltelefonbesitzer, tatsächlich waren es 2005 etwa 57,4 Millionen. Bis zum Jahr 2013 stieg die Zahl auf 63 Millionen an; 40,4 Millionen davon waren Smartphone-Nutzer.

Der Absatz sogenannter Smartphones hat in den letzten Jahren stetig zugenommen. Dabei hat sich auch die Bedeutung des Terminus gewandelt: Während ursprünglich (2004) ein Mobiltelefon mit PDA-Funktion als Smartphone bezeichnet wurde, versteht man heute (2014) ein Mobiltelefon mit großem berührungsempfindlichem Bildschirm und Apps als Smartphone. Es wird daher noch nicht sehr lange zwischen herkömmlichen Mobiltelefonen und Smartphones unterschieden. Im Jahr 2006 wurden weltweit 64 Millionen Smartphones verkauft, im Jahr 2005 wurde der Gesamtabsatz von Mobiltelefonen weltweit auf 810 Millionen geschätzt. Der Absatz von Smartphones würde somit im Jahr 2006 grob geschätzt 8 % des Gesamtabsatzes ausgemacht haben, zum Vergleich: 2013 waren es 55 % des weltweiten Absatzes an Mobiltelefonen. Auch die Anzahl der abgesetzten Smartphones nahm in den letzten Jahren stetig zu, 2010 waren es 300 Millionen, 2011 490 Millionen und 2013 eine Milliarde.

In Deutschland werden zurzeit drei Mobilfunknetze betrieben. Die ältesten noch betriebenen Netze sind das D-Netz und das E-Netz, die 1991 bzw. 1993 in Deutschland eingeführt wurden

und auf dem GSM-Standard basieren. Zu dieser Zeit war die Sprachübertragung die häufigste Form. Mitte der 90er gewann jedoch die Datenübertragung an Bedeutung und erforderte eine Modernisierung von GSM. Zu diesem Zweck wurde der GPRS-Standard entwickelt und eingeführt. Dabei wird das Mobilvermittlungsnetz um die Fähigkeit zur paketorientierten Datenübertragung erweitert, das Funknetz jedoch nicht verändert. Die Einführung datenoptimierter 3G-Netze schließlich zielt auf Erhöhung der Datenübertragungsraten und beseitigt außerdem Kapazitätsprobleme bei der Sprachübertragung. Erweiterte Funktionalitäten, etwa im Bereich Multimedia, folgen mit dem Ausbau der 3G-Netze. Der wichtigste 3G-Standard ist das Universal Mobile Telecommunications System (UMTS). Durch die Markteinführung von „Smartphones“, die verstärkt Datenanwendungen unterstützen, stiegen die Kapazitätsanforderungen der Netze weiter, was zur Entwicklung des Long-Term-Evolution-Standards (LTE) führte. LTE nutzt ausschließlich Datenübertragung und unterscheidet sich insofern von den älteren Netzen, die auch Leitungsvermittlung einsetzen. In der Schweiz werden Mobilfunknetze seit 1993 betrieben.

Ein Mobiltelefon, auch Handy, Funktelefon, GSM-Telefon (nach dem Mobilfunkstandard GSM), in der Schweiz auch Natel genannt, ist ein tragbares Telefon, das über Funk mit dem Telefonnetz kommuniziert und daher ortsunabhängig eingesetzt werden kann. Im Jahre 2013 wurden weltweit erstmals mehr internetfähige Mobiltelefone mit berührungsempfindlichen Bildschirmen (Smartphones) als herkömmliche Mobiltelefone verkauft. Die drei größten Hersteller von Mobilfunkgeräten weltweit waren im Jahr 2015 Samsung, Apple und Huawei, danach folgten Lenovo, Xiaomi, ZTE, LG, Oppo, Coolpad und TCL-ALCATEL. Die herkömmlichen Mobiltelefone werden heute überwiegend als Feature-Phones für einen kleinen Markt verkauft, zum Beispiel in Entwicklungsländern und Schwellenländern oder für Menschen, die möglichst einfach bedienbare Geräte mit langer Akkulaufzeit nutzen wollen.[4]

Vor den Geräten, die heute als Mobiltelefon bezeichnet werden, gab es einige Vorläufer. Die Entwicklung des Mobilfunks begann 1926 mit einem Telefondienst in Zügen der Deutschen Reichsbahn und Reichspost auf der Strecke zwischen Hamburg und Berlin. Dieser Telefondienst wurde nur den Reisenden der 1. Klasse angeboten, doch schon 1918, rund fünf Jahre nach der Erfindung des Meißnerischen Röhrensenders, führte die Deutsche Reichsbahn im Raum Berlin Versuche mit Funktelefonen durch.

Die ersten Mobilfunkgespräche wurden über in Kraftfahrzeugen montierte Endgeräte – Autotelefone – im Jahr 1946 möglich. Die US-Firma Bell Telephone Company bot ihren Mobile Telephone Service an, über den am 17. Juni 1946 in St. Louis die ersten Gespräche geführt wurden; ab 2. Oktober desselben Jahres war ein Autotelefonservice der Illinois Bell Telephone Company in Chicago verfügbar.

Die ersten im A-Netz verwendbaren Autotelefone gab es in West-Deutschland ab 1958, wobei um 1968 eine Abdeckung von 80 % des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland erreicht wurde. Die Geräte waren zunächst wegen der für die Funktechnik verwendeten Vakuumröhren recht groß, wurden aber mit Einführung der Transistoren bald sehr viel kleiner. Gespräche wurden handvermittelt, die Gerätepreise lagen bei etwa 50 % des Wagenpreises. Ab 1972 wurde in der Bundesrepublik auf das B-Netz umgestellt, das erstmals über die Möglichkeit verfügte, Selbstwählverbindungen herzustellen.

1973 stellte ein Entwicklerteam bei Motorola um Martin Cooper und Chefdesigner Rudy Krolopp den ersten Prototyp eines Mobiltelefons her. „Für das Innenleben plünderten die Ingenieure von Motorola damals UKW-Radios und kombinierten diese mit einem leistungsfähigen Stromspeicher, dem Metall-Hydrid-Akku“. Im Oktober 1973 meldeten sie

ein Patent an. Cooper machte am 3. April 1973 den ersten Anruf über ein Mobiltelefon, bei dem er seinen Rivalen bei den Bell Labs anrief.

Ab 1985 gab es in Deutschland und Österreich das kleinzellige analoge C-Netz. Es ermöglichte eine geringere Sendeleistung der Telefone und damit kleinere, nicht mehr praktisch an Autoeinbau (auch im Kofferraum) gebundene Geräte. „Portables“, kleine Kistchen mit Tragegriff und einem angeschlossenen Telefonhörer sowie einer längeren Antenne, kamen auf den Markt.

Durch die Einführung flächendeckender digitaler Mobilfunknetze (D-Netz Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre in Deutschland, Österreich und der Schweiz) konnte die benötigte Batterieleistung der Mobiltelefone und damit auch deren Größe erneut vermindert werden. 1992 wurde in den USA das erste GSM-fähige Mobilgerät von Motorola, das International 3200, vorgestellt. Im Sommer 1992 nahmen in Deutschland die Netze D1 (Betreiber: DeTeMobil Deutsche Telekom Mobilfunk) und D2 (Betreiber: Mannesmann Mobilfunk) den Betrieb auf. In Deutschland ist UMTS seit 2004 kommerziell verfügbar. Der 3G-Standard UMTS zeichnet sich durch deutlich erhöhte Datenraten aus, wodurch internetbezogene Anwendungen, vor allem auf Smartphones, erheblich beschleunigt werden. Der vorherige Trend, die Geräte immer mehr zu verkleinern, wurde durch größere Geräte mit großen Touchscreen-Bildschirmen teilweise umgekehrt. Ende 2009 wurden die ersten Mobilfunknetze der vierten Generation (4G) verfügbar; mit LTE und später LTE-Advanced erhöhten sich wiederum die maximal möglichen Datenraten, ohne dass die 4G-Netze bisher für reine Sprachdienste nutzbar sind.

Mobilfunknetze unterteilen sich wie das Festnetz in ein Kern- und mehrere Zugangsnetze. Die Funktion des Kernnetzes besteht in der Verbindung der einzelnen Zugangsnetze, die den Endanwendern den Zugriff auf das Netz ermöglichen. Die Unterscheidung zwischen Mobilfunk- und Festnetz besteht hauptsächlich im Zugangsnetz, das in Mobilfunknetzen drahtlose Kommunikationsverbindungen aufbaut und so die Mobilität der Teilnehmer gewährleistet. Die Zugangsnetze sind in der Regel Funknetze und werden oft mit ihrem englischen Begriff, Radio Access Network (RAN), bezeichnet. Je nach Standard existieren auch weitere Komponenten und Subnetze, die die Funktion der Dienste gewährleisten soll.

Funksignale

Für viele Funktionen eines Mobiltelefons ist die Übertragung von Funksignalen erforderlich: Egal ob man telefoniert, Textnachrichten oder Bilder verschickt oder im Internet surft. Dafür braucht man eine Mobilfunk-, Bluetooth- oder Wlan-Verbindung. Wenn man das Mobiltelefon als Mp3-Player oder als Kamera verwendet, muss es keine Funksignale senden.

Mobilfunknetz

Für den Mobilfunk ist ganz Deutschland in einzelne kleine Gebiete unterteilt, die sogenannten Funkzellen. Jede dieser Funkzellen hat eine eigene Mobilfunksendeanlage, auch einfach Basisstation genannt. Je mehr Menschen mobil telefonieren, je mehr Daten sie verschicken, desto mehr Funkanlagen sind nötig. Zum Mobilfunknetz gehören auch zentrale Computer. Die einzelnen Funkanlagen sind jeweils mit einem zentralen Computer verbunden.

Elektromagnetische Felder und Wellen

Wenn in einem elektrischen Leiter ein elektrischer Strom fließt, der zeitlich fortwährend seine Richtung ändert, entstehen um den Leiter herum elektrische und magnetische Wechselfelder. Wenn die Richtungsänderung sehr schnell erfolgt, spricht man von hochfrequenten Feldern. Elektrische und magnetische Felder fasst man dann zu elektromagnetischen Feldern zusammen. Die Felder können sich vom Leiter lösen und als elektromagnetische Welle im Raum ausbreiten. Man spricht von elektromagnetischer Strahlung. Der Leiter funktioniert als Sendeantenne. In jedem Mobiltelefon ist mindestens eine Antenne. Auch Licht ist eine elektromagnetische Welle. Im Unterschied zu Lichtwellen kann man Mobilfunkwellen aber nicht sehen. In elektrischen Leitern rufen sie aber Ströme hervor und können so mit anderen Antennen empfangen und zur Nachrichtenübertragung genutzt werden.

Wie wirken die elektromagnetischen Felder auf uns

Von Mobiltelefonen und Mobilfunksendeanlagen aber auch von Radio- und Fernsehsendern gehen elektromagnetische Wellen aus. Unser Körper nimmt einen Teil der Energie auf. Die aufgenommene Energie wird im Körper in Wärme umgewandelt. Um zu verhindern, dass das Gewebe sich zu stark erwärmt, gibt es Grenzwerte. Sie schützen uns vor den bereits erforschten Gesundheitsstörungen durch elektromagnetische Felder. Mobilfunkfelder müssen die Grenzwerte einhalten. Die bisher bekannten Gesundheitswirkungen treten nur bei hohen Feldstärken auf.

Elektromagnetische Felder setzen sich aus elektrischen und magnetischen Feldern zusammen. Sie entstehen, wenn sich elektrische Ströme und Spannungen verändern. Dann bildet sich eine elektromagnetische Welle, die sich räumlich ausbreitet. Diese Welle transportiert Energie.

Es gibt elektromagnetische Felder, die in der Natur entstehen. Dazu gehören beispielsweise das Tageslicht oder Blitze bei einem Unwetter. Andere werden von technischen Geräten und Anlagen produziert. Denn überall dort, wo Strom fließt, gibt es auch elektromagnetische Felder. Solche Felder werden etwa von Fernsehern, Haartrockern, CD-Playern oder elektrischen Rasierapparaten erzeugt.

Elektromagnetisches Spektrum

Die elektromagnetischen Felder unterscheiden sich in ihrer Frequenz und Feldstärke sowie in der Signalform der elektromagnetischen Wellen. Bei der Frequenz lassen sich innerhalb des elektromagnetischen Spektrums hochfrequente und niederfrequente Felder unterscheiden. Der hochfrequente elektromagnetische Bereich reicht von 10 Kilohertz (KHz) bis 300 Gigahertz (GHz). Hochfrequente elektromagnetische Felder werden zum Beispiel beim Radio und Fernsehen, Rettungs-, Betriebs- und Taxifunk oder funkbasierten Diebstahlsicherungen genutzt. Niederfrequente elektrische und magnetische Felder zwischen 0 Hertz (Hz) und 10 Kilohertz (KHz) entstehen vor allem bei der Energieerzeugung und -übertragung sowie im Haushalt mit Frequenzen um 50 Hertz (Hz).

1 Hertz entspricht einer Schwingung pro Sekunde
1 Megahertz sind 1 Million Hertz
1 Gigahertz sind 1.000 Millionen Hertz

Elektromagnetische Felder des Mobilfunks

Der Mobilfunk nutzt hochfrequente elektromagnetische Felder zur digitalen Übertragung von Sprache und Daten. Die drei heute gebräuchlichen Mobilfunkstandards GSM (Global System for Mobile Communications), UMTS (Universal Mobile Telecommunications System) und LTE (Long Term Evolution) verwenden jeweils verschiedene Frequenzbereiche (GSM: 900 und 1.800 MHz; UMTS: 1.900-2.170 MHz und LTE: 800 und 2.600 MHz).

Die elektromagnetischen Felder des Mobilfunks gehören zum Bereich der sogenannten nicht ionisierenden Strahlung. Darunter fallen auch Radio- und Mikrowellen sowie die optische Strahlung. Eine wichtige Eigenschaft dieser Strahlungsart ist, dass ihre Energie nicht ausreicht, um bei der Durchdringung von Stoffen Atome oder Moleküle in einen elektrisch geladenen Zustand zu versetzen (zu ionisieren). Dies vermag nur die ionisierende Strahlung. In diese Kategorie fallen zum Beispiel die Röntgen- und Gammastrahlung.

Durch den Einsatz moderner Funktechnologien entstehen in der Umwelt des Menschen hochfrequente elektromagnetische Felder.

Hochfrequente elektromagnetische Felder gehören - wie auch niederfrequente Felder und die optische Strahlung - zur nichtionisierenden Strahlung. Im Gegensatz zur ionisierenden Strahlung - zum Beispiel Röntgenstrahlung - reicht die Energie dieser Strahlung nicht aus, um Atome und Moleküle elektrisch aufzuladen - zu ionisieren.

Grundlagen

Im elektromagnetischen Spektrum sind die hochfrequenten elektromagnetischen Felder im Frequenzbereich zwischen etwa 100 Kilohertz (kHz = 1.000 Hz) und 300 Gigahertz (GHz = 1.000.000.000 Hz) angesiedelt (Hertz ist die Maßeinheit für die Frequenz, d.h. für die Zahl der Schwingungen pro Sekunde). Im Gegensatz zu niederfrequenten Feldern wechseln bei hochfrequenten Feldern sowohl das elektrische als auch das magnetische Feld zwischen zigtausend und mehreren Milliarden Mal in der Sekunde ihre Richtung. Demzufolge besteht eine sehr enge Kopplung von magnetischer und elektrischer Komponente, so dass die von Hochfrequenzanwendungen ausgehenden Felder "elektromagnetische Felder" genannt werden.

Hochfrequente elektromagnetische Felder werden zur Übertragung von Bild, Ton und Daten von u. a. folgenden modernen Kommunikationsmittel genutzt:

Rundfunk und Fernsehen
Schnurlose Telefone (DECT)
Mobilfunk
Babyphone
Wireless LAN (WLAN) und Bluetooth zur Vernetzung von Computern untereinander und mit Peripherie-Geräten
Polizei und Feuerwehr nutzen ein eigenes Funknetz zur Kommunikation über größere Entfernungen.

Wie wird die Sicherheit des Menschen gewährleistet?

Zum Schutz der Bevölkerung vor gesundheitsschädigenden Wirkungen elektromagnetischer Felder gilt in Deutschland seit 1997 die 26. Verordnung zur Durchführung des Bundes-

Immissionsschutzgesetzes (26. BImSchV). In ihr werden Grenzwerte u. a. für den Betrieb von ortsfesten Sendeanlagen (z. B. von Rundfunk, Fernsehen und Mobilfunk) auf der Basis von Empfehlungen der Internationalen Kommission zum Schutz vor nichtionisierenden Strahlen (ICNIRP) sowie der Weltgesundheitsorganisation (WHO), zwei international anerkannte Gremien, und Empfehlungen der deutschen Strahlenschutzkommission (SSK) festgelegt.

Grundlage dieser Empfehlungen sind die wissenschaftlich nachgewiesenen, gesundheitsrelevanten biologischen Wirkungen, die durch eine Einwirkung hochfrequenter Felder ausgelöst werden können.

Nach Inkrafttreten der 26. BImSchV hat die SSK im Jahr 2001 auf Veranlassung des Bundesumweltministeriums geprüft, ob und inwieweit sich der wissenschaftliche Kenntnisstand über die Wirkungen elektromagnetischer Felder inzwischen verändert hat. Dabei stellte die SSK fest, dass die geltenden Grenzwerte nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand die Bevölkerung vor nachgewiesenen Gesundheitsgefahren ausreichend schützen. Nationale und internationale Forschungsergebnisse aus jüngerer Vergangenheit stehen dieser Bewertung nicht entgegen.

Die Grenzwerte wurden so festgelegt, dass die Bevölkerung vor wissenschaftlich nachgewiesenen gesundheitlichen Risiken geschützt wird. Im Auftrag des Bundesumweltministeriums prüfen SSK und Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) laufend die wissenschaftlichen Grenzwerte.

Die Handys (Mobilfunk-Endgeräte) sind in der 26. BImSchV nicht berücksichtigt. Aber auch die Handys sind Quellen hochfrequenter elektromagnetischer Felder. Die Handyantennen strahlen die für die Verbindung zur ortsfesten Mobilfunkbasisstation benötigte Leistung ab. Der Kopf befindet sich dadurch beim Telefonieren in unmittelbarer Nähe zur Sendeantenne des Handys (Nahfeld). Daher wurden zum Schutz der Nutzer international Grenzwerte für die Leistungsaufnahme (Spezifische Absorptionsrate = SAR-Wert) im Kopf erarbeitet. Dieser sogenannte Teilkörper-SAR-Wert darf nicht mehr als 2 W/kg betragen und wird eingehalten, wenn die Ausgangsleistungen des GSM-Standards (bis zu 2 Watt im D-Netz und 1 Watt im E-Netz) nicht überschritten werden. Nach Herstellerangaben beträgt die Sendeleistung von UMTS-Handys etwa 0,12 Watt.

Das Deutsche Mobilfunk Forschungsprogramm

Bei der Prüfung im Jahr 2001 hat die SSK auch offene Fragen identifiziert und eine Intensivierung der Forschungsaktivitäten auch unterhalb der geltenden Grenzwerte empfohlen. Aus diesem Grunde hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit im Jahr 2002 das Deutsche Mobilfunk Forschungsprogramm (DMF) initiiert und das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) mit der Koordinierung der über 50 Forschungsprojekte in den Bereichen Biologie, Dosimetrie, Epidemiologie und Risikokommunikation beauftragt.

Im Rahmen der Forschungsprojekte wurde der Frequenzbereich bei den Untersuchungen bewusst breit gefasst und ging z. T. über den derzeit genutzten Bereich des GSM- und UMTS-Standards hinaus. Das Programm war so angelegt, dass die Ergebnisse für den gesamten Bereich der Telekommunikation Gültigkeit besitzen und möglichst Aussagen für zukünftige Entwicklungen zulassen.

Nach Abschluss aller Forschungsprojekte im Frühjahr 2008 haben das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) und die Strahlenschutzkommission (SSK) unabhängig voneinander übereinstimmend festgestellt, dass die vorliegenden Ergebnisse des Forschungsprogramms keine Erkenntnisse erbracht haben, die die geltenden Grenzwerte aus wissenschaftlicher Sicht in Frage stellen. Die zu Beginn des Deutschen Mobilfunk Forschungsprogramms bestehenden Hinweise auf mögliche Risiken konnten nicht bestätigt werden. Vor diesem Hintergrund hält die Bundesregierung weiterhin an den bestehenden Grenzwerten fest. Sie bekennt sich auch weiterhin zu Vorsorgemaßnahmen.

Die öffentliche Vorstellung der Ergebnisse des Deutschen Mobilfunk Forschungsprogramms durch Bundesumweltministerium und BfS unter Beteiligung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) erfolgte im Rahmen der internationalen Konferenz "Mobilfunk-Selbstverpflichtung und Deutsches Mobilfunk Forschungsprogramm" am 17./18. Juni 2008.

Die freiwillige Selbstverpflichtung der Mobilfunknetzbetreiber

Im Dezember 2001 haben die Mobilfunknetzbetreiber ihre freiwillige Selbstverpflichtung vorgelegt, in der sie Maßnahmen zu Verbesserung von Sicherheit und Verbraucher-, Umwelt- und Gesundheitsschutz, Information und vertrauensbildende Maßnahmen beim Ausbau der Mobilfunknetze zugesagt haben. Die Mobilfunkbetreiber berichteten der Bundesregierung auf der Basis eines unabhängigen Gutachtens jährlich über die Erfahrungen mit der Selbstverpflichtung:

Übersicht der Jahresgutachten zur Umsetzung der Zusagen der Selbstverpflichtung der Mobilfunkbetreiber

Anlässlich der Internationalen Konferenz zum Abschluss des DMF (s.o.) hat die Bundesregierung die Umsetzung sowie die bisher erreichten Ergebnisse der freiwilligen Selbstverpflichtung der Mobilfunknetzbetreiber einer umfassenden Bewertung unterzogen.

Durch die Selbstverpflichtungserklärung der Mobilfunknetzbetreiber konnten Verbesserungen in allen Bereichen der Selbstverpflichtung (1. Kommunikation und Partizipation, 2. Verbraucherschutz und Verbraucherinformation zu Handys, 3. Forschungsförderung, 4. Monitoring als Beitrag zum Risikomanagement) erwirkt werden. Die Selbstverpflichtung hat sich damit in der Auseinandersetzung um den Ausbau des Mobilfunks als ein sinnvolles Politikinstrument erwiesen. Einen wichtigen Beitrag hat dazu neben dem gutachterlichen Überprüfungsprozess auch die Bereitschaft der Beteiligten zum Dialog geleistet. Die wesentlichen Ziele - die Klärung offener Forschungsfragen, die Verbesserung der Transparenz beim Netzaufbau und bei den tatsächlich gemessenen Immissionen - wurden erreicht. Insbesondere bei der Lösung von Standortkonflikten, in einzelnen Bereichen der Forschung, bei der Information der Bürgerinnen und Bürger sowie der Verbraucherinformation besteht weiterer Handlungsbedarf.

Die Mobilfunknetzbetreiber haben auf dem Internationalen Konferenz zum DMF zugesagt, das heute erreichte Niveau der Umsetzung der Selbstverpflichtung zu halten und verpflichten sich, folgende zusätzliche bzw. die Pflichten aus der bestehenden Selbstverpflichtung konkretisierende Maßnahmen zu ergreifen:

Verbesserung bei der Übersendung der Sendebeginnsanzeige
Verbesserungen des Konfliktmanagements in Kommunen

Informationsmaterialien in betreibereigenen Shops für den Verbraucher leichter zugänglich zu machen
Unterstützung der Forschungsaktivitäten der Bundesregierung zu gesundheitlichen Auswirkungen der elektromagnetischen Felder des Mobilfunks in 2009 und 2010 mit bis zu 500.000 Euro pro Jahr

Schriftlicher Bericht gegenüber der Bundesregierung alle zwei Jahre über die Erfahrungen mit der Selbstverpflichtung und jährliches Überprüfungsgespräch mit der Bundesregierung.

Bei der Bundesnetzagentur ist eine Standort-Datenbank in kartografischer Form eingerichtet worden, die im Internet öffentlich zugänglich ist. Damit wird den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, sich über die Standorte von Funkanlagen, für die eine Standortbescheinigung erteilt wurde, und über die Orte, an denen im Rahmen des EMF-Monitorings Messungen der elektromagnetischen Feldstärke durchgeführt wurden, zu informieren.

Mobilfunknetze sind den Kommunikationsnetzen zuzuordnen und dienen primär der Nachrichtenübertragung. Durch die Mobilität der Teilnehmer wird die Signalübertragung gegenüber anderen Netzen wie dem Festnetz erschwert. Daher gibt es einige spezifische Vorgänge, die mobile Kommunikation ermöglichen. Hierzu zählen die Übertragung über die Luftschnittstelle, das Mobilitätsmanagement, Paging oder Handover. Je nach Architektur und Technik werden diese Funktionen von anderen Baugruppen bereitgestellt und sind teilweise anders organisiert.

Wie das drahtgebundene Telefon besteht das Mobiltelefon aus einem Lautsprecher, einem Mikrofon, einem Bedienteil (Tastatur und Anzeige) und einer Steuerung (meist ein Mikrocontroller). Zusätzlich hat es ein Funkteil (Sendeempfänger, Antenne) und eine eigene Stromversorgung (meist einen Akkumulator). Bei GSM-Telefonen ist zum Betrieb generell eine SIM-Karte notwendig (bis 2009 ausgenommen Notrufnummern), die zur Identifizierung gegenüber dem Mobilfunknetz genutzt wird.

Mobiltelefone in Europa funktionieren heutzutage nach dem GSM-Standard. Sie benutzen Frequenzen um 900 MHz (D-Netz) beziehungsweise 1800 MHz (E-Netz). Erste Telefone die Dualband-GSM, also D- und E-Netz gleichermaßen unterstützen kamen gegen Ende der 1990er Jahre auf. Das erste GSM-Telefon mit Dual-Band Technik war das Motorola 8900. Triband-Mobiltelefone können zusätzlich auf 1900 MHz oder 850 MHz operieren, diese Frequenzen werden hauptsächlich in den USA genutzt. Quadband-Mobiltelefone beherrschen alle vier Frequenzen. Während die GSM-Basisstationen für Mobiltelefone Sendeleistungen von bis zu 50 Watt (D-Netz) bzw. 10 Watt (E-Netz) haben, kommen Mobiltelefone mit Sendeleistungen von max. 2 W (D-Netz) beziehungsweise 1 W (E-Netz) aus. Für die Übertragung wird als Modulationsart GMSK (Gaussian Minimum Shift Keying, eine weiterentwickelte, optimierte Version der FSK) verwendet

GSM (Global System for Mobile Communication)

In einem Frequenzkanal können bis zu acht Gespräche gleichzeitig übertragen werden. Jedes Gespräch wird zeitlich in winzige Abschnitte unterteilt. Die Abschnitte der Gespräche werden so schnell abwechselnd nacheinander gesendet, dass man die Unterbrechungen gar nicht bemerkt. Im GSM-Netz ist die Sendeleistung des Mobiltelefons beim Rufaufbau, also vor Beginn des Gesprächs, hoch. Danach nimmt sie meistens ab: Je besser die Verbindung, desto geringer die Strahlung.

Die aus dem Festnetz übernommene Trennung ist im GSM-System am stärksten ausgeprägt. Das Basestation Subsystem (BSS), das aus den Basisstationen besteht, liefert sämtliche Funktionen, die für die Verbindung zwischen Netzwerk und mobilen Teilnehmern notwendig sind und entspricht so dem klassischen Zugangsnetz. Das Network Subsystem (NSS) koordiniert dann die einzelnen BSS. Es enthält alle Komponenten zur Vermittlung von Telefongesprächen und entspricht daher dem Kernnetz. Die dritte Komponente der Architektur ist das Intelligent Network Subsystem (IN), das Datenbanken enthält, die zusätzliche Dienste bereitstellen. Dazu gehört zum Beispiel die Verwaltung von Prepaid-Diensten.

LTE (Long Term Evolution)

LTE ermöglicht eine noch höhere Datenübertragungsgeschwindigkeit als UMTS.

Bei LTE wurden die klassischen Verfahren der Signalübertragung durch Paketvermittlung und Datenübertragung ersetzt. Eine davon getrennte Sprachübertragung existiert nicht mehr. Gleichzeitig ist die hierarchische Struktur abgeflacht worden. Durch Verbindungs- und Kernnetz wird nur noch der eigentliche Datenverkehr geleitet, Unterstützungsdienste wie die Mobilitätsverwaltung oder das Paging werden von der Mobility Management Entity übernommen, die sowohl mit dem Verbindungsnetz, das bei LTE evolved UTRAN (eUTRAN) genannt wird, als auch dem Kernnetz kommuniziert

MMS (Multimedia Messaging Service)

Lange Texte, Bilder und Töne kann man mit MMS verschicken.

UMTS (Universal Mobil Telecommunication System)

Viele Mobiltelefone nutzen UMTS. Das Mobiltelefon zeigt das z.B. als „3G“ oder „H“ an. Damit können mehr Daten in kürzerer Zeit übertragen werden als mit GSM. Alle Mobiltelefone in einer Funkzelle senden auf der gleichen Frequenz. Damit nichts durcheinander gerät, bekommt jedes Gespräch und jeden Datenverbindung einen eigenen code. Im UMTS-Netz wird die Sendeleistung besonders schnelle geregelt. Eine hohe Leistung beim Rufaufbau wie im GSM-Netz, ist in der Regel nicht nötig, denn es bedeutet weniger Strahlung.

UMTS stellt die Weiterentwicklung der GSM/GPRS-Architektur dar und wurde von Beginn an auch für Datenübertragung konzipiert. Zu Beginn wurde das Kernnetz kaum verändert und nur mittels Softwareupdate angepasst. Der Aufbau des Zugangsnetzes ist jedoch eine Neuentwicklung und wird UMTS Terrestrial Radio Acces Network (UTRAN) genannt.

UTRAN verwendet im Gegensatz zu GSM/GPRS kein Multiplexverfahren zur Datenübertragung, sondern ordnet die Signale über individuelle Codes den Teilnehmern zu. Später wurden auch im Kernnetz neue Architekturen wie das Bearer Independent Core Network (BICN) entwickelt und umgesetzt, das die bis dahin getrennte Übermittlung von Sprach- und Datenverbindungen in ein gemeinsames IP-basiertes Übertragungsverfahren zusammen führte.

SAR (Spezifische Absorpionsrate)

Die spezifische Absorptionsrate beschreibt, wie viel Energie durch Strahlung von unserem Körper pro Zeiteinheit aufgenommen wird. Die SAR wird in der Einheit Watt pro Kilogramm angegeben. Im Bereich des Kopfes und des Körperrumpfes sollen lokale Höchstwerte von 2 W/kg nicht überschritten werden. Strahlungsarme Mobiltelefone erreichen nicht mehr als 0,6 W/kg.

General Packet Radio Service (GPRS)

GPRS erweitert GSM um die Fähigkeit der Datenübertragung. Beide Systeme nutzen dieselben Basisstationen, so dass im Zugangsnetz mit Ausnahme einer neuen Softwareversion keine Änderungen vorgenommen wurden. Das Kernnetz wurde allerdings um die Fähigkeit zum Aufbau paketvermittelnder Kommunikationsverbindungen erweitert. Diese ermöglicht flexible Bandbreiten und verbessert so die Effizienz der Übertragungskapazität der Kanäle. Zu diesem Zweck wurden dem Netz die Packet Control Unit (PCU) zur Reservierung der Timeslots in den Basisstationen, der Serving GPRS Support Node (SGSN) zum routen der Datenpakete zwischen den einzelnen Funknetzen und der Gateway GPRS Support Node (GGSN) zur Anbindung des Mobilfunknetzes an das Internet hinzugefügt.

Betriebssysteme

Ältere GSM-Telefone (wie z. B. das im obigen Bild gezeigte Siemens S25) haben meist nur ein einziges Betriebssystem, welches alle Aufgaben wahrnimmt. Moderne Smartphones verwenden hingegen ein Echtzeit-Hauptbetriebssystem auf welchem die Benutzeranwendungen ausgeführt werden, und das sogenannte Baseband-Betriebssystem, welches die eigentliche Kommunikation mit dem Handynetz übernimmt. Das Baseband-Betriebssystem ähnelt in der Funktionsweise einem herkömmlichen Nicht-Smartphone-Betriebssystem, hat jedoch üblicherweise keine Benutzeroberfläche und läuft im Hintergrund auf einem eigenen Prozessor und Speicher getrennt vom Hauptbetriebssystem.

Das Hauptbetriebssystem des Mobiltelefons wird bei Smartphones meist nicht vom Hersteller produziert, sondern in Lizenz betrieben. Das unter Smartphones mit Abstand verbreitetste Betriebssystem ist Android. Weitere verbreitete Systeme sind iOS von Apple und das auf Windows NT basierende Windows Phone von Microsoft. Auf herkömmlichen Nicht-Smartphones beziehungsweise klassischen Handys wird meist ein proprietäres Betriebssystem des Herstellers verwendet. Andere Betriebssysteme führen eher ein Nischendasein und konnten sich am Markt nicht durchsetzen. Dazu gehören unter anderem das erst seit 2013 verfügbare Firefox OS und die abgekündigten Systeme Bada, Symbian sowie Series 40 bzw. Asha. Einige wenige Mobiltelefone laufen mit linuxbasierten Betriebssystemen (z. B. Android Jolla, Maemo, MeeGo und Tizen), zu deren Weiterentwicklung einige Firmen aus dem Mobilfunkbereich 2007 die LiMo Foundation gegründet haben. Die Entwicklung wurde jedoch weitestgehend eingestellt. Der Übergang von Smartphones zu PDAs und Tablets ist fließend.

Schnittstellen

Ein Mobiltelefon verfügt als Schnittstellen im Allgemeinen über:

- mindestens ein Modem (GSM, 3G oder LTE bei volldigitalen Mobiltelefonen), mit dem die Kommunikation zwischen Endgerät und Mobilfunknetz erfolgt. Bei vielen Telefonen können über das Modem zusätzlich Textnachrichten verschickt und auf das Internet zugegriffen werden. Mitunter kann das Modem auch in den vorherigen Modi funken, selten auch gleichzeitig, oder das Mobiltelefon besitzt ein zweites Modem.
- Kabelgebundene Schnittstelle ist meist eine USB-Schnittstelle. Ältere Mobiltelefone haben auch proprietäre Kabelschnittstellen für intelligentes Zubehör (z. B. Nokia Pop-Port) oder Anschlüsse für eine Halterung in Kraftfahrzeugen.
- Infrarot war bis zu seiner Verdrängung durch effizientere Datenübertragungsstandards bei Mobiltelefonen verbreitet.
- Als leistungsfähigere Schnittstellen für den Nahbereich sind bei Mobiltelefonen oftmals Bluetooth, W-LAN und NFC im Einsatz.
- Vor allem bei Smartphones anzutreffen sind eine analoge Audioschnittstelle (meist ein 3,5 mm-Klinkenanschluss) und eine Videoschnittstelle (Composite-Video oder Mini-HDMI-Anschluss).
- Zum Laden der Akkus besitzt ein Handy entweder eine extra Ladebuchse, oder es wird der USB-Anschluss hierzu mitverwendet. Mitunter kann auch drahtlos mittels magnetischem Wechselfeld geladen werden (z. B. Qi)

Ladegeräte

Die Ladegeräte unterscheiden sich von Hersteller zu Hersteller. Auf Druck der Europäischen Union vereinbarten alle großen Mobiltelefon-Hersteller (außer Apple) ab 2010 die Einführung eines gemeinsamen Standards für Ladegerätstecker auf der Grundlage des Micro-USB-Steckers. Damit können zukünftig alle neueren Mobiltelefone mit dem gleichen Ladegerät geladen werden. Ab 2017 müssen alle in der Europäischen Union verkauften Mobiltelefone und Smartphones sowie voraussichtlich auch andere kleinere mobil nutzbare Geräte, wie zum Beispiel Tablet-PCs, über einheitliche Ladegeräte versorgt werden können.

Bauarten

Übliche Bauformen

- (Candy-)Bar/Barren/Riegel – klassische Bauweise, die der Form eines Schokoriegels (englisch candy bar) ähnelt, beispielsweise Nokia 6230. Mobiltelefone, deren Tastatur von simplen Klappen oder Schiebemechanismen ohne weitere Funktion geschützt sind, zählt man zu den „Candybar“-Telefonen wie das Nokia 7110 oder das Siemens S25.
- Folder/Clam-Shell/Klapphandy – zweigeteiltes Mobiltelefon mit einem Scharnier in der Mitte. Im aufgeklappten Zustand trägt der obere Teil meist das Display, der untere die Tastatur. Zusammengeklappt liegen beide Teile gegenüber und werden auf diese Weise geschützt. Beispiel: Motorola RAZR.
- Jack-Knife – horizontales Drehgelenk, beispielsweise Sony Ericsson W550i
- Slider (Schiebehandy) – Display und Bedientasten werden vertikal über die Wähltasten hochgeschoben, beispielsweise Samsung SGH D500.
- Swivel-Klapptelefone – mit drehbarem Bildschirm, beispielsweise Samsung SGH-P900.

- Touch Phones – Smartphones, die mittels eines Touchscreen-Displays und ggf. einer als Multi-Touch bezeichneten Technik vorwiegend mit den Fingern gesteuert werden. Bereits 1992 stellte IBM das erste Mobiltelefon mit Touchscreen vor. Andere Quellen zählen Mobiltelefone mit berührungsempfindlichen Bildschirmen zur Candy-Bar-Bauform.

Spezialformen

- Armbandmobiltelefon oder Handyuhr
- Mobilfunk-GSM-Tischtelefone – herkömmlichen schnurgebundenen Festnetz-telefonen nachgebaut – auch diese sind wie GSM-Gateways vornehmlich zum stationären Betrieb geeignet. In Deutschland wurde etwa das Modell GDP-02 des tschechischen Herstellers Jablotron von O_2 und Vodafone vermarktet.
- Mobilfunk-Gateways – Sonderformen von Mobilfunk-Endgeräten zum stationären Betrieb, die den Anschluss von Telefonanlagen und herkömmlichen Festnetztelefonen ermöglichen.
- Kombinierte Bauformen - Einige Endgeräte, meist aus dem Segment "Experimental" oder "Fashion", sind aus verschiedenen Bauformen mit kombinierten Klapp-, Dreh-, oder Schiebekonstruktionen konstruiert.[27]

Solarbetriebene Mobiltelefone

Nach Einzug der solarbetriebenen Mobiltelefon-Ladestationen wurde bereits im Jahr 2001 von der südkoreanischen Firma „CR Telecom“ ein Solar-Mobiltelefon vorgestellt. Die Ladezeiten entsprachen in etwa den Gesprächszeiten, ein effektives Laden der Geräte war aber nur bei einfallendem Sonnenschein möglich. Im selben Jahr stellte das Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme den Prototyp eines „Siemens-C25“-Mobiltelefons mit solarbetriebenem Akku vor. Diese neuartigen Module waren zwar kostengünstig, aber auch sie lieferten zu wenig Energie für akzeptable Gesprächszeiten.

Anwendungen

Mobiltelefone ermöglichen es meist, Textnachrichten, eventuell auch kombiniert mit multimedialen Inhalten, zu versenden. Das Short Message Service ermöglicht kurze Textmitteilungen von einer Länge bis zu 160 Zeichen. Die erste short message wurde im Dezember 1992 von einem PC an ein Mobiltelefon im britischen Vodafone-Netz gesendet. 1994 konnte ein Mobiltelefon auch erstmals eine SMS direkt verschicken. Für die Kurzmitteilungen hat sich der Name SMS eingebürgert, obwohl das Kürzel SMS eigentlich nur den Trägerdienst bezeichnet.

Ursprünglich als reines „Abfallprodukt“ kostenlos angeboten, entwickelte sich SMS zum Hauptertragsbringer für die Netzbetreiber. Im Jahr 2005 wurden bundesweit über 61 Millionen Kurzmitteilungen pro Tag versendet, bis zum Jahr 2011 stieg die Zahl auf 148 Millionen. Bei einer gründlichen Betrachtung überrascht der Erfolg dieses Dienstes nicht, weil er in Kombination mit einem Mobiltelefon sehr viel gebrauchstauglicher zu nutzen ist als seine inzwischen fast schon vergessenen Vorgänger, die digitalen Funkmeldeempfänger (sogenannte Pager). Weiterentwicklungen von SMS existieren unter dem Namen Enhanced Message Service (EMS) und Multimedia Messaging Service (MMS). MMS bietet die Möglichkeit, mit einem Mobiltelefon multimediale Nachrichten (Videos, Bilder, Ton und Text) von bis zu 500 kB an andere mobile Endgeräte zu versenden. MMS ist nicht kompatibel zu SMS oder EMS, Endgeräte müssen MMS explizit unterstützen. Einige Netzbetreiber

bieten andernfalls den Abruf der MMS über das Internet und ein Kennwort, das dem Empfänger per SMS mitgeteilt wird, an.

Für Gehörlose und hochgradig Schwerhörige bietet somit die „SMS“-Funktion eine Möglichkeit, ein Mobiltelefon zu benutzen, wie auch beim Bild- und Schreibtelefon.

Die Anzahl der in Deutschland versendeten Kurznachrichten stieg bis zum Jahr 2012 auf 163 Millionen an. Seitdem ist ein deutlicher Abwärtstrend zu verzeichnen, innerhalb von zwei Jahren brach die Zahl der gesendeten Kurznachrichten um 55 % ein. Als Ursache dafür werden Instant-Messenging-Programme wie WhatsApp und Telegram gesehen. Mit dem Messenger WhatsApp wurden Anfang 2014 täglich etwa 50 Milliarden Nachrichten versendet, im April desselben Jahres stieg die Zahl auf 64 Milliarden an. Die SMS ist mit 55 Milliarden versendeten Einheiten unter das Niveau der Instant Messenger gefallen. Während jeder Bundesbürger zu Jahresanfang 2014 zwei SMS täglich verschickte, sendete jeder WhatsApp-Nutzer 30 Nachrichten pro Tag.

Musikplayer

Seit 1998 sind Mobiltelefone mit integriertem FM-Radio (das Ohrhörerkabel wird als Antenne verwendet) und seit 2000 mit integrierter Musikabspielfunktion erhältlich. Mit derartigen Mobiltelefonen können Musikdateien wie bei einem MP3-Player in den Gerätespeicher geladen werden. Viele Mobiltelefone bieten seit 2001 die Möglichkeit, ihre jeweilige Speicherkapazität mittels einer Speicherkarte zu erweitern – je nach Modell bis zu mehreren GB.

Internetzugriff

Viele Mobiltelefone, die vor dem Populärwerden von Smartphones auf dem Markt kamen, besitzen einen Browser zum Surfen auf WAP- und Mobile-HTML-Seiten. Wobei ein erstes WAP-fähiges Handy bereits 1999 veröffentlicht wurde.Die WAP-Technik ist mittlerweile obsolet und wurde von der Möglichkeit, das herkömmliche Internet auf dem Handy zu nutzen verdrängt. Steve Jobs kritisierte bei der Präsentation des iPhone die WAP-Technik als „Baby-Internet“ und stellte den Internet-Browser Mobile Safari als „ersten echten Internet-Browser auf einem Smartphone“ dar. Moderne Smartphones haben meist einen mitgelieferten Browser, mit dem sich HTML-Seiten relativ komfortabel betrachten lassen können. Alternativ lassen sich auf Smartphones auch Browser von Drittanbietern wie Opera Mini nachinstallieren. Moderne Smartphone-Anwendungen bieten für den Internetzugriff vielfältige Vernwendungsmöglichkeiten, wie etwa das Abrufen von Aktien oder Wetterdaten sowie auf Online-Kartenmaterial gestützte Navigation. Auch Instant-Messenger verwendet zum Versenden von Textnachrichten das Mobile Internet.

Push-to-talk

Der Dienst Push-to-talk („drücken, um zu sprechen“) ermöglicht es, kurze Sprachnachrichten an einzelne Nutzer oder Gruppen zu versenden. Dieser Dienst wird in Deutschland nicht mehr unterstützt (vorher nur Telekom/D1). Durch die Popularität von Instant-Messengern erlebt die Push-to-talk-Funktion eine gewisse Renaissance, da derartige Programme eine solche Funktion bieten. Dies ist jedoch im Gegensatz zum ursprünglichen Push-to-talk nicht providergestützt, sondern basiert auf der Infrastruktur des Instant-Messengers.

Apps

Erste Anwendungen von Drittanbietern, sogenannte Apps (Abkürzung von Application, englisch für Anwendung) wurden durch die Vorstellung der Java ME (Java Micro Edition) im Jahre 1999 möglich. Es wurden in den Folgejahren mehrere Mobiltelefone mit der Java-Technik ausgestattet, wodurch die Midlets genannten Anwendungen eine gewisse Popularität erfuhren. Die Java-Plattform wurde 2007 abgekündigt.

Mit dem Erscheinen von Smartphones wurden die Möglichkeiten von Anwendungen weiter ausgebaut. Beim Erscheinen des ersten iPhone war Steve Jobs für ein geschlossenes Betriebs- und Anwendungssystem, und meinte, Webapps würden den Dienst von nativ installierten Anwendungen genauso zuverlässig und schnell erledigen. Dennoch verkündete Apple am 17. Oktober 2007, auf Drängen des Vorstands und der Medien, im Februar 2008 ein Software Development Kit (SDK) für Entwickler freizugeben. Das Resultat für die Endbenutzer war der App Store, aus dem Apps heruntergeladen werden können. Dadurch lässt sich das Mobiltelefon um ein Vielfaches an Anwendungsmöglichkeiten erweitern.

Mit Hilfe der Programmierumgebungen (SDKs) lässt sich das Mobiltelefon – wie viele andere Computersysteme – auch gravierender modifizieren. Ein Gerät kann somit vollkommen andere Aufgaben wahrnehmen als die ursprünglichen Mobiltelefonfunktionen. Seit der Einführung von Smartphones sind SDKs jedoch überwiegend für die Entwicklung kommerzieller Anwendungen (den genannten Apps) im Gebrauch, wie z. B. Xcode für das iPhone.

GNSS-Empfang

GPS- und GLONASS-Signale werden in Mobiltelefonen von Navigationsprogrammen genutzt. 2005 erschien bereits das erste Smartphone mit eingebautem GPS-Empfänger. Es handelte sich um das Siemens SXG75. Kurz darauf folgte das Motorola A780, allerdings fanden beide aufgrund niedriger Verkaufszahlen wenig Verbreitung. Erst 2007 folgten dann das Nokia N95 oder HTC P3300. GPS-Empfänger konnten aber auch vorher schon extern über Bluetooth oder Kabel angeschlossen werden. Frühere Versuche der Integration von GPS-Hardware in Mobiltelefone scheiterten an deren enormen Energiebedarf, einige Modelle kamen dennoch bereits ab 2001 auf den Markt. Seit ca. 2012 empfangen viele Smartphones neben GPS- auch GLONASS-Signale.

Im Gegensatz zu Navigationsgeräten verlangten viele Mobiltelefonhersteller in der Anfangszeit noch Gebühren für Navigation. Dies geschieht meist über den Umweg, dass der Abgleich zwischen Position und Karte aktiv vom Netzanbieter über eine eigene Software erfolgt, in (A-GPS) durch die Hinzunahme einer Funkzellen-Ortung, die dann in Datenvolumen oder Kilometer abgerechnet wird, oft auch nur über eine Onlinekarte, die sekundär einen Zugang zum Internet erzwingt.

Etliche Apps bieten mittlerweile jedoch auch eine gänzlich kostenlose Offline-Führung an, sofern das Mobiltelefon kompatibel ist und genug eigenen Speicher für die Karte aufweist. Eine externe GNSS-Maus kann den Empfang der Mobiltelefone verbessern.

In der Anfangszeit lieferten Navigations-Programme wie Trekbuddy nur eine Kompass-Navigation bzw. benötigen für die exakte Straßen-Navigation vorher abgespeicherte Routendaten oder GPS-Punkte.

Branding

Viele Netzbetreiber bieten über ihre Independent Service Provider – auch „Brands“, also Tochterunternehmen genannt – nur solche Mobiltelefone an, die mit einer von ihnen speziell angepassten Software ausgestattet sind (sog. „Branding“ oder „Customization“). Viele Änderungen werden speziell für den Netzbetreiber oder für den Service-Anbieter des Kunden vorgenommen, bevor dieser das Mobiltelefon erwirbt. Dadurch werden Funktionen des Telefons erweitert, entfernt oder verändert. So werden Kunden durch zusätzliche Menüeinträge im Browser („Favoriten“) – im Extremfall sogar durch zusätzliche Tasten – automatisch zu den Portalseiten der Service-Anbieter oder der „Brands“ geführt, FAQ-Seiten hinterlegt, SIM-Lock eingerichtet, Rufnummerneinträge für Hotlines hinterlassen, der Netzbetreibername sowie der Hintergrund im Display geändert etc. Mittlerweile werden beim Branding oft normale Komfortfunktionen, wie etwa ein auf dem Gerät gespeichertes Bild per Knopfdruck an die Bildschirmgröße anpassen, entfernt. Üblich ist es auch, das Speichern von Spielen und ähnlicher Software (meist per Bluetooth und Infrarot) auf dem Telefon zu verhindern, um den Nutzer an die oft kostenpflichtigen „Downloadportale“ der Provider zu binden. Es besteht die technische Möglichkeit, die Software des Netzbetreibers wieder durch die des Telefonherstellers zu ersetzen (Debranding).

Weitere Sende- und Empfangseinheiten

Mobiltelefone, mit denen man mit zwei Netzkarten gleichzeitig anruf- und empfangsbereit ist, nennt man Dual-SIM-Handys. Moderne Dual-Sim-Telefone verfügen über 2 komplette Sende- und Empfangseinheiten, die nicht wie bei älteren Modellen manuell gewechselt werden muss. Ebenfalls im Handel erhältlich sind Triple-SIM-Handys, mit denen man bis zu drei SIM-Karten in einem Gerät betreiben kann.

Entstehung der Bezeichnung „Handy“

Als gängige Bezeichnung für die neu eingeführten GSM-Mobiltelefone bürgerte sich ab etwa 1992 in der deutschen Umgangssprache der Begriff „Handy“ ein. Das in Deutschland oft gebrauchte Wort „Handy“ ist jedoch ein Scheinanglizismus, da es im englischsprachigen Raum nur als Adjektiv verwendet wird („praktisch, bequem, handlich“) und nicht als Bezeichnung für ein Mobiltelefon. Von einigen – etwa vom Verein Deutsche Sprache – wurde die eingedeutschte Schreibweise „Händi“ empfohlen, die sich allerdings nicht durchsetzen konnte. Zur Entstehung des Begriffs gibt es zahlreiche widersprüchliche Erklärungsansätze, die bislang nicht schlüssig belegt werden konnten. Im Zweiten Weltkrieg produzierte Motorola erstmals neben dem Walkie-Talkie SCR-300, das auf dem Rücken getragen wurde, das Handie-Talkie SCR-536, das man wie ein Telefon in der Hand halten konnte. Bis heute gibt es Nachfolgemodelle dieses Namens, der seit 1963 auch in englischen Wörterbüchern geführt wird. Das erste D-Netz-Mobiltelefon, das den Begriff Handy im Namen führte, war das 1992 von Loewe vorgestellte HandyTel 100.

In deutschsprachigen CB- und Funkamateur-Kreisen gab es die Bezeichnung Handy schon vor 1992. Gemeint war damit ein hand-held transceiver, also ein in der Hand gehaltener Sender und Empfänger. Meist waren damit kleine, so ähnlich wie ein Telefon aussehende Funkgeräte für UKW-Bänder gemeint, wie z. B. das YAESU FT23. Diese Funkgeräte waren relativ klein und konnten mit einer Hand bedient werden; andere CB-Funkgeräte waren wesentlich größer und mussten in der Regel mit zwei Händen bedient werden.

Das US-amerikanische sowie südafrikanische Englisch spricht vom cell(ular) phone (cell ist die Zelle rund um einen Transceiver im mobilen Netzwerk), im britischen Englisch vom mobile phone oder kürzer mobile. In englischen Slang-Wörterbüchern wird das Substantiv „Handy“ in der deutschen Bedeutung aufgeführt, und entsprechend hat es sich auch in der angloamerikanischen Umgangssprache eingefunden.

Ein handliches Taschenlampenmodell der Firma Daimon wurde 1937 unter dem Namen „Handy“ als Warenzeichen eingetragen: Es war das erste „Handy“ Deutschlands.

In der Schweiz hat sich der Ausdruck Natel (als Abkürzung für Nationales Autotelefon) eingebürgert. Der Ausdruck wird jedoch von der Telefongesellschaft Swisscom als geschützte Marke allein für ihre Dienste beansprucht. Im Zuge der Öffnung des Mobilfunkmarktes verbreitet sich auch in der (deutschsprachigen) Schweiz der vom Netzbetreiber unabhängige Name Handy immer mehr, nicht jedoch auf offizieller Ebene, denn der Name Handy wurde bereits am 6. Juni 1958 als Warenzeichen für ein bekanntes Geschirrspülmittel der Mifa AG eingetragen.

Bezeichnungen in anderen Sprachen bzw. Ländern

Auch in anderen Sprachen haben sich teilweise sehr plastische Bezeichnungen für das Mobiltelefon eingebürgert. Zumeist richtet sich die Bezeichnung nach einer augenfälligen Eigenschaft des Gerätes.

Als sein wichtigstes Charakteristikum gilt die Portabilität: Der lateinische Wortstamm mobile findet sich – wie etwa in der deutschen Bezeichnung Mobiltelefon. Die Bezeichnung findet sich auch im Englischen (mobile phone, mobile) und in vielen anderen Sprachen wieder, etwa im Spanischen (móvil) oder im Katalanischen (mòbil). Daneben haben sich die Bezeichnungen „Tragbares“ (portable im Französischen, keitai (携帯 oder auch ケータイ) im Japanischen) oder „Reisetelefon“ (matkapuhelin) im Finnischen etabliert.

In manchen Ländern richtet sich die Bezeichnung der Mobiltelefone nach deren Aufbewahrungsort: „Hosentaschen-Telefon“ (cep telefonu) im Türkischen, „Taschentelefon“ (fòn phoca oder fón póca) im Schottisch-Gälischen und im Irischen.

In wieder anderen Sprachen zielt die Bezeichnung darauf ab, dass Mobiltelefone zum Telefonieren in der Hand gehalten werden: „Handtelefon“ (fòn làimhe) im Irischen, hand phone in vielen asiatischen Ländern (besonders: Singapur/Malaysia), sau kei oder shǒu jī (手机) (jeweils „Handmaschine“) in China, mue thue als Kurzform von thorasap mue thue โทรศัพท์มือถือ („handgehaltenes Telefon“) in Thailand.

Oft nimmt die Bezeichnung auch den „zellulären“ Charakter des Mobiltelefonnetzes auf; eine häufige Bezeichnung ist daher „Netz-“ oder „Zelltelefon“ – so zum Beispiel das Englische cellular phone/cell phone (vor allem US-amerikanisches Englisch), das spanische celular, khelyawi im Libanon, komórka in Polen oder Ponsel (telepon selular) in Indonesien. Im Italienischen ist neben der Bezeichnung (telefono) cellulare – die den amerikanischen Sprachgebrauch widerspiegelt – auch die Diminutivform telefonino, also: „Telefönchen“ gebräuchlich. Während in Portugal die Bezeichnung telemóvel üblich ist, sagt man in Brasilien (telefone) celular.

In anderen Ländern wiederum leitet sich die Bezeichnung vom GSM-Standard ab: Bulgaren bezeichnen Mobiltelefone neben Mobifon (мобифон) auch als dzhiesem (джиесем), Isländer als Gemsi (was auf Isländisch außerdem so viel bedeutet wie junges Schaf). Im niederländischen Sprachraum gibt es regionale Unterschiede bei der Bezeichnung. Während der allgemeine Begriff mobiele telefoon lautet, welcher gerade in den Niederlanden selbst auch oft im abkürzenden Diminutiv mobieltje gebraucht wird, findet sich besonders in Flandern, aber auch im Großherzogtum Luxemburg, weitverbreitet der Begriff GSM. Auch in Slowenien wird der Ausdruck gsm (in englischer Aussprache) oder aber mobitel verwendet. Auch mobilnik ist gebräuchlich.

In manchen Ländern wird das Mobiltelefon nach Netzbetreibern oder Herstellern benannt, die sich als erstes etabliert haben. So ist in der Schweiz der Begriff „Natel“ üblich, der durch den gleichnamigen Markennamen des Netzbetreibers geprägt wurde.

Darüber hinaus finden sich auch gänzlich andere Bezeichnungen: Im Iran werden Mobiltelefone als „Begleittelefon“ (telefon-hamráh oder hamráh – تلفن همراه) bezeichnet, in Israel als „Wundertelefon“ (pelefon – פלאפון). Hierbei ist zu bemerken, dass Pelephone auch der erste israelische Netzanbieter war. Das Wort wurde deshalb auch ins Palästinensisch-Arabische übernommen und als bilifōn ausgesprochen.

In vielen arabischen Ländern wie den Vereinigten Arabischen Emiraten oder Saudi-Arabien wird es Jawwal – جوال bezeichnet, was „das, was durch die Gegend spaziert“ bedeutet und der Name der dortigen ersten Netzbetreiber ist. Dies ist zwar auch in den Palästinensischen Autonomiegebiete der Fall, dort hat sich aber der israelische Name bilifōn gehalten.

Auf dänisch, schwedisch und norwegisch heißt Mobiltelefon mobiltelefon oder kurz mobil. In Schweden sind daneben umgangssprachlich auch Ficktelefon (zu schwedisch Ficka = „(Hosen-) Tasche“) und nalle zu hören. Letzteres bedeutet „Teddybär“ – das kam ursprünglich vom Ausdruck Yuppie-nalle, da sich bis in die späten 1980er Jahre nur reiche Yuppies Mobiltelefone leisten konnten, die sie dann stolz „wie einen Teddybären“ umhertrugen.

Bezeichnung für frühe, klobige Geräte

Ein originär deutscher Begriff für besonders klobige, frühe Mobiltelefone ist Knochen, eine Bezeichnung, die wegen der charakteristischen Form ursprünglich für den Telefonhörer verwandt wurde.

Das Mobiltelefon im Alltag

In einigen Umgebungen, insbesondere bei Aufführungen in Kinos, Theatern oder Opern und vor allem in Gotteshäusern oder auf Friedhöfen wird die Nutzung von Mobiltelefonen häufig als störend empfunden. Deshalb gehen etwa Kinobetreiber dazu über, die Nutzung aktiv oder passiv zu unterbinden. In Ländern wie den USA ist der Einsatz von Störsendern mittlerweile gängige Praxis, um eine störungsfreie Aufführung zu gewährleisten. In anderen Ländern wie auch Deutschland ist jedoch die Nutzung der Sendefrequenzen untersagt, da diese exklusiv den Netzbetreibern vorbehalten sind. Die Betreiber setzen deshalb auf die passive Störung von Funktelefonen durch eine gute Abschirmung der Säle. Das führt allerdings auch dazu, dass Mobiltelefone die maximale Sendeleistung abstrahlen.

In vielen Ländern wird das Führen von Mobilfunkgesprächen in öffentlichen Verkehrsmitteln von den Mitfahrern oft als störend und als indirekter Zwang zum Mithören empfunden, zumal dabei meist lauter gesprochen wird als im Gespräch mit anwesenden Personen. In manchen Ländern, so in Japan, gilt es als verpönt, in öffentlichen Verkehrsmitteln Telefongespräche zu führen oder auch nur Klingeltöne erklingen zu lassen; auf diese Verhaltensregel wird mit Ansagen aufmerksam gemacht. In Graz wurde 2008 in den städtischen öffentlichen Verkehrsmitteln ein Telefonierverbot erlassen, das aber nicht durchgesetzt wird.

Mobiltelefone und Straßenverkehr

Benutzung eines Mobiltelefons während der Fahrt ohne Freisprecheinrichtung ist Fahrzeugführern in vielen Ländern verboten (auch in Deutschland, Österreich und der Schweiz). Bei Nichtbeachtung des Verbotes werden Bußgelder, in Deutschland zusätzlich auch eine Eintragung von einem Punkt im Fahreignungsregister verhängt. In Deutschland wurden im Jahr 2011 in 450.000 Fällen Autofahrer mit einem Mobiltelefon am Steuer ertappt.

In Deutschland darf nach § 23 Abs. 1a derjenige, der „ein Fahrzeug führt, ein Mobil- oder Autotelefon nicht benutzen, wenn hierfür das Mobiltelefon oder der Hörer des Autotelefons aufgenommen oder gehalten werden muss. Dies gilt nicht, wenn das Fahrzeug steht und bei Kraftfahrzeugen der Motor ausgeschaltet ist“. Das Verbot der Benutzung eines Mobiltelefons gilt in Deutschland auch für Fahrradfahrer. Für einen Verstoß durch einen Fahrradfahrer ist nach der aktuellen Fassung des Bußgeldkataloges ein Verwarnungsgeld in Höhe von 25 € vorgesehen. Kinder unter zehn Jahren, die mit einem Kinderfahrrad fahren, werden nach der StVO als Fußgänger angesehen, weshalb für sie das Verbot der Benutzung eines Mobiltelefons nicht gilt.

Als Benutzung des Mobiltelefons wird in der deutschen Rechtsprechung auch das Ablesen der Uhrzeit (OLG Hamm, Az. 2 Ss OWi 177/05), die Nutzung eines Mobiltelefons als Navigationssystems (OLG Köln, Az. 81SsOWi49/08) sowie das „Wegdrücken“ eines Anrufes (OLG Köln, Az. III-1RBs39/12) erachtet. Nicht als gegen das Verbot der Nutzung eines Mobiltelefons als im Sinne von § 23 Abs. 1a StVO wurde hingegen die Nutzung eines Mobiltelefons als Wärmeakku angesehen (OLG Hamm, 2 Ss OWi 606/07), das Aufnehmen des Mobiltelefones, ausschließlich zu dem Zweck, es von einem Ablageort an einen anderen zu legen (OLG Köln, Az. 83 Ss-OWi 19/05) sowie das Aufheben eines auf den Beifahrerfußraum gefallenen Mobiltelefons, um es auf den Beifahrersitz zu legen (OLG Düsseldorf, IV-2 Ss OWi 134/06-70/06 III). Das Bußgeld beträgt deutschlandweit 60 € zuzüglich Gebühren und Auslagen. Nach einem Beschluss der Oberlandesgerichtes Hamm vom 24. Oktober 2013 ist sogar „die wiederholte verbotswidrige Benutzung eines Mobil- oder Autotelefons […] geeignet, die Anordnung eines Fahrverbots wegen einer beharrlichen Pflichtverletzung zu rechtfertigen“ (Az.: 3 RBs 256/13). Als Grund für das Verbot wird die Ablenkung des Fahrers sowie gegebenenfalls der „Wegfall“ einer Hand für das Lenken genannt. Ein „Headset“ wird, im Gegensatz zu Deutschland, nicht in allen anderen Ländern als Freisprecheinrichtung anerkannt. Für Motorradfahrer, die auch während der Fahrt ihr Mobiltelefon nutzen möchten, existieren spezielle Motorrad-Gegensprechanlagen. Doch selbst bei Nutzung einer Freisprecheinrichtung kann ein Fahrzeugführer, wie neueste Studien zeigen, erheblich vom Verkehrsgeschehen abgelenkt werden. Britischen Studien zufolge muss die Fahrbeeinträchtigung des Fahrzeugführers durch das Telefonieren mit derjenigen gleichgesetzt werden, die unter Alkoholeinfluss erfolgt.

In Österreich ist das Telefonieren mit einem Mobiltelefon während des Lenkens eines Kraftfahrzeugs seit dem 1. Juli 1999 verboten. Als Strafe ist eine Zahlung von 50 Euro

vorgesehen, bei nicht sofortiger Zahlung wird von der Sicherheitsbehörde eine Geldstrafe bis zu 72 Euro oder alternativ eine 24-stündige Freiheitsstrafe verhängt.

Die Anbindung des Mobiltelefons an die Freisprecheinrichtung des Kfzs kann entweder über einen sogenannten Snap-in-Adapter erfolgen, oder kabellos über den Datenübertragungsstandard Bluetooth, und zwar über die Bluetooth-Profile Hands Free Profile (HFP) oder remote SIM Access Profile (rSAP), wobei rSAP aufgrund der Nutzung der Außenantenne des Kfzs zu bevorzugen ist, bislang aber nur von einigen wenigen Mobiltelefonen unterstützt wird.

2010 sind in den USA tödliche Unfälle von Fußgängern, die durch ihr Mobiltelefon abgelenkt wurden, um 4,2 Prozent gestiegen.

Bei Straßenverkehrsunfällen setzen Unfallbeteiligte häufig die Kamerafunktion des Mobiltelefons zu Dokumentation der Unfallstelle ein – ggf. auch zusätzlich zur Verkehrsunfallaufnahme durch die Polizei.

Das Mobiltelefon im Krankenhaus

In Krankenhäusern ist das Einschalten von Mobiltelefonen oft nicht erlaubt, da befürchtet wird, die elektromagnetischen Felder könnten die Funktion medizinischer Geräte beeinträchtigen. Untersuchungen der Universitätsklinik Gießen haben allerdings ergeben, dass medizinische Geräte erst bei einem Abstand von weniger als einem Meter durch Mobiltelefone beeinträchtigt werden können. Es würde also ausreichen, das Verbot in Krankenhäusern auf Räume wie Intensivstationen zu beschränken. Eine an der Mayo-Klinik durchgeführte Studie ergab ebenfalls, dass Krankenhausgeräte nicht von Mobiltelefonen beeinflusst werden: In 300 Tests fanden die Forscher keinen einzigen Nachweis dafür, dass die Nutzung eines Mobiltelefons zu einer Störung von Apparaten auf Intensivstationen und in anderen Bereichen des Krankenhauses führen könnte.

Alle zugelassenen Geräte, besonders natürlich die in Krankenhäusern, müssen eine Mindeststörfestigkeit aufweisen, die ein Mehrfaches des beim Betrieb von Mobiltelefonen erreichten Signals betragen muss.

Das Mobiltelefon im Flugzeug

Auch in einigen Flugzeugen ist Mobiltelefonieren während des Fluges inzwischen erlaubt.[83] Für Flugzeuge sind Systeme entwickelt worden, die den Gebrauch von Mobiltelefonen an Bord mitunter erst ermöglichen. Mehrere Fluggesellschaften planen, ihre Flugzeuge mit Sendegeräten auszustatten, die die Funksignale der Mobiltelefone über Satelliten an die Mobilfunknetze weiterleiten. Die Sendeleistung der Mobiltelefone wird durch das Bordsystem auf ein Minimum reduziert. Die Luftfahrtstandardisierungsgremien EUROCAE working group 58 und ihre US-amerikanische Entsprechung RTCA special committee 202 haben sich eingehend mit dem Thema befasst und Prüfvorschriften zum Nachweis der elektromagnetischen Verträglichkeit zwischen Mobilfunk und Bordelektronik entwickelt. EUROCAE hat die zugehörigen Nachweisverfahren und Analysen im Dokument ED-130 niedergelegt. In Deutschland regelt die Luftfahrzeug-Elektronik-Betriebs-Verordnung (LuftEBV) den Gebrauch elektronischer Geräte an Bord von Flugzeugen. In dieser LuftEBV [wird der Gebrauch von Funktechniken innerhalb der Kabine gegenüber vorherigen Versionen der Verordnung auf Basis der Arbeiten der oben genannten EUROCAE- und RTCA-Gremien gelockert. Erste Mobilfunksysteme sind bereits in Übereinstimmung mit den einschlägigen

Bauvorschriften für Flugzeuge von den europäischen Luftfahrtbehörden zugelassen. Gegenwärtig ist aber das Telefonieren mit Mobiltelefonen in der überwiegenden Mehrzahl der Flugzeuge nicht gestattet. Für die 1,8 GHz-GSM-Funknetze (E-Netze) liegt die Reiseflughöhe von Verkehrsflugzeugen (mehr als 10 Kilometer) bereits am Rande der Reichweite (Zellengröße meist max. 8 km), D-Netz-Zellen besitzen bis zu 50 km Funkreichweite. Der Rumpf vieler Verkehrsflugzeuge besteht aus Aluminium und dämpft Funksignale erheblich. Die ersten Großraumflugzeuge, deren Rumpf zu erheblichem Anteil aus kohlenstofffaserverstärktem Kunststoff besteht, sind der Airbus A350 sowie die Boeing 787 Dreamliner.

Mobiltelefonstrahlenfilter

Vielfach werden sogenannte Mobiltelefonstrahlenfilter angeboten, die angeblich vor Strahlung schützen sollen. Vor dem Anbringen solcher Aufkleber oder Folien ist abzuraten, da diese die Nutzaussendung des Geräts beeinträchtigen können, wodurch der Regelkreis zwischen Mobilteil und Basisstation gestört wird. Dann sendet das Mobilgerät (und auch die Feststation) mit höherer Leistung, als in der jeweiligen Situation ohne Folie erforderlich wäre. Eine gesundheitsförderliche Wirkung der Filter gibt es deshalb nicht.

Zudem ist das Anbringen jeglicher Vorrichtungen (Blinkantennen, Metallfolien und dergleichen) an einem Mobiltelefon nur dann zulässig, wenn es der Hersteller ausdrücklich gestattet, da sonst die Zulassung zum Betrieb des Gerätes in der EU gemäß den einschlägigen Gesetzen und Richtlinien erlischt (Österreich). Allgemein kann jede Veränderung, die die Funkeigenschaften beeinflusst (insbesondere anbringen elektrisch leitfähiger Objekte), zu empfindlichen Strafen führen, insbesondere bei verstärkender, richtender oder störender Wirkung.

Mobiltelefone in der Kunst

Bei einer ganzen Reihe von Kunstprojekten wurden Mobiltelefone verwendet, um Interaktionen zu ermöglichen. So hat zum Beispiel das Projekt Blinkenlights unter anderem bei seiner Aktion Blinkenlights 2001 am Alexanderplatz in Berlin es Mobiltelefonnutzern ermöglicht, Lichtinstallationen per SMS zu steuern. Ein weiteres Beispiel stellt das sogenannte „Saroskop“ des Künstlers Martin Hesselmeier dar. Das Saroskop reagiert auf elektromagnetische Strahlung und ermöglichte damit u. a. Besuchern der Art Cologne 2008, mit ihren Handys Einfluss auf die Bewegungen des kinetischen Objekts zu nehmen.

Mobiltelefone werden passgenau mit bekannten Kunstmotiven beklebt um eine Individualisierung im Alltag zu erreichen. Dazu werden bedruckbare Beschriftungsfolien eingesetzt, diese gewährleisten einen Schutz der Gehäuse vor Kratzern, sowie die Verwendung des Mobiltelefon als einzigartiges Kunstobjekt mit Motiven bekannter Künstler.

Notruffunktion

Mit jedem Mobiltelefon kann der Notruf 112 (über die „911“ gelangt man mit manchen Mobiltelefonen ebenso zur Notrufzentrale) erreicht werden, auch wenn kein Guthaben vorhanden ist. Seit dem 1. Juli 2009 ist es nötig, dass eine SIM-Karte eingelegt ist. Deutschland setzte damit eine EU-Richtlinie um, welche den Missbrauch von Notrufnummern verhindern soll. Zeitweise waren 80 Prozent der abgegebenen Notrufe missbräuchlich.

Nutzungsdauer

Die durchschnittliche Besitzdauer eines Mobiltelefons beträgt in Deutschland, bedingt durch Vertragslaufzeiten und Innovationszyklen, 18 bis 24 Monate. In Europa werden jährlich etwa 100 Millionen Altgeräte entsorgt. Das entspricht 10.000 Tonnen oder 400 LKW-Ladungen. Seit dem 24. März 2006 können in Deutschland Mobiltelefone laut dem Elektro- und Elektronikgerätegesetz vom Verbraucher kostenlos entsorgt werden.

Mobiltelefonindustrie

Entwicklung

Weltweit wurden im Jahr 2013 1,8 Milliarden GSM-Telefone ausgeliefert, 1 Milliarde davon waren Smartphones. Der generierte Smartphone-Umsatz lag bei $181 Milliarden. Marktführer der Hersteller ist Samsung, mit einem Marktanteil von 31 %. Von sämtlichen weltweit in Betrieb befindlichen GSM-Telefonen laufen 1,336 Milliarden mit dem Betriebssystem Google Android, 360 Millionen mit Apple iOS.[94] Android ist mit beinahe 80 % Marktanteil Marktführer.

Die Mobiltelefonindustrie ist sowohl einem starken Wachstum als auch einer schnellen Zielproduktveränderung unterlegen. Gegen 1999 wurde für die Mobiltelefonindustrie ein starkes Wachstum prognostiziert. Im ersten Halbjahr 1999 stieg der Umsatz mit privat genutzten Mobiltelefonen in Deutschland um 7 % auf 1,35 Milliarden DM. 2013 waren es für das Gesamtjahr 8,3 Milliarden €. Bei der Einführung des kommerziellen volldigitalen 900 MHz GSM-Mobilfunks im Jahr 1992 in Deutschland gab es bundesweit 1 Millionen Mobiltelefonbesitzer. Bis zum Jahr 1998 stieg die Zahl auf 13,9 Millionen. 1998 prognostizierte man für das Jahr 2005 46,3 Millionen Mobiltelefonbesitzer, tatsächlich waren es 2005 etwa 57,4 Millionen. Bis zum Jahr 2013 stieg die Zahl auf 63 Millionen an; 40,4 Millionen davon waren Smartphone-Nutzer.

Der Absatz sogenannter Smartphones hat in den letzten Jahren stetig zugenommen. Dabei hat sich auch die Bedeutung des Terminus gewandelt: Während ursprünglich (2004) ein Mobiltelefon mit PDA-Funktion als Smartphone bezeichnet wurde, versteht man heute (2014) ein Mobiltelefon mit großem berührungsempfindlichem Bildschirm und Apps als Smartphone. Es wird daher noch nicht sehr lange zwischen herkömmlichen Mobiltelefonen und Smartphones unterschieden. Im Jahr 2006 wurden weltweit 64 Millionen Smartphones verkauft, im Jahr 2005 wurde der Gesamtabsatz von Mobiltelefonen weltweit auf 810 Millionen geschätzt. Der Absatz von Smartphones würde somit im Jahr 2006 grob geschätzt 8 % des Gesamtabsatzes ausgemacht haben, zum Vergleich: 2013 waren es 55 % des weltweiten Absatzes an Mobiltelefonen. Auch die Anzahl der abgesetzten Smartphones nahm in den letzten Jahren stetig zu, 2010 waren es 300 Millionen, 2011 490 Millionen und 2013 eine Milliarde.

Rohstoffsituation

2010 bestehen knapp 5 Milliarden Mobiltelefonverträge weltweit und es werden jährlich eine Milliarde Geräte hergestellt, die Haltbarkeit oder Nutzungsdauer liegt im Mittel bei drei

Jahren. Ein Mobiltelefon besteht zu 56 % aus Kunststoff, zu 25 % aus Metall und zu 16 % aus Glas und Keramik, zusätzlich zu drei Prozent aus Sonstigem. Zu den verwendeten Metallen bzw. Übergangsmetallen gehören:

- Tantal: Coltan, das Ausgangsmaterial für Tantal reicht noch 150 Jahre, aber die Produktion ist begrenzt. Es gibt momentan (2010) keinen Austauschstoff.
- Gallium: Es ist Nebenprodukt der Aluminium- und Zinkherstellung. Die Reserven sind nicht knapp.
- Indium: Pro Jahr werden 600 t raffiniert. Die Gewinnung ist an die Förderung von Zink gebunden. Für Flachbildschirme, Displays und Leuchtdioden ist es bislang unersetzlich.
- Lithium: Lithium ist kein selten vorkommendes Element (häufiger als beispielsweise Blei); seine Gewinnung ist jedoch durch die stärkere Verteilung schwierig.
- Palladium: Die begrenzte Rohstoffmenge wird von der Nachfrage aus der Automobilindustrie bedrängt.
- Platin

Weitere wichtige Metalle sind Kupfer (Leiterplattenherstellung), Gold und Silber (korrosionsbeständige Kontaktoberflächen, Bond-Verbindungen) sowie Zinn und Blei (Lötverbindungen). Blei wird aufgrund von RoHS bei neuen Mobiltelefonen allerdings kaum mehr eine Rolle spielen. Auch Beryllium ist als gut legierbarer Stoff in Leiterplatten enthalten. Antimon ist Bestandteil von bleifreien Loten und insbesondere in den Kunststoffgehäusen und der Tastatur als Flammhemmer enthalten.

Das Recycling erfordert das Trennen des Materialgemisches. In einer Tonne „Mobiltelefon“ sind immerhin 4 Gramm Platin, 340 Gramm Gold und 3500 g Silber enthalten. Deshalb gilt das Recycling verbrauchter Produkte als wichtige Rohstoffquelle, zumal 80 % der verwendeten Materialien eines Mobiltelefons wiederverwertet werden können. Dazu wäre eine spezialisierte Industrie und die komplette Rücknahme verbrauchter Mobiltelefone nötig. Für ein solches Recyclingsystem plädierte im Juni 2012 der Sachverständigenrat für Umweltfragen im Sinne der Einführung eines Pfandsystems für Mobiltelefone, wobei der Vorsitzende des Umweltrates Martin Faulstich eine Pfandhöhe zwischen 30 und 100 Euro vorschlug.

Es werden bis zu 30 Metalle und Mineralien zur Herstellung eines Mobiltelefons benötigt. Einige dieser Metalle werden vor allem in Minen abgebaut, die von sogenannten Warlords kontrolliert werden. Diese finanzieren mit den Gewinnen aus den Minen ihre Armee und somit den Bürgerkrieg, z. B. den Ostkongo-Konflikt.

Herstellungskosten von Mobiltelefonen

Zwischen dem Endkundenpreis von Mobiltelefonen und den Herstellungskosten liegen oft erhebliche Differenzen von bis über 75 %. Selbst die Prozessoren sind durch die Massenproduktion im Einkauf für die Geräte-Hersteller oft kaum teurer als einstellige Dollarsummen, ebenso die Bildschirmanzeige und der verbaute Speicher.

So berichtete z. B. die Sendung Spiegel TV am 26. August 2012, ein damals 629 Euro teures iPhone 4 koste in der Herstellung (Bauteile und Löhne für die Montage) nur 155 Euro, exklusive noch Kosten für z. B. Lizenzen, Softwareentwicklung, Fracht, Vertrieb, Marketing, Verwaltung, Steuern und Zoll.

Einige Verbraucherseiten wie isuppli.com veröffentlichen zudem auch regelmäßig Ergebnisse über die Diskrepanz zwischen dem Wert der Hardware und den von den Herstellern verlangten Preisen. Das 2013 erschienene Telefon Galaxy S4 der Firma Samsung etwa hat demnach ca. 236 Dollar Bauteil- und Materialkosten. Dabei entfallen z. B. ca. 30 Dollar auf den Prozessor, 75 auf den Bildschirm und 16 auf die Infrarot-Gestik- und Temperatur-Sensoren. Das Smartphone erschien in Deutschland mit 16 GB Speicher für ca. 649 Euro im Einzelhandel, was ca. 836 Dollar entsprach, allerdings noch ohne den in der Auflistung aufgeführten, modernen Prozessor.

Arbeitsbedingungen

Die Produktion von Mobiltelefonen steht auf Grund der Arbeitsbedingungen in den Herstellerbetrieben in der Kritik (siehe z. B. Foxconn).

Um die Probleme in der Herstellung von Mobiltelefonen zu beseitigen, ist eine transparente Lieferkette der Konfliktrohstoffe und der beteiligten Unternehmen notwendig. Diese kann zur Zeit jedoch kaum gewährleistet werden. Mit dem Fairphone gibt es ein Mobiltelefon, dessen Produzenten es sich zum Ziel gesetzt haben, diese Probleme anzugehen.

SIM-Lock und Netlock

SIM-Lock und Netlock sind Verfahren, mit dem Mobiltelefone an eine SIM-Karte, einen Netzbetreiber oder an eine bestimmte Vertragsform gebunden werden. Ein mit SIM-Lock versehenes Mobiltelefon ist nur mit der beim Kauf des Telefons mitgelieferten SIM-Karte verwendbar. Das Mobiltelefon kann somit mit keiner anderen SIM-Karte, auch nicht mit einer SIM-Karte desselben Netzbetreibers, betrieben werden.

War SIM-Lock in Deutschland vor allem bei Prepaid-Paketen üblich, werden mittlerweile immer häufiger auch subventionierte Mobiltelefone mit Vertragsbindung gesperrt, dann allerdings mit dem kundenfreundlicheren Netlock. Ein mit Netlock gesperrtes Telefon kann zumindest mit anderen SIM-Karten desselben Netzbetreibers benutzt werden.

Umgangssprachlich wird auch bei Netlock jeweils von Simlock gesprochen. In der Schweiz werden vom Betreiber als „SIM-Lock-geschützt“ bezeichnete Geräte nur mit einem Netlock versehen; andere SIM-Karten desselben Netzbetreibers funktionieren darin auch.

Der Paketanbieter beabsichtigt mit der ganzen oder teilweisen Sperrung des subventionierten Mobiltelefons, dass der Kunde nicht bei der Konkurrenz „fremdtelefoniert“. Nur so kann er sicherstellen, dass sich die Subventionen bei den Gerätekosten durch Gesprächseinnahmen wieder ausgleichen.

Üblicherweise kann der SIM-Lock und der Netlock nach Ablauf von zwei Jahren kostenlos oder innerhalb dieser Frist gegen Zahlung einer Gebühr um 100 Euro deaktiviert werden. Die Entsperrung erfolgt in der Regel durch den Benutzer selbst mittels Unlock-Code.

Daneben existieren im World Wide Web Anleitungen und Software zum selbständigen Entfernen von SIM- und Netzsperren. Oft wird ein ein- oder kleiner zweistelliger Betrag dafür verlangt. Mit zunehmender Implementierung von verbesserten Sicherheitsmechanismen in den Mobilfunkgeräten wird für die Entfernung des SIM-Locks oft spezielles Equipment benötigt.

Auch mit dünnen Zwischenkarten kann ein SIM- oder NET-Lock umgangen werden; so wird das Gerät unangetastet gelassen und man kann es dennoch mit Fremd(netz)-SIM-Karten nutzen, weill die Zwischenkarten die Netz-/Betreiberkennungen der eingelegten SIM-Karte zur Laufzeit manipulieren.

In manchen EU-Ländern ist das eigenmächtige Entsperren illegal. In Österreich ist das Entsperren in Handy-Läden für fünf bis zehn Euro möglich und erlaubt.

Softwarebezogene Gefahren

Wie alle Geräte mit integriertem Computer ist auch ein Mobilfunktelefon nicht frei von Softwarefehlern. Bislang sind einige wenige Handyviren für auf Symbian basierende Geräte bekannt. Viren, die in der Lage sind, Mobiltelefone lahmzulegen, basieren meist auf Softwarefehlern. Gefahren bestehen vor allem in Form von Schadprogrammen, die sich in Dienstemitteilungen unter falschen Namen ausgeben oder durch das sogenannte Bluejacking, das Fehler in der Bluetooth-Implementierung ausnutzt. Es empfiehlt sich, Bluetooth nur bei Bedarf einzuschalten oder sich zumindest für andere unsichtbar zu machen. Unerwartete Bluetooth-Nachrichten sollten abgewiesen werden.

Franca
Schneider

Wie es sich zeigt: Spielkarten und ihre Geschichte

Eine kleine Abhandlung

Wie es sich zeigt: Spielkarten und ihre Geschichte
Eine kleine Abhandlung

Es zeigt sich, dass Karten die Menschen in Europa schon sehr, sehr lange faszinieren. Sie spielten sich damit um Kopf und Kragen, verloren Geld, Haus, Hof, Äcker und das Leben, sodass das Kartenspiel im Mittelalter verboten wurde. Karten dienten Wahrsagern als Mittel, um die Zukunft zu erkennen. Karten dienten als Lehrspiele. Karten dienten als Werkzeug, um Salben von einem Stößel abzukratzen, oder um einen wackligen Tisch zu stabilisieren. Der Mensch ist seit Tausend Jahren ein Jäger und Sammler- und Spieler. Das Spielen und das Spiel sind im Menschen fest verankert, vom komplexen Schach, bei der primär Taktik und Vorausdenken gefragt sind, bis hin zu einfachen Würfelvarianten, wo eher der Zufall regiert. Eine Mischung aus Zufall und Taktik bildet das Spiel mit Karten. Überall auf der Welt kennt man sie inzwischen, es entwickelten sich die verschiedensten Blätter, und wenn eine Kultur sie nicht originär besaß, wurden die Karten früher oder später von außen buchstäblich ins Spiel gebracht. Aktuell erfreut sich Poker der größten Beliebtheit und Bekanntheit, aber was wäre Deutschland ohne Skat, England ohne Bridge und eine Kinderrunde ohne Mau Mau? Vorweg sei gesagt: Wie das Kartenspiel nach Europa kam, ist nicht gesichert. Es kann aus dem Orient, von den Arabern, Ägyptern oder über fahrendes Volk impotiert worden sein oder es kam gar zu einer eigenständigen Entwicklung im Abendland aufgrund von Beobachtungen des Spielens im Orient. Eine wissenschaftliche These aus dem 18. Jahrhundert besagt, der Maler Jacquenin Grigouneur habe die Spielkarten 1392 erfunden, um den geisteskranken Karl VI, von Frankreich (1368-1422) zu erheitern. Die Rede ist dabei von drei Kartenspielen. Schatzkanzler Charles Rompart zahlte dafür 56 Sous an den Künstler aus. Behauptet wird außerdem, dass die Karten aus dem Orient zusammen mit dem Papier von den Sarazenen kamen, andere nennen das fahrende Volk als Erfinder und Überbringer der Karten, und der Freimaurer Antoine Court de Gebelum war der Meinung, dass rätselhafte Gemälde der altägyptischen Tempel über die Jahrtausende auf den Spielkarten erhalten geblieben seien. Asien scheint zumindest eine nicht unerheblicher Rolle gespielt zu haben, doch es gibt auch dazu kaum verlässliche Quellen. Zwei Beispiel sind: Der chinesische Kaiser Seun-ho habe im Jahre 1120 Spielkarten an seinem Hof eingeführt, um seinen Konkubinen etwas mehr Zerstreuung zu bieten. Die älteste Quelle dafür ist das chinesische Lexikon Chang-tse-tung um 1678. In „The Invention of Printing in China (1925)“ schreibt T.F.Carter, er habe einen Hinweis auf Kartenspiele in China für das Jahr 969 gefunden, auch das bleibt umstritten. Eine These besagt, dass die frühesten Spielkarten in Korea und China des 12. Jahrhunderts nachweisbar sind, gefertigt in länglichen Streifen. Dabei ist nicht bekannt, welche Spiele mit diesen Karten gespielt wurden. Aufrgund frührere Abbildungen sei nachweisbar, dass die Karten ursprünglich gefaltet und nicht gefächert wurden, wodurch man annimmt, dass anfangs nur Glücksspiel und keine Kombinationsspiele gespielt wurden. Eine weiter umstrittene These sagt, dass Spielkarten bereits vor dem 12.Jahrhundert in Korea bekannt wurden, in Stäbchenform, doppelt so lang wie ein Daumen und halb so breit, dies seien die Urkarten. Von China kommend, wurden Spielkarten nach Indien und Persien sowie in die arabischen Länder gebracht und kammen dann auch nach Europa, wo sie zuerst in Italien und Frankreich bekannt wurden. Indien kommt wohl eine größere Bedeutung zu, auch wenn man besser nichts auf die Aussage von Captain D. Cromline Smith gibt, der 1815 britischer Kolonialoffizier war und von einem Brahmannenein Kartenspiel geschenkt bekommen haben soll. Laut dem Brahmannen habe es sich seit undenkbaren Zeiten – mindestens aber 1000 Jahre lang – im Besitz seiner Familie befunden haben. Eine gern angeführte Theorie besagt,

dass das indische Schachspiel eine Art Geburtshelfer des Kartenspiels war, denn die Gemeinsamkeiten lägen auf der Hand. Es treten Könige mit ihrem Gefolge gegeneinander an. Die Urform des Schach, Tschaturadschi (was so viel heißt wie vier radschis, also vier Könige), spielte man zu viert mit Spielsteinen und Würfeln auf einem viereckigen Brett. Es gibt vier Könige in den Farben Grün, Rot, Gelb und Schwarz plus deren Armeen. Und: Man spielte Schach nicht mit Figuren, sondern mit bemalten Steinchen oder Plättchen. Durch Würfel wurde bestimmt, welche Figur zum Zug kam, um die Unberechenbarkeit einer Schlacht zu simulieren. Bevor Schach als Zwei-Mann-Version über Persien nach Europa kam, wurde wurde das Vier-Parteien-Schachspiel für die Reise vom Brett gelöst. An die Stelle von Steinchen traten dünne Pergament- und Papierblätter, die im Gepäck leichter zu verstauen waren, oftmals in runder Form. So entstand das vierfarbige Kartenspiel, das während der Herrschaft der Mohammedaner über große Teile Indiens in alle Welt gelangte. Die Mamelucken führten wiederrum eigene Symbole ein, die Truppenteile bekamen Zahlen für ihre Stärke, die Könige und Marschalle bekammen eine entsprechende Markierung. Lange Zeit hieß die Spielkarte in Italien und Spanien naipes, benannt nach dem arabischen Naibe. Naibe war das arabische Wort für eine militärische Charge im ägyptischen Mameluckenstaat, die in Europa zu Marschall umgedeutet wurde und immer noch in den Bezeichnungen Ober und Unter existieren. Ohne den Sinn des kriegerischen Spiels zu erfassen, greift man in Europa das Schema und die Regeln auf und baute sie weiter aus. Zufall und Taktik blieben weiterhin erhalten, und das neue Spiel wurde gerne angenommen, von Edelfrauen bis zum Bauern. In Italien und Spanien wurden die vermutlich islamischen Farbzeichen Schwert, Stab, Pokal und Goldmünze fast unverändert beibehalten, in Deutschland zu Eichel, Blatt, Herz und Kugelschelle umgedeutet. Die Franzosen reduzierten die Farbzeichen weiter, um sie einfacher schablonieren zu können, auf Treff, Pik, Herz und Karo, und kammen mit zwei Farben Rot und Schwarz aus. Wurde das Wort naipes für Spielkarten in Italien und Spanien beibehalten, setzte sich im Heiligen Römischen Reich das Worte Karte durch, abgeleitet vom Lateinischen charta, zu deutsch Papierblatt.

Verbot und Verfolgungen

Ein erstes bekanntes vollständiges Verbot des Gebetsbuchs des Teufels stammt aus der Stadt Bern von 1367. Bemerkenswert ist die recht hohe Strafe, mit welcher die Übertretung des Verbotes geahndet wurde. Verhängt wird nicht nur eine Buße, sondern auch eine längere Verbannung aus der Stadt. Gleichzeitig verboten, wurden das Hochwerfen und die Wette von Steinen und Kugeln. Denn als vom Zufall und Gewinnsucht bestimmte Tätigkeiten dienten sie nicht dem Seelenheil und zeigten nicht selten böse Folgen: Betrügereien, Verarmung und gewalttätigen Streitereien bis hin zu Mord und Totschlag. Ganz im Gegensatz stehen die Brettspiele wie Schach, Mühle und Tric-Trac, bei denen mehr das taktische Geschick und nicht Glück und Geldeinsatz im Vordergrund stehen. Entsprechend wurden Brettspiele im Berner Verbot von 1367 explizit ausgenommen. Auch in späteren Berner Spielverboten sollten Brettspiele und namentlich genannt das Schachspiel immer wieder die erlaubte Ausnahme sein. Im Laufe der Zeit milderte die Berner Obrigkeit ihre Einschätzung des Kartenspiels: Als „bescheidenes Spiel“, dass heißt ohne hohe Einsätze, und in „rechter Gesellschaft“ war es um 1400 schließlich gestattet. Diese Voraussetzungen für das erlaubte Spiel waren nicht zu letzt ein Versuch, es an gewissen öffentlichen Orten, insbesondere in Wirtshäusern und Schenken zu erlauben. Hier trafen Fremde, darunter auch zwielichtige Figuren, mit Ortsansässigen zusammen. Die enthemmende Wirkung des Alkohols in einem solchen Umfeld förderte ohnehin Laster aller Art, nicht selten aber war das Spiel um Geld erst Auslöser von Konflikten. Es kommt hinzu, dass Unschuldige zum „schedlich Winkelspiel“ verführt und betrogen wurden. Der verlorene Sohn, der in der Spelunke sein Erbe verspielt, und der Falschspieler im Wirtshaus sind nicht von ungefähr ein beliebtes Motiv der Literatur.

Das Winkelspiel wurde „mit harten Ungnaden an übe und gnot“ bestraft. Karten sind ein Thema für das Gesetz. Sicher ist: Es taucht vor 1378 auch in Deutschland auf – denn aus diesem Jahr stammte der erste sichere Beleg: ein Verbot des Kartenspiels in den Städten Regensburg an der Donau sowie in Konstanz am Bodensee. Gesichert ist, dass 1370 das Wort napes in einem spanischen Reisebuch auftaucht. Und am 23.Mai 1376 wurde das Spiel naibbe in Florenz unter Strafe gestellt. Ab 1377 werden Spielkartendokumente häufiger. Der ausführliche Bericht stammt aus der Feder eines Dominikanermönches aus Freiburg im Breisgau, Johannes von Rheinfelden. Verfolgungen von Zuwiderhandlungen verbanden sich mit dem Namen besonders fanatischer Mönche, unter ihnen Bernhard von Siena, Johannes Capistramus und auch Girolomo Savonchrula, so wurden auch diese allgemeinen Spiele durch andere als verwerflicher Tand auf Scheiterhaufen verbrannt. Capistramus, der später heiliggesprochen wurde, führte einen besonders radikalen Kreuzzug gegen das Spiel, ließ zwischen 1453 und 1456 Scheiterhaufen dafür errichten, unter anderem in der Kartenstadt Altenburg und anderen Zentren der Kartenherstellung. So heißt es, dass nach einer Capistramus-Predigt in Nürnberg die Zuhörer 3640 Brettspiele, 40 000 Würfel und eine noch größere Anzahl von Kartenspielen angeschleppt hätten, um sie als Zeichen der Reue und Buße öffentlich zu verbrennen. Das ist eine Zahl, die man zu würdigen weiß, wenn man bedenkt, dass Nürnberg damals 30 000 Einwohner zählte. Ein Holzschnitt von Hans Leonhard Schäufelchen aus dem Jahr 1519 zeigt, wie Karten zusammen mit anderen Spielen verbrannt wurden. Bernhard von Siena hielt 1423 in Bologna, also ausgerechnet in einem der drei Tarockzentren, eine Verdammungspredigt auf das Kartenspiel und brandmarkte es als Erfindung des Teufels. Solche Kartenverbrennungen und die Tatsache, dass die billigen Volkskarten nach mehrmaliger Nutzung weggeworfen wurden, sorgten dafür, dass es kaum Funde aus dem 15. und 16. Jahrhundert gibt und nur einige teure Karten von Reichen und Adligen die Zeit überdauerten. Billige Karten finden sich ab 1500 meist als Makulatur in den Einbänden alter Folianten oder hinter Wandvertäfelungen und auch unter Parkett. Das Kartenspiel hatte es nie leicht gegen das Gesetz und gegen die Kirche. Der Puritaner John Northbrook wetterte noch 1576 in seinem Buch, dass das Kartenspiel mit falschen Gottheiten abgebildet wurde. Hintergrund ist, dass es im 16.Jahrhundert üblich wurde, die Hofkarten mit Persönlichkeiten wie Lancelot und Hector abzubilden. Es gab ein „neues und geschäftliches Edict“ gegen Kartenspiele, „sie mögen erfunden seyn oder noch erfunden werden“, aus dem Jahr 1787 vom Preußenkönig Friedrich Wilhelm. Das Edikt erneuter Verbote von 1714, 1731, 1744, 1763 und 1774 und drohte mit Strafen von bis zu 1000 Gulden, einjähriger Festungshaft, Vertreibung außer Landes und Dienstentlassung für Beamte und Offiziere.

Der Weg der Karten

Karten wurden, wie gesagt, nach 1376 plötzlich häufig in Dokumenten erwähnt: 1379 in St. Gallen und Brabant, 1380 in Nürnberg, 1382 in Flandern, Burgund und Lille, 1389 in Zürich, Mailand und Paris, 1390 in Holland, 1391 in Augsburg, 1392 in Frankfurt am Main, 1394 in Straßburg und 1400 nochmal in Augsburg: Einer Quelle zufolge konnte man dieser Reinfolge entnehmen, dass das Kartenspiel sehr schnell von Italien zum Oberrhein kam (1377), sich ab 1378 in den großen Handelsstädten des süddeutschen Gebietes, am Rhein und den Handelswegen entsprechend rheinabwärts verbreitete, über Flandern nach Frankreich kam, aber erst Mitte des 15. Jahrhunderts den deutschen Osten, Österreich und Polen eroberte und erst im letzten Drittel des 15. Jahrhunderts Spanien, den deutschen Norden und den außerdeutschen Norden ergriff. Gegen diese Folgerung spricht, dass bereits 1387 Johann I. von Kastilien ein Kartenspielverbot erließ. In den 1540 bereiste ein Flame Spanien und beschwerte sich, dass er sich unterwegs nicht das Nötigste beschaffen konnte, weder Brot noch Wein, aber in jedem elenden Dorf hätte er Spielkarten kaufen können. Die spanischen Karten setzten zusammen mit den Entdeckern 1492 nach Amerika über und breiteten sich dort

aus. Angeblich sei Montezuma im Jahr 1519 der erste Native gewesen, der sich für die Spielkarten der Eroberer interessierte. Und als die Spielkarten abgenutzt waren, soll ein gewisser Pedro Valenciano auf Trommelhaut neue gemalt haben. Von Mexiko aus ging es nach Norden; später haben die Apache-Indianer nach spanischen Vorlagen eigene Spielkarten auf Leder gemalt. Aufs nordamerikanische Festland gelangten sie zusammen mit der Expidition von Hernando de Soto, der mit vier Schiffen und etwas mehr als 700 Männern in der Espisita Santo Bay, dem heutigen Florida, anlandete; Garsilano de la Vega berichtete, dass einmal im Kampf mit Indianern sämtliche Spielkarten verbrannten und die Männer sofort neue auf Pergament gemalt hatten. Doch mehr als Spuren bei den Apachen haben die spanischen Karten in Nordamerika nicht hinterlassen; die Franzosen, Engländer und Holländer brachten ihre eigenen Karten mit, und Kreuz, Pik, Herz und Karo übernahmen den Kontient. Und wo Karten sind, gibt es immer Ärger: 1633 wurden in der Plymouth-Colony mehrere Personen wegen Kartenspiels bestraft, 1656 betrug die Strafe 40 Shilling für Erwachsene, Kinder und Knechte sollten beim ersten Mal nur ermahnt werden, beim zweiten Mal öffentlich gezüchtigt. Nach 1703 stand öffentliches Kartenspiel unter Strafe.

Kartenherstellung

Die ältesten erhaltenen Spielkarten sind handgemalt, bestehen aus Leder, Pergament, selten aus Papier, und wurden in Auftrag gegeben von Fürsten und reichen Leuten, welche die Miniaturmaler bezahlen konnten. Zu erwähnen ist das sogenannte Stuttgarter Kartenspiel, das als das weltweite älteste erhaltene Kartenspiel gilt, entstanden um 1430 am Oberrhein, vielleicht in Basel. Die an Buchmalerei erinnernde kostbare Ausstattung der Spielkarten weist auf einen sehr vornehmen Auftraggeber hin. Daneben gibt es noch das Ansbacher Hofjagdspiel, entstanden zwischen 1440 und 1445.

Papier

Entscheiden für den Siegeszug der Karten war die Papierherstellung. Ausgehend von China um 100 n.Chr. kam die Fertigung mittels Schöpfsieb über das heutige Thailand, um 600 n.Chr. nach Korea und um 625 n.Chr. nach Japan. Die Papierherstellung fand spätestens um 750 n.Chr. den Weg in den arabischen Raum und gelangte mit dem Kulturkontakt des christlichen Abendlandes im Orient und mit den arabischen Eroberern in Südspanien nach Europa. 1390 beziehungsweise 1389 stand die erste Papiermühle in Deutschland bei Nürnberg.

Druck

Um 1398 kam in Europa der Holzschnitt groß raus, der es ermöglichte, Karten billig und in Massen herzustellen, noch vor 1400 übernahmen europäische Briefmaler aus der Kenntnis des Zeugdruckes mit Holzmodellen diese Technik für den Druck auf Papier. Vor 1440 kammen vermutlich Goldschmiede auf die Idee, gravierte Kupferplatten auf Papier abzudrucken. Beide Drucktechniken ermöglichten eine noch schnellere, billigere Kartenherstellung. Die Deutschen hatten dabei einen Vorsprung und besondere Fertigkeit in der Kunst des Holzschneidens. Kartenmacherzentren bildeten sich in Ulm, Nürnberg und Augsburg, auch Nördlingen wird erwähnt. Mit der beginnenden Spielkartenproduktion spaltete sich vom Handwerk der Briefmaler und Heiligenbildmaler der selbstständige Berufszweig der Kartenmaler ab; zugleich entstand das neue Handwerk der Formenschneider. Wie eng die Verzahnung anfangs war, zeigt ein Dokument von 1577, in dem sich der Rat der Stadt Friedberg an den Rat von Frankfurt wendet. Die Friedberger hätten erfahren, dass in Frankfurt in der Judengasse ein Kartenspiel gekauft worden sei, in dem sich die Darstellung der

Kreuzigung Christi befunden hätte. Das sei zu dem christlichen Glauben „schmerzlich“. Es stellte sich heraus, dass eine Friedbergerin sechs Kartenspiele für je fünf Heller von einem jüdischen Händler gekauft hätte und das Andenkenbildchen versehentlich in der gleichen Werkstatt zusammen mit den Karten eingepackt wurde. Holzschnitt (für die groben, billigen Gebrauchskarten) und Kupferstich (für die detailreichen, teuren Fantasie- und Luxuskarten) bestimmten mit Modifizierungen wesentlich die Technologie der Spielkartenherstellung bis ins 19. Jahrhundert hinein. Erst danach wurde der Hoch- und Tiefdruck durch den Flachdruck abgelöst. Der Beruf des Kartenmachers stützte sich bis weit ins 18. Jahrhundert ausschließlich auf den Holzschnitt, die Kupferschnitt karten wurden im gleichen Zeitraum von Künstlern, Kupferstechern und Kupferstichverlegern an zahlungskräftige Kunden geliefert. Einen Druckbogen wurde aus den Schnitten beziehungsweise Kupferstichen erstellt, auf dem mehrere Katenmotive Platz fanden. Für den Abdruck wurde der Bogen bereitgelegt und das wertvolle Papier wurde zur Herstellung von Bucheinbänden verwertet. Auf diese Weise sind viele Motive alter Spielkarten überliefert. Zum Kolorieren der Schwarz-Weiß-Abzügen wurden entweder Pinsel in Handtechnik oder Schablonen zum billigeren Stempeln benutzt. Mit einer Schablone trug man die Farben Rot, Gelb, Grün, Blau auf; die zwei französischen Farben stempelte man mittels der Schablone, bei den deutschen vier Farben hingegen war eine Zeichnung notwendig, sodass lediglich die Kolorierung mittels Schablone vorgenommen werden konnte. Auch nach der Kolorierung verwarf man noch Druckbögen. Die Kartenmacher klebten mehrere Papierbögen übereinander zu einem Kartenbogen: bedruckte Vorderseite, später auch eine bedruckte Rückseite, und um die Mitte eine stabilisierende Mittelschicht. Die Weiterverarbeitung erfolgte mit einem Reibeballen, der zuvor mit Seife eingerieben wurde. Die so vorbereiteten Bögen wurden auf einer polierten Mamorplatte mit einem speziellen Stein beidseitig geglättet und gelangten danach zum zerschneiden. Anschließend wurden sie verpackt, wobei auf der Verpackung meist Name und Wohnung des Kartenmachers stand. In den Jahren 1789 bis 1796 erfand der in Prag geborene Alois Senefelder den lithografischen, auf einem chemischen Vorgang beruhende Flachdruck, womit sich auch für die Spielkarte eine neue Produktionsweise durchzusetzen begann, nach einigen Jahren der Weiterentwicklung war es möglich mehrfarbige Kartenblätter zu drucken. Auf das nachträgliche Kolorieren konnte verzichtet werden. Solche Farblithografien und die Chemolithografie erlangten bis in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts eine enorme Bedeutung für die Spielkartenproduktion; das Verfahren wurde bis weit ins 20.Jahrhundert dort angewandt. Inzwischen kommte der Offsetdruck zum Einsatz.

Motive

Die Kartenblätter waren bis in das 15.Jahrhundert geprägt von Bildern und Darstellungen des höfischen Lebens, des Lebens der Soldaten und des fahrenden Volkes. Ab dem 15. Jahrhundert setzten sich die heute üblichen Kartenwerte in Form von Zahlenwerten von zwei bis zehn und Bildwerten Ass, Bube (Unter), Dame (Ober) und Könige durch. Einige Künstler des 15. und 16. Jahrhunderts erhielten anscheinend Sold genug mit den einfachen Farbzeichen und dekorierten Karten in künstlicher Freiheit mit absonderlichen Farbzeichen sowie Pflanzen, Tiere oder anderen Gegenständen. Damit wurde seltener gespielt, denn sie galten als teuere Sammelobjekte der Reichen und Adligen, während die Volkskarten schlicht und derb daherkamen. Im 16. Jahrhundert entstanden in Europa lokale Farbzeichensysteme mit vier Farbzeichen, die die bis dahin üblichen Tier, Blumen, Wappen, Helme und andere Farben ablösten. Zu den wichtigsten Blättern wurde das nach und nach an Dominanz gewinnende französische Blatt mit Treff (Kreuz), Pik, Herz und Karo, das deutsche Blatt mit Eichel, Laub, Herz und Schellen und das spanisch-italienische Blatt mit Stäben, Schwertern, Kelchen und Münzen versehen. Mit diesen Darstellungen sind die Spielkarten heute noch in der Welt unterwegs. Folgende Farbsysteme gibt es in Europa: Französisch, Altenburger, Bayerisch und

das Tarockblatt. Weiter kann man sich damit beschäftigen, welche Bedeutung die Bildkarten in Ungarn haben (Kreuz-König als Alexander der Große), was ein Schafkopf-Tarock-Blatt ist, warum der Herz-König auch Max genannt wird, was Tell-Karten sind, wie das Altenburger-Blatt und das Bayerische Blatt entstanden sind und wo die Brünig-Napf-Reuss-Linie verläuft. Und weil das Traditionelle nicht ausreicht, sind hundertfach andere Motive und zahlreiche Kartenspiele mit eigenem Blatt auf dem Markt. Warum den Gestaltungsmöglichkeiten der Zahl- und Hofkarten im Grunde keine Grenzen gesetzt sind, sah es mit den Rückseiten meistens etwas harmloser aus. Denn die Rückseite des Kartenspiels hatte nur einen Job: gleich auszusehen und nicht durchscheinend zu sein, damit man nicht sieht, was die Mitspieler auf der Hand haben. Die Undurchsichtigkeit war von Beginn an leicht zu erreichen mit mehrschichtigen geklebten Bögen, einer eingefärbten Mittellage oder dunkel gefärbten Kleister. Weiße Rückseiten waren eine schlechte Idee, denn Flecken und Markierungen verraten schnell, wer welche Karten hat. Ideal für Zinker und Winkelspieler. Die weißen Rückseiten verschwanden seit dem 16. Jahrhundert zunehmend, auch wenn die Herstellung farbiger Rückseiten komplizierter und das Endprodukt teurer wurde. Man färbte sie schwarz mit Rauten- oder Rhombenmustern, deren Felder wiederrum mit Blütenornamenten gefüllt wurden. Diese im Holzschnitt hergestellten Rückseiten hielten sich bis zu Beginn des 18. Jahrhunderts, dann lockerten sich die Muster, blieben aber einfarbig schwarz. Erst danach erschienen Vielfarbvarianten in Rot, Blau und Violett, und seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts traten verstärkt Punktmuster auf, die mit Stahl- und Messingstiftformen gedruckt wurden und sich bis Mitte des 19. Jahrhunderts großer Beliebtheit erfreuten. Die karierten Rückseiten gibt es seit 1860. Mit Verfeinerung des Buchdrucks und neuer Pressen kam die Viquette ins Spiel. Waren die Ornamente vorher an den Rändern einfach abgeschnitten, bekam jede Karte nun ein in sich geschlossenes Ornamentemblem oder eine bildliche Darstellung, welche die Spielkarten bis auf einen feinen umlaufenden Rand bedeckten. Dies ist die heute gebräuchlichste Form der Rückseitengestaltung.

Taruk & Tarot

Tarock bezeichnet eine große Gruppe von Stichkartenspielen, die neben den Farbkarten eine Serie von klassisch 21 beständigen Trümpfen haben, die meist mit römischen oder arabischen Ziffern durchnummeriert sind. Tarock lässt sich, zusammen mit anderen frühen Kartenspielen Europas erstmals ab 1415 und in der Zeit um 1430 – 1440 im nördlichen Italien als Tarocchi nachweisen. Das schon vorher bekannte Spiel wurde zunächst mit Trionfi, Triumph, landus triumphorum und ähnlich bezeichnet, also mit italienisch-lateinischen Formen des deutschen Triumph oder Trumpf. Diese Namenform wird erstmals im Februar 1442 in einem ferraresischen Rechnungsbuch im Zusammenhang mit Spielkarten genannt, in Frankreich werden die Spielkarten erstmals 1482 erwähnt. Viele frühere italienische Dokumente verdeutlichen, dass das bezeichnete Spiel sich zunächst in Italien entwickelte und dann in Südfrankreich heimische wurde. Den klassischen italienischen Farben Spade (Schwerter), Bastoni (Stäbe), Coppe (Becher) und Denari (Münzen) wurden die nummerierten trionfi (Trümpfe) mit höherer Stichkraft hinzugefügt sowie die Sonderkarte il matto (der Narr). Die Details der Entstehungsgeschichte sind nicht mehr zu rekonstruieren, es haben sich etliche Legenden gebildet. So soll beispielsweise Michelangelo sie erfunden haben, um den Florentiner Kindern das Lesen und Rechnen beizubringen. Meist bestand das Tarock aus 22 Karten, von denen 21 mit lateinischen Ziffern durchnummeriert waren; der 22. Tarock war der Narr, il matto oder il misero, den man für einen Verläufer des geläufigen Jokers hält. Das venezianische Tarock hatte gar 78 Karten: 22 Tarock und 56 normale Blätter mit 4 Bildkarten sowie 10 Augenkarten in vier Farben. Das Bologner hatte nur 62 Marten: 22 Tarock und 40 Farbkarten, während das Florentiner mit 97 Karten aufwartete. Ob man mit Kunstwerken wie den Tarockkarten des Massegha (um 1485) wirklich spielte, bleibt fraglich. Bedenkt man,

dass Herzog Filipo Maria von Mailand kostbare, handgemalte Tarockkarten besaß, für die er 1415 einem Künstler 1500 Goldstücke zahlte, wird einem klar, dass diese Decks eher nur betrachtet und bewundert wurden. Tatsächlich war das Tarockspiel weit verbreitet, in der Variation Lego spielte man es nach wie vor in Baden. Aus dem Tarock entwickelten sich die Wahrsagekarten, die Tarot genannt werden. In seinem 1782 erschienen Buch Le Monde Primitive lässt der bereits erwähnte Antoine Court de Gebehen verlauten, dass sich in den 22 Tarockkarten ein ägyptisches Wahrheitsbuch erhalten habe. Der Papst wird dabei zum Hierophant, die Päpstin zur Hohepriesterin, der Teufel zum Typhon. Ein Perückenmacher namens Alrette, der okkultistisch Etteilla hieß, zeichnete nach diesen und eigenen Erkenntnissen die ehrwürdigen Karten um. Er nannte es Das Buch Thot und veröffentlichte fast jedes Jahr ein Buch über die geheimnisvolle Kunst, Karten zu legen und die Wahrheit der alten Ägypter im Hausgebrauch für sich zu nutzen. Sein Buch erschien in zahlreichen Übersetzungen mit Abdrucken der Karten, die man ausschneiden und auf Pappe kleben sollte. Die 78 Karten teilen sich in die sogenannten großen und kleinen Arkana, gelegentlich auch das gro0e und kleine Arkanum (lat. Arcanum: Geheimnis) genannt. Die drei bekanntesten und einflussreichsten Decks sind das Marseiller-, das Rider-Waits- und das Crowley-Tarot.

Kartenmacher, Geschäfte und Steuer

Die Kartenmacherei bedeutete ein einträgliches Geschäft und harte Konkurrenz. Für Deutschland wird 1392 erstmalig ein Kartenmacher in Frankfurt namens Hensel von Wissenburg erwähnt und in Toulouse existierte seit 1465 eine Innung der Naiperii, der Kartenmacher. In Lyon bildeten sich im Jahr 1458 die Kartenmacher beim Empfang von Heinrich II und Katharina von Medici im Jahr 1458 ein Korps von 172 Mann. Zwischen 1490 und 1500 ziehen auch in deutschen Landen wandernde Kartenmacher umher und siedelten sich, ausgehend von Nördlingen, Augsburg und Nürnberg, unter anderem in Leipzig an. Aber nicht nur die regionalen Kartenspiele liefen gut, es florierte auch der Handel mit fremdländischen Karten, vor allem mit italienischen. In der Ulmer Chronik von 1474 heißt es, die städtischen Kartenmacher exportierten in kleinen Fässern nach Italien, Sizilien und auch übers Meer im Tausch gegen Gewürze und andere Waren. In Italien war man sich der gut ausgebildeten, flotten Konkurrenz bewußt, aber die Kartenmacher standen den billigen Importen machtlos gegenüber. Schon am 11.Oktober 1441 reichten die venezianischen Kartenmacher eine Petition beim Rat ihres Stadtstaates ein, und forderten ein Verbot der Einfuhr fremder Karten, seien sie gemalt oder gedruckt. Es wurde ihnen stattgegeben. Die französischen Karten fanden dank ihrer Einfachheit im Zweifarbensystem großen Gefallen und verdrängten die deutschen von ihrer Vorrangstellung auf dem Markt. Die französischen Karten wurden sogar nach England geschmuggelt, weil die Briten die Einfuhr verboten oder mit hohen Zöllen belegten. Die Lyoner und Pariser Kartenmacher druckten gar in London als Herstellungsort auf ihre Produkte, um die englischen Abnehmer nicht zu gefährden. Im Dreißigjährigen Krieg kamen die französischen Farben verstärkt ins deutsche Gebiet und verdrängten vor allem in Preußen die alten deutschen Farbzeichen von den Kartenbildern, ebenso in den skandinavischen Ländern. Nur die südeuropäischen Länder behielten ihre Zeichen bei. Ab dem 16.Jahrhundert wurden Kartenspiele in den Spielsalons gesellschaftlicher Kreise gepflegt. Viele bekannte Kartenspiele entstanden in Frankreich und breiteten sich ab dem 17. und 18. Jahrhundert nach Deutschland und in andere Regionen aus, darunter Bassette und deren Weiterentwicklung, Pharao sowie Piguet und L´Hombre. In dieser Zeit wurden Spiele wie Skat, Twist und Bridge entwickelt, im frühen 20. Jahrhundert folgten Canasta und Rómme. Die Nachfrage nach Kartenspielen erhielt sich durch die Jahrhunderte und bescherte den Kartenmachern und -fabrikanten sichere Umsätze – und so ließ die Spielkartensteuer nicht lange auf sich warten. In Frankreich und England begann sie im 16. Jahrhundert, in den deutschen Ländern folgte die Steuer spätestens im 17. Jahrhundert,

1681 in Sachsen. Das hatte zur Folge, dass für jedes Spiel in Abhängigkeit von Machart und Kartenzahl ein bestimmter Betrag abgeführt werden musste. Der Betrag variierte in den unterschiedlichen Ländern des Heiligen Römischen Reiches. Dafür erhielt jedes Spiel auf dem Rot-Paus oder dem Herz-Ass einen offiziellen Stempel. Dieses in Preußen 1714 anzutreffende System wurde dort 1838 durch eine reine Stempelsteuer (eine Urkundensteuer in Form der behördlichen Abstempelung der Spielkarten) ersetzt und 1867 verbessert. Der Zollvereinvertrag vom 08.Juli 1867 bestätigte den Spielkartenstempel als Landesabgabe. Durch das Rechengesetz vom 03. Juli 1878 auf das Reich übertragen, wurde die Abgabe im Reichsspielkartensteuergesetz vom 10. September 1919 zu einer Verbrauchersteuer erklärt, die 1949 als Bundessteuer auf den Bund überging. Seitdem wurde sie von der Bundesfinanzverwaltung (den Hauptzollämtern) erhoben und verwaltet. Die Spielkartensteuer wurde aus Gründen der Steuervereinfachung und ihres geringen Ertrages als Bagatellsteuer durch das Gesetz vom 03.Juli 1980 zum 01.Januar 1981 abgeschafft. Bis zu ihrer Abschaffung brachte sie der Bundesrepublik etwa 5 Millionen D-Mark pro Jahr ein. In Frankreich legte sich Heinrich III. Als erster König mit den Kartenmachern an und erließ am 22.Mai 1583 ein Steueredikt, dem sich die Lyoner Kartenmacher jedoch nicht fügten – sodass sie nicht zahlten. Im Gegenzug steckten sie dem Herz-König einen Fächer in die Hand und gaben der Herz-Dame ein Zepter. So machte man sich subtil über den König lustig, denn Heinrichs Mutter Katharina von Medici führte die Geschäfte und sorgte für die grausame Bartholomäus-Nacht. Die Streiterein zwischen Krone und Kartenmachern hielten an, der Staat erhöhte die Steuer, die Produzenten zahlten nicht oder widerwillig. 1607 sank die Steuer ab, 1671 wurde sie nach langem Hin und Her aufgehoben, 1701 aber wegen Geldmangel der Krone infolge des spanischen Erbfolgekrieges wieder eingeführt. Auch wurde den Kartenmachern jetzt die Gestaltung vorgeschrieben. Sie sollten sich genau an das Pariser Kartenbild halten. Zimperlich war der Staat nicht. 1746 erwischte man einen Monsieur Lacour und seine Frau in Paris, die beim Steuereinnehmer zwei hölzerne Druckstöcke für Spielkarten klauten. Den Mann band man an den Pranger, verpasste ihm ein Brandzeichen, schickte ihn für 3 Jahre als Sträfling auf die Galeere und hieß ihn 10 Livre bezahlen; die Frau bekam ebenfalls ein Brandzeichen, wurde nackt mit Ruten ausgepeischt und für 3 Jahre aus Paris verbannt. Gespielt wurde auch in England, vorzugsweise mit englischen Erzeugnissen, weshalb 1463/1464 nicht nur die Einfuhr von Bratpfannen, Tennisbällen und Haarnadeln, sondern auch von Spielkarten verboten war. Die Untersagung sollte die heimischen Handwerker schützen. 1526 war es dann dort erst mal vorbei mit dem Kartenspiel. Ausgerechnet Heinrich VIII. selbst ein leidenschaftlicher Spieler, verbot das Kartenspiel, was natürlich wenig fruchtete. Daher wurde 1541 eine Reglementierung versucht, dass Arbeiter, Landwirte, Diener, Angestellte und anderes Volk nur noch zur Weihnachtszeit Karten spielen durften – was auch wenig ausrichtete, aber immerhin war es fortan Tradition, vom 25. Dezember bis 06. Januar Karten zu spielen. Karl I. von England forderte 1628 eine Spielkartensteuer ein, das Parlament protestierte ohne Erfolg. Karl verlangte drei Pence Steuer auf ein Gros Kartenspiele. Einen Penny durfte der Eintreiber behalten. Nach 1628 gründete sich die Worshipful Company of Makers of Playing Cards of London. Sie boten dem König freiwillig die Zahlung der Steuer an, sofern er den Import französischer Kartenverbot. Um diese Zeit hörte der Import französischer Karten tatsächlich auf, allerdings war das Blatt lange genug vertreten gewesen, um die englischen Karten nachhaltig zu prägen. Was auffällt, wenn man ein englisches Bridge-Blatt betrachtet, ist das sehr aufwendig gestaltete Pik-Ass. Dies geht auf die Spielkartensteuer zurück. 1710 war die Steuer erhöht worden, und um die Abgabe leichter einzutreiben, war es den englischen Kartenmachern ab 1711 verboten, das Pik-Ass selbst herzustellen. Stattdessen musste es vom Staat gekauft werden, hergestellt in einer Banknotendruckerei in London. Um es fälschungssicher zu machen, wurde es kunstvoll ausgestaltet, sodass es mehr an eine Banknote erinnerte und die Kartenmacher es nicht einfach nachmachen konnten. Das Fälschen des Pik-Asses als Steuerkarte war kein

Kavaliersdelikt. Am 21. September 1805 wurde Richard Harding in Old Bailey-London deswegen zum Tode verurteilt und gehängt. In den Jahren 1756, 1776, 1789 und 1804 wurde die Steuer jeweils erhöht, bis sie eine halbe Krone pro Spiel ausmachte. 1828 wurde sie zum ersten Mal gesenkt (bei etwa 300.000 verkauften Kartenspielen im Jahr), dann 1862 zum zweiten Mal (bei etwa 750.000 Kartenspielen im Jahr) und 1960 ganz abgeschafft. Steuerkarten gab es außerdem auch in Russland (Karo-Ass), in der Königlichen-Großbritanisch-Hannoverschen Provinzialregierung (Herz-Dame), in Frankreich (Kreuz-Bube). In Frankreich war es ab 1581, mit der Regelung des Standes der Kartenmacher, bis 1789 Pflicht, dass die Kartenmacher ihren Namen, Vornamen sowie Siegel und Erkennungszeichen auf den Kreuz-Buben druckten. Amerika begann erst spät, Ende des 18. Jahrhunderts, mit einer eigenen Kartenproduktion. Dabei wurden zwei Änderungen eingeführt, der Joker und der Kartenindex. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurde Pokern in der USA popular und verdrängte das Pharao/Faro; 1920 wurde Bridge von 15 Millionen Menschen auf der Welt gespielt, um 1950 spielten 30 Millionen Menschen in den USA und Kanada, Canasta. Nebenbei: Es gibt das alte persische Spiel Ass-nas, das ähnlich wie Poker gespielt wurde. Pro Teilnehmer fünf Karten, die gemischt und alle ausgegeben werden. Danach wird darauf gesetzt, wer die höchste Karte hat. Angeblich wurde Poker zu Anfang genauso gespielt. So jedenfalls wird der Verlauf einer Partie in den Memoiren des englischen Wanderschauspielers Joe Cowell von 1829 geschildert. Der deutsche Staat sicherte sich auch nach dem Ende der Kartensteuer seine Einkünfte, denn reines Glücksspiel mit Spielkarten, etwa Poker und Blackjack, sind bis heute nur unter staatlicher Aufsicht in Spielkasinos zugelassen. Und da warten hinter den Kulissen die Finanzbeamten, um abends einen guten Teil des Gewinns für den Staat abzunehmen. Apropos: In Deutschland wurde ab dem 01. Januar 1900 durch das BGB geregelt, dass eine Spielschuld nicht einklagbar ist, es sei denn, eine staatliche Genehmigung liegt zugrunde. Spielschulden werden als Ehrenschulden betrachtet.

Kiebitze & Falschspieler

Kiebitze stehen am Rand des Spiels, schauen zu und kommentieren. Sie ruinieren im besten Fall die Stimmung, im schlechtesten die Partie, weil sie Tipps und Hinweise geben. Die gibt es immer noch und gab es damals schon, wie die Neue Straffordnung für die Berliner Schankwirte von 1583 belegt: „Wer den fleißigen Spielern über die Achseln guckert als daß ine eyn heiße Angst ward, den soll man bald verjagen und heißt ihn eyn Kiebitz. Wer aber die Karten von zween Spielern beglotzert hat und kommt ihn eyn lüstleyn, eynen etwas da und zu thun durch klappern mit den Augen oder schwatzet mit dem Maul, den soll man positieren um 30 Pfennige in guter Müntz oder eyn Krügelein vom Martzbier zu gewinnen, dann verjag ihn. Wer aber bedünket, so will Weisheit zu seyn, dass Er den Spielern will Rat geben oder sagen, es habe eynes nicht recht gespielt, den soll man auf seyn Maul schlagen, auch den Käpplern über die oberen treyben, dann er ist eyn Esel, dazu soll man ihn verstäupen und werfe ihn auf die Gass.“ Falschspieler gab es ebenso immer, denn es wurde in den Kartenduellen um hohe Beträge gerungen, was wiederum eine Fülle staatlicher Verordnungen gegen derartiges Hasardspiel (um hohe Einsätze) nach sich zog. So findet man aus dem Jahr 1537 aus Altenburg folgende Notiz: „Mit 20 Groschen Strafe wurde Balthasar Reichhardt belegt, als er des hohen Spiels halber in der Stadt Frohnfeste in der Baderei gesessen hat und wo er sich hat heuenken wollen.“ Im Jahr 1777 erwischte man einen Falschspieler im englischen Narwick. Der Kaufmann wurde für ein halbes Jahr ins Gefängnis geworfen und musste 20 Pfund Strafe zahlen. Falls er nicht zahlen würde, käme er an den Pranger- und zwar würde er mit den Ohren daran genagelt. Und Joachim Bellachami erklärte in seinem Lehrbuch der Magie aus dem Jahr 1921 die Geheimnisse der Falschspieler: Volte, falsches Abheben und vieles mehr. Dabei ist Fingerfährtigkeit gefragt.

Accessoires

Eine Sache lebt auch von dem, was es umgibt. Das ist bei Karten nicht anders. Das beginnt bei der Verpackung, die bei einfachen, billigen Gebrauchskarten fast ausschließlich aus Faltschachteln oder Papier bestand, das neben den Angaben zu Hersteller den Aufdruck Extra feine Spielkarten trug. Fantasie- und Luxuskarten erhielten durch die Jahrhunderte prächtig gestaltete Hüllen: fanatsievoll gefertigte Kästchen, Schub- und lederne Etuis, um den differenzierten Käuferwünschen Rechnung zu tragen. Des Weiteren gab es ständig Aufbewahrungsbehältnisse meist eigens angefertigt: bemalte oder mit Kerbschnitt verzierte Holzkästchen, bei dessen diverse Muster und Spielkartensymbole genutzt wurden, Behältnisse aus Metall mit geätzten, gehämmerten oder gravierten Verzierungen, geprägte oder bemalte Lederetuis, Intarsienarbeiten und mit Stroh beklebte Kassetten, Kisten mit farbigen Lackmalereien aus dem ostasiatischen Raum und Spielkartendosen aus Meißner Porzellan. Kurios ist ein Spielkartenetui aus der Zeit um 1880, gefertigt aus Leder und Fellstücken, versehen mit einer plastischen, bunt bemalten beinernen Teufelsmaske, in Anlehnung an die Bezeichnung „Das Teufelsgebetbuch“. Unentbehrlich waren Jetous als Geldersatz, mal als Pappkärtchen in verschiedenen Farben, mit Wertangaben, aus Knochen, aus Elfenbein und aus Porzellan und aus Perlmutt, oftmals bemalt. Spielkartenpressen wiederrum brauchte man, die Karten nach häufiger Nutzung wieder in Form zu drücken, und auch sie gibt es in schlichter Form für das Wirtshaus oder aufwendig für Sammler und Reiche. Und ebenjene Reicheren hatten spezielle Spieltische, meist quadratisch und mit Tuch bespannt, mit Halterungen für Gläser, Aschenbecher, Jetous und Geld. Die Krönung waren besondere Notizblöcke zum Festhalten der Ergebnisse sowie Mischapparate, wenn man Zeit sparen wollte.

moralische, unterhaltsame, zukunftsdeutende Karten

Spielkarten vermochten mehr, als zum Spielen zu taugen. Es gibt Karten, die Themen wie politische Propaganda, Unterricht, moralische und religiöse Unterweisung, Satire und Dichtung zugehören. Gerade dabei konnten sich Künstler in der Gestaltung austoben und lieferten damit ein kunst- und kulturgeschichtliches Zeugnis für die Nachwelt. Bekannt, wenn auch unüblich, sind Spielkarten aus Holz-, Metall- und Elfenbeintäfelchen und Stoff, wie er zum Beispiel bei Schmuckkarten im Barock mit Seide eingesetzt wurde. Erwähnt seien jene Karten, die den Zweck hatten, den Betrachter beim Nutzen zum Nachdenken zu bringen oder ihn zu erheitern. Sie sind Mitte des 18. Jahrhunderts entstanden. Tiefsinn, feine und rohe Anspielungengehören dazu, wie beispielsweise in der Darstellung zweier raufender Herren, unter denen steht: Ernsthafte Unterredung. Andere Karten wurden genutzt, um Wissen zu vermitteln, sogenannte Lehrkarten. Als Erster nutzte Thomas Murner Spielkarten zu didaktischen Zwecken – sowohl in seiner Logica Memoratira (1509) als auch im chartiludium institute summarie (1518) jeweils entstanden in Straßburg, in dem er logische Sätze mit von ihm entsprechend veränderten Kartenbildern verbindet. Auch Kartenspiele zur Erlernung der lateinischen Sprache wurden Mitte des 17. Jahrhunderts benutzt. Andreas Strobl wagte sich 1603 an das geistliche deutsche Kartenspiel, das aus 32 Karten bestand, je 8 Karten in den deutschen Farben Schelle, Laub, Eichel und Herz, mit biblischen Szenen – samt einem 300 Seiten starken Begleittext. Es ist überliefert, dass der achtjährige Ludwig XIV vom Kardinal Mazarim vier Kartenspiele erhielt, um sich vertraut zu machen mit: der Abfolge der Könige von Frankreich, dem Wissen der verschiedenen Länder der Erde, den Metamorphosen von

Ovid und dem Leben berühmter Königinnen. Kardinal Mazarim war selbst ein begeisterter Spieler und hinterließ seinen Nichten sein Vermögen und seine Spielneigung. Dies führte dazu, dass eine der Damen das Geld am Spieltisch durchbrachte und verarmt starb. Ludwig hingegen ließ sich die Vorliebe für das Kartenspiel auch als Erwachsener nicht nehmen. Man sagt, er spielte an jedem Abend von sechs bis zehn Uhr, und wenn Staatsgeschäfte anstanden, musste ein Diener die Karten so lange halten, bis der Monarch zurück war. Die Beliebtheit der Lehrkarten war groß, und im späten 18. und 19. Jahrhundert kam eine Flut davon auf den Markt, vor allem Leselehrspiele. Es ging um heraldische Erläuterungen, Landkarten mit geografischen Erläuterungen, Darstellungen der Kriegskunst, historische Szenen – beinahe sämtliche Wissensgebiete waren abgedeckt. Auch Alexander von Humboldt lernte bei seinem Hauslehrer Ende des 18. Jahrhunderts auf diese Weise. Im 19. Jahrhundert verloren die Lernkarten an Bedeutung, aber die heute üblichen Quartette leiten sich davon ab. Karten wurden zu dem als Gesellschaftspiele genutzt. Die Unterscheidungen zu Spielkarten sind mitunter fließend; so wurden Frage- und Antwortkarten mit und ohne Farbzeichen gefunden. Solche Karten konnten meistens nur für ein bestimmtes Spiel benutzt werden (z.B. Glocke und Hammer, Hulda die Donaunixe, Preciosa das Glückkind), und die Regeln waren beigefügt. Manchmal erfuhren solche Kartengesellschaftsspiele eine Ergänzung durch Würfel. Die sogenannten Divinations-, Orakel- oder Wahrsagekarten erfreuten sich stets regen Zuspruchs. Denn wer will seine Zukunft nicht kennen? Dazu wurden speziell für diesen Zweck gefertigte Karten oder auch ein gewöhnliches Blatt benutzt und den Karten entsprechende Deutungsmöglichkeiten zugesprochen. Zum Auslesen der Zukunft kamen im späteren 15. Jahrhundert einfache Spielkarten zum Einsatz: Mithilfe einer gezogenen Karte konnte man einem schicksalträchtigen Spruch auf einer Liste ermitteln. Es war nur eine Frage der Zeit, bis man Lossprüche auf Karten schrieb. Das Kartenlegen oder auch Kartomantie, nachzuweisen bereits um 1500, kam erst im 18. Jahrhundert in Schwung und löste die Praxis des Handlesens ab. Das Kartenspiel Zigeuner Charte oder Chiromantenspiegel aus dem 17. Jahrhundert ist eine Mischung aus Wahrsage- und Lehrkarten: Einerseits kann man eine der Konstellationen von Handlinien entsprechende Schicksaldeutung erhalten, andererseits wird man belehrt, wie man aus den Linien der Hand die Zukunft ermittelt. Eindeutige Wahrsagekarten bilden das Spiel, das nach Madame Lenormand benannt wurde, die in Paris Anfang des 19. Jahrhunderts praktizierte. Ob sie dieses spezifische Spiel selbst entwickelte, ist nicht geklärt; hingegen ist der Brauch verbreitet, Namen berühmter Magier und Wahrsager mit Spielen zu verbinden, sozusagend als Markenbildung. Als siebzehnjährige sagte Madame Lenormand die baldige Einberufung der Generalstunde durch den französischen König ein, und es geschah; Napoleon sagte sie Aufstieg und Fall voraus; und ihre letzte große Prophezeiung trat ebenfalls ein: die Juli-Revolution von 1830 und der Amtsantritt von Louis Philippe. Es gab auch weniger mystische Wahrsagekarten, zum Beispiel wurden zuweilen sehr einfache Karten am unteren Rand mit einer Bezeichnung, einem Spruch oder einer Losnummer versehen und sollte so Auskunft über Wohl, Weh und Zukunft geben. Auf einem Spiel aus dem Jahr 1806, hergestellt vermutlich in Nürnberg, gab es Sprüche auf Deutsch und Französisch, wobei sich die Wortlaute unterschieden, denn man war wohl der Meinung, dass ein Deutscher ein anderes Schicksal habe als ein Franzose. Auch das Skatblatt kann der Zukunftsdeutung dienen. So steht beispielsweise die Herz-Zehn für Wunscherfüllung, große Liebe, Glück in der Ehe beziehungsweise fester Partnerschaft, Einladung, Aufforderung, Angebot, Heiratsantrag, Hochzeit. Sie gilt im emotionalen Bereich als die höchste Karte, kann den Beginn einer neuen Lebensphase ebenso andeuten wie eine positive Problemlösung. Man braucht also nicht unbedingt Spezialblätter. Manche Karten wurden von den Nutzern in ihrer eigentlichen Spielfunktion nicht mehr gebraucht, und so wurde von Hand darauf notiert: Glück, Brief, Tod – und das Ganze dann zum Wahrsagen genutzt.

Todeskarte Pik Ass

Was aus der Historie der Kartenentwicklung nicht herauszufinden war, ist die Deutung des Pik-Ass's als berühmte und berüchtigte Todeskarte. Es scheint sich erst um 1900 mit der düsteren Aussage verbunden zu haben. Das Symbol zierte im Ersten Weltkrieg die Panzer der britischen 12. Division. Giuseppe „Joe The Boss" Masseria war bis zu seiner Ermordung 1931 der „Boss aller Bosse" in der us-amerikanischen Cosa Nostra in New York. Am 15. April 1931 wurde Masseria in Scarpato's Restaurant auf Coney Island erschossen. In der Hand seiner Leiche hatten die Mörder ein Pik-Ass gedrückt. Im zweiten Weltkrieg war das Pik-Ass das Symbol des deutschen Jagdgeschwaders 53, auch Pik-Ass-Geschwader genannt. Und spätestens mit Vietnam und den US-Truppen war die Karte nicht mehr vom Krieg zu trennen: Es fand sich als Einheitszeichen auf Helikoptern oder als Spielkarte an den Helmen einfacher Soldaten. Das US-Verteidigungsministerium ließ im ersten Irak-Krieg ein Kartenspiel drucken, auf denen sich die Gesichter der meistgesuchten irakischen Befehlshaber befanden. Saddam Hussein zierte das Pik-Ass. Die Vermutungen über das Pik-Ass und Verderben gibt es in drei Richtungen. Zum ersten ist das die berühmte Dead Man's Hand, dass die Paare Pik-Ass und Kreuz-Ass sowie Pik-Acht und Kreuz-Acht mit Pik-Dame verbinden. Diese Karten hatte Wild Bill Hichok auf der Hand, als er am 02.August 1876 im Saloon Nr. 10 von Jack McCall hinterrücks erschossen wurde – wobei es einige Zweifel darüber gibt, welche Karte er nun genau bei seinem Tode hielt. Zum zweiten ist da die Steuerkarte Pik-Ass aus England, deren Fälschung mit dem Tod geahndet wurde. Dies erscheint als Ursprung fast schlüssiger. Es stellen sich aber die Fragen, warum die negative Deutung des Pik-Ass erst so viele Jahre später einsetzte und ob der Tod von Hichok dies befeuerte. Zum dritten wäre da die Geschichte The Suicide Club von Robert Louis Stevenson aus dem Jahr 1878. Ohne zu viel verraten zu wollen: Es geht um einen Club voller Lebensmüder, in dem ein Kartenspiel die zentrale Rolle hat. Die Karten werden rundum verteilt. Wer Pik-Ass aufdeckt, ist das nächste Opfer, und wer das Kreuz-Ass aufdeckt, ist sein Mörder. Auch daran kann die Erklärung für die verhängnisvolle Bedeutung des Pik-Asses liegen, zumal das Buch Der Selbstmörderclub recht populär ist.Aber sicher ist einmal mehr: nichts ist typisch für die Karten.

Trivia

Zauberei mit Spielkarten wird als Kartenkunst bezeichnet. Zum Einsatz kommen hier sowohl unpräparierte Kartenblätter wie auch Kartenblätter, die speziell für die Kartentricks präpariert wurden, wie zum Beispiel Blätter mit zwei verschiedenen Vorderseiten, Klappkarten oder komisch geschnittene. Joachim Bellachini erklärt in seinem Lehrbuch der Magie aus dem Jahr 1921 wie man Kartenkunststücke vollbringt, die nichts mit Mystik, aber viel mit Vorbereitungen zu tun haben. Heute übliche Spielkarten dürften sich von der 4 mal 13 Zentimeter großen Karte, das Deck zu je 52 Karten, ableiten, das schon Johannes von Rheinfelden 1377 bekannt war. Ein Blatt hatte 10 Zahlkarten und 3 Hofkarten. Die weltweit gebräuchlisten Formate sind hochkant und rechteckig, das häufigste Maß ist 8,7 mal 5,7 cm. Große Abweichungen gibt es, wenn die Karten spezielle Zwecke erfüllen sollen, wie für Zauberkunststücke, für Seheinschränkungen, für Reisen, fürs Schwimmbad und derlei. Die vermutlich kleinste Spielkarte findet sich auf einem ungeschnittenen Spielbogen um 1900 und stammt aus Leipzig. Die Kantenlängen sind weniger als ein Zentimeter. Der Bogen war für eine Puppenstube gedacht. Ein Arzt in Neu-Delhi behauptet jedoch; er habe ein Spiel mit einer Kantenlänge von 8 Millimeter. Während sich in Europa und Amerika die rechteckige

Karte durchsetzte, ist in Indien die runde gebräuchlich. Die Karten sind sehr bunt, waren früher aus bemalten Elfenbein oder lackiertem Karton. Japan hat keine eigene Spielkartentradition, aber aus den mitgebrachten Karten der Portuguieser entwickelten sich rasch eigene Versionen, wie das Haya Fuda (das Blumenspiel) und das Spiel der 100 Dichter, das man in der Neujahrszeit spielt und das Quiz-Charakter hat. Zur Zeit von Ludwig XIV war das Kartenspiel so en vogue, dass man Ballette, Bälle und Theaterstücke nach Kartenmotiven errichtete. So wurde am 07.August 1676 in Paris das Stück Le Triomphe des Rones aufgeführt, verfasst von Thomas Corneille, und als Zwischenspiel gab es ein Ballett, das ein Piquetspiel darstellte. In Igor Strawinskis Ballett Jean des cartes stehen Pokerkarten im Mittelpunkt des Bühnengeschehens, die Oper Pique Dame von Peter Tschaikowski handelt von einem dem Pharo verfallenen Helden. Und Richard Strauß setzte seinem Lieblingskartenspiel Skat in der Oper Intermezzo 1924 ein musikalisches Denkmal. Eine Nutzung von Spielkarten als Goldersatz ist aus Neufrankreich im heutigen Gebiet von Kanada bekannt. 1685 kam es zu Verzögerungen der Soldbezahlungen in Paris. Um dem zu begegnen, ließ der damalige provisorische Gouverneur Jacques de Meulles alle Spielkarten einziehen, vierteilen und mit dem Siegel des Gouverneurs bedrucken. Das so entstandene Spielkartengeld war mehr als siebzig Jahre im Umlauf und ist heute bei Sammlern eine Rarität. Auch politische Ereignisse sind auf Karten vermerkt. Es gibt auch drei Kartenblätter, die als Gerichtsakten in der Zeit der Französischen Revolution dienten und Notizen über eine lebenslange Deportation einer adligen Dame tragen. Und: Die französische Revolution änderte nicht nur das Regime, sondern auch die Karten; sie tauschten Könige und Königinnen gegen Jakobiner aus. Der Adel sollte überall verschwinden: Manchmal ist eine Karte auch eine Quittung, so geschehen 1767/68. In einem Aktenbund der schönburgischen Herrschaft Glauchau fanden sich schablonenkolorierte Karten aus verschiedenen Spielen als Quittungen. Es geht unter anderem um die Lieferung von „Jagdt- und Fröhmer Semmeln“, denn es seien anlässlich der Jagd täglich zwölf Pfund Brot und 36 Paar Fröhmer Semmeln zu liefern. Arlast Guss „der kleine Mann mit der eisernen Hand“, legte drei komplette Spiele a 32 Blatt übereinander und riss die 96 Karten mit einem Ruck durch; der Altenburger Karl Schindler erhöhte den Rekord im Jahr 1934 auf 100 Karten. Damaliger Weltrekord. Zu guter Letzt: Was wäre der Joker aus Batman ohne seine besonderen Visitenkarten oder der Superheld Gambit ohne seine Spielkarten. Karten gibt es überall.

Literatur

Erhard Gorys, Das Buch der Spiele. Über 500 Freizeitspiele für Erwachsene. Hersching Manfred Pawlick Verlagsgesellschaft 1975.

Claus D. Grupp, Die Spielkarten und ihre Geschichte, Leinfelden Abs Verlag 1973

Oscar von Haul, Breitkopf und Hörtel, in: Allgemeine Deutsche Biographie, Leipzig Duncker & Humbolt 1876

Detlef Hofmann, Spielkarten. Inventarkatalog der Spielkartensammlung des Historischen Museums Frabkfurt am Main. Frankfurt am Main 1972.

Erwin Kohlmann, Hellmut Rosenfeld (Hrsg.), Die schönsten deutschen Spielkarten, Leipzig Inselverlag 1964

Wolfgang Mayr, Robert Sedlaczek, Die Strategie des Tarockspiel, Wien Edition Atelier 2008.

Peter Weise, Rund um die Spielkarten. Ein Streifzug durch das Altenburger Spielkartenmuseum, Berlin Tabienne 1986.

Manfred Wilde, Die Zauberei- und Hexenprozesse Kursachsen, Köln-Weimar-Wien Böhlau 2003.

Markus Heitz „Des Teufelsgebetbuch“, Knaur Verlag 2017

Franca
Schneider

Eine kleine Geschichte Japans

Von der Urzeit bis 1912

Eine kleine Geschichte Japans

Von der Urzeit bis 1912

Während der Eiszeit vor rund 32 000 Jahren erreicht Homo Sapiens das spätere Inselreich, als dieses noch durch Landbrücken mit dem asiatischen Festland verbunden war. Der Beginn der ständigen Besiedelung Japans ist indes unbekannt. In den folgenden Jahrtausenden gelangen unter anderem aus Sibirien stammende sowie über Korea und China kommende Gruppen von Jägern und Sammlern - nach dem Ende der Eiszeit und dem Ansteigen des Meeresspiegels auch über den Wasserweg – auf dem japanischen Archipel. Zu ihnen gehören die Vorfahren der Ainu, eines Volkes, dass heute vor allem auf der nördlichen Hauptinsel Hokkaido lebt. Die Angehörigen der steinzeitlichen Jomon-Kultur (ab etwa 10000 bis 300 v.Chr.), die wahrscheinlich enge Verwandte der Ainu sind, fertigten mit Kordelmustern (jap. Jomon) verzierte Keramik an. Sie lebten als Jäger und Sammler, zum Teil schon in kleinen Dörfern, auf den vier japanischen Hauptinseln: Hokkaido im Norden, Honshu sowie Shikoku und Kyushu im Süden. Das Jahr 660 v. Chr. ist traditionell das Gründungsdatum des japanischen Kaiserreichs. Nach der im Jahr 720 n.Chr. fertiggestellten Reichschronik „Nihon shoki“ besteigt Jimmu, ein Abkömmling der Sonnengöttin Amaterasu, als erster Kaiser (tenno, „Himmlischer Herrscher“) den Thron des Inselreichs. Obwohl es sich dabei um einen Mythos handelt, setzt die offzielle Herrscherzählung mit ihm ein. Die Yayoi-Zeit geht von circa 300 v. Chr. bis 300 n. Chr.. Neue Siedler erreichen über die koreanische Halbinsel Japan. Sie beherrschen Acker- und Nassfeldreisanbau, Bronze- und Eisenverarbeitung sowie eine neue Art der Keramik (yayoi, benannt nach dem ersten archäologischen Fundort in Tokyos Vorort Yayoicho). Im Süden entstehen zahlreiche kleine, von Familienverbänden kontrollierte Herrschaftsgebiete, von denen einige Kontakt mit China haben. Laut einer Chronik erhält etwa ein König Nu aus Wa, wie Japan in den chinesischen Quellen dieser Zeit heißt, 57 n.Chr. ein Goldsiegel von einem Kaiser der Han-Dynastie. Durch Kriege und Allianzen zwischen den konkurrierenden Großfamilien entsteht bis zum Anfang des 4. Jahrhunderts der erste größere Staatsverband im Zentrum der Hauptinsel Honshu. An seiner Spitze steht ein okimi („Großer König“), der sich in der Region Yamato (Bucht von Osaka) eine Residenz errichtet (der Hof wird mehrfach verlegt, in der Regel nach dem Tod des Königs). Die ideelle Gundlage dieser Herrschaft ist eine frühe Form der Shinto-Religion. Im Zentrum dieses Kults steht die Verehrung unzähliger kami – etwa Ahnen, Kräfte, die besonderen Plätzen innewohnen, oder Naturgottheiten. Die Könige Yamatos zählen die Sonnengöttin zu ihren Vorfahren. Neben ihnen verfügen auch einige andere Fürstenfamilien weiterhin über militärische Stärke und großen Landbesitz, vielfach in von Yamato weit entfernten Regionen. Diese „Provinzfürsten“ bilden ein Gegengewicht zur Macht des Hofes. Die Zeit von circa 300 bis 710 wird Yamato-Zeit genannt. Die Könige Yamatos sichern ihr Territorium und weiten es vor allem nach Süden aus. In der Residenz entsteht bis zum 6. Jahrhundert ein Regierungssystem, in dem Verwandte des Herrschers und Mitglieder anderer Fürstenfamilien als Hofminister und Räte führende Positionen einnehmen. Außenpolitisch steht Yamato in Kontakt mit China und Korea. Von dort bringen Einwanderer Buddhismus, Konfuzianismus und die chinesische Schrift nach Japan, das, so kein eigenes Schriftsystem entwickelt hat. Durch den Buddhismus gerät die auf dem Shinto-Kult beruhende Yamato-Herrschaft schließlich ins Wanken. Es kommt zu bewaffneten Fehden zwischen den Anhängern der beiden Religionen, die Anhänger Buddhas unter Führung des Adligen Soga no Umako (gestorben 626) – eines machthungrigen Verwandten des Königs – können den Konflikt 587 für sich entscheiden. Neuer Herrscher wird Sogas Neffe Sushun. Buddhismus und

Shintoismus werden später gleichermaßen vom Kaiserhof unterstützt, so dass sich beide Religionen gegenseitig beeinflussen. Im Jahr 592 lässt Soga no Umako König Sushun ermorden, weil er sich Sogas Direktiven nicht fügt. Als Nachfolgerin setzt er seine Nichte Suiko (Regierungszeit 593 bis 628) ein; sie wird später als erstes Oberhaupt des Yamato-Reiches den Titel Tenno führen. Ihr zur Seite stellt Soga seinen Neffen. Als Regent leitet dieser mit den „17 Verfügungen“ im Jahr 604 weitgehende Reformen ein, die die Macht der Provinzfürsten brechen und Yamato in einen Zentralstaat nach chinesischem Vorbild verwandeln sollen. Nach dem Tod des Regenten und der Kaiserin kommt es zu Nachfolgefehden, die erst 645 mit der Inthronisation von Kaiser Kotoku und der Entmachtung der Soga beendet werden. Die einflussreichste Familie sind jetzt die Nakatomi, die unter dem Ehrennamen Fujiwara über Jahrhunderte die Geschicke Japans mitbestimmen werden. Im Jahr 645 wurde die Taika no kaishin („große Reform“) durchgeführt. Kernpunkte der nach chinesischem Vorbild vom neuen Tenno Kotoku (596 – 654) eingeleitete Taika-Reform zur weiteren Stärkung des Hofes sind die Besteuerung der männlichen Japaner sowie die Entmachtung der Provinzfürsten durch die Enteignung ihrer Ländereien. Weil die meisten ehemailigen Grundbesitzer künftig das Land gegen Entlohnung im kaiserlichen Auftrag verwalten und ihre Privilegien erhalten bleiben, lehnen sich nur wenige der Adligen gegen die Reform auf. Nach 700 verschiebt das kaiserliche Japan seine Grenzen nach und nach in nördliche Richtung und dringt auf das Gebiet der Ainu vor, die in den folgenden Jahrhunderten bis Hokkaido zurückgedrängt werden. Dort leben sie als Fischer, Jäger und Sammler. Als die Japaner im 19.Jahrhundert auch diese Insel verstärkt besiedeln, rauben sie das Land und verbieten die Religion sowie die Sprache des Volkes. Erst 2008 werden die schätzungsweise 25 000 Ainu in Japan als indigenes Volk anerkannt. 701 erreichen die 645 begonnenen Reformen durch die Verkündung des Taiho-Kodex als Gesetzeswerk ihren Höhepunkt. Der an chinesischen Vorbildern orientierte Kodex besteht aus einem Straf- und einem Verwaltungsgesetzbuch. Letzteres vollendet mit der Taika-Reform begonnene Zentralisierung der Regierungsgewalt. Die Zeit von 710 – 794 wird als Nara-Zeit bezeichnet. Mit Heijo (heute Nara) bekommt Japan seine erste dauerhafte Hauptstadt, in der eine stetig wachsende Zahl von Hofadligen und Beamten die Politik des Staates bestimmen. In dieser Epoche erlebt das Land eine bis dahin nicht gekannte kulturelle Blüte: Mit der Anthologie „Manyoshu“ („Zehntausend-Blätter-Sammlung“) wird die japanische Poesie begründet (geschrieben in manyogana, einer von chinesischen Zeichen abgeleiteten Silbenschrift). Es werden prächtige Tempelanlagen errichtet und Großplastiken aufgestellt. Gleichzeitig verarmen die einfachen Bauern und Fischer, weil sie den größten Teil der wachsenden Staatsausgaben aufbringen müssen. Die Aristokratie dagegen profitiert von einem 743 erlassenem Gesetz, wonach neu kultiviertes Land in den vererbbaren Besitz des Landnehmers übergeht. So entsteht in den in den folgenden Jahrhunderten eine neue Klasse von Großgrundbesitzern, die vom Hof weitgehend unabhängig ist und schließlich eigene Milizen aufstellt. Ab Mitte des 12. Jahrhunderts werden diese Landadligen daimo-shu („Besitzer von viel Namensland“) genannt. Im Jahr 769 war die Dokyo-Affäre. Längst gehören buddhistische Geistliche zur Führungsschicht bei Hofe, jetzt werden sie zur Gefahr. Durch eine Liaison mit der Kaiserin Koken (764 – 770) steigt der Priester Dokyo in hohe Staatsämter auf und greift 769 sogar nach dem Thron. Nur das Einschreiten des Adels und der Tod der Kaiserin verhindern seine Machtübernahme. Dokyo wird verbannt und stirbt zwei Jahre später im Exil. Um sich dem Einfluss der mächtigen buddhistischen Geistlichen zu entziehen, verlegt Kaiser Kammu (781 – 806) seine Residenz nach Nagaoka. Nara bleibt auch künftig das religiöse Zentrum Japans. Die Zeit von 794 – 1185 wird als Heian – Zeit bezeichnet. Als sich in der Hauptstadt Nagaoka schlechte Omen und Intrigen mehren, verlegt Kaiser Kammu seine Residenz 794 nach Norden, wo sie unter dem Namen Heian (das spätere Kyoto) aufblüht. Dort entsteht um das Jahr 1000 eine eigenständige japanische Hofkultur mit einem Rangsystem, das bis hin zur erlaubten Zahl der Fächerfalze das Leben des Adels

bestimmt. Dennoch können die großen Adelsfamilien ihren Einfluss auf die Staatsgeschäfte vergrößern – insbesondere die Fujiwara. Seit dem frühen 8. Jahrhundert sind es vor allem die Frauen aus diesem Hause, die mit dem den Kaisern vermählt werden; die männlichen Familienmitglieder rücken über die so geknüpften verwandschaftlichen Bande in hohe Positionen bei Hofe auf und regieren bald das Land. Seit Beginn des 10. Jahrhunderts kommt es schließlich zu zahlreichen Aufständen in den Provinzen, die das Reich in den Grundfesten erschüttern. Um 804 reist der Mönch Kukai (774 bis 835) nach China, um dort buddhistische Lehren und Sanskrit zu studieren. Nach seiner Rückkehr zwei Jahre später begründet er die Schule des Shingon-Buddhismus („Schule des wahren Wortes“). Zugleich trägt er dazu bei, die noch weitgehend regellose Manyogana-Silbenschrift zu systematisieren. Damit wird er zu einem der Begründer der heutigen japanischen Schrift. Von 858 bis 1087 war die Herrschaft der Fujiwara. Großkanzler Fujiwara no Yoshifusa (804 – 872) erhebt seinen Enkel, den achtjährigen Prinzen Seiwa (858 – 876), zum Tenno und setzt sich selbst bis zu dessen Großjährigkeit zum Regenten ein. Damit wird dieses Amt erstmals von einem Mann ausgeübt, der kein kaiserlicher Prinz ist. Einige Jahre später regiert sein Verwandter Mototsune (836 – 891) als erster Fujiwara für einen volljährigen Tenno. Und Fujiwara no Michinaga (966 – 1028) hat schließlich mehr als 30 Jahre das Amt des Regenten inne. Erst der Kaiser Shirakawa (1073 – 1087), dessen Mutter keine Fujiwara ist, gewinnt die Macht mit einem Trick zurück: Er tritt das Amt des Tenno an seinen minderjährigen Sohn ab und geht in ein Kloster, von wo er die Staatsgeschäfte bis kurz vor seinem Tod 1129 als Regent lenkt. Bis ins 13. Jahrhundert wird Japan fast durchgängig von „Klosterkaisern“ regiert. In den Jahren 935 bis 940 fanden die Aufstände des Taira no Masakado statt. Schon seit langem ringen in den Provinzen rivalisierende Grundbesitzer und Kriegsherren mit ihren bushidan (privaten Armeen aus Banditen und Bauern) um Land und Macht. Taira no Masakado versucht 939 mit seinen Bushidan, gleich acht Provinzen zu erobern. Schließlich ruft er sich selbst zum Tenno aus. Doch bereits ein Jahr später wird er von Truppen Heian-treuer Adelsfamilien besiegt (ein stehendes Herr gibt es zu dieser Zeit in Japan nicht). Die loyalen Familien steigern durch ihre Unterstützung ihren Einfluss bei Hof. Und aus den Bushidan entwickelt sich allmählich der Kriegerstand der samurai („Diener“). Im Jahr 1156 bekämpften sich während eines Streits zwischen amtierendem Tenno und Klosterkaiser, Mitglieder des Herrschaftshauses erstmals in der Hauptstadt mit Waffengewalt. Unterstützt von den Samurai der Provinzfürsten Minamoto no Yoshitomo (1123 – 1160) und Taira no Kiyomori (1118 – 1181), besiegt der Tenno seine Rivalen. Das Bündnis der Herrführer aber zerbricht: 1160 besiegen die Taira die Minamoto. Taira no Kiyomori steigt als erster Angehöriger des Provinzadels am Hofe in höchste Ränge auf. Etwa 20 Jahre lang bestimmt er die Politik in Heian. Zwischen 1180 – 1185 war der Gempei – Krieg. Die Minamoto stellen neue Truppen auf. 1180 sind sie stark genug, um – angeführt von Minamoto no Yoritomo (1147 – 1199), einem der Söhne Yoshitomos – die Taira anzugreifen. Am Ende besiegen sie in der Seeschlacht bei Dannoura im Süden Honshus ihre Rivalen. Die Jahre von 1185 – 1333 werden als Kamakura – Zeit bezeichnet. Minamoto no Yoritomo, 1183 vom Kaiser zum Militärgouverneur aller Provinzen ernannt, setzt im ganzen Land ihm genehme Staatsdiener ein. Außerdem versorgt der Samurai einige seiner getreuen Gefolgsleute mit großen, jedoch in der Regel nicht erblichen Ländereien (Lehen). Er selbst residiert in der Stadt Kamakura (südwestlich des heutigen Tokyo), die zur inoffiziellen Hauptstadt wird. In der Zeit von 1192 bis 1868 war die Herrschaft der Shogune. Minamoto no Yoritomo wird der Titel seii tai shogun („Großer barbarenvertreibender General“) verliehen. Damit beginnt die Zeit der Militärherrscher (shogun) und der Militärverwaltung (bakufu), die anstelle des Kaisers das Land regieren; sie wird fast ohne Unterbrechung bis 1868 fortdauern. Zur Machtbasis des Shoguns werden mehr und mehr die Lehnsleute, aber auch einige Daimyo (vermögende Landadlige) geraten in seine Abhängigkeit. Der Hof in Heinan ist praktisch funktionslos geworden. Nach Minamoto no Yoritomo Tod fällt das Amt zwar offiziell an seine Nachkommen, die Macht im Samurai-Staat aber liegt bis 1333 in den

Händen der Hojo, der Familie seiner Frau. Ihre Führer regieren das Land gewissermaßen als Schatten-Shogune. Im Jahr 1232 wird die erste Gesetzessammlung der Militärregierung erlassen. Sie regelt das Verhältnis zwischen dem Shogun und seinen Lehnsleuten, legalisiert es und stärkt somit seine Position. Doch nach wie vor gibt es neben den Vasallen des Militärherrschers noch Großgrundbesitzer, die ihre Ländereien weitgehend unabhängig verwalten. Im Jahr 1274 versucht der Mongolenherrscher Kublai Khan (1215 – 1294) Japan zu unterwerfen. Doch ein heftiger Sturm vereitelte die Invasion. 1281 scheitern die Mongolen abermals vor der Insel Kyushu durch ein Unwetter. Diese rettenden Naturgewalten nennen die Japaner kamikaze - „göttliche Winde“. Obwohl die Mongolen gescheitert sind, haben ihre Angriffe Folgen: Japans Krieger sind über Jahre hinweg in Alarmbereitschaft. Doch werden nur die wenigsten für ihre Dienste entlohnt – dies führt zu einem rapiden Autoritätsverlust der Militärherrscher. Im Jahr 1325 wird Muso Soseki (1275 bis 1351) zum Abt des Zen – Klosters Nanzenji in Heinan berufen. Muso, der einflussreichste Mönch seiner Zeit, Berater von Kaiser und Shogunen, ist der Gartenkünstler unter den Zen-Priestern, denn „echte Wahrheitssucher lieben die Landschaft“. Der Zen-Buddhismus der aus China nach Japan gelangt ist, hat wegen seiner Konzentrationsübungen seit dem 12. Jahrhundert vor allem bei den Kriegern eine große Anhängerschaft. Die Zeit von 1333 – 1573 ist die Muromachi – Zeit. Kaiser Go-Daigo (1318 bis 1339) stürzt mithilfe abtrünniger Anhänger der Militärregierung den Shogun sowie den Schatten-Shogun (die Hojo werden ausgelöscht). Daraufhin fordert Ashikaga Takauji, mächtigster unter Go-Daigos Verbündeten, das Amt des Shogun für sich. Als der Kaiser dies ablehnt, lässt sich Ashikaga – gestützt auf seine Truppen – dennoch zum Militärherrscher ausrufen. Um seiner Herrschaft auch Legitimität zu verleihen, unterstützt Ashikaga Prinz Toyohito, der ebenfalls Anspruch auf den Kaiserthron erhebt, macht ihn zum Gegen-Tenno und lässt sich seinerseits 1338 von diesem zum Shogun bestätigen. Go-Daigo flieht. Künftig hat das Land zwei Kaiserhöfe: Yoshino (südlich von Nara), Go-Daigos neuen Hof und Toyohitos Hauptstadt Heian. Das eigentliche Machtzentrum jedoch wird Muromachi, die Shogun-Residenz in Heian. Es ist schließlich auch ein Shogun, der das Kaiserhaus 1392 vereint und Heian wieder zur alleinigen Hauptstadt macht. Die Zeit von 1467 bis 1573 wird als Sengoku jidai, das Zeitalter der streitenden Reiche bezeichnet. Als 1467 ein Streit um die Nachfolge der Militärherrscher zum offenen Kampf in den Straßen Heians führt, haben die Ashikaga – Shogune die Regierungsgewalt längst Stellvertreter überlassen. Mit dem nun beginnenden Onin-Krieg (1467 – 1477), in dessen Verlauf große Teile Heians verwüstet werden, bricht ihre Herrschaft vollends zusammen. In der Folge zerfällt das Land in zahlreiche „streitende Reiche“. Um 1542 landen die Portugiesen auf der kleinen Insel Tanegashima südlich von Kyushu, da sie zu diesem Zeitpunkt den Seehandel mit Asien dominieren. Es sind die ersten Europäer, die Japan erreichen. Zwei Jahre darauf beginnen die Portugiesen mit dem Inselreich Handel zu treiben. Mit den Portugiesen hält auch das Christentum Einzug in Japan. 1549 beginnen Jesuiten mit der Missionierung. 33 Jahre später gibt es bereits 150 000 Konvertierte und 200 Kirchen. Die Zeit von 1573 – 1600/15 wird als Azuchi – Momoyama -Zeit bezeichnet. Manche der „streitenden Reiche“ sind während der Bürgerkriege so einflussreich geworden, dass ihre Herrscher nun nach der Macht über ganz Japan greifen. Oda Nobunaga (1534 – 1582), Fürst von Owari an der Pazifikküste Honshus, gelingt es schließlich, gemeinsam mit seinem General Toyotomi Hideyoshi (1537 – 1598) Kyoto einzunehmen und den letzten Ashikaga – Shogun zu vertreiben. Der neue Machthaber bekämpft jeden, der sich ihm bei der Eroberung des Landes in den Weg stellt. So lässt er etwa die buddhistische Gemeinde der ikkoshu einkesseln und 20 000 Anhänger dieser Gemeinschaft verbrennen - um die Gemeinde auszuschalten. Benannt ist diese Epoche nach Odas Festung Azuchi und Toyotomis Residenz Momoyama. Im Jahr 1582 stirbt Oda Nobunaga durch Verrat eines seiner Generäle in Heian. Doch ein anderer führt den militärischen Einigungsprozess fort: Toyotomi Hideyoshi. Auf ihn gehen auch wesentliche Grundlagen für die spätere Verwaltung Japans zurück, etwa die große Landvermessung von

1582 bis 1588. Zur Befriedung Japans entwaffnet Toyotomi in „Schwertjagden“ die Bauern und siedelt die Samurai in der Nähe der Burgen ihrer Herrscher an. Um 1590 ist die militärische Phase der Reichseinigung abgeschlossen. Als Toyotomi stirbt, übernimmt ein fünfköpfiges Gremium – darunter General Tokugawa Ieyasu (1543 – 1616) die Regierung für seinen minderjährigen Sohn Hideyori. Im Jahr 1587 wird die christliche Mission verboten. Toyotomi sieht im Christentum eine Gefahr für die Reichseinigung, zumal den portugiesischen Jesuiten nun rivalisierende spanische Franziskaner gefolgt sind. Zehn Jahre später lässt Toyotomi Hideyoshi neun Missionare und 17 konvertierte Japaner zur Warnung kreuzigen. Dennoch wird das Verbot kaum beachtet. Die Zeit von 1600/15 bis 1868 wird als Edo – Zeit bezeichnet. Im Jahr 1600 reißt General Tokugawa Ieyasu die Macht in der Schlacht von Sekigahara an sich. Drei Jahre später ernennt ihn Kaiser Go-Yozei (1586 – 1611) zum Shogun. Tokugawas Regierungssitz wird das Fischerdorf Edo (das spätere Tokyo). Sein Nachfolger leitet eine außen- und wirtschaftspolitische Wende ein: Während Japan anfangs versucht den Handel – etwa mit China, Korea, Grßbritannien und den Niederlanden – auszuweiten, beschränkt es ab 1616 den Güteraustausch mit Europäern und isoliert sich fast vollständig. Dennoch erblüht Japans Wirtschaft für viele Jahrzehnte. In Edo – wo um 1700 schon fast eine Million Menschen leben – und in anderen Städten etabliert sich ein immer zahlreicher werdender, wohlhabender Kaufmannsstand. Mit ihm entsteht eine bürgerliche Kultur, erblühen in den Vergnügungsvierteln Künste wie das bild- und mythenmächtige Kabuki-Theater und das realistische Bunraku-Puppenspiel, leisten hochgebildete und musisch begabte Geishas zahlungskräftigen Gästen Gesellschaft, bringen Buchverlage Lyrik und Romane heraus, treffen sich Schöngeister in Lesezirkeln und avanciert der Holzschnitt zum wichtigsten Bildmedium der Zeit. In dem von Tokugawa Ieyasu eingeführten konfuzianistischen Ständesystem stehen Kaufleute an unterster Stelle, da sie nur verteilen, was andere erarbeiten. Über ihnen rangieren die Handwerker, die Bauern und schließlich die Samurai, von denen viele jetzt Verwaltungsfachleute werden (denn die Edo-Zeit ist über weite Strecken eine Epoche des Friedens). Im Jahr 1600 erreicht der englische Seefahrer William Adams (1564 – 1620) mit dem niederländischen Handelschiff „Liefde“ die südliche Hauptinsel Kyushu. Der Besatzung droht die Kreuzigung wegen Piraterie (der portugisische Jesuit, der als Übersetzer fungiert, denunziert die protestantischen Seeleute), doch erkennt Tokugawa Ieyasu, dass ihm Adam's Kenntnisse von Navigation, Schiffbau und den Zuständen im Westen nützlich sein können. Der Engländer wird zum ersten Ausländer, der in den Rang eines Samurai aufsteigt, und zum Berater Tokugawa. Bis zu dessem Tod im Jahr 1616 steht anjin sama („Herr Navigator“) im Dienst des Herrschers. Im Jahr 1614 beginnt die Christenverfolgung. Per Edikt wird der christliche Glauben in Japan verboten. Kirchen werden zerstört. Missionare und hochrangige japanische Konvertiten gefangen genommen oder verbannt. 1623 wird es allen Japanern unter Androhung des Scheiterhaufens untersagt, einem Christen Unterschlupf zu gewähren. Die Verfolgung gipfelt 1637/38 im Aufstand von Shimabara, bei dem fast 40 000 Japaner mit christlichen Symbolen gegen hohe Steuern protestierten. Der Aufstand wird niedergeschlagen, die Aufrührer massakriert. Für mehr als 200 Jahre bleibt die Ausübung des Christentums untersagt. Ab 1615 sind die Regierungsinstitutionen des Tokugawa – Shogunat etabliert: Der Tenno wird praktisch zum Gefangenen der Militärherrscher; der Kaiser und sein Hofstaat dürfen das Areal seines Palastes in Kyoto nicht verlassen. Das Land ist neu verteilt und das Lehenssystem zum Teil unter Rückgriff auf Reformen Toyotomi Hideyoshis reorganisiert: Japan ist nun mehr als 250 Daimyate aufgeteilt, in denen Samurai – Fürsten für den Shogun die Zivil – und Militärverwaltung sowie die Gerichtsbarkeit leiten. Unterstützt werden sie dabei durch weitere Samurai. Die Krieger sind wie alle anderen Einwohner der Daimyate den Fürsten zu Treue verpflichtet. Die Daimyo’s schwören ihrerseits dem Shogun den Treueeid. Als Unterpfand für ihre Loyalität musste die Familien der Daimyo in Edo leben, ab 1635 sind sie selbst verpflichtet, die Hälfte des Jahres dort zu residieren. Die Zeit von 1635/39 bis 1854

wird als Sakoku („verschlossenes Land“) bezeichnet. Seit 1635 darf kein Japaner das Land verlassen, kein in der Fremde lebender zurückkehren. Ab 1639 dürfen sich keine Ausländer mehr in Japan aufhalten, außer einigen Händlern aus den Niederlanden und China, deren Aufenthalt auf bestimmte Handelsniederlassungen beschränkt ist. Die wichtigste ist die künstliche Insel Dejima vor Nagasaki, auf der die Niederländer als einzige Europäer mit Japan Geschäfte tätigen dürfen. Der Grund für das Sakoku: die Furcht, Japan könnte christiansiert und im Anschluss daran von Europäern unterworfen werden. Das Land wird erst mehr als 200 Jahre später wieder geöffnet. Im Jahr 1697 eröffnet in Osaka die Dojima – Reisbörse. Dort tätige Kaufleute können mit Termingeschäften den Reispreis im ganzen Land beeinflussen. Zudem sind bald zahlreiche Samurai, die ihren Sold traditionell in Reis ausbezahlt bekommen, bei ihnen hoch verschuldet. Auch die Daimyo geraten zunehmend in wirtschaftliche Abhängigkeit von dem verachteten Stand – etwa von Besitzern der immer zahlreicher werdenden Banken: Um diese Zeit liegt das Finanzgeschäft von etwa 40 der rund 250 Daimyo in der Hand von nur einer Familie. Spätestens im 18. Jahrhundert ist auch die Mehrheit der Lehnsherren hoch verschuldet. Im Jahr 1701 beleidigt der Zeremonienmeister des Shoguns in der Burg von Edo den Daimyo von Ako, der daraufhin sein Schwert zieht. Ein schweres Vergehen. Der Daimyo muss noch am gleichen Tag Suizid begehen. Seine nun herrenlosen Samurai (ronin) rächen ihren Patron, was als die Rache der 47 Ronin bezeichnet wird. Sie enthaupten den Zeremonienmeister im folgenden Jahr und legen dessen Kopf auf das Grab ihres Herrn. Die Tat wird als Beispiel für den Geist der Samurai weit über Edo hinaus gerühmt, dennoch ist sie ein Verbrechen. Die Ronin werden wie zuvor ihr Herr zur Selbsttötung verurteilt. Die Geschichte von der Gefolgschaft bis über den Tod hinaus wird trotz staatlicher Zensur zu einem beliebten Topos im Bunraku- und Kabuki-Theater. Im Jahr 1721 gerät das Tokugawa-Regime unter Druck. Nach Missernten ist es zum ersten Mal nicht fähig, den Sold für die Samurai voll auszubezahlen. Das Shogunat verordnet Sparsamkeit. Ein rapider Autoritätsverlust ist die Folge. Doch stärker noch als die Kriegerschaft leidet die Landbevölkerung, die nach wie vor die erdrückende Steuerlast ertragen muss, unter dem Nahrungsmangel. Als weitere Missernten folgen, kommt es zu Bauernaufständen. Im Jahr 1792 versuchte der russsiche Zar, über Hokkaido, die nördlichste der vier japanischen Hauptinseln, Handelsbeziehungen mit dem Inselreich zu eröffnen. Immer häufiger zeigen sich nun ausländische Schiffe in japanischen Gewässern. Das Bakufu aber lehnt jegliches Abkommen ab, lässt die Küstenverteidigung ausbauen und beschließt 1825, dass jedes ausländische Schiff, das sich der Küste Japans nähert, vernichtet und dessen Besatzung hingerichtet werden soll. In den Jahren von 1839 bis 1842 veruscht China, den britischen Opiumschmuggel über seine Grenzen zu unterbinden, greifen die Engländer mit nur 4000 Mann an (Opiumkrieg). Das schließlich unterlegene China muss im Vertrag von Nanjing unter anderem Hongkong abtreten und weitere Häfen für den britischen Handel öffnen – es ist der erste einer Reihe sogenannter „ungleicher Verträge“, die westliche Großmächte asiatischen Ländern aufzwingen. Japan ist beunruhigt, dass ein so kleines Heer ein so großes Land besiegen kann. 1844 lockert es das Gesetz von 1825, wonach jedes ausländische Schiff, das sich Japans Küste nähert, zerstört werden muss. Im Jahr 1844 fordert der niederländische König das Inselreich auf, seine Grenzen für westliche Kaufleute zu öffnen, bevor es dazu gezwungen werde. Das Jahr 1853 wird als Ankuft der „Schwarzen Schiffe“ bezeichnet. Am 2.Juli 1853 trifft Kommodore Matthew Perry mit vier bewaffneten Schiffen in der Bucht von Edo ein. Im Auftrag des US-Präsidenten drängt er das Kaiserreich zur Eröffnung von Handelsbeziehungen. Die Regierung ist hilflos; erstmals fragt das Bakufu den Kaiser nach seiner Meinung. Die Furcht vor der militärischen Überlegenheit der Amerikaner veranlasst das Shogunat zur Aufgabe seiner konsequenten Insolationspolitik: Es unterzeichnet im folgenden Jahr einen Freundschaftsvertrag, der unter anderem die Versorgung amrikanischer Schiffe und Schiffbrüchiger sowie die Einrichtung eines amerikanischen Konsulats auf japanischen Boden regelt. Die Aufnahme von Handelsbeziehungen lehnt Edo indes bis auf

weiteres ab. Ab dem Jahr 1854 bestellt das Tokugawa-Regime in den Niederlanden Waffen und Kriegsschiffe, richtet eine Militärakademie ein und gründet 1856 ein Übersetzungsbüro für ausländische Bücher. Im Jahr 1858 wird der Handelsvertrag zwischen den USA und Japan beschlossen. Unter anderem freier Handel in mehreren Häfen, Wohnrecht für Ausländer und Exilterritorialität werden vereinbart. Es ist wohl auch die anhaltende schlechte wirtschaftliche Lage, welche das Bakufu veranlasst hat, die Abschließungpolitik aufzugeben. Das Abkommen ist das erste in einer Reihe von ungleichen Verträgen, die Japan mit westlichen Staaten eingeht. Bald folgen weitere mit Großbritannien, Frankreich, Russland und Preußen. Die Öffnung der Häfen schürt die Fremdenangst. Zusammen mit der Ohnmacht der Regierung kulminiert die Entwicklung in der Sonno – joi – Bewegung („Ehrt den Kaiser, vertreibt die Barbaren"). Auf der anderen Seite nutzen die dem Shogunat (wie auch westliche Ausländer) feindlich gesonnenen Daimyate wie Satsuma auf Kyushu und Choshu auf Honshu den Kontakt mit dem Westen, um aufzurüsten. Als sich beide Daimyate 1866 gegen die Tokugawa verbünden, sind ihnen diese bereits militärisch unterlegen. Das Jahr 1868 ist das Jahr der Meji – Restauration. Das alte Shogunat-System hat abgewirtschaftet, und so ersetzen es unzufriedene Samurai und Daimyo durch ein noch älteres: Am 3. Januar 1868 befreien Streitkräfte unter der Führung der Daimyate von Choshu und Satsuma den Tenno aus seiner Gefangenschaft im Palast von Kyoto. Federführend sind dabei unter anderem die beiden Samurai Saigo Takamori (1827 – 1877) und Okubo Toshimichi (1830 – 1878). Die Regierungsgewalt wird an den damals 16jährigen Kaiser Mutsuhito (1867 – 1912) übergeben, der posthum nach der Devise seiner Herrschaft meji („erleuchtete Herrschaft") genannt wird. Der junge Tenno verleiht dem Umsturz wie den folgenden Reformen Legitimation. Die Jahre von 1868 bis 1912 werden als Meji – Zeit bezeichnet. Die Berater um den Kaiser forcieren die Modernisierung Japans nach westlichem Vorbild: Eisenbahnstrecken und Telegrafenverbindungen werden gebaut, der Monarch gibt dem Land eine neue Verfassung, in der Hauptstadt regiert bald ein Ministerkabinett, 1872 erhält Japan ein modernes Schulsystem. Und auch die Verwaltung wird reformiert: 1869 müssen die Daimyo ihre Lehen zurück geben (sie bekommen jetzt staatliche Zuwendungen), zwei Jahre später wird das Land in Präfekturen unterteilt. Samurai – Krieger werden durch eine Armee aus Wehrpflichtigen ersetzt. Doch auf die Phase der Übernahme alles Westlichen folgt bald eine Phase der Rückbesinnung auf die eigene Identität. Zwar sehen auch Traditionalisten den Nutzen der technischen Errungenschaften des Westens, doch die japanischen Werte sind, so glauben viele, den anderen überlegen. Im Jahr 1871 fand die Iwakura – Mission staat. Der Großteil der Regierung geht für etwa anderthalb Jahre in Ausland, um in den USA und Europa Regierungs- und Bildungssysteme, Industrie und Infrastruktur zu studieren. Gleichzeitig werden ausländische Berater und Lehrer nach Japan geholt. Bis 1876 helfen etwa 600 solcher Experten bei der Modernisierung des Landes: Briten beraten beim Eisenbahn- und Telegrafenbau, Deutsche bei der Organisation des Herres und Amerikaner bei der Modernisierung von Landwirtschaft und Post. In einem Handelsvertrag mit China wird auch die Gleichberechtigung beider Länder festgeschrieben. Fünf Jahre später schließt Japan einen Kontrakt mit Korea. Doch das Abkommen ähnelt in vierlerlei Hinsicht jenen ungleichen Verträgen, die nach 1854 von Amerikanern und Europäern mit Japan geschlossen worden sind, und wird von Korea erst nach einer Machtdemonstration der japanischen Flotte unterzeichnet. Im Jahr 1873 wird in Japan die Wehrplicht eingeführt. Durch die Einführung der Wehrpflicht wird der Unterschied zwischen einfachen Bürger und Samurai aufgehoben. Dienstpflichtig sind alle Männer ab 21 Jahre. Als es 1876 ehemailige Samurai endgültig verboten wird, Schwerter zu tragen, fühlen sich viele ihrer Ehre beraubt. Maßnahmen, die ihnen bei der Existenzgründung helfen sollen, schlagen vielfach fehl. Unruhen sind die Folge. Die „Bewegung für Volksrecht und Freiheit" fordert die politische Partizipation der einfachen Bevölkerung, der Ruf nach einem Repräsentantenhaus und einer liberalen Verfassung wird laut, bald entstehen erste Parteien. Der alte japanische Mondkalender wird durch den

Gregorianischen Kalender abgelöst. Im Jahr 1877 fand der Satsuma – Aufstand statt. In der alten Provinz Satsuma schließen sich von der Regierung enttäuschte Samurai zu einer 30 000 Mann starlen Rebellenarmee zusammen. Sie streiten gegen den westlichen Einfluss und für ein auf dem überkommenen Ständesystem fußenden Kaiserreich. Ihr Anführer ist der mittlerweile aus der Regierung ausgeschiedene Saigo Takamori. Sein ehemailiger Weggefährte Okubo Toshimichi organisiert die schließlich siegreichen Regierungstruppen. In der Entscheidungsschlacht nimmt sich Saigo Takamori das Leben, Okubo Toshimori wird ein Jahr später von Samurai ermordet. Im Jahr 1884 wird in Anlehnung an das Vorbild Preußen aus Höflingen, ehemailigen Daimyo und anderen hochranigen Samurai ein neuer Adelsstand geschaffen. Im Jahr 1889 wird die Meji – Verfassung erlassen. Als göttlicher Monarch steht der Tenno weiterhin an der Spitze des Landes, das nun allerdings von einem Ministerpräsidenten und seinem Kabinett regiert wird. Ein Zweikammerparlament stimmt künftig über die Gesetze ab. Damit ist die Zeit der Herrschaft der Samurai in Japan nach sieben Jahrhunderten endgültig beendet. Die Zeit der Shogune. Im Jahr 1185 ist der Beginn der Militärherrschaft. Eine neue Gruppe gewinnt in Japan an Bedeutung: der Schwertadel. Mächtige Kriegerclans ringen im 12. Jahrhundert um Einfluss in Japan, dessen Kaiser den ehrgeizigen Familien kaum noch etwas entgegenzusetzen hat. Im Jahr 1185 treffen die Taira und Minamoto zur Entscheidungsschlacht aufeinander. General Minamoto no Yoshitsune erringt den Sieg. Doch im Kampf um die Macht unterliegt er am Ende dem eigenen Bruder. Dieser wird sich zum Shogun aufschwingen – zum ersten Militärherrscher des Inselreichs. Aber nicht ihn verehren die Japaner bis heute, sondern General Yoshitsune, den Verlierer. Am 25. April 1185 drängen sich in der Meerenge zwischen den japanischen Hauptinseln Kyushu und Honshu Hunderte von Schiffen. Zwischen Geschrei und Schwertgeklirr brüllt ein mächtiger Mann Befehle: Minamoto no Yoshitsune. Dabei ist der General alles andere als der typische Held: Als kleinen, blassen Jüngling beschreibt ihn ein Chronist, mit schiefen Zähnen und hervorstehenden Augen. Doch diesen unscheinbaren Mann umgibt ein derart dichtes Legendengeflecht, dass die historische Figur dahinter beinahe verschwindet. Bekannt ist immerhin das Jahr seiner Geburt: 1159. Ein schicksalhaftes Jahr, in dem die beiden Sippen Minamoto und Taira schon einmal aufeinandertreffen und um die Vorherrschaft in Japan kämpfen. Es sind unruhige Zeiten für das Land. Der Kaiser im Palast von Kyoto (das frühere Heinan) ist nur noch ein Schatten seiner selbst. Er hat den Großteil seiner Macht eingebüßt und die Kontrolle über die Provinzen verloren. Ein stehendes, unter seinem Kommando dienendes Herr gibt es nicht. Stattdessen befehden Adelscliquen sich gegenseitig und werben für ihre Machtkämpfe selbst Krieger an. So gewinnt eine neue Gruppe an Geltung: Japans Schwertadel, die Samurai. Die Berufskrieger werden angeführt von Großbauern und Landedelleuten, die sich Stützpunkte in der Provinz aufgebaut haben. Diese Warlords steigen im 12. Jahrhundert zur beherrschenden Schicht im Reich auf, allen voran die Kriegersippe der Minamoto aus dem Osten Japans und die im Westen ansässigen Taira. Als die beiden Clans 1159 in einer großen Schlacht aufeinandertreffen, können die Taira den Kampf für sich entscheiden. Der Heerführer der Minamoto, Yoshitsunes Vater, fällt einer Säuberungswelle zum Opfer. Der Junge – noch ein Säugling – hat Glück: Die Taira verschonen ihn. Damit er nicht eines Tages auf die Idee kommt, sich an den Mördern seines Vaters zu rächen, soll ihm seine Herkunft verschwiegen werden. Zu diesem Zweck stecken ihn die Taira in ein buddhistisches Kloster. Hier soll Yoshitsune zu einem sanftmütigen Mönch erzogen werden, doch der wilde Junge will sich den Klosterregeln nicht fügen. Ein Eremit, so die Legende, unterweist ihn im Kriegerhandwerk. Im Alter von zehn Jahren erfährt er durch Zufall seine wahre Geschichte – und betrachtet es von da an als seine Bestimmung, die Mörder seiner Familie zu vernichten. Fünf Jahre später flieht er aus seinem Gefängnis und findet Unterschlupf im Nordosten, in Oshu. Unterdessen bereitet weiter südlich ein anderes Mitglied der Minamoto den Wiederaufstieg des Clans vor. Denn auch Yoshitsunes zwölf Jahre älterer Halbbruder Yoritomo hat die Säuberung überlebt. Anders als sein Bruder ist Yoritomo

diszipliniert und kühl kalkulierend. Es ist wohl weniger Rache, die ihn treibt, sondern Machtstreben. Mit politischem Geschick gewinnt er Landbesitzer im Südosten des Reiches als Vasallen, vertreibt Anhänger der Taira und errichtet eine unabhängige Verwaltung. 1183 gelingt es einem seiner Cousins, die Hauptstadt Kyoto zu besetzen. Die Taira-Regenten müssen sich in ihre Festung an der Südwestküste der Insel Honshu zurückziehen. Auf den Jungen Yoshitsune wartet die erste Bewährungsprobe. Er verlässt sein Exil und stellt sich in den Dienst seines Bruders. Doch statt gegen die Taira sendet er ihn zunächst gegen den Cousin in Kyoto. Yorimoto sieht den Verwandten als Gefahr für seine Macht. Dass Familienbande nicht vor der Härte des Clanführers schützen, könnte Yoshitsune eine Warnung sein. Vorerst aber beweist er seinen Wert als Militärführer. Gemeinsam mit einem weiteren Bruder schlägt er die Truppen des Cousins. Einen Monat darauf darf Yoshitsune gegen die Mörder seines Vaters ziehen. Im Frühjahr 1184 nähert die Minamoto – Armee sich einer Küstenfestung der Taira. Hohe Klippen schützen die Anlage von Norden, im Süden liegt die See. Yoshitsune führt seine Kavalleristen zur unzugänglichen - und daher unbewachten – Nordseite der Festung. Der Überrschungsangriff gelingt: Die Taira sind so überrumpelt, dass sie in ihren Booten flüchten. Yoshitsunes Mänover hat die Schlacht entschieden. Kein anderer Befehlshaber der Minamoto erweist sich als so wagemutig, so entschlossen wie der kleine, blasse Mann. Nach weiteren Gefechten vernichtet Yoshitsune am 25.April 1185 in der Entscheidungsschlacht schließlich die verbliebenen Streitkräfte der Taira. Einen umfassenderen Sieg hat kein Samurai-Heer je errungen. Yoshitsune, 26 Jahre alt, wird als mutiger Kriegsheld gefeiert, und selbst bei Hofe, wo sie sonst verächtlich auf die blutbesudelten Kämpfer hinabblicken, findet er zahlreiche Bewunderer. Doch der Triumph trägt bereits den Kern seines Untergangs: Sein Halbbruder Yoritomo will ihn ausschalten. Schließlich will Yoritomo seine Machtposition festigen – und Japan einer neuen Ordnung unterwerfen: der Herrschaft der Samurai. Deshalb drängt er den geschwächten Kaiser dazu, ihm die militärische Befehlsgewalt über ganz Japan zu übertragen. Mit Erfolg: Yoritomo kann nun in sämtlichen Provinzen des Landes Ämter und Lehen vergeben – und zwar an ihm genehme Militärs. Die Schaltzentrale seines Machtapparats liegt in Kamakura, gut 300 km östlich von Kyoto. Für Yoshitsune, der mit den Siegen über die Taira die Vorrherschaft seines älteren Bruders überhaupt erst möglich gemacht hat, ist in diesem System kein Platz. Da kommt Yoritomo ein Gerücht gerade recht: Angeblich soll sich Yoshitsune mit einem Onkel gegen ihn verschworen haben. Yoshitsune beteuert in einem Brief seine Unschuld. Doch Yoritomo lässt sich von seiner Haltung nicht abbringen, nutzt die vermeintliche Verschwörung als Vorwand, um Meuchelmörder auf seinen Halbbruder zu hetzen. Im Schutz der Dunkelheit dringen die Attentäter in Yoshitsunes Villa in Kyoto ein. Es gelingt ihm, sie zu vertreiben, doch nun erkennt er: Der eigene Bruder ist sein Todfeind. Ihm bleibt nur die Flucht. Er wird zwei Jahre durch ganz Japan verfolgt. Es werden Häuser und Tempel durchsucht. Sechs Monate dauert die Odyssee durch die raue Gebirgswelt Japans, bis er mit wenigen Getreuen, in Mönchskleidung getarnt, endlich die Provinz Oshu erreicht. Doch auch hier ist er nicht sicher: Nach dem Tod seines Beschützers knapp zwei Jahre später, will dessen Sohn ihn ausliefern – das letzte Gefecht des gefallenen Kriegshelden beginnt. Neun Gefolgsleute sollen ihm noch geblieben sein, die nun einer nach dem anderen niedergemetzelt werden. Um seine Ehre zu bewahren, sieht Yoshitsune nur noch einen Ausweg. Einen Akt, der sich wohl erst in dieser Zeit unter den Samurai etabliert: seppuku, die rituelle Selbsttötung. Gerade 30 Jahre alt ist Yoshitsune da. Sein Bruder mag einer der bedeutendsten Staatsmänner Japans sein. Ab 1192 nennt er sich seii tai shogun „großer Barbaren vertreibender General“. Von Kamakura aus bestimmt er die Geschicke ddes Landes mehr als der Kaiser. Die von ihm begründete Militärherrschaft des Shogunats wird Japan fast sieben Jahrhunderte prägen. Nur ein knappes Jahrhundert hat Edo gebraucht, um zur gewaltigsten Metropole des gesamten Inselreichs zu werden. Fast eine Million Menschen leben um das Jahr 1700 im Schatten der Burg des japanischen Militärherrschers, der hier prachtvoll Hof

hält. Doch nach und nach schwindet die alleinige Macht des Kriegeradels in der Stadt, die einmal Tokyo heißen wird. Kaufleute und andere Bürger sind aufgestiegen, feiern in Vergnügungsvierteln ihren Reichtum – und schaffen zugleich eine neue, dynamische Kultur neben den klassischen Künsten. Kaum ein Viertel Edos ist so belebt wie der Theaterbezirk. Edo ist die größte Stadt Japans, die Hauptstadt von Politik und Verwaltung, das Machtzentrum des Kriegeradels. Es ist die Hauptstadt der Lüste, Metropole der schönen Künste und des Handels, eine Geburtsstätte des Bürgertums. In Edo wird die Tradition bewahrt und die Neuerung gefeiert. Nirgendwo im Inselreich sind die Sitten rauer, an kaum einem Ort entspringt so viel kulturelle Raffinesse. In der Oberstadt residieren die Adligen: die daimyo, mächtige Provinzfürsten, die hatamoto, staatliche Vasallen, sowie der oberste Militärherrscher Japans, Shogun Tokugawa Tsunayoshi. Die Stadt wurde gerademal vor 100 Jahren aus dem Nichts geschaffen. Denn noch um 1600 ist Edo nur wenig mehr als die ehrgeizige Vision eines Siegers. Der Warlord Tokugawa Ieyasu hat nach Jahrhunderten des Bürgerkriegs als letzter von drei Reichseinigern seine Rivalen im Kampf um die Vorherrschaft in Japan geschlagen. Zum Shogun ernannt, will er ein neues Machtzentrum errichten, einen Mittelpunkt für das geeinte und weitgehend befriedete Reich. Seine Wahl fällt auf einen unscheinbaren Ort im rauen Südosten der Insel Honshu. Edo, was im Japanischen so viel wie „Flusstor“ bedeutet, besteht zu dieser Zeit aus einer Ansammlung von Fischerhütten und einer baufälligen Befestigungsanlage an der versumpften Mündung des Sumida. Binnen weniger Jahre entsteht hier das politische Zentrum des Tokugawa- Reiches. Es ist ein Städtebauprojekt von gigantischen Ausmaß, eines der größten der Geschichte: Mehr als 3000 Schiffe schaffen fast ununterbrochen Steine aus der Provinz Izu und Hölzer aus ganz Japan in diese öde, von scheinbar endlosen Binsenfeldern geprägte Region. Tausende Arbeiter schichten Steinquader zu einer Festung von mehr als einem Kilometer Durchmesser auf, die bald die äußerste Spitze einer zum Meer hinreichende Hügelkette bekrönt. Prunkvolle Paläste wachsen empor, Gebäude für die Landesverwaltung, Wohnhäuser für die Krieger. Kein Aufwand ist dem neuen Herren Japans zu groß. Tokugawa Ieyasu lässt den nahen Kanda-Hügel abtragen, um mit den Gesteins- und Erdmassen jenes Sumpfland trockenzulegen, das am Fuß der neuen Burg liegt. Baumeister konzipieren ein kompliziertes System von Wasserwegen, das die Residenzstadt schützen und zugleich mit Wassser und Waren versorgen soll. Ein Hafen wird angelegt. Flüsse werden umgebettet, Kanäle gestochen, Gräben ausgehoben. Wie eine Spirale ziehen sich schon bald Wasserbänder durch die Stadt und umfassen, immer enger werdend, in ihrer Mitte die Burg des Shogun. In unmittelbarer Nähe zur Festung des Shoguns, besonders im Westen, haben die etwa 250 Provinzfürsten und andere Angehörige des Kriegeradels ihre Residenzen errichtet. Zwischen der Hafenanlage, an der Mündung des Sumida-Flusses und der Burg erstrecken sich die zahllosen Häuserblocks der Unterstadt – in ihrer Mitte die Japan-Brücke. Das Bauwerk ist der Ausgangspunkt der großen Fernstrassen, etwa jener, die im Süden aus der Stadt Richtung Kyoto führt. Der mit Schiffen aus allen Landesteilen nach Edo transportierte Reis wird in Speichern am Fluss gelagert. Etliche der Händler, die sich um die Depots angesiedelt haben, tragen ihr schnell angewachsendes Vermögen in die Vergnügungsviertel, vor allem nach Yoshiwara am Nordrand der Stadt, dem bekanntesten Rotlichtbezirk des Landes. Oder sie besuchen die Kabuki-Bühnen im Theaterviertel. Und nicht zu letzt pilgern Tausende regelmäßig zum ältesten Heiligtum der Stadt, dem buddhistischen Kannon-Tempel. In den Hallen des großen Tuch- und Kleidungsgeschäft Mitsui kümmern sich Dutzende Verkäufer um die Kundschaft. Fertig geschneiderte Kimonos hängen als Musterstücke von der Decke. Nicht wenige Geschäftsleute machen in Edo ein Vermögen. In der offiziellen Hierarchie der Gesellschaft stehen sie jedoch ganz unten. Der Herrscher hat die etwa 250 Provinzfürsten zum Ausbau seiner Residenzstadt verpflichtet, hat sie angehalten, Arbeiter zur Verfügung zu stellen und die besten Materialien zu liefern. Und er verlangt von den Daimyo’s, eigene Residenzen im Schatten der Festung zu errichten – um so die Regionalfürsten besser kontrollieren zu können.

Hunderte Herrenhäuser umgeben bald die Burg. Wie fast die gesamte Stadt sind die Anwesen auf einem gleichmäßigen Raster angeordnet, welches das bakufu, die Militärregierung des Shoguns, vorgegeben hat – in seinem Bestreben, für alles genaue Regeln aufzustellen. Die größten dieser Residenzen, so die des mächtigen Daimyo Mori, beherbergen mehrere Tausend Menschen, darunter die Fürstenfamilie, das Gefolge, den Gutsverwalter mit seinen Untergebenen, die zahlreichen Bediensteten – Köche, Schreiber, Stallburschen, Serviererinnen – sowie eine eigene Garde von Samurai-Kriegern. Deutlich kleiner sind die Haushalte der Hatamoto. Diese in der feudalen Hierarchie unter den Provinzfürsten stehenden Vasallen müssen dem Shogun im Ernstfall mit Truppen zu Diensten stehen, je nach der Größe ihres Vermögens: je reicher, desto mehr. Ihre eigenen Häuser liegen zwischen den Anwesen der Daimyo und denen ihrer Soldaten am Rande der Oberstadt. Das ist die zweite Stadt, die noch schneller wächst, die dynamischer ist – und der die Zunkunft gehört: das Edo der Bürger. Dort ist der Platz in den Gassen kanpp. Von der Hauptstrasse, die für zweieinhalb Kilometer schnurgerade durch die Unterstadt führt, zweigen alle 125 Meter Seitenstrassen ab, die nach weiteren 125 Metern in eine neue Strasse münden. Die dadurch gebildeten quadratischen Häuserblocks werden cho genannt. Ihre Bewohner heißen chonin, was so viel bedeutet wie „Menschen des Blocks“, aber eigentlich alle Städter außer den Samurai und den Geistlichen meint. Rund eine halbe Million Chonin, die Hälfte aller Einwohner Edos, drängen sich auf nicht einmal einem Siebtel der Stadtfläche zusammen. Ein dichter Strom Menschen schiebt sich Tag für Tag an den Läden vorbei, welche die Hauptstraße in Richtung Norden säumen. Zumeist liegen die Verkaufsräume auf einem hölzernen Podest, zwei oder drei Handbreit über der Straße aus gestampftem Lehm. Um hineinzugelangen, müssen die Kunden eine mit Indigo gefärbte, tief herunterhängende Stoffmarkise zur Seite heben. Sie trägt das Zeichen des Ladens und soll Staub und Sommerhitze abhalten. Erst im Inneren beginnt das Feilschen, denn nur wenige Preise sind festgelegt. Edo ist eine Stadt des Konsums. In ihr wird wenig hergestellt, dafür aber immer mehr verbraucht. Tausende Vasallen und Beamte des Bakufu samt Dienerschaft sowie Hunderttausende hier stationierte Samurai verschiedener Ränge und Aufgabengebiete bilden eine weitgehende unproduktive Bürokratie- und Militärelite, die verlangt, gut versorgt zu sein. Seit den Tagen der Stadtgründung strömen daher Kaufleute nach Edo, mit offiziellem Auftrag oder als Selbstständige. Etliche kommen aus dem etwa 400 km entfernden Osaka, der „Küche Japans“. Sie richten ihre Filialen in der Unterstadt ein, importieren und verkaufen. Geschäftsleute wie etwa der Kaufmann Naraya Mozaemon machen ein Vermögen, indem sie Baumaterialien in die rasant wachsende Metropole liefern. Die Kaufmannsfamilie Mitsui eröffnet einen Tuchhandel, der schnell fast 100 Angestellte beschäftigt. Doch so erfolgreich merkantile Dynastien wie die Mitsui auch sein mögen, die Regierung gewährt ihnen kaum Anerkennung – und keine einzige Stimme in den politischen Räten der Stadt. Denn die Feudalgesellschaft der Shogune ist seit den Tagen des ersten Tokugawa-Herrschers Ieyasu einer strengen Hierarchie unterworfen, in der ein jeder seine Standeszugehörigkeit, seinen Status, seinen Platz genau zu kennen hat. Eine vierstufige Ordnung, die japanische Gelehrte von den Leitsätzen des chinesischen Philosophen Konfuzius abgeleitet haben, klassifiziert die Menschen. Ganz oben in der Hierarchie stehen die Krieger, die Samurai, angeführt durch den Shogun. Direkt darunter kommen die Bauern, die Ernährer des Landes, auch wenn sie tatsächlich eine ärmliche Existenz führen; dann die Handwerker, die in verschiedenen Zünften organisiert sind; und schließlich, am Ende der sozialen Rangordnung, die Händler und Kaufleute, die als Parasiten gelten, weil sie ihr Geld mit den Erzeugnissen anderer verdienen. In den Geschäftsvierteln von Edos Unterstadt treffen die ungleichen Stände Tag für Tag aufeinander. Hier wird das komplizierte Spiel der Etikette gepflegt, das Theater der feinen und nicht so feinen Unterschiede. Samurai flanieren in edlen Seidengewändern von Auslage zu Auslage, während die Bürger nur matte Baumwollkimonos tragen dürfen. Bei offiziellen Anlässen ziehen die Krieger über den konsode, den kurzärmligen Kimono, eine besondere Weste, die ihre

Schultern respektgebietend ins Majästetische überhöht. Die zwei Schwerter, die alleine den Samurai vorbehalten sind, das lange daito und das kurze shoto, stecken links in einem kunstvoll um die Hüften gewundenen Gürtel. Der Kriegeradel hat auf den Straßen grundsätzlich Vortritt. Wann immer ein einfacher Bürger einen Samurai begegnet, hat der Bürger kurz innezuhalten und sich zu verbeugen, indem er den gesamten Oberkörper nach vorne neigt. Tut er dies nicht, muss er damit rechnen, von der Klinge des Kriegers niedergestreckt zu werden – dazu ist der Samurai durch das alte Recht kirisute gomen befugt. Manchmal jedoch ziehen Prozessionen durch die Stadt, denen auch Samurai den Weg frei machen müssen. Hunderte Krieger mit funkelnden Lanzen marschieren dann vorweg, gefolgt von geschmückten Reitern und Bannerträgern, die Wimpel und bunte Wappentücher an Stangen in die Höhe recken, dahinter Horden von Trägern mit Kisten und Körpen, oft mehrere tausend Menschen. Im Zentrum des Zuges: eine prunkvolle Sänfte – ein unter einer dicken Holzstange hängender Kubus aus schwarz lackiertem Holz, der von vier Trägern geschultert wird -, in der ein Daimyo sitzt, auf dem Weg in seine Heimatprovinz. Seit der Shogun 1635 die Provinzfürsten per Gesetzt verpflichtet hat, alle zwei Jahre für zwölf Monate in seiner Residenzstadt zu weilen, gehören die Züge der ankommenden und abreisenden Daimyo zu den regelmäßigen Spektakeln im Stadtbild von Edo. Die Familien der Fürsten dürfen allerdings nicht mit zurück in die Heimat. Sie müssen in der Nähe des Shogun bleiben – als politisches Pfand für den stets Aufruhr fürchtenden Herrscher. So einfach, arbeitsreich und beengt das Leben vieler Stadtbewohner auch ist, Vergnügungen könne sich im 18. Jahrhundert immer mehr von ihnen leisten – sei es einen Spaziergang mit Prostituierten unter blühenden Kirschbäumen, ein Abendessen mit Musik oder die Fahrt mit dem überdachten Lustboot, vorangetrieben von einem am Heck stehenden Ruderer. Je selbstbewusster und wohlhabender das Bürgertum von Edo wird, desto aufwendiger inszeniert es seine Freizeit. An Strassen und Schreinen offerieren kleine Stände Tee zur Entspannung. In Teehäusern versammeln sich Kaufleute rauchend um wärmende Holzkohlebecken. Im Laufe des 18. Jahrhunderts öffnen die ersten Restaurants, wie etwa das „shikian“ am Sumida-Fluss. An einer der vielen Kreuzungen weitet sich die Hauptstrasse zu einem Platz – doch das Gedränge nimmt nicht ab. Es nimmt zu. Klobige Pferdewagen behindern den Verkehr. Schwitzende Arbeiter treiben hoch bepackte, zweirädrige Handkarren voran. Mietsänften, von denen es in Edo offiziell 300 gibt, schaukeln vorbei, von jeweils zwei kräftigen, tätowierten Männern geschultert. Gelegentlich stolpert jemand über einen der unzähligen Hunde: Sie vermehren sich ungehindert, seit Shogun Tsunayoshi sie per Gesetz unter seinen persönlichen Schutz gestellt hat – weil er im Jahr des Hundes geboren worden ist. Aus Achtung vor der Kreatur hält er seine Untertanen sogar an, die Vierbeiner mit o inu sama anzusprechen: „Herr Hund!“. Tagsüber strebt eine dichte Menge aus Leibern und Karren auf eine gewaltige Brücke zu, die sich gen Norden über einen der vielen Kanäle wölbt: Nihonbashi, die „Japan-Brücke“, die dem Viertel seinen Namen gegeben hat. Denn seit ihrer Einweihung im Jahr 1604 dient die 51 Meter lange und acht Meter breite Brücke als Ausgangspunkt für die fünf großen Überlandstrassen, die strahlenförmig in alle Teile Japans führen. Die Regierung hat das Wegenetz ausbauen lassen, um das Land von Edo aus besser verwalten zu können – und um den Handel zu vereinfachen. Alle Entfernungen werden seither von der Japan-Brücke aus gemessen: in ri, einer etwa vier Kilometer entsprechenden Einheit. Auch die rund 122 Ri lange Strasse nach Kyoto, der Kaiserstadt, beginnt hier – keine andere Fernroute Japans wird so stark von Händlern und Reisenden genutzt wie die „Tokaido“. Nur einen Kilometer weiter östlich scheint die Welt des Handels und der Arbeit derweil unendlich weit entfernt. Aus den Blocks von Fukiyacho und Sakaicho dringen die hohen, perlenden Klänge der shamisen – jener dreisaitigen Laute aus Holz und Katzenfell, mit kleinem Korpus und langem Hals, die einst aus China nach Japan gebracht worden ist. Gelgentlich brandet Applaus auf, spitze Schreie sind zu vernehmen und vielstimmiges Johlen: Seit vier Uhr morgens werden in den zwei großen Kabuki – Theatern dieses Viertels ununterbrochen Vorstellungen gegeben.

Hinter Fassaden voller Lampions und senkrechter Anzeigetafeln, auf denen der Name der jeweiligen Schauspieltruppe bekannt gegeben wird, amüsieren sich Tausende Besucher. Um 1600 hat die Shinto-Priesterin Izumo no Okuni erstmals betörende Tänze in Männerkleidung aufgeführt und so die Bühnenform des Kabuki (von kabuku, „bewusst aus dem Rahmen fallen“) begründet. Inzwischen werden auf staatlichen Befehl aus sittlichen Gründen alle Rollen, auch die der Frauen, von Männern dargestellt. Und die Stücke sind zu opulenten Inszenierungen aus Musik, Tanz und Schauspiel geworden. Die Bürger von Edo sind dieser Art der Unterhaltung verfallen. Manche Theatergänger verbringen sogar die Nacht in einem der nahe gelegenen Teehäuser, um am nächsten Morgen einen der begehrten Plätze in den Sitzboxen direkt vor der Bühne zu erhalten. Während des langen Theatertags an dem sich Stück an Stück reiht, werden Tee und Speisen gereicht. Viele Zuschauer bleiben nur für ein oder zwei Akte, die jeweils etwa eine Stunde dauern; ständig kommen und gehen Besucher. Kenner beziehen die Plätze im oberen Rang, weil diese eine besonders gute Sicht bieten, und geben während der Vorstellung lauthals Kommentare ab. Denn ob es in den Theaterstücken nun um die Liebe eines Paares geht, dem die konfuzianische Moral das Zusammenkommen versagt und das daraufhin gemeinsam in den Freitod geht; ob eine berühmte historische Begebenheit dramatisiert wird oder ob ein Heroe mit übermenschlichen Kräften das Volk aus den Fängen böser Mächte errettet: Das Publikum leidet hörbar mit den Helden, feuert sie euphorisch an oder beweint sie hemmungslos. Am späten Nachmittag sind die Vorführungen in der Regel beendet. Auch die Zuschauer aus den nahe gelegenen Joruri-Puppentheatern (später bunraku genannt) füllen nun die Straßen. Dort erwecken bis zu drei Spieler gut einen Meter hohe Puppen zum Leben, die Kopf, Hände, Augen und sogar Lippen bewegen können. Auf dem Programm stehen komplizierte Dramen, mitunter Stücke, die auch im Kabuki zu sehen sind. Die Stars des Kabuki sind die Schauspieler, die bei den alljährlichen Kaomise – Vorstellungen dem Publikum bekannt gemacht werden. Ihre Kostüme, für die sie privat aufkommen müssen, sind so pompös, dass die Regierung sie gelegentlich wegen anmaßendem Luxus zensiert. Zwar stehen Schauspieler nach der konfuzianischen Gesellschaftsordnung sogar noch unter den Kaufleuten, sind im Grunde also geächtete Paria – doch ihre Verehrung in der Bevölkerung kennt kaum Grenzen. Das Kabuki ist eine Unterhaltung des Volkes, derbe, lebendig, ganz anders als das ehrwürdige No-Theater. No, dessen Darbietung von Musik, Tanz und poetischer Sprache leben, ist ruhiger und voller subtiler Verweise auf die japanische Mythologie. Der Shogun lässt es zu zeremoniellen Anlässen und Staatsfeiern in seiner Burg aufführen. Die zum Teil mit Masken verkleideten Schauspieler müssen sich genau an die seit Jahrhunderten überlieferten Formen halten. No ist offizielles Kulturgut, das Theater des herrschenden Kriegeradels. Beim spottlustigen Kabuki hingegen erzeugt nicht mehr Verzückung im Publikum, als wenn der tüchtige Spross einer Kaufmannsfamilie am Ende über einen niederträchtigen Samurai siegt. Der gefeierte Dramatiker Chikamatsu Monzaemon bringt mit seinen Stücken als Erster die einfachen Chonin als Helden auf die Bühne. Die Bürger genießen es, dass die konfuzianische Ordnung an diesem Ort zumindestens für ein paar Stunden ausgehebelt wird. Und nebenbei ist das Theater auch gut fürs Geschäft: Schauspieler machen mitunter mitten im Stück Reklame für Reiscräckerläden oder Nudelgeschäfte. In der Gegend um die Kabuki-Theater müssen die Vergnügungssucher allerdings wachsam sein. Seit jeher halten sich dort Halbweltgestalten auf. Denn Edo, die Metropole der vielen Möglichkeiten, ist auch eine Stadt der Gescheiterten. Manche haben sich zu Straßengangs zusammengeschlossen, die ihre Nachbarschaft terrorisieren und Passanten. Vor allem ronin befinden sich darunter – verarmte Samurai, die ohne Herren und Auskommen sind und nun als Kriminelle zu überleben versuchen. Als Krieger werden sie nicht mehr gebraucht, denn seit den Zeiten des Shogun Tokugawa Ieyasu herrscht weitgehend Frieden im Land. Bis zu 200 000 der etwa zwei Millionen Samurai in Japan sind nun ohne Arbeitgeber, die meisten leben in den Städten. Die Regierung versucht recht erfolglos, die entwurzelten Kämpfer unter die Obhut neuer Daimyo zubringen – oder

aufs Land zu vertreiben. Einige nehmen zivile Berufe an, als Schirmhersteller oder Fechtlehrer. Doch etliche arbeitslose Kämpfer führen ein regelloses Leben auf den Straßen. Auch wenn die Zeit der großen Banden, etwa der berüchtigten „Horde aller Götter“, bereits vorbei ist, liefern sich Ronin-Gruppen immer wieder Scharmützel mit den machi yakko: Trupps von jungen Städtern, die als rächende Straßenritter umherziehen und nebenbei illegale Glücksspiele organisieren. Manche Männer aber machen sich auf den Weg zum Sumida-Fluss, und von dort nach Norden – in den berühmstesten Rotlichtbezirk Japans: nach Yoshiwara. Am Ufer des Sumida besteigen die Vergnügungssüchtigen, die es sich leisten können, eines der schnellen choki, schlanke Boote mit bis zu drei Ruderern. Für jedes andere Boot, welches die Mannschaft überholt, legt der Fahrgast ein Stück Seidenpapier unter einen Feuerstein auf den Planken. Die gesammelten Papiere können später in Trinkgeld eingetauscht werden. Edos wichtigerster Rohstoff ist Reis. Das Getreide ist nicht nur Hauptnahrungsmittel, sondern auch die Basiswährung des Kaiserreichs. Ein Großteil der Steuren in den Provinzen und Lehen wird in Form von Reis eingezogen. Und diesen Steuer-Reis bewahrt der Shogun in den zentralen Speichern am Sumida auf. Doch weil die Wirtschaft in der Stadt längst auf Gold- und Kupfermünzen basiert und die Beamten und Krieger der Regierung ihre Bezhalung lieber in Geldstücken als in Reissäcken heimtragen, haben sich um die Speicher herum Kaufleute angesiedelt, die Reis gegen eine Gebühr in Geld umtauschen. So geben die Reishändler ihren Kunden Vorschüsse und Kredite und verdienen gut an den Zinsen. Ein Grotßteil der Boote auf dem Weg nach Yoshiwara legt bereits am Kannon-Heiligtum am Nordrand der Stadt an. Der älteste buddhistische Tempelbezirk ist einer der größten in Edo – jener Stadt, in der die Menschen das ganze Jahr über zu Hunderten öffentlichen Tempel und Schreinen pilgern. Eine drei- und eine fünfstöckige Pagode flankiert das zentrale Heiligtum, in dem die Gläubigen im Dunst von Räucherstäbchen zu Kannon beten, einem buddhistischen Erleuchtungswesen. In der hinteren Ecke des Areals steht ein Shinto-Schrein, der dem Geist des Städtgründers Tokugawa Ieyasu gewidmet ist. Der Kannon-Tempel ist ein beliebtes Ausflugsziel für Familien. An Festtagen gleicht der Platz vor dem Niomon-Tor einem Jahrmarkt. Gelegentlich organisieren Priester Ringkämpfe, deren Eintrittsgelder zur Pflege der Tempelanlage genutzt werden. Die massigen Kämpfer, meist von einem Daimyo oder einem reichen Kaufmann finanziert, ringen in Arenen, die nur durch eine Reihe von Reisstroh-Säcken begrenzt sind (später wird aus solchen Wettbewerben der Sumo-Sport hervorgehen). Wen es nach Yoshiwara zieht, der hat jetzt noch gute anderthalb Kilometer vor sich. Das letzte Wegstück führt einen 100 Meter langen, mehrmals geschwungenen Pfad entlang, gesäumt von Teehäusern. Dann stehen die Besucher vor dem großen Tor von Yoshiwara, einem Hort der Verheißung, des Glanzes und der Lüste. Doppelt so viele männliche wie weibliche Einwohner leben in Edo, der Krieger- und Händlerstadt; etwa ein Viertel der Bevölkerung sind Junggesellen. Von Beginn der Stadtgründung an hat es hier daher Prostitution gegeben – und in ihrem Gefolge auch Verbrechen. Dann aber hat sich die Militärregierung mit den Bordellbesitzern geeinigt und ein offizielles Rotlichtviertel einrichten lassen: Yoshiwara. Rund 1700 Kurtisanen bieten hier ihre Dienste an, weit mehr als in den anderen beiden offiziellen Amüsierdistrikten von Osaka und Kyoto zusammen. Wer in Yoshiwara eine der hochklassigen Kurtisanen treffen möchte, muss ein Vermittlungshaus aufsuchen. In einem solchen ageya, das in seiner Pracht mit mancher Daimyo-Residenz zu konkurrieren vermag, wartet der Kunde, während ein Laufbusche mit einem versiegelten Brief zu einem der Kurtisanenhäuser in den Seitenstrassen geschickt wird. In der Zwischenzeit wird der Mann mit Sake und kleinen Speisen bewirtet. Geisha, männliche Alleinunterhalter, reißen Possen oder spielen auf der Shamisen romantische Weisen. Erst an Mitte des 18. Jahrhunderts gibt es die ersten weiblichen Geishas in Yoshiwara. Und noch einmal etwa 50 Jahre später werden sich die zunächst tanzenden, singenden und musizierenden Geishas zu kultivierten Prostituierten wandeln. Erscheint die Kurtisane endlich, lässt sie sich teilnahmslos auf einem Ehrenplatz in der Mitte des Raumes nieder, ohne

den Mann direkt anzuschauen. Wortlos nimmt sie einen kurzen Schluck aus einer Tasse mit Sake und überlässt sie daraufhin dem Freier, der ebenfalls daran nippt – eine vereinfachte Form des Hochzeitsrituals. Erst dann beginnt das Gespräch. Dreimal muss ein Kunde einer Kurtisane seine Aufwartung machen, bevor sie im oberen Stockwerk, dort wo die Bettkammern liegen, vertraulich wird. Zum guten Stil gehört es, Termine beiderseitig platzen zu lassen, um die Spannung zu erhöhen: Erst erklärt der Freier sich unter Entschuldigungen für unpässlich und zahlt eine Entschädigung. Dann legt die Kurtisane die neue Verabredung so, dass ein weiterer Herr zum gleichen Zeitpunkt auftaucht und der erste großzügig verzichtet. Stammgäste tauschen mit ihren Damen schriftliche Liebesbezeugungen aus, die mit Blut besiegelt werden. Die Männer sammeln sie wie Trophäen. Als letzter Beweis der Hingabe gilt es, einen Finger für den Kunden zu opfern. Bettler vermitteln Leichenteile, damit die Liebesdienerinnen den schmerzhaften Akt umgehen können – und den Mann zumindestens bis zum nächsten Besuch zufrieden stellen. Die Gefahr für einen Freier, sich zu blamieren, gar als yabo „Bauerntölpel“ bezeichnet zu werden, ist groß. Neulinge können Ratgeberbücher konsultieren, etwa „Shikido okagami“, den „Großen Spiegel der erotischen Wege“, der kaum etwas über Liebe, aber viel über die passende Frisur, das richtige Maß bei Trinkgeldern oder über die idealen Geschenke für eine Kurtisane verrät. Nicht selten beginnen die Vorbereitungen für den Besuch in Yoshiwara bereits ein halbes Jahr im Voraus. Denn es gibt viel zu tun: Ein repräsentables Schwert muss angeschafft werden – auch wohlhabende Kaufleute dürfen seit einiger Zeit eine kurze Klinge mit sich führen -, möglichst von einem namenhaften Schmied. Kleidung in der neuesten Mode wird in Auftrag gegeben und mithilfe kostbarer Räucherwaren parfümiert. Unerlässlich sind Instruktionen eines Experten, der den Unerfahrenen schließlich zur Dame seiner Wahl begleitet. Wie die übrige Gesellschaft, so ist auch das Rotlichtviertel von strenger Hierarchie geprägt. Es gibt fünf offizielle Klassen von Kurtisanen. Regelmäßig erscheinen Listen, welche die Frauen nach „Qualität“ und Preis klassifizieren. Der höchste Rang, der einer Prostituierten verliehen werden kann, ist der einer tayu. Die Tayu sind nicht nur im Liebesspiel versiert. Tatsächlich zählen gesellschaftliche und künstlerische Fähigkeiten fast mehr. Diese Kurtisanen können Laute oder Flöte spielen, sind vorzügliche Sängerinnen, beherrschen den schwierigen Ablauf der Teezeremonie, schreiben eigene Haiku-Verse in geschwungener Kalligrafie, sind Meisterinnen im Go oder Ballspiel. Eines der größten Spektakel in Yoshiwara ist die Parade einer Tayu auf dem Weg zum Vermittlungshaus, wo sie ihren Freier trifft. Sofort sammeln sich Schaulustige, um den anmutigen Figur-8-Gang zu bestaunen, bei dem die Frau ihre Füße bei jedem Schritt einen Halbkreis nach außen beschreiben lässt. Die Tayu geht selbst im kältesten Winter barfuß in ihren Holzsandalen; ihre Füße, die in den Augen der Männer als besonders sinnlich gelten, sind mit Schminke aus Bleipulver geweißt, die Nägel mit Blumenextrakt rätlich gefärbt. Auch das Gesicht hat jene Blässe, die ein Zeichen von Verfeinerung ist. Erzeugt wird sie allerdings nicht mehr wie früher durch eine Bleichpaste aus Reiskleie, Nachtigallenkot und dem Saft von Flaschenkürbissen, sondern ebenfalls durch weiße Schminke. Im Kontrast zur hellen Haut hat die Kurtisane ihre Zähne – wie es verheiratete Frauen tun – geschwärzt, mit einer Tinktur aus in Sake oxidierten Eisenspänen. Nie geht eine Tayu ohne Entourage. Stets wird sie begleitet von der yarite, einer matronenhaften Aufseherin, von der kamuro, ihrer Schülerin, von zwei shinzo genannten Jung-Kurtisanen und von mindestens einem männlichen Angestellten, der Bettzeug, Kleider sowie ihre lange, dünne Tabakpfeife samt Zubehör in einer großen Kiste auf dem Rücken schleppt. Bereits als Kind werden sie für eine feste Summe den Eltern abgekauft, meist armen Bauern, die sich eine glanzvolle Zukunft für ihre Tochter erhoffen. Im Alter von 14 Jahren beginnen die Mädchen ihre Arbeit. Mit 27 endet ihre aktive Zeit bereits; sie heiraten dann oder bleiben als Aufseherinnen in den Bordellen. Da sie ihr großes Gefolge selbst finanzieren müssen, sind sie zu dem permanent verschuldet. Und gefangen. Denn die Frauen dürfen Yoshiwara nur im äußersten Notfall verlassen. Ihre einzige Hoffnung ist, dass ein wohlhabender Kunde sie irgendwann freikauft.

Schon ein einziger Abend mit einer Tayu kostet ein Vermögen. Rechnet man die diversen Trinkgelder; unter anderem für den Vermittler und dessen Frau, die Gagen für die Unterhalter, die Anreise und die Ausgaben für Freunde hinzu, so muss der Kunde für einen Besuch mindestens zehn Ryo in Goldmünzen aufbringen (ein Tischler muss seine Familie ein ganzes Jahr von etwa 25 Ryo ernähren). Denn während die Finanzlage der Samurai und Daimyo in den Jahren zuvor immer schlechter geworden ist, tragen die Bürger ihre wachsenden Münzvorrat ins Freudenviertel. In Yoshiwara ist Geld und nicht Status das entscheidende Kriterium für Anerkennung: die konfuzianische Ordnung ist hier gleichsam außer Kraft gesetzt. Händler überbieten einander in offener Verschwendungssucht. Der schillernde Holzspekulant Kinokuniya Bunzaemon etwa hat – so erzählt man sich in der Stadt – mehr als einmal das gesamte Viertel gemietet, für 2300 Ryo pro Nacht. Nicht selten führen solche Abenteuer in den Ruin. Und manchmal ist die Ehefrau daheim gezwungen, eisern zu sparen, um die Besuche ihres Mannes im Freudenviertel finanzieren zu können, die sie still erdulden muss. Im 17. Jahrhundert nimmt die Kunst des Bücherverlegens mit Themen über das Leben von Kaufmännern und ihren Kurtisanen zu. Bürger beauftragen Künstler, ihre Häuser mit Wandschirmen und Bildrollen zu verschönern. Unter den Ladentischen werden pornografische shunga, „Frühlingsbildchen“, gehandelt. Weniger anstößige Holzdrucke mit Kurtisanen in ihren neuesten Kleidern dienen zur Inspiration: Eifrig ahmen die Bürgerfrauen Edos die glamouröse Mode und die Haartracht der Liebesdienerinnen nach. Das Freudenviertel wird zum Treffpunkt der Intellektuellen. Literatenzirkel versammeln sich regelmäßig in den Festräumen von gefeierten Kurtisanenhäusern wie dem „Großen Miura“. Dichter nutzten die kreative Atmosphäre der Teehäuser, um die allseits beliebte Form der senryu, der kurzen Spottgedichte, zu verfeinern. Kalligrafen und Maler begleiten reiche Lebemänner wie Kinokuniya Bunzaemon auf ihren Touren durch das Viertel. Einige der Bordellbesitzer gehören zu den bekanntesten japanischen Musikern und Komponisten ihrer Zeit. Sie erschaffen neue, überaus erfolgreiche Stile der Lauten-Musik, etwa das erzählerische katobushi. Neben den Samurai und Daimyo, den traditionellen Eliten, sind die Bürger zur zweiten Macht geworden. Als am 08. Juli 1853 dunkel geteerte US-Kriegsschiffe in der Bucht von Edo aufkreuzen, um die Öffnung des isolierten Inselreiches zu erzwingen, löst dies eine der größten Umwälzungen in der Geschichte Japans aus: Der regierende Militärherrscher muss die Staatsgeschäfte wieder dem Kaiser übertragen, der alte Kriegeradel wird entmachtet und das Land von Reformpolitikern auf einen beispiellosen Modernisierungskurs getrieben. Vor der großen Bucht von Edo kreuzt ein amerikanisches Geschwader auf: zwei Schaluppen und zwei dampfgetriebene Fregatten. Am Ufer bricht Panik aus über die bedrohlichen „schwarzen Schiffe“ am Horizont, die von außen dunkel geteert sind. Dampfschiffe haben die Japaner noch nie gesehen. Die Nachricht von ihrer Ankuft trifft die Millionenstadt Edo unvorbereitet. Viele Einwohner fliehen aus Angst vor einer „Invasion der Barbaren“. Tatsächlich kommen die vier Schiffe unter dem Befehl des amerikanischen Kommodore Matthew Calbraith Perry, um eine Art Ultimatum zu überbringen: Im Auftrag des US-Präsidenten soll Perry Japans Öffnung für den internationalen Handel erzwingen. Seit 1639 folgte der Inselstaat – zunächst aus Angst vor christlicher Missionierung, auch aus Furcht vor westlicher Fremdherrschaft – einer Politik des „geschlossenen Landes“. Später hat ein Edikt festgelegt, dass fremde Schiffe gewaltsam von den Küsten Japans zu vertreiben sind; nur einigen Chinesen und Niederländern ist es unter strengen Beschränkungen erlaubt, über Nagasaki Handel zu treiben. Inzwischen drängen praktisch alle seefahrenden Nationen Japan, die selbst gewählte Isolation aufzugeben und seine Häfen für ausländische Schiffe zu öffnen. Erste Vorstöße der Russen, Briten und Niederländer sind ins Leere gelaufen. 1846 scheiterte auch eine amrikanische Mission mit dem gleichen Ziel. Kommodore Perry aber gelingt es – nicht zuletzt dank der deutlich sichtbaren Kanonen an Bord seiner Schiffe -, den Beamten in Edo einen Brief des US-Präsidenten an den Kaiser zu übergeben. Dazu wird eigens ein Holzpavillion am Strand errichtet. 5000 japanische Soldaten nehmen Aufstellung, als Perry

mit seiner schwer bewaffneten Eskorte an Land geht. Das in blauenSamt gebundene Pergament enthält auch den Entwurf eines Freundschaftsvertrages. Nach Ablauf eines Jahres, so gibt man Perry zu verstehen, werde er eine Antwort erhalten. Was der Kommodore kaum ahnen kann: Seit Jahrhunderten herrscht nicht der Kaiser, sondern ein Shogun, ein Militärherrscher, über das Land. Formell ist der Shogun zwar nur ein Bevollmächtigter des Kaisers, de facto aber hat er die Macht eines Diktators. Um 1850 steht Japan unter der Herrschaft des Shoguns, der von Edo aus regiert. Der Kaiser lebt dagegen zurückgezogen am Hof in Kyoto, kontrolliert von einer Garnison des Machthabers. Seit 1603 ist der Titel des Shogun in der Familie Tokugawa erblich: dieses Geschlecht bestimmt von Edo aus die Geschicke Japans. Die Dynastie der Tokugawa – insgesamt 15 Shogune stellt dieses Herrschergeschlecht über einen Zeitraum von mehr als 250 Jahren – hat Japan von der Außenwelt abgeschlossen. Doch der fehlende Handel und zunehmende Misswirtschaft stürzen die Feudalgesellschaft in eine Krise. Unter dem Druck der USA und anderer westlicher Mächte schwächt die Autorität der Shogune entgültig. Der Kaiser hingegen ist von den Staatsgeschäften ausgeschlossen. Überwacht von Gefolgsleuten des Shoguns, lebt er eingeschlossen in seinem Palast im rund 350 Kilometer entfernten Kyoto, widmet sich Shinto-Zermonien, kalligrafischen und poetischen Exerzitien. Über politische Entscheidungen wir der Tenno wie das Volk erst nachträglich informiert. Die Außenwelt dringt kaum in die abgeschiedene Sphäre des Hofes vor. Umgekehrt wissen die meisten Japaner nicht einmal mehr, dass es überhaupt noch einen Kaiser gibt. Doch nach dem Besuch der „schwarzen Schiffe“ wird alles anders. Denn Shogun Tokugawa Ieyoshi ist vollkommen ratlos, wie er auf diese Demonstration mlitärischer Übermacht reagieren soll. Schließlich konsultiert er die mehr als 250 daimyo, die Feudalfürsten des Landes, und fordert seine Beamten auf, „jeglichen Gedanken frei zu äußern“ - allein dies ein unerhörtes, nie da gewesenes Zeichen von Schwäche und Unsicherheit. Kurz darauf stirbt der Shogun. Sein kränkelnder Nachfolger überlässt die Regierunggeschäfte dem Vorsitzenden des Ältestenrates. Der unterrichtet gegen alle Gewohnheit den Tenno über den Brief des US-Präsidenten. Kaiser Komei, der noch nie einen Ausländer gesehen hat, lässt angesichts der Bedrohung durch die Barbaren Gebete für den „Frieden“ anordnen; er ist – wie die Mehrheit der lokalen Fürsten – gegen die Öffnung des Landes. Doch da Japan den USA militärisch nicht gewachsen ist, stimmt der Ältestenrat Verhandlungen mit Perry zu. Und so unterzeichnen Unterhändler am 31. März 1854 einen Freundschaftsvertrag mit Washington: Ein Konsul der USA darf sich in der Stadt Shimoda niederlassen, und zwei Häfen werden für amerikanische Schiffe geöffnet, sodass sie dort Proviant und Kohle laden können. Bald folgen ähnliche Abkommen mit Großbritannien und Russland. Ein Handelsabkommen lehnen die Japaner allerdings strikt ab, weil sie „wenig Erfahrung mit dem Außenhandel haben und ihn daher nicht leichtfertig gestatten“ können, wie es in einem Bericht der Verhandlungskommission heißt. Auch innenpolitisch stehen die Shogune seit Langem unter Druck. Inflation und Misswirtschaft haben in den vorangegangenen Jahrzehnten zahlreiche Aufstände provoziert. Es ist wohl nicht zuletzt die anhaltend schlechte wirtschaftliche Lage, die eine wachsende Zahl von japanischen Politikern zu dem Schluss kommen lässt, dass der Warentausch mit westlichen Ländern doch von Vorteil sein könnte. Und so tagt das bakufu, die Regierung des Shoguns, schließlich doch mit den USA über ein Handelsabkommen. Aber die Gespräche finden nicht auf gleicher Augenhöhe statt: Der Vertragsentwurf sieht vor, dass Japan vier weitere Häfen für den Handel öffnen muss, den Zoll aber nicht bestimmen darf (weswegen Japan schon bald nach Vertragsabschluss von billigen westlichen Produkten überschwemmt wird). Zudem sollen den Äusländern exterritoriale Rechte eingeräumt werden, damit sie nicht der japanischen Gerihctsbarkeit unterliegen. Gegen dieses als Zumutung empfundene Abkommen formiert sich eine patriotische Front, die für die Beibehaltung der Abschließungspolitik kämpft. Die fest gefügten Machtverhältnisse Japans geraten in Bewegung. Als das Abkommen dennoch unterzeichnet wird und bald darauf ähnlich „ungleiche Verträge“ mit den Niederlanden,

Russland, Großbritannien und Preußen geschlossen werden, verliert die Tokugawa-Familie rapide an Autorität. Besonders die Fürsten in den „äußeren“ Provinzen, deren Leben weit vom Sitz des Shogunats entfernt liegen und daher traditionell nicht direkt dem Einfluss des regierenden Militärherrschers unterstehen, gewinnen an Selbstbewusstsein. Das zweitgrösste dieser Lehen ist Satsuma, eine Provinz auf der südlichen Insel Kyushu, etwa 20 Tagreisen von Edo entfernt. Hier wird Saigo Takamori, der spätere Anführer der Rebellion von 1877, am 23.Januar 1828 geboren. Fast jeder zweite der 600 000 Einwohner Satsumas gehört zur Kriegerkaste der Samurai, auch Saigo. Er ist ein Raufbold mit der Statur eines Sumo-Ringers; als Jugendlicher unterweist er eine Gruppe von Mitschülern im Kampfsport. Zu ihnen zählt auch der drei Jahre jüngere Okubo Toshimichi, sein späterer Widersacher, ebenfalls Abkömmling einer Samurai-Familie. Dieser liest schon als Knabe viel, beeindruckt durch scharfen Verstand und rhetorisches Talent, was dem impulsiven Saigo imponiert. Als Okubo 19 Jahre alt ist, wird sein Vater, ein reformorientierter Gardist, verbannt, weil er sich während einer Fehde um die Nachfolge seines Daimyos auf die Seite des zunächst unterlegenen Kandidaten Shimazu Nariakira gestellt hatte. Nun muss der Junge für die gesamte Familie aufkommen. Die Jahre der Abhängigkeit von Geldverleihern prägen seinen Charakter. Okubo wird ein kühler, misstrauischer, verschlossener Mensch. Sein Freund Saigo schlägt sich ebenfalls auf die Seite des Reformers Shimazu Nariakira, der nach blutigen Kämpfen 1851 doch noch zum Lehnsfürsten von Satsuma aufsteigt. Der neue Daimyo hat früh die technologische Überlegenheit des Westens erkannt. Als Perrys „schwarze Schiffe“ 1853 vor Edo auftauchen, zählt er zu denen, die auf Zeit spielen wollen: Japan solle sich das Wissen des Westens zunutze machen, die eigene Verteidigung stärken – und dann die Feinde wieder vertreiben. Shimazu fördert Saigo und setzt ihn schon bald für Geheimaufträge in Edo und Kyoto ein. Auch Okubo macht unter dem neuen Daimyo Karriere. Als der Fürst am 24.August 1858 überraschend stirbt, beschließt Saigo, seinem Herrn in den Tod zu folgen. Er stürzt sich mit einem befreundeten Priester in die Bucht von Kagoshima. Der Freund ertrinkt, Saigo wird rechtzeitig aus dem Wasser gezogen. Die neue Führung macht unter der Devise meiji - „erleuchtete Herrschaft“ - die sofortige Modernisierung des Landes zur obersten Aufgabe. Sie schickten Studenten in den Westen und holt ausländische Experten ins Land. Diese konstruieren bald Japans erste Eisenbahnen, Dampfschiffe und Signalanlagen. Die beiden Samurai Saigo und Okubo sind entschiedene Gegner der Shogun-Dynastie. Sie setzen auf eine Restauration des Kaisertums. Die Freunde zählen zu einer Bewegung gebildeter Männer meist aus den von Edo weitgehend unabhängigen Provinzen im Südwesten Japans, die militärisch geschult sind und für die der Kaiser zu einer Integrationsfigur geworden ist. Sie fordern eine Erstarkung des Landes und die Vertreibung der westlichen „Barbaren“. Schüren eine fremdenfeindliche Stimmung, die immer wieder zu Attentaten auf ausländische Händler und Diplomaten führt – mit verheerenden Auswirkungen. So ermorden Samurai aus Satsuma im Sommer 1862 einen britischen Kaufmann – woraufhin London Kriegsschiffe schickt, welche die Provinzhauptstadt Kagoshima bombardieren und zur Hälfte in Schutt und Asche legen. Daraufhin begreifen auch die schärfsten Gegner der Öffnungspolitik, dass die Europäer den Japanern militärisch weit überlegen sind. Selbst streng Konservative befürworten nun Handelsbeziehungen mit dem Westen: vor allem, um aufzurüsten. Okubo hat bereits Geheimgespräche mit den Briten geführt – die nach der Zusage, die Mörder des Kaufmanns würden bestraft, bereits sind, Waffen an Satsuma zu liefern. Gemeinsam mit Saigo, inzwischen Kriegsminister von Satsuma, schmiedet Okubo 1866 ein Bündnis mit Choshu. Ihr Ziel: der Sturz des Tokugawa-Shogunats und die Wiedereinsetzung des Kaisers. Innerhalb kurzer Zeit sind die Truppen der beiden „äußeren“ Lehen dank britischer Waffenlieferungen besser gerüstet als die Kämpfer des Shogunats. Es kommt zu einer Strafexpedition der Tokugawa. Als die scheitert, ist die Regierung in Edo am Ende. Shogun Tokugawa Yoshinobu versucht um 1867 ein letztes Mal, die Macht seiner Familie zu sichern. Aber inzwischen sind Reformkräfte innerhalb Japans strak geworden. Am 9.November 1867

gibt der Shogun die Macht zurück an den Kaiser, beansprucht aber für sich das neu zu schaffende Amt des Premierministers. Das ist für die radikalen Gegner der Tokugawa unannehmbar: Sie befreien den Tenno am 3.Januar 1868 mit Streitkräften aus Satsuma, Choshu und anderen Provinzen aus dessen Gefangenschaft in Kyoto. Doch der neue Kaiser Mutsuhito, ein Knabe von erst 16 Jahren (sein Vater Komei ist am 30.Januar 1867 gestorben), ist in keiner Weise auf seine neue Aufgabe vorbereitet. Der Kaiserhof hatte während der Herrschaft der Shogune seine eigene Zeit, fernab der Gegenwart. Auf deren Geheiß durfte der Tenno das Tausend Quadratmeter große Areal um seine Tempel und Wohngebäude mitten im Zentrum Kyotos nicht verlassen. Das Zeremoniell bestimmte das Leben des Jungen Mutsuhito, begleitete ihn auf dem Weg zu erwachsenen Thronfolger. In einem aufwendigen Ritual wurde beispielweise jener Tag begangen, an dem der dreieinhalbjährige Prinz erstmals farbige statt ausschließlich weißer Kleidung tragen durfte. Sonst glich ein Tag dem anderen, und nur die ängstlich beobachteten Sonnen- und Mondfinsternissen sorgten für Unruhe unter den abergläubischen Höflingen. Vom Lärm der Stadt, des Landes, der Welt drang nur wenig in den Kaiserpalast, in dem ein Pavillion unter anderem dazu genutzt wurde, dem Geräusch fallendem Schnees zu lauschen. Als Kaiser Komei starb, durfte Mutsuhito den Sarg seines Vaters nur bis an die Tore des Palastes begleiten. Für ein Jahr wurden sämtliche Feste und das Tragen kostbarer Kleidung untersagt. Zwei Tage nach dem Begräbnis Komeis zog der Kaisersohn in die „Halle der Trauer“ ein und betete dort für die Ruhe des Verstorbenen. Nach zwei Wochen legte der Knabe seine Trauerkleidung ab, unterzog sich einem Reinigungsritual und kehrte in die Hauptpalast zurück. Am nächsten Morgen erwiesen die Hofbeamten dem neuen Kaiser ihre Referenz. Ein Jahr darauf kam es zum Sturz des Shogunats. Anfang 1868 übernehmen die Untestützer von Mutsuhito die Macht und rufen die Herrschaft Kaiser Mutsuhito (später „Meiji“ genannt) aus. Er soll ihrer Politik die nötige Legitimation verleihen. Nun beginnt jene Ära, die Mutsuhitos Zeitgenossen meiji nennen; der Name geht nach dem Tod Mutsuhitos 1912 auf den Monarchen selbst über. Die Meiji-Restauration wird am 3.Januar 1868 offiziell: Der Tenno rückt an die Spitze des Reiches. Die Erlasse und Proklamationen, die in Meijis Namen verkündet werden, formulieren jedoch andere: Die Macht im Reich liegt in der Hand des dajokan – des „Großen Staatsrates“, der schon von 702 bis etwa 1185 die Politik mitbestimmt hatte. Dieses Gremium wird von Abgesandten aus den vier „äußeren“ Lehen Satsuma, Choshu, Tosa und Hizen dominiert. Diese Männer, und nicht der Jüngling Meiji, lenken die Geschicke Japans – auch Okubo und Saigo gehören dazu. Aber der Tenno ist es, der dem Umsturz Legitimation verleiht. Und das altehrwürdige Kaisertum ist auch unverzichtbar, um das ganz Neue zu stützen: die Reformpolitik der Meiji-Ära. Seit Jahrhunderten hat – abgesehen vom Hofstaat in Kyoto, den Shogunen und einigen Daimyo – kein Japaner den Kaiser mehr zu Gesicht bekommen. Für den 23.März 1868 bittet Meiji nun die Gesandten der ausländischen Vertragspartner zur Audienz in seinen Palast. Für zwei Uhr nachmittags sind zuerst die Diplomaten Frankreichs und der Niederlande bestellt. Meiji erscheint in einer einfachen Robe und mit dem kaiserlichen Schwert und Juwel: den Insignien seiner Herrschaft. Er nimmt hinter einem Wandschirm Platz, sodass er für die Besucher unsichtbar bleibt. Der Vize – Außenminister führt den Franzosen in die Nähe des Kaisers. Meijis Stimme wird vernehmbar, er verleiht der Hoffnung auf „herzliche und dauerhafte“ Beziehungen zwischen den beiden Ländern Ausdruck. Ähnlich Formelhaftes hört der niederländische Gesandte. Unterdessen hat sich der britische Botschafter Sir Henriy Parkes von seinem Quartier im Palastgelände auf den Weg gemacht. Er wird von zahlreichen japanischen und englischen Gardisten eskortiert. Plötzlich stürmen zwei Männer mit Schwertern heran. Neun Briten werden verwundet, dann erst gelingt es einem japanischen Gardisten, einen der beiden Angreifer zu enthaupten und den anderen zu überwältigen. Die beiden Attentäter sind Samurai, welche die Audienz beim Tenno in letzter Minute vereiteln wollten. Ihr Motiv: Sie befürchteten, die Fremden könnten das Anlitz des Tenno sehen – eine unverzeichliche Entweihung der kaiserlichen Majestät. Nach diesem Geständnis wird der

überlebende Angreifer geköpft. Und wenig später darf Sir Henry Parkes, der bei dem Überfall unverletzt geblieben ist, zusammen mit seinem Dolmetscher den Kaiser als erster Europäer tatsächlich mit eigenen Augen sehen. Die Audienz ist eine symbolische Geste für die Annäherung Meijis an den Westen. Der groß gewachsene Kaiser ist in ein weißes Oberkleid gehüllt und trägt eine weite, wattierte Hose aus purpurfarbener Seide. Die Haare über seinem weiß geschminkten Gesicht sind zu einer Art Federbusch geformt. Die abrasierten Augenbrauen sind etwas erhöht nachgezogen, die Wangen mit Rouge gefärbt, die Lippen rot und gold bemalt, die Zähne geschwärzt. Der japanische Kaiser ist aus seiner Unsichtbarkeit hervorgetreten. Kurz darauf schwört der Herrscher vor Hunderten von Hofadligen und Feudalfürsten einen Eid auf eine Grundsatz – Charta. So sollen künftig „Kenntnisse“ in „allen Teilen der Welt gesammelt werden“ - die Öffnungspolitik des Kaisers ist nun offizielles Programm. Es ist Okubo Toshimichi, der Meiji drängt, nicht mehr vom abgelegenen Palast in Kyoto, sondern von der Millionenmetropole Ed aus zu regieren. Zehn Monate nach Beginn der Meiji-Restauration bricht der Kaiser mit einem Tross von 3300 Mann in einer Tragesänfte zu seinem ersten Besuch in Tokyo auf – im September 1868 ist Edo auf diesen neuen Namen getauft worden, der „östliche Hauptstadt“ bedeutet. Als der Tross nach drei Wochen Tokyo erreicht, dränge sich Zehntausende auf den Strassen. Viele werden von Tränen übermannt, weil sie den Tenno leibhaftig sehen dürfen. Meiji bezieht die alte Burg der Shogune und nimmt fortan an den Sitzungen des obersten Regierungsgremiums teil. Nun trägt er eine Uniform nach westlichem Zuschnitt, mit goldenen Schnüren und Epauletten. Längst ist der Kaiser auch verheiratet, schläft aber mit zahlreichen Frauen des Hofstaates, denn die Zeugung eines männlichen Nachkommens ist für ihn vaterländische Pflicht. Insgesamt wird Meiji Vater von 15 Kindern sein. Auf den Kabinettsitzungen schweigt der Tenno gewöhnlich und folgt fast immer dem Rat seiner Minister; bis heute ist unklar, ob er jemals eine wichtige politische Entscheidung selbst beeinflusst oder die ihm genehmen Entwicklungen einfach nur zugelassen hat. Der starke Mann im Kabinett ist Okubo, er wird zum Architekten des neuen Japan. Zu seinen wichtigsten Zielen gehört es, die alte Feudalgesellschaft in einen modernen Zentralstaat zu verwandeln. Noch im Jahr 1869 übertragen die Daimyos ihre Lehen in einem formalen Akt wieder auf den Kaiser. Das alte Vierständesystem, das nach Samurai, Bauern, Handwerker und Kaufleuten unterschied, wird abgeschafft (der Adelsstand bleibt freilich weiterhin bestehen). Entschlossen treibt die Zentralregierung den Aufbau der Infrastruktur voran. 1869 / 70 entseht die erste öffentliche Telegrafenverbindung des Landes, bald fährt die erste Eisenbahn zwischen Tokyo und Yokohama. Zum ersten Januar 1873 wird in Japan der Gregorianische Kalender eingeführt. Nicht nur symbolisch beginnt damit eine neue, eine westliche Zeitrechnung. Die Regierung in Tokyo lässt europäische Bücher übersetzten, holt ausländische Experten ins Land – und begibt sich sogar auf Bildungsurlaub. Ab 1871 bereist eine Delegation aus Regierungsmitgliedern für 20 Monate die westliche Welt – ein einzigartiges Fortbildungsprojekt. Zu der Delegation zählen neben vier Ministern rund 50 hohe Regierugsbeamte und ebenso viele Studenten. Die Teilnehmer sollen das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem des Westens studieren; sie bereisen die USA und machen Station in Rom, Wien, Berlin, Sankt Petersburg, Stockholm, Kopenhagen, Paris und Bern. In Großbritannien werden Werften, Baumwollspinnereien, Eisengießereien und Brauereien besichtigt. Um die Richtung der Reformen entbrennen jedoch immer wieder hitzige Debatten im Kabinett, etwa über die Außenpolitik oder die Abschaffung von Privilegien der adligen Samurai. Am Ende behaupten sich die kompromisslosen Modernisierer. Auch Okubo Toshimichi, nun Finanzminister, lässt sich vom Fortschrittsoptimisten der Epoche anstecken. Er ist begeistert von den Errungenschaften des Westens und entschließt sich, seine Söhne auf ausländische Schulen zu schicken. Äußerlich tritt der einstige Samurai längst wie ein Westler auf, trägt einen viktorianischen Backenbart, hat das Haar gescheitelt und kleidet sich besonders elegant. Stets eingehüllt in den Rauch seiner Zigarette, gibt er sich reserviert und formell. In Deutschland wird die Delegation von Reichskanzler Otto von Bismarck

empfangen. Der rät seinen Gästen, ihren Staat auf eigene Stärke zu gründen und nicht auf Bündnisse mit England oder Frankreich. Am Ende der Reise sind die japanischen Politiker zuversichtlich, dass der technologische Vorsprung des Westens – den sie auf wenige Jahrzehnte schätzen – nicht uneinholbar ist. Einer der Minister, die Japan nicht verlassen, ist Saigo Takamori. Er gehört zu einem geschäftsführenden Kabinett, das in Tokyo während der Auslandsreise des Premiers regiert und die strikte Anordnung hat, den politischen Kurs nicht zu ändern. Doch seit Längerem schon entfremdet sich der ehemalige Samurai von seinen reformwilligen Ministerkollegen. Saigo ist stets Krieger geblieben. Im Grunde verachtet er die betriebssamen Karrieristen in Tokyo. Überhaupt misstraut er dem Leben in der Stadt, dem Lärm der Verkehrsstrassen und vermisst die Stille des Landes. Fühlt sich den einfachen Bauern näher als aufstrebenden Fabrikanten und eifrigen Beamten. Er trägt auch in Tokyo einfache Landkluft aus bunter Baumwolle. Selbst den Kaiserpalast besucht er in Sandalen oder Holzschuhen. Wie Okubo will er ein starkes Japan, doch die neue Politik der Meiji-Regierung – und damit die seines Freundes – gefällt ihm nicht. Er sieht, wie mit der Zerschlagung des Stände- und Lehenswesens eine ganze Lebenswelt untergeht: seine Welt. Denn er fühlt sich tief verwurzelt im alten Feudalsystem, das sich in seinen Augen noch auf persönliche Loyalität stützt und nicht auf administrative Beziehungen. Besonders entwürdigend findet er die Behandlung der Samurai, die bis vor Kurzem noch alle öffentlichen Ämter besetzt haben, jetzt aber häufig in bitterer Armut leben. Dabei ist Saigo kein Illusionist, er weiß sehr gut, dass Japan gar nicht anders kann, als Wissen aus dem Ausland zu importieren, wenn es den Vorsprung des Westens einholen und sich unter den Großmächten behaupten will. Während die Reformer den Globus umrunden, versucht Saigo 1872 eine außenpolitische Krise zu nutzen, um die Schlagkraft der Samurai zu beweisen. Der Anlass ist nichtig: Das Königreich Korea, das Handelsbeziehungen mit Japan ablehnt, hat der Tokyoter Regierung in einem Dokument die korrekte Anredeform versagt. Saigo wittert eine Gelegenheit zum Kampf – eine Invasion Koreas wäre eine ideale Bewährungsprobe für die Krieger. Es fehlt nur noch ein überzeugender Grund. Und so bietet er an, als Sondergesandter nach Korea zu reisen. Er ist davon überzeugt, auf dieser Mission getötet zu werden. Dann endlich könnte Japan losschlagen. Doch die eilig aus dem Ausland zurückbeorderte Regierung lehnt eine Invasion Koreas ab – zumindestens zum jetzigen Zeitpunkt. Besonders Okubo hält die innere Erneuerung Japans für vordringlich. Geschickt vereitelt er die vom Kaiser bereits genehmigte Sondermission Saigos. Das ist der endgültige Bruch zwischen den einstigen Weggefährten. Zehn Tage später, am 24.Oktober 1872, legt Saigo seine Ämter nieder und zieht sich nach Kagoshima zurück. Dort führt er das Leben eines Landadligen; er arbeitet auf den Feldern, wandert, begleitet nur von seinen Hunden, fertigt Strohsandalen und schreibt Verse. 1874 gründet er in Satsuma mehrere Ausbildungsinstitute für junge Krieger und zieht 30 000 Schüler an, allein in Kagoshima sind es 7 000. Die Schulen sind Sammelbecken der Entäuschten, ein Hort der Restauration in der Restauration. Denn viele Samurai empfinden den Verlust ihrer Privilegien als demütigend. Bereits Anfang 1869 ist es zu kleineren Revolten von Kriegern gekommen, die um ihre Existenz fürchteten. Anstelle der Daimyo bezahlt inzwischen der Staat die traditionellen Samurai, mit denen deren Dienste vergolten werden. Die Unterhaltszahlungen machen anfangs ein Viertel aller Staatsausgaben aus und ziehen dringend benötigtes Kapital von der Modernisierung ab. Daher betreibt die Zentralregierung die Abschaffung der Stipendien. Die Krieger sollen Unternehmer werden oder jenes Land bewirtschaften, das man ihnen eigens zuteilt. Als 1873 die allgemeine Wehrpflicht eingeführt wird, verlieren die Krieger weiter an Ansehen. Bauern, Kaufleute und Handwerker müssen sich nun zu Soldaten ausbilden lassen – die Samurai sind bedeutungslos geworden. Schließlich werden sie auch noch symbolisch entmannt: Am 28. März 1876 verbietet die Zentralregierung, fortan Zöpfe und vor allem Schwerter zu tragen – die sichtbaren Insignien ihrer Sonderstellung. In Saigos Heimat Satsuma ignoriert man die Erlasse und Anordnungen aus Tokyo, dort hat sich längst ein Staat im Staate gebildet. Am 29.

Januar 1877 lässt die Regierung überstürzt ein Waffendepot räumen, damit es nicht Saigos Samurai-Schülern in die Hände fällt. Es gibt erste Kämpfe und mehrere Tote. Okubo, inzwischen Innenminister und Chef des Polizeiapparates, hat auf den einstigen Freund Spitzel angesetzt. Sie werden entlarvt und gestehen angeblich, dass sie Satsumas Volkshelden ermorden sollten. Allein diese Nachricht genügt, um Saigos Anhänger zum Aufstand zu mobilisieren. So wird der ehemailige Minister zur Symbolfigur einer Rebellion, die er nicht bewusst angezettelt hat – die ihm aber durchaus willkommen ist. Vielen geht der Bruch der Erneuerer mit der Vergangenheit zu weit. Eine große Zahl Unzufriedener, vor allem Samurais, sammelte sich zum Aufstand – unter der Führung von Saigo Takamori. Deshalb rüsten die Anhänger der traditionellen Ordnung noch einmal zur Rebellion. Am 14. Februar 1877 zieht Saigo an der Spitze von 23 000 Kriegern im Schneegestöber aus Kagoshima los. Unterwegs strömen Tausende Anhänger zu, am Ende befehligt er eine Truppe von 30 000 Rebellen, welche die Regierung in Tokyo „zur Rede stellen“ wollen. Doch die Bewegung hat kein klares Programm, kein Manifest. Es ist der Zug der Unzufriedenen, der sich da auf den Weg gemacht hat. Sie streiten für alte Privilegien und gegen unliebsame Gesetze. Eigentlich aber ziehen die Samurai in den Krieg, um jahrhundertealte Werte und Traditionen einer feudalen Welt zu verteidigen, die im neune Japan keinen Platz mehr haben. Saigos Männer sind keineswegs nur mit Samurai – Schwertern bewaffnet, die Rebellen besitzen auch Gewehre und Karabiner, sogar einige Kanonen und Mörser. Doch sie sind eine zusammengewürfelte Truppe ohne organisierten Nachschub und ausreichend Geld. Fünf Tage später ruft Tokyo zum Krieg gegen Saigos Männer auf. Die Armee verfügt über die 14fache Menge an Munition, dazu über Eisenbahnzüge, Dampfschiffe, Telegrafenverbindungen und das gesamte Arsenal des modernen Krieges: schwere Geschütze, Land- und Seeminen sowie Sprengsätze, die aus Ballons abgeworfen werden können. Anfangs mobilisiert Okubo 40 000 Soldaten, später sogar 60 000. Schon die erste Aktion der Rebellen scheitert. Trotz tagelangen Dauerfeuers können sie die strategisch wichtige Festung Kumamoto in Kyushu nicht einnehmen. Als dem dort stationierten 4 000 Mann starken Garnisionsheer 10 000 Regierungsoldaten zu Hilfe kommen, werden die Rebellen in verlustreiche Kämpfe verwickelt. Mehrere Monate lang treibt das Heer sie durch die Provinz Satsuma vor sich her. Schließlich flüchtet sich Saigo mit den letzten 300 Männern nach Kagoshima – zum Ausgangspunkt des Marsches. Mondhell ist die Nacht zum 24.September 1877, aussichtslos die Lage der Rebellen auf dem Hügel. 30 000 Regierungssoldaten umzingeln die Aufständischen, die sich vor den Toren Kagoshimas im Südwesten Japans verschanzt haben und deren Vorräte an Nahrung und Munition fast erschöpft sind. Dennoch ist die Stimmung ausgelassen unter den rund 300 eingeschlossenen Samurai: Die Krieger sind und tanzen, sie trinken Sake und tauschen selbst verfasste Gedichte über Ehre und Tod. Dann graut der Morgen. Monate voller Kämpfe, Märsche und Entbehrungen werden bald ein Ende finden. Um kurz vor vier bekommen die Regierungstruppen das Signal zum Angriff. Als seine Samurai wenige Stunden später, nur noch 40 Mann zählten, gibt Saigo Takamori das Zeichen zum Abstieg vom Hügel. Saigo Takamori war kaiserlicher Minister und der Befehlshaber ebenjener Regierungsarmee, die nun gegen ihn zu Felde zieht. Doch jetzt lenkt Okubo Toshimichi den Militärapparat, ein früherer Jugendfreund und Wegbegleiter, der Saigos Todfeind geworden ist. Schüsse verletzen die Samurai bei ihrem Abstieg ins Tal. Saigo wird auch verletzt und muss getragen werden. Nach einer Pause, entschließt er sich zum seppuku, zur rituellen Selbsttötung. Noch am Morgen der Niederlage werden die letzten Aufständischen gefangen genommen oder getötet. Die Rebellion der Samurai gegen die Regierung ist endgültig fehlgeschlagen. Und Saigo Takamori hat das ruhmvolle Scheitern gefunden, das er seit langem suchte. Es war ein ungleicher Kampf von Anfang an, ein Aufstand der Vergangenheit gegen die Gegenwart, der Tradition gegen die Moderne, ein Krieg des alten Japan gegen das neue. Es war die Erhebung einer feudalen Welt gegen einen technokratischen Zentralstaat, eine ohnmächtige Revolte von in alten Bünden verhafteten

Kriegern gegen einen von Beamten bestimmten Regierungsapparat. Mit der Niederwerfung des Samurai – Ausftandes von 1877 schaltet die Regierung in Tokyo die letzten Gegner ihrer Politik der Erneuerung aus. Japans Weg in die Moderne ist nun frei – ein Weg, der noch zwei Jahrzehnte zuvor fast undenkbar gewesen wäre. Saigos Tod sichert dem tragischen Heros ein posthumes Weiterleben als mythsiche Figur. Zu dem sofort einsetzenden Kult zählt auch die Legende, er habe ins Ausland flüchten können und werde eines Tages zur Errettung des Götterlandes wiederkehren. Mit der Niederlage der Samurai hat Japans Gegenwart endgültig über die Vergangenheit triumphiert, der verzweifelte Wagemut der japanischen Kriegerkaste war der modernen Wehrpflichtigenarmee nicht gewachsen. Okubo hat auf ganzer Linie obsiegt – Als Politiker und als Typus. Auf ihn konzentriert sich nun der Hass jener Samurai, die Saigo rächen und die in ihren Augen korrupte Regierung strafen wollen. Am 14.Mai 1878, knapp acht Monate nach Saigos Tod, bricht Okubo um acht Uhr morgens in seiner Kutsche zum Kaiserpalast auf. Der Innenminister ist in seine Akten vertieft, als plötzlich sechs Männer mit gezückten Schwertern hinter einer Hausecke hervorstürmen. Gewöhnlich ist in seiner Kutsche eine Pistole deponiert, doch an diesem Tag ist die Waffe nach dem Reinigen des Wagens aus Versehen nicht zurückgelegt worden. Zwei der Angreifer schlagen auf die Beine der Pferde ein, während die anderen einen der beiden Kutscher töten. Die Männer gehen so zielsicher und schnell vor, dass Okubo keine Gelegenheit zur Flucht hat. Als er die Kutsche verlassen will, versetzt ihm einer der Attentäter mit dem Dolch eine klaffende Wunde ins Gesicht. Dann zerrt er ihn aus der Kutsche und ersticht ihn. Anschließend stellen sich die Mörder der Polizei. Okubo erhält ein Staatsbegräbnis. IN ganz Japan werden die Flaggen auf Halbmast gesetzt, Kriegsschiffe schießen Salut. Die sechs Attentäter werden zum Tode verurteilt und hingerichtet. Am 11. Februar 1889 verkündet der Kaiser eine neue Verfassung. Sie ist unter Mithilfe deutscher Juristen entstanden und stark am Vorbild Preußens orientiert. Ein allgemeines Wahlrecht – für Männer – wird es erst 36 Jahre später geben. Nachdem die inneren Unruhen niedergeschlagen sind, setzten japanische Politiker auf Expansion: 1894/95 besiegt ihre innerhalb weniger Jahre technisch auf den höchsten Standard gebrachte Armee China im Kampf um Korea. Westliche Kriegsbeobachter müssen anerkennen, dass Japan in die Liga der Großmächte aufgestiegen ist. Japan bleibt bis ins 20. Jahrhundert hinein ein Agrarland, aber Industrialisierung und Modernisierung werden mit erhöhtem Tempo vorangetrieben. Bereits 1877 sind mehr als 4500 Kilometer an Telepgraphenleitungen gespannt. Gezielt wird eine Textilindustrie aufgebaut, die Errichtung von Werften ebenso wie die Schwerindustrie vom Staat subventioniert; der Bergbau folgt bald europäischen Standards. Bereits 1872 hat die Regierung eine 16-monatige Schulpflicht eingeführt. Zehntausende von Grundschulen werden im Land errichtet. Gleichzeitig bildet der Staat Seeleute für eine Handelsmarine aus. Die Armee erhält moderne Gewehre und Artilleriegeschütze. Eine Militärakademie nach westlichem Vorbild wird gegründet und 1883 die Wehrpflicht verlängert. Japan hat jetzt ein stehendes Heer von 73000 Mann. Der deutsche Arzt Erwin Bälz wird 1876 für die Ausbildung von Medizinern ins Land geholt. Zu dieser Zeit arbeiten etwa 600 ausländische Berater in Japan – gegen Ende des Jahrhunderts werden es mehr als 3000 sein. Deutsche helfen bei der Gründung von Universitäten und der Schaffung eines modernen Polizeiapparats, Briten beim Aufbau des Post- und Eisenbahnsystems. Die Marine orientiert sich ebenfalls an dem Vorbild Englands, das japanische Heer an dem Preußens. Der Wandel wird auf der Straße sichtbar. Immer mehr Japaner kleiden sich nach europäischen Vorbild, tragen westliche Regenschirme und Uhren. In Tokyo wird das im Stil der französischen Renaissance errichtete Rokumeikan-Gebäude eröffnet, ein Treffpunkt für Japans Elite sowie ausländischen Diplomaten und Händler. Die Speisekarte ist auf Französisch abgefasst, man trägt Abendkleidung aus London und übt sich im Standardtanz. Kaiser Meiji wächst mehr und mehr in die Rolle des Monarchen hinein. Er verkörpert die Reformbewegung, sein Bild hängt in jedem Haus, Schulkinder zitieren seine Gedichte. Armee und Flotte unterstehen formell seinem Befehl, der Kaiser wohnt Manövern und den Abschlussfeiern der Offiziersanwärter

bei. Die Japaner importieren nicht nur technisches Wissen aus dem Westen, sondern auch philosophische Ideen – wenngleich Begriffe wie Freiheit anfangs kaum in den asiatischen Kontext übertragbar scheinen. Studenten, die aus dem Ausland zurückkehren, wissen indes sehr genau um die Bedeutung des Wortes. Bereits um das Jahr 1874 gründet sich in Japan eine Bürgerrechtsbewegung, der Ruf nach einer Volksvertretung wird immer lauter. Ein Verfassung verspricht der Kaiser für 1890. Der deutsche Staatsrechtler Hermann Rösler ist einer der Autoren des Entwurfes. Aus Sicht des noch immer mächtigen Adels soll das Regelwerk vor allem dazu dienen, republikanische Ideen einzudämmen und die Ausnahmestellung des Kaisers festzuschreiben. Man folgt schließlich in vielem der preußischen Vorlage – zugeschnitten auf ein Preußen Ostasiens, das bald ebenso wie das Deutsche Kaiserreich nach seinem Anteil an der Welt greifen wird. Die neue Verfassung wird dem Volk schließlich am 11. Februar 1889 vom Tenno „geschenkt". Das Oberhaus, die Adelskammer, existiert da bereits seit fünf Jahren. Auch ist ein Geheimer Staatsrat zur Beratung des Kaisers eingesetzt worden. Die Befungnisse des noch fehlenden Unterhauses, der eigentlichen Volksvertretung werden durch die neue Verfassung stark eingeschränkt: Es darf die Maßnahmen der Regierung lediglich „diskutieren". Im Juli 1890 kommt es zu den ersten Wahlen. Wahlberechtigt sind nur Männer, die jährlich mindestens 15 Yen Steuern zahlen – so wohlhabend ist nur 1% der japanischen Bevölkerung. Bei aller Modernisierung, bei aller Begeisterung für den Westen soll die japanische Identität bewahrt werden. Deshalb ist die Aufrüstung und Stärkung des Militärs von Beginn an eines der Hauptziele der „Meiji – Restauration", um nicht unter europäische Fremdherrschaft zu geraten. Und als Japan gerüstet ist, schickt es sich an, Asien zu unterwerfen. 1894 besetzen japanische Truppen die koreanische Halbinsel und besiegen dort den Rivalen China, der ebenfalls nach Vorherrschaft strebt. Korea wird zum Vasallenstaat, Japan verschafft sich als expandierende Militärmacht internationalen Respekt. Nach 1899 gelingt es Tokyo Zug um Zug, die „ungleichen Verträge" mit dem Westen zu revidieren. Im Russisch-Japanischen Krieg, in dem Japan die Truppen des Zaren aus der Mandschurei vertreibt, besiegt das Inselreich 1905 erstmals eine der alten Großmächte. Wovon die Reformer 1868 wohl nur zu träumen gewagt haben, ist eingetreten: Innerhalb weniger Jahrzehnte hat sich Japan eine Hauptrolle auf der Bühne der Weltpolitik erarbeitet. Der Kaiser, der in den 45 Jahren seiner Herrschaft den Aufstieg Japans von einem erstarrten, abgeschotteten Feudalstaat zu einer modernen Imperialmacht miterlebt und wohl auch mitgestaltet hat, stirbt am Morgen des 30.Juli 1912 an Herzversagen. Der Jüngling Mutsuhito, der einst als unwissender 16-jähriger die Mauern des Kaiserpalastes in einer Tragesänfte verließ, ist am Ende zur Symbolfigur für eine vom Erfolg verwöhnte Weltmacht geworden: posthum zu Meiji-Tenno erhoben, als Gott verehrt, begraben im Süden der alten Kaiserstadt Kyoto.

Ergänzung: Über das Leben in Japan

Kunst

Vulkan, Wind und Wellen formen die japanische Inselwelt. Die Naturgewalten wie auch das Wechselspiel der Jahreszeiten prägen die Menschen, finden Eingang in Religion und künstlerisches Schaffen. Verschmolzen mit Einflüssen vom asiatischen Festland, entwickelt sich so eine einzigartige Ästhetik, in der alles Bedeutung hat, alles Symbol ist. Zu früher Blüte geraden die Künste am Hof des Kaisers. Doch als dieser Ende des 12.Jahrhunderts die Macht an die Shogune abtritt, sind es vor allem diese Militärherrscher und andere hochrangige Samurai, die sie fördern und beeinflussen. Das Werden und Vergehen der Natur beherrscht die japanische Landschaftsmalerei. Kano Shoei (1519 – 1592) ist ein Ältester der Kano – Malschule und steht selbst im Dienst der Shogune aus dem kunstsinnigen Samurai-Geschlecht der Ashikaga. Zahlreich sind die Einflüsse Chinas und Koreas. Einwanderer und Reisende bringen von dort die Schrift, den Konfuzianismus und Buddhismus sowie auch die

Tuschemalerei nach Japan. Ike Taiga (1723 – 1776) ist einer der berühmtesten Gelehrtenmaler des Inselreichs. Er feiert mit seinen Bildern in mutigen, kräftigen Farben und Flächen die reiche Natur Japans, deren Berge, Wasserfälle und Wälder als Wohnsitze der kami, der Gottheiten der altjapanischen Relegion des Shinto im Kongo-ji-Tempel in Osaka. In wenigen Tuschestrichen entwirft der Zen-Mönch Sesshu (1420 – 1506), zeitweise ein Protege des Samurai – Geschlechts der Ouchi und einer der größten Meister seiner Epoche, die Szenerie – und übersetzt so die Prinzipien des zen, der wahrhaften „Versenkung“ zur Erlangung höchster Erleuchtung, in die Malerei. Markante Gegensatzpaare wie die von prunkvoller Repräsentation und schlichter Erhabenheit, von Realismus und Abstraktion verleihen der alle Lebensbereiche des feudalen Japans umfasende Ästhetik zustätzlichen Reiz. Der Maler Kishi Ganku (1749 – 1838) entwickelt einen ganz eigenen naturalistischen Stil und begründet sogar eine eigene Malschule. Es gibt im Kunstschaffen des feudalen Japans keinen Unterschied zwischen Statuen, Malerei, Rüstungen, Möbeln oder Kleidung, alles hat den gleichen ästhetischen Wert, selbst das Anrichten von Speisen und Getränken. Variantenreich nähern sich die Maler, Kalligrafen, Töpfer und Lackkünstler den Wundern der Natur, ehren Wälder, Pflanzen und Blüten in ihrer Vielfalt. Mit seiner Arbeit holt Hasegawa Tohaku (1539 – 1610), der gegen Ende seines Lebens vom Shogun in dessen neue Residenzstadt Edo berufen wird, geheimnisvolle Pflanzen in die Wohnräume des Auftraggebers. Die Reduktion folgt den Idealen des Zen-Buddhismus, dessen Klöster von der Elite des Schwertadels gefördert werden. Ende des 17. Jahrhunderts wird der Stil von Ogata Korin (1658 – 1716) bevorzugt. Er verweist mit seinen Bildern von Tieren und Pflanzen auf das Glück verheißende Reich der Unsterblichen. Korin gilt als Meister der Rimpa-Malschule, deren höchst dekorative Werke zahlreiche Häuser der zumeist von Samurai gestellten japanischen Elite zieren. Die Kalligrafie des vom Shogun persönlich geförderten Honami Koetsu (1558 – 1637) wird in Bildern mit denen des Malers Tawaraya Sotatsu (um 1570 – 1640) kombiniert. Die Schriftzeichen geben ein Gedicht aus dem japanischen Mittelalter wieder. Sich im Angesicht von bunt belaubten Bäumen an klassischen Gedichten zu erfreuen, gehört zu einem beliebten Zeitvertreib der japanischen Elite. In den Wohnstätten stehen deshalb Stellschirme von Tosa Mitsuoki (1617 – 1691) und erinnern an diese feinsinnige Gepflogenheit. Sie stehen auch im Haushalt der Kaisergattin Tofukumonin (1607 – 1678), der Tochter eines Tokugawa – Shogun. Der Farbholzschnitt von Okumura Masanobu (um 1686 – 1764) geschaffen in Edo und einer der Pioniere dieser Drucktechnik, zeigt die legendäre Verfasserin Hofdame Murasaki der „Geschichte des Prinzen Genji“ aus dem 11. Jahrhundert. Einst selbst Samurai, verlegt sich Isoda Koryusai um 1765 darauf, Gemälde und Farbholzschnitte zu erschaffen. Als gefeierter Künstler bleibt er dennoch thematisch auch seiner Herkunft treu. In voller Rüstung, bewaffnet mit Kurz- und Langschwert, Pfeil und Bogen, stellt er auf seinen Bildern wahrscheinlich Minamoto no Yoshitsune aus dem 12. Jahrhundert dar, einen der meistverehrten Samurai der japanischen Geschichte. Die Liebe zu Malerei, Kalligrafie, Wissenschaft und Poesie zeichnet viele Samurai – Geschlechter aus. Das Sammeln von Kunst und Kunsthandwerk, das Pflegen einer Bibliothek, die perfekte Gestaltung der Teezeremonie und des gesamten Alltags gelten als Ausweis für größte Kultiviertheit und Bildung. Gegen Ende des 15.Jahhunderts, in der „Zeit der streitenden Reiche“, nimmt das Interesse der Samurai an der Poesie zu, einige schreiben selbst Gedichte. Kunsthandwerkerfamilien spezialisieren sich etwa auf edle Tuschkästen, oft in der Technik des maki-e. Geschaffen von Ogata Korin (1658 – 1716) wird dabei das Motiv in flüssigem Lack aufgemalt, mit Staub aus Gold oder Slber bedeckt und dann einpoliert. Ranken des Blauregens in maki-e-Technik überziehen mehrteilige Büchsen („Inro“) für Siegel oder Arzneien, die Samurai mit einem meist figürlich gestalteten netsuke – auch in Form der sprichwörtlichen drei Affen – an ihrem Gürtel befestigt. Die frühesten Inro stammen aus der Zeit um 1550. Zum unverzichtbaren Statussymbol des Mannes von Welt geraten sie indes erst in der Friedensphase der Edo – Zeit, als der Schwertadel sich immer mehr zu einer Verwaltungselite wandelt. Bildnisse des

berühmten Shoguns Minamoto No Yoritomo (1147 – 1199) werden als spätere wegweisende japanische Kunst Fujiwara no Takanobu (1142 – 1205) zugeschrieben, der manchen als der größte Porträtmaler des alten Japan gilt – gemeinsam mit seinem Sohn Nobuzane. Der dritte Militärherrscher Ashikaga Yoshimitsu übergibt 1394 den Titel an seinen Sohn, behält jedoch bis zu seinem Tod 1408 die tatsächliche Macht. Er gilt als großer General, als Friedensstifter – und als einer der Kunstmäzene seiner Zeit. Als umtriebiger Sammler versieht er etwa die Gemälde in seinem Besitz mit einem persönlichen Siegel und macht sie damit für die Nachwelt noch um ein Vielfaches kostbarer. Dem klassischen Theater nicht nur beizuwohnen, sondern auch als Mäzene seine Autoren und Schauspieler zu unterstützen gehört schon früh zum guten Ton für Angehörige des Schwertadels. Mit stilisierten Lotosblüten bedeckt, kleiden Köstüme aus gewebtem Bast die Schauspieler für eine Aufführung für einen Samurai – Fürsten. Es entstammt der kyogen genannten Form des Theaters, bekannt für die komödiantische, sozialkritische Art der Darbietung. Die Masken des No-Theaters soll Unschuld, Jugend und Schönheit ausstrahlen. Die magisch und poetisch anmutende Kunst aus Sprechgesang, Tanz und Musik, dargeboten von maskierten Mimen, gilt als ehrwürdigste Bühnenform Japans. Ursprünglich waren deren Vorläufer durchaus volkstümlich. Doch massiv gefördert von den Shogunen, wandelt sich der Charakter: Die Zuschauer – vor allem Angehörige des Schwertadels – goutieren nun zeremoniell anmutende, höchst verfeinerte Kammerspiele. In einem meisterhaft orchestrierten Bild zeigt der Künstler Utagawa Kunisada (1786 – 1865) den Angriff einer Bande von Kriegern auf ein Anwesen, eine Szene in einem Theaterstück in einem der beliebtesten Kabuki-Stücke der Edo-Zeit. Das Drama präsentiert die bis heute äußerst populäre Geschichte einer Gruppe von herrenlos gewordenen Samurai, die dennoch weiterhin ihrem Ehrenkodex folgen. In den Vergnügungsvierteln der großen japanischen Städte blüht ab etwa 1650 die Theaterkunst des kabuki, ein grelles Spektakel, dessen mitunter groteske Darbietungen das Bürgertum begeistern, Den Samurai dagegen ist der Besuch der als verderblich geltenden Verantsaltungen verboten. Auf der Bühne kommen sie dennoch vor: Abbilder des bekannten Schauspielers Otani Oniji III. von z.B. Toshusai Sharaku (um 1795) zeigen den Mimen in der Rolle eines niederträchtigen Samurai – Gehilfen. Im 5./6. Jahrhundert übernehmen die Japaner die Schrift aus China – und damit auch die Kunst der Kalligrafie, die vor allem als geistige Übung gilt. Japanische Meister führen ihre Pinsel etwa mit der „verborgenen Schärfe einer in Baumwolle gewickelten Schwertklinge“, wie es heißt. Der berühmte Künstler Daido Bunka (1680 – 1752) verbindet die Wiedergabe des Begriffs „Herz/Seele“ mit dem heiligen Kreissymbol des Zen-Buddhismus. Die Geschichte der 47 Ronin ist Stoff für Theaterstücke und Bücher wie von Hayami Shungyosai (1767 – 1823) – und ist eine der berühmtesten Begebenheiten aus der Welt des Schwertadels. Weil er im Palast von Edo nach einer Beleidigung seine Waffe gezogen hat, wird ein hochrangiger Samurai vom Shogun zu seppuku verurteilt, der rituellen Selbsttötung. 47 seiner nun führungslosen Krieger aber rächen ihn, dringen in das Anwesen jenes Hofbeamten ein, der ihren Herrn beleidigt hatte, und töten ihn. Die Strafe für die Blutrache der Ronin: Suizid. Vom Zen-Buddhismus beeinflusste Landschaftsdarstellungen in monochromer Tuschmalerei flankieren das Bildnis von Jurojin, einem der in Japan verehrten „Sieben Glückgötter“. Die Darstellungen stammen aus der Hand des Meisters Kano Naganobu (1775 – 1828, auch bekannt unter dem Namen Isenin), einem der offiziellen Hofmaler des Tokugawa-Shogunats in Edo. Einem höchst innovativen Künstler, der als Erster seine Tusche Goldstaub beimischte, wohl um ihr eine schimmernde Erhabenheit zu verleihen.

Alltag

Bildrollen werden auch als rares Beispiel für die Darstellung des persönlichen Alltags des Kriegeradels verwendet. In ihnen werden nicht nur die Regeln des militärischen Alltags, sondern auch die Regeln des Privaten dargestellt. Drei Samurai haben sich zum Essen an Tischen niedergelassen, die Speisen sind in roten Lackschalen angerichtet, eine Frau reicht

den Reiswein Sake. Nichts soll, nichts darf den Rang der Samurai schmälern, das lernen sie bereits als Kind. Szenen aus dem privaten Leben, wie etwa die Betätigung mit japanischem Schach, illustrierte der frühe Großmeister des Farbholzschnitt-Genres Suzuki Harunobu (um 1725 – 1770). Für seine Serie „26 Unsterbliche der Dichtkunst“ illustrierte er lyrische Werke des japanischen Alterums neu und man gewinnt so Einblick in die Lebenswirklichkeit seiner Zeit. Die Jagd mit Greifvögeln gerät ab dem 14. Jahhundert zu einer bevorzugten Freizeitaktivität der Samurai. Die Elite der Kriegerkaste kann dabei Geschicklichkeit üben, ohne sich selbst in Gefahr zu begeben. Zahlreiche Shogune verschreiben sich dieser Leidenschaft. Ab dem 17. Jahrhundert halten die Tokugawa-Shogune die ihnen untergebenen hochrangigen Samurai an, sich in den Wissenschaften zu schulen und regelmäßig zu lesen. Das Bilderbuch ausgewählter Insekten des Malers und Holzschnittmeisters Kitagawa Utamaro (um 1753 – 1806) zeigt in zahlreichen detaillierten Blättern das Leben verschiedener Arten, wie etwa Papierwespen und eine Raupe. In seinem dreibändigen Bilderbuch des Hitachi – Kimonogürtels (um 1803) widmet er sich ausführlich dem Intimleben von Angehörigen des Hofes. Der Besuch von Vergnügungs- und Bordellvierteln hingegen gilt für Samurai als nicht standesgemäß.

Tee

Seit die Kultur des Teetrinkens im 8. Jahrhundert von Mönchen aus China nach Japan gebracht worden ist, hat sich der Genuss des Getränkes dort mehr und mehr in eine geistige Übung gewandelt. Ihre Vollendung reicht die Teezermonie indes erst durch Sen no Rikyu (1522 – 1591), den Teemeister der Feldherren Oda Nobonuga und Toyotomi Hideyoshi. Besonders in der durch Sen no Rikyu im Dienst der großen Reichseiniger vollendeten Teekunst und den dabei verwendeten Gegeständen zeigt sich das japanische Konzept von wabi und sabi, die Ästhetik der stillen Einfachheit und der Schönheit des Vergänglichen. Vor allem die Teeschalen sollen dabei möglichst unverfälscht und naturverbunden erscheinen. Doch sie sind nur eines der zahlreichen Details der Zeremonie, in die gleich mehrere Künst involviert sind und in der alles festgeschrieben ist: die schlichte Ausstattung des Raumes, das Motiv der Hängerollen in der Bildnische, das davor aufgestellte Blumenarrangement, die Zubereitung des Tees. Nichts soll die angestrebte Harmonie stören. In gusseisernen Kesseln wird bei der Teezeremonie das Wasser erhitzt. Ein Chagama kann aus der Hand eines Meisters der im frühen 17. Jahhundert in Kyoto gegründete Werkstatt der Familie Onishi stammen. Mit seinem Zusammenspiel von rohen Flächen des eisernen Körpers und dem patinierten Bronzedeckel folgt die Gestaltung dem von Sen no Rikyu (1522 – 1591) begründeten Ideal des Rituals. Mit typischen Utensilien der Teezeremonie – etwa Bambuskelle und Eisenkessel – bereitet ein Hausherrr für seine Familie das belebende Getränk. Die intime Szene gehört zu einem Bilderzyklus von Isoda Koryusai (um 1770) – einem Samurai, der seinen Rang aufgegeben hat, um Maler und Holzschnittkünstler zu werden – und ist in Wirklichkeit eine Satire auf das strenge Regime der Tokugawa – Shogune. Nur ausgewählte Möbel und Gegenstände zieren die Räume der Elite. Nochmals gesteigert ist der ästhetische Anspruch an die Utensilien der Teezeremonie. Dieses Tabako-Bon, ein Rauchset, dient zur Vervollkommnung des Teerituals. Es enthält alles, was zum Genuss von Kazami – Tabak nötig ist: ein Kohlegefäß, eine Pfeife und den feingeschnittenen Tabak selbst.

Religion

Die Nyoirin Kannon, eine der vielen männlichen oder weiblichen Erscheinungsformen, in denen Japaner das buddhistische Erleuchtungswesen kennen und verehren, wird dargestellt als in sich gekehrt, die rechte Hand unter das Kinn gelegt. Die Lehre Buddhas erreicht das Inselreich vermutlich erstmals im Jahr 552, als koreanische Diplomaten sie am japanischen Hof vorstellen. Bereits ein Jahrhundert später ist der Buddhismus neben dem Shintoismus fest

in der Elite des Kaiserreichs etabliert. Bei den Hügeln im Osten Kyoto, vom späten 8. Jahrhundert bis 1868 Residenzstadt des Kaisers, liegt die 798 gegründete Tempelanlage von Kiyomizudera, deren Gärten zahlreiche Besucher anziehen. Der Künstler Kawashima Shigenobu (um 1730) hat diesen Ort mehrfach angebildet. Der Zen-Buddhismus ist im 12.Jahrhundert von China – dort „Chan" genannt – nach Japan gelangt. Seine Anhänger versuchen, durch Meditation einen Zustand zu erreichen, in dem alle Gegensätze, etwa von Du und Ich, wahr und falsch, aufgehoben sind – und sich der Wesenskern aller Dinge offenbart. Im Shinto gelten vor allem die Naturgewalten als Gottheiten. Dargestellt werden sie durch farbige Holzschnitte, wie die des Katsushika Hokusai (1760 – 1849) um 1833. Sie feiern die Macht der Natur wie kaum ein anderes Werk aus der japanischen Feudalzeit. Der Shinto-Schrein Tsurugaoka Hachimangu in Kamakura ist eng mit dem Minamoto-Clan verbunden. Eine Bogenbrücke führt auf das Gelände des Kameido-Schreins in Edo. Er ist Sugawara no Michizane (845 – 903) gewidmet, einem Staatsmann, Dichter und Gelehrten der nach der damailigen Kaiserresidenz benannten Heian-Zeit. Er wird hier und in zahlreichen weiteren Shinto-Schreinen als kami der Wissenschaft verehrt. Und wie er zählen auch weitere verdienstvolle Ahnen und Heroen zu den überlieferten „acht Myriaden" von Gottheiten der altjapanischen Religion. Abgebildet durch einen farbigen Holzschnitt von Tamagawa um 1800. Ein Paravent mit beliebten Szenen aus der Residenzstadt wurde vermutlich von einem Angehörigen der Kano-Malschule gestaltet. Er präsentiert vor allem religiöse Stätten, etwa zahlreiche buddhistische Tempel sowie den Shinto-Schrein im Bezirk Gion.

Verwaltung

Unter der strengen, zentralisierten Führung des in Edo residierenden Tokugawa – Shogunats beginnt 1615 eine mehr als 200 Jahre währende Friedensperiode, die Edo – Zeit. Die daimyo, hochrangige Samurai und Heerführer, werden zu Provinzverwaltern. Ihre Rüstungen, des eigentlichen Kampfzwecks enthoben, dienen nun vor allem der Repräsentation, werden zu immer detailreicher und dekorativer ausgearbeiteten Prunkstücken, wie die Montur eines Daimyos aus Awa. Für die Provinzfürsten, die nach dem Shogun mächtigsten Samurai, wird das Reisen in der Friedenszeit zur zelebrierten Pflicht, denn regelmäßig müssen sie dem Militärherrscher in Edo nun längere Besuche abstatten. Ein der bekanntesten Künstler der Stadt Kitagawa Utamaro (um 1753 – 1806) hält den von zahlreichen Untergebenen begleiteten Überlandzug eines Daimyos in einem feinen Farbholzschnitt fest. Auf dem Bild erhebt sich der verehrte Berg Fuji hinter dem Fürsten in seiner Sänfte.

Militär

Während der Edo-Zeit (1600/15 – 1868) herrscht weitgehend Frieden in Japan. Und so verlangt der Shogun von den Daimyo, sich fortzubilden, um ihrer Verwaltungstätigkeit angemessen nachkommen zu können. Rüstungen im klassischen Stil sind zu dieser Zeit besonders gefragt. Die Rüstungen der Samurai sollen den Laib des Trägers schützen, aber durch ihre Anmutung, wie etwa durch eine Drachenfigur auf dem Helm, zugleich Status und Selbstverständnis der Krieger demonstrieren. Aus insgesamt bis zu 1000 Einzelteilen aus Leder und Metall fügen Rüstungsmeister die Panzerung fest mit farbigen Seidenschnüren zusammen. Aus mehreren Platten fertigt ein Schmiedemeister Eisenhelme; die Nieten, die die Einzelteile verbinden, bilden gleichzeitig ein schlichtes, in seiner Regelmäßigkeit beeindruckendes Dekor. Bei der spitz zulaufenden Form, die um 1600 aufkommt, lassen sich die japanischen Handwerker von europäischen Helmen inspirieren. Wichtig für die Sicherheit des Trägers: Schirm und Nackenschutz, an denen Schwerthiebe abgleiten können, sowie das Halsteil aus ledernen Lamellen, das eine Enthauptung verhindern soll. Vor Gesichtsverletzungen schützt die Maske, zum Beispiel ein Exemplar vom Typ ressei men: „grimmiges Gesicht". Die Variationen von Helmformen über die Jahrhunderte ist gewaltig, der Einfallsreichtum groß. Die im konventionellen Stil gestalteten Helme, z.B. mit einem

flammenden, rostrot lackierten Kranz, spielen auf das Furcht einflößende buddhistische Erleuchtungswesen Fudo Myoo, den „Mantra-König“ an. Verzierungen wie diese sollen den Gegenern Respekt einflößen, aber auch den eigenen Leuten helfen, im Getümmel einer Schlacht die Position der Offiziere und Anführer zu erkennen. Zu einer eigenen Kunstform werden die Masken, hinter denen Samurai im Kampf ihr Antlitz verbergen. Dabei müssen die Schmiede Verschiedenes berücksichtigen: Funktionalität und Stabilität, Ästhetik und Abschreckung. Denn einerseits soll die Rüstungsteile selbst heftigen Lanzenhieben standhalten und das Blickfeld des Kriegers dennoch möglichst wenig einschränken. Andererseits muss die Maske ausdrucksstark sein und die Gegner in Schrecken versetzen. Die Vollmasken allerdings stammen aus Friedenszeiten und haben vor allem schmückende Funtkion. Die Geschichter sind abstrahiert als das knorrige Gesicht eines alten Mannes, mit fein ausgeführten Falten, Augenbrauen und einem Bart aus hellem Yak-Haar sowie der vogelartige Tengu mit Krähenschnabel, ein nach japanischer Legende in den Bergen hausendes Wesen, das als Schwertmeister und Patron der Kampfkünste gilt. Das Schwert ist der zentrale Gegenstand in der Welt der Samurai, es gilt als Seele eines Kriegers, zählt zu dessen kostbarsten Besitz, der vererbt wird über Generationen. Oft ist schon die hölzerne Scheide fein verziert, wie etwa mit detailliertem Lackmuster aus Nelken und Ranken sowie mit goldenen Beschlägen. Getragen wird die Waffe am Gürtel, befestigt mit einem aufwendig geknotetem Band. Kunstvoll ist aber nicht nur das Äußere: Die Klinge des Schwertes wird aus gefaltetem Stahl geschmiedet – um schließlich die perfekte Kombination aus Biegsamkeit und Härte zu erreichen. Der Krieger Hara Osumi no Kami Torayoshi eilt in einer Schlacht 1561 zu Pferde seinem Herrn zu Hilfe, der sich mit seinem Erzfeind duelliert. Die Geschichte dieses japanischen Helden prangt auf einem mindestens 50 Jahre später gefertigtem Stichblatt, das traditionell zwischen Griff und Klinge eines Schwertes montiert ist, um die Hand des Kämpfers zu schützen. Und gleichzeitig als Präsentationsfläche genutzt wird, wie für ein verehrtes Idol. Vertreter unterschiedlicher Handwerksdisziplinen sind daran beteiligt, aus jedem Schwert ein Gesamtkunstwerk zu erschaffen. Filigrane Schmiedearbeiten in Gold, Silber und Kupfer etwa sind nötig, um die kleine Zwinge am Griff unterhalb des Stichblattes mit einem Porträt der Glücksgottheit Fukurokuju zu versehen. Oder um in die Abschlusskappe am Ende des Griffs eine Darstellung des legendären fülligen Mönchs Hotei zu formen. Neben dem regelmäßigen Training im Schwertkampf kommt auch der Ausbildung in anderen Waffengattungen für die Samurai große Bedeutung zu. So dienten auch Lanzen, wie etwa ein mit glitzerndem Perlmutt dekoriertes Modell, jahrhundertelang als Kriegswerkzeug. Und in zylinderförmigen Köchern, z.B. mit Drachenmotiven ausgestattet, transportieren die Krieger Pfeile, die vom Pferd aus mit dem Bogen abgefeuert, Treffer auf bis zu 100 Meter Entfernung erlauben. Virtuos versieht der japanische Feinschmied Umetada Motoshige um 1645 Pfeilspitzen mit einem Ornament aus rankenden Pflanzen. Sein Auftraggeber präsentiert sie anschließend wahrscheinlich bei Zeremonien oder bringt sie als Opfer in einen Schrein dar, womöglich um sein Kriegsglück zu mehren. Nicht zum Verletzen oder Töten, sondern für den bewundernden Blick werden solche Prunkpfeilspitzen gefertigt. In den filigranen Verästelungen der Schmiederkunst ist sogar eine Frau mit Säugling und einem Kind zu erkennen – und lässt vergessen, welch teufliche Wirkung die Widerhaken der Waffe eigentlich hätten. Gerade in der Frühzeit kämpfen Samurai vielfalch vom Pferd aus. Wie mit einem mit Schildpatt und Permutt verzierten Sattel stützen spezielle Holzelemente den Krieger von vorne und hinten, damit er freihändig reiten und etwa Pfeile mit seinem Bogen abfeuern kann. Ausgiebiges Reitraining und eigens ausgebildete Pferde, die präzise auf Kommandos reagieren, sind für diese Manöver unerlässlich. Fächer zählen zu den Geheimwaffen der Samurai. Stabile Varianten, mit Eisenrippen ausgestattet, nehmen die Kämpfer überall dorthin mit, wo das Tragen von Kriegsgeräten eigentlich verboten ist – und parieren damit etwa Schwerthiebe. Auch in der Schlacht führen sie Fächer am Gürtel mit, um sich unter der dicken Rüstung etwas Kühlung zu verschaffen. Exemplare sind mit dem alten

Sonnensymbol auf Goldgrund versehen, das der Legende nach bereits im 7. Jahrhundert auftaucht und ähnlich eng mit der japanischen Geschichte verwoben ist, wie die gesamte Kultur des Schwertadels. Besonders die Bilder von Utagawa Hiroshige (1797 – 1858) in der Serie „Berühmte Orte in Kyoto“ sorgen in Europa für Furore, als sich das Land schließlich um 1860 öffnet. Wie tief über Jahrhunderte hinweg das Ethos der Samurai in die japanische Kultur einsickert, verdeutlichen seine Werke. Er zelebriert ein Samurai-Duell in traditionelle Kluft und Bewaffnung, zeigt zugleich aber auch – weil es sich hier um zwei weithin geachtete Schauspieler in Kriegerrollen handelt – den Stellenwert des Kämpfertums für die Populärkultur als Ganzes. Als die Portugiesen im 16. Jahhundert, zur Zeit der Azuchi – Momoyama-Zeit (1573 – bis 1600/15), ins Land kommen, verbreiten sich europäische Schusswaffen auch in Japan – und die Machart der Rüstungen ändert sich: Massivere Metallpanzer beschirmen nun die Kämpfer. Die Rüstungen werden oft mit einer ausladenden Helmzier verziehrt, so z.B. ein Paar Hörner, die die vom Mond bis auf eine schmale Sichel verdeckte Sonne, symbolisieren. Die Geschichte des Minamoto-Triumphs fließt ein in das Heike Monogatari, eines der bedeutendsten literarischen Werke des Inselreichs. Das Epos schildert nicht nur die militärischen Ereignisse, es vermittelt auch die Botschaft, dass Arroganz und Bösartigkeit zum Untergang der Taira geführt haben. Mit den farbigen Holzschnitten um 1828 verweist z.B. der aus Nagasaki stammende Künstler Ryusai Shigeharu auf eine bekannte Legende. Ein junger Krieger stürzte sich einst, mit einem Pflaumenzweig geschmückt in die Schlacht, verlor dort seinen Helm, überlebte trotzdem – und gilt seit dem als Vorbild für Todesmut. Um 1850 inszeniert der beliebte, in Edo wirkende Utagawa Kuniyoshi mit seinen farbigen Holzschnitten eine der berühmtesten weiblichen Angehörigen der Samurai – Kaste: Tomoe Gozen. Diese steigt der Überlieferung nach, zu einer allseits gefürchteten Kämfperin auf, die in den Schlachten des 12.Jahrhunderts auch Gegener enthauptet. Immer wieder unterstützen in der japanischen Geschichte im Gebrauch von Waffen ausgebildete Kämpferinnen männliche Samurai, etwa bei der Verteidigung der Wohnstätte oder sogar im Krieg. Und werden so Teil der wirkmächtigen Samurai – Tradition. Neben ihrem militärischen Geschick zeichnet die Elite der Kriegerkaste Japans eine umfassende künstlerische und spirituelle Bildung aus, richtet sich ihr Leben nach einem strikten Wertekanon. Das tadellose und tugendhafte Verhalten hochrangiger Samurai ist Stoff zahlreicher Legenden und Mythen.

Ergänzung: Die sieben Tugenden der Samurai

Aufrichtigkeit „Gi“: Vor allem Herrscher sollen dem Volk als moralisches Vorbild dienen und so die Untertanen mit sich ziehen. Als ein Musterbeispiel dieser aufrechten Haltung gilt die legendäre Kaiserin Jingu. Sie soll nach dem Tod ihres Gatten im Jahr 200 die Regierung übernommen und eine Invasion Koreas angeführt haben. Noch heute wird sie in Japan als kami verehrt, als eine der zahllosen Gottheiten des Shinto.

Mut „Yu“: Im 16. Jahrhundert ringen erneut mehrere Warlords um die Macht über den gesamten japanischen Archipel: Sieger des Bürgerkriegs wird schließlich der General und Reichseiniger Toyotomi Hideyoshi, der anstelle seines getöteten Fürsten die Herrschaft übernimmt. Ber der entscheidenden Schlacht im Jahr 1582 zeigen auch die unterlegenen Krieger bedingungslosen Mut. Nach einer der zahlreichen Überlieferungen kämpft der gegnerische General Toki Jurozaemon Mitsuchika bis zum letzten Abendzug, um seinen gefallenen Herren zu rächen.

Menschlichkeit „Jin“: Eine Legende erzählt von der großen Menschlichkeit des Samurai – Generals Kumagei Naozane, der im 12. Jahrhundert gelebt hat. Als er nach einem Duell in der Schlacht von Ichinotani 1184 dem Gegner vom verfeindeten Taira-Clan den Helm abreißt, um ihn zu köpfen, sieht er sich einem 16 Jahre alten Krieger gegnüber, der ihn an seinen eigenen

Sohn erinnert. Hochherzig will er ihn verschonen – doch um seine Ehre nicht zu verlieren, besteht der jugendliche Samurai auf dem Tod durch das Schwert. Die tiefste Form der Menschlichkeit, das Mitgefühl, verkörpert die weibliche Erscheinungsform des buddhistischen Erleuchtungswesens Kannon: Oft wird sie in einem langen weißen Gewand mit Gebetskette und Lotosblüten dargestellt. Mitempfinden, sagt auch der konfuzianische Denker Mengzi, „ist die Wurzel der Milde“ - und empfiehlt sie gerade den Kriegern unter seinen Lesern an, indem er sagt: „Milde unterwirft ihrem Einfluss, was immer sich ihrer Macht in den Weg stellt.“

Höflichkeit „Rei“: Die Regeln für angemessenes Benehmen in Japan sind streng – und in jedser Lebenslage unbedingt verbindlich. Betritt der Samurai etwa das Teehaus, verliert sogar sein militärischer Rang an Bedeutung: Die Höflichkeit verlangt, dass er sich nun der Ordnung der Teezeremonie unterwirft. Wie im No-Theater nimmt er eine in langer Tradition geformte Rolle ein, während der Meister mit exakt bemessenen Bewegungen Teepulver in die Schale streut und mit dem Besen aus Bambus das Getränk schaumig schlägt. Auch weiblich Samurai sind dem Ehrenkodex unterworfen und haben im Angriffsfall die Burg zu verteidigen. Manche Frauen, wie etwa die berühmte Kriegerin Tomoe Gozen (um 1200) führen mitunter ganze Heere an. Erst in der Edo-Zeit (1600/15 – 1868) müssen sie sich eher auf häusliche Pflichten beschränken, denen unter anderem die Unterhaltung der Gäste mit Musik zählt: Auch das – z.B. das Spiel auf dem koto, einer 13-seitigen Zither – ist eine Form von rei.

Wahrhaftigkeit „Makoto“: Unerlässlich für den Samurai ist auch die Wahrhaftigkeit, die Abkehr von jeder Illusion. Exemplarisch verkörpert sich diese Tugend in Mugai Nyodai (1223 – 1298), Tochter einer Samurai – Familie und nach dem Tod ihres Mannes erster weiblicher Abt eines Zen-Klosters in Japan. In ihrem Wasserbottich, so berichtet die Legende, spiegelte sich eines Nachts der Mond und verschwindet als sie das Wasser ausgießt. In diesem Moment ahnt Mugai Nyodai, dass womöglich alles Sein nur ein Abglanz der Wahrheit ist – und findet so zur Erleuchtung. Er werde das zerstrittene und im Bürgerkrieg befindliche Japan einigen, gelobt der mächtige Provinzfürst Oda Nobunaga im 16. Jahrhundert. Zwar fällt der brutale Tyrann mit der Liebe zum NO-Theater und zu extravaganter Kleidung – er posiert gerne mit Tigerfellen – 1582 dem Verrat eines seiner Generäle zum Opfer. Doch die Heerführer des Fürsten können seine Vision von der Reichseinigung vollenden. Und so gilt das kurz nach seinem Tod erfüllte Versprechen der Japaner bis heute als großer Ausweis der Tugend und Wahrhaftigkeit des Kriegers.

Ehre „Meiyo“: Auch die Ehe der Samurai ist eine Frage der Ehre. Die Partnerwahl gehorcht nicht etwa individuellen Wünschen, sondern höheren Kriterien wie Stand und politische Opportunität – und wird deshalb von den Eltern arrangiert. Die erwarten von der Braut unterwürfigen Gehorsam gegen ihren Kriegergatten, Treue, Loyalität zur Familie und aufopferungsvolle Fürsorge für die Kinder, während die Ehre des Mannes selbst durch mehrere Konkubinen nicht getrübt werden kann. Die Wahrung der Ehre ist dem Samurai wertvoller als das Leben. Um einen Gesichtsverlust anzuwenden, ist auch der Suizid kein zu hoher Preis. Besonders vornehm wie qualvoll ist das seppuku, bei dem der Krieger sich selbst den Bauch in einer fest vorgeschriebenen Weise zuerst quer aufschlitzt und dann die Klinge zur Brust hochzieht. Damit beweist er Mut, Entschlusskraft und Selbstkontrolle. Manch ein Samurai verfasst vor dem Tod noch Gedichtszeilen.

Loyalität „Chugi“: bedeutet in Japan bis heute alles. Berühmt ist die Geschichte des Kriegermönchs Benkei. Als der bärenstarke Titan gegen den jungen und leichtfüßigen Kämpfer Minamoto no Yoshitsune im Duell verliert, unterwirft er sich dem Sieger als dessen treuer Diener. Sein Pflichtgefühl geht so weit, dass er Yoshitsune mit dem eigenen Leib beschützt. 1189 stellt sich Benkei dessen Feinden in den Weg und stirbt im Pfeilregen – und bleibt, so erzählt die Legende, noch als Toter aufrecht stehen.

Literaturquelle:

Geo Epoche Edition, Die Geschichte der Kunst, Die Kunst des feudalen Japan 1185 – 1868, Nr 23. Gruner+Jahr Gmbh.